

Wilhelm Mensing
in Zusammenarbeit mit Georg Herbstritt und Gudrun Weber

SED-Hilfe für West-Genossen

Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim
Zentralkomitee der SED im Spiegel der
Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit
der DDR (1946–1976)

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976). Hg. BStU. Berlin 2010.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421307146>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifizier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

BF informiert 29 (2010)

Zu diesem Buch

Wie immer die SED sich in Sachen Deutsche Einheit während ihrer gut vierzigjährigen Herrschaft positionierte – stets hatte die Partei den Anspruch, Politik für ganz Deutschland zu machen. Außerhalb ihres Herrschaftsbereiches sollte dies mit Hilfe der von ihr gelenkten Kommunisten in Westdeutschland gelingen. Dazu unterhielt sie in ihrer Parteizentrale Apparate, die die politische Anleitung und die materielle Ausstattung der Westgenossen zu besorgen hatten.

Für letztere war vom Beginn bis zum Ende der SED-Herrschaft die Abteilung Verkehr des Zentralkomitees verantwortlich. Sie organisierte, immer streng geheim und auf illegalen Wegen, die Reisen der Kader, den Transport von Ausrüstung und Propagandamaterial und vor allem von Geld – und sie betreute die »Westfirmen« der Partei.

Alle Akten der immer konspirativ arbeitenden Abteilung Verkehr sind vernichtet. Dennoch ließ sich ihre Tätigkeit mit Hilfe von Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit rekonstruieren.

Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Titelbild: Josef Steidl (anlässlich seines 65. Geburtstages, 13.1.1984); BArch, Bild Y 10-1378-00
Rückseite: Agentenschleuse; BStU, MfS, AU 201/52

Schutzgebühr: 5,00 €

Berlin 2010
ISBN 978-3-942130-71-4
urn:nbn:de:0292-97839421307146

INHALT

Einleitung	5
Aufgabenstellung	5
Zur Quellenlage	8
Zeitgeschichtlicher Hintergrund für die Tätigkeit der Abteilung Verkehr	13
Die Anfänge der Abteilung Verkehr bis gegen Ende der fünfziger Jahre	14
Die Anfänge	15
Der Einblick des CIC 1948	18
Stahlmanns weiterer Weg	22
Die Überlieferungslücke	23
Aufgaben und Struktur der Abteilung Verkehr seit Beginn der sechziger Jahre	27
Arbeitsgebiete der Abteilung Verkehr	28
Absicherung und Kontrolle der Abteilung Verkehr durch das MfS	31
Sektoren der Abteilung Verkehr	34
Aufgabenerweiterung unter Steidl 1966: Der Bereich »Westfirmen«	37
Weitere Entwicklung von Strukturen und Personal	40
Exkurse	52
Druckerei Phönix	52
Reisebüro für Studienreisen	57
»Objekte« der Abteilung Verkehr	59
Sender 904 / Objekt »Valentin«	65
Führung und Personal der Abteilung Verkehr	69
Adolf Baier – der kampferprobte Genosse	70
Die Ära Steidl	81
Paul Kaphengst	89

Julius Cebulla	96
Wilhelm Knigge	100
Steidls Bild und Selbstbild	101
Die Mitarbeiterschaft der Abteilung Verkehr	104
Exkurs: Korruption in der Abteilung Verkehr	106
Westgruppen	109
Der illegale Grenzverkehr	109
Von der KPD zur SED	112
Die Struktur	115
Restrukturierungsüberlegungen	118
Die Westgruppen und das Geld	123
Schleusen und Schleusungsgruppen	125
Exkurs: Die Raketentruppe der Abteilung Verkehr	134
Kuriersystem	139
Westfirmen	151
Zur Entwicklung einzelner Westfirmen	155
Die Abteilung Verkehr und die Neukonstituierung der DKP	166
Parteizeitung und Druckereien	168
Legale Reisen	184
Die »legale« Finanzierung der DKP	186
Die Unterbringung der DKP	188
Ein Sicherheitsapparat für die DKP?	190
Kurierdienst, Finanzverantwortung und Geldtransporte	192
Die DKP und der KPD-Vorsitzende Max Reimann	197
Ergebnisse	200
Anhang	213
Editorische Vorbemerkung	213
Dokumentenverzeichnis und Dokumente	213
Quellenverzeichnis	305
Literaturverzeichnis	312
Abkürzungen	314
Personenregister	317
Angaben zum Autor	323

Einleitung

Aufgabenstellung

Diese Untersuchung stellt sich die Aufgabe, die Tätigkeit der Abteilung Verkehr des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) einschließlich deren Entstehen aus dem 1946 eingerichteten »Büro Stahlmann« bis etwa zur Mitte der siebziger Jahre darzustellen. Die Abteilung – nur im weitesten Sinne dem zuzuordnen, was üblicherweise als Verkehrswesen bezeichnet wird – hatte die Aufgabe, den in der KPD und später der DKP organisierten Kommunisten in Westdeutschland, seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland, auf konspirativen Wegen die beträchtlichen materiellen Mittel zukommen zu lassen, die sie für ihre politische Arbeit brauchten, aber selbst nicht beizusteuern vermochten.

In einer Jubilarehrung des MfS für Richard Stahlmann wurde die Aufgabe seines Büros so beschrieben: »unter allen Lagebedingungen die Verbindung zum Parteivorstand [in Frankfurt/M.] zu sichern, vor allem zu gewährleisten, dass führende Funktionäre der Partei, Kuriere und Materialien der verschiedensten Art jederzeit illegal über die Grenze gebracht werden konnten«.¹ Der Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland benannte 1965 die Aufgabe ziemlich genau inhaltsgleich: Planung, Leitung und Ausführung geheimer Transporte von Parteifunktionären, Weisungen und Berichten, Geld und Agitationsschriften außerhalb der öffentlichen Übergangsstellen.²

Zeigen lassen sich – aufgrund allerdings recht unterschiedlicher Materialdichte – die Entwicklung und das Wachstum der Abteilung Verkehr bis zum Antritt ihres dritten Leiters, Josef Steidl, und dann der allmähliche Rückgang von Aufgaben und – damit einhergehend – Bedeutung der Abteilung.

Ihre Aufgabenstellung hieß konkret:

- Mit Hilfe von »Grenzgruppen« – konspirativ arbeitenden kleinen Einheiten von meist drei oder vier Personen –, die von der KPD, später der illegalen KPD gestellt wurden, besorgte die Abteilung Verkehr für die Parteiorganisation in Westdeutschland, dann der Bundesrepublik Deutschland, die Schleusung von Parteifunktionären und Agitationsmaterial über die innerdeutsche Grenze.
- In (Ost-)Berlin und der näheren und weiteren Umgebung in der Sowjetischen Besatzungszone, dann der DDR, unterhielt sie Hausgrundstücke, »Objekte«, für Organisationseinheiten der KPD und für besuchende Genossen aus dem Westen.
- Für die Beförderung parteiinterner Post und für Geldsendungen zugunsten der Parteiorganisation im Westen sowie der »Massenorganisationen«, wie der Deutschen Friedensunion (DFU) oder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), betrieb die Abteilung Verkehr einen Kurierdienst.

¹ Aus dem Leben eines Berufsrevolutionärs. Erinnerungen an Richard Stahlmann. Leipzig, 1986, S. 63.

² Ermittlungsverfahren gegen Adolf Baier; BArch B 362/4624, Bl. 84.

Mit dem Amtsantritt des Abteilungsleiters Josef Steidl und wohl auf dessen Betreiben kam Anfang 1966 eine wichtige Aufgabe hinzu: die Betreuung der »Westfirmen« der SED, Unternehmen vor allem in der Bundesrepublik, die die SED schon seit 1946 auf- und ausgebaut hatte, um damit »wirtschaftliche und politische Zinsen« zu erwirtschaften. Das führte zu einem Ausbau der Abteilung und, dank des Geldes aus diesen Unternehmen, über das Steidl verfügen konnte, zu einer Steigerung ihrer Bedeutung.

Die »Neukonstituierung« der Deutschen Kommunistischen Partei im September 1968 und die sich daran anschließende politische und organisatorische Aushöhlung der illegalen KPD bis zum Eintritt ihres Vorsitzenden Max Reimann in die DKP im September 1971 machten Aufgabenbereiche der Abteilung Verkehr obsolet. Der illegale Grenzverkehr für kommunistische Funktionäre und für Kuriere verringerte sich durch den (weitgehenden) Wegfall der Betreuung der KPD und die Verlagerung vieler Funktionärsreisen auf legale Wege beträchtlich und hörte 1975 ganz auf. Ähnliches galt für den illegalen Materialversand, der seit 1970 dank DKP-eigener Druckereien verringert wurde. Was übrig war, wurde 1978 in erheblichem Umfang auf den Postzeitungsdienst der Deutschen Bundespost verlagert.

Der Kurierdienst für die Geldtransporte zugunsten der DKP und der »Massenorganisationen« war eingespielt. Er erfuhr auch nach der Mitte der siebziger Jahre keine grundlegenden Neuerungen.

Die Aufgabenauszeichnung setzte sich fort mit dem Beschluss des Politbüros der SED vom 2. November 1976, durch den die bis dahin formal der ZK-Abteilung Verkehr unterstellte, von ihrer SIMPEX GmbH (Steidl-Import/Export) betreute Unternehmensgruppe westlicher Parteifirmen dem Bereich Kommerzielle Koordinierung unter Alexander Schalck-Golodkowski zugeordnet wurde. Allerdings blieben auch danach der Abteilung Verkehr die Zuständigkeit für die Besetzung der Führungspositionen bei den Westfirmen und der Zugriff auf die von ihnen erwirtschafteten Devisen erhalten.³

Die Bewirtschaftung dieser seit Mitte der sechziger Jahre von der Abteilung Verkehr betreuten Unternehmen ist, beginnend im Wesentlichen mit der Mitte der siebziger Jahre, durch den 1. Untersuchungsausschuss des 12. Deutschen Bundestages (Ko-Ko-Untersuchungsausschuss) umfassend untersucht worden. In die Untersuchung wurde auch die Tätigkeit der Abteilung Verkehr von dieser Zeit an bis zum Ende der DDR vor allem insoweit einbezogen, als sie die Westfirmen betraf und die finanzielle Unterstützung der DKP.

Der Ausschuss hat in seinem Bericht hervorgehoben, dass diese Abteilung Verkehr unter den 41 Abteilungen des ZK der SED mit ihrer Hauptaufgabe, die KPD, später

³ Sachverhalte, die im Laufe der Untersuchung dargestellt und belegt werden, bleiben hier in der Regel zunächst unbelegt. Die 1983 noch etwas weiter eingeschränkte Zuständigkeit der Abteilung Verkehr für die »Westfirmen« und die im Herbst 1983 von Mielke zur Absicherung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung eingerichtete Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) bleiben hier außer Betracht, weil sie über den zeitlichen Rahmen der Untersuchung hinausgehen.

die DKP und die SEW verdeckt zu unterstützen, eine Sonderstellung eingenommen habe. Er hat die umfassende Betreuung der Funktionäre der Bruderparteien, von der Unterbringung bis zur medizinischen Versorgung, durch die Abteilung Verkehr in den Blick genommen. Der Kurierdienst, der die Verbindung zwischen dem ZK der SED und den Parteivorständen von DKP und SEW besorgte, war vom Ausschuss ebenso dokumentiert worden wie die von der Abteilung Verkehr wahrgenommene Sicherung der Akten dieser Parteien.

Im Übrigen hat sich der Untersuchungsausschuss seiner Aufgabe entsprechend auf die von ihm – für den untersuchten Zeitraum – als Hauptaufgabe der Abteilung angesehene Finanzierung der DKP konzentriert. Die Abteilung präsentierte dem Generalsekretär der SED den Finanzplan der DKP aufgrund eines Entwurfs des DKP-Vorsitzenden zur Genehmigung. Die Zahlungswege über Parteifirmen in der DDR und im »Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet« (die 1976 aus der Abt. Verkehr herausgelöst und vollständig dem Bereich Kommerzielle Koordinierung unterstellt wurden) sowie durch Geldtransporte mittels Kurieren hat der Ausschuss verfolgt.

Er hat in diesem Zusammenhang auch die Arbeit der der Abteilung Verkehr unterstellten »Phönix Druckerei und Verlag« dargestellt, die Druckerzeugnisse für die DKP produzierte.

Deutlich hielt der Ausschuss fest, »dass die Abteilung Verkehr lediglich für die organisatorische Abwicklung der Zahlungen an die DKP zuständig war«. Auf die Verwendung der Mittel habe sie keinen Einfluss gehabt. Die politisch-ideologische Steuerung der DKP habe bei der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (früher Westabteilung) gelegen.⁴

Eine neuerliche Untersuchung der Tätigkeit der Abteilung Verkehr in dem Zeitraum und hinsichtlich der Schwerpunkte, die der Ausschuss mit großem Apparat und unwiederholbarem Aufwand bearbeitet hat, verspricht keine wesentlichen neuen Erkenntnisse; die Ausschussergebnisse hier zu rekapitulieren wäre angesichts ihres Umfangs und ihrer einfachen Zugänglichkeit nicht sachgerecht.

Unter Würdigung aller dieser Umstände erscheint es gerechtfertigt, die Untersuchung um die Mitte der siebziger Jahre abzuschließen, ohne dass dadurch das Bild der Abteilung Verkehr wesentliche Lücken bekommt.⁵

Andererseits hat die Untersuchung für die Anfangszeit der Abteilung keine Erkenntnisse ergeben, die substantiell über das hinausgingen, was Michael Kubina in seinen Beiträgen in der Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz 1996 über

⁴ Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, S. 105.

⁵ Es soll nicht verschwiegen werden, dass sich die Quellenlage, ausgenommen den Bereich der Westfirmen, von dieser Zeit an wiederum erheblich verschlechtert, weil ab 1972 die Aktennotizen von den regelmäßigen Treffen Steidls mit Oberst Harnisch, MfS, fehlen. Das würde eine Weiterführung der Untersuchung für die folgenden knapp 15 Jahre beträchtlich erschweren.

»Richard Stahlmanns Grenzapparat – Abteilung Verkehr« und, darauf aufbauend, 1998 in der von Manfred Wilke herausgegebenen »Anatomie der Parteizentrale« vorgelegt hat, hinzugenommen das, was der Verfasser 2005 in der »Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat« (ZdF) über »Kuriere und Schleuser im Dienst von KPD und SED«, ein umfangreiches Dokument des amerikanischen CIC auswertend, darstellen konnte. So begnügt sich die Untersuchung im Wesentlichen damit, für diese Zeit – bis etwa 1949/50 – die Ergebnisse dieser Arbeiten in Erinnerung zu rufen und das CIC-Dokument erstmals vollständig im Original und als Übersetzung zu veröffentlichen.

Zur Quellenlage

Was die verbleibende Zeit der Tätigkeit der Abteilung Verkehr angeht, so steht die Zeichnung eines Bildes ihrer Arbeit vor erheblichen Schwierigkeiten. Die Abteilung hat so gut wie keine Aktenspuren hinterlassen, keine Aufgabenbeschreibung, keinen Aktenplan, keine Personalübersicht, kein Telefonverzeichnis.⁶ Dafür sind zwei Hauptursachen bekannt. Der erste Leiter der Abteilung, Richard Stahlmann, war – eingeübt in seiner durchweg konspirativen Arbeit als Komintern-Mitarbeiter in Auslandseinsätzen, dann als Interbrigadist in Spanien und schließlich als illegaler Beauftragter der KPD in Schweden – kein Freund von Akten. Sein Nachfolger Adolf Baier scheint nicht grundlegend anders gedacht und gehandelt zu haben.

Zwar scheint in den fünfziger Jahren Oberst Erich Jamin vom MfS⁷ in erheblichem Umfang Kopien von Kaderunterlagen aus der Abteilung angefertigt und an sich genommen zu haben. Es gibt aber offenbar keine entsprechende Hinterlassenschaft von ihm noch gar die damals kopierten Originale.

Und die Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit« stellte in ihrem Schlussbericht fest, dass in den Büros

⁶ Deshalb sah sich Heike Amos noch 2003 außerstande, zur Struktur der Abteilung Verkehr eine Aussage zu machen. Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Münster 2003, S. 403.

⁷ Erich Jamin, 1907–1976, seit 1929 KPD, Juli–Dezember 1933 KZ Brandenburg/Havel, 1934–1936 illegal tätig, 1936–1942 Zuchthaus Brandenburg wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 1942–1944 KZ Sachsenhausen, 15.10.–12.12.1944 zur SS-Sonderformation Dirlwanger eingezogen, Dezember 1944 übergelaufen zur Roten Armee, bis 1947 sowjetische Kriegsgefangenschaft, 1947 Einstellung bei der DVdI, Referat K 5, 1948 Leiter der politischen Polizei bei der DVdI, 1949 Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft (im Februar 1950 umgewandelt in MfS), im MfS 1951 Abteilungsleiter (Inspekteur) der ihm auf den Leib geschnittenen, für die Absicherung von Apparaten wie der Abt. Verkehr des ZK zuständigen Abt. VI b (Sicherheitsüberprüfungen), seit 1953 Oberst, 1955 stellv. Leiter der HA V, 1959 Leiter der HA VII, 1965 Entlassung aus dem MfS, Rentner.

im ZK-Gebäude Ende 1989 große Mengen Akten dem Zugriff von Personen ausgesetzt waren, denen an der Vernichtung bestimmter Unterlagen gelegen war. Aus dem Bereich der ZK-Abteilung Verkehr sei in den achtziger Jahren so gut wie nichts an das Zentrale Parteiarchiv (ZPA) der SED abgeführt worden.⁸

Des ungeachtet unternommene Bemühungen, vielleicht doch noch mittlerweile aufgetauchte Akten der Abteilung im Bundesarchiv ausfindig zu machen, wurden nur dürftig belohnt; immerhin lieferten die Kaderakten der beiden Abteilungsleiter Adolf Baier und Josef Steidl und die ihres Stellvertreters Paul Kaphengst nicht nur Informationen zu den Personen, sondern gelegentlich über das Persönliche hinausgehende. Hinzu kamen kleine Mosaiksteinchen aus Kaderentscheidungen des ZK-Sekretariats und aus Akten des Zentralkomitees zu anderen Bereichen. Ganz ergebnislos war die Suche nach schriftlicher Hinterlassenschaft von Hermann Matern, der als Mitglied des Zentralsekretariats (ZS) und später des Politbüros der SED bis zu seinem Tode Anfang 1971 die Aufsicht über die Abteilung Verkehr innehatte. Sein Büro wurde nach seinem Tode rückstandslos aufgelöst.

Vor allem Herrn Dr. Andreas Horn, SAPMO Bundesarchiv, ist für sein engagiertes Interesse zu danken, das immerhin zum Auffinden solcher Akten und Aktensplitter geführt hat.

Allerdings war bekannt, dass seit 1962 das von Staatssicherheitsminister Erich Mielke in seinem Haus eingerichtete »Büro der Leitung (II)« (BdL (II)) für die »Absicherung« der Abteilung Verkehr zu sorgen hatte.⁹ Deshalb lag es nahe, im Archiv der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) nach Hinweisen auf die Abteilung Verkehr zu suchen. Diese Suche war vielfältig erfolgreich, auch wenn die meisten Funde nur kleine und bisweilen eher blasse Steinchen zum Bild beitrugen.

Allerdings zeigte sich bald, dass alle Funde – auch in ihrer Summe – nur bruchstückhafte Kenntnisse über die Tätigkeit und das Personal der Abteilung in den fünfziger Jahren ergaben. Zwar gab es immer wieder einzelne Hinweise auf Ereignisse, Abläufe und Personen, die bis in die frühen fünfziger Jahre zurückreichten. Überdies sind wenigstens Bruchteile von Akten der im Januar 1958 eingerichteten, für den Bereich »Bundesamt für Verfassungsschutz« zuständigen MfS-Hauptabteilung II/4a,

⁸ Deutscher Bundestag, 13. WP, Schlussbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit«. Drs. 13/11000, S. 214. Zu der von Hans-Peter Müller in seiner Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« zum Thema »Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP«, Materialien, Bd. V/2, S. 1868 ff., angestellten Überlegung, ob es möglicherweise in Moskau Verfilmungen von Aktenmaterial der Abteilung Verkehr geben könnte, sind seither keine neuen Erkenntnisse bekannt geworden. Da mit einer Rückgabe in Russland befindlicher deutscher Akten jedenfalls derzeit nicht zu rechnen ist, wird auch Aufklärung über solche Akten oder Verfilmungen von Akten vorerst schwerlich zu erreichen sein.

⁹ Allerdings erwies sich Mielkes Errichtungsanordnung für dieses Büro bis heute als unauffindbar.

überkommen, darunter Teile des Objektvorgangs 1226/60, in denen sich ein »Schlussbericht« vom Mai 1962 mit der wohl frühesten erhalten gebliebenen Darstellung der Aufgaben der Abteilung Verkehr befindet.¹⁰

Im Allgemeinen, mit der einzigen Ausnahme eines später darzustellenden Untersuchungsvorgangs aus dem Jahre 1952, beruhen die Hinweise auf Vorgänge der fünfziger Jahre aber auf wiedergegebenen Auskünften Dritter, und andererseits gehen sie nie über einzelne Sachverhalte, überwiegend im Zusammenhang mit der Grenzarbeit der Abteilung Verkehr hinaus.

Eine zusammenhängende, geschlossene Darstellung dieser Zeit bleibt also nach heutigem Stand der Aktenerschließung der ehemaligen DDR unmöglich.

Immerhin bedeutete die Tatsache, dass die BStU ein erst spät erschlossenes, umfangreiches Paket von etwas mehr als 300 Aktennotizen, die meisten vollständig, bereitstellen konnte, die der Leiter des BdL (II), Oberst Gerhard Harnisch,¹¹ zwischen Ende 1963 und Ende 1971 über seine Besprechungen mit der Führung der Abteilung Verkehr angefertigt hatte, für die Untersuchung einen großen Sprung nach vorn. Denn dieses Material, einigermaßen kontinuierlich über einen beträchtlichen Zeitraum aus einer Feder entstanden, vom verantwortlichen »Begleiter« der Arbeit der Abteilung Verkehr verfasst, erlaubte, Zusammenhänge zu verstehen, die aus den vielen bruchstückhaften Aufzeichnungen anderer Hände so nicht durchschaubar gewesen waren.

Leider umfasst allerdings dieses Paket weder die gesamte Zeit von der Einrichtung des Büros der Leitung (II) Anfang 1962 bis zum zeitlichen Abschluss der Untersuchung in der Mitte der siebziger Jahre, noch ist es für die Zeit, die es insgesamt umfasst, vollständig in dem Sinne, dass es die Aktennotizen aller in dieser Zeit zwischen Harnisch und der Führung der Abteilung Verkehr geführten Besprechungen enthielte.

Auszüge dieser Aktennotizen in sonstigen Akten zeigen, dass mindestens 65 Aktennotizen Harnischs aus dieser Zeit und weitere über 50 der sich anschließenden Jahre bis hin zu anscheinend nur vereinzelt Vermerken aus den Jahren 1978 und 1979 fehlen (vgl. die Aufstellung im Quellenverzeichnis unter »Rekonstruktion fehlender Aktennotizen von Harnisch o.V.i.A. [oder Vertreter im Amt]«¹²). Diese Auszüge deuten darauf hin, dass es vor dem Herbst des Jahres 1963 keine solchen Aktenvermerke gegeben hat, da sich in keinem Falle Auszüge von Vermerken aus der Zeit vor November 1963 fanden.

Für die mit viel Mühe und großem Zeitaufwand verbundenen Aktenrecherchen, aber auch für vielfältig gewährten Rat und so hilfreiches wie bereitwillig geschenktes

¹⁰ Oltm. Krebs: Schlussbericht; BStU, MfS, HA II, Nr. 31514. Im Übrigen wurden die meisten Teile des umfangreichen OV, der zahlreiche Personalangaben »aus der Zeit, da die Bearbeitung von anderen Gesichtspunkten erfolgte« enthalten hatte, gelöscht.

¹¹ Gerhard Harnisch, 1916–1996, Biographie in: Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1998, S. 28 (auch abrufbar auf der Internetseite der BStU: <http://www.bstu.bund.de/publikationen>).

¹² Siehe hierzu das Quellenverzeichnis im Anhang.

Mitdenken in zahllosen Fragen schulde ich Mitarbeitern der BStU Dank, den ich besonders Frau Vera Lemke für ihre geduldigen Aktenrecherchen abstaten will. Dem federführenden Autor sollte es gestattet sein, auch Frau Gudrun Weber, vor allem für die bereitwillige Übernahme umfangreicher, mit findigem Gespür geführter Recherchen im Bundesarchiv und mancherlei Rat und Beistand, und Herrn Dr. Georg Herbstritt für höchst großzügig gewährten, unschätzbaren fachlichen Rat und zahllose Hinweise öffentlich zu danken.

Die Auswertung des Materials der BStU wurde durch die nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz gebotenen Anonymisierungen, durch vielfache Verwendung von Decknamen und durch Nicht-Einsetzen beim Diktat aus Gründen der Konspiration ausgelassener Namen oder Bezeichnungen oft erheblich erschwert. Bei der – weitgehend, nicht vollständig – gelungenen Lösung dieser Schwierigkeiten kamen dem Verfasser, zusätzlich zu den einschlägigen Handbüchern, die eigenen Erfahrungen aus Jahrzehnten der Beschäftigung mit der Geschichte deutscher Kommunisten und ihrer Organisationen und die dabei angesammelten Materialien zugute. Dazu durfte er dankenswerterweise in vielen Fällen auf die unter ähnlichen, wenngleich professionelleren Voraussetzungen zustande gekommenen Kenntnisse und Materialsammlungen von Herrn Dr. Rudolf van Hüllen, Krefeld, zurückgreifen.¹³

Als hilfreich erwiesen sich in einigen Fällen auch Sammlungen anderer Archive, wie die des Landesarchivs Berlin, vor allem beim Verständnis der Situation von »Objekten« der Abteilung Verkehr.

Der Rückgriff auf die Erinnerungen von Zeitzeugen war nur in sehr begrenztem Umfang möglich. Die führenden Mitarbeiter der Abteilung aus der untersuchten Zeit leben nicht mehr; ebenso wenig die des MfS, die Auskünfte geben könnten, wie Gerhard Harnisch und Erich Jamin.

Immerhin fand sich der frühere Hamburger Wirtschaftssenator Kern zu Auskünften über seine wiederholten Gespräche mit dem Generaldirektor des DDR-Speditions-Unternehmens Deutrans, Hermann Schlimme jun., dem Partner der Abteilung Verkehr in (im gewöhnlichen Wortsinn) grenzüberschreitenden Verkehrsangelegenheiten, bereit. Es fand sich auch ein »Kunde« der Abteilung Verkehr aus den Jahren 1969/70, Harald

¹³ Angaben zu Personen, die aus diesen Sammlungen stammen, für die seit vielen Jahren kommunistische Publikationen, wie Zeitungen, Parteitaginformationen etc. gelesen wurden, sind im Einzelfall nicht eigens mit dieser Herkunft ausgewiesen. Im Übrigen wird bei den allgemein bekannten früheren Führungsmitgliedern der SED regelmäßig auf nähere Angaben zur Person verzichtet. Bei Funktionären der ersten Reihe sind solche Angaben notorisch. Bei anderen entstammen sie zum großen Teil dem Bericht des KoKo-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, etliche auch dem Internet. Decknamen konnten weitgehend mit Hilfe des Findbuchs BY1 zur KPD (WBZ/BRD 1945–1971) im Bundesarchiv bzw. der darin enthaltenen Klarnamenliste entschlüsselt werden. Diese Liste enthält im Wesentlichen die in den 60er und 70er Jahren verwendeten Tarnbezeichnungen und Pseudonyme. Der Autor ist im Einzelfall bereit, auf Anfrage Quellen zu biographischen Informationen mitzuteilen.

Dötze,¹⁴ »Verleger« der Wochenzeitung »Unsere Zeit« (»UZ«), der ersten Parteizeitung der DKP, der Auskünfte gab und einen sehr charakteristischen Geldtransfer-Beleg zur Verfügung stellte. Dötze war ausgebildeter Parteifunktionär und hatte zuvor die illegale Zeitung »Blinkfuer« herausgebracht; ihm ist nicht nur für die Mitteilung eigener Erfahrungen zu danken, sondern auch für die Freigabe »seiner« Operativen Personenkontrolle (OPK) »Beschwerde«, die das MfS angelegt hat, um den unzuverlässig erscheinenden abzuklären. Manche Hintergründe aus den Hamburger Westfirmen wurden durch freundliche Auskünfte von Harry Schaub, Hamburg, ehemals Prokurist in solchen Unternehmen, verständlich; seine Personenkenntnisse lieferten Bestätigungen zu einer Vielzahl von Aktenbelegen.

Gewissermaßen von der »anderen Seite« kommend, standen im Bundesarchiv Koblenz inzwischen nicht mehr durch einen Verschlusssachengrad geschützte Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz über linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland aus den fünfziger und sechziger Jahren zur Verfügung, die in einigen Fällen ergänzten oder bestätigten, was die Akten des MfS berichteten. Darüber hinaus war nicht nur der frühere Abteilungsleiter Linksextremismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinrich Degenhardt, trotz seines hohen Alters zu Auskünften bereit. Auch sein ehemaliger Mitarbeiter, Claus Ahrend, zögerte nicht, aus seinen Erfahrungen und Erinnerungen Fragen des Verfassers zu beantworten; seine Antworten und Auskünfte ließen manche Vorgänge klarer und gelegentlich in etwas anderem Licht erscheinen, als sie sich bei bloßer Aktenlektüre darstellten. Jeder Hinweis von seiner Seite war umso schätzenswerter, als das, was die verschiedenen Bundesinnenminister im Lauf der Jahrzehnte aus den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes über die Abteilung Verkehr öffentlich gemacht haben, höchst dürftig war und im Laufe der Zeit nicht mehr und offener, sondern weniger und zurückhaltender wurde.

1965 hatte der Verfassungsschutz einmal Gelegenheit, seine Erkenntnisse über die Abteilung Verkehr nicht-öffentlich darzustellen: Heinrich Degenhardt musste im Ermittlungsverfahren gegen den Abteilungsleiter Adolf Baier, der nach einem schweren Verkehrsunfall in Bayern festgenommen worden war, vor dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs aussagen. Da zeigte sich allerdings – auch, wenn man eine gewisse Zurückhaltung Degenhardts aus Quellenschutzgründen in Betracht zieht –, dass diese Erkenntnisse damals, was Struktur und Besetzung der Abteilung anging, nicht sehr in die Tiefe reichten. Genauer war dagegen das in der Bundesrepublik und

¹⁴ Harald Dötze wird bei seiner ersten Erwähnung in den BdL (II)-Akten nur mit seiner Funktion bei Blinkfuer, nicht mit Namen genannt. Dötze, *1926, 1951 Landespartei-schule der SED Schmerwitz, Kreis- und Bezirksfunktionen bei der KPD und bei der DKP, dort 1986 ausgetreten, beim Blinkfuer Verlag Nachfolger von Ernst Aust, Juli 1965 bis Oktober 1966 Redakteur der »Informationen über den innerdeutschen Handel und Ost-West-Handel«, ab September 1971 verantwortlicher Redakteur und Mitgesellschafter, 1973–1991 Chefredakteur und Herausgeber des Wirtschaftsmagazins »ost-west-commerz«, http://www.owc.de/50_Jahre_OWC/PDF/7_zeittafel.pdf, Stand VI 2009.

im westlichen Ausland gewonnene Wissen über Grenzgruppen, Kuriere, Geldtransporte und Westfirmen.

Dass die Kenntnis von Aufgaben und Strukturen der Abteilung VK im Wesentlichen der Überlieferung des BdL (II) im Archiv der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu verdanken ist, beruht auf dessen Aufgaben gegenüber der Abteilung VK. Das MfS, zunächst die Hauptabteilung II, dann das BdL (II), hatte seit 1955 für die Sicherheit auch dieser ZK-Abteilung zu sorgen. Mindestens seit dem Bau von Mauer und Grenzsperren ab August 1961 hatte es deren Grenzarbeit technisch zu ermöglichen und ebenfalls abzusichern. Wegen dieses Überlieferungszusammenhangs erscheint eine integrierte Darstellung der Aufgaben und Struktur der Abteilung VK und ihrer Entwicklung bis zu den siebziger Jahren einerseits und der des BdL (II) gegenüber dieser Abteilung andererseits zweckmäßig. Jede andere Darstellungsweise würde Zusammenhänge zerreißen und zu Wiederholungen aus den gleichen Quellen führen.

Die Quellenlage führt also dazu, dass ein Bild von Zuständigkeiten, Strukturen, Mitarbeiterschaft und Aktivitäten der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED seine Linien und Farben ganz überwiegend aus den Akten des MfS gewinnen muss. Dabei ergibt sich das Problem, dass alles, was darin überliefert ist und wie es überliefert ist, sich nach Inhalt und Tonlage der Interessensituation des MfS im Verhältnis zur Abteilung Verkehr verdankt.

Der Verfasser ist zwar zuversichtlich, dass er diesen Umstand und die daraus folgenden Fragen zur Glaubwürdigkeit im Ganzen wie im Einzelnen zu keiner Zeit aus den Augen verloren hat. Wo immer sich eine Gegenüberlieferung aus anderen Quellen ergab, sei es auch nur in Bruchstücken und bescheidenen Details, ist sie zur Überprüfung der MfS-Überlieferung genutzt. Dennoch ist angesichts der fehlenden eigenen Aktenüberlieferung der Abteilung Verkehr nicht ganz auszuschließen, dass die Darstellung Verzerrungen enthält, die der einseitigen Überlieferung geschuldet sind.

Zeitgeschichtlicher Hintergrund für die Tätigkeit der Abteilung Verkehr

Mit dem erfolgreichen Verbotsantrag gegen die in der Sozialistischen Reichspartei versammelten Neonazis gelang es der Bundesregierung nur wenige Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland für lange Zeit, die deutschen Neonazis heimatlos zu machen und ihnen die politische Organisationskraft zu nehmen.

Zwar fügten die umfangreichen Beschlagnahmungen nach dem Verbotsantrag gegen die KPD und der Vollzug des Verbotsurteils nach der Karlsruher Entscheidung im August 1956 auch den Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland schweren organisatorischen und personellen Schaden zu. Aber dieser Schaden führte doch nicht einmal zur völligen Zerstörung der kommunistischen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, nicht zu reden von einer Zerschlagung der kommunistischen Bewegung in Deutschland.

Denn die deutschen Kommunisten hatten nach dem Sieg über den Nationalsozialismus und der Besetzung des Deutschen Reiches durch die Truppen der Alliierten den Wiederaufbau ihrer fast völlig zerschlagenen Partei im Schatten ihrer sowjetischen Schutzmacht begonnen und, höchst vereinfacht dargestellt, aus diesem Schatten heraus mit mehr oder weniger widerwilliger Duldung der übrigen Alliierten in den Westen Deutschlands vorangetrieben.

Dabei hatte dies – aus der Situation der Gewissheit eigener Existenz und politischer und materieller Unterstützung durch die KPdSU nach Bedarf – zu den ganz frühen Bestrebungen der aus Moskau in das noch nicht einmal restlos befreite Deutschland zurückkehrenden KP-Funktionäre gehört: die Verbindungen zu ihren Genossen in den westlichen Besatzungszonen – was den Verkehr von Personen, den Austausch von Nachrichten und den Transport von Materialien anging – so zu entwickeln und abzusichern,

- dass einerseits diese nicht mit guten Gründen nach Selbstständigkeit gegenüber der Berliner Zentrale verlangen konnten,
- dass sie andererseits den Westalliierten nicht unnötig ins Auge fielen und gegen deren etwaige Absichten, sie zu kontrollieren oder gar zu unterbinden, zuverlässig abgesichert waren.¹⁵

Dabei konnten sie auf Erfahrungen aus der Frühzeit der Partei zurückgreifen.

Die Anfänge der Abteilung Verkehr bis gegen Ende der fünfziger Jahre

Die Abteilung Verkehr des ZK der SED – so sehr Richard Stahlmann sie sich personell und strukturell auf den Leib geschnitten hatte – war vor dem Hintergrund der KPD-Geschichte nicht ganz und gar seine Erfindung.

Sie hatte eine Vorgängerin in der Vorkriegs-KPD: VV/Merkur, das Verkehrs- und Verbindungswesen im AM-Apparat¹⁶ der KPD, war als Kurierdienst mit einem aus-

¹⁵ Vgl. dazu im Einzelnen Kubina, Michael: »Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.« Zum Aufbau des Zentralen Westapparates der KPD/SED 1945–1949. In: Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 413–500; Kluth, Hans: Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945–1956. Köln, Opladen 1959.

¹⁶ Antimilitaristischer Apparat, Sicherheits- und Abwehrapparat der KPD. Vgl. dazu im Einzelnen Hptm. Dieter Stiebert; Hptm. Rainer Rudolph: Der konspirative antimilitaristische Kampf des ehemaligen AM-Apparates der KPD – Beispiel und Vorbild des tschechistischen Kampfes im Dienst der Arbeiterklasse; Diplomarbeit, MfS, JHS Potsdam 1976; BStU, MfS, HA IX, Nr. 18002, Bl. 41 f. u. 38. In dieser Darstellung spielt der Abweichter und

geklügelten Liniensystem über das ganze Reich aufgezogen. Durch Verbindung vieler Möglichkeiten garantierte es den raschen Transport von Mitteilungen, Meldungen, Post, Zersetzungsmaterial und vielem anderen.¹⁷

Durch seine Tätigkeit und Entwicklung sowie die Auswertung und Anwendung der sowjetischen Sicherheits- und Aufklärungsorgane schuf der AM-Apparat der KPD, so sah es jedenfalls das MfS der DDR, auch die Grundlagen für die Tätigkeit der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR.¹⁸ Ob Stahlmann allerdings bewusst solche Lehren zog und ob er sich mit solcher Tradition auseinandersetzte – dafür gibt es keine Hinweise.

Die Anfänge

Die Anfänge der Abteilung Verkehr oder zunächst der »Abteilung Stahlmann« hat Michael Kubina aus dem Dunkel der (weitgehenden) Aktenlosigkeit geholt, die zu Stahlmanns Markenzeichen gehörte.¹⁹ Zuerst in seinem 1996 erschienenen Aufsatz »In einer solchen Form, die nicht erkennen lässt, worum es sich handelt ...«. Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg«,²⁰ dann, ergänzt und erweitert, in einem Abschnitt seines Beitrages in der bereits erwähnten »Anatomie der Parteizentrale« von Manfred Wilke unter der Überschrift »Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein«. Zum Aufbau des Zentralen Westapparates der KPD/SED 1945–1949«²¹ hat Kubina die Aufbaujahre des Stahlmann'schen Teils des Westapparates der KPD/SED gezeichnet. Er kam im Wesentlichen zu folgenden Feststellungen.²²

schließlich »Abtrünnige«, Karl Retzlaw, keine Rolle, der sich selbst rühmt, die Anfänge des »Apparats« aufgebaut zu haben. Retzlaw, Karl: Spartacus. Aufstieg und Niedergang Erinnerungen eines Parteiarbeiters. Frankfurt/M. 1971.

¹⁷ Die Tradition dieses Apparates wiederum führte das MfS noch weiter zurück: 1988 gab die Presseabteilung des MfS in ihrer Reihe »tatsachen + personen + hintergründe« eine Dokumentation über Julius Motteler (1838–1907), »Roter Feldpostmeister« und Begründer des ersten proletarischen Sicherheitsdienstes«, heraus: »Ein Leben, das fortwirkt ...«.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Zur Biographie Stahlmanns siehe auch Uhl, Matthias: Richard Stahlmann (1891–1974). Ein Handlanger der Weltrevolution im Geheimauftrag der SED. In: Krüger, Dieter; Wagner, Armin (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 84–110.

²⁰ Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (1996)3, S. 340–374.

²¹ Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 446–459.

²² Wegen der Quellennachweise wird auf die Arbeiten von Michael Kubina verwiesen.

Der Komintern-Mitarbeiter Arthur Illner, 1891 in Königsberg geboren, seit seiner Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg nur noch als Richard Stahlmann bekannt, schaffte schon sehr bald nach dem Ende des 2. Weltkrieges mit sowjetischer Unterstützung die Rückkehr von Schweden²³ in das sowjetisch besetzte Deutschland. Im Mai 1946 kam Stahlmann nach Berlin. Im Apparat des Zentralsekretariats der SED wurde er als Zonenleiter eingestellt. Die Partei spürte angesichts der miserablen Transportverhältnisse in Deutschland das Bedürfnis, die Landesleitungen in den west- und süddeutschen Besatzungszonen besser mit Material zu versorgen. Stahlmann baute einen Grenzapparat für die Verbindung in die westlichen Besatzungszonen auf. Dieser Apparat war organisatorisch stets unabhängig vom übrigen Apparat des Zentralsekretariats und nur dem Politbüromitglied Franz Dahlem persönlich unterstellt. Das blieb auch so, als im Sommer 1948 »zur Gewährleistung der ständigen Übersicht über die Entwicklung in den Westzonen und die Arbeit der KPD und zur Koordinierung der Arbeit der Abteilungen im Zentralsekretariat bezüglich der Westzonen« eine eigene Westabteilung geschaffen wurde.²⁴ Zu Stahlmanns Mitarbeitern gehörten bald auch die schon in den zwanziger Jahren als Mitarbeiter des Passfälscherapparates der KPD erfolgreichen Richard Quast, Ingenieur, und Walter Tygör, Fotograf.²⁵ Für den westdeutschen Teil des Kurierapparates war Adolf Baier zuständig. Von ihm, der 1953 Stahlmanns Nachfolge antrat, wird später die Rede sein.

Stahlmanns Apparat funktionierte in erheblichem Maße durch persönliche Beziehungen, weniger durch formale Strukturen. Stahlmann war ausgemachter Konspirateur. Sein Einfluss auf die Mitarbeiter war groß und durchaus persönlich. Er soll mit ihnen sehr kameradschaftlich umgegangen sein und sich auch materiell um sie gekümmert haben. Allerdings wurde ihm auch ein hohes Maß an Disziplin bescheinigt. Auf Verletzungen konspirativer Regeln reagierte er hart; mit Härte trennte er bei Bedarf auch dienstliche von privaten Angelegenheiten.

Stahlmanns Kurierdienste arbeiteten in enger Abstimmung mit den Sowjets. Eine Schlüsselrolle dabei hatte Oberstleutnant Vladimir G. Mulin inne, der mit Stahlmann befreundet war. Mulin gehörte seit November 1946 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) unter Sergej I. Tjul'panov als Leiter der Abteilung für Rundfunkpropaganda an. Er war spätestens seit 1948 am Aufbau eines Nachrichtenapparates der KPD/SED in den Westzonen beteiligt und überwachte die operative Westarbeit

²³ Über seine geheime Tätigkeit dort in Zusammenarbeit mit Herbert Wehner hat u. a. Charlotte Bischoff in einer Mitteilung über Wehners Tätigkeit in Schweden v. 22.3.1961 berichtet; vgl. BStU, MfS, SdM, Nr. 1857, Bl. 178–180.

²⁴ BArch DY 30/IV 2/2.1/226.

²⁵ Richard Quast, 1896–1966, Emigration Frankreich/Mexiko, Deckname »Paul Hartmann«, Lithograph, blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1966 bei der Abteilung Verkehr. Von Walter Tygör, 1901–1981, wird später noch die Rede sein.



Richard Stahlmann
Abteilungsleiter 1949–1951
BArch, Bild Y 10-626-72

der KPD/SED. Als im Sommer 1948 im Parteiapparat der SED die Bildung einer »Westabteilung« vorbereitet wurde, übernahm Mulin in der SMAD den Aufbau einer »Abteilung zur Arbeit in den Zonen«, bald »Abteilung für die Arbeit in den westlichen Zonen« genannt.

In enger Zusammenarbeit mit Mulin baute Stahlmann entlang der Zonengrenze zahlreiche Grenz- und Kurierstellen auf, vor allem in Sachsen-Anhalt. Dabei nutzte er zur Tarnung häufig Erholungsheime für »Opfer des Faschismus« (OdF) und setzte womöglich langjährige Bekannte ein. Über die Grenzstellen brachten Stahlmanns Kuriere den internen Schriftverkehr der SED-Führung mit den KPD-Leitungen im Westen. Schon damals kämpfte er mit Problemen bei der Einhaltung strikter Konspiration.

Die Grenzstellen nutzte Stahlmann nicht nur zum Schleusen seiner Kuriere, dort gingen auch Lehrgangsteilnehmer der Parteischulen oder Konferenzteilnehmer durch. Der größte Schleusungserfolg Stahlmanns gelang 1951 mit mehreren Zehntausend westdeutschen Teilnehmern des Weltjugendfestivals in Berlin (auf bundesrepublikanischer Seite war Adolf Baier der Organisator). Stahlmanns Fuhrpark²⁶ besorgte auch den Schmuggel von Propagandamaterial, Embargogütern und natürlich Geld für den Organisationsapparat der KPD. Die finanziellen Zuwendungen aus (Ost-)Berlin hatten

²⁶ Der Stahlmann-Apparat verfügte 1949 über 20 Lkw, 10 Pkw und über unbeschränkte Benzinzuweisungen; Archiv der Sozialen Demokratie, SPD-PV Ostbüro 0302 I, Bericht v. 8.3.1949, S. 16.

sich nach SED-Unterlagen bis 1947 innerhalb Jahresfrist von 1,3 Mio RM auf 4,1 Mio RM verdreifacht. Für die SED, die wegen Papiermangels vor allem bei Verlagsgeschäften erhebliche Verluste erlitt, wurde die Westarbeit zu einer beträchtlichen Belastung. Zwar hatte der Ausbau von Parteifirmen durch die SED im Westen bereits begonnen.²⁷ Aber nach der Währungsreform im Juni 1948 war zunächst die SED nicht mehr zu einer Finanzierung des KPD-Apparats in DM-West in der Lage. Ende 1948 erhielt der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck in Moskau dann eine Zusage über 180 000 DM-West zuzüglich Zuschüssen für Zeitungen zugunsten der KPD. Ein halbes Jahr später musste die SED in Moskau um eine Erhöhung der Zuwendungen für die KPD und die Westarbeit bitten.

Der Einblick des CIC 1948

Ein Dokument des US-amerikanischen militärischen Nachrichtendienstes aus dem Frühjahr 1949 gibt die wohl umfangreichste überlieferte Darstellung von Stahlmanns Grenzapparat.²⁸ Die vom Verfasser der vorliegenden Arbeit kommentierte Publikation dieser Darstellung aus dem Jahre 2005 wird hier, unter Verzicht auf die damaligen Quellenangaben, referiert.²⁹

Das Dokument vom 11. März 1949 aus dem Büro des Chefs der Nachrichtendienste (Office of the Director of Intelligence – CIC) enthält die Zusammenfassung der Erkenntnisse der amerikanischen Gegenspionage in Deutschland über die Aktivitäten der KPD nach dem Stand von 1948/49. Es befasst sich mit der Partei-Kommunikation innerhalb der westlichen Besatzungszonen, zwischen diesen Zonen, zwischen den Westzonen und der Sowjetzone sowie mit internationalen Verbindungen in die Tschechoslowakei, die Schweiz, nach Österreich und ins Saargebiet. Näher untersucht wurde nur der Teil, der die Verbindungen zwischen der Sowjetzone und den drei westlichen Besatzungszonen betraf.

Neben der Erfassung des Ist-Zustandes der Kurier-Aktivitäten interessierte die Amerikaner vor allem das Potenzial dieser Dienste vor dem Hintergrund des längst begonnenen Kalten Krieges: Der Stahlmann-Apparat könne sich zu einer Filiale des russischen Geheimdienstes entwickeln und dann auch zum Transport von Waffen und

²⁷ Vgl. den Abschnitt »Westfirmen«.

²⁸ »Courier activity of the KPD«. Das bisher im amerikanischen Original unveröffentlichte und in deutscher Übersetzung nur auszugsweise veröffentlichte Dokument ist im Anhang im Wortlaut und in Übersetzung wiedergegeben; BArch Z 45 F/7/32-3/5-6.

²⁹ Mensing, Wilhelm: Zwischen Ost und West. Kuriere und Schleuser im Dienst von KPD/SED in der frühen Nachkriegszeit. In: ZdF (2005)18, S. 3–36. Die geraffte Wiedergabe dieser Veröffentlichung führt dazu, dass hier Wiedergabe der Quelle, ihre Kommentierung und Verweisungen auf den abgedruckten Quellentext einander abwechseln. Es wurde versucht, durch die Textgliederung dennoch die Übersichtlichkeit zu erhalten.

Ausrüstung herangezogen werden. Diese Überlegungen erwiesen sich keineswegs als völlig abwegig, wie die spätere Karriere Stahlmanns in der DDR-Auslandsspionage belegt.³⁰

Der Bericht ist im Ganzen offenkundig glaubwürdig. Er fügt sich bruchlos in die sonst vorhandenen Kenntnisse über den Apparat Stahlmanns ein. Den Details über die lokale Organisation des Grenzapparates schickten die Amerikaner einige allgemeine Erkenntnisse voraus: Die Benutzung normaler Kommunikationswege wie Post und Telefon erschien der KPD angesichts der intensiven Überwachung ihrer Tätigkeit bald gefährlich. Deswegen bauten sie ein Kuriersystem auf, das sich inzwischen zu einem wichtigen Mittel der Beförderung »klassifizierten« Materials und Schriftwechsels entwickelt hat. Der Trend zu stärkerer Zentralisierung der Parteiorganisation hat Auswirkungen auf den Kurierdienst gezeigt, und der schien dem CIC besonders wichtig im Hinblick auf eventuelle künftige Nutzungen, für die eine solche stark zentralisierte Institution genutzt werden könnte. Allerdings ließ sich im damaligen Frühzustand des Systems noch nicht überblicken, welche Bedeutung es im Falle eines KPD-Verbots gewinnen könnte.³¹

Im Hinblick auf die Hauptfunktion des Systems musste es, urteilten die Amerikaner, so eingerichtet sein, wie es der Parteiorganisation der KPD am besten entsprach. Bis zur Reorganisation der Partei im April 1948 war die Sicherstellung des Kuriernetzes im Allgemeinen Aufgabe der verschiedenen Organisationsleiter der Länder. Mit zunehmender Zentralisierung der Parteikontrolle und der entsprechenden stärkeren Kanalisierung der Kommunikation ergaben sich auch Hinweise auf eine stärkere Kontrolle des Kuriersystems, mit einer Zentralisierung in der Organisationsabteilung des Zentralsekretariats der SED.³²

Das »Büro Stahlmann« sei technisch ein Teil dieser Einheit, tatsächlich eine selbstständige Abteilung unter der direkten Aufsicht von Franz Dahlem³³. Sie sei der technische Apparat der Partei, der die Verbindung zur KPD in Westdeutschland besorgt. Ihm obliege der gesamte illegale Grenzverkehr einschließlich der Kurierdienste mit der Zuständigkeit für die Zusammenfassung und Koordination der Kommunikation zwischen den Besatzungszonen. Mit der Einrichtung des Westzonenvorstands in Frankfurt/M. seien individuelle Landwegverbindungen zu Landesleitungen durch die zentrale Kontaktstelle in Frankfurt/M. ersetzt worden. Früher hätten wichtige Funktionäre und vertrauenswürdige Parteimitglieder die jeweiligen Kurieraufgaben im Rahmen von

³⁰ Siehe unten den Abschnitt »Stahlmanns weiterer Weg«.

³¹ Dies dürfte eine der frühesten, belegten Erwägungen eines KPD-Verbots im Westen sein, noch vor Errichtung der Bundesrepublik Deutschland.

³² Einzelheiten zu dieser verstärkten Kontrolle wurden den Amerikanern anscheinend nicht bekannt.

³³ Franz Dahlem, 1892–1981, aus Lothringen stammend, 1946–1953 Mitglied des Parteivorstands bzw. des ZK der SED, u. a. 1949–1951 Leiter der Westkommission im ZK der SED, im März 1953 als potenzieller Rivale Ulbrichts entmacht.

Fahrten zwischen Einrichtungen der Partei übernommen. Nun komme es zu einer Professionalisierung des Kuriersystems.

Wie schon in der frühen Nachkriegszeit lief diese Kommunikation nach den Feststellungen des Berichts meistens über illegalen Grenzverkehr. Zwar reisten Kuriere auch mit Interzonenpässen, aber üblicherweise überquerten sie die Grenze heimlich unter Nutzung der illegalen Grenzpunkte, meist mit Unterstützung gut organisierter und arbeitender örtlicher Gruppen. Häufig gab es im Verbund mit den jeweiligen Grenzstellen sogenannte »Anlaufstellen«, Einrichtungen zum Verbringen von Wartezeiten und zum Ausruhen an Zwischenstopps, oft in Verbindung mit Lagerräumen für Material. Die Amerikaner fanden es äußerst schwierig, Vorhandensein und Funktionsweise einzelner Grenzstellen mit einem Mindestmaß an Gewissheit auszumachen. Einige waren je nach ihrer geographischen Lage und anderen internen Gesichtspunkten dauerhafter etabliert als andere; die Verwendung der Stellen wurde höchst flexibel gehandhabt.

Der Bericht zeigt: Während der amerikanische Dienst die Einordnung Stahlmanns in die Parteistruktur und seine Aufgabenstellung im Wesentlichen richtig erkannte, bleiben die Informationen über die Berliner Strukturen der Abteilung Verkehr und über die personelle Besetzung eher vage und ungenau. Der Bericht führt circa 90 Personen namentlich an, die für den Kurierdienst tätig sind; von ihnen ließen sich fast 20 noch nach Jahrzehnten mit vertretbarem Aufwand identifizieren.³⁴ Damit gibt es einen weiteren Anhaltspunkt für die grundsätzliche Zuverlässigkeit des Berichts.

Angestoßen durch den CIC-Bericht war es möglich, am Beispiel der Grenzstelle Ellrich/Walkenried am Südharz dank zahlreicher Informationen über dort bei der Schleusung beteiligte Personen, die Abläufe bei den Schleusungen zu rekonstruieren und ein recht genaues Bild über etliche Beteiligte zu gewinnen. Diese Grenzstelle lag in enger Nachbarschaft eines in den Nachkriegsjahren hochfrequentierten Zonengrenzübergangs, der durch den Ellricher Eisenbahntunnel führte. Diesen Übergang nutzten in der letzten Novemberwoche 1947 etwa 7 000 Menschen in östlicher und etwa 8 000 in westlicher Richtung als »unechte Grenzgänger«, also solche, die keine Genehmigung zum regelmäßigen Passieren der Zonengrenze hatten; die Polizeikontrollen auf westlicher Seite waren sehr zurückhaltend.

Die Schleuser und Kuriere der KPD/SED flossen nicht in diesem Menschenstrom mit, nutzten vielmehr ganz in der Nähe einen eigenen Weg, gestützt auf eigene Stationen und Treffpunkte. In Ellrich hatte sich im Spätsommer 1946 »im Einverständnis mit den dafür zuständigen Genossen beim damaligen ZS der SED und auch mit Kenntnis und Billigung der Bezirksleitung der KPD Ruhrgebiet« Camillo Scariot, Sohn eines italienischen Immigranten aus Essen, einquartiert, um die Betreuung der

³⁴ Ein Versuch, auch die verbleibenden ca. 70 Personen, die überwiegend nur im unmittelbaren Grenzbereich auf örtlicher Ebene tätig waren, zu identifizieren, wäre überaus zeit- und arbeitsaufwendig gewesen, ohne entsprechenden zusätzlichen Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Arbeitsweise des Apparates zu versprechen.

durchkommenden Parteikuriere zu übernehmen. Scariot war seit 1929 hauptamtlicher Parteiarbeiter. Er hatte die militärpolitische Schule in Moskau besucht, vier Jahre Zuchthaus und zwei Jahre KZ Buchenwald hinter sich. Nach der Befreiung im April 1945 und der Rückkehr von dort wurde er Personalleiter der Essener Polizei. Im Zusammenhang mit einem Mix aus politischen und persönlichen Vorwürfen (Korruption) musste er den Polizeidienst verlassen.

Nicht lange danach war Stahlmann als Sicherheitsbeauftragter der Partei bei der Pieck/Grotewohl-Kundgebung im Juli 1946 in Essen. Er mag Scariot bei dieser Gelegenheit getroffen haben; jedenfalls war dieser zwei Wochen später in Ellrich. Scariot kam mit einem Stoß Abmeldefomulare der Essener Polizei. Ellrich in Richtung Berlin passierende Genossen wurden so versorgt, waren damit behördlicher Fragen wegen ihrer Abmeldung enthoben, konnten sich beliebigen Orts anmelden und mit Lebensmittelkarten versorgen. Für Stahlmann hatte Scariot noch ein »Mitbringsek«: Originalmaterial der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamts, wahrscheinlich aus Essen, wo es eine große Gestapodienststelle gegeben hatte.

Scariot brachte auch noch einen Kollegen aus Essen mit, der sich bereits als Parteikurier bewährt hatte. Der bekam von Scariot den Auftrag, eine Durchschleusstelle an der Demarkationslinie einzurichten und zu betreiben. Ein junger Genosse aus einem Grenzdorf übernahm die Begleitung der zu Schleusenden bis zum Bahnhof Walkenried in der britischen Zone. Der machte aus seiner Nebentätigkeit nach und nach eine einträgliche Beschäftigung, weil er sich bei entsprechender Nachfrage auch als »Fluchthelfer« betätigte.

Scariot und sein Essener Kollege blieben nicht sehr lange im Grenzdienst, Scariot unter anderem, weil er bei einer Westreise festgenommen und etliche Zeit in britischem Gewahrsam gehalten wurde. Der Kollege, der Scariots Festnahme in Berlin meldete, stand gleichfalls unter Verdacht und wurde von der Grenze abgezogen. Der Grenzgänger wurde nach einigen Jahren mit einem Posten im Polizeidienst belohnt.

Enge Zusammenarbeit mit den Sowjets war für Stahlmanns Grenzdienst unumgänglich. Ende Juni 1946 sperrte die SMAD die Demarkationslinie zu den westlichen Besatzungszonen ab. Ab Ende Oktober 1946 bedurfte es eines Interzonenpasses für das Überschreiten der Zonengrenze. Seit Dezember 1946 unterstützten Grenzsicherungskräfte der Volkspolizei, in Grenzpolizeikommandos organisiert, im Auftrag der SMAD deren Tätigkeit. Erst Ende 1952 zogen sich die Sowjets allmählich aus der Grenzkontrolle zurück, behielten allerdings weiter das Oberkommando dort. So bedurfte die Tätigkeit des Grenzapparates ständiger Abstimmung mit den zuständigen sowjetischen Dienststellen. Den Kurieren wurden KPD-Pässe als Ausweis gegenüber »russischen Dienststellen« ausgestellt. Russische Posten entlang des Weges wurden per Telefon unterrichtet, die Kuriere passieren zu lassen. Umgekehrt unterrichtete die sowjetische Grenzpolizei zuständige Parteistellen über das Eintreffen eines Kuriers.

Die SMAD gewährte allerdings nicht nur Unterstützung für den Stahlmann-Apparat, sondern übte auch eine Aufsicht, die sich jedenfalls in Personalangelegenheiten das Recht des unmittelbaren Eingreifens nahm; Scariot bekam das nach seiner

Entlassung aus britischer Haft in einer intensiven, diesmal in sowjetischer Haft verbrachten Untersuchung zu spüren.³⁵

Ob dem amerikanischen Nachrichtendienst solche Beziehungen zwischen Stahlmann-Apparat und Sowjets bekannt waren, lässt der Bericht nicht erkennen. Die ausgesprochene Sorge, der Apparat könne sich zu einem Annex der sowjetischen Nachrichtendienste entwickeln, ist jedenfalls vor solchem Hintergrund nachvollziehbar.

Der Kontakt des Grenzapparates zur Grenzpolizei war auch aus technischen Gründen notwendig, weil man sich miteinander abstimmen musste, damit es nicht zu versehentlichen Störungen und Interventionen in die Tätigkeit des jeweils anderen kam. Deshalb war für jeden Grenzabschnitt ein Mitglied der Grenzpolizei in gehobener Stellung der Partei gegenüber verantwortlich gemacht. Eine Abstimmung auf unterer, örtlicher Ebene hätte die Tätigkeit des Kurier- und Schleusungsapparates zu vielen Personen bekannt gemacht.

Bestätigen lässt sich die amerikanische Feststellung, dass vorzugsweise KPD-Mitglieder aus der Zeit vor 1933 eingesetzt wurden. Sie waren, zumal, wenn sie aus alten KPD-Familien stammten, innerhalb der Partei gut bekannt, ihre Familiengeschichte war überprüft; ihre Loyalität wurde vor dem Einsatz im Kurierdienst noch einmal sorgfältig geprüft. Drei – in etlichen Fällen sich überschneidende – Gruppen fallen ins Auge: ehemalige Mitarbeiter des AM-Apparates der KPD, Interbrigadisten und Angehörige der KPD-Gruppe im KZ Buchenwald. In der Sowjetzone allerdings tauchen vereinzelt in Hilfsfunktionen auch Mitwirkende auf, die nicht alte Genossen waren: ein Dorfbürgermeister, der zwangsvereinigter Sozialdemokrat war, ein junger Grenzbegleiter, der wohl erst 1946 zur SED gestoßen war.

Noch einmal zum Berichtstext: Eine Schlussüberlegung ist der Frage möglicher Zugriffe gegen den Stahlmann-Apparat gewidmet. Nur intensive Grenzkontrollen seien eine realistische Abwehr. Gelegentliche Festnahmen kommunistischer Kuriere wegen Verletzung des Monopols der Reichspost würden einen Aufschrei auslösen wegen angeblicher »Verfolgung«, wenn nicht zugleich ähnliche Schritte auch gegen andere Organisationen stattfänden.

Stahlmanns weiterer Weg

1951 verschob sich – wohl eher allmählich, denn noch im Frühjahr 1952 ist seine ganz aktive Tätigkeit in seiner alten Abteilung belegt – der Schwerpunkt von Stahlmanns Arbeit, nachdem er 1950 der Partei noch einen besonderen Dienst erwiesen hatte, indem er den KPD-Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Kurt Müller zum Zwecke der

³⁵ Einzelheiten und Quellenangaben zu Scariots Erfahrungen vgl. in der referierten Publikation (Anm. 29).

Festnahme nach Berlin gelockt hatte.³⁶ Stahlmann wurde stellvertretender Leiter des dem DDR-Außenministerium zugeordneten Außenpolitischen Nachrichtendienstes unter der politischen Verantwortung von Anton Ackermann³⁷. Dort wurde er 1952 zum Obersten befördert. Der Dienst wurde im Juli 1953 als »Hauptabteilung XV« (seit 1956: »Hauptverwaltung A«, HV A) dem Staatssekretariat für Staatssicherheit eingegliedert. Später leitete er die Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle der Hauptabteilung XV des MfS. 1960 ging Stahlmann in den Ruhestand, wohin ihm noch einige Auszeichnungen nachgereicht wurden. Richard Stahlmann starb 1974. Das MfS ehrte sich und ihn – wie den Nachruhm anderer Tschekisten, zum Beispiel Paul Laufer und Gustav Szinda – 1986 mit einem Bändchen seiner Schriftenreihe unter dem Titel »Aus dem Leben eines Berufsrevolutionärs«.

Die Überlieferungslücke

Vom Frühjahr 1949 bis weit in die fünfziger Jahre hinein ist die Überlieferung der Geschichte der Abteilung Verkehr äußerst lückenhaft. Diese Lücke lässt sich auch mit den gelegentlichen Rückgriffen auf die fünfziger Jahre in den Akten des BdL (II) einschließlich der dort erhalten gebliebenen Biographien leitender Funktionäre der Abteilung nicht schließen.

Eine Untersuchung aus dem Jahre 1952 gegen einen von Stahlmann in Dienst genommenen Mitarbeiter und dessen Helfer, beide damals im Saargebiet, gibt immerhin einen begrenzten Einblick in die Abteilung Verkehr, die mit ihr zusammenarbeitenden Dienststellen von Partei und MfS, die Arbeitsweise der Abteilung und den Umgang mit Fehlern oder der Untreue von Mitarbeitern. Stahlmann ist 1951 noch damit beschäftigt, Mitarbeiter für Schleusungen von Frankreich über das Saarland und durch die Bundesrepublik Deutschland in die DDR zu gewinnen. Dies übrigens anscheinend, ohne den zu dieser Zeit noch in der Bundesrepublik Deutschland für den Grenzapparat der KPD zuständigen Adolf Baier zu beteiligen. Er findet dafür Gustav Endres, einen Mann, der in der frühen NS-Zeit schon mit Herbert Wehner an der Saar gearbeitet hat und den er selbst wohl aus der schwedischen Emigration kennt. Der Mann wird bald von Parteiarbeit freigestellt, nimmt wegen der Konspiration in Kauf, dass alte Genossen ihn deswegen als Kapitulant sehen, baut einen Grenzapparat mit etlichen Mitarbeitern auf und arbeitet zwischen Paris, Saarbrücken und Mainz. Er nutzt die besondere Situation des von Frankreich verwalteten, aber nicht zu Frankreich gehörenden, nach

³⁶ Müller war für einen Schauprozess vorgesehen, wurde aber dann den Sowjets überlassen und kam mit den von Adenauer herausverhandelten Gefangenen im Herbst 1955 in die Bundesrepublik zurück.

³⁷ Anton Ackermann (eigentlich Eugen Hanisch), 1905–1973, Interbrigadist, Emigration SU, 1945 Rückkehr nach Sachsen mit der »Gruppe Ackermann«, Kandidat des Politbüros der SED, 1953 im Zusammenhang mit dem Sturz Zaisers amtsenthoben, 1956 rehabilitiert.

Deutschland relativ offenen Saarlandes. In recht kurzer Zeit reist der Mann achtmal nach Berlin, um Richard Stahlmann, Hans Rosenberg und auch Grete Keilson³⁸, die bei der Auftragserteilung an ihn beteiligt war, Bericht über seine Arbeit zu erstatten. Von solcher Beteiligung der Kaderabteilung an der Tätigkeit der Abteilung Verkehr – das sei hier vorweggenommen – ist später nichts mehr zu hören. Als dieser Mitarbeiter und sein Helfer im März 1952 durch eine Mischung von Unvorsichtigkeit und Verrat in Frankreich illegal lebende griechische Kommunisten bei der Schleusung in die Hand der Polizei haben geraten lassen, werden sie zur Einvernahme nach (Ost-) Berlin bestellt. Das gegen sie betriebene Verfahren gibt einigen Einblick in das beteiligte Personal der Abteilung Verkehr und des ZK der SED im Übrigen, aber auch einer beteiligten Einheit des MfS.

Da führt Anfang April 1952 Stahlmann in einem Büro Hans Rosenbergs, der wohl bis zum Dienstantritt Adolf Baiers die Verantwortung für die Abteilung Verkehr hatte, ein Gespräch mit Erich Jamin; er ist also um diese Zeit noch immer in seiner alten Abteilung zu Hause. Jamin, damals in der Abteilung VI b des MfS für Sicherheitsüberprüfungen in Partei und Staatsapparat zuständig, ist der Mann, von dem später einmal gesagt wird, er sei so etwas wie der Kadersachbearbeiter der Abteilung Verkehr gewesen, die selbst noch keinen solchen gehabt habe.

Und Stahlmann akzeptiert offenkundig, dass Jamin den zur Einvernahme durch die Abteilung Verkehr wegen eines Fehlers im Dienst dieser Abteilung einbestellten Mann durch zwei Mitarbeiter der Partei, die unter anderem mit der Prüfung des Verhaltens von Genossen in der NS-Zeit befasst sind, zu ebensolchem Verhalten in der Emigration anhören lässt.³⁹ Erst die Leiterin der Kaderabteilung des ZK, Grete Keilson, greift ein und besteht darauf, das Parteiermittlungsverfahren wegen der inhaftierten griechischen Genossen nicht durch Untersuchungen zur früheren Vergangenheit zu stören. Nachdem sie Endres einvernommen hat, darf er zunächst zurückkehren. In der ersten Julihälfte kommt er als Mitglied einer saarländischen Delegation mitsamt seinem Helfer wieder nach Berlin. Nun führt August Stötzel für die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) die Untersuchung weiter. Er kommt nach einer knappen Woche zu dem Schluss, die beiden seien entweder den Sicherheitsbehörden zur Verhaftung zu übergeben, damit ein Prozess gegen sie geführt werde, oder sie seien zurückzuschicken, damit sie von ihrer Partei wegen »verbrecherischer Leichtfertigkeit« ausgeschlossen würden. Die (damalige) Abteilung VI b des MfS, Inspekteur Jamin, erfährt bereits am Tage von Stötzels Vorlage, dass es ein Parteiausschluss werden solle, aber noch eine Vernehmung im ZK der SED stattfindet.

Dort wird offenbar anders entschieden, denn tatsächlich werden die beiden Saarländer am gleichen Tage durch die Abteilung VI b in MfS-Gewahrsam genommen,

³⁸ Grete Keilson, KPD-/SED-Funktionärin, 1948–1952 Leiterin der Abteilung »Internationale Verbindungen« beim ZK der SED, 1953–1959 deren stellvertretende Leiterin.

³⁹ Gustav Endres behauptet, aktiv an der Entfernung Wehners aus der Partei beteiligt gewesen zu sein; BStU, MfS, AU 201/52, Bl. 115.

um drei Wochen später mit Zustimmung des ZK von Mielke entlassen und gen Westen geschickt zu werden.⁴⁰

Etwa für den Anfang des Jahres 1953 ist durch ihre gleichzeitige Bestätigung in einer Sitzung des ZK-Sekretariats die Bestellung einer kompletten Gruppe von fünf Instruktoren bekannt, die für die Grenzarbeit verantwortlich waren: Heinrich Hartmann, Erich Hönicke, Rudolf Schumann, Karl Fomferra und Julius Cebulla.⁴¹ Der aus Hamburg gekommenen Paul Kaphengst war schon zuvor in diesem Bereich tätig. Ihre Bestellung fällt zeitlich ziemlich genau mit dem Abzug Adolf Baiers von der Leitung des Grenzapparates »Philipp« im Westen zusammen. Offenbar ist damals bereits die Struktur der »Westgruppen«-Arbeit – diese »Westgruppen« bestanden aus drei oder vier meist in der Nähe der Zonengrenze ansässigen, konspirativ tätigen Mitgliedern der (illegalen) KPD, die unter Anleitung eines KPD-Instruktors für die Abteilung Verkehr Material und Personen über die innerdeutsche Grenze schafften – insoweit geändert worden, als ihre Führung und Anleitung von der Abteilung Verkehr übernommen wurde. Damit kamen auch schon zu dieser frühen Zeit ursprüngliche SED-Mitglieder wie Cebulla in die eigentlich bei der KPD liegende Westgruppenarbeit.⁴²

Und immerhin hat sich ein Beschluss des Politbüros der KPD vom September 1958 gefunden, der einen Blick auf die Objektbetreuung durch die Abteilung Verkehr zu dieser Zeit erlaubt.⁴³ Das Politbüro der KPD erhielt Ende September 1958 Arbeits- und Wohnräume im Objekt »Heim« in (Ost-)Berlin⁴⁴ und hatte das Verlangen, dieses Objekt »unter Berücksichtigung der Lage des Objekts wie der Absicht des Gegners,

⁴⁰ Entschieden war über die Freilassung erkennbar schon nach zwei Wochen, vollzogen wurde sie eine Woche später; ebenda, Bl. 236 f. Ausgewählte Dokumente aus diesem bemerkenswerten, nach derzeitiger Kenntnis einzigartigen Untersuchungsvorgang aus dem Bereich der Abteilung Verkehr, BStU, MfS, AU 201/52, aber auch dieser überliefert durch eine Akte des MfS, sind im Dokumentenanhang wiedergegeben.

⁴¹ Protokoll Nr. 39/53 v. 6.7.1953; BArch DY 30/J IV 2/3/-390. Hartmann wurde später Sektorenleiter, war 1967 bereits ausgeschieden; Cebulla stellv. Abteilungsleiter, Heinrich Karl (üblicherweise erscheint er nur mit dem Rufnamen Heinrich) Fomferra, ehemaliger Spanienkämpfer, der aufgrund von Vorwürfen wegen seiner angeblich unklaren Haltung in der Gestapo-Haft (er war u. a. im Ruhrgebiet eingesetzt worden) aus dem MfS entfernt und vorübergehend bei der Abteilung untergebracht war, wurde später zur Grenzpolizei versetzt. Vgl. im Einzelnen BStU, MfS, KS, Nr. 515/59. Über Hönicke und Schumann ist nichts weiter bekannt.

⁴² Vgl. zu den Laufbahnen von Kaphengst, Cebulla und Baier in der Abteilung Verkehr und zu den Westgruppen im Einzelnen die Abschnitte »Führung und Personal der Abteilung Verkehr« und »Westgruppen«.

⁴³ BArch BY 1-2410, Bl. 1–3. Dieses Dokument verdanke ich dem besonderen Suchgeschick von Gudrun Weber.

⁴⁴ Das Objekt lag wahrscheinlich in Berlin-Weißensee, Parkstraße 23.

Personen und Sitz der Parteiführung⁴⁵ zu ermitteln«, abzusichern. »Heim« sollte dazu »entsprechend dem bisherigen Verwendungszweck« nach außen als »Institut für ... « kenntlich gemacht werden; der Name blieb noch festzulegen.

Zunächst verständigte man sich auf die Begrenzung des Personenkreises mit Kenntnis vom Objekt und Zutrittsgenehmigung; dieser Kreis sollte später nicht erweitert werden, sodass auch die Mehrzahl der politischen Mitarbeiter der illegalen Partei keine Kenntnis bekommen sollte. Nur die Mitglieder des Politbüros, der Sekretär des 1. Sekretärs und der Sekretär des Politbüros sowie der Vertreter des Politbüros der SED sollten informiert werden, dazu der stellvertretende Vorsitzende der ZPKK (Moritz) sowie die Mitarbeiterinnen des Politbüros Liesl und Elsa. Dazu kamen sechs Hilfskräfte und die Fahrer der Zugelassenen.

Dann war die Absicherung festzulegen: Im Objekt würde die Abteilung Verkehr, »verantwortlich Adolf Baier«, vier Wachen stellen. Den Zugang und die Hausausweise sollte »die Wache der Staatssicherheit« kontrollieren und vor Einzug der Parteiführung die Prüfung des gesamten Grundstücks und der Nachbarschaft vornehmen.

Zwei Telefonanschlüsse waren für »Heim« geplant, die nur den Mitgliedern des Politbüros, dem Vertreter des Politbüros der SED, Adolf Baier samt Stellvertreter und »Harry«⁴⁶ bekannt gegeben werden sollten. Eines der Telefone wurde ausschließlich für Gespräche mit der Abteilung Verkehr und der Staatssicherheit reserviert.

Damit wird die Aufgabe der Abteilung Verkehr zu dieser Zeit für die Betreuung der KPD deutlich: Sie hatte für die innere Sicherheit des offenbar zentralen Objekts der Partei – Vorgänger des 1964/65 für sie erbauten Objekts »Projekt«⁴⁷ – zu sorgen und dafür das Personal bereitzustellen, während für die Absicherung nach außen das MfS zuständig war. Daneben gab es aber auch noch den eigenen Sicherheitsapparat der KPD unter Harry Schmitt, dem wohl vor allem der Personenschutz der leitenden KPD-Funktionäre oblag. Dass bei diesen Aufgaben, wenn man den Beschluss beim Wort nimmt, weder Adolf Baier noch Harry Schmitt das Objekt »Heim« betreten durften, wird man entgegen dem Wortlaut nicht annehmen dürfen, da ja beide wohl befugt sein mussten, ihre Mitarbeiter einzuweisen und zu überwachen.⁴⁸

Solange nicht irgendwo bisher unbekannte Akten auftauchen, wird man sich mit der Überlieferungslücke, in der immerhin Flecken ausgefüllt sind, abzufinden haben.

⁴⁵ Das bedeutet, dass neben dem zur KPD »abgeordneten« Erich Glückauf noch ein Beauftragter des Politbüros der SED an den Politbüro-Sitzungen der KPD teilnahm.

⁴⁶ Damit dürfte der Leiter des Sicherheitsdienstes der KPD in Berlin, Harry Schmitt, gemeint sein. Vgl. zu Schmitt den Abschnitt »Die Abteilung Verkehr und die Neukonstituierung der DKP«.

⁴⁷ Vgl. dazu im Abschnitt »Aufgaben und Struktur der Abteilung Verkehr seit Beginn der sechziger Jahre« den Exkurs »Objekte« der Abteilung Verkehr.

⁴⁸ Auch zu dieser Zeit dürfte es weitere Objekte der Abteilung Verkehr gegeben haben, die Zwecken der KPD dienten; so wohl schon seit 1953 das später als »Heide« bezeichnete Objekt in Groß Schönebeck, wo eine Parteschule unterhalten wurde.

Aufgaben und Struktur der Abteilung Verkehr seit Beginn der sechziger Jahre

Die wohl früheste erhalten gebliebene Darstellung der Aufgaben der Abteilung Verkehr stammt vom Mai 1962.⁴⁹ Sie enthält keinen Hinweis, seit wann die dort beschriebene Aufgabenorganisation gültig war. Die Aufgabendarstellung folgt aber unmittelbar dem Hinweis, dass zur Abteilung Verkehr die Phönix-Druckerei in der Niederwallstraße sowie die Deutsche Kraftverkehr (DKV) Grünau gehören. Diese Zugehörigkeit bestand damals schon seit zehn oder sogar mehr Jahren. Die zusammenhängende Darstellung ohne Unterscheidung nach früher/später legt es nahe, die Aufgabenbeschreibung nicht als Darstellung eines neuen Zustandes, sondern als mindestens schon seit einiger Zeit bestehend anzusehen. Die Dauer dieses Zeitraums lässt sich allerdings nicht zuverlässig bestimmen.

Die Aufgabe der Abteilung Verkehr wird knapp so definiert: »Durchführung der gesamten organisatorischen und technischen Aufgaben, die sich aus der Arbeit der KPD sowie anderer auf gesamtdeutschem Gebiet tätigen Organisationen im Ost-West-Verkehr ergeben.« »Aufgaben, die sich aus der Arbeit der KPD ergeben« – diese Abteilung erledigte also nicht Aufgaben der SED in deren Herrschaftsgebiet, sondern solche, die der SED nur zufielen, weil sie aus dem Bestehen und der Tätigkeit einer anderen, mit der SED nicht identischen Organisation folgten, für deren Erledigung die SED sich offenbar zuständig und verantwortlich fühlte.

»Auf gesamtdeutschem Gebiet tätige Organisationen« – das ist nicht etwa territorial verstanden im Sinne von BRD + DDR. Denn die KPD war ja nicht in der DDR tätig, hatte lediglich weite Teile ihrer illegalen Führungsorganisation in (Ost-)Berlin untergebracht. Schon gar nicht agierte die Deutsche Friedensunion auf dem Gebiet der DDR, die, wie an anderer Stelle gezeigt wird,⁵⁰ ebenfalls von der Abteilung Verkehr unterstützt wurde. Vielmehr muss man dieses »auf gesamtdeutschem Gebiet tätig« offenbar politisch verstehen: Die KPD (und ähnlich die DFU und womöglich weitere Gruppierungen) wird als Organisation tätig, die den gesamtdeutschen Anspruch der deutschen Kommunisten repräsentiert, als Organisation, die SED-Politik für Gesamtdeutschland betreiben will.

Da es der SED gegen den Widerstand der westlichen Besatzungsmächte nicht gelungen war, sich auf Westdeutschland auszudehnen, war die KPD die Organisation, die – wenngleich dort seit 1956 verboten – für die SED in der Bundesrepublik agierte.

Nur um Aufgaben, die sich aus der SED-Politik ergeben, kann es dabei gehen. Denn sie ist die regierende Partei in dem Land, von dem aus diese Politik gestaltet wird. Die KPD ist dort als Partei nicht präsent, hat keinen Einfluss auf die Politik in der DDR.

⁴⁹ BStU, MfS, HA II, Nr. 31514, Bl. 7–11.

⁵⁰ Vgl. den Abschnitt »Kuriersystem«.

»Aufgaben [...] im Ost-West-Verkehr« sollte die Abteilung Verkehr für diese Organisationen wahrnehmen. Danach hatte sie also mit der Abstimmung der politischen Arbeit zwischen SED und KPD oder mit der politischen Anleitung der auf gesamtdeutschem Gebiet tätigen Organisationen grundsätzlich nichts zu tun – dafür war vor allem das »Arbeitsbüro«⁵¹ zuständig – sondern war auf instrumentelle Hilfsfunktionen beschränkt. Die Beschränkung der Aufgaben auf den »Ost-West-Verkehr« legt auch nahe, dass Aufgaben innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls solche ohne Grenzbezug, grundsätzlich – über Abweichungen vom Grundsatz wird später zu reden sein – nicht dazu gehörten.

Arbeitsgebiete der Abteilung Verkehr

Grenzpunkte

Als »Grenzpunkte« wurden fünf Abschnitte der innerdeutschen Demarkationslinie von einer Länge zwischen etwa 250 und 400 km bezeichnet (Plauen, Sonneberg bis Meiningen; Eisenach, Mühlhausen bis Heiligenstadt; Worbis, Nordhausen bis Schierke; Schierke, Ilseburg, Marienborn, Salzwedel bis Arendsee; Arendsee, Wittenberge, Boizenburg bis Herrnburg bei Lübeck). Über diese »Grenzpunkte« betrieb die Abteilung VK konspirative Schleusungen⁵²: vorwiegend Personenschleusungen in den beiden südlichen Abschnitten, im Thüringischen vorzugsweise Schleusungen wichtiger Funktionäre; der folgende Abschnitt bis Schierke war 1962 wegen Zwischenfällen zeitweise stillgelegt; der Bereich vom Nordharz bis nach Arendsee war besonders für Kurierschleusungen bestimmt; der nördlichste schließlich diente Materialschleusungen.

⁵¹ Das Arbeitsbüro der KPD im ZK der SED, zuletzt Arbeitsbüro der Westkommission des Politbüros des Zentralkomitees der SED, wurde 1951 eingerichtet und Anfang 1971 aufgelöst. Es war vor allem für die Anleitung der legalen und später der illegalen KPD und dann der DKP zuständig. Vor dessen Einrichtung war wohl die Abteilung Verkehr auch mit politischen Angelegenheiten in Westdeutschland befasst, wie etwa die Teilnahme von Stahlmann an der Sitzung des Zentralsekretariats im Oktober 1948 zeigt, bei der die Wahlergebnisse von NRW präsentiert wurden; BArch DY 30/IV 2/2.1/242. Selbst 1952 war Stahlmann noch beteiligt, als Walter Ulbricht mehrere Besprechungen führender Funktionäre des Westapparates abhielt, in deren Mittelpunkt die Situation der SPD stand. Da äußerte sich Stahlmann misstrauisch kritisch gegenüber der Beauftragung von Willi Knothe, Sohn des eben verstorbenen 1. Nachkriegsvorsitzenden der hessischen SPD gleichen Namens, mit der Sammlung von Nachrichten über die oppositionellen Strömungen der SPD; vgl. BStU, MfS, AS, Nr. 40/55, Bl. 8 f.

⁵² Vgl. dazu den Abschnitt »Westgruppen«.

Kuriere

Die Abteilung beschäftigte Kuriere für wichtige Post und solche, die zu Treffs mit verantwortlichen Genossen der illegalen KPD in Westdeutschland entsandt wurden. Kuriere für allgemeine Post tauschten ihre Sendungen an Grenzscheusen aus. Mit Behältnissen, die versteckte Container enthielten, ausgerüstete Kuriere wurden zum Teil geschleust; im Übrigen reisten sie mit offiziellen Verkehrsmitteln, also vor allem mit der Bahn.⁵³

Literatur- und Materialtransporte

Illegale Druckschriften (»Literatur«) und sonstiges (Agitprop- und Büro-)Material für die KPD wurden per Lkw⁵⁴ oder auf dem Wasserwege nach Westen durch Genossen aus der DDR oder aus (West-)Berlin in die Bundesrepublik transportiert. Dort wurde es an einen Anlieferungspunkt gebracht und vom westlichen Verteilerapparat⁵⁵ der KPD übernommen. Das Rotationspapier bezog die Abteilung aus dem Ausland, um die Herkunft der Schriften zu verschleiern.

Personentransporte

Sie gingen über die genannten »Grenzpunkte«, organisiert von den Westgruppen. Geschleust wurden vor allem Funktionäre der illegalen KPD und Kuriere. Zu dieser Aufgabe gehörte aber auch der Grenzverkehr in Berlin. Dort wurden aus der Bundesrepublik angereiste Gäste an der Grenzübergangsstelle Friedrichstraße durch eine Außenstelle des MfS eingeschleust und Mitarbeitern der Abteilung VK übergeben. Nach dem Westen Ausreisende sollten in der Regel mit ordentlichen Abfertigungsdokumenten der DDR reisen. Nur »bestimmte Leute von großer Wichtigkeit oder mit wichtigen Materialien« wurden an den DDR-Ausreisekontrollen vorbeigeschleust. Entsprechend verfuhr man bei ausfahrenden Pkw: Nur bei Mitnahme kritischen Materials erhielt der DDR-Zoll die Weisung, »die Fahrzeugkontrolle so durchzuführen, dass kein Material gefunden wurde«.⁵⁶

Druckerei, Chemigrafie und Fotografie

Die Druckerei Phönix produzierte in der Niederwallstraße im Zentrum von Berlin Druckschriften aller Art für die KPD, so Entschließungen der Führungsgremien, Reden des Parteivorsitzenden, auch Schriften im Kleinstformat im Tarneinband, ausgenommen Tageszeitungen und Betriebszeitungen. Die Chemigrafen und Fotografen besorgten Dokumentenfälschungen.

⁵³ Vgl. im Einzelnen den Abschnitt »Kuriersystem«. Der sich nach Gründung der DKP entwickelnde Reiseverkehr über Berlin für Funktionäre und Kursanten etc. wurde zu KPD-Zeiten in entsprechend engerem Rahmen noch illegal abgewickelt.

⁵⁴ Später über die Berliner Filiale der Deutrans; BStU, MfS, HA II, Nr. 23568, Bl. 89. Vgl. zur Deutrans im Abschnitt »Westfirmen«.

⁵⁵ Vgl. zum Verteilerapparat den Abschnitt »Kuriersystem«.

⁵⁶ BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 14.4.1966, Punkt 1 f.

Quartiere und Versorgung

Die Abteilung unterhielt Gästehäuser, Objekte und Quartiere, in denen die »westdeutschen Genossen« während ihres Aufenthalts in (Ost-)Berlin unterbracht und versorgt wurden.

Fahrdienst

Transporte zwischen Berlin und den »Grenzpunkten« (später auch zu den Grenzübergangsstellen) wurden in der Regel mit eigenen Fahrzeugen der Abteilung erledigt.

Werkstatt

Entsprechend der DDR-üblichen Betriebs-»Autarkie« unterhielt die Abteilung eine eigene Kfz-Werkstatt für die Unterhaltung und Reparatur der abteilungseigenen Kraftfahrzeuge als Teil der »Deutschen Kraftverkehr Grünau« in (Ost-)Berlin.

Geldtransporte

Sie erscheinen als eigenes Arbeitsgebiet. Tatsächlich ist das vom Arbeitsgebiet »Kuriere« kaum zu trennen, da die Kuriere für wechselnde Aufgaben eingesetzt wurden und keine Trennung in der Betreuung nach Kurieren und Geldtransporteuren zu erkennen ist.

Ein Arbeitsgebiet »Westfirmen« gab es zu dieser Zeit noch nicht; es fiel der Abteilung erst 1966 zu.⁵⁷

Unerwähnt bleibt in der Aufzählung der Arbeitsgebiete eine besondere, unter der Tarnbezeichnung Objekt »Valentin« bearbeitete Einrichtung, die der Abteilung Verkehr seit Aufnahme ihrer Tätigkeit 1956 zugeordnet war: der »Deutsche Freiheitssender 904«.⁵⁸

Baier wurde von der KPD auch noch Jahre nach seiner Übersiedlung in die DDR und dem Parteiverbot 1956 für Strukturveränderungen bei den Geldtransporten »in Anspruch genommen«. Diese Inanspruchnahme und sonstige Reisen in die Bundesrepublik Deutschland oder ins europäische Ausland führten dazu, dass er »in manchen Zeitperioden nicht anwesend« war.⁵⁹ Auch deswegen hatte Baier »eine Trennung innerhalb der Abteilung Verkehr zwischen den Aufgaben auf dem Gebiet der DDR und WD« organisiert. Er hatte sogar erwogen, in Zukunft die Abteilung »arbeits- und unterkunftsmäßig« zu trennen mit Kaphengst als Verantwortlichem für »WD«, Cebulla für die DDR.⁶⁰

⁵⁷ Vgl. dazu die Abschnitte »Führung und Personal der Abteilung Verkehr« zu Steidl und den Abschnitt »Westfirmen«.

⁵⁸ Zum Sender 904/Objekt Valentin sowie zur Druckerei Phönix und zu den von der Abteilung VK verwalteten »Objekten« siehe die Exkurse am Ende dieses Abschnitts.

⁵⁹ Solche Abwesenheiten, so Baier 1964 zu Harnisch, versuchten seine Stellvertreter Kaphengst und Cebulla zu nutzen, »um auf die Übernahme von bestimmten Funktionen zu spekulieren«; BStU, MfS, HA II/19 14192, Bl. 289–294, Aktennotiz v. 8.2.1964, Punkt 6.

⁶⁰ Ebenda. Es ist nicht erkennbar, dass Baier oder sein Nachfolger Steidl auf diese Erwägungen später noch einmal zurückgegriffen hätte.

Absicherung und Kontrolle der Abteilung Verkehr durch das MfS

Grundlegende Anordnungen oder Regelungen für die frühe Zusammenarbeit der Abteilung Verkehr mit dem MfS, vor allem die Zusammenarbeit mit der Abteilung VI b unter Erich Jamin, haben sich nicht gefunden. Angesichts der persönlichen Bekanntschaft der Hauptbeteiligten Stahlmann und Jamin ist nicht auszuschließen, dass diese Zusammenarbeit im Wesentlichen auf deren Absprachen beruhte. Da es in den späten vierziger Jahren unter Stahlmann noch keinen Kadersachbearbeiter in der Abteilung VK gab, saß Jamin täglich in der Abteilung VK, überprüfte dort alle Kaderunterlagen und fertigte davon Fotokopien.⁶¹ Solche Tätigkeit ist ohne ein persönliches Vertrauensverhältnis der beiden kaum vorstellbar, zumal für eine Stahlmann aufgenötigte Tätigkeit Jamins keine Anzeichen bekannt sind.

Mitte 1955 hatte aufgrund einer jetzt nicht mehr nachvollziehbaren Anordnung die Abteilung II/4a des MfS begonnen, die Arbeit der Abteilung Verkehr abzusichern. Diese Anordnung stand wohl im Zusammenhang mit der im Verlauf des KPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht für notwendig angesehenen Unterstützung der KPD und ihrer Absicherung »gegen feindliche Aktivitäten« und – darüber hinaus – »mit dem Gesamtaufgabenkomplex der Absicherung der Westarbeit der Partei und des FDGB«.⁶² Aus der Perspektive des MfS beruhte diese Absicherung auf einem Kontakt zu den »leitenden Mitarbeitern der Abteilung Verkehr«. Dazu rechnete das MfS neben Adolf Baier dessen Stellvertreter Cebulla und Kaphengst sowie den Mitarbeiter und Instrukteur Karl Friedrich; alle vier stattete das MfS mit Sonderausweisen der NVA aus, die ihnen das Betreten der Grenzübergangsstellen und das Schleusen dort ermöglichte.⁶³

Nach der Auffassung des MfS litt die Arbeit darunter, dass seitens der Abteilung VK nicht alle notwendigen Informationen geliefert wurden; dadurch sei es häufig zu Pannen und Überschneidungen vor allem bei der Materialschleusung gekommen. Es seien deswegen sogar Personen unter dem Verdacht der Feindtätigkeit festgenommen worden, die für die Partei aktive illegale Arbeit leisteten. Deshalb – da man anscheinend

⁶¹ Deren Lagerort war schon 1964 nicht mehr bekannt, und Nachforschungen durch Harnisch verliefen offenbar im Sande; BStU, MfS, HA II/MF/37, Aktennotiz v. 3.2.1964, Punkt 4.

⁶² Analyse über das Arbeitsgebiet »Abteilung Verkehr beim ZK der SED« v. 7.12.1974; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 81; Analyse über die Entwicklung des Aufgabengebietes Betreuung im BdL II, o. D.; BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 23 f. Nach dem KPD-Verbot wurde Ende 1956 eine Arbeitsgruppe Sicherung für den gleichen Zweck gebildet. Ab Januar 1958 war für das Gesamtarbeitsgebiet (d. h. wohl KPD und Abt. Verkehr) die HA II/4 a verantwortlich; vgl. ebenda.

⁶³ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 2, Bl. 222 u. 224. Harnisch und Steidl verständigten sich Ende 1966, dass Friedrich bei der Abt. VK ausscheiden sollte: Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 9.12.1966, Punkt 7; v. 26.1.1967, Punkt 2. Friedrich arbeitete später bei der Deutschen Binnenreederei; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 9.

keine Hoffnung hatte, die unbedingt notwendige Verbesserung der Zusammenarbeit der Beteiligten zu erreichen – sei 1960 auf Weisung des ZK der SED und der Leitung des MfS die Absicherungsarbeit eingestellt und das angefallene Material archiviert worden.

Für die Abteilung VK, selbst in der Überlieferung durch das MfS, gab es allerdings etliche Gründe, die »Absicherung« durch das MfS nicht mehr zu wünschen. So gestand der MfS-Oberst Harnisch gegenüber Baier in einem Gespräch Anfang 1964 zu, dass der MfS-Genosse Magdeburg seine Funktion bis zur »Aneignung parteieigener Dinge« ausgenutzt habe.⁶⁴ Er widersprach Baiers Behauptungen nicht, dass das MfS seine Tätigkeit genutzt habe, um einige Fälle »abzukochen«, und dass der Genosse Werner Grünert⁶⁵ »nur darauf ausging, die Verbindungen der Partei für das MfS auszunutzen«. Hinzu kam für Baier eine herzliche Abneigung gegen den Obersten Erich Jamin aus der Führung der Abteilung V des MfS. Jamin hatte sich nicht nur zu Stahlmanns Zeiten sondern auch später in die Personalpolitik der Abteilung eingemischt und Baier den Stellvertreter Cebulla aufgezwungen.⁶⁷

So war es 1960 mit Zustimmung von Erich Honecker, dem Sicherheitsverantwortlichen im Politbüro der SED, zur Ablehnung einer weiteren Koordinierung mit dem MfS gekommen.

Die Folgen fehlender Absicherung der Arbeit der Abteilung VK durch das MfS waren negativ für die Westarbeit der Partei; wie solche negativen Folgen konkret aussahen, bleibt unerwähnt in den Vermerken des MfS.

⁶⁴ Kurt Magdeburg, *1913, KPD seit 1932, gelernter Metallarbeiter, kam über die Volkspolizei im Sommer 1950 zum MfS und dann bald als Hauptsachbearbeiter zur Abteilung VI b (Sicherheitsüberprüfungen) der Abteilung VI (Staatsapparat, Parteien) des MfS, die damals von Erich Jamin geleitet wurde; BStU, MfS, KS, Nr. 132/63. Magdeburg zeichnete im August 1952 die von Mielke unterschriebene Entlassungsverfügung für die beiden saarländischen Funktionäre ab, die für Stahlmann im Saargebiet Grenzarbeit besorgt und nach ihrer Einbestellung nach (Ost-)Berlin vom MfS festgesetzt worden waren. Das ist der einzige Beleg für die Tätigkeit von Magdeburg, der sich bisher hat finden lassen; vgl. BStU, MfS, AU 201/52, Bl. 237 f. Zu Jamin: Gieseke: Wer war wer (Anm. 11), S. 34.

⁶⁵ Werner Grünert war seit 1953 Abteilungsleiter in der HA II, seit 1960 Leiter der HA II.

⁶⁶ Baier benutzte auch die Gelegenheit, Harnisch gegenüber hervorzuheben, dass Mielke »eine andere Auffassung gegenüber der Partei hat«, als das bei (dem 1953 abgesetzten) Minister Zaisser der Fall war.

⁶⁷ Nicht nur Baiers Abneigung gegen Jamin, sondern auch die starken Vorbehalte anderer alter Mitarbeiter der Abt. VK waren dem MfS derart bewusst, dass Harnisch von sich aus 1969 empfahl, Jamin nicht mit Genossen zusammenzubringen, die in den 50er Jahren schon in der Abteilung waren; BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 22.5.1969, Punkt 4. Anscheinend hatte auch »der Genosse Ammann« (Identität ungeklärt) eine Frau gegen den Willen der Abteilung VK bei der Druckerei Phönix in einem Tarnarbeitsverhältnis untergebracht; BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 21.7.1966, Punkt 15.

Nicht klar zu erkennen ist auch, ob ein Vorstoß des Apparates der Westkommission (ZK Abt. 62) vom Spätherbst 1960 mit solchen negativen Folgen zu tun hatte, denn er enthält sich jeder Andeutung einer Begründung für seine Notwendigkeit. Da richtete die Kommission an ihren politischen Vorgesetzten Albert Norden die Frage, was aus dem Vorschlag für den Aufbau eines eigenen Sektors Verkehr zur Sicherung des Delegations- und Personenverkehrs von und nach Westdeutschland in der Abteilung 62 werde. Einen solchen Vorschlag hatte die Kommissionsbürokratie im Detail ausgearbeitet.

»Zur organisatorischen, technischen und materiellen Sicherstellung unserer Verbindungen mit sozialdemokratischen Funktionären und anderen Persönlichkeiten aus Westdeutschland sowie zur Vorbereitung und Durchführung von individuellen und Gruppensprachen mit westdeutschen Genossen und Freunden ergibt sich die Notwendigkeit des Aufbaus eines eigenen Sektors für Verkehr in der Abteilung 62. Bisher wurden diese Aufgaben durch die Abteilung Verkehr im Hause gelöst.«

Es folgen bis ins Detail gehende personelle, finanzielle und technische Anforderungen für die Einrichtung des Sektors.⁶⁸

Während in den (allerdings auch erst später einsetzenden) Aktennotizen Harnischs nichts darauf hindeutet, dass Norden den Vorstoß seiner Mitarbeiter übernommen und ins Politbüro gebracht hätte, waren die »negativen Folgen« mangelnder Absicherung der Arbeit der Abteilung Verkehr offenbar ernsthaft genug, dass die Westkommission beim Politbüro der SED insoweit eingriff. Sie beschloss Anfang 1962, während sie sich selber Rechenschaft über die »Veränderung der Arbeitsmethoden nach Westdeutschland entsprechend der neuen Lage« – nämlich der Errichtung der Mauer und der Absperrungen an der Demarkationslinie – ablegte,⁶⁹ die Absicherungsarbeit müsse wieder aufgenommen werden. Das war schon deshalb richtig, weil nun die Abteilung Verkehr die Zusammenarbeit mit der Grenzsicherung der Staatssicherheit für den illegalen Grenzverkehr ihrer Westgruppen brauchte. Mielke richtete daraufhin in seinem Hause das Büro der Leitung II (BdL II) ein, dem er das ehemalige Aufgabengebiet der HA II/4a »entsprechend der neuen politischen Lage und Situation und der sich daraus ergebenden Klassenkampfbedingungen nach dem 13. August 1961« übertrug.⁷⁰

⁶⁸ BArch DY 30/IV 2/2.028-6, Bl. 132–134 u. 144–146.

⁶⁹ BArch DY 30/IV 2/1002/4, Vorlage v. 8.1.1962. Die Westabteilung verordnete sich dabei selbst, die Erfahrungen der Abteilung Verkehr und der KPD auszunutzen, und forderte, die in Westdeutschland eingesetzten Kader mit gültigen westdeutschen Ausweispapieren zu versehen. Diese »gültigen« Papiere allerdings konnten ja nur aus der Fälscherwerkstatt der Abteilung Verkehr oder der Abteilung E des MfS kommen.

⁷⁰ Analyse über die Entwicklung des Aufgabengebietes Betreuung im BdL (II), o. D.; BStU, MfS, AS, Nr. 126/77; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 79–84; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 290 (Aktenvermerk Besprechung Baier/Harnisch v. 7.2.1964). Protokolle mit Beschlüssen der Westkommission beim Politbüro hinsichtlich der Abteilung Verkehr beim ZK der SED aus der Zeit gegen Ende 1961 bis Anfang 1962 sind beim Bundesarchiv

Wenig ist dazu bekannt, wie die Absicherungsarbeit in Gang gekommen ist. Erste Vermerke darüber stammen aus dem Jahre 1963. Sie betreffen zum erheblichen Teil die Raketentruppe der Abteilung VK, für die mit Unterstützung des MfS Raketen entwickelt und getestet wurden.⁷¹ Es dauerte offenbar bis zum Februar 1964, ehe das oben wiedergegebene, erste eingehende Gespräch zwischen Adolf Baier und dem Leiter des BdL (II), Oberst Harnisch, geführt wurde, mit dem begonnen wurde, die Lasten aus der Vergangenheit abzutragen und Perspektiven für die künftige Arbeit zu erörtern. Da blieb dann für Baier nur noch ein Jahr gemeinsamer Dienstzeit, kaum ausreichend, um selbst bei uneingeschränkt gutem Willen das aufgehäufte Geröll aus dem Weg zu räumen, zumal in der Zeit bis zum letzten dienstlichen Zusammentreffen am 19. Januar 1965 nicht mehr als etwa 15 Gespräche zustande gekommen waren, die meisten in Anwesenheit anderer Mitarbeiter der Abteilung VK.

So wird es zweckmäßiger sein, auf das Miteinander und Gegeneinander der beiden Arbeitseinheiten im Zusammenhang mit der Dienstzeit von Baiers Nachfolger Steidl einzugehen, der insgesamt bald 20 Jahre hindurch (von denen etwa die Hälfte hier in den Blick rücken wird) mit dem BdL (II) zusammenzuarbeiten hatte.

Sektoren der Abteilung Verkehr

Die Aufgaben in der Abteilung VK waren auf Sektoren verteilt, deren Leiter zum Teil noch einen politischen Mitarbeiter hatten. Diese, etwa ein Dutzend,⁷² selbstverständlich allesamt der SED angehörenden, herausgehobenen Mitarbeiter⁷³ waren direkt der Kaderabteilung des ZK der SED unterstellt, wurden jedoch durch den Sektor Kader der Abteilung VK mitbetreut.⁷⁴ Sie wurden unterschieden von der vor allem in den »Betrieben« (Phönix und DKV Grünau) der Abteilung beträchtlichen Zahl technischer und kaufmännischer Mitarbeiter. Für sie war ein Aufstieg in die Gruppe der politischen Mitarbeiter möglich, wie ihn zum Beispiel der spätere stellvertretende

allerdings nicht nachweisbar, sodass der Beschluss nur aus der Wiedergabe bekannt ist. Im Übrigen wird man annehmen müssen, dass die Entscheidung nur mit Billigung des Politbüros oder des ZK-Sekretariats getroffen werden konnte; ein entsprechender Beschluss hat sich allerdings nicht gefunden. Mit Wirkung vom 1.4.1980 – also nach dem hier dargestellten Zeitraum – wurde dann dieses 1962 eingerichtete Büro der Leitung (II) als Abteilung 19 in die Hauptabteilung II des MfS eingegliedert. In dieser Abteilung wurden die bisherigen Aufgaben des BdL (II) fortgeführt.

⁷¹ Vgl. den Exkurs »Die Raketentruppe der Abteilung Verkehr« im Abschnitt »Westgruppen«.

⁷² So z. B. laut einer Aufstellung v. Februar 1971; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 25.

⁷³ Sie erhielten Waffen- und militärische Ausbildung durch einen OibE des BdL (II), der ehemaliger hauptberuflicher Offizier war; BStU, MfS, HA II, Nr. 23569, Bl. 40.

⁷⁴ Analyse über die Absicherung der Kaderarbeit der Abt. VK; BStU, MfS, HA II, Nr. 29400, Bl. 50.

Abteilungsleiter Paul Kaphengst nach drei Jahren bei Arbeit der DKV Grünau geschafft hatte.⁷⁵

Mitte der sechziger Jahre waren die Sektoren so aufgeteilt:

Sektor Kader, geleitet von Kurt Koch, der bis 1968 zugleich Parteisekretär der Abteilung war.⁷⁶ Koch, Jahrgang 1908, wurde erst mit 68 Jahren Rentner, blieb aber als Referent des Abteilungsleiters Steidl weiter tätig mit vollen Rechten eines politischen Mitarbeiters und voller Bezahlung. 1976 folgte ihm kurzzeitig ein Mitarbeiter, der als Steidls »Spezi« galt. Doch noch im selben Jahr trat Rolf Hölzel an seine Stelle, obwohl sich das MfS »wegen erheblicher persönlicher Schwächen« gegen ihn ausgesprochen hatte. Nach Einschätzung des BdL (II) hatte sich Hölzel dann nach Jahr und Tag »aus der Bevormundung des ehemaligen Sektorenleiters« gelöst.

Sektor Betreuung, unter der Führung von Rolf Hölzel. Der gehörte seit 1961 zur Abteilung, entstammte der FDJ, war »des Öfteren durch die Partei zum Westeinsatz gekommen, führte aktive Aufklärungsarbeit in Westdeutschland durch«. Er wird in den MfS-Unterlagen als inoffizieller Mitarbeiter des MfS bezeichnet.⁷⁷ In der Parteigruppe der Abteilung arbeitete er in der Nachfolge Kochs als Gruppensekretär.

Sektor Transport, unter Leitung des aus Hamburg stammenden Herbert Dettmann. Der wurde 1959 Sektorenleiter in der Abteilung und war zuständig für Materialtransport.⁷⁸ Seine Schwester war in Hamburg verheiratet; ihr Mann war für den Transportapparat tätig.⁷⁹ Dieser Sektor wurde Anfang 1969, nach der DKP-Gründung, aufgelöst. Der Sektorenleiter wurde als Mitarbeiter einer »Westfirma« in der Bundesrepublik Deutschland »legalisiert«.⁸⁰

Sektor Fahrdienst, zu dem auch die Werkstatt gehörte, geleitet von Paul Mickley, unterstützt von einem Fahrdienstleiter und einem Werkstattleiter. Der Sektor führte auch die Betriebsfeuerwehr.

⁷⁵ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 292, ausführlicher Lebenslauf, Bl. 250–254. In einer Aktennotiz v. 30.4.1965, Punkt 3, wird die Einstufung als politischer Mitarbeiter als »noch aus der Zeit von Stahlmann« stammend dargestellt; BStU, MfS, HA II/MF/40. Diese Einstufung war aber keine Eigenart der Abteilung Verkehr. Vgl. z. B. Wilke (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale (Anm. 21), S. 77, 81 u. 423. Gemeint sein könnte allenfalls die individuelle Einstufung in der Abteilung.

⁷⁶ Bestellung zum Sektorenleiter durch Beschluss des ZK-Sekretariats v. 10.6.1967; BArch DY 30/J IV 2/3/-1188. Wann genau Koch Parteisekretär wurde, ist nicht bekannt. Nachdem Kaphengst und Cebulla ihn schon im Herbst 1966 ablösen wollten, wurde jedenfalls im Laufe des Jahres 1968 Hölzel sein Nachfolger; vgl. BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 316, I '67, Bl. 329, XI '66, auch Bl. 288, XII '68, Bl. 282, II '69.

⁷⁷ BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 4 u. 201.

⁷⁸ Bestätigung durch Beschluss des ZK-Sekretariats v. 25.3.1959; BArch SY 30/J IV 2/3/-635, Protokoll Nr. 8/59.

⁷⁹ Vgl. den Abschnitt »Führung und Personal der Abteilung Verkehr«, Anm. 392.

⁸⁰ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 12.2.1969, Punkt 6.

Sektor Gästehäuser, zuständig für Quartiere und Versorgung: Bis Sommer 1966 wurde er von Horst Müller geführt, der dann als Verwaltungsleiter und Parteisekretär zum Objekt »Valentin« wechselte. Ihm folgte später Gerhard Anspach, offenbar ein alter Bekannter von Steidl aus dem FDGB, der zuletzt 10 Jahre in einer anderen ZK-Abteilung gearbeitet hatte. Während die Objekte des Sektors meist von Männern geleitet wurden, war für Planung, Organisation und Verteilung eine Reihe von Frauen dort tätig.

Sektor/Werk Druckerei (Phönix), geführt von Werner Schikora,⁸¹ seit 1952 bei der Abteilung. Als der 1969 zu einer DKP-Druckerei in die Bundesrepublik ging, folgte ihm Horst Fraundorf. Die Chemigrafie leitete bis 1967 der schon 1949 zur Abteilung gekommene Walter Tygör, Westemigrant während der NS-Zeit, hervorragender Fachkennner. Mit »Werner« verfügte der Sektor auch über einen eigenen Pyrotechniker.⁸²

Sektor Grenze, zuständig für die Aufgabe »Grenzpunkte«, also vor allem die Anleitung und Betreuung der Westgruppen: Dieser wurde geleitet von Gottfried May und unterstützt von den Instruktoren Fritz Waldert, Herbert G. und Heinz S. Als die Gruppen mit der Gründung der DKP stillgelegt wurden, wechselte May 1969 als Wirtschaftsleiter zum Sender 904, sollte aber bei Bedarf noch im Einzelfall für Grenzarbeit eingesetzt werden. Er war verantwortlich für Ausbildung von Genossen der Abteilung, die Waffenträger waren, und für deren Schießtraining.⁸³

Gesamtzahlen der Mitarbeiter der Abteilung VK sind nur für wenige Zeitpunkte bekannt. Die früheste vorgefundene Zahl bezieht sich auf das Jahr 1968, vor der Gründung der DKP. Für diese Zeit teilte der Kaderleiter Kurt Koch dem BdL (II) eine Zahl von 256 mit, die Mitarbeiter der Druckerei Phönix nicht einbegriffen.⁸⁴ Für Phönix war nur eine Zahl aus dem Jahre 1976 zu finden: Damals hatte die Druckerei 34 technische und zwei politische Mitarbeiter.⁸⁵

⁸¹ Schikora, bis 1967 (zuletzt) Sektorenleiter in der Abteilung, wurde im Oktober dieses Jahres durch Beschluss des ZK-Sekretariats von dieser Funktion entbunden und zum Werkleiter der Phönix-Druckerei bestellt; BArch DY 30/J IV 2/3/-1339, Protokoll Nr. 45/67.

⁸² Vgl. den Exkurs »Die Raketentruppe der Abteilung Verkehr« im Abschnitt »Westgruppen«.

⁸³ Bewaffnet waren Mitarbeiter der Abteilung Verkehr schon mindestens seit dem Herbst 1953; da hatte das Mitglied des Politbüros Willi Stoph den Auftrag des Politbüros erhalten, »die erforderlichen Pistolen mit Munition auszuhändigen«; vgl. BArch DY 30/J IV 2/2A/321. Im Übrigen: BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 16.10.1967, Punkt 7; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 88; BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 12.2.1969, Punkt 2. Später wurde der Mitarbeiter Herbert Gneuß der Abt. VK mit der »militärischen Ausbildung der politischen Mitarbeiter betraut«, da er »als ehemaliger Offizier die entsprechenden Voraussetzungen und Erfahrungen« hatte; BStU, MfS, HA II, Nr. 23569, Bl. 40, Vermerk v. 30.10./6.11.1979.

⁸⁴ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 2, Bl. 149.

⁸⁵ Vermerk v. 23.12.1976, Bl. 18; BStU, MfS, HA II, Nr. 23548.

Diese Zahl von annähernd 300 Mitarbeitern dürfte die maximale Besetzung der Abteilung VK gewesen sein, die in früheren Jahren kaum überschritten worden sein wird und in späteren nicht mehr erreicht wurde.

Bis Anfang 1968 wurde Personal aufgestockt, um der Tätigkeit als »Koordinierungsorgan« für die Tätigkeit der KPD gerecht zu werden. Ende 1965, gewiss im Zusammenhang mit der Berufung Steidls in die Nachfolge Baiers, aber noch vor seinem Dienstantritt, teilte Hermann Matern, politischer Aufseher der Abteilung, dem stellvertretenden Abteilungsleiter Kaphengst mit, der Abteilung sollten weitere Kader zur Verfügung gestellt werden; wegen ihrer Auswahl sollten Gespräche mit der Bezirksleitung der Partei geführt werden. Offenbar zielte die Verstärkung darauf, der Abteilung offensiveres Arbeiten gen Westen zu ermöglichen. Denn ausdrücklich wurde festgehalten, die neuen Kader sollten bei Bedarf auch »mit Westdokumenten ausgestattet werden, sodass sie zum Einsatz nach Westdeutschland fahren können«.⁸⁶

Gleichzeitig versicherte Matern, das Mitte Dezember 1965 eingerichtete Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen werde die Zuständigkeiten der Abteilung Verkehr absolut nicht berühren. Dessen Aufgaben würden nicht mit den Problemen der KPD verbunden. Dagegen bot Kaphengst die Erfahrungen der Abteilung im Materialtransport nach Westen an, schloss allerdings auch gleich die Übernahme von Transporten für das Staatssekretariat aus.⁸⁷

Aufgabenerweiterung unter Steidl 1966: Der Bereich »Westfirmen«

Eine wesentliche Änderung in den Zuständigkeiten der Abteilung Verkehr war mit der Übernahme der Abteilungsleitung durch Josef Steidl verbunden.

Nicht nur die Beschreibung der Zuständigkeiten der Abteilung durch das MfS von 1962, sondern auch Harnischs Gesprächsnotizen ebenso wie die sonstigen Akten zeigen, dass der Bereich »Westfirmen« bis dahin so gut wie niemals auftauchte, wenn man das Arrangieren eines Tarnarbeitsverhältnisses für einen Kurier bei einem Hamburger Unternehmen außer Betracht lässt.⁸⁸

Nun wurde Steidl im Gespräch mit seinem politischen Vorgesetzten, Hermann Matern, und dem Sicherheitsbeauftragten des Politbüros, Erich Honecker, »ein zusätzliches Aufgabengebiet zur Lösung bestimmter wirtschaftlicher Probleme« ans Herz gelegt. Er sollte für »Wirtschaftsverbindungen« verantwortlich sein, wie etwa die Firma Nolte KG in Bochum, bei der mehrere Funktionäre der illegalen KPD Arbeitsver-

⁸⁶ BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 5.1.1966, Punkt 2.

⁸⁷ Ebenda, Punkt 2–4.

⁸⁸ Helmut H.; BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 2.8.1967, Punkt 10 f.

hältnisse unterhielten.⁸⁹ Allerdings war dies keine Alleinverantwortung, sondern eine mit dem damals eben eingerichteten Aufgabenbereich Kommerzielle Koordinierung im Außenhandelsministerium geteilte.⁹⁰ Und es war eine Aufgabe, die Steidl, mit welchem Auftrag und welcher Legitimation auch immer, nicht erst nach seiner offiziellen Ernennung und seinem Dienstantritt als Abteilungsleiter Verkehr wahrnahm. Das geht aus einem Bericht Schalck-Golodkowskis hervor, den er bereits unter dem 29. Dezember 1965 an Matern, mit Durchschlag für Steidl, richtete. Schalck-Golodkowski behandelte darin »zwei Komplexe«, nämlich »1. Erreichter Stand der im Jahre 1965 für die Partei erwirtschafteten Gelder« und »2. Einige Gedanken über die Fortführung der Arbeiten im Jahre 1966«. Er teilte Matern hierin mit, er habe an den »Genossen Steidl«, von dem er ohne Bezug zur Abteilung Verkehr, aber auch ohne Angabe einer sonstigen Dienststellung spricht, zwei Kopiergeräte übergeben und mit diesem abgesprochen, dass »die an der Erwirtschaftung der Mittel beteiligten Genossen anlässlich des Jahrestages der Republik und des Jahreswechsels 1965 mit Geld- und Sachprämien ausgezeichnet« werden sollten.⁹¹

Steidl muss also spätestens, seit Baiers Ausscheiden feststand, eher wohl neben seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK⁹² in Fortsetzung seiner Kontakte und Tätigkeiten beim FDBG im Bereich »Westfirmen« Aufgaben wahrgenommen haben.

Schalck-Golodkowski machte im zweiten Teil seines Berichts den Vorschlag, »alle Maßnahmen, die der Unterbringung von Funktionären in legale Arbeitsverhältnisse dienen, sollten direkt durch im Parteiapparat des Zentralkomitees dafür verantwortlich zu machende Genossen durchgeführt werden«. Er wünschte sich eine strikte Trennung zwischen der Erwirtschaftung von Geldmitteln und deren Verwendung »sowie des

⁸⁹ Der Zeitpunkt dieses Gesprächs ist nicht bekannt; dass es stattgefunden hat, berichtete Steidl am 2.2.1966 in der Besprechung mit dem Chef des BdL II, Harnisch; BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 3.2.1966, Punkt 2.

⁹⁰ Vgl. dazu Buthmann, Reinhard: Die Arbeitsgruppe Kommerzielle Koordinierung (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1995.

⁹¹ Deutscher Bundestag 12. WP, Drs 12/3920, Dokument 2, S. 93–95. Schalck-Golodkowski berichtet dort außerdem von der Übergabe von drei Pkw (zwei fabrikneu) an die »Abteilung Verkehr, Genossen Szigulla« (gemeint offenbar: Cebulla) und der Finanzierung der bei der »Fa. Nolte bzw. Socoli« arbeitenden Funktionäre Bramkamp, Judick und Olek. Die Entwicklung der nach BfV-Erkenntnissen auf Betreiben des FDGB in den 50er Jahren eingerichteten Fa. Nolte ist eingehend dargestellt in: Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, S. 88, 234, 236, sowie Anlagenband 1, Dokumente 25–27, S. 207–214, Anlagenband 2, Dokument 507, S. 1975 f (BfV-Bericht Kommunistische Wirtschaftsunternehmen 1983, S. 71 u. 73 f.). Die unmittelbare Verbindung Noltens zum DDR-Außenhandel findet sich Anfang 1967 in einer Aktennotiz von Harnisch bestätigt; BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 2.2.1967, Punkt 3.

⁹² Vgl. dazu unten den Abschnitt »Die Ära Steidl«.

Einsatzes von Kadern in Westdeutschland«. Damit sollten Geheimhaltung gesichert und Überschneidungen vermieden werden.

Eine Antwort von Matern oder sonst eine schriftliche Festlegung der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Steidl und Schalck-Golodkowski hat sich (bisher) nicht finden lassen.⁹³ Auch keine nachlesbare Entscheidung über eine Herauslösung von Zuständigkeiten für die Westfirmen aus der Abteilung des für Parteifinanz und Parteibetriebe zuständigen Karl Raab.

Offenbar verlief die Abgrenzung zwischen Steidl und Schalck-Golodkowski einigermmaßen nach der von Letzterem vorgeschlagenen Linie. Allerdings wurde die »Unterbringung von Funktionären« so verstanden, dass die Abteilung Verkehr für das Personal der Westfirmen insgesamt zuständig war. Die von Schalck-Golodkowski gewünschte »Geheimhaltung« wurde allerdings nur sehr begrenzt erreicht, da die Mehrzahl der eingesetzten Funktionäre den Nachrichtendiensten in der Bundesrepublik als zur illegalen KPD gehörig bekannt war oder wurde.

Ein Gespräch Steidls über die Wahrnehmung der neuen Aufgabe und über die notwendigen Abstimmungen erweckt den Eindruck, dass Steidl über die »Mehrspurigkeit« der Wirtschaftsverbindungen nicht besonders glücklich war.⁹⁴ Über den Einzelfall hinaus suchte Steidl für diese besondere Aufgabe ausdrücklich die Unterstützung des MfS, die er sich von Mielke selbst zusichern lassen wollte.⁹⁵

Mindestens im Ausschlusswege wird man zu der Annahme kommen müssen, dass bis dahin die Federführung für die Westfirmen bei Raab gelegen hat, auch, wenn nicht sicher zu bestimmen ist, wie weit Steidls Einfluss darauf aus dem FDGB heraus ging, wo er als Leiter des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit bereits Ost-West-Geschäftsbeziehungen angebahnt hatte.⁹⁶ Dass Raab jedenfalls bis 1965 die Abteilung für nationale Gewerkschaftseinheit des FDGB mit »Westgeld« ausgestattet hat, ist belegbar.⁹⁷ Für Baiers Abteilung Verkehr gilt solche Belegbarkeit zwar nicht; dennoch ist angesichts des inneren Zusammenhangs der Westarbeit hier und dort mit hoher Wahrscheinlichkeit eine mindestens vergleichbare Situation anzunehmen. Dabei wird man davon auszugehen haben, dass der KPD-Finanzverantwortliche Willi Mohn⁹⁸ an den Finanzierungsentscheidungen in Raabs Abteilung beteiligt war, soweit sie die KPD betrafen. Das lässt sich jedenfalls rückschließend daraus folgern, dass Mohn nach

⁹³ Wegen der – spurlosen – Auflösung des Büros Matern sind wohl auch die Chancen nicht groß, noch Belege zu finden.

⁹⁴ BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 25.2.1966, Punkt 14.

⁹⁵ Ebenda, Aktennotiz v. 3.2.1966, Punkt 2.

⁹⁶ Vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, S. 243.

⁹⁷ Vgl. bei Steidl im Abschnitt »Führung und Personal der Abteilung Verkehr«.

⁹⁸ Willi Mohn, 1912–1995, Parteieintritt 1927, 1932 Reichsleiter Rote Jungfront, KZ-Haft, 1946 KPD-PV, dann Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPD. Mohns Sekretariat führte in der Zeit der Illegalität in Berlin den Decknamen »Albert«.

Konstituierung der DKP mit aller Selbstverständlichkeit beanspruchte, auch die Zuständigkeit für deren Finanzangelegenheiten wahrzunehmen.⁹⁹

Steidl erhielt mit der förmlichen Übertragung dieser Aufgabe auf seine neue Abteilung einen wesentlichen zusätzlichen Aufgabenbereich, der es ihm erlaubte, in erheblichem Umfang selbst über Beschaffung und Verteilung des Westgeldes für die Unterstützung der Arbeit der KPD zu befinden. Außerdem gab ihm der eigene Zugang zu westlichen Märkten die Möglichkeit, sich durch Beschaffung von Mangelwaren für Mitglieder des Politbüros nützlich zu erweisen.¹⁰⁰ Für den Bereich Westfirmen baute er den »Sektor Ökonomie West« in der Abteilung Verkehr auf, der nach wenigen Jahren den deutlichen Schwerpunkt der Abteilung bildete mit einem Sektorenleiter und sieben politischen Mitarbeitern; kein anderer Sektor der Abteilung hatte mehr als zwei politische Mitarbeiter.¹⁰¹ Ohne, dass sich das durch Äußerungen Steidls belegen ließe, liegt der Eindruck nahe, dass Steidl mit diesem Amt in diesem Zuständigkeitszuschnitt das Ziel seiner Karrierewünsche erreicht haben dürfte.

Weitere Entwicklung von Strukturen und Personal

Im Sommer 1967 gab es eine Erörterung zwischen Heinz Geggel¹⁰², dem Leiter der Westabteilung des ZK der SED, und Jupp Steidl: Geggel stellte sich vor, dass die Abteilung VK ihren Apparat zur Beförderung von Material der Westabteilung in die Bundesrepublik zur Verfügung stellen sollte, allerdings sollte das kein DDR-Material sein, da die Abteilung VK ja nur Aufgaben für die KPD erfüllen sollte.¹⁰³ Harnisch dagegen fand es erwünscht, über mehrere Kanäle Material in die Bundesrepublik zur Unterstützung der KPD zu schicken, zumal man dafür »Adressen aus der Bundesrepu-

⁹⁹ Vgl. den Abschnitt »Die Abteilung Verkehr und die Neukonstituierung der DKP«.

¹⁰⁰ Das Bundesamt für Verfassungsschutz erhielt, wie sich Claus Ahrend erinnerte, aus dem ihm zugänglichen Kreis der Geschäftsführer und Prokuristen von Westfirmen Schilderungen von Auftritten Steidls im Kreise »seiner« Geschäftsführer bei Geburtstagen von PB-Mitgliedern, wo Steidl mit großer Geste »Geschenke« bis hin zu Pkw präsentierte.

¹⁰¹ Stellenplan der Abteilung Verkehr (Vorschlag v. 22.10.1971), einschließlich einer Stelle für einen zusätzlichen politischen Mitarbeiter, bestätigt vom ZK-Sekretariat am 5.1.1972; BArch DY 30/J IV 2/3A-2118. Es findet sich keine Bestätigung, dass Hans Joachim Springmann, der spätere Leiter des VEB SIMPEX, diesen Sektor seit seiner Einrichtung geleitet hat oder gar schon vor seiner Einrichtung in der Abteilung Verkehr arbeitete.

¹⁰² Heinz Geggel, 1921–2000, in der NS-Zeit Emigration in Kuba, nach 1945 zunächst Rundfunkarbeit in der DDR, seit 1960 Westkommission, später Leiter der Westabteilung des ZK der SED, ab 1971 Mitglied des ZK der SED.

¹⁰³ Anscheinend hatte es entsprechende Sendungen schon gegeben, denn aus der Abt. VK wurde bei der Gelegenheit mitgeteilt, bei ihr gebe es Reklamationen westdeutscher Bürger, die über Deckadressen der Abt. VK Material erhalten hätten.

blick von positiven Teilnehmern der Studiendelegation« nutzen könne, die die Bruderparteien in Ungarn und in der ČSSR zur Verfügung stellten. Matern wollte die Sache noch im Politbüro behandeln lassen.¹⁰⁴

Im Laufe des Jahres 1968 wurde in der Abteilung VK personalpolitisch umgesteuert. Seitdem wurde Entlassungen vorbehaltlos zugestimmt, Einstellungen waren »eingengt«. So wurde verfahren – das waren die »perspektivischen Vorstellungen im Sektor Kader«, die offenkundig von der Abteilungsleitung VK geteilt wurden und denen das BdL (II) nicht widersprach – »weil damit gerechnet werden muss, dass die KPD gegebenenfalls auf Druck der Volksmassen in Westdeutschland wieder legalisiert wird. Dieser Fall wird eine Verlagerung der politischen Organe der KPD nach Westdeutschland mit sich bringen und eine Tätigkeit von Staatsbürgern der DDR bei diesen Organen erübrigen.«¹⁰⁵

Wenn man davon ausgeht, dass – in der Regel – nur Personen, die die DDR als ihre »Staatsbürger« ansah, Mitglieder der SED wurden, so war tatsächlich in den sechziger Jahren eine Reihe DDR-Bürger als Mitarbeiter des ZK der KPD tätig, einige bis zur »Auflösung bzw. Einschränkung des Apparates der KPD« nach Konstituierung der DKP.¹⁰⁶

Angehörige der Abteilung VK, die aus der Bundesrepublik Deutschland gekommen waren, wie Adolf Baier oder Paul Kaphengst, auch Herbert Dettmann, waren aus der KPD in die SED übernommen worden. Sie kehrten nach Konstituierung der DKP in die Bundesrepublik zurück, »legalisierten« sich dort und wurden Mitglied dieser Partei. Dass dies nach DDR-Auffassung einen Wechsel der Staatsbürgerschaft bedeuten musste, wurde niemals erörtert.¹⁰⁷

Was die »perspektivischen Vorstellungen« des Kaderleiters angeht, so mag zwar seine Wahrnehmung vom »Druck der Volksmassen« in der Bundesrepublik Deutschland sehr subjektiv eingefärbt gewesen sein. Aber, wenn es auch nicht zu einer

¹⁰⁴ BStU, MfS, HA II/MF/46, Aktennotiz v. 27.6.1967, Punkt 3. Was aus der Sache schließlich geworden ist, ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰⁵ Quartalsbericht v. 8.4.1968; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 6. Die SED konnte sich ihrer Parteiarbeiter in Berufungsverhältnissen durch bloße Entpflichtung entledigen; das machte deren Abhängigkeit und in deren Folge ihre Willfähigkeit besonders groß.

¹⁰⁶ Vgl. BArch DY 30 /IV 2/10.05/15, Bl. 100 u. 120; BArch DY 30 /IV 2/10.05/101, Bl. 37; für 1965; BArch DY 30/IV 2/10.03/15 v. 30.3.1965. Etliche waren parteimäßig erfasst bei DKV Grünau. Andererseits erhielten in der DDR lebende KPD-Funktionäre offenbar DDR-Personalpapiere, die sie bei Besuchen der Bundesrepublik Deutschland gegen deren Dokumente (aus der Fälscherwerkstatt der Partei oder des MfS) einzutauschen hatten. Vgl. dazu den Exkurs »Druckerei Phönix«.

¹⁰⁷ Ohne dort stets akzeptiert zu werden, wie Paul Kaphengst es empfand; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 247. Wenn auch die Frage der Staatsbürgerschaft erst unter Honecker zu einem erstrangigen Politikum für die DDR wurde, fällt doch die Gleichgültigkeit gegenüber dieser ja durchaus nicht übersehenen Frage auf. Staatsrechtliche Zugehörigkeit scheint weit weniger wichtig als Parteizugehörigkeit.

»Legalisierung« der KPD kam, so doch dank der von der Bundesregierung und den Fraktionen des Deutschen Bundestages »aktiv geduldeten«¹⁰⁸ Konstituierung der DKP zu einer Entwicklung, die jedenfalls im Ergebnis der Erwartung von Kurt Koch nahekam. Zwischen dem Frühherbst 1968 und dem ausgehenden Winter 1969 wurde die Abteilung VK um über 100 Mitarbeiter verkleinert; politische Mitarbeiter waren von dem Personalabbau (zunächst) nicht betroffen.¹⁰⁹ Koch besorgte diese Personalkürzung auf höchst abrupte und kurz angebundene Art mit der schlichten Mitteilung, die nicht mehr gebrauchten Mitarbeiter könnten entweder in eine andere Abteilung des ZK oder zum MfS gehen. Noch im Frühjahr 1969 war die Stimmung in der Abteilung ob einer solchen »Kaderaussprache« ganz verunsichert, fast deprimiert, weil niemand gewiss war, »ob es ihn nicht morgen auch trifft«.¹¹⁰

Das BdL (II), welches von dieser Entwicklung berichtete, hielt auch fest, dass im Dezember 1968 bei den Treffen mit der Abteilung Verkehr besonders Fragen der strukturellen Veränderung aufgrund der neuen politischen Lage im Mittelpunkt gestanden hätten.¹¹¹ Diese Treffen müssen sich auf die Arbeitsebene konzentriert haben, denn es findet sich nur eine einzige Aktennotiz von Harnisch über ein Gespräch mit Kaphengst aus diesem Monat, keines mit Steidl und Cebulla, obwohl Harnisch schon zu Baiers Zeiten deutlich gezeigt hatte, dass er strukturelle Probleme der Abteilung erkannte und deren Erörterung bei Bedarf anmahnte.¹¹²

Seine Mitarbeiter sahen im Sommer 1969 als politisch-operative Hauptaufgaben des BdL (II) die Unterstützung der Abteilung VK bei Aufgaben, die sich aus der Arbeit der KPD auf gesamtdeutschem Gebiet innerhalb des Territoriums der DDR¹¹³ ergaben. Dazu gehörten

- Absicherungsaufgaben in diesem Rahmen und die Erfassung von Objekten der KPD in der DDR;
- Sicherungsmaßnahmen für Schulen, Lehranstalten und Objekte zur Betreuung von Mitgliedern der KPD in der DDR;

¹⁰⁸ Vgl. Mensing, Wilhelm: Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben. Zürich 1989, S. 87–101.

¹⁰⁹ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 12.2.1969, Punkt 2.

¹¹⁰ März 1969; BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 20 f.

¹¹¹ Analyse für das IV. Quartal 1968 für das Aufgabengebiet Abteilung Verkehr beim ZK der SED; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 175.

¹¹² Vgl. BStU, MfS, HA II/MF/41, Aktennotiz v. 9.6.1965, Punkt 4.

¹¹³ An diese Beschränkung »innerhalb des Territoriums der DDR« hatte sich das MfS – in Übereinstimmung mit der Abteilung VK – nie gehalten. So war Baier mit Harnisch einverstanden, als dieser Anfang 1964, ausgelöst durch Probleme mit undichten Stellen beim Geldtransport, meinte, »dass ohne Zweifel von uns auch Überprüfungen über bestimmte Apparate in Westdeutschland geführt werden müssen«. Allerdings wurde verabredet, dass Baier insoweit eine Absprache mit »Kilian« (Otto Niebergall), dem Sicherheitsbeauftragten des Politbüros der KPD, treffen müsse; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 293.

- Sicherungsaufgaben beim Reisebüro der Abteilung VK, das Sonderaufgaben im Rahmen der gesamtdeutschen Arbeit durchführt;
- Sicherungsmaßnahmen bei Sonderveranstaltungen und Tagungen der KPD in den Objekten der DDR.¹¹⁴

Diese Aufgabenbeschreibung deutet darauf hin, dass Harnischs Mitarbeiter die Schwerpunktverlagerung der Arbeit durch das Hinzutreten der legalen kommunistischen Partei DKP im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu der allerdings vorerst weiter zu leistenden Betreuung der (illegalen) KPD noch nicht voll erfasst hatten. Als für sie noch die Betreuung der KPD vorzuherrschen schien, war Harnisch im Gespräch mit Steidl überwiegend mit Fragen befasst, die die Etablierung der DKP in der Bundesrepublik betrafen und die Konsequenzen, die sich aus deren Bestehen und Tätigkeit für die Arbeit der Abteilung VK ergaben.

Zu den ersten organisatorischen Konsequenzen für die Abteilung gehörte die Einrichtung eines »Reisebüros« unter der Leitung von Rolf Hölzel, der nach Steidls Auffassung bei dieser Gelegenheit »von seiner Monopolstellung getrennt werden« müsse.¹¹⁵ Honecker und Matern hatten Steidl deutlich gemacht, in die DDR kommende Mitglieder der DKP seien unbedingt legal, »aber hervorragend abzufertigen«, mit vorzüglicher Bedienung – selbst auf die Gefahr hin, dass »irgendetwas nicht in Ordnung sei«. Diese Leute dürften nicht veranlasst werden, »ihre Reisen nach Italien über [gemeint: oder?] Frankreich vorzunehmen, um somit die Frage der ideologischen Beeinflussung zu garantieren«. Da müsse er die notwendigen Absprachen mit dem MfS treffen.¹¹⁶ Es dauerte dann bis in das Jahr 1970 hinein, ehe das Reisebüro einigermaßen arbeitsfähig war.¹¹⁷

In der Folgezeit blieb es im Allgemeinen bei Mitteilungen Steidls an das MfS über Entwicklungen im Zusammenhang mit der DKP. Harnisch begnügte sich mit Fragen nach Konsequenzen in der Abteilung oder bei Objekten der Abteilung. Er gab erbetenen Rat zur Abwicklung von Geldtransporten und organisierte die Beteiligung seines Kollegen Jamin an der Beratung der DKP in Sicherheitsfragen. Damit die DKP nicht sichtbar mit dem MfS in Verbindung gebracht wurde, sollte Jamin als Beauftragter der

¹¹⁴ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, 16.6.1969, Bl. 27–29.

¹¹⁵ Damit könnte Hölzels Funktion als Verbindung zum Ministerium des Innern gemeint sein, die er tatsächlich im Sommer 1969 immer noch innehatte; BStU, MfS, HA II/MF/51, Aktennotiz v. 31.7.1969, Punkt 2.

¹¹⁶ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 12.2.1969, Punkt 3. Die Formulierungen in den Notizen von Harnisch sind häufiger so eigenartig und interpretationsbedürftig. Gemeint sind wohl (private) Reisen einfacher DKP-Mitglieder nach Italien oder Frankreich anstelle von Urlaubsreisen in die DDR und die Bewahrung vor ideologischer Beeinflussung, nämlich durch moskaukritische und sich andeutende, später als »eurokommunistisch« weiterentwickelte Ideen.

¹¹⁷ Vgl. dazu den Exkurs »Reisebüro für Studienreisen« am Ende dieses Abschnitts.

Partei mit den notwendigen Verbindungen zu den Abteilungen auftreten, die die technischen Probleme lösen können.¹¹⁸

Insgesamt konnte man in den ersten Jahren der Zusammenarbeit von Steidl und Harnisch den Eindruck gewinnen, dass beide Seiten sich bemühten, zu einer erträglichen Arbeitsatmosphäre zu kommen.

Zu Baiers Zeiten gab es ausdrückliche Beschwerden, dass die Abteilung VK einem Kapitän in ihren Diensten Kontaktverbot gegenüber dem MfS erteilt hätte oder dass Paul Kaphengst sich an der für notwendig gehaltenen Schulung des MfS für Mitarbeiter der Abteilung ganz desinteressiert gezeigt hatte. Die »Überheblichkeit« Baiers und des Instruktors Werner B. gegenüber dem MfS wurde als empörend empfunden. Instruktoren der Abteilung, die Fehler bei den Westgruppen nicht »verpetzen« wollten, begriffen wohl nicht das heraufbeschworene Gefährdungs- und Dekonspirationsrisiko, musste Kaphengst sich sagen lassen. Und auch, dass er es sei, der MfS-Mitarbeiter nicht an den Besprechungen mit den Westgruppen-Mitgliedern beteiligen wolle, damit sie der Abteilung VK nicht wieder die Initiative aus der Hand nähmen.¹¹⁹ Insgesamt hatte Harnisch den Eindruck, »dass von Seiten der Abteilung Verkehr Bedenken bestehen, dass die Genossen der KPD zu uns als MfS zu viel Vertrauen haben könnten und ihnen wäre es wahrscheinlich angenehmer, wenn alle Fragen über die Abteilung Verkehr geleitet würden«.¹²⁰

Wohl um den Bürochef gegenüber dem neuen Abteilungsleiter Steidl zu munitio- nieren, fertigten Mitarbeiter des BdL (II) im März 1966 einen 19 Seiten umfassenden »Auskunftsbericht über Mängel in der Zusammenarbeit mit der Abteilung Verkehr beim ZK der SED«.¹²¹ Es sieht so aus, als ob dieser Bericht nicht an Steidl gegangen sei, weil Harnisch die Atmosphäre nicht gleich belasten wollte. Denn das erste Gespräch zwischen Harnisch und Steidl Anfang Februar 1966 war recht vielversprechend verlaufen. Steidl wollte wichtige Sicherheitsfragen selbst mit Harnisch besprechen und durch Vorgabe klarer Linien Diskussionen und Auseinandersetzungen mit anderen Genossen über Führungsfragen ausschließen. Zurückhaltung von Informationen, die das BdL (II) brauchte, schloss Steidl aus. Mit Minister Mielke wollte er einige prinzi- pielle Fragen im Verhältnis zur Abteilung Verkehr besprechen.

Steidl war von Kaphengst vorgewarnt worden, »dass zur Staatssicherheit ein äußerst schlechtes Verhältnis besteht«; Cebulla hatte sich dazu ausgeschwiegen. Er sei aber der Meinung, »dass das Verhältnis zum MfS äußerst gut sein muss, um die Auf- gaben besser erfüllen zu können«. Dafür wolle er sorgen.¹²²

Steidls gute Vorsätze nutzte Harnisch dann alsbald aus, die ärgsten Probleme aus der Sicht des MfS vorzubringen: die Instruktoren an der Grenze, die sich in Sicher-

¹¹⁸ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 22.5.1969, Punkt 4.

¹¹⁹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 364, 361, 356 u. 354.

¹²⁰ BStU, MfS, HA II/MF/42, Aktennotiz v. 1.11.1966, Punkt 8.

¹²¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 36–54.

¹²² BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 3.2.1965.

heitsfragen nicht den MfS-Mitarbeitern fügen wollen, und die Konspirationsverletzungen, zu denen es gegenüber den Westgruppen-Mitgliedern komme, aber auch in der Abteilung selbst; eine Beschwerde über Cebulla von der Volkspolizei, dazu eine eigene über endloses Hinauszögern bei der Lieferung von Informationen aus der Abteilung. Steidl ergänzte mit Klagen über das Führungsverhalten in seiner Abteilung.¹²³

Wenn sich auch die Beziehungen zwischen Steidl und Harnisch leidlich entwickelten – das Verhältnis der beiden Organisationen blieb schwierig bis gespannt. Kaphengst, Hölzel und einige weitere Mitarbeiter blieben bei ihrer Kooperationsunwilligkeit. In der Abteilung war eine Distanz zu bürokratischen Regeln, schon gar solchen der Konspiration, tief verwurzelt. Das MfS hatte vor allem die Grenzabfertigung zu solch bürokratischer Perfektion entwickelt, dass es über die Regelverstöße von Angehörigen der Abteilung VK dagegen, nachlässigen und bewussten, und zu Behinderungen der Arbeit von Transportkurieren immer wieder zu Auseinandersetzungen kam.¹²⁴

Das MfS hatte schon früher versucht, seinen außerordentlichen Informationsbedarf hinsichtlich aller Aktivitäten der Abteilung Verkehr – nach innen und nach außen – auch dadurch zu stillen, dass unter Besatzungen von Schleppschiffen, die von der Abteilung Verkehr für den Materialtransport nach Westdeutschland eingesetzt werden, inoffizielle Mitarbeiter des MfS angeworben wurden. Kaphengst hatte es abgelehnt, dem MfS zur Vermeidung von Überschneidungen Namen der Schiffe oder Personalien der Schiffsbesatzungen zu geben.¹²⁵ Das MfS hatte auch keine Bedenken, mit einzelnen Mitarbeitern der Abteilung VK besondere Beziehungen zu pflegen. So galt der Instrukteur Fritz Waldert als »langjährige zuverlässige konspirative Verbindung zur HA II/19«, die »wertvolle Informationen zur Lage in der Abteilung« lieferte.¹²⁶ Man scheute sich nicht, Waldert ein paar Jahre später für eine besondere Ehrung vorzuschlagen, denn er »hat einen besonders guten Kontakt zu unserem Organ. Wir haben von ihm bisher außerordentlich wichtige Hinweise zu Personen, Sachverhalten und Geschehnissen erhalten, welche operativ auswertbar sind.«¹²⁷

¹²³ Ebenda, Aktennotiz v. 15.2.1966, Punkt 2–9.

¹²⁴ Zum Beispiel im Herbst 1968; BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 5.11.1968, Punkt 1.

¹²⁵ Ministervorlage v. 6.3.1961; BStU, MfS, ZAIG 385, Bl. 6.

¹²⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 30577, Bl. 30. Er war »so wertvoll«, dass Hptm. Schröter Waldert nach Rücksprache mit Oberst Harnisch alsbald »instruierte«, als er erfuhr, dass Kaphengst Waldert 1965 aus der Abt. Verkehr entfernen wollte; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 316. Auch im Objekt »B«, der Franz-Mehring-Schule, unterhielt das MfS »inoffizielle Verbindungen«, um »rechtzeitig feindliche Pläne und Absichten zur Störung des Studienbetriebes [der allerdings nicht in der Verantwortung der Abteilung Verkehr lag – W. M.] [...] in Erfahrung zu bringen und durch geeignete Gegenmaßnahmen unwirksam zu machen«. Außerdem wurden »Kunden« der Abteilung Verkehr aus (West-)Berlin erfasst, um sie als mögliche IM »aufzuklären«; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14137, Bl. 15 u. 20.

¹²⁷ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 103.

Dagegen war das MfS sehr streng mit »Verbindungen«, die andere unterhielten. »Karlo«, seit 1953 bei der Westgruppe »Berg«, unterhielt außer der Verbindung zur Abteilung VK auch einen Kontakt zum FDGB in Magdeburg. Diese verbotene Verbindung und die Tatsache, dass die Abteilung VK darüber nicht umfassend Auskunft geben mochte, rügte das BdL (II) noch in einer Analyse von 1971, also lange nach Stilllegung der Westgruppen.¹²⁸

1970 wollte die Abteilung die fast halbierte Mitarbeiterzahl halten, sie höchstens bis auf 150 ansteigen lassen.¹²⁹ Sie war nun in die Sektoren Betreuung einschließlich Reisebüro unter Hölzel, Gästehäuser unter Anspach und Renate Steinbach, Grenzarbeit und Reiseverkehr unter Herbert G. mit Ursula Schulze, und Reisekader unter Rudi Scharmacher sowie den großen Sektor »Ökonomie West«, dazu, wie bisher, die Betriebe DKV Grünau und Phönix gegliedert.¹³⁰ Mit den verbleibenden Mitarbeitern war die Abteilung, nach Einstellung der Westgruppenarbeit, Auflösung weiterer Bereiche der betreuten KPD-Organisation und Verlagerung großer Teile des Reiseverkehrs der »Westgenossen« auf legale Reisewege, eher überbesetzt. Anspachs Mitarbeiter fühlten sich jedenfalls in der ersten Jahreshälfte 1970 so schlecht ausgelastet, dass es unter ihnen lautes Murren gab.¹³¹ Dennoch wurde im folgenden Jahr die durch Kaphengsts Wechsel in die Bundesrepublik¹³² freigewordene Stelle eines stellvertretenden Abteilungsleiters mit dem Veteranen Wilhelm Knigge wiederbesetzt, der den Aufgabenbereich Phönix und DKV Grünau übernahm.¹³³

Im Januar 1971 starb Hermann Matern, im Politbüro für die Anleitung der Abteilung VK zuständig. An seiner Stelle übernahm Erich Honecker die politische Anleitung der Abteilung Verkehr.¹³⁴ Er ließ Steidl kommen, um ihm mitzuteilen, er bleibe

¹²⁸ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 141.

¹²⁹ Mangels genauer Angaben lässt sich die Einhaltung der Zahl nicht überprüfen. Allerdings ermittelte das BdL (II) für den Sommer 1971 allein für die Bereiche Betreuung und Versorgung (also ohne Leitung, Sektoren Kader und Transport) ca. 120 Personen; BStU, MfS, HA II, Nr. 23568, Bl. 7–11.

¹³⁰ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 194. Rudi Scharmacher war auch einer der aus dem FDGB kommenden Mitarbeiter der Abt. Verkehr. Er hatte die FDGB-Hochschule besucht und laut MfS-Akten schon beim FDGB als GI »Randolf« für Oberst Jamin gearbeitet; BStU, MfS AGI 985/56. In dieser Aufstellung der Mitarbeiter der Abteilung VK mit »Verbindungen zu Personen aus dem Operationsgebiet« von Anfang 1970 findet sich Hans Joachim Springmann, der spätere Leiter des VEB SIMPEX, und mit ihm der Bereich »Westbetriebe« noch nicht erwähnt.

¹³¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 204.

¹³² Vgl. dazu den Abschnitt »Westfirmen«.

¹³³ Vgl. dazu den Abschnitt »Führung und Personal der Abteilung Verkehr«.

¹³⁴ Beschluss des Politbüros v. 9.2.1971, Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 6/71 v. 9.2.1971, Punkt 3; BArch DY 30/J IV 2/2/1324, Bl. 7. Er behielt diese Funktion: In der Arbeitsverteilung im Politbüro gemäß Beschluss v. 25.5.1976 fiel weiterhin Honecker die Abteilung Verkehr zu; BArch DY 30/J IV 2/2/1619, Bl. 7.

voll verantwortlich für sein bisheriges Arbeitsgebiet. Bei »Schwerpunktfragen« möge er zu ihm zur Rücksprache kommen.

Fast zugleich wurde innerhalb der Westabteilung des ZK der SED das Arbeitsbüro der KPD aufgelöst; das löste die Frage einer Neuverteilung der Aufgaben aus. Steidl sprach deswegen mit Harry Schmitt (Leiter der Militärorganisation [MO] »Ralf Forster«). »Dieser berichtete an Erich Glückauf, und dieser hat dem Gen. Erich Honecker vorgetragen.« Um welche Aufgaben es hier ging und was Gegenstand von Bericht und Vortrag war, lässt sich mit guten Gründen mindestens vermuten.

Harry Schmitt¹³⁵ gehörte zu denjenigen, die im »Sicherheitsapparat« der DKP tätig werden sollten, zu dessen Schaffung sich die DKP-Führung schon im Frühjahr 1970 entschlossen hatte. Der von der SED zur KPD »abgeordnete« Erich Glückauf war dort für Sicherheitsfragen zuständig. Er sollte im Sicherheitsapparat der DKP nicht mehr mitwirken. In die Aufgaben dieses Apparates sollten »die Abschnitte Grenze, Transport, Sender [904] u. ä. Fragen fallen«.¹³⁶ Allerdings ist ein solcher »Sicherheitsapparat« der DKP nie aufgebaut worden. Stattdessen kam es zur Gründung der Militärorganisation »Ralf Forster« nach Konstituierung der DKP.¹³⁷

Die Abteilung Verkehr war aber schon in den sechziger Jahren für die Betreuung einer Sicherungsgruppe der KPD unter der Führung von »Lutz« (Harry Schmitt)¹³⁸ zuständig. Diese Zuständigkeit für ihn bestätigte »Lutz« unter bemerkenswerten Umständen: Auf einer Bahnreise wurde er so intensiv von den DDR-Grenzkontrollorganen kontrolliert, dass ihm – nach eigenem Bericht – nur noch blieb, auf die Abteilung VK zu verweisen. Von den Kontrolleuren erntete er die Reaktion: »Das wollten wir nur wissen.«¹³⁹ Er war bei der Gelegenheit, wie stets, mit Personaldokumenten

¹³⁵ Vgl. zu seiner Biographie Weber, Hermann: Wer war »Ralf Forster«? Der Leiter der DKP-Militärorganisation im Spiegel der Erinnerung und der MfS-Akten. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin 2006, S. 297–310. Herbert Mies rechnet ihn zu den Fachleuten, »was den bewaffneten Kampf gegen die Faschisten betraf«. Mies, Herbert: Mit einem Ziel vor Augen. Erinnerungen. Berlin 2009, S. 221.

¹³⁶ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 14.4.1970, Punkt 9. Erich Glückauf, 1903–1977, seit 1922 KPD, 1933 zunächst in der Illegalität in Deutschland, im Spanischen Bürgerkrieg als Interbrigadist, nach dem 2. Weltkrieg Mitglied der SED, von 1961 bis 1969 Mitglied des Politbüros der (illegalen) KPD.

¹³⁷ Die MO war eine geheime, paramilitärisch ausgebildete und ausgerüstete Gruppe von etwa 2 000 Mitgliedern der DKP, die in Krisensituationen in der Bundesrepublik Deutschland Sabotage- und Terrorakte hätte verüben sollen. Vgl. Baron, Udo: Geheime Militärorganisation von DKP und SED. In: Deutschland Archiv 38(2005)6, S. 1009–1016. Auch Weber: Wer war »Ralf Forster«? (Anm. 135), nimmt an, dass Unterlagen über die – gewissermaßen als Vorgängerorganisation betriebene – Sicherungsgruppe der illegalen KPD beim MfS 1966 vernichtet worden seien.

¹³⁸ Diese Identität gilt inzwischen, vor allem nach der zuvor genannten Darstellung von Hermann Weber, allgemein als gesichert.

¹³⁹ BStU, MfS, HA II/MF/39, Aktennotiz v. 16.11.1964.

ausgestattet, die ihm die Abteilung Verkehr zur Verfügung gestellt hatte.¹⁴⁰ Zu den Aufgaben der Sicherungsgruppe von »Lutz« gehörte die (Gewährleistung der) Absicherung der KPD-Objekte in (Ost-)Berlin und der DDR.¹⁴¹

Nach Einrichtung der MO der DKP übernahm die Abteilung Verkehr auch deren Betreuung:

»Durch die Arbeitsweise dieser Gruppe ist [...] ein Teil der Mitarbeiter der Abteilung Verkehr beim ZK der SED mit Teilaufgaben dieser Arbeit verbunden. Das bezieht sich insbesondere auf die Beschaffung von Wohnungen für die Genossen der Gruppe, Umsiedlungen von speziellen Genossen aus der BRD in die DDR, der [sic!] Beschaffung von Deckadressen u. a. Damit wird den anderen Mitgliedern dieser Gruppe der Parteicharakter dieser Arbeit bestätigt.«¹⁴²

Die Betreuung der Gruppe »Forster«, sei es wegen des Geheimnisses, das sie umgab, sei es wegen ihres »revolutionären« Charakters, übte offenbar einen besonderen Reiz auf die nicht für sie Zuständigen in der Abteilung Verkehr aus. So vermerkte Harnisch in einem »Auskunftsbericht über den stellvertretenden Abteilungsleiter Cebulla: »Gen. C., obwohl dies nicht zu seinem Aufgabengebiet gehört, interessiert sich ebenfalls stark für die konspirative Abteilung der DKP »Forster« in der DDR. Er hat verschiedentlich Gespräche und Verhandlungen mit dem Leiter dieser Gruppe, Gen. »Ralf Forster«, und dem Mitarbeiter, Gen. »Gerd Meyerhof« geführt.«¹⁴³

Im Übrigen dürfte es um die im Gespräch zwischen Steidl und Harnisch im Februar 1971 erwähnte »Festlegung für die Teilung im Institut in Biesdorf« gegangen sein. Mit dem »Institut« in Biesdorf muss die Parteischule des ZK der SED »Franz Mehring« gemeint sein, die als Ableger des Franz-Mehring-Instituts in Leipzig häufig so bezeichnet wurde.¹⁴⁴ Sie war, samt den dort tätigen Lehrern, dem Arbeitsbüro zuge-

¹⁴⁰ BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 8.10.1964, Punkt 2. Am 22.12.1965 und noch einmal am 3.7.1967 gab er benutzte Dokumente zurück. Die Zuständigkeit für die Versorgung der späteren MO findet sich ebenso bestätigt, z. B. BStU, MfS, SdM, Nr. 306, Bl. 5, und, was die Wohnung von »Lutz« schon zu früherer Zeit angeht; BStU, MfS, HA II/MF/40, Aktennotiz v. 29.3.1965, Punkt 2.

¹⁴¹ Aktennotizen: für »Projekt« 1966: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 8.6.1966, Punkt 1; für »Haus am See« 1969: BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 26.9.1969, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 11.11.1969, Punkt 1. In der Bundesrepublik Deutschland hatte die KPD nach dem Vollzug ihrer Auflösung 1956 keinen Grundbesitz mehr, der des Schutzes bedurft hätte.

¹⁴² BdL (II) AG Betreuung, o. D. (nach 1970); BStU, MfS, HA II, Nr. 28479, Bl. 6.

¹⁴³ »Gerd Meyerhof«, nach einer als Roman ausgegebenen Publikation von Claus Scheld, »Aktion Störtebeker: Rügenkrimi mit Kommissar Bratfisch«. Norderstedt 2009, S. 181, war Horst Bäsche, ehemals Mitglied des ZK der KPD; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 151.

¹⁴⁴ Das »Institut« in Biesdorf wurde auf Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 2.7.1969 »zum Zweck der Aus- und Weiterbildung von Gasthörern aus westeuropäischen Ländern« gegründet. Das »Franz-Mehring Institut« war eine Einrichtung zur Ausbildung

ordnet.¹⁴⁵ Was es an ihr zu teilen gab, ist nicht eindeutig zu erkennen. Am ehesten dürfte die Verantwortung für den Schulbetrieb einerseits und für die Sicherheit der Schule andererseits gemeint sein, die von der Abteilung VK wahrgenommen werden sollte.¹⁴⁶

Der Sender 904, den der »Sicherheitsapparat« der DKP hätte übernehmen sollen, stellte – fast buchstäblich sang- und klanglos – im Herbst 1971 den Betrieb ein.

Die übrigen für diesen Apparat in den Blick genommenen »Abschnitte Grenze, Transport«, soweit sie nicht, wie die Westgruppen, stillgelegt wurden, blieben in der Hand der Abteilung VK. Die DKP war am Geldtransport – abgesehen von der schließlichen Verteilung – allenfalls soweit beteiligt, dass leitende Mitarbeiter von Westfirmen, nun Mitglieder der DKP, auch Geldtransporte von Berlin übernahmen, dies aber beauftragt und angeleitet von der Abteilung VK.

So kann die Abgrenzung zwischen Abteilung VK und Westabteilung, für die sich schriftliche Regelungen nicht finden, einigermaßen genau aus dem erschlossen werden, was über ihre frühere und spätere Tätigkeit bekannt ist. Jedenfalls war Steidl bereits im Februar 1971, in Übereinstimmung mit Harnisch, sicher, zwei »gute Kader« zu benötigen für die Aufgaben, die auf die Abteilung zukommen würden; dabei sah er zugleich die Chance, den Qualifikationsstandard seiner Abteilung zu verbessern.¹⁴⁷

Das Kuriersystem ist offenbar weiter von der Abteilung VK geleitet worden.¹⁴⁸

Harnisch fragte Steidl aber auch nach der künftigen Verantwortung für den Bereich »Dokumentation: Mitgliedsunterlagen«. Dazu hatte es schon seit der DKP-Gründung Gespräche gegeben.

von Lehrern für Maximus-Leninismus an der Leipziger Karl-Marx-Universität. Offiziell galt das Biesdorfer Institut als Einrichtung des Ministerrats, nicht der Partei; siehe hierzu Anlage 7 zum Protokoll des Sekretariats des ZK der SED 47/69 v. 2.7.1969, BStU, MfS, SdM 1435, Bl. 232–234. Zu den Lehrgängen am »Institut« hat Peter Möller in seinen »Lebenserinnerungen« einen anschaulichen Bericht ins Internet gestellt: <http://www.philolex.de/memoiren.htm#memobies>, Stand VI 2009. 1986 wurde die unterdessen in der DKP bestehende politische Unruhe so spürbar in die Schule hineingetragen, dass Karl-Heinz Schröder, Mitglied des Präsidiums der DKP und Sekretär des PV, sich förmlich für das Auftreten von Lehrgangsteilnehmern bei der Schulleiterin entschuldigte; Information Abteilungsleiter HA II/19 v. 25.4.1986; BStU, MfS, HA II, Nr. 30405.

¹⁴⁵ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 113.

¹⁴⁶ BStU, MfS, HA II/MF/56, Aktennotiz v. 22.6.1971, Punkt 3. Dem entspricht, dass Harnisch schon 1964 darum bemüht war, das Personal der Schule zu überprüfen; BStU, MfS, HA II/MF/37, Aktennotiz v. 17.6.1964, Punkt 12. So befasste sich das BdL (II) z. B. auch 1972 intensiv mit dem Schulleiter, bei dem das »Verständnis für Fragen der Sicherheit vertieft werden« müsse und der Veranlassung gab, eine Schülerin der Schule zu verweisen, die eingestand, dass sie mit dem Schulleiter »Beziehungen [...] unterhielt«; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14137, Bl. 8 f.

¹⁴⁷ BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 26.2.1971, Punkt 4.

¹⁴⁸ Vgl. den entsprechenden Abschnitt »Kuriersystem«.

Das Politbüro der KPD hatte Vorstellungen über das künftige Schicksal von Einrichtungen und Organisationseinheiten der Partei entwickelt; danach sollte das Archiv vorerst in (Ost-)Berlin bleiben. Bei der Abteilung VK stand fest: Auch später sind Archivunterlagen auf keinen Fall auszuhändigen oder in die Bundesrepublik zu bringen. Das MfS wurde um Unterstützung dieses Standpunkts gebeten.¹⁴⁹

Bei anderen Akten hatte die Abteilung offenbar keine Bedenken, sie der KPD zu überlassen: »Die gesamten Akten [ergänze wohl: der Personen], die im Schleuserverkehr tätig gewesen sind, [sind] der KPD übergeben« worden.¹⁵⁰

Aber dann kam es zu den wichtigsten Fragen, zum »Grundproblem«, der weiteren Archivierung der Materialien der DKP. Ende März 1971 trafen sich Heinz Geggel, Leiter der Westabteilung des ZK der SED, mit seinem Stellvertreter Karl Wildberger, Jupp Steidl und Harnisch zur Erörterung dieser Frage. Ein Vertreter der DKP nahm an diesem Gespräch nicht teil.

Über vier verschiedene Archive müsse man reden. Deren Beschreibung in den Gesprächsnotizen ist, wohl hinreichende Kenntnis der Beteiligten voraussetzend, für Dritte nicht sehr klar und nicht leicht nachvollziehbar.

Es handelte sich um zwei große Räume im Hause des ZK, dazu zwei Räume im Keller. Dort hatte man Unterlagen für circa 55 000 Personen bis zum Verbot der KPD untergebracht, außerdem die Antifa-Schüler sowie »einen Teil ehem. faschistischer Unterlagen, die bisher noch nicht genügend gesichtet wurden«.

In der Josef-Orlopp-Straße, wohl in dem Objekt »Projekt« der KPD,¹⁵¹ waren sieben Zimmer für das Archiv als ein Raum zusammengefasst, dazu vier Räume mit Panzerschränken. Die Räume lagen alle in der ersten Etage, »sicherungsmaßig« sicher unzulänglich. Die dort liegenden Archivalien bis zum Verbot der KPD im Jahre 1956 waren nach Kenntnis der Gesprächsteilnehmer lückenhaft, ab 1956 bis 1968 dann vollständig.

Dazu gab es im »Projekt« noch in mehreren anderen Zimmern weitere Panzerschränke, in denen Unterlagen untergebracht waren.

Schnell war Einigkeit erreicht, der Parteiführung¹⁵² vorzuschlagen, diese Archive an einem zentralen Standort zu vereinigen.¹⁵³ Die Zustimmung der SED unterstellend,

¹⁴⁹ BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 21.11.1969, Punkt 1. Vgl. dazu im Einzelnen den Abschnitt »Die Abteilung Verkehr und die Neukonstituierung der DKP«.

¹⁵⁰ BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 24.7.1970, Punkt 3.

¹⁵¹ Vgl. den Exkurs »Objekte der Abteilung VK«.

¹⁵² Damit konnte nach den Umständen nur die SED-Führung gemeint sein.

¹⁵³ Dort fand sich das Archiv tatsächlich nach der Wende 1990. Der DKP-Teil wurde dieser Partei übergeben. Man wird im Übrigen die Aufstellung mit dem zu vergleichen haben, was nach der Aufstellung des Bundesarchivs 1990 an Archivalien vorgefunden wurde. Vgl. dazu http://www.bundesarchiv.de/aktuelles/aus_dem_archiv/galerie/00181/index.html, Stand VI 2009.

wollte man den Vorschlag Karl-Heinz Schröder¹⁵⁴ von der DKP unterbreiten. Bis August spätestens müsse es abgestimmte konkrete Vorstellungen geben; denn bis zum DKP-Parteitag, der Ende November 1971 stattfinden sollte, müsse die Sache abgeschlossen sein.

Bei der Neuordnung der Archive sei daran zu denken, »dass ein öffentlicher Zugang für die DKP zur Einsicht vorhanden sein muss, während die anderen Dinge streng verschlossen gehalten werden müssen«.

»Öffentlicher Zugang für die DKP« – das bedeutete wohl, dass die SED, wie auch immer abgestimmt mit der KPD, die Herrschaft über das zentralisierte Archiv behalten wollte. Der DKP sollte Zugang zu ihrem eigenen Material gewährt werden. »Die anderen Dinge«, – das hieß, alles aus der Zeit vor Gründung der DKP, – sollten den westdeutschen Kommunisten »streng verschlossen« bleiben.

Mit diesen Vorgaben erschien den Beteiligten das Objekt »Herzbergstraße« der Abteilung Verkehr, wo Cebulla mit seinem Arbeitsbereich bereits seit 1967 saß, am ehesten als zentraler Standort in Frage zu kommen, wo der Keller und die erste Etage nach einigen technischen Verbesserungen genutzt werden könnten.¹⁵⁵ Mit dieser Unterbringung lag die Sachherrschaft über das Archiv bei der Abteilung Verkehr. Harnisch hoffte, dass es dann auch eine einheitliche Leitung für das Archiv geben werde und man nicht mehr an drei Stellen nach Unterlagen für eine Person fragen müsse.

Im April 1971 zeigte sich, dass trotz der früher erklärten guten Absichten das Verhältnis von Steidl und Harnisch, jedenfalls bei typischen Sicherheitsfragen, doch nicht ganz reibungsfrei war. Zwar wollten beide übereinstimmend einer Übersiedlungswelle von DKP-Mitgliedern in die Bundesrepublik Deutschland entgegenwirken. Doch der Umfang von Harnischs Überprüfungswünschen ging Steidl zu weit. Immerhin verständigten sie sich bei dieser Gelegenheit, Fälle ernster Meinungsverschiedenheiten dem Genossen Honecker vorzulegen.¹⁵⁶

Grundlegende Veränderungen oder besonders kritische Situationen, die zu bewältigen gewesen wären, gab es in den nächsten Jahren für die Abteilung nicht. Man kann den Eindruck gewinnen, dass es jenseits alltäglicher Misshelligkeiten und Probleme in diesem oder jenem Arbeitsbereich eher routiniert gelassen zugeht.

Im Sommer 1972 durften der Sektorenleiter Gästehäuser und Steidls Referent als Auszeichnung eine Reise (mit Dienstwagen und Fahrer) zur Olympiade nach München

¹⁵⁴ Aus Remscheid stammend, 1929–2008, »Außenpolitiker« der illegalen KPD, vor allem in der internationalen Jugendarbeit tätig, später Mitglied im DKP-Präsidium.

¹⁵⁵ BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 29.3.1971.

¹⁵⁶ Ebenda, Aktennotiz v. 14.4.1971, Punkt 1 u. 3. Honecker war damals noch der für Sicherheitsfragen zuständige Sekretär im ZK der SED und wurde erst kurz nach dem Gespräch Harnisch – Steidl, am 3.5.1971, als Nachfolger Ulbrichts zum 1. Sekretär (später: Generalsekretär) der SED gewählt.

machen, die mit der einzigen Verpflichtung verbunden war, dem Organisationskomitee zur Verfügung zu stehen.¹⁵⁷

Zur Fußball-Weltmeisterschaft 1974 wurden gleich etliche Mitarbeiter gen Westen delegiert: Der Kaderleiter fuhr mit zwei Dienstwagen samt Fahrern nach (West-) Berlin. Der Sektorenleiter »Betreuung« mit einem Mitarbeiter, der Sektorenleiter »Finanzen« und ein Mitarbeiter der Druckerei durften nach Hamburg reisen.¹⁵⁸

Als 1975 die Abteilung VK die Zuständigkeit für die Westfirmen an Schalck-Golodkowskis Kommerzielle Koordinierung abgab,¹⁵⁹ stand noch einmal reichlich Geld zur Verfügung, um das übliche jährliche Betriebsfest großzügig zu feiern, weil »die Abteilung VK in letzter Zeit ein sehr profitables Geschäft im Auftrage des ZK realisiert hat für die Abteilung des Gen. Karl Raab«.¹⁶⁰ Man feierte in der Kraftwagenhalle von DKV Grünau mit rund 350 Personen, Mitarbeitern und Angehörigen. Der Sektorenleiter »Gästehäuser« hatte Beziehungen zum Kommando der sowjetischen Streitkräfte. Oberst Bassistow¹⁶¹ erschien mit einer Künstlergruppe seines Kultur-Ensembles. In anderen Jahren waren auch schon Spitzensportler oder andere Prominente über die ZK-Abteilung Sport oder Kultur zu solcher Gelegenheit herangeholt worden.¹⁶²

Exkurse

Druckerei Phönix

Die Gründung der Druckerei und ihre frühen Besitzverhältnisse sind nicht bekannt; immerhin gab es sie ausweislich des Berliner Adressbuchs schon 1931 am Standort in der Niederwallstraße 15, 16 und 17 in Gebäuden, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden waren, unter der Firma E. Liebheit & Thiesen, Buchdruckerei – Graphische

¹⁵⁷ BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 40.

¹⁵⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 29400, Bl. 78.

¹⁵⁹ Vgl. im Abschnitt »Westfirmen«.

¹⁶⁰ MfS-Bericht v. 13.3.1975; BStU, MfS, HA II, Nr. 23541 Bl. 52–54. Karl Raab, Leiter der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe, hatte als Anerkennung 15 000 Mark Prämie zur Verfügung gestellt. »Insgesamt soll bei diesem Geschäft so viel abgesprungen sein, dass noch 25 000 Mark für das Konto des Kulturfonds der Mitarbeiter des Gen. Karl Raab abgezweigt werden konnten«, vermerkte ein Sachbearbeiter des BdL (II) zu seinem Bericht über die Veranstaltung.

¹⁶¹ Richtig: Bassistow. Oberst Jurij W. Bassistow war nach Kriegsende Mitarbeiter der SMAD; später wurde er Professor für Politologie an der Universität St. Petersburg. Vgl. Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1994, S. 408. Bassistow bestätigt solche Auftritte von Gesangs- und Tanzensembles (S. 218).

¹⁶² MfS-Bericht v. 13.3.1975; BStU, MfS, HA II, Nr. 23541, Bl. 52–54.

Kunstanstalt. In den im 2. Weltkrieg offenbar erheblich beschädigt gewesenen Gebäuden war 1949 die Druckerei Phönix tätig. Sie produzierte unter anderem für den Wedding-Verlag dessen Halbmonatsschrift »Natur und Technik«. Es wurden wohl auch Bücher dort hergestellt.¹⁶³ Phönix hatte damals seinen Sitz anscheinend in Berlin-Treptow; dort jedenfalls wurde die Abschlussbilanz per 31.12.1950 erstellt.¹⁶⁴

Zu diesem Zeitpunkt gehörte die Druckerei bereits zu der im Oktober 1945 gegründeten »Zentralen Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft mbH«, Berlin, Rosenstraße (»Zentrag«, später »VOB Zentrag«). Mit der Zentrag hatte die SED die große Mehrheit der Druckkapazitäten in ihrem Gebiet an sich gezogen und nutzte sie wirtschaftlich unter unmittelbarer Anleitung durch den Apparat des ZK. Die Rechtsträgerschaft für die Grundstücke und Gebäude lag bei einer Tochter der Zentrag, der Fundament GmbH Liegenschafts-Gesellschaft m.b.H./Gesellschaft für Grundbesitz m.b.H, Berlin, Schützenstraße.¹⁶⁵ Von der Zentrag wurde die Phönix-Druckerei alsbald der Abteilung Verkehr überlassen.¹⁶⁶

Baier soll sich wenig um seine Druckerei gekümmert haben. Wohl auch deshalb war das Verhältnis des Druckereileiters zur Abteilungsleitung schwierig.¹⁶⁷ Der 1965 bereits über 70-jährige Druckereileiter fühlte sich damals noch immer als Mann der Zentrag, der sich lieber mit der dortigen Leitung abstimme als mit der Abteilung Verkehr. Beim ersten Zusammentreffen mit Steidl beklagte er sich, er sei von den bisherigen Abteilungsleitern und auch dem Stellvertreter Kaphengst nicht respektiert worden; Anweisungen habe er stets nur über den Parteisekretär erhalten. Kaphengst wurde

¹⁶³ Vgl. das Impressum von »Natur und Technik« im Jahre 1949 und das Angebot eines »Hardcover«-Bandes aus der Phönix-Druckerei Berlin bei allstores.de im Mai 2008. Allerdings hat die Druckerei Phönix auch noch Jahrzehnte, nachdem sie Parteibetrieb geworden war und für die Abteilung Verkehr produzierte, gelegentlich Produkte für den allgemeinen Vertrieb hergestellt, so 1983 die von Manfred Schulz verfasste Broschüre »Olympioniken der DDR, Mockba 80 – Moskau 80«.

¹⁶⁴ BArch DY 63-21. Im Berliner Telefonbuch von 1950 ist die Druckerei an der Niederwallstraße als Zweigbetrieb von Phönix ausgewiesen.

¹⁶⁵ BArch DY 63-21. Registrierte Karte Verwaltungsbezirk Mitte von Berlin, Stadtplanungsamt; LA Berlin C Rep. 131-09 Nr. 654 Zg 421.

¹⁶⁶ Die Druckerei soll wohl schon um 1950 zur Abteilung VK gehörte haben. Die genauen Zeitpunkte der Einbeziehung in die Zentrag und der Überlassung an die Abt. Verkehr haben sich bisher nicht feststellen lassen; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 79.

¹⁶⁷ Bei diesem Druckereileiter, dessen Name in den Akten nicht genannt wird, muss es sich um den Alt-Genossen Fritz Kroh (1892–1983) gehandelt haben, 1930–1932 Verlagsleiter der »Roten Fahne«, seit Gründung der Zentrag im Oktober 1945 in deren Bereich tätig gewesen und im Rentenalter bis zum 75. Lebensjahr Werkleiter bei Phönix. Vgl. Druckerei Neues Deutschland Betriebsgeschichte 1945–1965. Teil I. Hg. v. d. Betriebsorganisation der SED in der Druckerei Neues Deutschland. Berlin o. J., S. 19. Vgl. auch die Biographie bei Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004, S. 413.

deshalb von Steidl gerügt. In der Abteilung VK hätte man den Druckereileiter gern in Rente geschickt; das war aber »aufgrund bestimmter Umstände« nicht möglich.¹⁶⁸ Zu diesen »Umständen« findet sich keine Erläuterung. Sie dürften aber mit einiger Sicherheit in den konspirativ zu erledigenden Aufgaben zu suchen sein, die die Druckerei für die Abteilung VK wahrnahm.

Innerhalb der Druckerei gab es die Teilung zwischen den Druckereiarbeitern einerseits und den Chemigrafen und Fotografen andererseits. Letztere waren unmittelbar beim ZK angestellt. Unter ihnen spielte Walter Tygör eine besondere Rolle. Der ehemalige West-Emigrant (England) war seit 1949 bei der Abteilung. Seine Fälscherwerkstatt war zunächst wohl sehr gut ausgestattet.¹⁶⁹ Als Baier und Harnisch Anfang 1964 über die Chemigrafie sprachen, galt das jedenfalls nicht mehr für die personelle Ausstattung. Sie waren sich einig, dass eine größere Anzahl neuer Kräfte gebraucht würde, um den Qualitätsstandard des MfS zu erreichen, dass aber entsprechende Einstellungen gar nicht möglich seien.¹⁷⁰

So wurde schon im Frühjahr 1964 Einigkeit zwischen MfS und Abteilung VK erzielt, dass dort nur noch die Möglichkeit belassen wurde, im Einzelfall Pässe »auszufertigen«. Die mussten dann beim BdL (II) zur Erfassung gemeldet werden.¹⁷¹

¹⁶⁸ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/42 v. 16.10.1965, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/43 v. 15.2.1966, Punkt 6. Zu den »Umständen« ließ sich nichts Genaueres herausfinden; in der Regel ging es in solchen Fällen um »gemeinsame Leichen im Keller«. Im Herbst 1967 folgte ihm Werner Schikora, sein früherer Mitarbeiter. Die Druckerei wurde weiter als »Werk« in der Regie der Abteilung geführt, nicht als Sektor der Abteilung, sodass Schikora formal als Sektorenleiter abgelöst und als Werkleiter eingesetzt werden musste.

¹⁶⁹ Kubina, Michael: Zum Aufbau des Zentralen Westapparates der KPD/SED. In: Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale (Anm. 21), S. 456.

¹⁷⁰ Als es 1968 um die Nachfolge des sich längst im Rentenalter befindenden Tygör ging, gab es dafür zwar einen Retuscheur, aber keinen »Nachfolger im üblichen Sinne für die unmittelbaren Aufgaben, die T. durchgeführt hat«; BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 27.12.1968, Punkt 6. Und als ein Mitarbeiter der Abteilung VK schließlich 1975 die Arbeitsmaterialien aus Tygörs Werkstatt an die Abteilung E des MfS übergeben wollte, fanden sich außer völlig überlagerten Materialien noch mehrere Kästen mit einst an Funktionäre der illegalen KPD ausgegebenen und dann wieder eingezogenen Pseudonym-Personaldokumenten; BStU, MfS, HA II, Nr. 23569, Bl. 43–49. Der Versuch, sie zuzuordnen, wurde bald aufgegeben, da man nicht mit der dazu benötigten Hilfe vor allem von Harry Schmitt rechnete, zumal möglicherweise »einige von den Leuten jetzt wieder auf seiner Strecke arbeiten [d. h. bei der MO der DKP – W. M.]«.

¹⁷¹ BStU, MfS, HA II/MF/37, Aktennotiz v. 25.4.1964, Punkt 3. Dabei dürfte es sich um Komplettfälschungen gehandelt haben, die, vom MfS vorbereitet, bei der Abteilung Verkehr benutzungsfertig gemacht worden waren. Die eigentliche Verfertigung der Dokumente lag in der hier betrachteten Zeit, wie sich aus häufigen Vermerken über die Entgegennahme von Aufträgen, die Übergabe von Fotos und die schließliche Übergabe der Dokumente in Harnischs Aktennotizen ergibt, im Regelfall beim MfS. Die Abteilung Verkehr

Solche – in der Regel bundesdeutschen¹⁷² – Pässe und Personalausweise dienten in erster Linie Funktionären der illegalen KPD, aber auch leitenden Mitarbeitern und besonderen Kurieren der Abteilung für Reisen ins nicht-sozialistische Europa.¹⁷³ Der Umgang mit solchen Dokumenten verlief nicht komplikationslos. Kaphengst verwahrte die Dokumente für Mitglieder des Politbüros der KPD, für die übrigen Funktionäre wurden sie beim Sektor Betreuung verwahrt. Ausgegeben wurden sie – so verständigte man sich gegen Ende 1964 bei der ZPKK der KPD –, um immer wieder aufgetretene Fehlleistungen von KPD-Funktionären zu vermeiden, jeweils gegen Aushändigung des DDR-Personaldokuments. Später wurde mit »Kilian« (Otto Niebergall¹⁷⁴) noch einmal klargestellt, dass es in Sachen Personaldokumente keinen unmittelbaren Kontakt der KPD zu DDR-»Organen« geben dürfe; alles lief über die Abteilung VK. Innerhalb der KPD war »Norbert«¹⁷⁵ für Personaldokumente zuständig; von ihm gingen Anforderungen an die Abteilung VK. Jeder Leiter einer KPD-Kommission nahm die Dokumente für die Mitglieder seiner Kommission in seine Obhut.¹⁷⁶

Der technische Druckereileiter von Phönix spielte in der Abteilung überhaupt keine Rolle. Das zeigte sich auch, als nicht dieser sondern Werner Schikora, politischer Mitarbeiter und Sektorenleiter, der allerdings auch schon seit 1952 bei Phönix arbeitete, Harnisch im Herbst 1964 ein neues, aus England bezogenes elektronisch unterstütztes Druckverfahren vorstellte. Das Verfahren wurde vielfach in illegalen Druckereien der KPD in der Bundesrepublik eingesetzt. Daran sollten künftig die in Druckereien im

behielt sich vor, in Einzelfällen selbst Dokumente auszufertigen, die dann beim MfS zu registrieren waren.

¹⁷² Im Einzelfall wurden auch DDR-Dokumente ausgestellt; BStU, MfS, HA II/MF/40, Aktennotiz v. 29.3.1965, Punkt 3.

¹⁷³ Allein zwischen 1964 und Anfang 1969 sind in den Aktennotizen von Harnisch Ausstellungen von Pässen oder Personalausweisen für 79 namentlich aufgeführte Personen verzeichnet.

¹⁷⁴ Otto Niebergall, 1904–1977, seit 1920 KJVD, während der NS-Zeit Emigration und Widerstand in Frankreich, 1949 MdB, später bis 1971 in der DDR, dort Mitglied des Politbüros der KPD, Sicherheitsverantwortlicher.

¹⁷⁵ »Norbert« war der Deckname von Franz Obermanns (BStU, MfS, HA II, Nr. 33038, Bl. 262), 1909–1982, aus Elberfeld, Obermanns war Interbrigadist. Er erhielt in der Sowjetunion eine nachrichtendienstliche Ausbildung. Während des 2. Weltkrieges war er in der Schweiz interniert. Nach dem Krieg beteiligte er sich am Aufbau des Bezirksverbandes Niederrhein der KPD. 1949 arbeitete Obermanns beim PV in Frankfurt/M. Im Herbst 1951 übersiedelte er in die DDR. Dort erhielt er 1956 den Vaterländischen Verdienstorden; Ende 1959 Leiter der Kaderabteilung der KPD. Wohl in dieser Funktion war er 1964 noch mit einem von der Abteilung VK beschafften Pass in Österreich unterwegs. Lebenslauf (1953); BArch DY 30/IV 2/11v 2762.

¹⁷⁶ BStU, MfS, HA II/MF/41, Aktennotiz v. 30.9.1965, Punkt 2.

Westen arbeitenden Genossen mit dem Ziel höherer Produktivität ausgebildet werden; der Anfang damit sei schon gemacht.¹⁷⁷

Bei einer Betriebsbesichtigung im Sommer 1965 lernte Harnisch weitere Modernisierungsbemühungen von Phönix kennen. Westdeutsche Betriebszeitungen, erfuhr er, stellten ihre Matrizen im »Brennverfahren« her. Das Verfahren sei aber ungeeignet für die Herstellung der illegalen kommunistischen Parteizeitung »Freies Volk«, die derzeit im Westen mit Hilfe von in der DDR produzierten Kunststoffplatten gedruckt werde. Für diese Zeitung war man dabei, ein neues Offsetverfahren zu entwickeln, das es erlaubte, statt der auffälligen und schwer zu transportierenden Platten künftig nur noch Filme nach Westen zu bringen.¹⁷⁸

1969 hatte der Sektor Druckerei der Abteilung Verkehr beim sozialistischen Wettbewerb, geführt zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der DDR, mit dem Abarbeiten von Planschulden zu kämpfen, die durch Krankheiten, Kuren und schweren Maschinenschaden aufgelaufen waren. Es wurden Überlegungen angestellt, für die Druckerei Phönix auf dem Gelände an der Herzbergstraße ein neues Betriebsgebäude zu errichten.¹⁷⁹ Bei der Projektierung zeigten sich allerdings erhebliche Probleme beim Brandschutz und bei der Stromversorgung.¹⁸⁰ So war man im Frühjahr 1971 noch nicht über die Vorprojektierung hinausgekommen. Harnisch wies aber schon einmal darauf hin, welche Aufgaben sich bei der Ausräumung der Panzerschränke mit Siegeln, Stempeln und dergleichen für illegale Unterlagen ergeben würden; da werde das MfS konsultiert werden müssen.

Im Herbst 1973 erörterte Cebulla die Verlagerung mit einem Vertreter des BdL (II); inzwischen ging es nicht mehr um eine Verlagerung zur Herzbergstraße – dort wurden nun eine Kfz-Halle und eine Trafostation neu geplant.¹⁸¹ Vielmehr handelte es sich nun um die Nutzung eines Geländes, das bisher für das »Neue Deutschland« verwen-

¹⁷⁷ BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 5.10.1964, Punkt 2.

¹⁷⁸ BStU, MfS, HA II/MF/41, Aktennotiz v. 23.8.1965, Punkt 4. Bis 1963 war »Freies Volk« noch in der DDR gedruckt und dann mit großem Aufwand in die Bundesrepublik transportiert worden; Vgl. KPD: Frühe Freuden. In: Der Spiegel (1963)39.

¹⁷⁹ Vom Planungsamt des Bezirks Mitte wurde dafür der Fundament GmbH am 9.10.1970 eine Standortgenehmigung erteilt, die bis zum 14.9.1973 befristet war; sie erlosch, ohne ausgenutzt worden zu sein; LA Berlin C Rep. 110-01 Nr. 1839.

¹⁸⁰ Diese Probleme deuten sich auch in den Akten des Magistrats von Berlin an: Der Vorgang »Errichtung einer Auto-Unterstellhalle und einer Transformatorenstation für das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abteilung Verkehr, wegen Verlagerung der Phönix-Druckerei« zieht sich von 1969 bis 1979 hin; vgl. LA Berlin C Rep. 110-01, Chefarchitekt – Magistrat von Berlin Nr. 1839. (Bemerkenswert angesichts der sonst so nachdrücklichen Konspiration bei allen die Abt. Verkehr betreffenden Angelegenheiten ist die offene Benennung dieser Abteilung als Antragsteller.)

¹⁸¹ Den Antrag stellte die Abteilung Verkehr unter eigenem Namen, obwohl die Rechtsträgerschaft auch dieses Grundstücks bei der Fundament GmbH lag; LA Berlin C Rep. 110-01 Nr. 1839.

det worden war und nach Fertigstellung von dessen neuem Komplex am Franz-Mehring-Platz anderweitig hätte genutzt werden sollen. Für dieses Objekt Schmidtstraße 6 erhielt die »Fundament Berlin« Anfang 1972 eine neuerliche städtebauliche Bestätigung für die Verlagerung der Druckerei Phönix von der Niederwallstraße mit der Begründung, die weitere Nutzung sei wegen der Verlagerungen im »Komplex Leipziger Straße Nord« erforderlich.¹⁸²

Dann ging die Zuständigkeit für Phönix auf den neuen stellvertretenden Abteilungsleiter Wilhelm Knigge über. 1975 scheint die Verlagerung tatsächlich in Angriff genommen worden zu sein, wie sich aus einem Hinweis auf die Absicherung von »Phönix I und II« durch das MfS ergibt.¹⁸³

Reisebüro für Studienreisen

Als die SED mit der Konstituierung der DKP wieder über eine legale kommunistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland verfügte, sollten die westlichen Genossen auf legalen Wegen in die DDR reisen. In (Ost-)Berlin erwartete die Partei einen regen Reiseverkehr einzelner Genossen, von Delegationen und von Urlaubern.

Für die Organisation dieses Reiseverkehrs plante die Abteilung VK schon seit Beginn des Jahres 1969 ein eigenes Reisebüro.¹⁸⁴ Selbstverständlich – angesichts der konspirativen Arbeitsweise der Abteilung – sollte dieses Reisebüro nicht als ihre Einrichtung zu erkennen sein. Deshalb plante man mit der Arbeitsbezeichnung »Reisebüro für Studienangelegenheiten« ein Büro am Bahnhof Friedrichstraße. »Besonders attraktive und repräsentative Frauen« sollten eingesetzt werden, »die nicht zu jung sind, aber es verstehen, Kontakte herzustellen«. So sollte der »Charakter eines normalen Reisebüros hergestellt« werden. Die Leitung wurde dem in der Grenzarbeit erfah-

¹⁸² LA Berlin C Rep. 110-01 Nr. 2536. Vgl. zum »Komplex Leipziger Straße« den entsprechenden Artikel in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia. An der Schmidtstraße wurde dann wohl übergangsweise die »Berliner Zeitung« gedruckt.

¹⁸³ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 3.12.1969, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 17.11.1970, Punkt 6; BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 18.5.1971, Punkt 11; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 168; BStU, MfS, HA II, Nr. 23541, Bl. 13; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 245. Dafür spricht auch die Tatsache, dass die Standortgenehmigung für Schmidtstraße 6 für den Zeitraum bis zum 2.3.1976 (Beginn der Investition) befristet war; LA Berlin C Rep. 110-01 Nr. 2536.

¹⁸⁴ Das war kein grundlegend neuer Gedanke. Schon im März 1961 hatte es in der Westkommission einen Vorschlag gegeben, entweder Filialen des Reisebüros der DDR in der Bundesrepublik einzurichten oder ein westdeutsches Reisebüro unter Vertrag zu nehmen, um Touristenreisen in die DDR und das »demokratische Berlin« zu organisieren, um damit auf völlig legale Art die DDR in Westdeutschland zu popularisieren; BArch DY 30/IV 2/10.02/8, Bl. 103.

renen Rolf Hölzel übertragen. Von der Abteilung VK organisierte Taxis sollten die Kunden unmittelbar weiterbefördern. Aber auch die waren nicht einfach zu beschaffen, weil das nicht offen mit der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Taxi verhandelt werden durfte; vielmehr musste der erprobt schweigsame Kombinatdirektor eingeschaltet werden.

Am 1. Mai 1970 sollte das Reisebüro eröffnet werden. Es gab Probleme mit notwendigen Umbauarbeiten; der Termin musste auf den 1. Juni verschoben werden.¹⁸⁵ Immerhin, bei Phönix hatte man schon eine Mitarbeiterin ausgemacht, die umgesetzt werden sollte: »Dies solle eine blonde Genossin sein, die attraktiv in Erscheinung treten kann.«¹⁸⁶

Bereits im Juni kam die erste Bewährungsprobe für das Reisebüro: Die Urlauberkampagne der DKP unter dem Stichwort »Volkssolidarität« rollte an. Die Urlauber sollten ihre Autos in (West-)Berlin zurücklassen, am Kontrollpunkt abgefangen, dann zum Reisebüro geleitet und wie FDBG-Urlauber behandelt werden.

Bald stellte sich heraus, dass die Qualifikation der Mitarbeiterinnen zu wünschen übrig ließ. Der Direktor des staatlichen Reisebüros sollte ihnen einen Fortbildungsvortrag halten. Die Kunden machten Schwierigkeiten. Genossen von der KPD, die jahrelang geschleust worden waren, gingen weiterhin zur Schleuse, statt den legalen Weg zu benutzen. Es gab auch keine Dienststörung für die Mitarbeiter. Hölzel stand nicht voll zur Verfügung, da er weiterhin als Verbindungsmann zum Minister des Innern tätig war. Schließlich wurde mit den Genossen der DKP überlegt, ein Reisebüro in der Bundesrepublik einzurichten. Sie sollten dafür im Sommer 1970 eine Konzeption erarbeiten.¹⁸⁷

Unterdessen stiegen die Kosten für das Reisebüro ständig überplanmäßig, obwohl andererseits Klagen, sogar von Mitarbeitern, über mangelnde Auslastung kamen. Das Problem unzulänglicher Qualifikation des Personals blieb bestehen. Die Abteilung VK überlegte, das eigene Reisebüro dem staatlichen »Reisebüro Berlin« anzuschließen; Harnisch befürwortete das. Es kam aber zu keiner Entscheidung. Stattdessen gab es mit der DKP Probleme anstelle geeigneter Lösungsvorschläge von ihr. Erst brachten sie bis zum Herbst überhaupt keinen verwendbaren Vorschlag über eine neue Struktur für den Komplex »Reisebüro« zustande. Teilvorschläge landeten bei Honecker und Matern; wegen ungeklärter Finanzen sollte aber das Politbüro entscheiden.

Als schließlich Ende 1970 ein Vorschlag der DKP in Sachen Reisebüro kam, wurde er abgelehnt. Er wäre auf eine Ausweitung des Tourismus von der Bundesrepublik

¹⁸⁵ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 14.4.1969, Punkt 7; v. 7.5.1969, Punkt 12.

¹⁸⁶ BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 16.10.1969, Punkt 6.

¹⁸⁷ Tatsächlich wurde dann das Reisebüro »Hansa-Tourist« ausgebaut, das lange Jahre in Hamburg arbeitete.

hinausgelaufen. Den hatte das Politbüro ausgeschlossen, »um die bei uns vorhandenen Urlaubsplätze weitmöglich den Werktätigen der DDR zu erhalten«.¹⁸⁸

Das Reisebüro blieb ein Problemfall. Harnisch versuchte, wenigstens ein Mindestmaß an Übersicht zu bekommen mit dem Vorschlag, regelmäßig Tätigkeitsberichte vom Reisebüro zu fordern.¹⁸⁹

»Objekte« der Abteilung Verkehr

Für die Unterbringung ihrer eigenen Einrichtungen und für die Versorgung von Gremien der illegalen KPD, die ihr oblag, besaß die Abteilung Verkehr eine beträchtliche Zahl von »Objekten«, bebauten Grundstücken, aber auch Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Um die Sicherheit all dieser »Objekte« kümmerte sich – jedenfalls seit 1962 – das BdL (II), unter anderem durch quartalsweise Besuche, aus dessen Aufzeichnungen sich der Bestand einigermaßen rekonstruieren lässt.

Gesamtzahlen finden sich erst für die siebziger Jahre. 1972 wurden in fünf Objekten durch das MfS das Personal und gegebenenfalls die Studenten abgesichert oder die Außenabsicherung gewährleistet: die Anlage der DKV Grünau, das Grundstück der Druckerei Phönix, das Objekt »Projekt«, im Herbst 1965 für das ZK der KPD errichtet, das Reisebüro Berlin sowie das Institut »B« (Franz-Mehring-Parteischule Biesdorf). Dazu kamen 1972 zwölf, 1973 noch neun Gästehäuser, vom MfS auch als »Ferienobjekte« bezeichnet. Und schließlich 1972 18, 1973 dann 20 »Quartiere« – das waren Wohnungen – und vier ständig reservierte Hotelzimmer für Übernachtungen

¹⁸⁸ Es ging ganz offenbar nicht allein um die Reservierung von Urlaubsplätzen für DDR-Bürger. Die von der DKP angestrebte Ausweitung des DDR-Tourismus wäre auch überhaupt nicht mit den »Richtlinien über die Regelung von Fragen, die die Beziehungen von Mitgliedern der KPD zu Organisationen, Institutionen und Bürgern der DDR betreffen bzw. Anliegen von DDR-Bürgern, die der KPD in Westdeutschland angehört haben« vom April 1965 zu vereinbaren gewesen, in denen es hieß: »Reisen von Genossen aus Westdeutschland in die DDR bzw. nach Berlin müssen auf das Notwendigste, d. h. auf die Teilnahme an Schulen, Lehrgängen, Arbeitsbesprechungen, Aussprachen, Studien- und Urlauberdelegationen sowie Urlaubsaufenthalt beschränkt werden. Der Aufenthalt der Genossen soll in der Regel kurzfristig sein.« ZK-Sekretariat v. 14.4.1965 BArch DY 30/5399 (Beschlussanzeige) und DY 30/J IV 2/3A/1171 (Arbeitsprotokoll). Darüber hinaus wurde das Möglichste getan, um während Delegations-, Studien-, Besuchs- und Urlaubsreisen die Kontakte mit DDR-Bürgern zu vermeiden, mindestens zu kontrollieren. Vgl. den Bericht des BdL (II) für Januar bis Oktober 1972, vor allem Bl. 6–12.

¹⁸⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 12.3.1969, Punkt 2; v. 15.3.1969, Punkt 10; v. 16.4.1969, Punkt 2; v. 7.5.1969, Punkt 12; v. 6.6.1969, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 21.7.1971, Punkt 7; BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 31.7.1969, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/55 v. 19.4.1971, Punkt 10; BStU, MfS, HA II, Nr. 23553, Bl. 143 f., 148, 154, 170, 290, 344 u. 340 f.; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 205 u. 305.

und Besprechungen. 1974 waren die Zahlen nur unwesentlich verändert. Vier Arbeitsobjekte, nun 12 Ferienheime und weiterhin 20 »Quartiere« und vier Hotelzimmer hatte der Sektor »Gästehäuser« der Abteilung VK zu betreuen.

Bei den Quartieren, soweit sie nicht offizielle Appartements des ZK der SED waren, entschloss sich die Abteilung VK 1976 zu einer »Abdeckung« durch die Firma SIMPEX, die Mietverträge schließen und entsprechende Türschilder anbringen sollte.¹⁹⁰

Nach der Konstituierung der DKP waren einige Objekte entbehrlich und wurden abgegeben; allerdings blieben der KPD 1971 noch drei Objekte zu ihrer Verfügung.¹⁹¹

Andererseits hatte die Abteilung die Aufgabe, über ihre Verbindungen der DKP in der Bundesrepublik Deutschland Objekte zu mieten, um den (kostspieligen) Erwerb von Grundstücken zu vermeiden.¹⁹² Außerdem wurden der DKP auch in (Ost-)Berlin »Objekte« zur Verfügung gestellt. Während das 1970 zunächst nur eines war, waren es im folgenden Jahr dann immerhin fünf.¹⁹³

Über folgende Objekte, die nicht alle zugleich und über den gesamten hier untersuchten Zeitraum genutzt wurden, fanden sich mehr oder minder eingehende Informationen:¹⁹⁴

A 4 (auch Objekt Mellensee)

Am Mellensee, Ortsteil Klausdorf/Kreis Teltow-Fläming, Klausdorfer Straße 27. Sollte im Frühjahr 1969 als Objekt für die »neuen Genossen« der DKP genommen werden; eingerichtet als Gästehaus der SED, bestimmt zur Aufnahme von DKP-Mitgliedern. Das Objekt wurde 1975 »in die Aufklärung der Außenabsicherung einbezogen«.¹⁹⁵

Bahnhof

War im Herbst 1974 ein Objekt, in dem die »KP-Fraktion« tagte und Treffort mit Mitgliedern der Gruppe »Ralf Forster« (MO); die Lage ist nicht bekannt.¹⁹⁶

¹⁹⁰ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14137, Bl. 6 f.; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 64, 98, 116–120 u. 170; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Teil 2, Bl. 220.

¹⁹¹ Schon vorher muss sich bei KPD-Funktionären ausgeprägte Lustlosigkeit breitgemacht haben: Die Mitarbeiter von BdL (II) vermerkten, KPD-Leute seien nicht (mehr) engagiert, sie hätten ein Treffen buchstäblich verschlafen; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 207 f.

¹⁹² BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 5.11.1968.

¹⁹³ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 207 f.; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 11.

¹⁹⁴ Auf etliche davon hat mich Dr. Rudolf van Hüllen, Krefeld, aufmerksam gemacht; dafür schulde ich ihm besonderen Dank.

¹⁹⁵ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 14.4.1969, Punkt 6; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567 Teil 2, Bl. 209.

¹⁹⁶ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 151; BStU, MfS, SdM, Nr. 306.

Blankenburg

Zweckbestimmung wie A 4/Mellensee. Die Lage ist nicht sicher bekannt; wahrscheinlich im Ortsteil Blankenburg im heutigen Bezirk Pankow von Berlin.

Bogensee

Schule im Kreis Barnim, wohl des FDJ-Zentralrates. Eine dort für den Juni 1965 geplante KPD-Tagung wurde später in das Objekt Odersee verlegt. (Möglicherweise nicht ständig in der Verwaltung der Abt. Verkehr.)¹⁹⁷

DKV Grünau

Deutsche Kraftverkehr, Kfz-Werkstatt etc. in Berlin-Lichtenberg, Herzbergstraße. In einem Gebäude hatten bis 1945 Mitarbeiter der Spiritus-Inspektion des Spritmonopols gewohnt, die 1945 als Nazis ihre Wohnungen räumen mussten.¹⁹⁸

Frieden

wohl Ferienanlage bei Königs Wusterhausen im heutigen Kreis Dahme-Spreewald.¹⁹⁹

Forst

Sollte 1970 von der Abteilung VK aufgegeben werden, wohl auch, weil die Genossen dort ohne Rücksicht auf Planungen wirtschafteten (z. B. eigenmächtige Gehaltserhöhungen). Allerdings beschäftigte man sich im Sommer 1971 noch mit Hygieneproblemen in Forst. Zweckbestimmung und Lage nicht bekannt; möglicherweise Ferienobjekt.²⁰⁰

G 1

Visbyer (richtig wohl: Wisbyer) Straße, (Ost-)Berlin, keine weiteren Angaben.²⁰¹

Hartmut

in Berlin W 8, Neustädtische Kirchstraße 3, Sitz der Kommission »Jugend – Schwettmann«, wurde im Frühjahr 1968 aufgegeben. Die Kommission erhielt in Berlin-Mitte, Hausvogteiplatz 12, im Herbst 1968 ein neues Domizil.²⁰²

¹⁹⁷ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/40 v. 17.3.1965, Punkt 3; v. 21.4.1965, Punkt 3. Die Schule dort bestand schon seit den frühen 50er Jahren. Vgl. Ost-Infiltration. Vom Pinsel zum Gewehr. In: Der Spiegel (1952)33, S. 10.

¹⁹⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 31514, Bl. 7; Nr. 30288, Bl. 209. »Rechtsträger« dieses Grundstückskomplexes war die »Fundament Gesellschaft für Grundbesitz m.b.H., Berlin, Weydingerstraße 18«; BArch DY 30/IV 2/22/69 (Finanzverwaltung und Parteibetriebe).

¹⁹⁹ BStU, MfS, HA II/MF/41, Aktennotiz v. 9.6.1965, Punkt 2.

²⁰⁰ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 27.4.1967, Punkt 7; BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 22.6.1971, Punkt 2.

²⁰¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 171.

²⁰² Ebenda, Bl. 11 u. 156. Über die Unterbringung der hier nicht aufgeführten weiteren Kommissionen der KPD (vgl. BArch DY 30/IV 2/10.03/15, Bl. 100) findet sich nichts in den Materialien des BdL (II).

Haus am See

lag an einem See im Bereich Fürstenwalde/Beeskow, jetzt Kreis Oder-Spree. Es sollte seit 1970 verstärkt für Zusammenkünfte der leitenden Genossen der DKP genutzt werden. Deswegen sollte eine Überprüfung sämtlicher Anwohner des Ortsteils Glienicke-Ausbau stattfinden. Spätestens seit 1977 regelmäßiger Beratungsort der Wirtschaftsfunktionäre der DKP.²⁰³

Heide (I)

war bis 1968 die KPD-Parteischule »Ernst Thälmann« im »Edgar-André-Heim«. Es lag in der Gemeinde Groß-Schönebeck (jetzt Schorfheide, Kreis Barnim), Döllner Heide 1–16, mit der gebräuchlichen Kurzbezeichnung »Heide«. Das Objekt wurde im Sommer 1969 an das MfS übergeben.²⁰⁴

Heide II (»Üdersee«)

KPD-Parteischule »Karl-Liebknecht-Heim«, genutzt von 1966–1969 in Üdersee bei Finowfurt, Kreis Eberswalde. Im September 1968, unmittelbar vor der Konstituierung der DKP, fand dort, nachdem man sich im Objekt »Zwiebel« getroffen hatte, die 12. ZK-Tagung der KPD statt. Das Objekt wurde 1969 auch für die Unterbringung der Mitarbeiter der Franz-Mehring-Schule genutzt.

1971 sollte das inzwischen als Erholungsheim genutzte Objekt zu einem Interhotel für Gäste aus »Westdeutschland« (KPD- und DKP-Mitglieder und solche »fortschrittlicher Organisationen«) umgestaltet werden. Erholungsplätze sollten in »Altenhof« zur Verfügung stehen.²⁰⁵

Jüdenstraße (Berlin-Mitte)

Diente jedenfalls 1964/65 als ein »Haus der KPD«; die Abteilung VK beging dort 1964 ihre »Jahresendfeier« (das Gebäude muss also einen Raum für über 300 Personen gehabt haben).²⁰⁶

Kommission Reinhard (auch »Reinhold« genannt)

Mindestens zwischen 1964 und 1968 nutzte die Kommission (Zuständigkeit nicht bekannt) ihr Objekt. Der Standort ist nicht bekannt.²⁰⁷

²⁰³ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 76 u. 208; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 8601, Bl. 193.

²⁰⁴ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 192.

²⁰⁵ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 170 u. 288; Nr. 30288, Bl. 118, 123, 171 u. 192; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/55 v. 15.2.1971, Punkt 8. Auch hier gab es schon in den frühen 50er Jahren eine FDJ-Schule. Vgl. Ost-Infiltration. Vom Pinsel zum Gewehr. In: Der Spiegel (1952)33, S. 10.

²⁰⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 348.

²⁰⁷ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 167; BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 20.10.1964, Punkt 9.

Landhaus

Berlin-Karlshorst, Ehrenfelsstraße 39, Zweckbestimmung nicht bekannt. Die ehemalige Besitzerin, eine Rentnerin aus der Bundesrepublik, kam gelegentlich zur Hausbesichtigung. Das Haus wurde verwaltet durch die Wohnungsverwaltung »G«.²⁰⁸

Motzen

Kreis Dahme-Spreewald. Zweckbestimmung wie A 4/Mellensee. Im Dezember 1975 fand in »Motzen« die Feier zu Ehren des mit dem Karl-Marx-Orden ausgezeichneten Hermann Schirmer (einst KPD-Stadtrat in Nürnberg und Mitglied des Bezirkssekretariats in München) statt. Ab 1986 trug das Objekt als Gästehaus den Namen »Karl Marx«.²⁰⁹

Oderberg

KPD-Parteischule in Oderberg im heutigen Kreis Märkisch Oderland, Eberswalder Chaussee, bis 1969. Im II. Quartal 1969 abgegeben an eine andere Abteilung des ZK. In Oderberg soll nach Feststellungen des MfS an einer KPD-Tagung 1958 ein, allerdings nicht identifizierter, Vertrauensmann des BfV beteiligt gewesen sein; die Teilnehmer waren gegenüber dem MfS geheim gehalten worden.²¹⁰

P 8

Das Objekt war für die Franz-Mehring-Schule vorgesehen, die aber nach Berlin-Biesdorf ging. Es wurde von einer anderen Parteiorganisation der Abteilung Verkehr im 1. Halbjahr 1969 überlassen. Sie wollte es als Internat für Studenten nutzen, welche künftig offiziell in die DDR einreisen. Zum Objekt gehörte als Schulungsobjekt eine Baracke in Berlin-Pankow in unmittelbarer Nähe zum Kindergarten des ZK der SED.²¹¹

Phönix

Druckerei, vgl. den Exkurs »Druckerei Phönix«.

Projekt

Planung bereits April 1964. Die KPD wünschte für ihr ZK ein Gebäude in der Nähe von »Arbeiteratmosphäre«. Die Planung des im November 1965 als Neubau fertiggestellten Gebäudes begann im Frühjahr 1964. Zu dem Komplex gehörten ein zweistöckiges Gebäude, Küchen- und Wirtschaftsgebäude, zwei Wach- und Pförtnerhäuser

²⁰⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 54 u. 167.

²⁰⁹ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 14.4.1969, Punkt 6; BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 135; Nr. 23569, Bl. 38; Nr. 30577, Bl. 1.

²¹⁰ BStU, MfS, ZAIG 385, Bl. 2; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 169 u. 189.

²¹¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 11, 113 u. 191 f. Das Objekt könnte identisch sein mit dem Mitte der 80er Jahre betriebenen Gästehaus »Wilhelm Pieck«, BStU, MfS, HA II, Nr. 30577, Bl. 1.

und Garagen. Er wurde mit einer zwei Meter hohen Betonmauer umgeben. Die Vorderfront lag an der Josef-Orlopp-Straße, Berlin-Lichtenberg, Eingang fand man über das Haus Nr. 15. Die Anlage war beschildert als »VEB Projektnormierung«. Nach der Aufgabe des Objekts durch das ZK der KPD 1971 blieb zunächst noch eine konspirative 3-Mann-Gruppe im Objekt. Sie wurde im Herbst 1971 »legalisiert« und siedelte in die Herzbergstraße über.²¹²

Reisebüro (Intertourist) Berlin

Das Büro war im Hause des Sportverlages, Berlin, Alexanderplatz, Haus des Reisens. Ein altes Objekt in der Neustädtischen Kirchstraße, das bis Frühjahr 1976 der Fahrbereitschaft des Reisebüros diente, wurde dann geräumt. Vgl. im Übrigen den Exkurs »Reisebüro«.²¹³

Schönhorst/Spre-Heim, bis 1973 auch »Wasser« und »Müggelheim« genannt

In Berlin-Müggelheim an der Müggelspree. Von 1965 bis 1971 als Zentrag-Objekt für Kurz- und Wochenendurlaube für SED-Kader beim Sektor »Heime und Schulen«. Dann wieder von der Abteilung VK übernommen im Zusammenhang mit der Auflösung des Schulungs- und Erholungsobjekts »Karl Liebknecht«. Wurde 1973 und 1974 für Mitarbeiterveranstaltung der Abteilung VK genutzt, sonst als Erholungs- und Schulungsobjekt, besonders für die zentralen Delegationen. Die Anlage hieß 1986 als Gästehaus »Spreheim«.²¹⁴

Tabarz

Das Objekt in der Stadt Tabarz im Thüringer Wald muss wohl ein Gästehaus gewesen sein. 1986 wurde es als Gästehaus »Hermann Matern« bezeichnet.²¹⁵

Valentin

Deutscher Freiheitssender 904, vgl. den gleichnamigen Exkurs.

Zwiebel

Das Objekt der KPD, dessen Standort nicht bekannt ist, war im Dezember 1968 Sammelort des ZK der KPD, das dann in »Projekt« tagte.²¹⁶

²¹² BStU, MfS, HA II, Nr. 23549, Bl. 118–120 (mit Detailbeschreibung); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 259; Nr. 31514, Bl. 7; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/37 v. 28.4.1964, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/57 v. 9.11.1971, Punkt 4.

²¹³ BStU, MfS, HA II, Nr. 23548, Bl. 22 u. 35–39; Nr. 23541, Bl. 47.

²¹⁴ BStU, MfS, HA II, Nr. 23541, Bl. 51; Nr. 23567, Bl. 10; Nr. 30288, Bl. 32 u. 36; Nr. 30577, Bl. 1; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14137, Bl. 10.

²¹⁵ BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 162; Nr. 30577, Bl. 1. Vom Objektleiter H. wird berichtet, dass er zur Sicherung des Objekts wegen der Lage des Objekts weit außerhalb Berlins mit einer Pistole ausgerüstet wurde.

²¹⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 288.

Quartiere

Von einer Anzahl von Quartieren ist die Lage bekannt, allerdings selten zugleich die Dauer ihrer Nutzung durch die Abteilung VK. Dazu gehörten²¹⁷

1020 Berlin, Rathausstraße 5 (Wohnung eines Mitarbeiters der Abt. VK)

1020 Berlin, Rathausstraße 9 (zur Verfügung für Abteilungsleiter VK und für Kuriere)

1020 Berlin, Karl-Marx-Allee 25

1020 Berlin, Lichtenberger Straße 10 (zeitweise Wohnung eines DKP-Funktionärs)

1130 Berlin, Schulze-Boysen-Straße 23 (Wohnung eines Sektorenleiters der Abt. VK), Nr. 25 für MO

1020 Berlin, Alexanderstraße 1 (Wohnung für MO)²¹⁸

1020 Berlin, Strausberger Platz 10 (für Abfertigung von Geldkurieren)

1020 Berlin, Fischerinsel 9, 9. Etage (1976 Wohnung für Mitarbeiter Abt. VK)

1020 Berlin, Karl-Marx-Allee 20 (1976 Wohnung für Mitarbeiter Abt. VK/Betreuung)

1020 Berlin, Unter den Linden 37–39, Appartements 116, 120, 217 (zur Verfügung für Abteilungsleiter VK und für Kuriere).

Sender 904 / Objekt »Valentin«

»Der Sender unterstützte die Bemühungen der KPD, ihre Wiederzulassung zu erreichen und rief ihre Anhänger auf, gegen Notstandsgesetzgebung, Unternehmerwillkür und Große Koalition zu kämpfen. Mit polemischen Kommentaren suchte der Sender Gewerkschafter und Sozialdemokraten gegen ihre »rechten« Führer, Soldaten gegen ihre Offiziere aufzuwiegeln. Im Oktober [1967] gab die KPD ein Postschließfach in Wien als Anschrift des Senders bekannt. Seitdem beantwortet »904« täglich die in Wien eingegangenen Briefe und bittet, Berichte aus Industriebetrieben, Truppenzeitungen u. ä. einzusenden.«

Aus: Linksradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967. In: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament B 30/68 v. 24.7.1968.

»Verwaltungs- und kadermäßig« betreute die Abteilung Verkehr von 1956 bis 1971 das Objekt »Valentin«.²¹⁹ Das lag – seit der Mitte der sechziger Jahre – in einem Waldstück in Bestensee im Kreis Königs Wusterhausen. Getarnt als »Gesellschaft für Sport und Technik – Zentrale Materialverwaltung« (GST), wurde dort in mehreren Gebäuden – offiziell von der (illegalen) KPD – der »Freiheitssender 904« betrieben.²²⁰ Die Sendeanlagen standen in Reesen bei Burg, östlich Magdeburgs. Am 18. August 1956,

²¹⁷ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14280; Nr. 8601, Bl. 166 f.; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 116–120, 170 u. 230–232.

²¹⁸ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14270.

einen Tag nachdem das Bundesverfassungsgericht die KPD verboten hatte, hatte dieser Sender seine Tätigkeit aufgenommen. Zum 1. Oktober 1971, unmittelbar, nachdem der Vorsitzende der illegalen KPD, Max Reimann, seinen Beitritt zur DKP mitgeteilt hatte, wurden die Sendungen von Radio 904 eingestellt.²²¹

Seit der Gründung des BdL (II) beteiligte sich das MfS durch quartalsweise Kontrollbesuche – wie sie bei allen Objekten der Abteilung Verkehr stattfanden – auch an der Absicherung des Senders, der von Anfang an strikt konspirativ geführt worden war.²²² Dabei erfuhr Harnisch, der nach einem zuverlässigen Kontaktmann beim Sender fragte, von Cebulla, man müsse von einigen Genossen sagen, dass sie in ihrer Einstellung zur DDR nicht korrekt seien. Namen solcher Genossen nannte er nicht.²²³ Von den MfS-Beauftragten wurde scharf kritisiert, dass Mitarbeiter des Senders grob gegen die Konspiration verstießen. Als besonders ärgerliches Beispiel wurde »Karlebach« (Emil Carlebach²²⁴) angeführt, der nicht die ausgegebene Kleidung der GST

²¹⁹ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 39 u. 121.

²²⁰ Der Sender war bis dahin mehrfach umgezogen. Die Abteilung VK war nicht für den Sendebetrieb zuständig, sondern lediglich für die Bereitstellung, Verwaltung und Sicherung der Einrichtung des Senders. Vgl. im Einzelnen zur Geschichte des Senders Senne, Christian: Der Deutsche Freiheitssender 904. Die Stimme der KPD von 1956 bis 1971. Berlin, Mai 2003, online gestellt unter <http://freiheitssender.radiohistory.de/infrastruktur.htm>, Stand VI 2008. Senne hat keine MfS-Akten benutzt, allerdings intensiv Material aus dem Bundesarchiv und diversen Publikationen ausgewertet. Deswegen wird die Darstellung zum Sender 904 hier im Wesentlichen auf das Aktenmaterial der BStU beschränkt.

²²¹ Ein Zusammenhang dieser Einstellung mit dem Grundlagenvertrag (Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik v. 21.12.1972), wie ihn Labrenz-Weiß, Hanna: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1995, S. 41, annimmt, ist auch aus zeitlichen Gründen wohl auszuschließen.

²²² Das war u. a. auch deshalb geboten, weil der Sender dafür zuständig war, den Westgruppen (verschlüsselt) ihren Einsatz mitzuteilen; BStU, MfS, HA II/MF/42, Aktennotiz v. 2.12.1966.

²²³ Wohl nannte er »Uwe« als einen Genossen mit »korrekter Einstellung«. »Uwe« (Deckname?) ist bisher nicht identifiziert.

²²⁴ Emil Carlebach, 1914–2001, war Buchenwald-Häftling, auch nach dem KPD-Verbot zunächst illegal weiter für die Partei tätig. Angesichts drohender Strafverfolgung ging er in die DDR und wurde Redakteur beim Sender 904. In der Bundesrepublik Deutschland wurde der aus einer angesehenen jüdischen Familie, der etliche Rabbiner angehörten, stammende Carlebach vor allem durch seine gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Margarete Buber-Neumann bekannt, deren Darstellungen über die Verfolgung deutscher Kommunisten unter Stalin er als Unwahrheit bezeichnete. Carlebach blieb bis zum Lebensende entschiedener Stalinist.

trug, sich offen vor Handwerkern zeigte und mit ihnen unterhielt, und das, obwohl er doch »durch Funk und Fernsehen allgemein bekannt« sei.²²⁵

Auch Oskar Neumann, ebenfalls ehemaliger Buchenwald-Häftling (Zentrales Arbeitslager Tiefenort) jüdischer Abstammung, mit Erfahrungen in der Kulturpolitik und der politischen Agitation, arbeitete seit 1965 beim Sender.²²⁶ Objektleiter von »Valentin« war seit 1956 »Robert« (Heinz Priess), der aus der anderen »Adelslinie« der Mitarbeiter der Abteilung Verkehr kam, den Internationalen Brigaden.²²⁷ Auch die Wirtschaftsleitung von »Valentin« wurde von der Abteilung Verkehr besetzt. Seit Herbst 1966 machte das Horst Müller, zugleich Parteisekretär, der diesen Posten wohl einem internen Ereignis wenige Monate zuvor verdankte, das mit Ermahnung und »Selbstkritik« verbunden war. Bereits 1969 folgte ihm Gottfried May, der nach einer Entscheidung Materns, politische Mitarbeiter vorerst nicht abzugeben, als Sektorenleiter Grenze in der Abteilung Verkehr höchstens noch gelegentlich gebraucht wurde. Er nahm die Aufgabe bis zur Einstellung des Senders im Herbst 1971 wahr.²²⁸

²²⁵ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 170.

²²⁶ BStU, MfS, HA II/MF/41, Aktennotiz v. 23.7.1965, Punkt 2. Oskar Neumann, 1917–1993, ging 1954 nach (Ost-)Berlin und wurde in den sogenannten Westapparat der SED eingebaut, im gleichen Jahr in Abwesenheit vom BGH wegen Staatsgefährdung zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, die er ab 1961 nach seiner Festnahme in der Bundesrepublik Deutschland teilweise verbüßte (Neumann war Sekretär der Leitung des verbotenen »Hauptausschusses für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung«). Vgl. Rot und Rosa. DFU. In: Der Spiegel (1961)35. In den 80er Jahren war er in hohen Funktionen für die VVN/BdA tätig, siehe: UZ v. 30.4.1987; siehe auch die Biographie und Bestandsdarstellung in www.ifz-muenchen.de/archiv/ed_0407.pdf, Stand VIII 2008. Nach Senne (Anm. 220, dort Abschnitt »Infrastruktur des DFS 904«, Anm. 4) war Neumann auch schon 1956 Teilnehmer des Gesprächs bei Matern, der den Startschuss für den Sender gab.

²²⁷ Vgl. die Autobiographie von Priess, Heinz: Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Berlin 1996, und die Arbeit von Christian Senne (Anm. 213). Nach dem »Klarnamenschlüssel« des Bundesarchivs für den Bereich der KPD gehörten zu den Mitarbeitern des Senders 904 in den 60er Jahren u. a. Adolf Wissendauer, Günter Labudda, Hans Thiel, Georg Benneck, Günter Lutz, Hans Giersiepen, Nikolaus Riedmüller, Fritz Pospich (richtig: Pospiech), Josef Mallmann, Ursula Carlebach, Günter Blum, Erika Herzog, Roland Rodehau, Oskar Nolze, Ursula Luckner, Heinz Kampe, Willi Hallay.

²²⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 86 f.; zu Horst Müller: Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 23.8.1966, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/MF/43 v. 16.3.1966, Punkt 6. Horst Müller, der eigentlich zur Parteischule hatte gehen sollen, wurde im Anschluss an seine Tätigkeit bei »Valentin« Schulverwaltungsleiter bei Max Spangenberg; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 23.8.1966, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 5.8.1969, Punkt 3. Gottfried May: Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/47 v. 16.10.1967, Punkt 7; BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 12.2.1969, Punkt 2; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 88.

Im Frühjahr 1966 wurde wieder eine Verlagerung des Senders 904 geplant. Der neue Standort sollte im »Lochviertel« sein.²²⁹ Damit war das MfS einverstanden und erklärte sich bereit, vom Sender nicht benötigte Räume zu übernehmen; zugleich wies Harnisch aber darauf hin, dass die Frage der Investitionsmittel und die Absprachen mit dem Ministerium für Bauwesen Sache der Abteilung Verkehr seien.

Erich Glückauf (»Detlef«), der für Sicherheitsfragen zuständige Funktionär im KPD-Politbüro, traf im ausgehenden Frühjahr 1966 in Karlovy Vary mit Ulbricht zusammen und besprach mit ihm die Probleme des Senders. Steidl erfuhr von ihm, Ulbricht stimme dem Vorschlag zu, den Sender zu verlegen, fordere aber ein vom Sekretariat (des ZK der SED) zu billigendes Gesamtkonzept. Über den Standort müssten die »Genossen der Sicherheit« entscheiden. Sollte der Standort der Sendeanlagen geändert werden, müsse die Erfassung der gesamten Bundesrepublik sichergestellt werden. Beim Programm verlangte Ulbricht Änderungen, damit ein deutlicher Unterschied zu DDR-Sendern erkennbar werde.²³⁰

In der Tat erschien der bisherige Standort der Sendeanlagen der Abteilung Verkehr nicht gut. Sie besaß dort kein eigenes Grundstück, sondern musste eines der Post mitbenutzen. Mit Hilfe der geplanten Maßnahmen erwartete die Abteilung eine erhebliche Einsparung gegenüber dem damaligen Aufwand von 650 000 Mark/Monat.²³¹

Die Planungen wurden offenbar nicht ernsthaft weiterverfolgt; jedenfalls blieb bei »Valentin« alles beim Alten.²³² Erst im Herbst 1968, nach »Neukonstituierung« der DKP tauchte der Sender 904 in Harnischs Gesprächsvermerken wieder auf. Nun wurde über ein »Aufhören« der KPD spekuliert und für diesen Fall in Aussicht genommen, »Valentin« an die Armee zu verpachten.²³³

Erst im Spätsommer 1970 war klar, wie es mit der Arbeit des Senders 904 weitergehen sollte: Solange die KPD existierte, sollte er als »Konter-Propaganda« weiterar-

²²⁹ BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 14.4.1966, Punkt 3. Das Hans-Loch-Viertel südlich des U-Bahnhofs Friedrichsfelde war ein großes Neubaugebiet Berlins, begonnen 1960 nach Entwürfen eines Architektenkollektivs unter Leitung von Dipl.-Ing. Werner Dutschke. Dazu gehörten ein elfgeschossiges Mittelganghaus (380 Wohnungen) und drei 17-geschossige Punkthäuser (je 240 Wohnungen) sowie, an der Volkradstraße, ein kulturelles Zentrum (vollendet 1967). Das Viertel war also 1966 noch im Ausbau begriffen. Die Planungen der Abteilung Verkehr gingen wohl von zusätzlichen Gebäuden aus.

²³⁰ BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 2.6.1966, Punkt 4.

²³¹ Im Zusammenhang mit der Einstellung des Senders stellte sich – durch eine Überprüfung bei der Post, die das MfS »operativ in die Hände bekommen« hatte – heraus, dass die ADN-Leitungen zum Sender nicht bezahlt worden waren, die echten Kosten also wohl noch höher waren. Karl Zukunft, Leiter der Abteilung N des MfS, sollte sich deshalb an das ZK der SED wenden; BStU, MfS, HA II/MF/57, Aktennotiz v. 14.10.1971, Punkt 1.

²³² Vgl. zu den Planungen und Bemühungen im Einzelnen: BArch DY 30/IV 2/2.028-17, Bl. 14–17 u. 320–325; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 18.7.1966, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 12.2.1969, Punkt 5; v. 14.4.1969, Punkt 2.

²³³ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 5.11.1968, Punkt 2.

beiten. Man hielt fest: Der Sender ist nicht der DKP angeschlossen, auch nicht der SED; er verletzt also keine Gesetze. Und dann spekulierte man in der Abteilung Verkehr darüber, es könne ja vielleicht zu einer Fusion von DKP und KPD kommen; dann werde man sehen müssen, was in diesem Falle aus dem Sender werde.²³⁴

Beim SED-Parteitag Mitte Juni 1971 gab es eine Befragung »aller Delegationsmitglieder« zum Sender 904.²³⁵ Das Ergebnis war: 904 wird kaum noch gehört, ist auch vielerorts gar nicht zu empfangen. Nun war nach Steidls Auffassung eine Entscheidung der Parteiführung fällig, wie es weitergehen solle. Cebulla stellte das Weiterführen in Frage: Niemand höre den Sender, mit einem Aufwand von über 2,5 Mio Mark sei der Sender unrentabel; er hielt eine Entscheidung nach dem für November geplanten DKP-Parteitag für geboten.²³⁶ So lange musste er nicht warten.

Nach der Einstellung Ende September übernahm das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen das Objekt »Valentin« als Ferienanlage.²³⁷ Erst dank einer Nachfrage der KPÖ ergab sich im November 1971: Es war vergessen worden, das Postschließfach für Hörerpost zu kündigen, das für den Sender in Wien eingerichtet worden war.²³⁸

Führung und Personal der Abteilung Verkehr

Es gibt kein überliefertes Material, das einen auch nur annähernd vollständigen Überblick über das Personal der Abteilung Verkehr in den über vierzig Jahren ihres Bestehens erlauben würde. Auch für die in dieser Arbeit vor allem ins Auge gefasste Zeit gibt es nicht nur keine einzige Personalliste geschweige denn Kaderakten, weder der gesamten Abteilung, auch nicht einzelner Sektoren, sondern nur, zum Teil sehr verstreute, Nachrichten über eine allerdings nicht ganz kleine Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung. Viele dieser Nachrichten entstammen nicht dem Personalbereich, sondern haben sich in den unterschiedlichsten Zusammenhängen, meist dem einzelner Aktionen oder von Teilanalysen durch das BdL (II) erhalten. Sie erstrecken sich überdies über einen beträchtlichen Zeitraum, in dem es andererseits zahlreiche und vielfältige Überlieferungslücken gibt.

Es fehlen also die Grundlagen für etwaige statistische Auswertungen nach sozialwissenschaftlichen Methoden und Kategorien.

Andererseits haben sich über die Abteilungsleiter Baier und, weit mehr, Steidl sowie über die stellvertretenden Abteilungsleiter Paul Kaphengst, Julius (»Jonny«)

²³⁴ BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 24.8.1970, Punkt 8.

²³⁵ Ob das nur KPD-Mitglieder oder auch DKP-Mitglieder waren, ist nicht festgehalten.

²³⁶ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 22.6.1971, Punkt 5; v. 27.7.1971, Punkt 5.

²³⁷ BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 86 f.

²³⁸ BStU, MfS, HA II/MF/57, Aktennotiz v. 9.11.1971, Punkt 10.

Cebulla und – in bescheidenerem Maße – auch Wilhelm Knigge Teile von deren Kaderunterlagen, Gelegenheitsbewertungen und andere Nachrichten erhalten. Sie gestatten es für die Zeit seit Baiers Ausscheiden aus der Abteilung, sie, ihre Arbeit, ihren Umgang miteinander, mit den Mitarbeitern der Abteilung, mit den Kollegen des MfS und mit ihren verschiedenen »Kunden« vorzustellen. Das Bild des Führungspersonals der Abteilung, Baier selbst ausgenommen, stützt sich im Wesentlichen auf Akten des MfS, besonders des BdL (II). Sie bilden zugleich auch die entscheidende Quelle für die vor allem durch die beteiligten Personen bestimmten Binnenstrukturen und Tendenzen der Abteilung; auf die Problematik der dadurch erzwungenen Sichtweise ist schon hingewiesen. Deshalb bietet es sich an, so vorzugehen, dass nach einer stärker biographisch angelegten Skizze Baiers sein Nachfolger Steidl mit den stellvertretenden Abteilungsleitern und einigen auf unterschiedliche Weise hervorstechenden Mitarbeitern der Abteilung zu einem mindestens ebenso von den Strukturen der Abteilung und der dort geleisteten (Zusammen-)Arbeit wie von einigen biographischen Grundlinien geformten Bild gefügt werden.

Adolf Baier – der kampferprobte Genosse

Jugend und frühe Parteilaufbahn des nach eigener Angabe am 30. September 1907 im badischen Oberkirch geborenen und 1929 in die KPD eingetretenen Adolf Baier²³⁹ sind in einschlägigen Handbüchern dargestellt.²⁴⁰ Die ersten leicht vernebelnden Stellen bei den Eintragungen dort finden sich nach der Grenzarbeit in der Schweiz, zu der ihn Hermann Matern 1934/35 von Paris aus geschickt hatte, in Baiers Zeit bei der 13. Brigade der Republikanischen Armee im Spanischen Bürgerkrieg; drei Verwundungen erlitt er dort nach eigenem Bericht. Die »Spezialarbeiten«, für die er dann aus der Truppe gezogen wurde,²⁴¹ waren zunächst seit Sommer 1937 die Parteischule in Benicasim, anschließend ab November »operative Arbeit« beim Servicio de Información Militar (SIM).²⁴²

Im Juli 1938 wurde Baier auf Entscheidung des ZK-Sekretariats »aus Spanien herausgezogen und erhielt einen besonderen Auftrag«. Dieser Auftrag in Schweden (»Diversionsarbeit in deutschen Gebieten« im Dienst der Wollweber-Organisation), währenddessen er auch Richard Stahlmann, den späteren ersten Abteilungsleiter Verkehr kennenlernte, trug ihm nach seiner Verhaftung im August 1941 – dank Verrat,

²³⁹ Kaderakte Baier; BArch DY 30/IV 2/11v 4665, o. Pag.

²⁴⁰ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut u. a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Berlin 1999. Dort ist als Geburtsdatum unter Hinweis auf das MfS der 13.9.1907 angegeben. Es ist nicht erkennbar, warum Baier es verfälscht und die Partei das niemals erkannt haben sollte.

²⁴¹ Ebenda, S. 38.

²⁴² BStU, MfS, AP 4320/53, Bl. 3–5.



Adolf Baier
Abteilungsleiter 1954–1965
BArch DY 30/IV2/11v 4665

wie Karl Mewis, »Vertreter« der Partei in Stockholm, Anfang 1946 der Kaderabteilung der KPD mitteilte – eine Zuchthausstrafe von 3½ Jahren ein, aus der er im Juli 1945 vorzeitig entlassen und zugleich aus Schweden ausgewiesen wurde.²⁴³

Die Heimreise – abgestimmt mit der Partei – zog sich bis Oktober 1945 hin, da er bei seiner Ankunft in Travemünde zunächst von den Engländern interniert wurde und deshalb nicht, wie von Karl Mewis verfügt, nach Berlin reisen konnte. Genossen halfen ihm bei der Flucht und organisierten seine Heimfahrt von Hamburg aus. Die Bezirksleitung der KPD schickte Baier nach Pforzheim. Die dortige Arbeit in Partei, Gewerkschaft und Verwaltung (Entnazifizierungsausschuss) ist wiederum hinreichend nachlesbar.²⁴⁴

Im Anschluss an seine Spruchkammertätigkeit übernahm Baier im Oktober 1948 die Abteilung Arbeit und Soziales (A und S) bei der KPD-Kreisleitung Pforzheim; im Januar 1950 wurde Baier zur Parteischule in Bad Wildungen (A- und S-Lehrgang)

²⁴³ Die in »Wer war wer in der DDR?« angegebene Zeit von sieben Jahren ist wohl falsch. Sowohl Baier selbst in seinem Lebenslauf (BStU, MfS, AP 4320/53) als auch das BfV (BArch B 362/4724, Bl. 76) geben drei Jahre und sechs Monate an. Die vorzeitige Freilassung schrieb sich Mewis zu. Vgl. dessen Schreiben an die Kaderabteilung des ZK-Sekretariats der KPD v. 28.2.1946 in der Kaderakte Baier; BArch DY 30/IV 2/11v 4665, o. Pag.

²⁴⁴ Zum Beispiel in Müller-Enbergs (Hg.) u. a.: Wer war wer in der DDR (Anm. 240).

geschickt und kam anschließend im April zur Parteikontrollkommission nach Frankfurt/M. Dort erhielt er einen »Sonderauftrag«, den er bis zum September 1952 wahrnahm.

Über den Gegenstand des konspirativen Auftrags spricht Baier in seinem Lebenslauf nicht. Eine skizzenhafte Auskunft darüber ist aus der Darstellung des BfV-Mitarbeiters Degenhardt in dem späteren Ermittlungsverfahren gegen Baier zu entnehmen: Baier sollte Schleusungsgruppen an der Demarkationslinie einrichten, die konspirativ Personen, Post, Geld und Propagandamaterial über die Grenzlinie brachten. Er organisierte den Apparat »Philipp« – zugleich auch Baiers damaliger Deckname – als den Beitrag der KPD zur geheimen Verbindung mit der SED.²⁴⁵

Im Oktober 1952 übersiedelte Baier auf Beschluss der Partei in die DDR; auch seine Frau Elise (Liesel), geborene Marhoun aus dem Württembergischen stammend, mit der er seit 1929 verheiratet war, zog in die DDR.²⁴⁶ Dort besuchte Baier zunächst, auf Wunsch der Genossen Paul Verner, Walter Hähnel, Hermann Matern und Heinz Wieland,²⁴⁷ nach kaderpolitischer Prüfung am 10. Dezember 1952, von Januar bis Dezember 1953 die Parteihochschule in Kleinmachnow²⁴⁸ und kam dann zur Abteilung Verkehr beim ZK der SED. Zu der Zeit war er längst mit zahlreichen wichtigen Funktionären bekannt, die mit der konspirativen politischen Arbeit von SED/KPD zwischen DDR und Bundesrepublik zu tun hatten: Seinen politischen Vorgesetzten dort, das Politbüromitglied Hermann Matern, kannte er bereits aus seiner ersten Emigration nach Paris. Aber auch Paul Verner, Karl Mewis, Karl Schirdewan, Hans Rosenberg,

²⁴⁵ Vgl. im Einzelnen zu diesem Grenzapparat den Abschnitt » Westgruppen«.

²⁴⁶ Frau Baier hielt in ihrem Lebenslauf vom 1. März (Kaderakte Baier, BArch DY 30/IV 2/11v 4665, o. Pag.) zu der Übersiedlung fest: »Denn mein Mann wurde in Westdeutschland damals schon wieder verfolgt: Si S Si [gemeint wohl: CSC – das französische Comité Special de Contre-Espionage – W. M.] und von Wehner.« Zu dem Hinweis auf Wehner ist zu bedenken, dass er Baier aus Schweden gekannt haben kann; allerdings hatte Wehner stets Beziehungen zur Wollenberg-Organisation bestritten. Die Wehner-Stiftung konnte keine Aufklärung schaffen; nach Auskunft der Geschäftsführung ist Baier dort nicht bekannt.

²⁴⁷ Verner und Matern waren Mitglieder des Politbüros der SED, Hähnel damals Sektorenleiter »westliche Kader« in der Kaderabteilung des ZS bzw. des ZK der SED, Sektorenleitung II (Registrierung leitender Kader/Nomenklatur) der Kaderabteilung, Wieland, Leiter dieses Sektors.

²⁴⁸ Von dort aus kam Baier am 17.6.1953 und an den darauffolgenden Tagen in Ludwigsfelde und Jüterbog »zum Einsatz«. Bei dieser »direkten Berührung mit der praktischen Arbeit unserer Parteiorganisation in den Betrieben« erfuhr er nach eigener Darstellung, wie sehr ihm »die Schule geholfen hat, viele theoretische Schwächen und Hemmungen zu überwinden, die mich vorher oft bei meiner Arbeit behinderten«; Kaderakte Baier, Lebenslauf v. 25.10.1953; BArch DY 30/IV 2/11v 4665, o. Pag.

Hauptreferent bei Stahlmann mindestens seit 1949²⁴⁹, und neben Max Reimann auch Fritz Rische, Harry Schmidt (gemeint wohl Harry Schmitt), Franz Obermanns von der KPD waren ihm hinreichend bekannt, um sich auf sie zu berufen.²⁵⁰ Als früherer Spanienkämpfer zählte er, wie die ehemaligen Buchenwald-Häftlinge zu einem Parteiadel, der in den Apparaten der Partei reich vertreten war.²⁵¹

Nach eigener Darstellung war er in der Abteilung VK zunächst einer von zwei stellvertretenden Abteilungsleitern.²⁵² Die Konkurrenzsituation habe seinen Kollegen aber nach einiger Zeit bewogen auszuscheiden; damit sei er – Baier – ohne förmliche Beauftragung faktisch Abteilungsleiter geworden.²⁵³

Aus den zehn Jahren von Baiers Tätigkeit in der Abteilung Verkehr bis zur Einrichtung des Büros der Leitung (II) im Jahre 1962 – in dem Jahr fand Baier eine neue Wohnung in Berlin-Friedrichshain – ist aus den Akten des MfS nichts bekannt. Auch seine Kaderakte ist in dieser Beziehung fast gänzlich unergiebig; so detailliert Lebensläufe und Fragebogen für die Zeit bis 1952 sind, so schweigsam sind sie und auch die Beurteilungen, was seine Arbeit bei der Abteilung Verkehr angeht. Die einzige Quelle für diese Zeit, ein Rinnsal mehr, ist das, was das Bundesamt für Verfassungsschutz an Informationen über ihn zusammengetragen, oder vielmehr, was es davon, als Baier 1965 auf einer Dienstreise mit gefälschten Papieren in der Bundesrepublik Deutschland schwer verunglückt und festgenommen worden war, dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof anvertraut und was Baier in diesem Verfahren selbst ausgesagt hat.

Dazu gehörte nicht zuletzt, dass seine Tätigkeit als Abteilungsleiter fast schon im Dezember 1955 zu Ende gegangen wäre. Damals erlitt Baier während einer Dienstreise einen schweren Anfall von Angina Pectoris, die ihn zu einem mehrmonatigen

²⁴⁹ Vgl. die Aufstellung von Mitarbeitern in BArch DY 30/IV 2/4/147, Bl. 128; vgl. auch BStU, MfS, AU 201/52, Bl. 18.

²⁵⁰ Das tat er im November 1952 und trug anscheinend keinen Schaden davon, dass er sich damit auch auf später zeitweise zu Unpersonen gewordene Funktionäre (Schirdewan, ansatzweise auch Mewis) berief.

²⁵¹ Baier durfte, mindestens in den 60er Jahren, die Uniform eines Oberstleutnants der NVA-Grenztruppen tragen; BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 2, Bl. 244.

²⁵² Den Namen des zweiten Stellvertreters nannte Baier bei seiner Vernehmung nicht. Wahrscheinlich meinte er damit Hans Rosenberg, der nach Stahlmanns Ausscheiden die Abteilung geführt hat.

²⁵³ Vernehmung Baier; BArch B 362/4723/24/25, Bl. 141. Allerdings ist er vom Politbüro der SED am 15.12.1953 förmlich bestätigt worden; BArch DY 30/ J IV 2/2/337, und erhielt seine Anstellungsbestätigung als Abteilungsleiter Verkehr zum 1.1.1954; vgl. Kaderakte. Bei der Gelegenheit behauptete Baier dann in der weiteren Vernehmung, er sei aus gesundheitlichen Gründen 1956 bei der Abteilung VK ausgeschieden und arbeite seither als Referent im »Arbeitsbüro«. Tatsächlich hatte er sich (und seiner Frau) im April 1956 von der Partei einen Kuraufenthalt in der Sowjetunion bewilligen lassen: Beschluss des ZK-Sekretariats v. 11.4.1956; BArch DY 30/J IV 2/3/507.

Krankenhausaufenthalt und später noch zu einer Kur nötigten. Er fand sich jedoch noch entschieden zu jung, um sich auf die erwogene Verrentung einzulassen.

Sicher fühlte sich der Verfassungsschutz bei der Widerlegung von Baiers Erklärung in seinen Vernehmungen, er sei Mitarbeiter des »Arbeitsbüros«. Man wusste auch, dass ihm mit der Übernahme der Arbeit beim ZK der SED auch die SED-Mitgliedskarte überreicht worden sei und kannte den Sitz der Abteilung zunächst in der Wilhelm-Pieck-Straße 49 (heute wieder Torstraße, wie im 19. Jahrhundert), später am Werderschen Markt. Man hatte bemerkt, dass die Abteilung VK in den Jahren während des KPD-Verbotsverfahrens besonders um Konspiration bemüht war, um die KPD nicht durch Bekanntwerden von Ausmaß und Methoden der Zusammenarbeit mit der SED zu belasten. Nach dem KPD-Verbot sei es »naturgemäß« sehr schwierig gewesen, präzise Informationen über die spezielle Tätigkeit Baiers in seiner Eigenschaft als Leiter der Verkehrsabteilung zu erlangen. So konnte dem Ermittlungsrichter im Wesentlichen berichtet werden, dass Baier KPD-Funktionäre in die Grenzarbeit einweise und schon einmal bei einer Funktionärstagung gesehen worden sei. Einzelheiten über den Ablauf der Grenzarbeit mochten die Verfassungsschützer nicht preisgeben, um ihre Quellen nicht zu gefährden. Wohl konnten sie von Baiers Reisen außerhalb der DDR und der Ausrüstung von Reisenden im Auftrag der Abteilung VK mit gefälschten Papieren berichten.²⁵⁴

Von diesen Reisen scheint allerdings dem Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland nur ein Bruchteil bekannt geworden zu sein.

Auch die Vermerke Harnischs geben über Baiers Reisetätigkeit nur dürftige Auskunft. Einzelne Notizen immerhin lassen erkennen, dass Baier viel unterwegs war nicht zuletzt in dem Bestreben, sich unabhängig von den Verbindungen der Partei eigene Verbindungen zur Förderung der Tätigkeit der Abteilung Verkehr zu schaffen. So teilte er Harnisch Ende Mai 1964 mit, er sei im Begriff nach Österreich zu fahren, um einen früheren Spanienkämpfer »Ferdl« aufzusuchen, der nun Polizeibeamter in gehobener Stellung sei. Über ihn wollte er versuchen, »eine Basis zu schaffen, die einen eigenen Bestand hat, da die KPÖ in der Hilfestellung für die KPD äußerst nachlässig« sei. Eine solche Basis, unabhängig von der Partei, habe er sich auch in der ČSSR aufgebaut. Vorsichtig blieb Baier beim Aufbau solcher eigenen Verbindungen

²⁵⁴ Vgl. die zuvor genannte Signatur des Bundesarchivs (Koblenz). Ob dem Verfassungsschutz auch bekannt war, dass Baier sich durch eine seiner Westgruppen in die Bundesrepublik schleusen ließ (vgl. Abschnitt »Westgruppen«), kann man den Akten des Untersuchungsrichters nicht entnehmen. Heinrich Degenhardt ergänzte die Beobachtungen in einem vor einiger Zeit geführten Gespräch um die Erinnerung an einen der wenigen unmittelbaren Kontakte von Mitarbeitern des BfV mit solchen der Abteilung Verkehr. BfV-Mitarbeiter hatten in den 80er Jahren in Österreich zunächst eher zufällig die Bekanntschaft von drei Mitarbeitern der Abteilung Verkehr gemacht und konnten diese Bekanntschaft bei einem später organisierten Österreich-Urlaub mit Ehefrauen ausbauen. Dabei erfuhren sie u. a. von England-Reisen der Abteilung VK-Mitarbeiter, von denen sie Stoffe für die Familie Honecker mitbringen mussten.

allerdings stets; durch Harnisch ließ er Mielke informieren und eine Überprüfung von »Ferdl« veranlassen.²⁵⁵

Nur aus Baiers umfangreicher Reisetätigkeit ist auch zu erklären, womit sich nach Baiers Unfall 1965 das BdL (II) zusammen zunächst mit der Rumpfführung der Abteilung VK und dann mit Baiers Nachfolger Steidl auseinanderzusetzen hatte.

Baier unterhielt offenbar in Düsseldorf eine langjährige intime Beziehung zur H. In (Ost-)Berlin muss es Personen gegeben haben, die davon wussten, jedenfalls irgendwann im Laufe der Jahre erfahren hatten. Seit März 1965, als Baier im Stadelheimer Gefängnis-Krankenhaus lag, machte Harnisch seine Gespräche mit Cebulla über H. und Baiers Wohnung in Düsseldorf aktenkundig, auch dass Matern und wohl auch Funktionäre der KPD informiert waren. So zitierte er Werner Müller, Materns Mitarbeiter, nach einer Besprechung mit seinem Chef und einem Situationsbericht von Cebulla: Es sei wohl vollkommen klar, dass Frau H. »sicher über alle Fragen informiert war, da [...] solche Fragen als »Bettgeheimnis« zählen«.²⁵⁶ Nach Baiers Heimkehr sollte diese Geschichte die SED und das MfS noch intensiv beschäftigen.

Baier hatte gegenüber den Befragern in der Bundesrepublik 1965 sein angebliches Ausscheiden aus der Abteilung Verkehr mit seiner angegriffenen Gesundheit und mehreren langwierigen Erkrankungen erklärt. Die Darstellung war, was die Krankheiten anging, im Ganzen zutreffend.

Wohl vor dem Hintergrund dieser Erkrankung warf Baier selbst kurz vor Mitte der sechziger Jahre die Frage nach der Sicherung seiner Nachfolge auf. Seine Stellvertreter Cebulla und Kaphengst, beide frühere Wehrmachtsdienstgrade und dem Spanienkämpfer Baier schon deshalb eher zuwider,²⁵⁷ zog er nicht in Betracht. Sie hatten beide eben gegen das Versprechen anhaltender Besserung, bei der die Parteileitung der Abteilung (Grundorganisation 23) sie unterstützen wollte, von der ZPKK die Löschung einer parteierzieherischen Maßnahme erreicht, die diese im Juli 1962 gegen sie

²⁵⁵ BStU, MfS, HA II/MF/37, Aktennotizen v. 28.4. u. 29.5.1964. Bei »Ferdl« handelte es sich nach einem Hinweis von Dr. Hans Schafranek, Wien, mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit um Ferdinand Berger, 1917–2004, geboren in Graz, ursprünglich Automechaniker, nach 1934 KJV und KPÖ. Im Dezember 1937 ging er von Österreich nach Spanien, später war er in französischen Internierungslagern. Nach seiner Festnahme in Frankreich von 1941 bis zur Befreiung 1945 in verschiedenen deutschen KZ. Nach Kriegsende Wien, Studium der Rechtswissenschaften und Aufnahme in den Polizeidienst; vgl. auch <http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/berger1.html> (Stand XII 2009).

²⁵⁶ Nach dem Textzusammenhang muss sich »alle Fragen/solche Fragen« nicht auf Baiers Arbeit insgesamt beziehen; es kann verstanden werden als auf Baiers Düsseldorfer Wohnung bezogen.

²⁵⁷ Baier äußerte Anfang 1964 gegenüber Harnisch, »dass es schon eine nicht gute Wahl war, dass jetzt beide Stellvertreter Feldwebel bei der faschistischen Wehrmacht waren«; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 289 f.

wegen »mangelnder Arbeit, Fehler und Schwächen« verhängt hatte.²⁵⁸ Im Sommer 1964 wollte er im Gespräch mit Harnisch von diesem wissen, was denn seine Meinung sei »betreffs der Perspektive für seine eigene Arbeit«. Er hatte die Vorstellung, im Laufe der nächsten zwei Jahre müsse er einen Genossen für die Abteilung finden, war sich aber darüber klar, dass er innerhalb seiner Abteilung dafür keinen Geeigneten finden werde. Außerdem fragte er sich, ob man einen solchen Genossen in den Reihen der KPD oder der SED suchen solle. Harnisch mochte Baier nicht widersprechen, was die Frage eines geeigneten Kandidaten aus der Abteilung anging. Hinsichtlich der Frage KPD oder SED hatte Harnisch eine klare Vorstellung: Das müsse ein Genosse aus den Reihen der SED sein, weil er dann »jederzeit nach seinen Einsätzen unserer eigenen Überprüfung standhalten muss und andererseits die Faustpfänder auf dem Gebiet der DDR liegen«.²⁵⁹

Baier sprach mit Matern über diese Frage. Auch für ihn kam nur einer aus den Reihen der »positiven Genossen« der SED in Frage. Harnisch bestätigte beim folgenden Gespräch, sein Minister sei der gleichen Auffassung.²⁶⁰

So bahnte sich, immerhin erst Mitte der sechziger Jahre, die endgültige Übernahme des »von der KPD geschaffenen Apparats« durch die SED an. Baier und Harnisch verabredeten, das Thema nach Baiers Sommerurlaub weiter zu erörtern. Es gibt keinen Hinweis, dass es zu einer solchen weiteren Erörterung noch gekommen ist.

Wohl schon Mitte Oktober 1964 wollte Baier in die Bundesrepublik reisen, auch um mit »Kilian« (Otto Niebergall) die Verbindungen zu den verschiedenen »BK« (Briefkurieren) zu pflegen. Eine zentrale Leitung im Westen existierte nicht, und die KPD wollte das dezentralisierte System beibehalten. Wegen einer Erkältung musste er die Reise verschieben, ist aber dann doch wohl gegen Ende Oktober gefahren und blieb bis Anfang Dezember unterwegs; erst am 9. Dezember übernahm er wieder das regelmäßige Gespräch mit Harnisch. Auf der Reise besuchte er auch (aus persönlichen Gründen) seinen Schwager in Karlsruhe, der offenbar mindestens in Teilen über dessen Arbeit informiert und bei der Abteilung VK bekannt war. Mit ihm besprach Baier dessen im folgenden Jahr vorgesehenen Urlaub in der DDR.²⁶¹

Nach dem 19. Januar 1965 trat Baier erneut eine Reise an, auf deren Rückweg er auf der Autobahn bei Ingolstadt den erwähnten schweren Verkehrsunfall erlitt. Sein Fahrer Stefan (»Stanis«) Breuer kam dabei ums Leben.²⁶² Baier, mit einem gefälsch-

²⁵⁸ Kaderakte Kaphengst, zwischen 4.6.1964 und 13.11.1964; BArch DY 30/IV 2/ 11v 2707, o. Pag.

²⁵⁹ BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 5.7.1964, Punkt 3.

²⁶⁰ Ebenda, Aktennotiz v. 21.7.1964, Punkt 10.

²⁶¹ BStU, MfS, HA II/MF/40, Aktennotiz v. 26.3.1965, Punkt 2.

²⁶² Breuer war bis zum KPD-Verbot 2. Sekretär der KPD-Stadtteilgruppe Düsseldorf-Bilk. Jedenfalls zwischen 1959 und 1961 wurde er als geschleuster Kurier identifiziert. Wie Baier reiste er mit gefälschten Dokumenten (letzte belegte Ausstellung im Sommer 1964;

ten Ausweis als »Gustav Mischall« reisend, ausgerüstet mit zwei weiteren Falschdokumenten, wurde ins Krankenhaus gebracht. Nach seiner Identifizierung erging Haftbefehl, und er wurde ins Gefängnis Krankenhaus München-Stadelheim verlegt.²⁶³

Es verging etliche Zeit, ehe in den Akten von BdL (II) erstmals ein Hinweis auf Baiers Unfall erschien. Es scheint so, als habe es bis dahin tatsächlich eine sehr dürftige Informationslage jedenfalls bei seiner Abteilung und bei Baiers Familie gegeben. Die Klage über ständige Anrufe von Frau Baier mit der Frage nach neuen Nachrichten erweckt den Eindruck, als sei man nicht nur ärgerlich ob der Verstöße gegen die Regeln der Konspiration, sondern auch genervt, weil es keine solchen neuen Nachrichten für Frau Baier gab. Erst am 8. März 1965 erfuhr Harnisch bei Kaphengst »folgende interessante Sache«: Walter Neumann von der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen habe weitergegeben, dass der spanische Genosse Manuel Fuentes²⁶⁴ in Frankreich von Baiers Unfall und Verhaftung gehört habe.

Gegen Ende März kam Baiers Schwager aus Karlsruhe nach Berlin, anscheinend bestellt von der Abteilung Verkehr; man wollte mit ihm das Verhalten bei einer etwaigen Hausdurchsuchung absprechen.

Zugleich liefen vielfältige Untersuchungen zur Einschätzung der mit Baiers Verhaftung verbundenen Risiken, für die das MfS federführend war. Leider sind nur einige Randfragen überliefert, die im Zusammenhang mit dieser Untersuchung geprüft wurden: Harnisch wollte wissen, ob Baiers Wagen, den er wegen zersplitterter Windschutzscheibe in Düsseldorf zur Reparatur hatte hinterlassen müssen, präpariert gewesen sei. Er konnte beruhigt werden: Der Container sei geleert worden. Dass die Ermittlungsbehörden in der Bundesrepublik von Baiers Aufenthalt in Helsinki wussten, war auch leicht zu klären: Sein Pass trug entsprechende Stempel. Aber seine Frage, was Baier in Köln zu tun hatte, wo er zweimal gesehen wurde – die blieb unbeantwortet. Und offen muss die Frage bleiben, was hinter Baiers Einverständnis stand, »Reinhard« (den besonderen »Boten« und Verbindungsmann) nicht in die Bundesrepublik Deutsch-

BSStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 20.8.1964, Punkt 4) und führte bei der Unfallreise auch noch weitere Falschpapiere mit; BArch B 362/4724, Bl. 86.

²⁶³ Intensive Nachfragen bei allen in Frage kommenden bayerischen Behörden ergaben schließlich, dass die Akten des in Bayern gegen Baier geführten Ermittlungsverfahrens kassiert worden sind.

²⁶⁴ Er war mit anderen spanischen Genossen zusammen auf einer von der SED veranstalteten Schulung an der Schule in Kändler (Chemnitzer Land) gewesen und inzwischen mit einem vom MfS produzierten Reisedokument zurückgefahren.

land zu entsenden.²⁶⁵ Er hätte in Düsseldorf das Geld abholen sollen, das Baier dort in seinem Quartier deponiert hatte.²⁶⁶

In welchem Zusammenhang ein Reiseauftrag für »Reinhard« erwogen worden war, lässt sich allenfalls vermuten angesichts umfangreicher Aktivitäten, die das BdL (II) und die Abteilung VK im Zusammenhang mit Baiers Düsseldorfer Unterkunft und H. entwickelten.

Stefan Breuer, Baiers Fahrer, war in seiner Düsseldorfer Heimat beigesetzt worden. Wilhelmina (»Minna«) Arzt, auch alte Spanienkämpferin, hatte zu Baier Kontakt gehabt und war offenbar, ebenso wie ihr Ehemann Robert Arzt, auch in der Abteilung VK bekannt.²⁶⁷ Sie hatte wohl an der Beerdigung teilgenommen (die war schließlich bei der Nachfeier in einer Eckkneipe recht fröhlich geworden, genährt von Gerüchten über das Vorhandensein beträchtlicher Devisenvorräte). Von ihr erfuhr Kaphengst, H. sei verlässlich. Sie ziehe in Breuers Wohnung ein; Breuers in Köln lebender Bruder überlasse ihr alles, was »Stanis« hinterlassen hatte.

Aber in der von Baier genutzten Wohnung in Düsseldorf musste es »Material« von Gewicht und Bedeutung geben. Da Baier anscheinend in der 2. Maihälfte schon mit seiner Rückkehr rechnete, übermittelte er den Wunsch, das selbst zu regeln. Tatsächlich wurde am 28. Mai der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Die Umstände, unter denen das geschah, sind in den Ermittlungsakten des Bundesgerichtshofs nicht dargestellt, nicht einmal angedeutet.²⁶⁸ Aus der DDR wurde ein Krankentransportwagen geschickt, der Baier am 3. Juni 1965 abholte.

²⁶⁵ BStU, MfS, HA II/MF/40, Aktennotiz v. 21.4.1965, Punkt 4 f. Der bürgerliche Name von »Reinhard« deutet auf eine Herkunft aus dem Sudetenland. Sein einziger auffindbarer Träger ist zwar von dieser Herkunft, hat aber nach eigener Darstellung nie mit der Abteilung Verkehr zu tun gehabt.

²⁶⁶ BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 16.3.1966, Punkt 13. Auch Harnisch hatte den Eindruck, dass die Führung der Abteilung VK, der neue Abteilungsleiter Steidl eingeschlossen, in dieser Frage nicht mit offenen Karten spielen mochte.

²⁶⁷ Minna Arzt, *1900, KPD 1928, war in Barcelona Sekretärin von Hans Beimler gewesen. Später hatte sie unfreiwillige Bekanntschaft mit der Gestapo gemacht. Nach dem Krieg wurde sie Landessekretärin des später verbotenen Kulturbundes in Nordrhein-Westfalen. Vom Kulturbund der DDR erhielt sie zu ihrem 75. Geburtstag die Johannes-R.-Becher-Medaille. Ihr Mann Robert war Techniker für den AM-Apparat im Bezirk Niederrhein gewesen; BArch DY 55/SgY 11/V 237/12/190, Bl. 5; BStU, MfS, HA IX/11 SV 1/81, Bd. 288, Bl. 105.

²⁶⁸ Das Bundesamt für Verfassungsschutz war jedenfalls an der Entscheidung offiziell nicht beteiligt (Auskunft Direktor i. R. Heinrich Degenhardt). Allerdings war der damalige Beschaffungsleiter Linksextremismus des Amtes, der spätere Hamburger Verfassungsschutzchef Dr. Hans-Josef Horchem (1932–2008, 1957–1969 im BfV), der Kontaktmann des BfV für Ost/West-Austausch-Operationen. Horchem hatte mit Baier eingehend während dessen Krankenhausaufenthalt in München-Stadelheim gesprochen, wie der frühere Verfassungsschützer C. Ahrend mitteilte. Da Horchem sicher sein konnte, dass Baier nach einem Ge-

Wenige Tage später verständigten sich Abteilung Verkehr und BdL (II), Minna Arzt solle mit H. in die »zuständige Wohnung« in Düsseldorf gehen, um dort nach vermissten Unterlagen zu suchen. Minna Arzt war bereit, dabei auch eine Festnahme zu riskieren. Kaphengst und Harnisch aber dachten schon weiter: In Düsseldorf wussten sie einen Genossen, »der unter genügender Absicherung einen Blitzeinsatz führen kann«. Matern und Mielke sollten eingeschaltet werden, das MfS eine »Abklärung« an Ort und Stelle vornehmen. Harnisch wollte den »sehr verlässlichen Genossen«, der erst kürzlich aus der Haft entlassen worden war, sehen, um einschätzen zu können, »ob er für die vorgesehene Aufgabe des Gewalteinsetzes in Düsseldorf verwendet werden kann«. Mit diversen Überlegungen und Klärungen gingen mehrere Monate hin.²⁶⁹

Unterdessen war Baier wieder hergestellt und sein Ausscheiden aus dem Amt war längst beschlossene Sache: Am 6. Oktober bereits hatte das ZK-Sekretariat eine »Ehrentente« für Adolf Baier bewilligt.²⁷⁰ Er wurde zu Hermann Matern bestellt. Dort erfuhr er, dass er bis Weihnachten 1965 »alle Materialien zu übergeben« habe. Was waren die Gründe dafür, dass Baier nicht wieder in sein Amt zurückkehren durfte? Nach außen gab seine stark angeschlagene Gesundheit eine einleuchtende Begründung ab. Baier war dem Gegner in die Hände gefallen – das pflegt das Ende eines Nachrichtendienstlers zu sein; was die konspirative Art seiner Arbeit anging, war Baier einem solchen gleich. Und dieser »Nachrichtendienstler« hatte sich während seines Krankenhausaufenthaltes in der Bundesrepublik auf ein eingehendes Gespräch mit dem Beschaffungsleiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz für den Bereich Linksextremismus eingelassen; damit war er ganz und gar »verbrannt«. Er hatte – das schrieb ihm das BdL (II) noch nachträglich ins Debet – einen großen Teil ihm bekannter Missstände im Transportapparat (für den unmittelbar sein Stellvertreter Kaphengst zuständig war) gedeckt. Und eine Affäre, die er hatte, wurde mit seinem Unfall amtsöffentlich.²⁷¹ Das reichte.

sprach mit einem wichtigen Nachrichtendienstler der Bundesrepublik, nicht zu reden von seinen Aussagen gegenüber einem Richter dort, nicht wieder in sein Amt zurückkehren konnte, liegt die Annahme nahe, dass er zu der Entscheidung für die Rückführung Baiers, die auch eine demonstrative humanitäre Geste war, beigetragen hat.

²⁶⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/41 v. 18.6.1965, Punkt 2; v. 2.7.1965, Punkt 3; v. 14.7.1965.

²⁷⁰ BArch DY 30/J IV 2/3/1115.

²⁷¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 25. Die Erinnerung drängt sich auf: das Öffentlich-Werden einer Affäre im Zusammenhang mit einem Autounfall bedeutete knapp zwei Jahrzehnte später auch das Ende der Karriere des BfV-Chefs Richard Meier.



Adolf Baier

Auszeichnung mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold

BArch, Bild 183-1982-1004-023 (Hubert Link)

Dann endete auch das Hornberger Schießen in der Affäre »Düsseldorfer Wohnung«. Harnisch gab das Resümee eines Berichts von Mielke an Matern wieder: In der Wohnung befindet sich wohl nichts. »Die H. und ein ganzer Rattenschwanz tun sich aber andererseits an den Dingen gütlich.«²⁷² Der – offenbar unter bedenkenloser Inkaufnahme der strafrechtlichen Implikationen geplante – Einsatz würde wohl nichts bringen.

Zwar sollte mit Minna Arzt noch einmal gesprochen werden. »Ronald« war in der Sache unterwegs; man wollte hören, was er mitbrachte. Aber man schien nichts wirklich Neues zu erwarten.

So endete die aufregende und aufgeregte Angelegenheit in den Akten des BdL (II); man wartete noch darauf, dass ein Koffer von Baier mit eingebauten Containern auftauchte – damit schließt das Kapitel Baier.

Baier durfte seine »reichen revolutionären Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten«²⁷³ noch einige Zeit als Sektorenleiter in der Abteilung Gesamtdeutsche Fragen

²⁷² Das sollte wohl heißen, sie verbrauchen das dort versteckte Geld. Für eine Einschätzung der Summe fehlen Anhaltspunkte. Der Planungsaufwand für das Ausräumen der Wohnung kann auch mehr dort vermuteten Dokumenten als dem Geld gegolten haben.

²⁷³ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 2981, Bl. 32 (aus dem Glückwunsch des »Neuen Deutschlands« zu seinem 60. Geburtstag).

des ZK einsetzen; für Harnischs Mitarbeiter und später Stellvertreter, Oberstleutnant Schröter, war er in dieser Zeit als GI registriert.²⁷⁴ Er verzehrte seine Ehrenrente, zog 1969 nach Berlin-Köpenick, wo viele verdiente DDR-Rentner lebten, und wurde 1977 auch noch mit der nächsten Stufe des Vaterländischen Verdienstordens geehrt. 1982, im Jahre seines Todes, erhielt er die Ehrenspange dazu.²⁷⁵ Das ZK-Sekretariat nahm im Umlaufverfahren von seiner Urnenbeisetzung zustimmend Kenntnis.²⁷⁶

Mit Baier endete auch die von Stahlmann begründete Zeit der Spanienkämpfer und durch die nationalsozialistische Verfolgung gegangenen Kommunisten in der Leitung der Abteilung Verkehr.

Die Ära Steidl

Mit Josef Steidl²⁷⁷ ging die Führung der Abteilung VK an eine neue Generation über: aufgewachsen nach dem 1. Weltkrieg, herangewachsen als Funktionäre der SED. Sein Weg dahin, vorgeprägt offenbar von seinem Elternhaus, führte von einer schon mit 17 Jahren begonnenen Funktionärskarriere in der tschechischen KP durch eine mäßig erfolgreiche Militärlaufbahn während des 2. Weltkriegs, von der er sich im März 1945 zu tschechischen Partisanen hatte absetzen können, über die Žukov-Umsiedlung der »antifaschistischen« Sudetendeutschen²⁷⁸ in die sowjetische Besatzungszone und dort auf ziemlich direktem Wege in die Wiederaufnahme und erfolgreiche Fortsetzung der abgebrochenen Funktionärlaufbahn. Sie brachte ihn über Führungsaufgaben beim FDGB in die Parteizentrale der SED als Mitglied der Nomenklatura der Partei.

Steidl, als Kind einer sudetendeutschen Arbeiterfamilie 1919 in der Nähe von Eger im Sudetenland geboren, hatte nach dem Abschluss der Bürgerschule eine Lehre als Automechaniker gemacht. Noch als Jugendlicher war er Mitglied der Tschechischen

²⁷⁴ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 2981, Bl. 36.

²⁷⁵ BStU, MfS, AP 4320/53.

²⁷⁶ BArch DY 30/J IV 2/3/3443.

²⁷⁷ Kaderakte Steidl; BArch DY 30/IV 2/11v 4341.

²⁷⁸ Diese »Aussiedlung 1. Klasse«, bei der 1945/46 die ca. 40 000 Betroffenen ihre bewegliche Habe mitnehmen durften, ist nach Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) (1945–1949). Berlin 1997, S. 410, auf Antrag Ulbrichts von der SMAD unter G. K. Žukov organisiert worden. Hoorn, Heike van: Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher »Antifa«-Umsiedler in der SBZ/DDR. Essen 2004, zugl. Diss. Uni Münster 2002, kommt zu dem Ergebnis, dass die betroffenen »Antifaschisten« ursprünglich am Wiederaufbau der Tschechoslowakei hatten mitwirken wollen, aber dann durch die kollektive Diskriminierung der deutschen Bevölkerung zum Verlassen des Landes regelrecht gepresst worden seien. Vgl. zum Schicksal der »antifaschistischen« Sudetendeutschen zuletzt Wagnerová, Alena (Hg.): Helden der Hoffnung. Die anderen Deutschen aus den Sudeten 1935–1989. Berlin 2008.

KP geworden, für die er bis zum Einmarsch der Wehrmacht nach dem Münchner Abkommen als hauptamtlicher Jugendsekretär im Kreis Ellbogen gearbeitet hatte. Im Protektorat Böhmen und Mähren war er für ein Jahr in den Bergbau geschickt worden, bevor die Wehrmacht ihn im Frühjahr 1939 eingezogen hatte.

Im Januar 1944, wohl während eines Urlaubs, heiratete Steidl eine auch aus Nordböhmen stammende Frau. Die Eheleute bekamen zwei Töchter.

Steidl hatte es bei der Wehrmacht über Einsätze an zahlreichen Fronten, darunter zwei Jahre in der Sowjetunion, zum Stabsgefreiten gebracht. Nachdem er im Winter 1944/45 in Polen verwundet worden war, gelang es dem wieder Genesenen, sich im März 1945 in der ČSSR mit Kameraden zu tschechischen Partisanen abzusetzen, für die er Hilfsdienste leistete. Der tschechischen Widerstandsbewegung schloss er sich – nach eigener Darstellung – an, als der Krieg vorbei war. Er arbeitete wieder einige Monate im tschechischen Bergbau; zur Aktivierung seiner Mitgliedschaft in der KPC oder gar einer Funktionärstätigkeit in dieser Zeit scheint es nicht gekommen zu sein.

Offenbar gleich nach seiner Ankunft als »antifaschistischer« Aussiedler in der SBZ fand Steidl Anfang März 1946 Aufnahme in der KPD, um dann in die wenig später gegründete SED übergeführt zu werden. Auch beruflich fasste er schnell Fuß; nach einem Jahr als Arbeiter bei der Reichsbahn kam er in den Betriebsrat des Reichsbahn-amts Erfurt und von dort nach nur einem weiteren Jahr in den Bezirksvorstand Erfurt der IG Eisenbahn. Seine politische und berufliche Entwicklung war allerdings nicht ganz frei von Rückschlägen: Einen Parteiausschluss wegen Passivbleibens gegenüber dem »unsauberen Treiben« eines Genossen als Ortsvorsitzender wandelte im Mai 1949 die Landes-Partei-Kontrollkommission unter Berücksichtigung seines »sonst guten Leumunds« in eine Verwarnung um. Der Zentralvorstand der IG Eisenbahn kündigte Steidl im März 1950 wegen »ungenügender Arbeitsanleitung und -durchführung« und entband ihn von seiner Funktion als 2. Vorsitzender und Organisations-leiter des Bezirksvorstandes Erfurt; die Charakteristik durch den 1. Vorsitzenden der Gewerkschaft war sehr wenig schmeichelhaft und kündigte bereits damals seine spätere recht selbstherrliche und den Damen zugetane Art an. Es ist nicht auszuschließen, dass die Kündigung nicht ausschließlich objektive Gründe hatte; denn Steidl wurde sogleich Vorsitzender des Bezirksvorstandes Brandenburg seiner Gewerkschaft. Jedenfalls hatte Steidl schon damals Förderer in der SED. Die Landesleitung Brandenburg der Partei schlug ihn ohne Abstimmung mit dem Zentralvorstand seiner Gewerkschaft oder dem FDGB für den Besuch der Landespartei-schule im Jahre 1952 vor; der Zentralvorstand der IG Transport erfuhr davon durch Steidl. Aus dem Schulbesuch wurde tatsächlich nichts. Aber im Frühjahr 1954 schaffte Steidl den Sprung zum Leiter des Büros für Gewerkschaftseinheit im FDGB-Bundesvorstand. Bei dieser Berufung wurde besonders hervorgehoben, Steidls persönliche Haltung habe wesentlich dazu beigetragen, »dass in den Betrieben der IG Transport der faschistische Putsch [d. h. der Aufstand vom 17. Juni 1953] keine größeren Ausmaße annahm«.²⁷⁹

²⁷⁹ Beurteilung v. 31.5.1954; Kaderakte Steidl; BArch DY 30/IV 2/11v 4341 Bl. 150.



Josef Steidl
Abteilungsleiter 1966–1986
BArch DY 30/IV2/11v 4341

Wieder um nur ein Jahr später war er zunächst Kandidat, dann Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes.

Anfang 1954, als Steidl Vorsitzender der IG Transport im Bezirk Potsdam war, verpflichtete ihn das MfS als »Geheimen Hauptinformator« (GHI). Als er die Westabteilung des FDBG-Bundesvorstandes übernommen hatte, wurde er »abgelegt«; die »Zusammenarbeit mit ihm wurde als gut eingeschätzt«.²⁸⁰ Aus seiner Zeit beim FDGB-Bundesvorstand rührte eine intensive Bekanntschaft Steidls mit Gotthard Feist her, dem Schwiegervater Erich Honeckers.²⁸¹ Feist wurde später Steidls Nachfolger in der Westabteilung; er war seinerseits schon mindestens in den frühen sechziger Jahren mit der Führung der ZK-Abteilung Verkehr bekannt.²⁸²

Als Abteilungsleiter beim FDGB-Bundesvorstand gehörte Steidl zu den offiziellen Verbindungen des MfS im Gebiet »gesamtdeutsche Arbeit des FDGB«.²⁸³ Verbunden mit dem Eingeständnis, dass vor 1958 auf beiden Seiten Fehler in der Zusammenarbeit gemacht worden seien,²⁸⁴ befand das MfS Anfang 1961, dass vor allem Steidl (und

²⁸⁰ BStU, MfS, SdM, Nr. 306, Bl. 12.

²⁸¹ Ebenda, Bl. 54.

²⁸² Ebenda, Bl. 49.

²⁸³ BStU, MfS, ASiVo 16422/91, Bl. 50.

²⁸⁴ Die bestanden auf Seiten des MfS zum Beispiel darin, mehrfach FDGB-Kollegen auf Westreisen zu Gewerkschaftstreffen militärische Erkundungsaufträge mitzugeben; ebenda, Bl. 96 (April 1956).

Feist) die Zusammenarbeit negativ beeinflussten, wenn nicht blockierten (sie meinten zu Recht, das MfS dürfe überhaupt nicht in der Partei arbeiten und habe auch in der gesamtdeutschen Arbeit des FDGB nichts zu suchen). Zwar habe sich Steidl stets Gesprächsbereit gegeben und Verbesserungen zugesagt; geändert habe sich daraufhin aber nichts. In einem streng geheimen »Mängelbericht« wurde Steidl »eine gewisse Selbstherrlichkeit und Selbstzufriedenheit« nachgesagt und darauf hingewiesen, seine Amtsautorität leide darunter, dass in seiner Abteilung offen über sein Verhältnis mit der Kasseninstrukteurin der Abteilung geredet werde.²⁸⁵

Das Steidl vorgerechnete Sündenregister enthielt recht massive Vorwürfe: In einer Reihe grundsätzlicher Fragen nehme er eine falsche und nicht parteimäßige Haltung gegenüber dem MfS ein. Dazu als charakteristisches Beispiel Steidls Drohung, ausgesprochen im Herbst 1959, Mitarbeiter seiner Abteilung, die mit dem MfS zusammenarbeiten, werde er mit seiner Dienstpistole belangen. Leichtsinnige operative Arbeit nach Westdeutschland, Vertrauensseligkeit gegenüber Personen aus Westdeutschland bei gleichzeitiger direkter Abschirmung gegenüber dem MfS. Kein hinreichender Einfluss auf die Verbesserung dieser Arbeit nach Westdeutschland. Immer wieder Kritik am leichtsinnigen Umgang mit Westgeld, durchaus auch mit größeren Beträgen. Und zuletzt die drohende Anregung: »Aufgrund mehrerer vorliegender Hinweise dürfte es zweckmäßig sein, bei einer Überprüfung festzustellen, inwieweit sich verantwortliche Funktionäre und Mitarbeiter Westwaren besorgen lassen.«²⁸⁶

Der Mängelbericht des MfS wurde inhaltlich einbezogen in den Ergebnisbericht einer »Kommission zur Überprüfung der Arbeit der Abteilung für nationale Gewerkschaftseinheit«. Diese Kommission, bestehend aus einem Vertreter des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes, einem von der Leitung der Parteiorganisation im Bundesvorstand und einem Mitarbeiter der Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik im ZK der SED, wurde einberufen, als Ende Januar 1961 bekannt wurde, dass der auf der »11. Arbeiterkonferenz« im Frühjahr 1960 zum gleichberechtigten Vorsitzenden des Ausschusses für Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenzen²⁸⁷ gewählte Harry Roth,

²⁸⁵ Ebenda, Bl. 78–93.

²⁸⁶ Ebenda, Bl. 50–52, 78 u. 86–91. Dieser Verdacht aus dem MfS zielt womöglich weiter und höher, als bis zu Steidl. Mindestens aus dessen späterer Zeit als Abteilungsleiter Verkehr erfuhr das BfV nach Mitteilung von Ahrend durch seine V-Leute immer wieder davon, wie Steidl zu Geburtstagen von Politbüromitgliedern mit Geschäftsführern »seiner Westfirmen« antrat und kostspielige Geschenke, natürlich »Westwaren«, überreichte.

²⁸⁷ Deutsche (bis 1960: Gesamtdeutsche) Arbeiterkonferenz, zwischen 1954 und 1971 vom FDGB jeweils zur Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse organisierte Großveranstaltungen, zu denen Arbeitnehmer und insbesondere Gewerkschafter aus der Bundesrepublik eingeladen wurden, um in Diskussionen mit Funktionären aus der DDR die Möglichkeiten einer innerdeutschen »Aktionseinheit« zwischen FDGB und DGB zu sondieren und für die Anerkennung der DDR zu werben. Als Veranstalter trat seit 1956 ein »Ständiger Ausschuss der Deutschen (Gesamtdeutschen) Arbeiterkonferenzen« auf, http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/d/Deutsche_Arbeiterkonferenz.html, Arbeitsversion, Berlin 2005.

offiziell Mitarbeiter der AG Weser in Bremen, seit drei Jahren häufig ein- und ausgehender Besucher beim FDGB-Bundesvorstand, sich selbst als V-Mann des Verfassungsschutzes bekannt hatte.²⁸⁸ Roth kannte nicht nur die Führungsspitze im »Büro für nationale Gewerkschaftseinheit« beim FDGB-Bundesvorstand, ihm waren auch die Namen der leitenden Leute im Verteilerapparat und in den Druckereien in der Bundesrepublik, die Namen der Instruktoren des FDGB und der Mitarbeiter an der Grenze bekannt.²⁸⁹

Der bereits nach weniger als zwei Wochen vorgelegte Bericht der Kommission machte vor allem Steidl massive Vorwürfe, die erkennbar besonders auf Klagen der Parteiorganisation der Abteilung zurückgingen. Deren Wunsch, bei Personalgewinnung und -einsatz stärker beteiligt zu werden, war nach ihrer Betrachtung von Steidl unterlaufen worden. Der habe, an der Parteileitung im Hause vorbei, seine Verbindungen zu Matern und Norden genutzt, habe Personalangelegenheiten unmittelbar mit der ZPKK der Partei geregelt. Unter Berufung auf die notwendige Konspiration habe er zum Beispiel über den Westeinsatz von Kadern und dessen Beendigung keine Vermerke in die Kaderakten aufgenommen.

Diese Überbetonung des konspirativen Charakters der Arbeit der Abteilung durch die verantwortlichen Genossen der Abteilungsleitung (besonders Genossen Steidl und Feist) habe dem Parteileben in der Abteilung »künstliche Schranken« gesetzt.

Die Kommission machte »Vorschläge zur kadermäßigen Veränderung«, an deren Spitze den Vorschlag, die Genossen Steidl und Feist aus der unmittelbaren Leitung der Abteilung Gewerkschaftseinheit herauszulösen und über ihre weitere Verwendung Beschluss zu fassen.²⁹⁰

Dem Kommissionsbericht widersprach der FDGB-Vorsitzende Warnke nachdrücklich. Er vermisste eine exakte Begründung für die verlangten personellen Veränderungen. Als er erfuhr, dass die Kommission weder mit Steidl noch mit Feist gesprochen habe, fand er es überflüssig, zu dem Bericht überhaupt noch etwas zu sagen. Denn natürlich könne man nicht eine Untersuchung in der Abteilung durchführen, ohne mit den verantwortlichen Leitern der Abteilung zu sprechen. Beiläufig wies Warnke darauf hin, dass dennoch Steidl und Feist der Bericht samt dem Ablösungsvorschlag

²⁸⁸ BArch DY 30/IV 2/10.02-6, Bl. 2–6; über den Auftritt Harry Roths in Hamburg: Die Welt v. 30.1.1961.

²⁸⁹ In einer Vernehmung durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs, OLGRat Budenberg, die sich vom 5. bis 7.4.1961 hinzog, stellte Roth dar, wie er, nach zeitweiligen Rückschlägen schließlich bis in die Funktion im Ausschuss für Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenzen gelangt sei und schilderte die Westarbeit des FDGB sehr eingehend. Die Abschrift einer Abschrift dieser Vernehmung gelangte später an das MfS; vgl. BStU, MfS, HA II, Nr. 33038, Bl. 131–172.

²⁹⁰ BArch DY 30/IV 2/10.02-6, Bl. 23.

bekannt sei. »Über diese unmögliche Methode ist es zwecklos«, bemerkte er dazu, »auch nur ein einziges Wort zu verlieren.«²⁹¹

Es gab ein Schreiben der Abteilung Gewerkschaften beim ZK der SED an Walter Ulbricht, zu dem das MfS Stellung nehmen musste. Da wurde deutlich, dass mindestens seit den späten fünfziger Jahren eine Dauerfehde zwischen den für die gesamtdeutsche Arbeit zuständigen Arbeitsbereichen des FDGB und dem MfS im Gange war. Entzündet hatte sich der Streit nicht zuletzt daran, dass das MfS »Westarbeiter« des FDGB als Kundschafter benutzt hatte. Beim FDGB war dann von Steidl und Feist jede inoffizielle Zusammenarbeit ihrer Mitarbeiter mit dem MfS unter Drohungen verboten worden. Steidl selbst hatte sich zwar gegenüber dem MfS gesprächsbereit gezeigt; die Gespräche blieben aber folgenlos. Das MfS beklagte nicht nur diesen Zustand, sondern auch, dass die Anleitung der gesamtdeutschen Arbeit des FDGB durch die zuständigen Fachabteilungen des ZK »von verantwortlichen Funktionären als nicht genügend eingeschätzt« werde.²⁹²

Steidl verdankte es neben seinen vorzüglichen Verbindungen in die Parteiführung²⁹³ auch dem törichtem Fehler der Kommission, ihn als Betroffenen nicht anzuhören, und Warnkes massiver Rüge dieses Fehlers, dass die an sich schwerwiegende Angelegenheit »Harry Roth« seiner Karriere nicht schadete.

Zur Vermeidung eines Karriereknicks könnte auch ein wichtiges Geschäft beigetragen haben, das Steidl in dieser Zeit zustande gebracht haben soll: Unter Einschaltung des schon seit Komintern-Zeiten bestehenden Brüsseler Osthandelsunternehmens Socoli, das auch etlichen KPD-Mitgliedern Lohn und Brot gab, soll er den Stacheldraht für die dann im Sommer errichteten Grenzsperrungen beschafft haben. Das habe ihm dauerhaften Kredit bei dem damals schon für Sicherheitsfragen zuständigen Erich Honecker eingetragen.²⁹⁴

²⁹¹ BStU, MfS, ASiVo 16422/91, Bl. 39–41. Dennoch blieb der Kommissionsbericht nicht folgenlos: Das Politbüro beschloss, dass »die legale und die illegale Gewerkschaftsarbeit nach der Bundesrepublik getrennt werden« solle (Bl. 49). Ob Warnkes Empörung über die fehlende Anhörung wirklich angezeigt war angesichts der Tatsache, dass dieser Mangel so ungewöhnlich nicht war in der DDR, muss dahinstehen.

²⁹² Stellungnahme zum Schreiben der Abteilung Gewerkschaften beim ZK der SED (von den Genossen Rettmann und Heilemann) an den Genossen Walter Ulbricht v. 20.2.1961; ebenda, Bl. 50–54.

²⁹³ Als Harry Roth erstmals ohne Decknamen in der DDR öffentlich auftreten sollte und die Verhaftung in der Bundesrepublik fürchtete, versicherte ihm nach seiner Bekundung Jupp Steidl, Roth brauche sich keine Sorgen um seine Zukunft zu machen. Er sei beauftragt, ihm im Namen Walter Ulbrichts volle Unterstützung zuzusagen; BStU, MfS, HA II, Nr. 33038, Bl. 144.

²⁹⁴ Einen schriftlichen Beleg für dieses Geschäft scheint es nicht zu geben. Bestätigt wird es von Claus Ahrend, ehemals BfV. Der Seniorchef des zu jener Zeit Stahldraht produzierenden und heute noch bestehenden Unternehmens im Bergischen Land, das den Draht geliefert haben soll, dementiert das entschieden. Das entsprechende, auch öffentlich (in Werner

Steidls vor Jahren schon gestelltes Gesuch, zur Parteihochschule nach Moskau entsandt zu werden, war damals aus gesundheitlichen Gründen zurückgestellt worden.²⁹⁵ Im Sommer 1960 war ihm dann zunächst zugestimmt worden, später wurde in der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 3. Oktober 1960 die Delegation zum Studium aufgehoben.²⁹⁶ Nun wurde er zu einem Jahreslehrgang nach Moskau nachgemeldet und war damit erst einmal aus der Schusslinie.

Anlässlich der Affäre »Roth« wird deutlich, dass die für die Westarbeit beim FDGB Verantwortlichen, mit Steidl als Leiter der Abteilung für nationale Gewerkschaftseinheit, über erhebliche DM-Beträge verfügten und mindestens für die Anleitung und Steuerung von Druckereien in Hamburg und Oberhausen verantwortlich waren, die Material für den FDGB druckten.²⁹⁷ Woher die DM-Beträge stammten, wird erst für einen späteren Zeitraum – Anfang 1965 –, im Hinblick auf die Arbeit nach Westdeutschland, einmal deutlich ausgesprochen: »Das Geld wird direkt überwiesen vom Genossen Raab«, also der Finanzabteilung der SED.²⁹⁸ Es liegt nahe anzunehmen, dass die Übertragung der Zuständigkeit für die Westfirmen auf die Abteilung Verkehr im Zusammenhang mit Steidls Amtsübernahme für ihn mindestens in Teilen die Bestätigung tatsächlich längst wahrgenommener »Zuständigkeiten« war.²⁹⁹

Höfers Frühschoppen) diskutierte Gerücht führt er auf Äußerungen des damaligen Bundestagsabgeordneten Dr. August Dresbach zurück, der wusste, dass dieses Unternehmen im Ost-West-Handel engagiert war und dann Stahldraht mit Stacheldraht gleichgesetzt habe. Er geht davon aus, dass der Stacheldraht von dem ČSSR-Unternehmen Hlohovec gekommen ist, einem der zwei Stacheldrahtspezialisten im damaligen RGW-Raum, dem er seinerseits Stahldraht für deren Seilerei geliefert habe. Angesichts Steidls Kontakten in sein früheres Heimatland muss diese Herkunft der Annahme nicht widersprechen, dass Steidl bei der Beschaffung mitgewirkt hat.

²⁹⁵ Schon im Dezember 1957 hatte die Kaderabteilung ein 3-jähriges Studium an der Parteihochschule befürwortet. Der positive Beschluss vom März 1958 wurde wegen Steidls Gesundheitszustand im Januar 1959 rückgängig gemacht; Kaderakte Steidl; BArch DY 30/IV 2/11v 4341, Bl. 125–130.

²⁹⁶ BArch DY 30/ J IV 2/3/705.

²⁹⁷ BStU, MfS, ASiVo 16422/91, Bl. 76 f. u. 80 f. Steidl verfügte über Zahlungen in diesem Bereich: Aktennotiz von »Re« v. 27.3.1961; BStU, MfS, HA II, Nr. 33038, Bl. 4–6.

²⁹⁸ BStU, MfS, ASiVo 16422/91, Bl. 199. Eine getrennte Kasse gab es beim FDGB für die über die CGT laufende Versorgung der Bundesrepublik mit Materialien in deutscher Sprache.

²⁹⁹ Aus der Sicht des Verfassungsschutzes kann es keinen Zweifel an solchen Verbindungen geben. Claus Ahrend bekundete in seiner Vernehmung durch den KoKo-Untersuchungsausschuss, »dass Steidl sich schon immer eigene Einnahmequellen über die Firmen, die weitgehend von ihm initiiert worden sind – schon in seiner Gewerkschaftszeit – erschlossen hat«; und an anderer Stelle, dass »Steidl, noch in seiner Gewerkschaftsfunktion – als er dort, beim FDGB, für nationale Gewerkschaftseinheit zuständig war – Firmen aufgebaut hat«; Deutscher Bundestag, 12. WP, 1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 GG

Gleich nach seiner Rückkehr aus Moskau wurde er zum Leiter der Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik beim ZK der SED bestellt,³⁰⁰ aus der zuvor die harte Kritik an ihm mitformuliert worden war. Damit musste er zwar die ihm besonders am Herzen liegenden Westbeziehungen weitgehend aufgeben, erhielt dafür aber erstmals eine hohe Führungsposition in der Parteizentrale. Die brachte ihm, bei entsprechenden Themen, Zugang zu den Sitzungen des Politbüros und damit noch engeren persönlichen Kontakt mit der obersten Führung der DDR.³⁰¹

Nachdem spätestens im Oktober 1965 entschieden worden war, Adolf Baier nicht wieder ins Amt zurückkehren zu lassen, beschloss das ZK-Sekretariat am 19. Januar 1966 und das Politbüro am 25. Januar 1966, den Genossen Josef Steidl als Leiter der Abteilung Verkehr des Zentralkomitees zu bestätigen.³⁰² Noch vor Monatsende erfuhr der amtierende Abteilungsleiter Paul Kaphengst von der Nachfolgeentscheidung. Steidl behielt diese Funktion dann bis zu seinem Tode 1986.

Steidl wurde also offenbar als einer »aus den Reihen der positiven Genossen der SED« eingeschätzt, die nach der Vorstellung von Matern und Mielke für die Nachfolge von Baier in Frage kämen.³⁰³ Dies, obwohl Steidl schon früher kein gutes Verhältnis zum Leiter des Arbeitsbüros der Westkommission des Politbüros, Max Spangenberg, hatte³⁰⁴ und Mielke die nur wenige Jahre zurückliegenden, höchst kritischen Beurteilungen Steidls aus seinem Hause mindestens bekannt waren, wenn er sie nicht gar selbst gebilligt hatte. Es kann kaum unberechtigt sein, daraus zu folgern, dass die Personaldecke uneingeschränkt qualifizierter Funktionäre bei der SED sehr dünn gewesen sein muss (man könnte allerdings daneben auch auf einen sehr begrenzten Einfluss Mielkes bei einer solchen Personalentscheidung schließen oder – wohl eher – darauf, dass er sich von Beurteilungen aus seinem Ministerium nicht leiten ließ).

Das erste Gespräch, das Steidl als Abteilungsleiter Verkehr Anfang Februar 1966 mit Harnisch führte, war bestimmt von Zusicherungen umfassender Information des BdL (II) und vorbehaltloser, auf ein »äußerst gutes Verhältnis« bedachter Zusammenarbeit. Er gab Harnisch die Einschätzung der Abteilung mit seinen Änderungsvorstel-

(KoKo-Untersuchungsausschuss), 2271-8, Protokoll Nr. 158, 28.10.1993, S. 158, 208 u. 228. Harry Roth hatte schon vor 1961 erfahren, dass die Westarbeiter des FDGB für ihre Geldtransfers offenbar über eigene Kuriere verfügten; BStU, MfS, HA II, Nr. 33038, Bl. 152.

³⁰⁰ Beschluss des Politbüros v. 10.7.1962; BArch DY 30/ J IV 2/2/838.

³⁰¹ Am 30.11.1965 nahm Steidl in dieser Funktion wohl zum letzten Mal an einer Sitzung des Politbüros teil, das u. a. über die beitragspflichtige Höchstgrenze zur Sozialversicherung beriet; BArch DY 30/J IV 2/2/1014, Bl. 1.

³⁰² BArch DY 30/ J IV 2/3/1143; DY 30/J IV 2/2/1042, Bl. 1 u. 5.

³⁰³ BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 21.7.1964, Punkt 10.

³⁰⁴ BArch DY 30/IV 2/10.02/8, Bl. 19. Zur Aufgabe des Arbeitsbüros der Westkommission des Politbüros des Zentralkomitees der SED siehe oben, Anm. 51.

lungen zu lesen, die er für Matern abgefasst hatte.³⁰⁵ Harnisch, der die »Mängel und Schwächen in der gesamtdeutschen Arbeit des FDGB«, einschließlich der Steidl persönlich angekreideten, zweifellos gekannt hat,³⁰⁶ fühlte sich angesichts solcher Bekundungen herausgefordert, alsbald einige Dauerprobleme wie die unzulängliche Zusammenarbeit der Instrukteure der Grenzgruppen mit den Mitarbeitern des MfS, sich wiederholende Verletzungen der Konspiration³⁰⁷ und Vorenthaltung von Informationen vorzubringen. Er lastete sie namentlich den beiden stellvertretenden Abteilungsleitern an. Da Steidl noch neu war in der Abteilung, drängte sich das auf und hatte zugleich den Vorzug, nicht sogleich das Verhältnis zu ihm zu belasten.³⁰⁸

Als Harnisch ein knappes halbes Jahr später vor allem in Kaphengst weiterhin »die Ursache für den angereicherten Missmut der Genossen« sah, bestätigte ihn Steidl nicht nur, sondern setzte noch eins drauf: Kaphengst sei trotz wiederholter Ermahnung »teilweise sogar unehrlich«.³⁰⁹

Paul Kaphengst

Paul Kaphengst gehörte zu den dienstältesten Angehörigen der Abteilung.³¹⁰ Er stammte aus Krakow am See, einem kleinen Städtchen im Süden des heutigen Kreises Güstrow in Mecklenburg, wo er kurz nach Beginn des 1. Weltkrieges geboren wurde. Seine Mutter und deren Ehemann wurden Kommunisten; Paul Kaphengst wuchs bei den Großeltern auf. Da er nach abgeschlossener Bäckerlehre arbeitslos wurde, folgte er

³⁰⁵ Harnisch versprach, diese Einschätzung Steidl unmittelbar zurückzugeben. Angesichts der Auflösung von Materns Büro nach dessen Tod dürfte kaum eine Chance bestehen, dieses Schreiben von Steidl und weitere Korrespondenz zwischen den Abteilungsleitern Verkehr und Matern noch aufzufinden; in seinem Nachlass im Bundesarchiv findet es sich nicht. Immerhin ist aus der Aktennotiz zum folgenden Gespräch Steidl/Harnisch zu erkennen, dass es in Steidls Bericht u. a. um den Aufbau konspirativer Verbindungen und eine bessere Organisation des Geldtransports nach Westen ging.

³⁰⁶ Er war offenbar offiziell auch für Sicherheitsangelegenheiten der Westabteilung des FDGB zuständig. So bat ihn Gotthard Feist 1963 um eine Personenüberprüfung im Zusammenhang mit einer Hamburger Druckerei; BStU, MfS, HA II, Nr. 33038, Bl. 75.

³⁰⁷ Dazu folgte wenig später auch eine persönliche Mahnung an Steidl: Er dürfe seiner Frau vor Reisen ins kapitalistische Ausland nicht so viel erzählen und müsse sie zur Schweigsamkeit anhalten; BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 18.7.1966, Punkt 6.

³⁰⁸ BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 15.2.1966, versch. Punkte.

³⁰⁹ BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 18.7.1966, Punkt 4. Später bat Harnisch Steidl, bei der Untersuchung eines Waffenfundes in einem Objekt der Abt. VK dazuzukommen, »um eine Brückierung unserer Genossen durch den Genossen Paul Kaphengst oder andere auszuschließen«; BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 18.10.1966, Punkt 2.

³¹⁰ Kaderakte Kaphengst; BArch DY 30/IV 2/11v 2707.

den nach Hamburg umgezogenen Eltern. In Eppendorf kam Kaphengst mit 17 Jahren zum KJVD, mit 18 zur Partei. Als die Eltern 1933 verhaftet wurden, musste er sich in der Heimat als Helfer in der Landwirtschaft durchschlagen.

1936 wurde Kaphengst zur Wehrmacht eingezogen. Bis zu einer schweren Verwundung im Jahre 1943 blieb er Soldat; da war er unterdessen Wachtmeister in einem Artillerieregiment. Nach seiner Wiederherstellung diente er, da nicht mehr kriegsverwendungsfähig, als Verwaltungsangestellter in Ostpreußen, heiratete dort Margot Huzarski und bekam mit ihr zwei Töchter. Bei Kriegsende flohen sie von Schneidemühlgen Westen. In Hamburg fand Kaphengst, nach einiger Zeit der Arbeitslosigkeit und Hilfe beim Aufbau der Partei in Harvestehude, 1946 Anstellung bei der Bezirksleitung der KPD und wurde dort Apparatmitarbeiter. In seiner alten Heimat erhielt er 1947 eine gesellschaftliche Schulung an der Landesparteienschule Schwerin.

Nachdem Kaphengst bereits bei der Bezirksleitung in der Organisationsabteilung und dann »in einem Apparat« zu »einer bestimmten Arbeit herangezogen« worden war,³¹¹ siedelte er 1950 auf Beschluss der Partei in die DDR über. Der »Deutsche Kraftverkehr Grünau«, für grenzüberschreitende Transporte zuständiger Teil der Abteilung Verkehr, die aber unter eigener »Firma« Mitarbeiter – ohne Nennung der Abteilung Verkehr – einstellte, beschäftigte Paul Kaphengst in Magdeburg und in Mühlhausen als Kraftfahrer. Im Laufe des Jahres 1953, etwa zur Zeit des Dienstantritts von Adolf Baier, wurde Kaphengst politischer Mitarbeiter der Abteilung VK, zunächst als Instrukteur, dann wohl in der Funktion des für die Grenzarbeit zuständigen Sektorenleiters, immer noch als Angestellter der DKV Grünau. Fünf Jahre später machte Baier ihn zum stellvertretenden Abteilungsleiter; erst aus dieser Zeit stammt Kaphengsts Anstellungsbestätigung durch das ZK der SED.³¹² In dieser Funktion war Kaphengst, der ja aus der KPD kam und eine Tätigkeit für die KPD wahrnahm, die offizielle Verbindung zum MfS für die KPD.³¹³ Mit seiner Tätigkeit war der Dienstgrad eines Majors der Grenztruppen der NVA verbunden.³¹⁴

Margot Kaphengst wurde ebenfalls SED-Mitglied, arbeitete als Wirtschafterin in einem Parteibetrieb. Spätestens seit 1959 nutzte das MfS sie außerdem als Kontaktperson, vor allem in ihrem Wohngebiet. Ihr Mann hatte für diese Zusammenarbeit »nicht immer das nötige Verständnis«.³¹⁵

Woher Kaphengsts Widerwille gegen das MfS, seine anhaltende Verweigerung der geforderten Kooperation rührt – sowohl Harnisch als auch seine Mitarbeiter begnügen sich mit ebenso missvergnügter wie anhaltender Kritik an Kaphengst, im äußersten

³¹¹ Das bedeutet im einschlägigen Zusammenhang regelmäßig: für den illegalen Grenzverkehr.

³¹² Kaderakte Kaphengst, Anstellungsbestätigung des ZK der SED als stellv. Abteilungsleiter zum 1.4.1959; BArch DY 30/IV 2/11v 2707; Beschluss des ZK-Sekretariats v. 25.3.1959; BArch DY 30/J IV 2/3/-635, Protokoll Nr. 8/59.

³¹³ Ministervorlage v. 6.3.1961; BStU, MfS, ZAIG 385, Bl. 1.

³¹⁴ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 292.

³¹⁵ Ebenda, Bl. 367 u. 375 f.

Fall mit demonstrativer Empörung über ihn: darauf »wurde von mir die Besprechung verlassen«, hielt ein Mitarbeiter ausdrücklich fest³¹⁶ –, wird an keiner Stelle deutlich ausgesprochen. Frühere »Fehler von beiden Seiten«, von denen die Rede ist, werden nie konkretisiert, auch – mit einer Ausnahme³¹⁷ – nicht mit Personen verbunden, allenfalls angedeutet, dass Oberst Erich Jamin einst wie ein Personalverantwortlicher in der Abteilung VK agiert habe.³¹⁸

Die Streitereien waren endlos: Als Anfang Februar 1964 einer der »Offiziere im besonderen Einsatz« (OibE) des MfS Vorschläge zu Änderungen in der Grenzarbeit machte, löste Kaphengst mit Vorwürfen, das MfS, kennntnislos hinsichtlich der Lage in Westdeutschland, wolle die Abteilung VK aus der Arbeit herausdrängen, eine große Aussprache der Beteiligten mit Versöhnungsbemühungen aus.³¹⁹ Gegenüber Schulungsangeboten des MfS für Mitarbeiter der Abteilung VK demonstrierte er Desinteresse.³²⁰

Als es im Sommer 1964 zu einer Diskussion wegen möglichen Verrats zweier Schleusen der Abteilung VK kam, deutete Kaphengst an, dass das Problem im Zusammenhang mit einer Schleuse des MfS entstanden sei.³²¹ Ob dieser »hässlichen Tendenz gegenüber der Staatssicherheit« kam es bald darauf zu einem Gespräch zwischen Harnisch und Baier. Da kritisierte Baier zwar Kaphengsts Überheblichkeit, sprach darüber eingehend mit ihm und gelobte für ihn Besserung. Harnisch mochte aber nicht auf eine gründliche Aufklärung verzichten und trug die Sache gar bei Mielle vor.³²²

³¹⁶ Ebenda, Bl. 357 f.

³¹⁷ Baier nannte 1964 gegenüber Harnisch den »Gen. Magdeburg« als Beispiel dafür, dass »Mitarbeiter des MfS die Funktion so ausgenutzt [haben], wie in früheren Zeiten« bis »zur Aneignung parteieigener Dinge«; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 290. Gen. Magdeburg, zu dem nähere Angaben fehlen, war jedenfalls 1955 beim MfS für die Abteilung Verkehr zuständig. Er legte einen Objektvorgang 1226/60 u. a. mit Aufstellungen von Mitarbeitern an; BStU, MfS, HA II, Nr. 31514, Bl. 4. Die registrierten Personen sind gelöscht; eine Nachsuche hat keine Hinweise auf die erwähnte Umregistrierung in einen neuen Vorgang ergeben.

³¹⁸ Dass Jonny Cebulla, der andere stellv. Abteilungsleiter VK, zwei Jahre nach Kaphengst durch Protektion von Jamin zur Abteilung gekommen, wohl auch dank dieser Protektion mehrere Jahre vor ihm Stellvertreter geworden war, könnte womöglich ein Motiv für Kaphengsts fehlende Kooperationsbereitschaft gewesen sein.

³¹⁹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 365.

³²⁰ Ebenda, Bl. 361.

³²¹ Vgl. zu den Schleusen und Schleusungen im Einzelnen das Kapitel »Westgruppen«, vor allem die Abschnitte »Schleusen und Schleusungsgruppen« und »Restrukturierungsüberlegungen«.

³²² BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 21.7.1964, Punkt 9.



Paul Kaphengst
Stellv. Abteilungsleiter 1959–1969
BArch DY 30/IV2/2707

In der eigenen Abteilung wurde Kaphengst unterschiedlich gesehen: einerseits als spontan, ahnungslos und launisch kritisiert, andererseits verständnisvoll als gestresst oder gar krank betrachtet.³²³

Als Harnisch, wohl im Bemühen um Versöhnlichkeit, im Herbst 1964 seinem Minister vorschlug, Kaphengst mit der Verleihung der Verdienstmedaille der NVA in Silber zu ehren, weil sich »in der Zeit unserer Verbindung zum Genossen K. [...] eine Verbesserung der Zusammenarbeit [zeigte], die dazu beigetragen hat, das Vertrauensverhältnis zu den Organen des MfS erheblich zu verbessern«, da musste er vermerken »wird verschoben«. ³²⁴ Die Verärgerung im MfS über Kaphengst saß wohl zu tief und erlaubte nicht den Versuch, »glühende Kohlen auf sein Haupt zu sammeln«.

Nachdem Steidl ein dreiviertel Jahr im Amt war, kam es zu einer gründlichen Aussprache mit Harnisch über die Situation der Führung der Abteilung. Sie knüpfte an die Erörterung über den Umgang mit Geld in der Abteilung an, die durch den Korruptionsfall »Wilhelm« aus der Grenzgruppe »Alex« ausgelöst war.³²⁵ Kaphengst hatte – verständlich angesichts seiner eigenen Verwicklung in die Sache – gegenüber Steidl sein uneingeschränktes Vertrauen in den »alten, bewährten Genossen« bekundet, dem er unbesorgt auch Geld anvertrauen würde. Von solch »leichtfertigem« Umgang mit Sicherheitsfragen kam Steidl auf den »ideologische[n] Zustand der Leitungsarbeit in

³²³ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 352 u. 354.

³²⁴ Vorlage Büro der Leitung (II) an Minister v. 12.10.1964; ebenda, Bl. 350.

³²⁵ Vgl. dort im Abschnitt »Westgruppen«.

der Abt. Verkehr«. ³²⁶ In ihr sah er einen »sehr kritischen Schwerpunkt« sich abzeichnen, da der Abteilungsleiter »von seinen Stellvertretern keine Unterstützung in der Durchführung der neuen Methoden der Leitungstätigkeit« habe. Er hatte Kaphengst und ebenso Cebulla »Stillhalte-Politik« vorgeworfen, was wohl hieß: Sie blockierten die Entwicklung von Führungsstrukturen und Führungsverhalten durch passiven Widerstand. ³²⁷ Um die Androhung von Konsequenzen überzeugender wirken zu lassen, hatte Steidl zu den weiteren Leitungsbesprechungen den Parteisekretär hinzugezogen. Das alles samt einer zweiwöchigen Schulung hatte Kaphengst wohl nicht sehr beeindruckt. Denn in Erledigung eines Auftrages, einen Bericht über den Stand aller Westkader, ihrer Bezahlung und ihrer Arbeitsleistung anzufertigen, hatte er zwei Listen geliefert, die nicht mehr als Personendaten und ein Stichwort zum jeweiligen Auftrag des Mitarbeiters enthielten. Steidls Verlangen, eine ordentliche Nacharbeit einschließlich einer Sicherheitseinschätzung zu liefern, löste bei Kaphengst Empörung aus: Solchen Zumutungen, von denen er wohl wisse, wer dahinterstecke, fühle er sich bald nicht mehr gewachsen.

Steidl versicherte Harnisch, er habe Kaphengst zu erklären versucht, dass die Abteilung ohne die Hilfe des MfS ihre Arbeit überhaupt nicht leisten könne, das MfS andererseits von seiner Aufgabe her eine andere Einstellung zu Sicherheitsfragen haben müsse.

Schließlich musste Steidl gegenüber Harnisch bekennen, dass gegen seinen anderen Stellvertreter Cebulla »eine massierte Stimmung in Erscheinung tritt durch die Genossen, die ihm unterstellt sind«. Kaphengsts Verhältnis zu den Mitarbeitern war anscheinend nicht wesentlich besser. Er beklagte sich bei Steidl, dass wichtige Mitarbeiter nicht fähig seien, ihre Arbeit zu bewältigen, lobte aber einen anderen ob der guten Zusammenarbeit mit ihm. Gerade dieser beklagte sich jedoch bei Steidl über »die Unfähigkeit Kaphengsts, eine richtige Anleitung zu geben«. ³²⁸

Um Druck auf seine Stellvertreter auszuüben, forderte Steidl Harnisch regelrecht auf, in Besprechungen über die Entwicklung der Grenzarbeit, zu der er außer dem Parteisekretär auch einen KPD-Vertreter hinzu lud, »unter allen Umständen [...] mit konkreten Fakten aufzuwarten«. Harnischs Bewertung, dass sowohl Kaphengst als

³²⁶ Das Desinteresse auch der Sektorenleiter der Abteilung Verkehr an Parteiarbeit fand Steidl im folgenden Jahr bestätigt, als diese zu einer angekündigten Leitungssitzung zur Auswertung des 14. ZK-Plenums ganz unvorbereitet erschienen. Nach erheblichen Auseinandersetzungen kündigte Steidl ihnen »ernsthafte Maßnahmen« an bei weiter gleichem Verhalten; BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 3.1.1967, Punkt 1.

³²⁷ Dieser aus dem Gesamtzusammenhang ganz und gar nachvollziehbare Vorwurf steht in schönem Kontrast zu der Tatsache, dass Cebulla und Kaphengst ein Jahr zuvor während Baiers Abwesenheit einen Auftritt bei der zentralen Parteileitung hatten. Sie berichteten dort über die Leitungstätigkeit in der Abteilung VK und die Erziehungsarbeit. Der Bericht sei als lobenswert anerkannt worden und als Beispiel für andere, teilten sie mit; BStU, MfS, HA II/MF/40, Aktennotiz v. 21.4.1965, Punkt 2.

³²⁸ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 27.10.1966, Punkt 2; v. 25.11.1966, Punkt 9.

auch Cebulla (und ein namentlich genannter Instrukteur) »nicht nur eine Meinung gegen das MfS haben, sondern direkt feindliche [sic!] Haltung einnehmen«, widersprach Steidl nicht, obwohl ihm das Gewicht eines solchen Vorwurfs aus dem Munde eines MfS-Abteilungsleiters schwerlich unklar gewesen sein kann.³²⁹ Bei nächster Gelegenheit beklagte er seinerseits, die »parteimäßige Erziehung sei in der Abteilung grob vernachlässigt« worden.³³⁰

Trotz solcher harten Worte ging die Zusammenarbeit in der Abteilung und mit dem BdL (II) mit gelegentlich aus den Aktenvermerken Harnischs und seiner Mitarbeiter heraushörbarem Zähneknirschen weiter.³³¹ Monatelang führte Harnisch die routinemäßigen Gespräche sogar überwiegend mit Kaphengst.

Im Sommer 1968 erfuhr Harnisch von Steidl, er beabsichtige Kaphengst im folgenden Jahr für ein volles Jahr auf die Bezirksparteischule zu schicken. Harnisch sah Kaphengsts Weigerung voraus, was Steidl mit der Bemerkung quittierte, »dann müssten andere Schlussfolgerungen gezogen werden.«³³² Dazu bot dann wenig später die »Neukonstituierung« der DKP Gelegenheit.

Im Oktober 1968, gleich nach der »Neukonstituierung« der DKP, zeichnete sich die Herauslösung Kaphengsts aus seiner Aufgabe als stellvertretender Abteilungsleiter ab. Fragen der Westgruppen und deren Beobachtung durch den Verfassungsschutz der Bundesrepublik, von jeher Kaphengsts Hauptaufgabenbereich, wurden nun ohne ihn erörtert; er durfte nicht mehr erfahren, »welchen weiteren Aufbau beginnt man mit den Gruppen, die in Westdeutschland evtl. weiterbestehen oder neu geschaffen werden. Alle Fäden musste er abreißen lassen.«³³³ Er sollte im Westen »legalisiert« wer-

³²⁹ BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 29.11.1966, Punkt 2. An anderer Stelle berichtete Harnisch, Cebulla habe versucht, »die Meinung zu erzeugen, dass wir uns als MfS über die Aufgaben der Partei stellen«; BStU, MfS, SdM, Nr. 306, Bl. 24.

³³⁰ BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 26.1.1967, Punkt 4.

³³¹ So hielt Schröter im März 1967 bei Gelegenheit der Untersuchung eines Waffenfundes in der Herzbergstraße in einem internen Vermerk fest, der für den Verteilerapparat zuständige Paul Kaphengst habe »gröblichst seine Kontroll- und Aufsichtspflicht verletzt«. Das gesamte Arbeitsgebiet sei sich selbst überlassen; Vermerk v. 13.3.1967; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 321. In einer gleichzeitigen Einschätzung für die Abteilung Kader und Schulung des MfS formulierte Harnisch weit zurückhaltender: »Beim Gen. K. treten auch noch Schwächen im Umgang mit seinen Mitarbeitern in Erscheinung.« Einschätzung v. 14.3.1967; ebenda, Bl. 311.

³³² BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 8.8.1968, Punkt 5.

³³³ Ebenda, Aktennotiz v. 9.10.1968. Steidl suchte zu dieser Zeit ohnehin nach einer Möglichkeit, Kaphengst abzulösen, »wegen immer wieder in Erscheinung tretender Schwächen in jeder Beziehung«. So hatte er erfahren, dass Kaphengst sich beim Abteilungsleiter Finanzen des ZK Zloty besorgt hatte, um sich einen Fernseher zu kaufen; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 285 f. (Die undatierte Aktennotiz stammt nach dem handschriftlichen Vermerk von dritter Hand aus dem Februar 1969, dürfte aber, wenn diese Zuschreibung richtig ist, einen etwas zurückliegenden Sachverhalt betreffen.)

den, damit er dort die Finanzierung der DKP durch die Parteiunternehmen, sei es durch Spenden oder auf anderen Wegen, kontrolliere. Harnisch und Steidl waren sich einig, dass die Arbeit schwer werde für Kaphengst; er werde sich »verdammten spezialisieren« müssen, »um diese Aufgabe bewältigen zu können«.³³⁴ Diese Besorgnis war umso berechtigter, als beiden bekannt war, dass Kaphengst für die Arbeit mit den Westfirmen wenig Verständnis aufbrachte und schon früher gemeint hatte, »dass diese Aufgaben zu viel von der eigentlichen Aufgabe ablenken«.³³⁵

Ende Januar 1969, als Kaphengst im Begriff war, mit seiner Frau nach Hamburg zu reisen, um sich dort anzumelden und Personalpapiere zu beschaffen³³⁶ – wohnen wollte er zunächst bei seiner alten Mutter –, hielt Harnisch fest, dass es demnächst noch ein Gespräch mit Willi Mohn geben sollte,³³⁷ aber: »Konkrete Vorstellungen bestehen im Großen und Ganzen noch nicht.« Kurze Zeit später war klar: Mohn wollte Kaphengst nicht, mochte nicht, dass dieser Einblick in die Finanzierung der DKP gewänne.³³⁸ Nicht klar war, was Kaphengst nun tun sollte.³³⁹

Wenn Mohn wieder zur Verfügung stand, sollte darüber entschieden werden. Erwogen wurde eine auf Hamburg und Frankfurt verteilte Tätigkeit in Organisations- und Finanzangelegenheiten. Dabei sah Steidl offenbar schon Probleme mit Kaphengsts »Arbeitsstil« voraus. So blieb es zunächst bei seiner Installierung als Betriebsleiter bei dem Parteibetrieb »Interschiff« in Hamburg.³⁴⁰

Im Herbst 1969 wollte die Abteilung Verkehr dann, angesichts von Unstimmigkeiten mit dem Gesellschafter der Westfirma Ihle in Hamburg, Karl Heinsohn, über die Frage, wer denn Herr im Haus sei, Kaphengst dort gemeinsam mit einem anderen Genossen als Geschäftsführer einsetzen. Heinsohn verwahrte sich mit Erfolg dagegen.³⁴¹ Allerdings war Kaphengst nun mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 unter Hinweis auf seine von der Partei gestattete »Übersiedlung« nach »Westdeutschland« aus dem Apparat des ZK ausgeschieden.³⁴²

³³⁴ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 27.12.1968, Punkt 7; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 287.

³³⁵ BStU, MfS, HA II/MF/48, Aktennotiz v. 4.1.1968, Punkt 8.

³³⁶ Das machte für »Übersiedler« aus der DDR offenbar keine Probleme: Bereits am 13. Februar kamen Kaphengst und seine Frau mit ihren bundesrepublikanischen Papieren nach (Ost-)Berlin; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 283.

³³⁷ Der auf Seiten der KPD, dann der DKP für den Bereich Westfirmen zuständige Willi Mohn sah sich zu dieser Zeit als künftiger Finanzverantwortlicher der DKP, erfuhr aber später, dass er dafür keine Zustimmung fand; BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 12.4.1971.

³³⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 277.

³³⁹ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 12.2.1969, Punkt 7.

³⁴⁰ Ebenda, Aktennotiz v. 21.2.1969, Punkt 4; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Vermerk v. 10.2.1969, Bl. 284.

³⁴¹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 16.10.1969, Punkt 4; v. 21.11.1969, Punkt 6.

³⁴² Kaderakte Kaphengst, Entscheidungen v. 13. u. 21.10.1969; BArch DY 30/IV 2/11v 2707.

Kaphengst blieb während der folgenden Jahre in Hamburg in Tätigkeiten für verschiedene Parteifirmen.³⁴³ Es gab Probleme mit ihm in Geldangelegenheiten. So berichtete Steidl im Spätherbst 1970, Kaphengst habe angesichts des durch einen Hinweis aus der DKP ausgelösten Vorwurfs, er »habe erneut versucht, weiterzuleitende Parteigelder zu unterschlagen«, nur fadenscheinige Ausreden gehabt. Andererseits beklagte sich Kaphengst zur gleichen Zeit über seinen fehlenden Status in der DKP: Dort werde er als SED-Mann angesehen. In der Abteilung Verkehr schob man das auf Kaphengsts Missvergnügen über seine Aufgabe, als Nachweis für seine wirkliche Tätigkeit in einem Handelsunternehmen Bananen zu verkaufen (er war zeitweise bei einem Früchteimport beschäftigt); das entspräche wohl nicht seinen Vorstellungen.³⁴⁴

Schon Anfang 1975 wollte Kaphengst Altersrente beantragen; notfalls sollte er als Mitarbeiter seines Unternehmens auf einer »Außenstelle« ausgewiesen werden. Die Sache zog sich hin. Zwei Jahre später erschien er, noch nicht in Rente, aber offensichtlich krank, bei der Tagung der Wirtschaftsfunktionäre der DKP. Er wollte zurück zu Kindern und Enkeln in die DDR. Aber erst Anfang 1979, nun tatsächlich Rentner, zog Kaphengst um; seinen Wohnsitz in Norderstedt behielt er offenbar bei. Später stellte die Abteilung Verkehr fest, Kaphengst habe zu Unrecht auch Rente aus der Bundesrepublik bezogen; die sollte er nun in DDR-Mark an die Kasse der Partei zurückzahlen.³⁴⁵

Steidl blieb bis zuletzt bei der »sehr negativen« Einschätzung von Kaphengst, dem er keinerlei Aufgaben mehr übertragen mochte. Auch, wenn anscheinend seine Ehefrau die treibende Kraft sei: Kaphengst sei »sehr materialistisch eingestellt, was sich nicht für einen langjährigen Funktionär der Partei geziemt«.³⁴⁶

Im September 1981 starb Kaphengst in (Ost-)Berlin.

Julius Cebulla

Steidl hatte seine Klage gegenüber Harnisch über die »Stillhalte-Politik« seiner Stellvertreter nicht weniger auf Cebulla als auf Kaphengst bezogen. Wenn auch Steidls Missvergnügen an seinen Stellvertretern durchaus anderer Art war als Baiers, der sich über die beiden »Feldwebel der Wehrmacht« mokierte, so war es im Ergebnis doch kaum geringer.

Julius Cebulla, auch in amtlichen Akten meist »Jonny« genannt, war 1917 in Oberschlesien in einem Dorf unweit Oppelns als Arbeiterkind geboren. Nach Volksschule und Tischlerlehre holte ihn zunächst 1937 der Reichsarbeitsdienst und die Wehrmacht dann im November 1938. Dort war er bald Fahrlehrer, später Geschirrmmeister, einge-

³⁴³ Vgl. dazu im Einzelnen im Abschnitt »Westfirmen«.

³⁴⁴ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 247 f.

³⁴⁵ Der Vorwurf mutet angesichts der Verabredung mit ihm aus dem Jahre 1975, »im Westen« Rente zu beantragen, merkwürdig an.

³⁴⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 210 f., 184 u. 163.

setzt an der Ostfront. Bei Kriegsende geriet er in sowjetische Gefangenschaft. Sein bewiesenes Interesse für Marxismus und die Geschichte der Arbeiterbewegung brachte ihn 1947 in eine Antifa-Schule, anschließend in den Einsatz als »Aktivleiter« und »Kulturmassenwart« bis zu seiner Entlassung im April 1949.

Obwohl seine Eltern im nun polnisch verwalteten Oberschlesien bleiben durften, zog Julius Cebulla den Weg nach Berlin vor. Dort fand er sogleich Anstellung bei der Deutschen Verwaltung des Innern, wo er rasch avancierte. Die SED nahm ihn als Kandidaten an, zwei Jahre später auch als Mitglied. Nach wenigen Monaten wurde Cebulla zur Politischen Hochschule in Kochstädt entsandt. Die 7-monatige Ausbildung für die Hauptverwaltung Ausbildung schloss er »gut« ab. Anschließend schickte man ihn in die Grenzarbeit. Im Herbst 1950 war er bereits Volkspolizeirat.

Etwas um die gleiche Zeit unterschrieb Cebulla auch eine Verpflichtung als Informator »Alex« für die Abteilung VII des MfS. Die übergab ihn im Sommer 1951 an die MfS-Verwaltung Thüringen, da er wegen Sonderaufträgen des ZK unterwegs sei und eine Zusammenarbeit der Zentrale mit ihm deshalb unmöglich. Aber noch im Frühjahr 1953, nachdem Cebulla schon seit über einem Jahr bei der Abteilung Verkehr als Instrukteur in der Grenzarbeit steckte, hielt das MfS fest: »»Alex« ist Mitarbeiter des ZK, welcher mit Schleusungen demokratischer Literatur nach Westen beauftragt ist.«³⁴⁷

Als Adolf Baier 1954 mit Hermann Matern bereits Verhandlungen geführt hatte, einen »qualifizierten Genossen mit dem richtigen politischen Verständnis« als Stellvertreter zu gewinnen, schaffte es Erich Jamin, im MfS zuständig für den Bereich »Staatsapparat/Parteien«, Julius Cebulla im Sommer des Jahres für diesen Posten durchzudrücken.³⁴⁸ Diesen Mann, »vorwiegend erst über die Zentralschule der SU zu unserer Bewegung gekommen«, hielt Baier für »keine gute Wahl«; aber er konnte sich nicht durchsetzen. Cebullas Fürsprecher waren stärker.

Wenige Jahre später setzte Cebulla erneut seine Interessen gegen Baier durch: Sein 1956 begonnenes, nach einer Vereinbarung mit Paul Verner auf ein Jahr angelegtes Studium an der Parteihochschule verstand er, dank Verbindungen, die nicht näher bezeichnet sind, auf drei Jahre auszudehnen. Als es 1959 dann endlich abgeschlossen war, sollte Cebulla nach Baiers Vorschlag im Arbeitsbüro eingesetzt werden. Cebulla »unternahm aber alles, bis zur Anbiederung, um wieder in diese Funktion [stellv. Abteilungsleiter VK] eingesetzt zu werden«³⁴⁹ und war auch sonst um den Ausbau seiner Position bemüht. Dem diente wohl auch die bereits während des Studiums an der

³⁴⁷ BStU, MfS, AIM 1616/55 (Verpflichtung, Bl. 11); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 326. Erst am 26.3.1954 vermerkte der GI-Führer Hauptmann Magdeburg, StfS HA V/2, den Abbruch der Verbindung mit der Begründung, im ZK der SED dürften keine GM sein (Bl. 35). Vgl. zu Magdeburg Anm. 64.

³⁴⁸ BArch DY 30/J IV 2/3/-436, Protokoll Nr. 14/54 v. 15.7.1954; Bestätigung von Jonny Cebulla als stellv. Abteilungsleiter Verkehr.

³⁴⁹ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 289 f., auch 145.

Parteihochschule erreichte außerplanmäßige Aspirantur³⁵⁰ bei den Staatsrechtlern der Humboldt-Universität. Dort wurde Cebulla dann auch 1971 promoviert.³⁵¹

In der Zwischenzeit hatte Steidl, wohl um die Jahreswende 1968/69, versucht, eine Umsetzung Cebullas zu erreichen, »da die Schwächen in jeder Beziehung, die bekannt wurden, immer wieder in Erscheinung treten«. Zuletzt hatte Steidl erfahren, dass Cebulla sich beim Leiter der Abteilung Finanzen des ZK Zloty für seine (offenbar nicht dienstlich veranlassten) Reisen nach Polen besorgt hatte.³⁵² Steidl beabsichtigte, darüber mit Matern zu sprechen.

Auch wenn das Gespräch stattgefunden hat: Es hat weder damals noch später sichtbare Wirkung getan. Zwar hatte Steidl auch Anfang der siebziger Jahre wiederholt erwogen, Cebulla umsetzen zu lassen, ohne das aber schließlich zu realisieren. Harnisch deutet an, dass Cebulla es verstanden habe, sich so nützlich zu machen, dass der Abteilungsleiter ihn am Ende doch nicht entbehren mochte.³⁵³ Dazu liefert er eine äußerst kritische Charakterisierung und referiert wenig schmeichelhafte Aussagen von Mitarbeitern über Cebullas kaum effektive Tätigkeit in der Abteilung.

Diese Darstellung, die Harnisch für Mielkes Stellvertreter Beater anfertigte, ist spürbar von einer über Jahre anhaltenden und anscheinend mit den Jahren gewachsenen gegenseitigen Abneigung zwischen den mit der Abteilung VK befassten Mitarbeitern des MfS und Cebulla (und man muss hinzufügen: auch Kaphengst) geprägt. Sie ist mit einer zehn Seiten füllenden – von Kleinlichkeit nicht freien – Zusammenstellung sie belegender Einzelfälle gestützt, die sich von anhaltender Regelverletzung über die Nutzung amtlicher Befugnisse zu persönlichen Zwecken und privatnützigen Geschäften unter Ausnutzung der Amtsstellung bis zur Unterstellung bewegen, dass zahlreiche weibliche Verbindungen im In- und Ausland keinen dienstlichen Charakter

³⁵⁰ Vgl. Verabschiedung der Ordnung der wissenschaftlichen Aspirantur an den Universitäten und Hochschulen der DDR v. 15.11.1951; GBl. der DDR, Jahrgang 1951, Nr. 139, S. 1091 u. 1094. Ziel der Aspiranturen war eine systematische Ausbildung von Hochschullehrern und Forschern. Die außerplanmäßige Aspirantur war eine wissenschaftliche Weiterbildung neben dem Beruf.

³⁵¹ Harnisch versäumt nicht, in einem »Auskunftsbericht« über Cebulla darauf hinzuweisen, dass Cebulla bei diesem Studium von einem Genossen aktiv unterstützt worden sei und dass, nach den Korridorgesprächen in der Abteilung VK, ein anderer namentlich genannter Genosse »den überwiegenden Anteil an der Doktorarbeit« habe; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 145, Auskunftsbericht von Harnisch v. 22.12.1974 (Bl. 142–152).

³⁵² Harnischs »Aktentnotiz«; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 285 f. (doppelt), auch BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 240, ist undatiert. Von anderer Hand ist daran notiert »Febr. 1969«.

³⁵³ Offenbar verstand es Cebulla, bei gesellschaftlichen Anlässen große Liebenswürdigkeit herauszukehren und sehr aufmerksam gegenüber höheren Funktionären zu sein. Neben etlichen Verdienstmedaillen erhielt er zu seinem 50. Geburtstag den Vaterländischen Verdienstorden in Silber. Selbst das MfS verlieh ihm 1970 seine Erinnerungsmedaille; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 152, 235 u. 255 f.

hätten. Diese Vorkommnisse sind jeweils konkret geschildert und finden sich einzeln durchweg schon jeweils zur Zeit des Ereignisses berichtet, sodass kaum etwas für ihre Fälschung oder eine systematisch verzerrte Wiedergabe spricht.³⁵⁴

Sieht man diese Situation vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Cebulla 1986 schließlich sogar noch Leiter der Abteilung Verkehr geworden ist, wirkt sie wie ein Ausweis politischer Schwäche des MfS im Hinblick auf Personalentscheidungen des Politbüros. Bedenkt man andererseits die Rolle des MfS-Hauptabteilungsleiters Erich Jamin bei der Installierung Cebullas, ist auch nicht auszuschließen, dass sie eher die Schwäche der Stellung Harnischs im Verhältnis zu der seines Kollegen Jamin zeigen könnte. Am wahrscheinlichsten mögen beide Umstände ihre Rolle gespielt haben.

Die wenig vertrauensvollen Beziehungen des MfS zu den beiden Stellvertretern Steidls hinderten in der Regel auch nicht die Verleihung einer Reihe von Auszeichnungen für beide und auch für weitere Mitarbeiter der Abteilung Verkehr, die, was ihre Kooperationswilligkeit anging, häufig von Harnisch und seinen Mitarbeitern mit Kaphengst und Cebulla in einem Atemzug genannt wurden.³⁵⁵ Kaphengst erhielt im Oktober 1966 den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze, Cebulla wurde im Sommer 1969 anlässlich des 20. Jahrestages der DDR und NVA für die Verdienstmedaille der NVA in Bronze vorgeschlagen, um »eine weitere Festigung der Zusammenarbeit« zu bewirken; bei dem Sektorenleiter Rolf Hölzel, Gegenstand zahlloser Beschwerden des BdL (II), sollte bei gleicher Gelegenheit die Zusammenarbeit durch ein Sachgeschenk »gefestigt werden«.³⁵⁶ Als fünf Jahre später »von uns einige Mitarbeiter aufgrund ihrer guten Zusammenarbeit mit dem MfS mit Auszeichnungen und der Erinnerungsmedaille geehrt« wurden, kam es nicht lange danach zu einer herben Enttäuschung der Mitarbeiter des BdL (II): Die Wohltat löste »offensichtlich, beeinflusst durch das Verhalten des Genossen Dr. Julius Cebulla, bei der Leitung der Abteilung VK die Schlussfolgerung aus, dass ein Großteil der Mitarbeiter ein gutes Verhältnis zum MfS hat«. Daraufhin kam die Anweisung an die Sektoren der Abteilung, nur noch solche Informationen an das MfS zu geben, die die Leitung kennt und deren Weitergabe sie ausdrücklich gebilligt hat.³⁵⁷

So konzentrierte sich nach dem Weggang Kaphengsts das Missbehagen des BdL (II) auf Cebulla und andere Mitarbeiter der Abteilung VK. Cebulla war nun zuständig für das DKP-Reisebüro Hansa-Tourist, für die Kuriertätigkeit, den Versorgungsbereich Sektor DKV und die Gästehäuser.

³⁵⁴ Die Darstellung findet sich zum Teil wiederholt, im Übrigen zeitlich ergänzt in einem nicht datierten Auskunftsbericht zur Abteilung Verkehr, wohl aus dem Jahre 1976; BStU, MfS, SdM, Nr. 306, Bl. 20–28.

³⁵⁵ Eine Ausnahme zu Lasten Kaphengsts ist oben dargestellt.

³⁵⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 336; BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 2, Bl. 144.

³⁵⁷ Ebenda, Bl. 287 f.

Ende 1970 kam es zu einem Streit um Berechtigungen aufgrund der Ausstellung von Schleuserausweisen für Mitarbeiter der Abteilung VK bei kurzfristig angesagten Besuchen von DKP-Funktionären zwischen Rolf Hölzel und dem MfS. Hölzel beklagte sich beim Arbeitsbüro, von dort wurde Matern angerufen, der wiederum Steidl zitierte. Steidl und Harnisch erledigten den Streit weitgehend im Sinne des MfS, nachdem Harnisch sich erregt hatte, seiner Meinung nach wolle »man durch die Genossen Rolf Hölzel und Jonny Cebulla alte Zustände wieder herbeiführen, die wir glücklicherweise mit der neuen Leitung der Abt. Verkehr überwunden haben, und zwar den Zustand anarchistischer Methoden durch bestimmte Genossen der Abt. Verkehr«. ³⁵⁸

Wilhelm Knigge

Im Herbst 1971 bekam Steidl wieder einen zweiten Stellvertreter, der Generation seines Vorgängers Baier angehörend und eben ins Rentenalter eintretend: Wilhelm Knigge stammte aus Bremen. ³⁵⁹ Nach frühem KPD-Eintritt hatte er illegale Arbeit und Emigration in der NS-Zeit erlebt. In Frankreich hatte er unter Otto Niebergall zur illegalen Parteileitung gehört. Nach 1945 war er Mitglied der Bezirksleitung Bremen der KPD gewesen. Zusammen mit anderen Mitarbeitern des Nachrichten-Apparats der Partei war er 1951 in die DDR beordert worden. ³⁶⁰ Knigge hatte zuvor beim Staatssekretariat für westdeutsche Fragen unter Herbert Häber gearbeitet und galt als zuverlässiger Mitarbeiter des ZK der SED, obwohl er nahe Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland hatte. ³⁶¹ Sein Übergang in die neue Dienststelle wurde von der Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens begleitet. Knigge lebte mit Hanna Wolf, der Leiterin der Parteihochschule »Karl Marx« zusammen; er hätte sich mit ihr »anlegen« müssen, so empfand es Steidl, wenn er Knigge nicht auch dann noch auf seiner Planstelle belassen hätte, als dieser wegen seines Alters und seines Gesundheitszustandes seine Aufgaben längst nicht mehr wahrnehmen konnte. ³⁶² Knigge übernahm jedenfalls zunächst die Zuständigkeit für die Druckerei Phönix und für das Objekt

³⁵⁸ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 229.

³⁵⁹ Wilhelm Knigge, 1906–1995, Emigration/Résistance in Frankreich, nach dem Krieg Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, 1951 in die DDR gegangen, Bestellung durch Beschluss des ZK-Sekretariats zum 1.11.1971; BArch DY 30/J IV 2/3/-1793, Protokoll Nr. 39/71.

³⁶⁰ Kubina: Zum Aufbau des Zentralen Westapparates der KPD/SED. In: Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale (Anm. 21), S. 465.

³⁶¹ Nähere Angaben zu diesen Verwandten gibt es nicht. Bei Kandidaten für nachgeordnete Aufgaben in der Abteilung VK war das regelmäßig Anlass, dass das BdL (II) aus Sicherheitsgründen ihrer Beschäftigung widersprach.

³⁶² BStU, MfS, HA II/MF/57, Aktennotiz v. 29.9.1971, Punkt 2; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 34; Nr. 30577, Bl. 11. Erst 1987 schied Knigge, über 80-jährig, dann aus.

»DKV Grünau«, also für den Fahrdienst und für die Werkstatt der Abteilung.³⁶³ Seine Arbeit in der Abteilung hinterließ in den Aktennotizen Harnischs und den sonstigen Aufzeichnungen des BdL (II) nur wenige Spuren.³⁶⁴ Steidl sprach gegenüber Harnisch offen von fehlender Qualifikation und wenig Initiative.³⁶⁵

Steidls Bild und Selbstbild

Steidl erfuhr zwischen den alltäglichen Misshelligkeiten aber auch Zeichen politischer Wertschätzung, die ihm wohl tun mussten. Im Herbst 1969 wurde er der Übernahme einer höchst delikatsten Aufgabe gewürdigt, die er wohl vor allem seiner Herkunft und seinen daher rührenden Sprachkenntnissen³⁶⁶ verdankte: Honecker und Matern schickten ihn in die ČSSR, damit er dort erkunde, inwieweit die Genossen in der internationalen Abteilung bereit seien, nach den Beunruhigungen, die die DDR-Beteiligung an der Organisation des Einmarsches der Warschauer Pakt Staaten im Sommer 1968 ausgelöst hatte, und der inneren Stabilisierung der tschechoslowakischen KP, wieder mit der DDR in Kontakt zu kommen. Verbindungen möge er suchen, über die es möglich sein werde, die tschechischen Genossen aus ihrer Isolierung herauszuführen.

Steidl scheint bei seiner Mission – wie nach der Ausschaltung der Kräfte des »Prager Frühlings« in der Partei zu erwarten – vor allem mit Hardlinern zu tun gehabt zu haben. Er kam aus Prag zurück mit dem Bericht, das ZK der KPC beabsichtige einen Genossen von der Partei und einen von den Gewerkschaften zu schicken. Die sollten in der DDR Material sammeln, »damit man in der ČSSR weiter gegen die Konterrevolutionäre vorgehen kann«. Damit hatten sie nach eigener Erklärung besonders die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei und die Genossen aus dem Prager Stadtteil 1 im Visier.³⁶⁷

³⁶³ BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 61.

³⁶⁴ In den bis Dezember 1971 reichenden Aktennotizen Harnischs erscheint Knigges Name nur einmal bei der Erörterung der Angelegenheiten der Firma Ihle (vgl. Abschnitt »Westfirmen«) am 9.11.1971. Dort dürfte er anstelle des abwesenden Cebulla teilgenommen haben, da die Sache nicht zu seinem Arbeitsbereich gehörte.

³⁶⁵ BStU, MfS, SdM, Nr. 306, Bl. 4.

³⁶⁶ Steidl sprach tschechisch; Kaderakte; BArch DY 30/IV 2/11v 4341, Bl. 123.

³⁶⁷ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 22.10.1969, Punkt 2; v. 31.10.1969, Punkt 1.



Aufbahrung Josef Steidls

BArch, Bild Y 10-1379-00

Angesichts fehlender Entlastung durch seine Stellvertreter und seines mehrfach bekundeten guten Willens, was die Zusammenarbeit mit dem MfS anging, fand Steidl bei Harnisch und seinen Mitarbeitern ein relativ positives Echo bis hin zu einem gewissen Bedauern. Er musste, so sah man die Lage zur Mitte der siebziger Jahre, seine »komplizierten Aufgaben«, die Zusammenarbeit mit westdeutschen Firmen, die Finanzberatung zur Unterstützung der DKP, die Gewährleistung der Funktionstüchtigkeit des durch die SED/DKP eingerichteten Kurierapparates, fast allein bewältigen. Andererseits findet sich immer wieder Kritik an fehlender Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Cebulla, auch in Kaderfragen, von dem er sich negativ beeinflussen lasse, obwohl er dessen Schwächen kenne und von ihm nicht entlastet werde. Von da bis zum Vorwurf der Überheblichkeit, bis hin zur Aggressivität gegenüber den Ratschlägen des MfS, war es dann nicht mehr weit.

Offenbar fühlte sich Steidl, der schon seit seiner Zeit in der Westabteilung des FDGB vielfach in sozialistischen wie in westlichen Ländern unterwegs gewesen

war,³⁶⁸ durch die kleinlichen Sicherheits- und Konspirationsregeln, auf deren ständige Einhaltung das MfS immer wieder pochte, auf eine seiner Funktion und seiner Aufgabe nicht angemessene Weise eingeengt. Er unterschätze das Feindinteresse an seinem Arbeitsbereich, hielt ihm dafür das MfS vor.

Zwar war dieser Dauerkonflikt durch die unterschiedlichen Aufgaben in gewissem Maße unvermeidlich. Allerdings zeigen manche Allüren und Disziplinlosigkeiten Steidls auch unübersehbar, dass er den Aufstieg aus einfachen Verhältnissen zum weitgereisten, in Ost und West verhandelnden Mitglied der Nomenklatura, das aber seine Macht und Möglichkeiten kaum je zeigen durfte, durchaus nicht bewältigt hatte.³⁶⁹ Privat eingerichtet »wie ein Bourgeois« – wie sich das MfS von Besuchern berichten ließ – empfing er gern Westbesucher in seiner Wohnung, statt sich mit ihnen unter konspirativen Bedingungen zu treffen. Im BdL (II) wurden Berichte über Steidls häufige Damenbekanntschaften gesammelt.³⁷⁰ Dass dieser Lebensstil auch »seine familiären Verhältnisse« stark belastete, gestand Steidl wohl selbst gegenüber Harnisch ein.

Mögen diese Berichte auch nicht mit Gewissheit ganz frei von Kolportage sein – in ihrer Summe liefern sie vor dem Hintergrund von Steidls Laufbahn das Bild eines hinsichtlich der Karriere zwar zielbewussten, aber nicht sehr führungsstarken, recht eigensüchtigen, etwas narzisstischen, charakterlich eher instabilen Menschen.³⁷¹

Diesem Mann dürften die zahlreichen Auszeichnungen geschmeichelt haben,³⁷² die er im Lauf der Jahre erhielt. Dem »Helden der Arbeit« wurde, neben zahllosen Erinne-

³⁶⁸ Reisen in die Bundesrepublik Deutschland sind aus Steidls Zeit als Abteilungsleiter Verkehr nicht bekannt, eine unfreiwillige Reise ausgenommen: Harry Schaub, Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Ihle (vgl. Abschnitt »Betriebe«), hat die Aufregung miterlebt, die auch in seinem Unternehmen entstand, als bekannt wurde, dass Steidl auf einer Heimreise aus Skandinavien (wohl von Helsinki kommend) wegen einer wetterbedingten Umleitung seiner Maschine in Hamburg gelandet war und erst nach einigen Stunden Gelegenheit zum Weiterflug gefunden hatte. Ob dieser Vorfall den deutschen Sicherheitsbehörden bekannt geworden ist, weiß Schaub nicht.

³⁶⁹ Er stehe gern im Vordergrund und lasse in unvorsichtiger Weise seine Stellung und gesellschaftliche Funktion durchblicken, heißt es im »Auskunftsbericht« aus dem BdL (II); BStU, MfS, SdM, Nr. 306, Bl. 5.

³⁷⁰ BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 121.

³⁷¹ Eine entsprechende Charakterisierung durch zwei Mitarbeiter des Sektors »Kader« der Abteilung VK notierten Mitarbeiter des BdL (II) im Herbst 1969: »Während der Abteilungsleiter Jupp Steidl bald diesen bald jenen Bolzen loslässt, aber keine klaren Zusammenhänge und Gedanken äußert, laviert der Gen. Jonny Cebulla hin und her und legt sich überhaupt nicht fest«; BStU, MfS, HA II, Nr. 23553, Bl. 341.

³⁷² Für Schmeicheleien war er offenbar empfänglich, wie ein Bericht von Harnisch zeigt: Der begegnete Steidl im Dezember 1972, als dieser eben vom Geburtstagsempfang Albert Nordens (verantwortlich für die Westkommission beim Politbüro und die Westabteilung beim ZK der SED) kam. In Sektlaune berichtete Steidl, Norden habe ihn während des Zusammenseins für seine Arbeit in der Abteilung Verkehr mehrmals wohlwollend gelobt. Steidl

rungsmedaillen, der Vaterländische Verdienstorden in der höchsten Stufe und der Karl-Marx-Orden verliehen.³⁷³

Mit einer recht pompösen Trauerfeier samt Ehrenwache und Ehrengelcit durch Angehörige des Wachregiments »Feliks Dzierzynski« des MfS erwiesen die Partei und ihr Staat dem im September 1986 gestorbenen langjährigen Mitglied der Partei-Nomenklatura die letzte Ehre; DKP und SEW entsandten Abordnungen.³⁷⁴

Im Gegensatz zu der nicht wirklich überzeugenden Qualifikation und Charakterfestigkeit der Mehrheit des Führungspersonals der Abteilung Verkehr in den hier betrachteten Jahren stand ihre doch überwiegend lange Dienstzeit in der Abteilung, schon gar, wenn man ihre Tätigkeit in verwandten Einrichtungen einrechnet.

Baiers Tätigkeit, erst im Grenzapparat der KPD, dann in der Leitung der Abteilung Verkehr, währte immerhin etwa 15 Jahre, trotz vieler Krankheiten, und wurde durch einen Unfall vorzeitig abgebrochen. Steidl brachte es, den Dienst in der Westabteilung des FDGB eingerechnet, auf annähernd 30 Jahre. Bei Kaphengst wurden es über 15, bei Cebulla gar über 30 Jahre im Dienst der konspirativen Westarbeit.

Von dem verunglückten Baier abgesehen, kam es bei keinem zu einem ernsthaften Knick, geschweige denn zu einem Abbruch der Karriere, trotz noch so kritischer Mängel ihrer Arbeit und ihrer Charaktere. Stattdessen konnten sie alle etliche Orden und Ehrenzeichen sammeln, einzelne ein breites Band davon an die Brust stecken.

Die Mitarbeiterschaft der Abteilung Verkehr

Was sich beim Führungspersonal zeigt, lässt sich in der einen oder der anderen Form auch beim nachgeordneten Personal wiederfinden. Allerdings – das ist unübersehbar – führten hier Defizite doch bisweilen zu persönlichen Konsequenzen.

Noch aus Stahlmanns Zeiten wurden mindestens zwei Mitarbeiter mitgeschleppt, bei denen jedenfalls bis zur Mitte der sechziger Jahre niemand ihren dunklen Stellen aus ihrer Zeit bei der Wehrmacht und bei der SS nachgegangen war. Der eine, seit 1947 bei der Abteilung, wurde gar mit über 70 Jahren noch weiterbeschäftigt, obwohl er seine SS-Zugehörigkeit verschwiegen hatte. Von dem anderen, wesentlich jüngeren

»begoss« dieses freudige Ereignis mit weiterem Sekt; Vermerk v. 4.12.1972; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 231.

³⁷³ Claus Ahrend bestätigte aus den im Laufe der Jahre bei Auslandsaufenthalten Steidls gesammelten Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz dieses Bild Steidls: immer wieder sei sein »großartiges« Auftreten aufgefallen.

³⁷⁴ Neues Deutschland v. 16.9.1986. Die Verbindung zum DKP-Vorsitzenden Herbert Mies muss Steidl auch danach noch gepflegt haben; jedenfalls berichtet dieser von den Vorbereitungen zu seinem 60. Geburtstag 1989, Steidl habe ihm »gesteckt«, dass Erich Honecker beabsichtige, ihm ein zweites Mal den Karl-Marx-Orden zu verleihen; vgl. Mies: Mit einem Ziel vor Augen (Anm. 135), S. 321.

konnte man sich nicht trennen, obwohl »offensichtlich mehrere Dekonspirationen vorhanden sind«, denn: Er soll »über die unsauberen Vorgänge in Westdeutschland genau Bescheid wissen«.³⁷⁵

Wenn jemand Rückendeckung bei der Abteilungsleitung hatte, wie einer jener Mitarbeiter, der als Steidls »Spezi« galt,³⁷⁶ gingen ihm wohl auch Entgleisungen nicht nur durch, sondern standen nicht einmal einem Aufstieg in verantwortliche Positionen entgegen. Im Herbst 1968, so hielt das BdL (II) fest, hatte besagter Mitarbeiter bei der letzten Tagung des KPD-ZK »politisch und moralisch versagt«, nämlich sich maßlos betrunken und Streit mit MfS-Genossen angefangen, sie mit »negativen Äußerungen« bedacht.³⁷⁷ Dennoch wurde er im Sommer 1972 zum Sektorenleiter Betreuung bestellt, vier Jahre später gar als Sektorenleiter Kader eingesetzt. Allerdings wurde er nach etwa einem halben Jahr von jetzt auf gleich wieder abgelöst und in seine Funktion als Sektorenleiter Betreuung zurückversetzt. Das hinderte das MfS nicht, ihn 1980 für die Erinnerungsmedaille »30 Jahre MfS« vorzuschlagen.³⁷⁸

Anderen allerdings erging es sehr viel weniger gut; ihnen fehlte offenbar die Rückendeckung. Ein Mitarbeiter im Bereich Betreuung gehörte anscheinend ebenfalls zu den durstigen Seelen: Während der Dienstbereitschaft hatte er sich »volllaufen lassen«. Ihn kostete das eine alsbaldige Versetzung aus seinem Aufgabenbereich.³⁷⁹ Ein in der Objektbetreuung tätiger Kollege, bereits 60 Jahre alt, ging ohne Abstimmung mit seinen Vorgesetzten in Urlaub. Ein Jahr darauf war er ausgeschieden aus der Abteilung Verkehr.³⁸⁰

Die Rückendeckung seiner Vorgesetzten fehlte wohl auch einem Mitarbeiter, der im Herbst 1966 als Verwaltungsleiter und Parteisekretär zum Objekt »Valentin« geschickt worden und zum Mai 1969 für das »Reisebüro« vorgesehen war. Bei einem gemütlichen Zusammensein fanden seine frühere Stellvertreterin und er solchen Gefallen aneinander, dass sie Anstalten machten, – so wörtlich in Harnischs Aufzeichnungen – »die normalen Gleise [zu] verlassen«. Sie stellten sich so ungeschickt an, dass es nicht einmal zum beabsichtigten persönlichen Zusammensein kam. Dennoch

³⁷⁵ H. W.; BStU, MfS, HA II/MF/37, Aktennotiz v. 14.12.1963, S. 2. E. P.: Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/37 v. 26.5.1964, Punkt 7; BStU, MfS, HA II/MF/41 v. 21.7.1965, Punkt 3; zu beiden auch Kubina: Zum Aufbau des Zentralen Westapparates der KPD/SED. In: Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale (Anm. 21), S. 498 f. Die »unsauberen Vorgänge« standen wohl im Zusammenhang mit den Vorgängen um Baiers Wohnung in Düsseldorf.

³⁷⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 30577, Bl. 18.

³⁷⁷ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 165.

³⁷⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 23568, Bl. 18; Nr. 23567, Bl. 215; Nr. 23569, Bl. 38.

³⁷⁹ BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 13.

³⁸⁰ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 25.5.1966, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/47 v. 11.8.1967, Punkt 1.

erhielt der Verwaltungsleiter für den Versuch der »Abweichung« eine Abmahnung und fand sich ein paar Monate später beim Büro Spangenberg wieder.³⁸¹

Manche Mitarbeiter wurden so rasch wieder aus der Abteilung VK entfernt, dass man sich fragen muss, welche Sorgfalt bei ihrer Einstellung aufgewendet worden war: Eine Chemigrafin, die Anfang 1964 in die Abteilung kam, erhielt »aus persönlichen Gründen« schon nach kurzer Zeit die Kündigung, obwohl sie konspirative Arbeiten zu erledigen hatte (sie kopierte häufig Gerichtsakten aus Westdeutschland). Wohl um Schwierigkeiten zu vermeiden, bekam sie eine Stelle beim Deutschen Fernsehfunke.³⁸² Wenig länger nur hielt es einen Kollegen, der als politischer Mitarbeiter für die Betreuung von DKP-Delegationen 1974 von der Karl-Marx-Hochschule zur Abteilung VK versetzt worden war. »Verwirrte Geldangelegenheiten« und eine liegen gelassene Aktentasche mit dienstlichen Unterlagen gaben Veranlassung, ihn bereits 1976 wieder zu versetzen.³⁸³

Exkurs: Korruption in der Abteilung Verkehr

Korruption im weitesten Sinne – die Verletzung des dienstlichen Interesses zugunsten eines individuellen Vorteils – trat in der Abteilung Verkehr in den vielfältigsten Formen auf, in einem Umfang, den man erschreckend nennen möchte, wenn Vergleiche mit anderen Bereichen der Parteiverwaltung oder der staatlichen Verwaltung der DDR möglich wären, die solche Bewertung erlaubten. Da solches Vergleichsmaterial nicht zur Verfügung steht, muss es bei der schlichten Darstellung von Korruptionsfällen der unterschiedlichsten Art auf den verschiedenen Ebenen und in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Abteilung Verkehr bleiben, verbunden mit der Darstellung ihrer Ahndung, wo es zu einer solchen gekommen ist. Beispiele enthält die vorangehende Darstellung.

Es ist hier noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass alle Korruptionsfälle nur durch ihre Überlieferung in den Akten des MfS bekannt sind. Das führt insofern zu einem allerdings unübersehbar schiefen Bild, als die Akten in keinem Falle Zeugnis von Korruption im MfS geben, immer nur von solcher bei der Abteilung Verkehr. Die denkbare Folgerung, beim MfS habe es dergleichen nicht gegeben, ist allerdings so offenkundig realitätsfern, dass man sich damit nicht auseinandersetzen muss.³⁸⁴

³⁸¹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 23.8.1966, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 14.4.1969, Punkt 7; BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 5.8.1969, Punkt 3.

³⁸² Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/37 v. 3.2.1964, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/39 v. 19.12.1964, Punkt 4.

³⁸³ BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 127 u. 151–153; Nr. 23541, Bl. 33.

³⁸⁴ Dazu mag ein einziges Beispiel dienen: Nach der Auskunft von Schalek-Golodkowski wurde noch im Juni 1989 der Leiter der MfS-Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung wegen Erpressung von Geldzahlungen des Geschäftsführers einer Westfirma abgelöst; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Unter-

Schon unter Stahlmann galt für die Abteilung Verkehr: »Wer für Stahlmanns Apparat arbeitete, machte dies nicht immer ausschließlich aus Gründen der ideologischen Überzeugung. Eine gewisse ›materielle Interessiertheit‹ konnte durchaus motivierend hinzukommen.«³⁸⁵

Zu Baiers Zeit war es nicht grundlegend anders. Im Zusammenhang mit Vorwürfen gegen Kaphengst, er habe den Verteilerapparat ganz sich selbst überlassen, seine Aufsichts- und Kontrollpflicht gröblichst verletzt, wird vom damaligen Major Schröter vom BdL (II) in einem Vermerk aus dem Jahre 1967 darauf verwiesen, schon Baier habe einen großen Teil ihm bekannter Missstände im Transportapparat gedeckt. Er habe einen besonders engen, freundschaftlichen Kontakt zu dem (1967 bereits verstorbenen) Mitarbeiter Genosse Otto G. gehabt. Der seinerseits habe Reise- und Parteigelder unterschlagen und sich an ihm anvertrauten Lebensmitteln bereichert. Baier habe Otto G. gedeckt, da er in dessen Berliner Wohnung sein »Absteigequartier« gehabt habe.³⁸⁶

Und Steidl schließlich hatte keine Bedenken, bei der Leipziger Frühjahrsmesse 1976 drei vom Instrukteur Waldert betreuten westlichen Firmen Mitarbeiterinnen der Abteilung »in der Rolle von Hostessen« beizugeben, die abends als »Art Gesellschaftsdamen« fungierten und zahlreiche private Geschenke und Souvenirs erhielten; für ihre gute Arbeit bekamen sie auf Anweisung Steidls zusätzlich 300 DM.³⁸⁷ Ebenso wenig sah er ein Problem darin, im Sommer 1976 nacheinander zwei politische Mitarbeiter der Abteilung Verkehr, darunter den Sektorenleiter Rolf Hölzel, per Pkw in einen polnischen Kurort zu schicken, damit sie dem dort kurenden Gotthard Feist, Honeckers Schwiegervater, als »Begleiter zur Verfügung [...] stehen«.³⁸⁸

Und wenn die Informationen aus dem Verfassungsschutz über die von aufwendigen Geschenken begleiteten Geburtstagsauftritte Steidls mit Geschäftsführern der Westfirmen bei Erich Honecker zutreffen – angesichts der guten Informationslage des BfV aus dieser Runde gibt es wenig Zweifel –, reichte die Korruption bis in die oberste

suchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, S. 114 f.

³⁸⁵ Kubina: Zum Aufbau des Zentralen Westapparates der KPD/SED. In: Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale (Anm. 21), S. 453 ff. Der Beitrag des Verfassers »Zwischen Ost und West – Kuriere und Schleuser im Dienst von KPD und SED« enthält auch konkrete Beispiele. In: ZdF (2005)18.

³⁸⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 321–323. Schröter nannte noch lebende ehemalige Mitarbeiter der Abteilung, die über diese und andere Vorgänge, z. T. aus der Mitte der 50er Jahre, informiert seien, z. B. den Genossen Heinrich Hartmann (Anfang 1953 rückwirkend als Instrukteur der Abteilung, im Jahr darauf als Sektorenleiter vom ZK-Sekretariat bestätigt); BArch DY 30/J IV 2/3/390, Protokoll Nr. 39/53, TOP 21; BArch DY 30/J IV 2/3/436, Protokoll Nr. 14/54 v. 15.7.1954. Durch deren Befragung könnten Dinge bekannt werden, die sich noch jetzt auf die Arbeit der Abteilung auswirkten.

³⁸⁷ BStU, MfS, HA II, Nr. 23548, Bl. 21.

³⁸⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 149.

Führung. Allerdings ist das kaum eine grundlegend neue Erkenntnis angesichts dessen, was über die Privilegien der herrschenden Funktionärskaste der DDR seit langem bekannt ist.

Ein Sektorenleiter leistete es sich nach einer Notiz des BdL (II), bei der Leipziger Messe 1976 ein Appartement gemeinsam mit einer Dame zu beziehen und auf der Messe aufzutreten, die unter dem Namen »Nitribitt« auftrat.³⁸⁹

Bei nachgeordneten Mitarbeitern ging Korruption eher nicht durch, wenn sie nicht das besondere Wohlwollen von Vorgesetzten genossen.³⁹⁰ Als es 1968 auf einem Konto der Abteilung bei der Deutschen Notenbank ein Manko gab, erwog Steidl ein Ermittlungsverfahren, entschloss sich dann aber »bei diesem Stand der schlechten Verhaltensweise« doch lieber zu einem internen Regress gegen zwei Genossinnen, die den veruntreuten Betrag in 100 Mark-Raten zurückzahlen sollten.³⁹¹

Die anhaltenden Unklarheiten im Transportbereich führten immerhin zu einer längeren Untersuchung, die ergab, dass »viel Kaderpolitik in Familienebene getrieben und deshalb wahrscheinlich auch einige Unebenheiten in Geld« auftraten, Leistungen überbezahlt und ungenaue Angaben über die Zahl transportierter Behälter gemacht wurden.³⁹²

Bei allem drängt sich der Eindruck auf, dass dort, wo die Oberen sich wohltaten, die Unteren trachteten, auch ein Stück vom Kuchen mitzubekommen.

³⁸⁹ Ebenda, Bl. 157. Anscheinend hatte der Name der fast 20 Jahre zuvor ermordeten Frankfurter »Edelkurtisane« Rosemarie Nitribitt in einschlägigen Kreisen damals noch hinreichend guten Klang, um eine weniger renommierte Nachfolgerin zu schmücken.

³⁹⁰ Das galt bei ihnen auch für fachliche Unzulänglichkeiten: Gegen den Telefonisten im (KPD-)Objekt »Projekt« gab es Beschwerden aus der KPD, er sei fachlich nicht in der Lage, die Aufgaben zu bewältigen, gebe falsche Auskünfte. Er wurde entlassen; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/47 v. 1.11.1967, Punkt 1; vgl. auch die v. 13.12.1967, Punkt 6.

³⁹¹ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 4.10.1968, Punkt 1.

³⁹² Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/48 v. 4.1.1968, Punkt 12; BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 8.8.1969, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 12.2.1969, Punkt 6. Ein Beispiel dafür war der Sektorenleiter Transport, Herbert Dettmann, dessen Schwager in Hamburg im Transportwesen für die Abteilung arbeitete; BStU, MfS, HA II/MF/48 v. 4.1.1968, Punkt 12.

Westgruppen

»Der Grenzapparat besteht aus mehreren ›Schleusungsgruppen‹, die kommunistische Funktionäre in beiden Richtungen über die Demarkationslinie bringen. Gelegentlich transportiert der Grenzapparat auch Druckschriften aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik. Die Schleusungsgruppen arbeiten mit ausgewählten Offizieren der ›Nationalen Volksarmee‹ zusammen.«

Aus: Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1964. In: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochezeitung das parlament B 33/65 v. 13.8.1965.

Der illegale Grenzverkehr

Der organisierte illegale Verkehr über die Westgrenze der Sowjetischen Besatzungszone, dann der DDR war eine vom militärischen Nachrichtendienst der USA schon in den späten vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts intensiv wahrgenommene Tätigkeit des Stahlmann-Apparats. Seither hatte dieser illegale Grenzverkehr allmählich eine feste Struktur und Infrastruktur erhalten.

Von dieser Tätigkeit erfuhr die Bevölkerung der Bundesrepublik fast nichts. Der eingangs wiedergegebene Satz aus einer Veröffentlichung des Bundesinnenministers blieb bis zum Ende der DDR eine einsame, dürftige öffentliche Information zu dieser Tätigkeit des SED-Regimes.

Gleich vom Sommer 1945 an hielt es die KPD, dann die SED für geboten, die Verbindungen zum Apparat der KPD in den westlichen Besatzungszonen in erheblichem Umfang nicht sichtbar, unter den Augen ihrer Alliierten aus der Anti-Hitler-Koalition, zu pflegen. Die selbstverständlich auch in Anspruch genommenen offenen Verbindungen wurden von Anfang an ergänzt durch solche – um Kubinas von Ulbricht entliehenen Titel aufzugreifen – »in einer Form, die nicht erkennen lässt, worum es sich handelt«. Diese wurden so konspirativ gehandhabt, dass man hoffen konnte, sie würden überhaupt nicht erkannt, jedenfalls nicht so, dass sie unterbunden werden könnten.

Mit dem KPD-Verbot wurde die Pflege der geheimen Verbindungen schwieriger, weil die SED damit rechnen musste, dass die Bundesregierung gegen alles vorgehen werde, was der illegalen Fortführung der Parteitätigkeit diene. Umgekehrt stellte sich aus ihrer Perspektive der SED die Aufgabe, »der illegalen KPD zur Weiterführung ihrer politischen Arbeit nach der BRD günstige Bedingungen zu schaffen und einen reibungslosen illegalen grenzüberschreitenden Verkehr zum Personen- und Materialtransport von und nach der BRD weiterhin allseitig zu gewährleisten«.³⁹³

³⁹³ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 29.

Für die Zeit vor dem Bau der Berliner Mauer lässt sich, mangels Dokumentation durch das MfS und angesichts fehlender Akten der Abteilung Verkehr, weder die Zahl der Übergangsstellen noch ihre technische Ausstattung oder die der Personen, die in verschiedenen Grenzgruppen an diesen Übergangsstellen arbeiteten, eindeutig bestimmen.

Vor 1950 hat es einzelne, wohl überwiegend im Grenzgebiet ansässige, Personen gegeben, die von der Abteilung Verkehr für Personenschleusungen und Kurierdienste eingesetzt wurden. Da es noch keine Grenzbefestigungen und noch keine Grenzbewachung von der späteren Intensität gab, kam es vor allem darauf an, ortskundige Personen für nächtliche Übertritte zu haben, die mit der Kontrolltätigkeit der Besatzungsmächte und ihrer deutschen Hilfsorgane auf westlicher Seite hinreichend vertraut waren.³⁹⁴

Aber schon zu Beginn der fünfziger Jahre sind einzelne, offenbar fest strukturierte Gruppen nachweisbar, deren Mitglieder in der Bundesrepublik ansässig waren. Allerdings gibt es zu diesen Gruppen in den Akten des BdL (II) nur vereinzelte, bruchstückartige Hinweise, alle aus wesentlich späterer Zeit stammend.³⁹⁵

Immerhin gab 1966 Paul Kaphengst im Rahmen einer großen Gesamtdiskussion einen kurzen Rückblick auf die Frühzeit der Westgruppen. Zwar reichte auch Kaphengsts eigene Kenntnis nur bis in die frühen fünfziger Jahre zurück,³⁹⁶ aber damit doch beträchtlich weiter als bei allen anderen Mitte der sechziger Jahre in dem Bereich Tätigen. Er erinnerte sich: Die Übergangsstellen bzw. Schleusen seien dort angelegt worden, wo die entsprechenden Kader vorhanden gewesen waren; die Gruppen seien in der Regel mit drei Mann und einem Fahrer besetzt worden. Das fügt sich einigermaßen zu dem Sachverhalt, der sich aus der Aktenüberlieferung ergibt; wobei die »Schleusen« als technische Einrichtung in den Grenzsperren in der Regel in die Zeit seit Errichtung dieser Befestigungen, also seit 1961 gehören.³⁹⁷

Nach Kaphengsts Darstellung wurde schon nach dem KPD-Verbot 1956 die Personenschleusung weitgehend eingestellt.³⁹⁸ Baier habe aber angeordnet, den Apparat perspektivisch zu erhalten. Um die Gruppen auszulasten (sie sollten nach der Vorstel-

³⁹⁴ Vgl. dazu im Einzelnen den eingangs angeführten Beitrag des Autors. In: ZdF (2005)18.

³⁹⁵ So z. B. einen Bericht aus dem Jahre 1968, wonach im Jahre 1958 eine Grenzgruppe in Lübeck aufflog, nach Vermutung des MfS durch ein Mitglied aus Lübeck-Schlutup, das vom Verfassungsschutz angeworben worden war; BStU, MfS, HA II, Nr. 33037, Bl. 48.

³⁹⁶ Kaphengst begann als politischer Mitarbeiter der Abteilung 1953, nachdem er drei Jahre lang im »Außendienst« (DKV) gearbeitet hatte. Vgl. im Einzelnen den Abschnitt »Führung und Personal der Abteilung Verkehr«.

³⁹⁷ Vgl. aber die Hinweise in Anm. 463.

³⁹⁸ Wenn Kaphengsts Darstellung zutrifft, muss die Zahl der Personenschleusungen bis dahin erheblich gewesen sein, denn die Analysen des BdL (II) weisen auch für die folgenden Jahre mindestens für einzelne Schleusen mehr als nur vereinzelte Schleusungen aus. Im Übrigen wurden die Schleusungen offenbar mindestens zum Teil durch Reisen mit gefälschten Dokumenten ersetzt.

lung der Abteilung VK zweimal im Monat »arbeiten«), habe man den Materialtransport durch diese Gruppen eingeführt. Die Zahl der Gruppen sei nach und nach auf sechs reduziert worden zuzüglich der Gruppe an der Grenze nach Belgien, die vor allem Spanier geschleust habe.³⁹⁹

In einem mehr als ein Vierteljahrhundert später verfassten umfassenden Bericht über die »Westgruppen« wies das BdL (II) diese Gruppen der Tätigkeit der KPD – unterstützt durch die SED – zu:

»Mit der umfassenden speziellen Unterstützung der Abt. Verkehr beim ZK der SED (in politisch-ideologischer Hinsicht, personeller, materiell-technischer und in finanzieller Art und Weise), insbesondere durch dafür speziell eingesetzte Mitarbeiter wie u. a. die Gen. Karl Friedrich, Herbert G[...] und Paul Kaphengst,⁴⁰⁰ wurden seitens der KPD zur Durchführung illegaler Personen- und Materialtransporte über die Staatsgrenze der DDR zur BRD, spezifische Kurier- und Grenzgruppen geschaffen.«⁴⁰¹

»Seitens der KPD geschaffen« – das wirkt angesichts des sogleich anschließenden Hinweises auf die »umfassende spezielle Unterstützung«⁴⁰² der SED fast so, als werde aus formalen Gründen und zur Klarstellung der politischen Verantwortung für die Einrichtung auf die KPD verwiesen. Tatsächlich rechnete aber auch das Bundesamt für Verfassungsschutz aufgrund seiner Erkenntnisse Mitte der sechziger Jahre die Einrichtung der Grenzgruppen in der Bundesrepublik Deutschland dem späteren Leiter der Abteilung Verkehr, Adolf Baier, zu.

Der habe Anfang 1950, damals in Pforzheim lebend, vom Parteivorstand der KPD den Auftrag erhalten, Schleusungsgruppen auf der westlichen Seite der Demarkationslinie einzurichten. Die sollten Personen, Kurierpost, Geld, Agitationsmaterial über die Grenze bringen. Von früher Zeit an wurden also die Grenzgruppen nicht nur für Schleusungen, sondern auch für illegale Geldtransporte⁴⁰³ in den Westen eingesetzt. Die engen Beziehungen, die bei diesen Operationen zwischen dem Parteivorstand der KPD und dem ZK der SED bestanden, sollten unbedingt verborgen gehalten werden. Bis 1952 leitete Adolf Baier diesen von ihm eingerichteten Grenzapparat, der nach seinem Decknamen »Apparat Philipp« genannt wurde.⁴⁰⁴ Die sichtbarste Leistung dieses Apparats war 1951 die Schleusung einer großen Zahl von Teilnehmern des Weltjugend-Festivals in Berlin. Leider lassen die Akten des BdL (II) über diese Grenzarbeit Baiers überhaupt nichts erkennen – von zwei weiter unten dargestellten

³⁹⁹ BStU, MfS, HA II/MF/42, Bl. 1 f., Aktennotiz v. 2.12.1966.

⁴⁰⁰ Vgl. zu ihnen den Abschnitt »Führung und Personal der Abteilung Verkehr«.

⁴⁰¹ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 24.

⁴⁰² Der stellv. Abteilungsleiter Paul Kaphengst spricht an anderer Stelle davon, dass die Gruppen seit 1945 bestehen (was so sicher ungenau ist) und seitdem »von der SED angeleitet« werden; BStU, MfS, HA II/MF/42, Aktennotiz v. 2.12.1966.

⁴⁰³ Dazu im Einzelnen im Abschnitt »Kuriersystem«.

⁴⁰⁴ Aussage ORR Degenhardt, BfV, im Ermittlungsverfahren gegen Baier; BArch B 362/4724, Bl. 76 f.

Details abgesehen. In seinen darin festgehaltenen Lebensläufen ist darüber nichts weiter zu erfahren, als dass Baier einen »Sonderauftrag« bis zum September 1952 wahrzunehmen gehabt habe.⁴⁰⁵

Von der KPD zur SED

Die frühesten Nachrichten über einzelne »Westgruppen« betreffen diese Zeit, während der Baier den Apparat in der Bundesrepublik für die KPD leitete. Die Gruppe »Art[h]ur« etwa arbeitete seit 1950 im Harz. Sie war zuständig für Material- und gelegentliche Personen-Schleusungen.⁴⁰⁶ Die Gruppe »Bader« im Nordharz, deren Mitglieder seit 1955 überliefert sind, betrieb seit 1953 die Personen- und Materialschleuse Erlenbusch, die von der Abteilung VK gemeinsam mit der DDR-Grenzaufklärung eingerichtet worden war.⁴⁰⁷ Auch an der Thüringisch-Fränkischen Grenze sind mindestens zwei Gruppen für diese Zeit nachweisbar. Eine Gruppe im Raum Coburg war wohl bis 1952 aktiv, litt aber ständig unter »Verrat«. Schließlich wurde sie bei einem letzten Versuch, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, »unmittelbar nach der Grenze gleich aufgefangen [...] und in die bereitstehende »grüne Minna« verladen [...] Dann hörte die Arbeit auf.«⁴⁰⁸ Auf DDR-Seite war ein in Plauen wohnender Partner für die Schleusungsarbeit in diesem Bereich verantwortlich. Er wurde später wegen »Schwätzeri, Unehrllichkeit, Lügenhaftigkeit« aus dem Apparat entfernt.⁴⁰⁹

Auch im Raum Hof hat zu Beginn der fünfziger Jahre eine Grenzgruppe gearbeitet. Über ihre Tätigkeit war der 1. Kreissekretär der KPD Hof informiert. Diese Tatsache war für Oberst Harnisch gleichbedeutend mit einer Erklärung, »warum die Gruppe hochgegangen ist«.⁴¹⁰

Diese ganz vereinzelt, bruchstückhaften und unzusammenhängenden Nachrichten gewähren keinen Überblick über die Gesamtheit des Apparates und auch nicht über die damalige Arbeitsteilung zwischen der Abteilung Verkehr und Baiers Apparat im Westen. Erst für 1962 steht erstmals wenigstens eine Übersicht über die räumliche Aufteilung des Grenzapparates zur Verfügung. »Grenzpunkte« hieß damals die erste

⁴⁰⁵ BStU, MfS, AP 4320/53, 22 Bl., Lebensläufe.

⁴⁰⁶ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77.

⁴⁰⁷ Ebenda, Bl. 136. Die Gruppe wurde nach unterschiedlichen Angaben entweder 1959/60 oder 1963 nach zweimaliger Festnahme der Mitglieder aufgelöst.

⁴⁰⁸ Zwar lässt sich das der Natur der Sache nach nicht belegen. Aber vieles deutet darauf hin, dass durchaus nicht nur in dieser Gruppe der Verfassungsschutz von Bund oder Land Fuß gefasst hatte und sich einen guten Überblick über diese Grenzarbeit zu verschaffen gewusst hat.

⁴⁰⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/40 v. 17.5.1965, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 5.8.1969, Punkt 2. Die dort namentlich genannten Mitglieder der Gruppe im Jahre 1951 waren den US-Aufklärungsdiensten 3 Jahre zuvor noch nicht aufgefallen.

⁴¹⁰ BStU, MfS, HA II/MF/51, Aktennotiz v. 2.9.1969, Punkt 2.

unter den »organisatorischen und technischen Aufgaben«, die sich für die Abteilung VK aus der Arbeit der KPD »auf gesamtdeutschem Gebiet« nach ihrem Aufgabenkatalog ergaben.«⁴¹¹ »Grenzpunkte« waren tatsächlich durchaus keine Punkte, sondern auf DDR-Seite gebildete Abschnitte der innerdeutschen Grenze mit jeweils mehreren geheimen Übertrittsstellen. Fünf solcher Abschnitte waren 1962 eingerichtet: Plauen, Sonneberg bis Meiningen, circa 400 km, vorwiegend für Personenschleusungen; Eisenach, Mühlhausen bis Heiligenstadt, circa 250 km, für Schleusungen wichtiger Funktionäre. Der Abschnitt Worbis, Nordhausen bis Schierke war zu Beginn der sechziger Jahre wegen einiger Zwischenfälle zeitweilig stillgelegt. Schierke, Ilsenburg, Marienborn, Salzwedel bis Arendsee, über 300 km, hauptsächlich für Kurierschleusungen; Arendsee, Wittenberge, Boizenburg bis Herrnburg, über 300 km, für Materialtransporte.⁴¹²

Auf der bundesrepublikanischen Seite bestanden Gruppen von drei bis vier (illegalen) KPD-Mitgliedern, die mal in der näheren Umgebung, mal in einiger Entfernung zur Schleuse beheimatet waren. Diese Gruppen hatten einen Führungsmann und wurden von einigen Instruktoren, die ebenfalls der KPD angehörten, angeleitet. Der Führungsmann wurde über den Instrukteur benachrichtigt, wenn die Gruppe eine Schleusung vorzunehmen hatte oder wenn eine Übung angesetzt war. Als Leiter des Grenzapparates auf westlicher Seite sind nach Baiers Wechsel in die DDR noch zwei Funktionäre bekannt: Heinrich Lüdtkke aus Wuppertal,⁴¹³ der diese Aufgabe mindestens bis Ende 1962 versah.⁴¹⁴ Ihm folgte Hermann Willruth aus Hamburg.⁴¹⁵ Auf

⁴¹¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 31514, Objektvorgang Abt. Verkehr, Schlussbericht (der MfS-Abt. II/4a) zum Objektvorgang 1226/60.

⁴¹² Ebenda, Schlussbericht v. 25.5.1962.

⁴¹³ Heinrich Lüdtkke, *1923. In: BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1300, Bl. 55 f., wird Lüdtkke noch für Anfang 1963 als Leiter des Kurierapparates genannt. KPD-Mitglied seit 1946, betrieb er in Wuppertal eine Autovermietung, wohl als Abdeckung für seine Parteitätigkeit. Er war ausgebildeter Realschullehrer. In der DKP war er später viele Jahre hindurch Mitglied bzw. stellv. Vorsitzender der Zentralen Schiedskommission, zeitweise auch Leiter der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen.

⁴¹⁴ Nach einem »Spiegel«-Bericht über einen erfolgreichen Schlag der Schleswig-Holsteinischen Behörden gegen die illegale KPD im Jahre 1962/63 wurden dabei auch Zeichnungen mit genauen Eintragungen von Schleusungsstellen bei festgenommenen Funktionären gefunden. In den Akten des MfS findet sich kein Hinweis, ob das richtig ist und ob Lüdtkes Ablösung etwa damit zusammenhing; vgl. KPD: Frühe Freuden. In: Der Spiegel (1963)39.

⁴¹⁵ Hermann Willruth, *1908, diente in der Wehrmacht, machte in sowjetischer Kriegsgefangenschaft einen viermonatigen Antifa-Lehrgang, wurde nach seiner Rückkehr Funktionär der Hamburger KPD, wo er es bis zum politischen Anleiter der Kreissekretäre brachte. Nachdem Emil Bechtle (1908–1990; ehemaliger Leiter der Abteilung »Geschäftsführung und Kasse« und Mitglied der Finanzkommission beim PV der KPD, während der Illegalität in einem Tarnarbeitsverhältnis bei der von Reinhold Loch geleiteten MACOM GmbH in Essen, später Kreisvorsitzender der DKP Reutlingen; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG

Empfehlung von »Harald« (Franz Blume, bis zur DKP-Gründung Leiter der Organisationsabteilung des ZK der KPD) wurde Willruth im Februar 1962 im Grenzapparat als Instrukteur des Kurierapparats eingesetzt, wohl zunächst in (Ost-)Berlin. Ein Jahr später übernahm er die Nachfolge von Heinrich Lüdtkke beim Kurierapparat.⁴¹⁶

»Harald«/Franz Blume kümmerte sich im Übrigen selten um die Westgruppen. Im November 1964 nahm er einmal an einer Aussprache mit der Gruppe »Lange« teil; geführt wurde die Aussprache von der Abteilung VK.⁴¹⁷

Ende Oktober 1966 wurde Willruth von seiner Funktion entbunden mit der Begründung, die Grenzgruppen und Kurierere würden künftig unmittelbar von »Berlin«, das hieß also von der Abteilung Verkehr, angeleitet. Instrukteure im Westen seien nicht mehr erforderlich, ihre Tätigkeit sei auch zu riskant wegen der Gefahr ihrer Beschattung beim Anlaufen von Gruppen und Kurieren.

Damit war die Führung der Grenzgruppen völlig auf die Abteilung Verkehr übergegangen. Die Gründe dafür waren offenbar nicht nur die gegenüber Willruth für seine Abberufung genannten. Vielmehr gab es auch Unzufriedenheit mit der KPD. Personalprobleme in den langsam überalternden Westgruppen⁴¹⁸ nahmen zu. Die »mehr-

[KoKo-Untersuchungsausschuss], Drs. 12/7600, Anlagenband 2 [BfV-Analyse Kommunistische Wirtschaftsunternehmen, S. 1973]), ihn 1962 aus dieser Funktion entlassen hatte, ist Willruth auf Empfehlung von Gen. »Harald«/Franz Blume zum Grenzapparat gekommen; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1300, Bl. 55.

⁴¹⁶ Ebenda, Bl. 54–60 u. 62; auch BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 31.10.1966, Punkt 7.

⁴¹⁷ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1751, Bl. 34.

⁴¹⁸ So gehörte die als Kurier fungierende Irene Vinke aus Solingen in der Gruppe »Niels/Nero« (Bereich südlich Lübeck) zum Jahrgang 1903; die Eheleute Paul und Elsa Schultz, Jahrgang 1897/99, aus Hamburg von der Gruppe »Arthur« konnten mangels Nachwuchs nicht aus der Arbeit herausgelöst werden; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 140 f. Friedrich Fahrenbach aus Bad Sooden-Allendorf, *1898, Gruppenleiter der Gruppe »Alex« (Arbeitsgebiet Werra), war schon seit Anfang der 50er Jahre aktiv, hatte zudem auch als »Aufklärer« für die »Deutsche Grenzpolizei« und dann für das MfS gearbeitet. Als 70-Jähriger war er immer noch unentbehrlich; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 2072, Bl. 25–28 u. BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 298. Im »Kaderspiegel« des MfS v. 10.10.1959 heißt es über ihn: »Der Kontakt zu Fritz kam über Krs. Heiligenstadt zustande, wo er mit einer Delegation weilte. Er ist ein unbedingt zuverlässiger Arbeitsgruppenleiter. Alle Fragen durchdenkt er gründlich, bei allen Aktionen organisiert er umsichtig die Abschirmung. Er besitzt ein gutes Reaktionsvermögen sowie umfangreiche Kenntnisse in der Arbeit an der grünen Grenze. Hatte vor jetziger Arbeit mit und für uns einen ähnlichen Auftrag seiner Partei. Gegenwärtig übt er in seiner Partei keine Funktion aus. In seinem Heimatort hat er einen guten Leumund, hat gute Beziehungen bis ins Bürgermeisteramt, keiner traut ihm eine Arbeit gegen den Staat zu [...] Er ist ein sehr einfacher, bescheidener Mensch [...] Er ist noch rüstig und immer einsatzbereit. Versieht mit Freude unsere gemeinsame Arbeit; BStU, MfS, AP 8662/65, Bl. 4.

malige Anforderung nach neuen Kadern wurde bisher [Februar 1964] von der KPD nicht erfüllt«. ⁴¹⁹

Die Struktur

Es scheint mindestens seit Einrichtung der Grenzsperrn 1961 und auch etliche Zeit danach in der Westgruppenarbeit alles immer nur »nach bewährtem Muster« gelaufen zu sein. Dieses Muster sah in den Grundzügen so aus:

Das MfS besorgte mit Hilfe von vier OibE, einem Major und drei Hauptleuten, die technische Herrichtung der »Übertrittsstellen« (Grenzschleusen) »in allseitiger Beachtung der gegnerischen Tätigkeit des Bundesgrenzschutzes u. a. BRD-Organen«. 47 solcher Personen-, Material oder Personen- und Material-Schleusen schufen die OibE »unter den Bedingungen der technisch abgesicherten und somit in weiten Grenzabschnitten geschlossenen Staatsgrenze der DDR zur BRD«. Sonderoffiziere der Abteilung Aufklärung des MfS betreuten die Schleusen dann weiter. Sie arbeiteten zusammen mit den seit 1966 unmittelbar von der Abteilung Verkehr aus ihrem Personal eingesetzten Instruktoren (das waren zuletzt Fritz Waldert sowie Heinz S., Werner B. und Hans S.). Diese Instruktoren wurden vom BdL (II) nach Bedarf mit Waffen und Geräten ausgerüstet. Gemeinsam unterstützten sie die Arbeit der »Westgruppen«. So sorgten sie dafür, dass zur Gewährleistung der Geheimhaltung des Schleusenstandorts und der Aktivitäten die Grenztruppen aus der Umgebung der Schleuse abgezogen wurden, wenn diese für die Arbeit der Westgruppe benutzt werden sollte; dafür gab es Verbindungsoffiziere bei der NVA, die allerdings ihrerseits nicht über den konkreten Zweck der erhaltenen Anweisung informiert wurden. Die im Rahmen der operativen Grenzarbeit »erforderlichen Reisepässe und Visa für Kuriere u. a. illegal tätigen Mitarbeiter der KPD« wurden von Oberst Harnisch besorgt. ⁴²⁰ Das MfS hielt namentlich alle Personen fest, denen eine Schleuse bekannt war. Dazu gehörten in keinem Falle Angehörige der Grenztruppen der DDR, sondern nur Mitarbeiter des MfS und der Abteilung Verkehr sowie auf westlicher Seite die Angehörigen der jeweiligen Westgruppe. Die Schleusen wurden ausschließlich für Zwecke der KPD/Abteilung Verkehr benutzt; für Zwecke der HV A verfügte das MfS über andere Schleusen. ⁴²¹

⁴¹⁹ So der damalige stellv. Abteilungsleiter VK, Paul Kaphengst, gegenüber einem MfS-Vertreter; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 365. Das MfS rügte seinerseits die Tatsache, dass ein Gruppenleiter für zwei Gruppen verantwortlich war; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 133.

⁴²⁰ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 26 u. 29–32.

⁴²¹ Ebenda, Bl. 237, 240 u. 260. In einem Einzelfall, der zeitlich nur sehr ungefähr nach 1962 einzuordnen ist, gab es Streit zwischen der Abt. Verkehr und BdL (II) wegen der angeblichen Störung der Arbeit einer Westgruppe durch eine benachbarte Schleuse der HA XV (der späteren HV A).

Von Zeit zu Zeit wurden die Westgruppen nach (Ost-)Berlin bestellt, einerseits zu technischen Anleitungen durch die Abteilung VK, andererseits zu politisch-ideologischer Unterweisung durch Angehörige der illegalen KPD. Bei dieser Unterweisung kam es zu der aus KPD-Sicht unglücklichen Situation, dass dafür mehrere Jahre hindurch, bis 1968 »Egon« (Wilhelm Lietzau), Mitarbeiter der Organisations- und Kader-Kommission im ZK der KPD, zuständig war, von dem die KPD später sicher zu wissen glaubte, dass er geheimer Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gewesen war.⁴²² Zu den Treffen in Berlin brachten die Gruppenmitglieder häufig ihre Ehefrauen mit, die zwar an Schleusungen nicht beteiligt waren, aber, wie sich dann herausstellte, die Lage von Schleusen kannten. Das führte zu besorgten Diskussionen innerhalb der Abteilung VK über die Sicherung der Geheimhaltung, wurde aber schließlich vom stellvertretenden Abteilungsleiter Kaphengst gebilligt, der auch sonst Fragen der Konspiration nicht so streng nahm.⁴²³

Im Sommer 1964 wandte sich Harnisch an Baier: Es sei notwendig, eine eingehende Analyse der Westgruppenarbeit vorzunehmen, da nach seinen bisherigen Kenntnissen die Arbeitsweise vollkommen veraltet und das System dem Gegner mit Sicherheit bekannt sei. Es sei höchste Zeit, unbedingt Veränderungen herbeizuführen, personeller und auch methodischer Art.

Baier gab Harnisch »im Prinzip« Recht. Aber der vermerkte höchst skeptisch: »es ist unklar, inwieweit Maßnahmen dazu getroffen werden«, hielt allerdings die Sache für wichtig genug, damit in eine Rücksprache zu Mielke zu gehen.

Immerhin war das Ergebnis dieses Anstoßes, dass zehn Monate später Harnisch mit Kaphengst – Baier war durch seinen schweren Unfall auf der Nürnberger Autobahn außer Gefecht – eine ebenso umfang- wie aufschlussreiche Aussprache zum Thema »Westgruppen« führte.

Kaphengst gestand zu, dass die politische Arbeit mit den Genossen, die die Grenzarbeit machen, verstärkt werden müsse. Bei einigen Gruppen und auch bei den Instruktoren komme Missmut auf, da sie sich nicht ausgelastet fühlen. Darüber müsse man reden. Aber, betonte Kaphengst, der Apparat müsse auf jeden Fall aufrechterhalten werden, selbst wenn er derzeit nicht ausgelastet sei. Einen solchen Apparat könne man nicht aus dem Boden stampfen, wenn denn Bedarf auftrete.

Kaphengst erläuterte: Derzeit werden die Mitglieder der Westgruppen von der Abteilung Verkehr parteimäßig erfasst, dort »werden sie kassiert«, sie seien nicht ihrer örtlichen Parteiorganisation angeschlossen,⁴²⁴ allerdings dahin instruiert, daheim in

⁴²² BStU, MfS, HA II, Nr. 28491, Bl. 1–15. Zum Zeitpunkt der »Entlarvung« lebte Lietzau im Westen; er starb 1974.

⁴²³ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 8601, Bl. 232.

⁴²⁴ Das war allerdings bei den Instruktoren selbst noch 1967 nicht allgemein bekannt: Gottfried May, immerhin zuständiger Sektorenleiter, gab sich im Oktober 1967 auf eine entsprechende Nachfrage von Harnisch überrascht; BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 16.10.1967, Punkt 7.

der Gewerkschaftsarbeit aktiv zu bleiben, damit kein Verdacht aufkomme, dass sie anderweitig für die Partei tätig seien.

Harnisch war mit dem einverstanden, was Kaphengst darstellte. Die politische Ausrichtung der gesamten Arbeit sei also Sache der Abteilung VK. Die Position des MfS: Die Verbindungsoffiziere hätten sich für die Arbeit jenseits der Grenze nicht zu interessieren, um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, dass sie sich um Dinge kümmern, die sie nichts angehen. Und Kaphengst bestätigte ihm, es gebe halt zwei Linien in der Sache, die der Abteilung VK und die des MfS.

Dann stellten sich allerdings in der Diskussion zwischen beiden doch nicht unbeachtliche Differenzen heraus: Die Instruktoren meinten zu wissen, dass die MfS-interne Berichterstattung doch Angelegenheiten aus dem Westen berühre (ein Westgruppenmitglied kauft einen Pkw aus DDR-Produktion – das wird als Konspirationsverletzung beim MfS gemeldet), oder es gebe im MfS Berichte über das Verhalten von Instruktoren. Also insgesamt ein Berichtswesen, das über das dienstlich Notwendige hinausgehe. Harnisch bestritt das entschieden. Er bot an, den Disput auf höherer Ebene entscheiden zu lassen.

Schließlich machte Kaphengst selbst den Vorschlag, dass künftig zur Gewährleistung gleichmäßiger Information aller Beteiligten die »Berichte von beiden Genossen [gemeint offenbar Instrukteur und Verbindungsoffizier] zusammen ausgearbeitet werden und damit ein größeres Maß an richtiger Darstellung vorhanden ist«. Harnisch erkannte rasch, dass das »auch bedeutet, dass von uns dann verschiedene Fragen an die Genossen der Westgruppen gestellt werden«. Kaphengst akzeptierte das. Er begriff anscheinend, wenn überhaupt, dann erst später, dass er mit seinem Vorschlag dem MfS genau den Zugang über die Grenze hinaus eröffnet hatte, den er selbst zunächst so missbilligt hatte. Oder, das ist nicht auszuschließen, er beabsichtigte nicht zu tun, was er sagte.⁴²⁵

Tatsächlich wurden die Verbindungsoffiziere sogar in die Parteiarbeit der KPD einbezogen: Sie erhielten durch die Abteilung VK die Materialien der KPD, die sie dann regelmäßig gemeinsam mit den Instruktoren studierten. Am Ende war man sich einig, dass die Verbindungsoffiziere (wieder) an den Besprechungen mit den Westgruppen teilnehmen, »da sie dadurch in der Lage sind, diese besser kennenzulernen«. ⁴²⁶ Diese schöne Einigkeit hielt allerdings nicht. Schon im Frühjahr 1966 sah Harnisch erneut Anlass, das Verhältnis zwischen Verbindungsoffizieren und Instruktoren zu kritisieren; die Offiziere würden nur unregelmäßig zu den Besprechungen eingeladen. Kaphengst bestritt das nicht und konterte mit dem alten Vorwurf, die Verbindungs-

⁴²⁵ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/40 v. 10.5.1965; BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 18.7.1966, Punkt 4. Harnisch war schließlich der Überzeugung, Kaphengst sei der Schuldige beim Misstrauen der Instruktoren gegenüber den Verbindungsoffizieren.

⁴²⁶ BStU, MfS, HA II/MF/40, Aktennotiz v. 10.5.1965.

fiziere schrieben unsachliche Berichte. Eine gründliche Aussprache mit allen Verbindungs-offizieren und Instruktoren sollte helfen.⁴²⁷

Im Sommer 1965 war Harnisch anscheinend eher zufällig in ein Gespräch Kaphengsts mit dem in der Grenzarbeit tätigen Herbert G. und den Instruktoren Karl Friedrich und »Wilhelm« über Mängel in der Grenzarbeit geraten. Der im Westen lebende »Wilhelm« beklagte sich über das fehlende Interesse der Genossen vom ZK (der KPD) für die Schwierigkeiten der Westgruppen. Für Friedrich schien eher alles in Ordnung, Kaphengst gab sich immerhin offen für kritische Fragen. Harnisch regte an zu überlegen, ob es nicht angezeigt sei, bei den Instruktoren »frisches Blut« einzusetzen.⁴²⁸

Restrukturierungsüberlegungen

Im Dezember des Jahres 1966 kam es zu einer eingehenden kontroversen Grundsatz-aussprache über die »Westgruppen« zwischen Steidl, nunmehr Abteilungsleiter Verkehr, in Begleitung seiner Stellvertreter, und dem Chef des BdL (II), Harnisch. Immerhin war die KPD-Führung durch »Ronald« (Günter Weiß) von der ZPKK noch am Gespräch beteiligt.⁴²⁹ Im November hatte Steidl bereits ein Vorgespräch mit Harnisch gehabt. Die Abteilung VK sah den Schwerpunkt bei der »Schaffung neuer Kader für die Grenzarbeit«. Harnisch fragte angesichts unklarer Vorstellungen über die künftige Struktur der Grenzarbeit nach der Rentabilität der ganzen Organisation. Es ergab sich erhebliche Unsicherheit, »ob die KPD noch unbedingt die Grenzarbeit benötigt«, da nach Harnischs Feststellungen »in der letzten Zeit keine Personen außer den Westgruppen geschleust wurden«. Man verständigte sich auf eine Erörterung mit der KPD, »um evtl. die Frage einer zweiseitigen Grenzarbeit KPD – SED zu überprüfen«.⁴³⁰

Damals ging die Gewichtsverlagerung bei der Verantwortung für die »Westgruppen« einen entscheidenden Schritt weiter in die Richtung zur SED. Mit Hermann Willruth, seit Februar 1963 Nachfolger von Heinrich Lüdtker als Leiter des Kurierapparates in der Bundesrepublik »wurde in einer Aussprache [...] festgelegt, dass er von seiner Funktion entbunden [sei] und wir ihn der Kaderkommission zur weiteren Verwendung zur Verfügung stellen«. Eine Absprache sei mit den Genossen »Helmut« und Otto von der Kaderkommission bereits geführt. Die Begründung war klar: Gruppen und Kurierere werden direkt von Berlin angeleitet, Instruktoren sind nicht mehr erforderlich, ihr Einsatz ist auch zu riskant wegen der Gefahr der Beschattung beim Anlaufen von Gruppen und Kurieren.⁴³¹

⁴²⁷ BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 14.4.1966, Punkt 2.

⁴²⁸ BStU, MfS, HA II/MF/41, Aktennotiz v. 2.7.1965, Punkt 1.

⁴²⁹ BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 2.12.1966.

⁴³⁰ Ebenda, Aktennotiz v. 10.11.1966, Punkt 3.

⁴³¹ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1300, Bl. 54–60; BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 31.10.1966, Punkt 7. »Helmut« ist Karl-Heinz Noetzel (BStU, MfS, HA II/19, Nr. 31276

Konsequent war zwischen der Abteilung Verkehr und BdL (II) nun auch von »Veränderungen innerhalb des Apparates der Abteilung Verkehr in Westdeutschland« die Rede,⁴³² das war nun kein Apparat der KPD mehr, auch wenn er ihr zu dienen bestimmt war.

Nun lieferte Kaphengst den Teilnehmern der »Grundsatzaussprache« eine Aufstellung und seine »historische« Einführung. Er fand, im Wesentlichen sei der Apparat gelaufen, »ohne dass ernsthafte Erscheinungen zu verzeichnen gewesen waren«.

Aktiv waren zu dieser Zeit noch die Gruppen

- »Niels/Nero«, Stadtbereich Lübeck, die zwar im Winter stilllag, aber im Sommer fortgeführt werden sollte;
- »Lange«, an der Trave, die politisch als stärkste eingeschätzte Gruppe, die auch in der Raketenarbeit⁴³³ aktiv war;
- »Arthur« an der Wakenitz, die zuletzt auch für Geldtransporte eingesetzt war, aber aus Altersgründen der Neuaufstellung bedarf;
- »Tanne« im Harz, wo zwar auch am Tage, aber nur im Sommer geschleust werden kann;
- »Urwald«, im Abschnitt Werra, unter der Leitung des aus Altersgründen nur noch für Beobachtungen einsetzbaren Fritz Fahrenbach, aber von der KPD um zwei neue Kader ergänzt.

Dazu kam die Aachener Gruppe mit Verbindung nach Belgien, eingesetzt für die Schleusung von Spaniern. Einsatznachrichten für diese Gruppen wurden über den Sender 904 gegeben.

Wenig verwunderlich war angesichts der der Abteilung VK zugewachsenen Verantwortung für die Gruppen, dass dem KPD-Vertreter »Ronald« alle diese Informationen über Aufgaben und Arbeit der Westgruppen unbekannt waren. Er mochte sich auch für Details nicht interessieren, hielt aber, wie schon Jahre zuvor Adolf Baier, den Apparat für perspektivisch notwendig. Immerhin war ihm die harmlose und verharmlosende Darstellung Kaphengsts offenbar aufgefallen. Er wollte kritisch analysiert haben, wo denn Gefahrenpunkte lägen, ob die Gruppen schon mit Polizei und Verfassungsschutz der Bundesrepublik konfrontiert gewesen seien. Und vorsichtshalber, um sich rückzuversichern: Das Gespräch sehe er nur als Information; da seien noch mehrere Absprachen erforderlich.

Cebulla sprach sich, Zweifel andeutend, ob es notwendig sei, die Gruppen weiter zu erhalten, für eine Reorganisation und eine Reduzierung der Zahl der Gruppen aus.

zu Karl-Heinz Noetzel handschriftlich »Helmut«). »Otto« ist derzeit nicht eindeutig zu identifizieren.

⁴³² BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1598, Bl. 107.

⁴³³ Vgl. zur »Raketenarbeit« den Exkurs am Ende dieses Abschnitts.

Erst der eigentlich nur für die Sicherung der Arbeit der Abteilung VK verantwortliche Oberst Harnisch sorgte für systematische Ansätze im Gespräch. Wozu die Grenzgruppen denn gebraucht würden, fragte er, für den Transport von Personen?, von Material?, von Post?, von Geld?

Wenn das klar sei, möge man über den Aufbau von Gruppen sprechen; nicht nach der subjektiven Kaphengst-Methode: Schleusen da, wo Kader vorhanden. Außerdem sei es nachteilig, alle Aufgaben von allen Gruppen erledigen zu lassen. Ganz wichtig sei auch die Frage der Sicherheit; er habe den Eindruck, dass so gut wie keiner der Genossen auf der Gegenseite nicht mindestens verdächtig sei.⁴³⁴

Es war auch Harnisch, der die Frage des »cui bono?« aufwarf: Es müsse klargestellt werden, wem denn die Grenzarbeit dienen solle, der SED oder der KPD. Wenn der SED, »dann sollte unser ganzer Apparat bis nach Westdeutschland gestellt werden«, wenn für die KPD, »müssen die Koluminationspunkte⁴³⁵ [sic!] ernsthaft untersucht werden und technisch gut beraten sein«.

Es müsse »ideologische« Klarheit geschaffen werden, dass in einem solchen Apparat keine aktiven und bekannten KPD-Kader eingesetzt werden dürften, da solche führenden Kräfte der Partei zu sehr unter »Kontrolle des Bundesverfassungsschutzes« stünden. Über technische Fragen möge man dann später reden. Jedenfalls könne man mit den bestehenden Apparaten nicht weiterarbeiten »bei kommenden und größeren Aufgaben«. Also bedürfe es erst einmal einer Konzeption und für den Moment der Festlegung, wer denn diese Konzeption erarbeite.

Steidls anschließender Auftrag an Kaphengst und die zuständigen Sektorenleiter zur Erarbeitung eines Konzepts geriet dann schnell schon wieder in Details, vergaß aber nicht den Punkt, dass besonders in der Gruppe, »die im Ernstfall höhere Funktionäre zu schleusen hat«, eine politische Schulung der dafür ausgesuchten Leute stattfinden müsse. Und natürlich: Aufgabenstellung, Gruppenstärke und örtliche Ansiedlung der Gruppen müsse auch mit der KPD festgelegt werden.⁴³⁶

Es verging ein halbes Jahr ehe Steidl berichtete, Matern habe die Absprache gutgeheißen, die Grenzgruppen in ihrer bisherigen Form aufzulösen und »eine neue Ordnung zu schaffen«. Die sollte wohl so aussehen (wie es bei Fahrenbach an der Werra und bei »Arthur« an der Wakenitz bereits geschehe), dass im Grenzbereich (auf DDR-Seite) »Weststützpunkte« errichtet werden, die der beobachtende Gegner als tot einschätzen muss. Mit den Gruppen sollten dann nur in besonders konspirativer Art Ab-

⁴³⁴ Bei der Erörterung von Einzelfällen ergab sich dann, dass Kaphengsts Aufstellung nicht mehr aktuell war.

⁴³⁵ Ich deute dieses ungewöhnliche Fremdwort (es taucht in BStU, MfS, HA II/MF/39, Aktennotiz v. 2.11.1964, Punkt 6, noch einmal ähnlich als »Kulminationspunkt« auf, scheint dort aber mit gleicher Bedeutung verwendet zu sein) als gleichbedeutend mit »Schnittstelle« oder auch »kritischer Punkt«.

⁴³⁶ BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 2.12.1966.

sprachen geführt und sie sollten nur im Ernstfall angelaufen werden.⁴³⁷ Im Sommer 1967 bestätigte sich Harnischs offenkundige Skepsis gegenüber der Bereitschaft der Abteilung VK zu grundlegenden Veränderungen bei den Westgruppen. Kaphengst schlug vor, dass ein Instrukteur gemeinsam mit einem Verbindungsoffizier »eine neue Struktur entwickeln [solle], die über den Harz nach Westdeutschland führt«. Die Gruppe sollte aus DDR-Bürgern gebildet werden, die »mit den entsprechenden Kaderbedingungen für Westeinsätze ausgerüstet sind« und auf die Schleusung von Genossen des ZK der KPD bis zu einer Anlaufstelle in Westdeutschland vorbereitet werden.

Von der Gruppe »Berg« sollte allein »Simon«⁴³⁸ als Kaderreserve gehalten werden. Das entsprach in keiner Weise den Vorstellungen, die Harnisch entwickelt hatte. Von der nicht mehr einsatzfähigen Gruppe »Clasen« sei »Konstantin« (aus Salzgitter) immerhin der Verlässlichste. Die Wünsche und Vorstellungen der KPD spielten bei diesen Überlegungen keine erkennbare Rolle.⁴³⁹

Ohne dass sichtbar wäre, was in der Zwischenzeit unternommen oder abgestimmt worden wäre, wurde dann im November 1967 von der Abteilung VK die Perspektive der Westgruppen für 1968 präsentiert: Nur zwei Gruppen sollten bestehen bleiben. Die Gruppe »Lange« an der Trave – also die schon ein Jahr zuvor als die politisch am stärksten eingeschätzte. In Kassel sollte »Alfred« (aus Eschwege) aktiv bleiben. Alle anderen Genossen wollte man der DKP »zur Verfügung stellen«.

Mit dem Genossen »Karl-Heinz« (Noetzel)⁴⁴⁰ wollte man den Aufbau eines völlig neuen Apparates besprechen, gebildet aus Genossen, »die bisher noch keinesfalls irgendwie bekannt sind«. Harnisch sicherte zu, das MfS werde alle bisher von der Abteilung VK genutzten Schleusen erhalten, wenn die Zukunft der Westgruppen einigermaßen geklärt sei.⁴⁴¹

Bei der Besprechung mit den Westgruppen im 1. Quartal 1968 wurde dann Vollzug gemeldet: Im Harz sei eine neue Gruppe gegründet worden. Da um diese Zeit im Harz, im Bereich des Grenzregiments Blankenburg, der »Ausbau« des Grenzsicherungssystems begann, wurde im Gespräch mit Harnisch ausdrücklich festgehalten, durch diese Arbeiten dürfe »auf keinen Fall unsere Schleusungsarbeit behindert werden«. Mit der

⁴³⁷ Die Formulierung in der Aktennotiz von Harnisch ist sprachlich so verquer (»Ordnung zu schaffen, da die erste Situation, indem man im Grenzbereich Weststützpunkte baut, die für die Beobachtung und Einschätzung durch den Gegner totliegen, mit ihnen nur auf besonders konspirative Art die Absprachen führt und diese nur im Ernstfall als Anlauf benutzt werden dürfen«), dass nur der Versuch bleibt, ihren Sinn einigermaßen zu erfassen. Als »Weststützpunkte« muss man sich wohl technische Vorkehrungen vorstellen, die auf die Anlage eines Schleusungspunktes schließen lassen.

⁴³⁸ Nicht identifiziert.

⁴³⁹ BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 2.8.1967.

⁴⁴⁰ Karl-Heinz Noetzel, 1929–1981, damals Leiter der Kaderkommission.

⁴⁴¹ BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 5.11.1967, Punkt 2.

Hauptabteilung I des MfS, Grenzaufklärung, seien »Festlegungen zu treffen, um weiterhin inoffizielle Gassen zu haben, damit die Grenzarbeit garantiert ist«. ⁴⁴²

Bald nach Einrichtung der DKP wurde »die operative Grenzarbeit für die illegale KPD in ihrer bisherigen Form eingestellt«. ⁴⁴³ Nun hatte man in der Bundesrepublik Deutschland eine legale kommunistische Partei, mit der weniger risikoreich und aufwendig kommuniziert werden konnte. ⁴⁴⁴ So führte die Abteilung VK zum Beispiel mit der Grenzgruppe »Wolthusen« (Harz) eine abschließende Aussprache und legte den Genossen nahe, sich für die DKP zu bewerben. ⁴⁴⁵ Das bedeutet allerdings nicht die Aufgabe der Grenzscheulen. Das MfS sorgte lange Jahre weiter für deren Instandhaltung, wohl nicht zuletzt für etwaige Bedürfnisse der Hauptverwaltung Aufklärung.

Noch 1972 wurde »operative Grenzarbeit« im Interesse der DKP entsprechend der Planung zur Gewährleistung der Funktionstüchtigkeit und ständigen Einsatzbereitschaft der Schleusstellen organisiert und ausgeführt. Dabei ging es unter anderem um die Aufklärung der den Schleusstellen in der Bundesrepublik gegenüberliegenden Ortschaften und der Tätigkeit von »BRD-Dienststellen im unmittelbaren Grenzgebiet«. Karten mit Erläuterungen wurden angefertigt, um der DKP konkrete Hinweise zur Erleichterung des Aufbaus eines »Grenzapparates« zu geben. Vier Offiziere im besonderen Einsatz erarbeiteten erste Vorschläge, wie nach der »Anschleusung betreffender Mitarbeiter der DKP deren konkrete Schulung und Ausbildung durchgeführt werden könnte«.

Die »Absicherungsarbeit« im Grenzgebiet wurde darauf ausgerichtet und entwickelt, »dass bei entsprechender politischer Situation bzw. der Illegalität der DKP jederzeit gewährleistet ist, Personen- und Materialschleusen über die Staatsgrenze West der DDR abgesichert zu organisieren und durchzuführen«. ⁴⁴⁶

Erst im März 1975 wurde die operative Grenzarbeit des BdL (II) und damit auch die »Grenzarbeit von der Abteilung Verkehr beim ZK der SED an der Staatsgrenze

⁴⁴² BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 8. Eine genauere Bezeichnung der Einheit, mit der die Festlegungen getroffen werden sollen, fehlt.

⁴⁴³ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 31 f.

⁴⁴⁴ Wie tief allerdings die Fixierung auf illegale konspirative Kommunikation den Mitarbeitern der Abteilung VK in Fleisch und Blut übergegangen war und wie wenig sie mit den liberalen Gepflogenheiten der Bundesrepublik Deutschland vertraut waren, wird an folgendem Vorgang deutlich: 1978 wurde unübersehbar, »dass von der Abt. Verkehr die zu bewältigenden Massen [d. h. an Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren] nicht mehr durch den illegalen Apparat befördert werden können, ohne dass dies auffällt«. Man suchte »deshalb nach einem legalen Weg, um die DKP zu unterstützen« und stellte binnen Kurzem fest, dass ein offizieller Versand möglich war. Es musste nur ein Antrag der Abteilung Verkehr beim Postzeitungsvertrieb der Bundespost gestellt werden; BStU, MfS, HA II, Nr. 23568, Bl. 192 f.

⁴⁴⁵ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1750, Bl. 7–16.

⁴⁴⁶ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14137, Bl. 24.

der DDR zur BRD« auf Weisung von Minister Mielke »aufgrund neuer politisch-operativer Bedingungen sowie der neuen Verminungen« endgültig eingestellt.⁴⁴⁷

Die Westgruppen und das Geld

Ob unter den zahlreichen Vergleichen kommunistischer Rituale, Denkweisen und Gewohnheiten mit solchen des Christentums auch der paulinische Grundsatz »die des Altars pflegen, genießen des Altars«⁴⁴⁸ schon vorgekommen ist, mag ungeprüft bleiben. Unübersehbar ist, dass sehr viele der KPD-Genossen, die in den Westgruppen Parteidienst taten, ein angemessenes Entgelt dafür erwarteten und deutlich reklamierten, wenn sie unzufrieden waren mit dem, was ihnen zugebilligt wurde. Zwar wurde ihnen entgegengehalten, Gruppenarbeit sei Partearbeit und dafür würden sie aus aller anderen Partearbeit herausgehalten,⁴⁴⁹ aber bezahlt wurde dennoch. Im Jahr 1965 waren es pro Kopf 60 DM, früher (die Zeit wird nicht genannt) 600 DM pro Gruppe.⁴⁵⁰ 100 DM Urlaubsgeld erhielten 1964 die Mitglieder der Gruppe »Berg«. Das sei ein allgemeiner Beschluss, das erhielten doch alle, rechtfertigte sich der Instrukteur Karl Friedrich, als Paul Kaphengst auf eine Kann-Bestimmung für diese Leistung verwies. Und ja, quittiert würden diese Leistungen schon, aber nicht mit dem richtigen Namen, auch nicht in der tatsächlichen Höhe.⁴⁵¹

Wo die KPD-Genossen mit den ihnen gewährten Entschädigungen nicht zufrieden waren, kam es zu »Unregelmäßigkeiten« verschiedener Art. »Niels« und »Nero« von der Gruppe »Niels/Nero« erschienen im Sommer 1966 nicht zu einem verabredeten Treffen, weil ihnen – auf Entscheidung der Kaderkommission, der offenbar Belohnungen für Partearbeit missfielen – ein Urlaub in der DDR abgelehnt worden war.⁴⁵²

Im Herbst 1966 kam heraus, dass »Wilhelm« von der Gruppe »Alex«, dem man immerhin auch Geldtransporte anvertraute, im teilnehmenden Einverständnis mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter VK Paul Kaphengst und zwei weiteren Mitarbeitern der Abteilung, die dafür West-Wäsche erhielten, seit längerer Zeit zu den Berliner Gruppentreffen Textilien mitbrachte, die in Exquisit-Läden verkauft wurden. Er erhielt dafür 20 Prozent des Umsatzes [sic!]. Das Geschäft sollte ihm dazu dienen, daheim legale Einnahmen nachzuweisen. Damit auch Kaphengst und seine beiden Mitarbeiter etwas

⁴⁴⁷ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 6 u. 32.

⁴⁴⁸ 1 Cor 9, 13, in der Übersetzung Martin Luthers.

⁴⁴⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/40 v. 10.5.1965; BStU, MfS, HA II/MF/41 v. 23.7.1965, Punkt 4.

⁴⁵⁰ Das dürfte der Betrag pro Einsatz gewesen sein, da sich die an verschiedenen Stellen genannten Beträge anders nicht zusammenfügen. Dagegen müsste der für die Gruppe »Niels/Nero« genannte Betrag von 300 DM pro Kopf ein Jahresbetrag gewesen sein.

⁴⁵¹ BStU, MfS, HA II/MF/39, Aktennotiz v. 16.12.1964, Punkt 1.

⁴⁵² BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 15.8.1966, Punkt 7.

von der Operation hatten, manipulierte »Wilhelm« die Preisauszeichnungen nach oben und beschaffte für diesen Extraerlös »Westwäsche« für die drei. Man warf »Wilhelm« zwar aus der Gruppe heraus; um den Schmerz zu mildern, gewährte man ihm mit Rücksicht auf seine früheren Verdienste aber eine Überbrückungszahlung.⁴⁵³

Auch sonst kam es zu eigenwilligen Abrechnungen: Als der Gruppenleiter der Gruppe »Clasen/Tanne« Ende 1966 Abrechnungsschwierigkeiten hatte, »bügelten« die Instrukteure Friedrich und Waldert das aus. Der anwesende OibE Erler berichtete das allerdings wohl in seinem Büro.⁴⁵⁴

Später scheint das Geld bei der Abteilung VK knapper gewesen zu sein oder die Sitten waren strenger. Ursprünglich bei der Gruppe »Alex« gewährte Entschädigungen von 25 bis 30 DM pro Grenzeinsatz wurden 1968 nicht ausgezahlt, selbst zugesagte »Dienstkleidung« wurde nicht geliefert.⁴⁵⁵

Für manche Mitglieder der Westgruppen gab es Ausgleich für ihren Verzicht auf Parteiämter und für ihre karge Entschädigung. Helmut H. war bis Ende 1959 bei der KPD in Hamburg in der »Technik« tätig. Anfang 1960 wurde er von der Abteilung VK, bei gleichzeitiger Unterhaltung eines Tarnarbeitsverhältnisses, mit dem Auftrag übernommen, eine von ihm fachlich und politisch anzuleitende Materialgruppe (»M – Nord – Horst«) aufzubauen. Die Gruppe hatte Material für die illegale KPD zu übernehmen und an Anlaufstellen in der Bundesrepublik weiterzuleiten. Helmut H. erhielt für seine Arbeit ein Gehalt von circa 660 DM.

Da Mitte der sechziger Jahre wegen H.s starker Inanspruchnahme das Tarnarbeitsverhältnis nicht mehr durchzuhalten war, gab ihm die Abteilung VK Geld zum Erwerb einer Taxikonzession. Er machte für die Abteilung VK Auslandsreisen mit gefälschtem Reisepass aus dem MfS, übernahm auch Geldtransporte. Als Mitglieder der Gruppe verhaftet worden waren und die H.s anscheinend unter Beobachtung der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts standen, kümmerte sich die Abteilung VK um eine Existenzsicherung der H.s, löste sich im Herbst 1968 von ihnen und meldete sie als »verfügbar für Parteiarbeit«.⁴⁵⁶

»Vorkommnisse« bei den Westgruppen, die eigens vermerkt wurden, waren vor allem die gar nicht seltenen Fahnenfluchten von NVA-Angehörigen, die stets die Frage aufwarfen, ob die Lage einer Schleuse preisgegeben sein könnte.⁴⁵⁷ Angesichts der strikten Geheimhaltung und des zeitweiligen Rückzuges aller Grenzsicherungskräfte der DDR bei Nutzung der Schleusen wurde die Frage in aller Regel verneint. Überhaupt spielte das Thema Konspiration eine sehr große Rolle bei der Arbeit der West-

⁴⁵³ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 27.10.1966, Punkt 1; v. 29.11.1966, Punkt 3; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 334.

⁴⁵⁴ Ebenda, Bl. 317.

⁴⁵⁵ Ebenda, Bl. 299 f.

⁴⁵⁶ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 3837, Bl. 4–19, 22 f. u. 36.

⁴⁵⁷ Das geschah z. B. 1964 bei den Schleusungsstellen Weißwasser; BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil I, Bl. 43.

gruppen. Ihr Verhalten bei den Schleusungen musste streng konspirativ sein; ihre Disziplin unter diesem Gesichtspunkt wurde immer wieder in Erinnerung gerufen und bei Bedarf angemahnt. Verletzungen führten zur Entfernung aus der Gruppe. Vor allem die Vertreter des MfS legten auf größte Strenge unter diesem Gesichtspunkt wert; sie ermahnten häufig Mitarbeiter der Abteilung VK, die diese Strenge nicht hinreichend ernst nahmen.⁴⁵⁸ Der insofern zur Nachlässigkeit neigende stellvertretende Abteilungsleiter Paul Kaphengst bekam das zu spüren, als er Ende 1968 einen Posten in einem Hamburger Parteibetrieb zu übernehmen hatte. Kaphengst dürfe nicht erfahren, »welchen weiteren Aufbau beginnt man mit den Gruppen, die in Westdeutschland evtl. weiterbestehen oder neu geschaffen werden«. Er müsse alle anderen Fäden abreißen lassen, wurde auf Verlangen des MfS in einem Gespräch mit der Abteilung VK festgelegt.⁴⁵⁹

Schleusen und Schleusungsgruppen

Eine Übersicht über den Bestand an Westgruppen und an Schleusen stellte das MfS 1971 auf, als wegen der zunehmenden Bedeutung legaler Verkehrswege für die Beziehungen zur inzwischen durchorganisierten DKP die Nutzung der Schleusen erheblich abgenommen hatte. Für Zwecke der illegalen KPD war die Schleusennutzung seit 1968/69 eingestellt.⁴⁶⁰ Da diese Bestandsübersicht auf vielfältige Weise mehr als ein Jahrzehnt in die Vergangenheit zurückgreift, liefert sie ein facettenreiches, zum Teil sehr detailliertes Bild der »Westgruppen« für den größten Teil des Zeitraums zwischen KPD-Verbot und DKP-»Neukonstituierung«.

Damals gab es in fünf Grenzabschnitten – früher wurden sie Grenzpunkte genannt – zwischen Herrsburg und Plauen zwölf Grenzgruppen. Die Gruppen hatten insgesamt 26 Mitarbeiter, unter ihnen vier Frauen, die Zahl der Mitglieder pro Gruppe lag zwischen zwei und fünf. Hinzu kamen 19 Mitarbeiter, unter ihnen sieben Frauen im »Sondertransport«, die als Kuriere und für Materialtransporte eingesetzt wurden.

Die Gruppen betreuten 47 Schleusen, davon 32 reine Personenschleusen, 10 reine Materialschleusen, 5 Personen- und Materialschleusen. Alle diese Schleusen waren nach 1961 (»Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls«) als operativ-technisch abgesicherte Übertrittsstellen von MfS-Mitarbeitern eingerichtet worden. In der Sprache des Büros der Leitung (II) hieß das: »im Rahmen der mit neuen Mitteln und Methoden

⁴⁵⁸ Das hinderte das MfS nicht, seinerseits Mitglieder von Westgruppen zusätzlich für eigene Zwecke einzusetzen. Vgl. z. B. die Hinweise bei Friedrich Fahrenbach von der Gruppe »Urwald« (dort hatte ihn nach eigener Erklärung das MfS als Gruppenleiter eingesetzt).

⁴⁵⁹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 287, Notiz über Absprache bei Abt. Verkehr 27.12.1968. Praktisch spielte diese Informationssperre wegen der nahezu gleichzeitigen Einstellung der Arbeit der Westgruppen allerdings keine Rolle.

⁴⁶⁰ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 31 f.

entwickelten operativen Grenzarbeit des BdL (II), bei enger Koordinierung und Zusammenarbeit mit der HA I/Kdo Grenztruppen [Hauptabteilung I/Kommando Grenztruppen im MfS], Abteilung Aufklärung sowie in enger politisch-operativer Verbindung mit der Abteilung Verkehr beim ZK der SED« geschaffen.⁴⁶¹

Die technischen Beschreibungen der Schleusen gleichen einander immer wieder recht genau. Bei der Personenschleuse P – 3 »Tannendorf« im Bereich des Grenzregiments Gardelegen, des I. Grenzbataillons Mellin, 1. Grenzkompanie Hanum, liest sich diese Beschreibung – etwas verkürzt – so:

»Die Übertrittsstelle befindet sich im Abschnitt des Forstwaldes, ca. 100 m rechts von der Grenzsäule 527 [...] An der Übertrittsstelle bildet die Ohre in der Mitte des Flusses die Staatsgrenze der DDR. [...] Auf der Freundseite ca. 80–100 m von der Staatsgrenze entfernt befinden sich eine 24 m breite Drahtminensperre, ein 6 m breiter Kontrollstreifen, ein Kfz-Sperngraben und ein Kolonnenweg.

In der Drahtminensperre ist eine inoffizielle Gasse, ca. 15 m breit, eingebaut. Diese Gasse ist 10 m rechts des Waldweges, der an das Sperrensystem angrenzt. Im Anschluss an das Sperrensystem befindet sich der sogenannte Forstwald, der sich [...] nach Gladdenstedt hinzieht. Im Forstwald [...] befindet sich der Kfz-Abstellplatz [...] bis zum Abstellplatz des Pkw sind gut passierbare Wege [...] Die Sichtmöglichkeiten zum Gebiet der BRD beginnen erst am Sperrensystem. Vom Wald aus werden die Beobachtungen durchgeführt [...]

Auf der Feindseite befindet sich kein Sperrensystem.⁴⁶² Das Gelände ist ungehindert passierbar [...] Im Gelände an der Grenze wurden in den letzten Jahren keine Streifen [von Zoll und BGS] festgestellt.

Die Übertrittsstelle bietet vom operativen Standpunkt her eine günstige Geländelage. Feindtätigkeiten fanden im Abschnitt nicht statt.

Die Schleuse wurde im Jahre 1960 von der Abt. VK in Verbindung mit der damaligen Grenzaufklärung eingerichtet [...] ⁴⁶³ Bei den durchgeführten Schleusungsarbeiten traten keine Vorkommnisse oder Dekonspirationen auf.«⁴⁶⁴

⁴⁶¹ Ebenda, Bl. 24–32.

⁴⁶² Dieser Satz wird stereotyp in jeder Schleusenbeschreibung wiederholt, als ob die MfS-Mitarbeiter den Ost/West-Kontrast an der Grenze nicht oft genug hätten ins Bewusstsein rufen können.

⁴⁶³ Angesichts der seit Mai 1952 nach und nach aufgebauten Grenzsperrungen der DDR bedurfte es auch schon vor der völligen Abriegelung der Grenze im Sommer 1961 stellenweise der Einrichtung von Schleusen in den damals bestehenden Absperrungen. Nach 1961 waren diese alten Schleusen nicht mehr benutzbar. Vgl. zu den Absperrungen von Mai 1952 Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952. Faksimilierter Nachdruck des Weißbuches von 1953. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1987.

⁴⁶⁴ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 172–175.

Folgende Gruppen sind durch die Aufzeichnungen des BdL (II) belegt.⁴⁶⁵

Gruppe »Eifelturm/Aachen«

Der nur für die Schleusung spanischer Genossen in Anspruch genommenen Gruppe gehörten zwei Genossen aus dem Aachener Raum sowie ein Pfarrer und ein Handwerker aus Lüttich an. Nur Adolf Baier hat mit dieser Gruppe gearbeitet. Bei einer Besprechung im Mai 1965 in (Ost-)Berlin wurde festgestellt, dass keines der Gruppenmitglieder je dem Verfassungsschutz aufgefallen war.⁴⁶⁶

Gruppe »Hof/Coburg«⁴⁶⁷

Im Sommer 1964 fand die Abteilung VK, es gebe dort »durchaus positive Genossen, die bestimmt bereit sind, mit anderen Organisationen die Verbindung zur DDR zu halten«. Harnisch erklärte sich zu Überprüfungen der von früher bekannten Genossen bereit. Weitere Nachrichten über Aktivitäten dort gibt es dann nicht mehr.⁴⁶⁸

Gruppe »Alex«

Das war im Werragebiet die Vorgängergruppe der späteren Gruppen »Urwald« und »Doberg«. Sie betreute die Übergangsstellen »Plesse« (Einrichtung und Nutzungsdauer unbekannt) und »Weißwasser I«, die vor 1963 eingerichtet und bis 1968 regelmäßig genutzt wurde. Der zuständige Instrukteur war der auch als Geldkurier eingesetzte »Wilhelm«. Zur Gruppe gehörte ein schon seit 1954 im Grenzapparat tätiges Ehepaar; Mitglieder der Gruppe wirkten in der Raketentruppe mit. Die Gruppe gehörte im März 1967 zu denjenigen, die von »Egon« politisch geschult wurden.⁴⁶⁹

Dass der Genosse »Achim« von der Gruppe »Alex« im Oktober 1963 »bei der Schleusung eines wichtigen Genossen seinen Sicherungsort verlassen und sich zu dem abgestellten Fahrzeug begeben hatte«, brachte ihm den Ausschluss aus der Gruppe. »Der Gen., der geschleust wurde, war der Gen. Adolf [Baier] von der Abt. Verkehr selbst, der den Achim noch mit gesucht hatte. Am abgestellten Fahrzeug in Bad Sooden-Allendorf trafen sie dann alle wieder zusammen.«⁴⁷⁰

Gruppe »Arthur«

Die Gruppe arbeitete seit 1950 am Ratzeburger See. In ihrem Bereich gab es zwei Schleusen, eine seit 1963 nicht mehr genutzte, die andere in der Zeit von Mai 1963 bis

⁴⁶⁵ Gruppen, über die nur bruchstückhafte, vom BdL (II) selbst nicht belegte, zeitlich oder räumlich nicht genau einzuordnende Nachrichten übermittelt sind (z. B. die Gruppen »Hunger«, »Pater«, »Urbanic«), werden hier nicht dargestellt.

⁴⁶⁶ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/41 v. 2.6.1965, Punkt 3; v. 23.7.1965, Punkt 12; v. 23.8.1965, Punkt 12.

⁴⁶⁷ Siehe dazu bei »Von der KPD zur SED«.

⁴⁶⁸ BStU, MfS, HA II/MF/37, Aktennotiz v. 8.6.1964, Punkt 3.

⁴⁶⁹ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 271; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 10773, Bl. 25.

⁴⁷⁰ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 266.

Mai 1969 (Einstellung der Arbeit) für 30 Material- und Personenschleusungen genutzt. Fünfmal war die Gruppe bei der Abteilung Verkehr zu Besprechungen, zuletzt im November 1968. Der Namensgeber der Gruppe, Immobilienmakler, stellte sein Wochenendhaus am See samt Motorboot als Stützpunkt zur Verfügung. Der Anführer der Gruppe »Herbert« (Hugo Dworznik) arbeitete seit 1957 für die Abteilung Verkehr. Er war zugleich Instrukteur für die Gruppe »M – Nord – Horst«. »Herbert«, der weite Reisen im Rahmen der Geldtransporte unternahm, war ebenso wie seine Frau nach 1968 »in das Verbindungssystem zwischen ZK der SED und Parteivorstand der DKP einbezogen«. Dworznik starb 1977 während eines Urlaubs in der DDR.⁴⁷¹

Gruppe »Bader«

Die im Raum Uelzen angesiedelte Gruppe »Bader« arbeitete von etwa 1955 bis 1960 (oder sogar 1963). Sie war die Vorläuferin der Gruppen »Berg« und »Harz/Wolt-husen«. Sechs Schleusen nutzte die Gruppe »Bader« im Laufe der Jahre, zwei davon wurden bereits 1953 in Betrieb genommen; alle lagen im Bereich des Grenzregiments Gardelegen. Nach dem letzten Treff an der Schleuse »Garmisch« im Januar 1963 kehrten die Gruppenmitglieder über Berlin zurück, da in der Umgebung der Schleuse der Bundesgrenzschutz aktiv war. Das bedeutete zugleich die Auflösung der Gruppe.⁴⁷²

Gruppe »Berg«

Die Nachfolgegruppe von »Bader« übernahm die Zuständigkeit für sieben Personen- und Materialschleusen. An den sehr unterschiedlich stark genutzten Schleusen organisierte die Gruppe insgesamt zwischen 50 und 60 Schleusungen und absolvierte wohl über ein Dutzend Treffs in Berlin. 1967 musste die Arbeit der Gruppe, für die der Instrukteur Werner B. zuständig war, eingestellt und die Gruppe aufgelöst werden. Es gab Erscheinungen »innerer Zersetzung«, obwohl (oder weil?) die Gruppe eine eigene Parteigruppe bildete, von Geldgier war die Rede, Verwandte wurden auf eigene Faust in die Arbeit einbezogen, mindestens ein Gruppenmitglied stand unter »Gegnerbeobachtung«. Im Dezember 1968 sollte es eine letzte Aussprache in (Ost-)Berlin mit anschließender Übergabe der Mitglieder an die KPD geben. Das BdL (II) gab schlechter Arbeit der Abteilung VK die Schuld an der »Zersetzung«.⁴⁷³

Gruppe »Binder«

Die Gruppe war von 1952 oder 1953 bis 1958 im Bereich Salzwedel tätig. Seitdem wurden die beiden von ihr betreuten Personenschleusen nicht mehr genutzt. Zur Gruppe gehörten zwei Genossen aus Hamburg. Sie wurde betreut von dem Instrukteur Werner B.

⁴⁷¹ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 50, sowie Bl. 7, 131 u. 136.

⁴⁷² BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 38 f., 136 u. 215.

⁴⁷³ Ebenda, Bl. 37 f.; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 27.6.1967, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/49 v. 3.9.1968.

Gruppe »Clasen/Tanne«

Diese Gruppe war aktiv im Harz, von 1954 bis 1962 als Gruppe »Clasen«, dann bis 1964 als Gruppe »Tanne«. Zu ihrem Bereich gehörten fünf Personen- und eine Materialschleuse. 1964 waren die Gruppenmitglieder alt und krank, organisatorische Arbeit fand nicht mehr statt. 1967 wurde die Gruppe endgültig aufgelöst. Diese Auflösung hatte aber wohl auch damit zu tun, dass der Gruppenleiter »Hans« Abrechnungsschwierigkeiten hatte, die von den Instruktoren Friedrich und Waldert »ausgebügelt« werden mussten. Im Übrigen gab es im Bereich einer Schleuse der Gruppe »Tanne« ein »Vorkommnis« auf der Linie der Abteilung XV des MfS,⁴⁷⁴ durch das die Schleuse der Abteilung Verkehr, die »im Wirkungsbereich« der Schleuse der Abteilung XV lag, möglicherweise ebenfalls dekonspiriert war.⁴⁷⁵

Gruppe »Doberg«

Die von 1959 bis 1962 bestehende Gruppe an der Werra, die der Gruppe »Alex« folgte, löste sich 1962 durch das Ausscheiden ihrer Mitglieder, darunter das frühere Mitglied der KPD-Kreisleitung »Frank«, auf. Ihr folgte im gleichen Raum die Gruppe »Urwald«.⁴⁷⁶

Gruppe »Elch«

Die zum Teil mit der Gruppe »Arthur« personenidentische und im gleichen Raum Lübeck/Wakenitz/Ratzeburger See arbeitende Gruppe bestand ebenfalls bereits seit 1950. Sie betreute eine Materialschleuse, die gelegentlich auch als Personenschleuse genutzt wurde. Gruppenleiter und Instrukteur war auch hier »Herbert« (Hugo Dworznik). Der in dieser Gruppe ebenfalls tätige »Arthur« (aus Hamburg) war nach 1945 zeitweise bei der Kripo gewesen und hatte stabile Beziehungen zum Zoll in Rothenhusen. Er lieferte dem MfS Informationen über »Diversion bei einer Grenzeinheit von uns« und erhielt dafür von der Partei eine Prämie.⁴⁷⁷ Nachdem das dritte Gruppenmitglied bereits vor 1967 ausgeschieden war, wurde die Gruppe wegen ihrer Überalterung im November 1968 stillgelegt.⁴⁷⁸ Allerdings übernahm »Arthur« doch noch im Sommer 1969 einen Auftrag für einen Geldtransport an der Wakenitz. Seine in der Gruppe mitarbeitende Ehefrau besorgte auch nach »Arthurs« Tod noch Kurierfahrten für die Abteilung Verkehr.⁴⁷⁹

⁴⁷⁴ Bis 1956 Vorläufer der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), also Auslandsnachrichtendienst des MfS.

⁴⁷⁵ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 240 u. 260; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 317; auch BStU, MfS, HA II/MF/46, Aktennotiz v. 27.6.1967, Punkt 2.

⁴⁷⁶ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 272.

⁴⁷⁷ BStU, MfS, HA II/MF/42, Aktennotiz v. 8.10.1965, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 136.

⁴⁷⁸ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 35 f.; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 134.

⁴⁷⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 18.8.1969, Punkt 5; v. 10.9.1969, Punkt 5.

Gruppe »Harz/Wolthusen«

Die als Nachfolgerin für »Bader« aufgebaute Gruppe, der aus der aufgelösten Gruppe nur das Mitglied H. angehörte, musste sogleich wieder aufgelöst werden, da das MfS erfuhr, dass sie »unter voller gegnerischer Kontrolle« stehe.

Mit H. und zwei seiner Familienmitglieder, zwei weiteren Ehepaaren, von denen die Männer bei der Ilseder Hütte arbeiteten, sowie dem schon seit 1954 bei H. mitarbeitenden »Konstantin« wurde die Gruppe im Sommer 1968 als Versuch der verabredeten Neustruktur wieder aufgebaut. Von Mai bis Juli 1968 machten die Mitglieder mehrere Erkundungsfahrten zu ihren Übertrittsstellen. Wiederum erfuhr das MfS, dass die Gruppe schon bei diesen Fahrten vom Verfassungsschutz beobachtet worden sei. Der Gruppenleiter H. wurde im August 1968 zur Besprechung nach Berlin bestellt. Im November gab es eine abschließende Besprechung mit den vier beteiligten Männern, die wohl allein als Mitglieder der Gruppe behandelt wurden, mit der Mitteilung über die Auflösung und der Aufforderung, sich bei der DKP um Mitgliedschaft zu bewerben.⁴⁸⁰

Gruppe »Kiefer«

Die Gruppe sollte Ende 1967 als Ersatz für die aufgelöste Gruppe »Clasen/Tanne« aufgebaut werden. Leiter sollte der als besonders zuverlässig eingeschätzte »Konstantin« (aus Salzgitter) werden, der dann auch für den Aufbau der erneuerten Gruppe »Harz« in Anspruch genommen wurde. Die Gruppe kam aber nicht mehr zum Einsatz.⁴⁸¹

Gruppe »Lange«, ab 1966: »Laube«

Die Gruppe nahm nach einer Aufbauphase 1964 die Arbeit an der Trave auf, überwiegend Materialschleusungen. Bis gegen Ende 1966 war Hugo Dworznik auch hier Gruppenleiter und Instrukteur. Mitte 1965 gab es einen Mitgliederwechsel; »Horst«, ein Mann aus dem Hamburger Parteiapparat, trat ein, wurde aber im Frühjahr 1967 bereits wieder ersetzt. Zu den Besprechungen mit der Abteilung VK in (Ost-)Berlin kamen die Ehefrauen der Mitglieder mit; die waren auch über die Schleusungen informiert, nahmen allerdings nicht daran teil. Das löste zwar in der Abteilung VK Diskussionen aus, wurde aber von Paul Kaphengst akzeptiert. Man fuhr mit dem eigenen Pkw bis Berlin und dann mit der S-Bahn über Bahnhof Friedrichstraße nach Osten. Im Sommer 1967 wurde die Gruppe mangels anderer Möglichkeiten eingesetzt, spanische Genossen zu schleusen, die sie in Aachen an die deutsch-belgische Gruppe übergab. Die letzte Besprechung mit der Gruppe fand im Januar 1969 statt; dann wurde die

⁴⁸⁰ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 38 f.; BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 3.9.1968, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1750, Bl. 7–16.

⁴⁸¹ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 39 u. 215; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1750, Bl. 9–17; BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 2.8.1967, Punkt 4.

Arbeit eingestellt, obwohl noch im November 1968 abgesprochen worden war, die Gruppe weiterzuführen.⁴⁸²

Gruppe »M – Nord – Horst«

Die Gruppe mit Mitgliedern aus Hamburg besorgte Materiallieferungen. Ihr Gruppenleiter Helmut H.⁴⁸³ baute im Frühjahr 1960 die Materialgruppe auf. Dort erfuhr Hein Wipper⁴⁸⁴ von »Jan«⁴⁸⁵, dem verantwortlichen Mann für den Material-Verteilerapparat, die Liefertermine und holte das Material an der Grenze ab. »Jan« stimmte sich mit Paul Kaphengst ab. Im Übrigen war in der Abteilung VK Herbert G. für die Verbindung zu der Materialgruppe verantwortlich.

Der mindestens seit 1947 bestehende Verteilerapparat wurde unter »Norbert« (Franz Obermanns) von der SBZ/DDR nach Westen geführt. 1960 gab es eine Umstellung: Die Materialien wurden im Westen hergestellt. Nach einer neuerlichen Umstellung 1964 kam das Verteilmaterial aus der DDR.

»Jan« leitete den Verteilerapparat seit 1957. Obwohl »Jan« in den Akten des MfS als »Genosse Jan vom Verteilerapparat aus Hamburg« apostrophiert wurde, unterhielt er dort ein Scheinarbeitsverhältnis, besaß aber mindestens auch eine Wohnung in Berlin-Weißensee. Sein Apparat stieß vor allem beim BdL (II) auf erhebliche Skepsis.

Im März 1965 notierte Harnisch aus einem Gespräch bei Kaphengst: »Jan« wollte uns klarmachen, dass die westdeutschen Genossen im Verhältnis zu den Genossen der DDR eine vollkommen andere Einstellung zu vielen Fragen haben. »Jan« bestätigt Harnischs Eindruck, dass die Genossen der KPD alle beim Verfassungsschutz registriert seien. Auf Harnischs Forderung, dann dürfe kein so bekannter Genosse in seinem Apparat sein, wenn man sichergehen wolle, entgegnete »Jan«, Beispiele anführend, es sei unmöglich, Kader, die so lange illegale Erfahrungen hätten, zu ersetzen, ohne dass der Gegner sofort dahinter komme. Und um jedes Mal neu anzufangen, seien nicht ausreichend Kader zur Verfügung.

Allerdings fühlte man sich in (Ost-)Berlin bestätigt, weil der Apparat immer wieder von den Behörden der Bundesrepublik abgeräumt wurde. Es fiel dort auf, dass »Jan« bei den Aktionen »Sendepause« und »Spätlese« als einziger unbehelligt blieb. Aber auch Hein Wipper »sei interessanterweise [...] immer an den Kulminationspunkten in Erscheinung getreten«.

Zu Pfingsten 1965 wurde dann mit der Polizeiaktion »Pfungstrose«, die sich auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik erstreckte, der illegale Verteilerapparat der KPD

⁴⁸² BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 36 f. u. 62–65; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/47 v. 2.8.1967, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/49 v. 5.11.1968, Punkt 2.

⁴⁸³ Vgl. zu ihm bei »Die Westgruppen und das Geld« sowie »Kuriersystem«.

⁴⁸⁴ Hein Wipper, *1906, wohnte in Hamburg, war dort KPD-Funktionär; BStU, MfS, HA II/MF/39, Aktennotiz v. 2.11.1964, Punkt 6. Kaphengst benannte ihn 1958 im Vorfeld seiner Berufung zum stellv. Abteilungsleiter als Leumundszeugen im Fragebogen für die SED; Kaderakte, o. Pag., Fragebogen v. 10.11.1958.

⁴⁸⁵ Klarnamen nicht eindeutig geklärt.

zerschlagen. Die Zahl der Festgenommenen im Verlauf der Aktion, die an der von der Abteilung VK belieferten zentralen Verteilstelle in Wolfenbüttel ansetzte, war im Verhältnis zum Umfang der Aktion mit 31 Personen allerdings eher klein.

Das Thema beschäftigte die ZPKK der KPD. Das MfS warf die Frage der Weiterführung des Verteilerapparates auf. Wenn die gebotene MfS-Überprüfungsarbeit schneller vorankommen sollte, müsse ein Kontakt zu einem Genossen oder einer Genossin im Apparat hergestellt werden, der Kenntnis habe über alle Beziehungen von »Jan«. Dazu meinte man in der ZPKK: Eine solche Person gibt es nicht. Niemand außer ihm hat Kenntnis über das Funktionieren des Apparates, kennt die Anlaufstellen und »alle diese Fragen, die uns besonders interessieren«. Außerdem wäre solcher MfS-Kontakt problematisch, da man dem Gegner (namentlich: Verfassungsrichter Martin) auf keinen Fall Beweise in die Hand geben dürfe, »dass wir eine Verbindung der KPD zum MfS haben«.

In einer weiteren Besprechung des BdL (II) mit der ZPKK, für die »Roland« (Günter Weiß) teilnahm, im Frühjahr 1966 bestand Einigkeit: Der gesamte Apparat wird endgültig stillgelegt. »Es muss unter allen Umständen mit neuen Kräften ein anderer Apparat aufgebaut werden.«

Offenbar bestätigte sich aber, dass man für »Jan« keinen Ersatz hatte. Er machte weiter und die Kritik an seinem Apparat ging weiter. Ende Februar 1968 ging es wieder um mangelnde Konspiration, diesmal bei der Grenzabfertigung großer Sendungen: Wenn seine Fahrzeuge, die natürlich bundesrepublikanische Nummernschilder tragen, allzu locker die DDR-Kontrollen passieren, falle das anderen Westreisenden auf, die das prompt im Westen meldeten. »Jan« sei immer schnell bereit, solche Schwierigkeiten dann »auf die DDR [zu] schieben«.⁴⁸⁶

»Niels/Nero«

Die Gruppe ist in ihrem Ursprung eine der ältesten – wenn nicht die älteste –, aufgebaut 1947/48. Sie arbeitete im Bereich des Grenzregiments Schönberg, südöstlich von Lübeck. Bis 1967 nahm sie Schleusungsaufgaben wahr, seit 1963 39 Material- und 8 Personenschleusungen. Gruppenleiter war in den frühen Jahren der später an den Folgen eines Unfalls verstorbene Franz Löffler. Ihm folgte bis zum Frühjahr 1964 »Heinz« (Hermann Willruth, der zeitweilige Instrukteur der Westgruppen). Die Arbeit der Gruppe musste dann wegen organisatorischer Probleme (Disziplinlosigkeiten, Dekonspiration) bis zum Herbst 1965 unterbrochen werden; ob das Ursache oder Wirkung der Abberufung von Willruth war, ist nicht erkennbar. Kaum ein Jahr später kam es zu einer erneuten Dekonspiration und zu Auseinandersetzungen mit den Gruppenmitgliedern »Niels« und »Nero«, die sich von der Abteilung VK auch materiell

⁴⁸⁶ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 79–86; BStU, MfS, HA II, Nr. 25371, Bl. 44; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/39 v. 9.12.1964, Punkt 2; v. 14.12.1964, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/40 v. 12.3.1965, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/48 v. 26.2.1968, Punkt 11; BStU, MfS, HA II, Nr. 33030, Bl. 2–9, 16–18, 30 u. 61. Zu Verhaftungen in diesem Zusammenhang auch: »Haftbefehl gegen vier Kommunisten«. In: FAZ v. 25.11.1965.

schlecht behandelt fühlten. Umgekehrt urteilte das BdL (II) über die beiden, sie seien sehr auf materielle Vorteile bedacht und brächten kein Verständnis für erforderliche Sparsamkeitsmaßnahmen der Partei im Rahmen der Grenzarbeit auf. Im März 1967 wurde die Gruppe gelegentlich einer Besprechung in (Ost-)Berlin endgültig aufgelöst; die Mitglieder wurden der KPD »zur weiteren Mitarbeit übergeben«.⁴⁸⁷

Gruppe »Rudi«

Die Gruppe hat nur von 1960 bis 1961 im Probelauf an der Wakenitz zwischen Rothenhusener und Lenschower Brücke, also im Bereich des Auslaufs des Ratzeburger Sees, gearbeitet, ohne dass es bereits zu Schleusungen gekommen wäre. Die Gruppe traf sich regelmäßig mit dem Verbindungsoffizier bei der Grenzbrigade Perleberg. Im August 1961 wurden die drei Gruppenmitglieder festgenommen. Alle waren als KPD-Mitglieder bekannt und auch bereits bestraft, einer hatte von Anfang an unter Beobachtung gestanden. Die drei wurden zu Haftstrafen verurteilt; einer der Verurteilten hielt auch später den Kontakt zur Organisationsabteilung der illegalen Parteiführung, arbeitete aber nicht wieder für die Abteilung VK. Die Identität des Leiters der Gruppe, »Herbert« (Hugo Dworznik), der auch die Gruppen »Arthur« und Lange« führte, blieb unaufgeklärt.⁴⁸⁸

Gruppe »Urwald«

Die Gruppe setzte die Arbeit der Gruppen »Alex« und »Doberg« (seit 1959) ab 1963 fort. In ihrem Bereich gab es sechs Material- und Personenschleusen im Grenzabschnitt Werra (Sooden-Allendorf/Witzenhausen/Eschwege/Bremke/Friedland). Die Mehrzahl davon wurde allerdings seit den frühen sechziger Jahren nicht oder nur zu »Probelaufen« genutzt. Ihre am stärksten benutzte Übertrittsstelle war die Schleuse »Autobahn« (an der A 4, nahe dem Dorf Hönebach im Gebiet der Gemeinde Wildeck), wo bis 1968 Personen in beide Richtungen und auch Material geschleust wurden.

Dienstältester bei der Gruppe war »Alex«, der die Gruppe »Alex« geleitet und zuvor schon auf anderen »Linien« gearbeitet hatte: Er war für die »Deutsche Grenzpolizei« konspirativ tätig gewesen und hatte für die Aufklärung des MfS als »Ferdinand Fuchs« gearbeitet.⁴⁸⁹ Seine Tochter »Eva« war ebenso »altgedient«. »Wilhelm« (aus Frankfurt/M.) war bei der Gruppe »Alex« Instrukteur mit der Gesamtverantwortung; er besorgte auch die Transporte ins »Hinterland«. Auch das Mitglied »Alfred« war

⁴⁸⁷ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 34 u. 69–75; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/41 v. 23.7.1965, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 15.8.1966, Punkt 7; BStU, MfS, HA II/MF/48 v. 20.5.1968, Punkt 10.

⁴⁸⁸ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 123 f.; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 18.7.1966, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 31.10.1966, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/48 v. 26.2.1968, Punkt 7.

⁴⁸⁹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 298; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 2072, Bl. 25–28.

nicht nur in dieser Gruppe sondern von 1958 bis 1961 ausweislich seiner Personalakte als Geheimer Informant tätig.⁴⁹⁰

Die Gruppe »Urwald« wurde im November 1968 wegen »der neuen politischen Lage« stillgelegt.⁴⁹¹

Exkurs: Die Raketentruppe der Abteilung Verkehr

»Der Agitation dient auch der Raketenapparat, der seine Mitarbeiter in der SBZ ausbildet und dort sein Material herstellt. Er hat 1964 in Nürnberg und Düsseldorf insgesamt 13 Raketen mit Flugzetteln abschießen lassen. Weitere 11 Raketen stellte die Polizei vor deren Abschuss sicher.«

Aus: Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1964. In: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament B 33/65 v. 18.8.1963.

Die DDR hatte im Kalten Krieg mit einem naturgegebenen Nachteil zu kämpfen: den häufigen westlichen Winden über Mitteleuropa. Sie machten es der »psychologischen Verteidigung« in der Bundesrepublik Deutschland leicht, mit Flugblättern beladene Ballons dem Wind zu überlassen, dass er sie in die DDR trüge. Die sah sich genötigt, die Jak-11, ein Übungsjagdflugzeug, das ab 1952 für die damaligen Aeroklubs der Kasernierten Volkspolizei (KVP)-Luft beschafft wurde und sich aufgrund seiner Bewaffnung mit einem 12,7 mm MG als hinreichend geeignet erwies, auch zum Abfangen westdeutscher Propagandaballons einzusetzen.⁴⁹²

Die Abteilung Verkehr versuchte, ihr Propaganda-Soll mit Hilfe von flugblattgefüllten Raketen zu erfüllen, die sie durch Westgruppen einschmuggeln und abschießen ließ.

Entsprechende Aktionen gab es mindestens seit 1958. Da kam es nach langer Observation am 30. September zu einer großen Verhaftungsaktion. Der Verfassungsschutz müsse eine Quelle im Bezirks-Kopf Südbayern der illegalen KPD gehabt haben, schloss das MfS bei der späteren Aufarbeitung.⁴⁹³ Der Leiter der Münchner Raketengruppe sowie einige Mitglieder wurden festgenommen; er hatte Verbindung zur

⁴⁹⁰ Von ihm findet sich eine eigene GI-Akte »Klaus«, BStU, MfS, AIM 1589/66. Außerdem wird er als »Mitarbeiter der PO 2« bezeichnet; BStU, MfS, AP 8662/65, Bl.60.

⁴⁹¹ BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 39 f., 269 f. u. 277; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 10773, Bl. 29; Nr. 2072, Bl. 25–28; BStU, MfS, AP 8662/65, Bl. 11 u. 61 f.; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 298; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 10773, Bl. 29; BStU, MfS, AIM 1589/66.

⁴⁹² <http://www.flak11.de/JAK-11.htm>. Stand 2007.

⁴⁹³ Die Quelle soll der spätere »Egon« (Wilhelm Lietzau) gewesen sein, der nach 1962 für die politische Unterweisung der Westgruppen bei ihren Treffen in (Ost-)Berlin zuständig war; BStU, MfS, HA II, Nr. 28491.

zentralen Raketengruppe in der Bundesrepublik Deutschland. Auch von der fielen wichtige Mitglieder den Festnahmen zum Opfer.⁴⁹⁴

Nach dieser Information über den Raketenapparat, die nur dank der Bemühungen des MfS um die Entlarvung der damaligen Quelle erhalten blieb, klafft eine erhebliche Lücke, bis 1963 das BdL (II) die Bemühungen der Abteilung VK um den Raketenbau- und Einsatz dokumentiert hat.

Im November 1963 fand sich die Führung der Abteilung VK samt ihrem Pyrotechniker »Werner« mit einem hochrangigen Offizier der NVA in Begleitung zweier Techniker zusammen, um Versuche mit Raketenhülsen aus Pappe zu unternehmen, die eine Steighöhe zwischen 50 und 200 m erreichen sollten.

Während die Abteilung VK an neuen Raketen arbeitete, gab es offenbar im Westen noch Bestände der bisherigen Bauart. Eine davon, die nicht starten mochte, steckte ein Genosse, der sie anders nicht loszuwerden wusste, in den heimischen Ofen. Da explodierte sie dann doch noch und mit ihr der Ofen. Als Harnisch wesentlich später von dem Ereignis erfuhr und just in Gegenwart des Hamburger Westgruppenleiters »Herbert« danach fragte, fand er die Erklärung, man habe niemanden »verpetzen« wollen, höchst unbefriedigend. Viel zu hoch sei das Gefährdungs- und Dekonspirationsrisiko.⁴⁹⁵

Die Versuche waren wohl noch nicht überzeugend, denn erst ein reichliches halbes Jahr später ist von weiteren Versuchen die Rede. Diesmal stellte der Genosse Nimnich von der Abteilung E des MfS Sende- und Empfangsgeräte für die Fernzündung von Raketen vor und musste Fragen zu Zündverzögerungsmechanismen beantworten. Zur Durchführung von Versuchen ließ die Abteilung VK vom MfS auf ihre Kosten die nötigen Teile zum Bau von Sende- und Empfangs-Geräten beschaffen. Die praktischen Versuche wollten die Abteilung VK und die Abteilung E des MfS gemeinsam anstellen.⁴⁹⁶

Harnisch erfuhr dann bald, die Versuche seien im Beisein des Genossen von der Abteilung E erfolgreich verlaufen. Mitarbeiter der Abteilung VK vom Sender 904 hätten sich zugetraut, solche Systeme selbst zu bauen und gemeint, die Abteilung E werde nicht gebraucht; allerdings hätten sie dann fast einen Unfall verursacht. Im Übrigen

⁴⁹⁴ Ebenda, Bl. 4. Die amtliche Öffentlichkeitsarbeit der Innenminister auf diesem Felde war überaus zurückhaltend. Nach dem eingangs zitierten Text des Bundesinnenministers findet sich keine weitere amtliche Mitteilung zum Thema. Nach Auskunft des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, gibt es in den dortigen Beständen noch eine solche Propaganda-Rakete.

⁴⁹⁵ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 129. Eine andere Rakete startete ein Genosse später mitten in Hamburg. Leider verließ sie die vorgesehene Flugbahn, durchschlug ein Fenster und landete in der Wohnung eines Rechtsanwalts. Besonderes Glück: Der Anwalt stand der KPD nahe und verzichtete auf eine Anzeige; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 10820, Bl.32.

⁴⁹⁶ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 130; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/37 v. 3.6.1964, Punkt 3; v. 25.6.1964, Punkt 5.

habe das Erscheinen von Mitarbeitern der englischen Militärmission die Versuche gestört.

So entschloss man sich, dem aus Bequemlichkeit nicht gleich angenommenen Vorschlag von Harnisch zu folgen und die weiteren Versuche auf dem Schießplatz des Wachregiments des MfS zu unternehmen.⁴⁹⁷

Es brauchte den Hauptabteilungsleiter Personenschutz des MfS, Franz Gold, und den Kommandeur des Wachregiments, Heinz Gronau, um den Schießplatz unter einigen Vorbedingungen benutzen zu dürfen. An Wochenenden schien es am einfachsten und passendsten für die Schulungen der »westdeutschen Genossen«.⁴⁹⁸

Am folgenden Tage wolle man nun auf dem Übungsplatz Raketenversuche durchführen, erfuhr Harnisch Anfang September 1964. Und außerdem: Die KPD habe Vorschläge für Spezialisten in Westdeutschland entwickelt. Die waren allerdings unmittelbar darauf in der DDR erschienen und hatten sich offen damit gebrüstet, dass sie sich hier melden sollten, um Raketen abzuschießen.

Harnisch war offenbar einigermaßen entsetzt: Da könne man sehen, mit welcher Einstellung die Genossen der Partei in Westdeutschland die Angelegenheit betrachten. Dabei waren die Vorschläge »von sehr bewährten Genossen« gekommen.

Für Harnisch war die Konsequenz klar, »dass es doch richtiger wäre, eine Gruppe aus der DDR für diese Aufgaben zu spezialisieren und sie zu den geeigneten Momenten und bei evtl. Notwendigkeit zum Einsatz zu bringen, da ich mir von dieser Form mehr Erfolg versprechen würde. Daraufhin wurde mir gesagt, dass der Gedanke auch von den Genossen der Abteilung Verkehr erwogen wurde, aber er ist durch die Meinung der Genossen der KPD nicht zu verwirklichen.«⁴⁹⁹

Im September 1964 machte der Sektorenleiter Werner Schikora mit seinem Feuerwerker »Werner« auf dem Schießplatz des Wachregiments des MfS eine »Flugblattabschuss-Raketenübung«. Nur ein Viertel der Raketen explodierte in der Luft und warf Flugblätter aus, die anderen versagten. Um Ärger zu vermeiden, entschloss sich Schikora, Kaphengst erst einmal nicht über Einzelheiten zu informieren.⁵⁰⁰

Mitte Oktober sollten neue Raketenversuche unternommen werden. Diesmal sollten Harnisch und Kaphengst teilnehmen. Das BdL (II) übergab dazu die erforderlichen Materialien zur Fernzündung.⁵⁰¹

Über den Erfolg der weiteren Versuche findet sich nichts mehr in den Akten des BdL (II). Stattdessen gab es Diskussionen über die Auswahl und die Kriterien der Raketenschützen. Als die Raketenschüler »Alfred« und »Jürgen« zur Ausbildung erschienen, verlangte Harnisch nach deren Personendaten, um sie überprüfen zu können.

⁴⁹⁷ BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 5.7.1964, Punkt 1.

⁴⁹⁸ Ebenda, Aktennotiz v. 20.8.1964, Punkt 2 u. 7.

⁴⁹⁹ Ebenda, Aktennotiz v. 3.9.1964, Punkt 5.

⁵⁰⁰ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 112 f.

⁵⁰¹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/38 v. 5.10.1964, Punkt 5; v. 8.10.1964, Punkt 4.

Das sei nicht möglich, war die Antwort bei der Abteilung VK,⁵⁰² »da diese Genossen durch die KPD gestellt wurden und nicht bekannt sind«. Und warum, fragt er am Beispiel der Gruppe »Lange«, würden Westgruppen-Mitglieder zugleich für Raketenabschüsse eingesetzt? Sie seien dafür ausgebildet, war die Antwort und sie hätten auch nur zwei Aktionen mit großem Abstand gemacht, und, nachdem zu Pfingsten der Verteilerapparat aufgefliegen war, hätten sie Anweisung erhalten, die noch vorhandenen Raketen zu versenken.⁵⁰³ Die ausgebildeten Genossen in der Gruppe »Lange« seien die Einzigen, die ernsthaft an die Raketen-Tätigkeit gingen, wurde Harnisch dann später versichert. Sie hätten 30 Raketen erhalten, die demnächst vorwiegend in Kiel an der Howaldt-Werft eingesetzt werden sollten, da in Bremen und Hamburg die Lage gegenwärtig nicht gesichert sei. Man habe zwar auch eine Ladung Raketen nach Frankfurt/M. transportiert; wegen angeblicher Unsicherheit seien sie aber von den dortigen Genossen nicht abgenommen worden.⁵⁰⁴

Bei einer Besprechung mit der Gruppe »Alex« am 4. und 5. März 1967 ordnete Paul Kaphengst dann an, dass »Alfred«, »Arno« und »Anton« Einweisung in Umgang mit Feuerwerkskörpern und Raketen erhielten. »Arno« und »Anton« seien bereits zum Raketeneinsatz gewesen; sie würden als gut eingeschätzt von der Abteilung VK.⁵⁰⁵ Sie verdienten sich weiteres Lob im Sommer für den erfolgreichen Abschuss von Raketen ins Gelände des Volkswagenwerks. Das habe Aufsehen erregt in der Belegschaft. Andererseits handelte sich »Werner«, der Pyrotechniker der Abteilung VK, mehr und mehr Ärger ein. Nachdem er sich schon nachdrücklich hatte sagen lassen müssen, dass er mit seiner Absicht, tschechischen Sprengstoff einzusetzen, internationale Verwicklungen auslösen könne, stellten sich bei einer unangemeldeten Überprüfung seines Arbeitsgebietes »Unkorrektheiten« heraus. Sie veranlassten die Abteilung VK, Harnisch zu bitten, er möge sich nach einer personellen Alternative umsehen.⁵⁰⁶

Sommer und Herbst 1967 waren offenbar insgesamt eine sehr aktive Zeit der Raketen-truppe: die Gruppe »Lange« sei in der Raketenarbeit sehr versiert und habe eine gute Ausbildung. Ihre Arbeit, so werteten die Abteilung VK und BdL (II), sei »für den Gegner äußerst schädlich« und werde deshalb weiter fortgeführt.⁵⁰⁷ In Hamburg gab es sechs »Raketenaktionen« am Hafen und am Flughafen, auch noch einen weiteren Raketenabschuss auf ein VW-Werk (wohl in Kassel). Die Gruppe »Urwald« sollte

⁵⁰² BStU, MfS, HA II/MF/39, Aktennotiz v. 3.11.1964, Punkt 1.

⁵⁰³ BStU, MfS, HA II/MF/42, Aktennotiz v. 3.12.1965, Punkt 14.

⁵⁰⁴ BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 15.8.1966, Punkt 5.

⁵⁰⁵ BStU, MfS, HA II/MF/46, Aktennotiz v. 6.3.1967, Punkt 11.

⁵⁰⁶ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 27.6.1967, Punkt 3; v. 6.3.1967, Punkt 11.

⁵⁰⁷ BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 2.8.1967, Punkt 3. Die Gruppe war derart motiviert, dass sie eine höhere Auslastung wünschte; sie schlug vor, auch noch Plakate zu kleben.

eine Sonderlieferung Raketen an der Grenze übernehmen, um die Gruppe »Alfred« zu versorgen.⁵⁰⁸

1968 mussten dann wieder in erster Linie Probleme der Raketentruppe erörtert werden. Die Gruppe »Lange« hatte in Hamburg Raketen auf Bundeswehrobjecte abgeschossen, dabei war es zu Zündungsversagern durch »unsachgemäße Handhabung« gekommen. Das führte zu einer – letzten – Aussprache mit den Raketenschützen in (Ost-)Berlin. Anscheinend hatten einige der »Spezialisten« selbst an den Raketen gearbeitet. Das wurde ihnen nachdrücklich verboten, denn es sei leichtfertig. Raketenkonstruktionen würden bei der Abteilung VK festgelegt, Eigenkonstruktionen seien untersagt wegen der Gefahr der Dekonspiration.⁵⁰⁹

Gleich darauf kam das Ende der Raketentruppe: Der Sektorenleiter Grenze der Abteilung VK, Gottfried May, besprach mit »Harald« (Franz Blume) die »weitere Durchführung der Raketen-Tätigkeit«. Mit welcher »Losung« solle man angesichts der Neukonstituierung der DKP künftig an diese Tätigkeit gehen? »Harald« hielt eine Entscheidung des Politbüros für notwendig.

Die kam dann offenbar bald: Anfang November wurde in der Besprechung bei der Abteilung VK nur noch festgehalten, die Produktion von Raketen sei seit einigen Wochen eingestellt. Alle seien der Meinung, dass man »durch solche Aktionen« jetzt die DKP nicht schädigen dürfe.⁵¹⁰

⁵⁰⁸ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/47 v. 2.8.1967, Punkt 3; v. 17.8.1967, Punkt 5; v. 16.10.1967, Punkt 4; v. 14.11.1967, Punkt 10. Alfred war der Leiter der Sondergruppe (Raketentruppe) in der Grenzgruppe »Alex«; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 10773, Bl. 25.

⁵⁰⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/48 v. 29.4.1968, Punkt 10; v. 20.5.1968, Punkt 8.

⁵¹⁰ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/49 v. 9.10.1968; v. 5.11.1968, Punkt 2.

Kuriersystem⁵¹¹

»Durch den Postkurierapparat erhalten die Bezirksleitungen im Bundesgebiet schriftliche Mitteilungen der Parteiführung. Ebenso senden die Bezirksleitungen Berichte und Abrechnungen durch diesen Apparat an die Führung in den Sowjetsektor Berlins. Dieser Apparat unterhält ein weitgespanntes Kuriersystem.«

Aus: Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1964. In: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament B 33/65 v. 18.8.1963.

Die »Vor- und Frühgeschichte« des Stahlmann'schen Grenzapparates einschließlich des Kurierwesens ist eingangs anhand der wenigen darüber erschienenen Publikationen und spärlicher Aktenfunde dargestellt.

Nachdem Adolf Baier im Herbst 1952 in die DDR gegangen war, um dann – einige Zeit später – die Leitung der Abteilung VK zu übernehmen, ging die Führung des Grenzapparates einschließlich des Kurierwesens allmählich ganz in die Hände der SED über. Zwar hatte Baier mit Heinrich Lüdtkke aus Wuppertal einen Nachfolger in der Leitung des Kurierapparats, der diese Aufgabe bis Februar 1963 wahrnahm.⁵¹² Lüdtkke ist anscheinend, wie Baier, von der KPD für diese Aufgabe bestellt worden. Sein Vertreter seit 1962 und dann Nachfolger, Hermann Willruth aus Hamburg, wurde aber, wenn auch auf Empfehlung der illegalen KPD, von der Abteilung Verkehr in ihren »Apparat« übernommen. Er wurde als Instruktur, nicht mehr als Leiter des Kurierapparats tätig; zugleich war er bis zum Frühjahr 1964 unter dem Decknamen »Heinz« Leiter der Westgruppe »Nero«; auch der Kurierapparat lief oft unter dieser Deckbezeichnung⁵¹³. Ihm wurde für seinen Unterhalt ein Scheinarbeitsverhältnis in der Bundesrepublik besorgt.

In der Funktion des im Auftrag der Abteilung Verkehr tätigen Instrukturs war Willruth der erste und letzte aus dem Westen gekommene KPD-Funktionär; die Anleitung der Kuriere – wie der Westgruppen – wurde unmittelbar von der Abteilung Verkehr wahrgenommen.⁵¹⁴

Der »Abdeckung« des gesamten Kurier- und Transportwesens diente der Parteibetrieb »Deutscher Kraftverkehr Grünau« an der Herzbergstraße in Berlin.

⁵¹¹ Da sich die Bereiche der Westgruppen und der Kuriere aufs Vielfältigste überschneiden, lassen sich gelegentliche Wiederholungen gegenüber dem entsprechenden Abschnitt nicht vermeiden; andererseits hätte eine Zusammenfassung beider Gegenstände dem dann entstehenden Abschnitt die Überschaubarkeit genommen.

⁵¹² BStU, MfS, HA II/19, Nr. 1300, Bl. 55.

⁵¹³ Ebenda, Bl. 62.

⁵¹⁴ Nachweise und Einzelheiten im Abschnitt »Westgruppen«.

Die Kuriere wurden in der Regel vom Sektorenleiter Transport Karl Keller und einer Mitarbeiterin abgefertigt. Dazu fanden sie sich in Quartieren der Abteilung Verkehr am Strausberger Platz und an der Mollstraße in (Ost-)Berlin ein, übernachteten dort und erhielten ihr Geldpaket. In späteren Jahren meldeten sie sich meist beim Reisebüro Berlin, um von dort weitergeleitet zu werden.

Kuriere wurden tätig als Spezialkuriere für wichtige Post und für Treffs mit »verantwortlichen Genossen aus Westdeutschland«. Allgemeine Post tauschten sie, nach Schleusung,⁵¹⁵ an der Grenze aus oder brachten sie bei Nutzung offizieller Verkehrswege in konspirativen »Containern« (meist Taschen oder Koffer mit eingebauten Verstecken) in den Westen.

Lange Jahre als Kuriere eingesetzt wurden zum Beispiel die Hamburger Eheleute Helmut und Edith H. Helmut H. wurde 1960 von der Abteilung VK übernommen. Er baute in Hamburg eine Materialgruppe aus sieben Genossen auf, der auch seine Ehefrau angehörte. Sie hatten Material von einem Transporter der Abteilung VK aufzunehmen und an Anlaufstellen in der Bundesrepublik weiterzugeben, gelegentlich auch die ganze Transportstrecke zu übernehmen. Ab 1962 übernahm Helmut H. zusätzlich monatlich einen Geldtransport. Später wurde er von der Gruppenleitung entbunden und – mit einem Tarnarbeitsverhältnis in Hamburg – von der Abteilung VK als Mitarbeiter übernommen. Jahrelang transportierten H. und seine Frau Parteigeld, auch über benachbarte Länder. Da sich wegen seiner vielen Abwesenheiten H.s Tarnarbeitsverhältnis nicht aufrechterhalten ließ, erhielt er Geld zum Erwerb einer Taxikonzession in Hamburg.

Als die Materialgruppe Ende 1965 durch Verhaftung eines Mitglieds und Beobachtung eines anderen ausfiel, wurde die Arbeit der Gruppe eingestellt. Auch die H.s wurden nicht mehr eingesetzt. Da sie als »verlässlich und unbescholten« galten, wurde noch längere Zeit überlegt, sie auf andere Weise wieder zu verwenden. Erst im Oktober 1968 (DKP-Neukonstituierung) fiel die Entscheidung, sie endgültig nicht mehr für die Abteilung VK einzusetzen, da man sie von der Sicherungsgruppe Bonn des BKA beobachtet glaubte.⁵¹⁶ Die DKP erhielt Mitteilung, dass sie für die Parteiarbeit zur Verfügung stünden.⁵¹⁷

Manche Postkuriere übernahmen ihre Sendungen in (West-)Berlin. Bis dahin brachte sie dann von der Abteilung VK eine Verwandte der H.s, eine ebenso partei-

⁵¹⁵ So war dem BfV bekannt, dass Stefan Breuer, Baiers bei seinem Unfall auf der bayerischen Autobahn getöteter Fahrer, als geheimer Kurier wiederholt von Grenzgruppen geschleust worden war; Aussage Degenhardt, Mai 1965; BArch B 362/4724, Bl. 86.

⁵¹⁶ Tatsächlich weisen Presseberichte, die sich ausdrücklich auf Verfassungsschutzinformationen beriefen, 1972 auf eine recht intensive Kenntnis des Verfassungsschutzes über den »Geldapparat« hin, der die DKP über Ostberliner Quellen mit Barmitteln versorgte für Finanzierung von Personal, Ausstattung und AgitProp-Material; vgl. z. B. Hannoversche Zeitung v. 28./29.10.1972. Diese Berichte wurden im MfS gesammelt und ausgewertet.

⁵¹⁷ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 3837, Bl. 4–19, 22 f. u. 36.

und pflichttreue wie bescheidene Genossin. Sie pflegte aus Sparsamkeitsgründen trotz des größeren Risikos mit der S-Bahn nach (Ost-)Berlin zu fahren und tat ihren Dienst bis zum Frühjahr 1973, damals schon 68 Jahre alt.⁵¹⁸

Geldtransporte übernahmen auch Mitarbeiter von Westunternehmen und festangestellte Mitarbeiter der Abteilung Verkehr. Anfang 1964 hatte allerdings Harnisch zu erwägen gegeben, solche Transporte durch das MfS erledigen zu lassen. Dazu wollte er immerhin »noch die nächste politische Entwicklung in Westdeutschland« abwarten. Zugleich hielt er aber fest, dass Baier »das zentralisierte System, in Westdeutschland, welches ständig durch den Gegner in Erfahrung gebracht wurde«, ⁵¹⁹ bereits dezentralisiert hatte. Die nunmehr eingeführte »Dezentralisierung« wurde »von den NATO-Ländern aus gesteuert«. ⁵²⁰

Gleich in einem der ersten Gespräche Steidls mit Harnisch tauchte das Thema Geldtransporte wieder auf: Die Arbeitsweise müsse geändert werden. Steidl schien es unverantwortlich, so große Summen – wie das offenbar üblich war – auf den Weg zu bringen. Und einen Transport, der erst nach einer vollen Woche über die ČSSR, Österreich, Italien, Frankreich schließlich nach Belgien gelangt war, hielt er für unvertretbar. Steidl ließ sich bei Mielke einen Termin geben, um mit ihm eine Abstimmung künftiger Transporte zu erzielen. Er wollte in Frankreich und Belgien feste Depots einrichten, wo dann die Empfänger das Geld abholen konnten. ⁵²¹

Ende Mai erfuhr Harnisch, diesmal von Kaphengst, wie die letzte Reise verlaufen war, »die im Zusammenhang steht mit den Aufgaben, die mit unserem Minister besprochen wurden«. Kaphengst schilderte diese Reise, die über Prag, Mailand, Rom, Paris, Brüssel, Kopenhagen und zurück nach Berlin führte, einschließlich aller Details über die Kontrollverfahren an den einzelnen Stationen. In Paris hatten sie eine Anlaufstelle außerhalb der Stadt. Von dort fuhren sie zu einem »speziellen Quartier« im Haus der KPF in Paris. Ihr Gesprächspartner, gleichzeitig auch Verbindungsmann und Dolmetscher war »Jack Dennis« (Jacques Denis), Mitglied des Politbüros. Mit ihm erzielten sie grundsätzliches Einverständnis über Hilfe und Unterstützung beim Transport

⁵¹⁸ Ebenda, Bl. 8; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 45 f.

⁵¹⁹ Deshalb hatten sich Baier und die KPD bereits Gedanken gemacht, »ob der Gegner in diesem Apparat unmittelbar verankert« sei. Solche Sorge hatte gute Gründe: Ein KPD-Funktionär in München, der Kenntnisse über Geldtransporte via Wien und Salzburg hatte, wurde durch eine KPD-Untersuchung mit Unterstützung des MfS »entlarvt«; er habe fünf Jahre als VM für das BfV gearbeitet; BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 25.2.1966, Punkt 3.

⁵²⁰ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 292. Harnischs Erwägungen hätten das Bemühen der KPD, sich keinesfalls Verbindungen zum MfS nachweisen zu lassen, konterkariert. Von solchen Erwägungen ist später nichts mehr zu lesen.

⁵²¹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/43 v. 15.2.1966, Punkt 1 (das erste Gespräch war am 5.2.1966 gewesen); v. 25.2.1966, Punkt 15.

von Geld und Material. Es erschien möglich, Geld über Banken zu transferieren. Im Detail wollten die Franzosen sich »die Angelegenheit durch den Kopf gehen lassen«.

In Brüssel, so Kaphengst habe es Kontakt mit dem Politbüro-Mitglied »Dekonink«, ⁵²² einem Freund Hermann Materns gegeben. Belgische Genossen sollten nach den Vorstellungen der Delegation der Abteilung Verkehr versuchen, »bestimmte Abwicklungen über den Außenhandel vorzunehmen«.

Zur nächsten Erörterung mit den Franzosen wollte man sich in Berlin treffen und wegen Terminabsprachen die Genossen von der KPD zuziehen. Beteiligt würde ein Genosse S. ⁵²³ sein, der sein Büro in einer französischen Stelle in der Friedrichstraße in (Ost-)Berlin habe; er sei für Wirtschaftsvereinbarungen zuständig. Diesen Genossen S. kannten sie alle nicht. Noch fünf Monate später musste Harnisch die Abteilung Verkehr um die Personalien dieses Genossen bitten, um ihn überprüfen zu können. Seine »Stelle in der Friedrichstraße sei eine reine Parteiangelegenheit«, auf die das MfS keinen Einfluss habe. ⁵²⁴ Die Kontakte zu den Franzosen blieben nicht lange geheim. Im Juni 1966 lasen Steidls Mitarbeiter im Industrie-Warndienst ⁵²⁵, die KPF schalte sich in die Abwicklung internationaler Handelsverträge ein. Zugleich kam von französischer Seite die Mahnung zu äußerster Vorsicht: Die Verbindungen zur KPD seien schon dreimal aufgefliegen. ⁵²⁶

Immerhin kam es zu einer weiteren Absprache mit den französischen Genossen unter Teilnahme von S. Dabei wurden folgende Möglichkeiten erörtert:

- Banküberweisungen (die aber nur in Dollar ausgezahlt werden könnten);
- Übergabe von 1 000 DM-Banknoten in Beträgen bis zu 100 000 DM;
- Übernahme durch Personen, die als Händler in die DDR reisen. ⁵²⁷

Steidl nahm sich die Sicherheitswarnung der Franzosen zu Herzen. Nun wollte er möglichst umfassend über S. informiert sein. Aber die SED wusste nichts über ihn.

⁵²² Richtig wahrscheinlich: Albert de Koninck, der als »Victor« um 1943 Kommandant einer Belgischen Partisanengruppe in Flandern gewesen war; vgl. <http://www.getuigen.be/Getuigenis/3den/Moreau-Patrick/index.htm>. Stand VI 2009.

⁵²³ Über diesen Genossen ließ sich nichts herausfinden. Das Internet kennt den Namen nicht; ein Bezug zu phonetisch ähnlichen Namen ist nicht zu erkennen.

⁵²⁴ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 25.5.1966, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 18.10.1966, Punkt 4.

⁵²⁵ Industrie-Warndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit, Redaktion Bonn, Nr. 14, 21.5.1966, XVI. Jahrgang: »B) Paris als Drehscheibe für den Osthandel«. Ein unmittelbarer Zusammenhang der Meldung mit den Geldtransport-Aktivitäten der Abteilung Verkehr ist nicht zu erkennen; es geht um erzwungene Provisionen für die KPF im Osthandel.

⁵²⁶ Viele Jahre später (Die Tageszeitung v. 30.3.1990 u. FAZ v. 15.10.1991) gab es noch Pressemeldungen über frühere SED-Geldlieferungen an die KPF; mit einiger Wahrscheinlichkeit handelte es sich dabei um Sendungen zugunsten der KPD oder der DKP.

⁵²⁷ BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 20.6.1966, Punkt 10.

S. war bei der KPD akkreditiert. So nahm er sich vor, bei der nächsten Reise nach Paris Auskünfte einzuholen.⁵²⁸

Unterdessen liefen Geldtransporte auch auf anderen neuen Schienen: Geld wurde zur DDR-Botschaft in Ungarn gebracht. Dorthin kam der Genosse »Fritz« aus Österreich, das Geld abholen. Er brachte es ins Parteihaus in Wien, wo dann die Genossen der KPD als Abholer auftauchten. Es wurde also offenbar kein Problem darin gesehen, auch staatliche Einrichtungen der DDR in die Finanzierung der KPD einzubeziehen.

Geld für die »Massenorganisationen« – also zum Beispiel die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes oder die Deutsche Friedensunion – wurde an eine neue Adresse in Metz gebracht.⁵²⁹ Ein Jahr darauf war Käthe Klösters aus Hanau⁵³⁰ im Sommer 1967 bei Paul Kaphengst, um Geld für die DFU abzuholen. Sie hielt die Verbindung zur Abteilung im Auftrage von Helmut Rödl von der DFU, der im Rheinland lebte.⁵³¹

Das Geldtransportwesen war aber für die Abteilung auch immer wieder von Ärgernissen und Unzulänglichkeiten begleitet.

Harnisch musste Steidl auf eine westdeutsche Rundfunkmeldung hinweisen, die Geldlieferungen für die KPD klappten nun besser und kämen pünktlicher. Steidl wunderte sich nicht sonderlich über eine solche Meldung. Er erregte sich über die leichtfertige Arbeitsweise mit »Westgeld«; das könne unmöglich so weitergehen. »Herta«⁵³² sei mit einer Tasche mit einem eingebauten Container durch die Bundesrepublik Deutschland nach Metz gefahren. Die Tasche sei von dort zurückgeschickt worden – für den an Postkontrollen gewöhnten Steidl offenbar eine Horrorvorstellung.

⁵²⁸ BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 25.11.1966, Punkt 6.

⁵²⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 27.6.1966, Punkt 8; v. 21.7.1966, Punkt 14.

⁵³⁰ Käthe Klösters, *etwa 1923, war 1946 Stadtverordnete für die KPD in Hanau gewesen (FAZ/Rhein-Main-Zeitung Nr. 137 v. 16.6.2006, S. 74). Sie hatte den Jahreskurs der Franz-Mehring-Schule besucht, galt bei der Abteilung VK als äußerst vertrauenswürdig; BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 25.8.1967, Punkt 3. Käthe Klösters war später Mitglied des DKP-Kreisvorstands Hanau.

⁵³¹ Helmut Rödl, ehemaliger hoher FDJ-Funktionär, DFU-Mitglied, war 1963 Teilnehmer des Parteitages der illegalen KPD in Klein-Machnow, 1969 Mitglied des DKP-PV; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, Dokument 521, BfV-Analyse Kommunistische Wirtschaftsunternehmen, 1976, S. 2083.

⁵³² BStU, MfS, AS, Nr. 126/77, Bl. 297–300. Es ist nicht gewiss, um welche »Herta« es hier geht, auch nicht, ob dies ein Klarname oder ein Deckname ist. »Herta« war wohl nur eine von vielen Frauen fortgeschrittenen Alters, die für die Abteilung Verkehr von der KPD für den Weitertransport von Geld eingesetzt wurden; im Jargon des Verfassungsschutzes der Bundesrepublik war deswegen vom »Oma-Apparat« die Rede.

Aber auch sonst hatten Kontrollen unerfreuliche Zustände ergeben: »Reinhardt«⁵³³ hatte noch 2 000 DM zu Hause liegen, hatte außerdem einen Westfernseher als Prämie erhalten. In Hamburg lagen seit Anfang März 3 000 DM ohne Abrechnung. Beim Genossen Karl (nach den Umständen wohl Karl Friedrich, Mitarbeiter der Abteilung VK) lag Geld. Der Genosse »Bernhardt« (aus [West-]Berlin) hatte von Baier 5 000 DM Kredit bekommen, die er bis zum Frühsommer 1966 nicht zurückgezahlt hatte.⁵³⁴

Solche Probleme gab es auch in späteren Jahren: Ende 1970 beklagte sich Fritz Hamm, früherer stellvertretender KPD-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz und zeitweiliger Mitarbeiter des PV der DKP, es fehle Geld. Der Verdacht klebte an Kaphengst, weiterzuleitende Parteigelder unterschlagen zu haben. Seine Ausreden fand Steidl fadenscheinig.⁵³⁵

Wegen der bürokratischen Grenzabfertigung der Kuriere bedurfte es 1971 einer Entscheidung Erich Honeckers, damit die Geldtransporteure der Abteilung Verkehr die Grenze gebührenfrei passieren durften und umstandslos in der DDR untergebracht werden konnten.⁵³⁶

Steidl stellte 1966 den Antrag, eine Genossin von der Kasse (des ZK) zur Abteilung VK zu versetzen, um dort endlich Ordnung in die Planung und Verwaltung von »Westgeld« zu bekommen.⁵³⁷ Später ordnete Steidl eine besonders strenge Kontrolle des Umgangs mit Westgeld in der Abteilung an und musste dafür in Kauf nehmen, dass seine Stellvertreter und die übrigen verfügbaren Mitarbeiter ob des mangelnden Vertrauens beleidigt waren. Beträge über 300 DM mussten vom Abteilungsleiter abgezeichnet werden, Barbestände wurden aufs Äußerste reduziert.⁵³⁸

Nicht nur für die interne Kontrolle, vor allem für den Geldtransport, hielt Steidl schon bald, nachdem er sich mit den Abläufen in der Abteilung vertraut gemacht hatte, »die Schaffung neuer Kader« für geboten. Die Einstellung bereits überprüfter Kader stellte er zurück. In Absprache mit Hermann Matern entschied er sich dafür, beim

⁵³³ »Reinhardt«, auch »Reinhard Krüger«, aus (West-)Berlin, »Verbindungsmann« für Briefbeförderung, wurde von der Abteilung VK mit Reisedokumenten ausgerüstet. Ende Oktober 1964 war er bei einer Tour nach Wien für die Abteilung VK überfällig. Er schied 1969 aus den Diensten der Abteilung Verkehr aus, allerdings mit dem Vermerk »kann für andere Zwecke verwendet werden«. Da zumindest hing ihm offenbar die Geldangelegenheit nicht mehr an. Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 18.8.1969, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/38 v. 9.9.1964, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/MF/39 v. 9.10.1964, Punkt 3; v. 27.10.1964, Punkt 3; v. 14.12.1963, Punkt 1; v. 20.11.1964, Punkt 3; v. 22.12.1964.

⁵³⁴ BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 25.5.1966, Punkt 4.

⁵³⁵ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 248.

⁵³⁶ BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 18.1.1971, Punkt 6. Honecker war damals noch der für Sicherheitsfragen zuständige Sekretär im ZK der SED.

⁵³⁷ BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 18.10.1966, Punkt 7–9.

⁵³⁸ BStU, MfS, HA II/MF/48, Aktennotiz v. 10.1.1968, Punkt 9. Ob diese Steidls großzügigem Umgang mit Geld eher widersprechende Anordnung wirklich umgesetzt wurde, ist nicht verifizierbar.

Geldtransport erst einmal einige Frauen einzusetzen, wenn diese feste Bindungen in der DDR hätten – darauf hatte das MfS Wert gelegt. Steidl plante, in verschiedene Bezirke zu fahren und mit den SED-Bezirkssekretären über geeignete Vorschläge zu sprechen.⁵³⁹

Mit dem Apparat zur Geldversorgung der Massenorganisationen in der Bundesrepublik allerdings wollte Steidl schon zum Ende des Jahres 1966 Schluss machen, weil die KPD ihren Teil der Arbeit nicht brachte: Sie leistete keine hinreichende Unterstützung. Es sah auch danach aus, dass es ein Problem mit einer 70-Jährigen gab, die als Kurier tätig war; Kaphengst hatte aus der KPD erfahren, sie sei erkannt worden.⁵⁴⁰

Aber auch mit anderen Mitarbeitern aus dem Kurierapparat gab es Probleme: »Jan«, Leiter des Verteilerapparats, und »Alfred« (Verbindungsmann zu den Kurieren mit Sitz bei der DKV Grünau) gefährdeten – so Steidls Bewertung – den Verbindungsweg für Geldtransporte nach Straßburg. Denn Presseberichte in der Bundesrepublik zeigten, dass deren Reisen über Prag und Zürich nach Straßburg öffentlich bekannt waren, bei denen sie unterwegs im westlichen Ausland Matern an Druckereien auslieferten; die Drucksachen wurden dann per Post in die Bundesrepublik befördert. Wenig später bestätigten sich Steidls Sorgen: »Alfred« war auf einer Reise über diese Route in Zürich aufgefallen. Die ZPKK (der KPD) untersuchte die Angelegenheit.⁵⁴¹

Zuvor waren im Elsaß und in Lothringen noch Anlaufstellen und Depots für Geld ausgetauscht worden: zwei in Straßburg, eine in Metz aufgegeben, dafür eine in Straßburg neu eingerichtet worden. Der Probelauf war gelungen. Paul Kaphengst war nach Prag gereist, hatte dort im Gebäude des ZK der KPTsch in einem der Abteilung VK zur Verfügung stehenden Raum Geld an »Arno« und »Reinhard Krüger« (der also trotz der »unerfreulichen Zustände« weiter in Anspruch genommen wurde) übergeben. Beide waren über Ungarn nach Jugoslawien gereist, hatten dort ein Einreisevisum erworben und benutzten nun statt des (gefälschten bundesrepublikanischen) Reisepasses einen (ebenso gefälschten) Personalausweis. Mit dem gelangten sie ohne Zwischenfälle über Italien, die Schweiz und schließlich nach Straßburg an ihre Anlaufadresse.

Nun sollte »Arno« vorsorglich für ein Jahr aussetzen. In dieser Zeit sollte ihn ein anderer, noch zu findender Kurier ersetzen, der andere Anlaufstellen zu nutzen und anschließend ebenfalls ein Jahr auszusetzen hätte.⁵⁴² Straßburg, so die neue Erkenntnis bei der Abteilung VK, sei für den Umschlag von Geld äußerst ungünstig. Dort liefen zu viele Fäden zusammen. Deshalb wurde im März 1967 mit der KPD-Führung verab-

⁵³⁹ BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 10.11.1966, Punkt 3.

⁵⁴⁰ Ebenda, Aktennotiz v. 9.12.1966, Punkt 4. In der Abteilung wurde spekuliert, das müsse »Herta« sein.

⁵⁴¹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 12.1.1967, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 6.3.1967, Punkt 3.

⁵⁴² Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 12.1.1967, Punkt 14; BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 16.3.1967, Punkt 4.

redet, nur noch einmal eine Lieferung dorthin zu bringen und anschließend das Depot aufzugeben.⁵⁴³

Zeitgleich waren auch in Kopenhagen zwei Anlaufstellen eingerichtet worden.

Für Kurierfahrten auf dem Seeweg nach Norden und weiter gen Westen hatte die Abteilung VK seit vielen Jahren einen Spezialisten zur Verfügung: Erwin Zinaleske, einen Mann mit Offizierspatent für die Handelsschiffahrt.⁵⁴⁴

Als angeblicher DDR-Bürger heuerte der Westberliner »Zinaleske« (richtig: Zinaleske) über die Seereederei der DDR auf DDR-Schiffen an. Mit Hilfe des MfS erhielt er im Sommer 1965 Dokumente für Reisen nach Norwegen, Dänemark und Schweden; für Holland und Belgien war er bereits entsprechend ausgerüstet. Der Kapitän erhielt die notwendigen Informationen. So konnte »Zinaleske« in Skandinavien über den für die Seereederei tätigen Schiffsmakler ohne persönliche Kontrolle in die Hafenstädte gehen.

Wegen der häufigen Termine, die die KPD vorgab, reichte es nicht aus, dass »Zinaleske« auf der begrenzten Zahl von Schiffen anheuerte, deren Kapitäne bei der Abteilung VK »unter Vertrag standen«. Deshalb erhielt Harnisch die Namen aller in Frage kommenden Kapitäne, um sie überprüfen zu können, sodass »Zinaleske« dann selbst bei den entsprechenden Schiffen anheuern und als »zeitweiliger Bordoffizier auf diesen Schiffen in Erscheinung« treten konnte.

In der Regel verliefen seine Touren scheinlegal: Er bekam von der politischen Abteilung der Seereederei der DDR, deren Abteilungsleiter Stiehler er unterstand, einen Heuerschein und musterte über das Seefahrtsamt auf einem Schiff an, dessen Kapitän über seinen zeitweiligen »Wachoffizier« im notwendigen Umfang informiert wurde. »Material«, das er mitzunehmen hatte, wurde mit Hilfe des MfS an Bord gebracht. Dort wurde folgende »Legende erarbeitet«: Der Offizier fährt bis Rotterdam, geht dort von Bord, wird mit einem anderen Schiff in einen DDR-Hafen zurückkehren. Persönliche Kontrollen von Offizieren und Mannschaften in fremden Häfen fanden nicht statt; der Kapitän präsentierte die Dokumente. Auch Devisenkontrollen waren nicht

⁵⁴³ Ebenda, Aktennotiz v. 27.4.1967, Punkt 9.

⁵⁴⁴ Zwar gibt es über die Fahrten des damals in (West-)Berlin ansässigen Erwin »Zinaleske« im Auftrag der Abteilung nur Berichte aus den Jahren 1965 bis 1967; dazu aber einen Vermerk Harnischs vom November 1970, indem er feststellt, nur dank falscher Angaben Kaphengsts sei unerkannt geblieben, dass Zinaleske mit Rücksicht auf Unterlagen aus dem Jahre 1958 für die Kurierfahrten gar nicht hätte eingesetzt werden dürfen; BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 17.11.1970, Punkt 3. Allerdings hatte es im Sommer 1965 schon einmal eine Suspendierung »Zinaleskes« gegeben. Nach Klärung der »Angelegenheit« wurde er wieder eingesetzt; BStU, MfS, HA II/MF/41, Aktennotiz v. 2.7.1965. Zinaleske, *1930, hat im Gespräch 2009 nur noch wenige Erinnerungen an seine Arbeit für die Abteilung Verkehr, kann aber noch bestätigen, dass Herbert Dettmann (an dessen Weggang nach Hamburg er sich erinnert) und Paul Kaphengst für ihn zuständig waren; Dettmann auch mit ihm bei Steidl gewesen ist. Ebenso bestätigt er, dass bei der Deutschen Seereederei Stiehler und Lanzmann von der politischen Abteilung die für ihn Verantwortlichen waren.

üblich. Bei Landgängen regelte der jeweilige Schiffsmakler alle Behördenprozeduren, sodass »Zenaleske« nie selbst mit ausländischen Behörden in Berührung kam.

Etwas komplizierter wurde es, wenn »Zenaleske« illegal mitreiste. Dann musste, zumal auf kleinen Küstenmotorschiffen, der Kapitän selbst ihn an Bord und von Bord bringen und ihn unterwegs in seiner Kajüte unterbringen. Solches Verfahren wurde nur mit Kapitänen geübt, die der Abteilung VK und dem MfS besonders vertrauenswürdig erschienen.

So musterte »Zenaleske« zum Beispiel im Juni 1966 auf dem MS »Rybnitz« an bis Antwerpen. 130 000 DM deponierte er in Antwerpen und in Brüssel; bei den Depotbetreibern lief er als »Peter«. Dann ging er mit dem MS »Tyssow« wieder von Antwerpen zurück. Bei anderen Touren war »Zenaleske« zunächst ohne »Material« unterwegs; das erhielt er unterwegs, zum Beispiel in Kopenhagen von der Depotbetreuerin »Elsa«, um es dann weiterzubefördern.⁵⁴⁵

In Kopenhagen gab es später auch Kontakte zur KP Dänemarks. Offenbar war auch in deren Quartier – ähnlich wie in Prag – ein Raum für die Abteilung Verkehr reserviert. Denn Harnisch notierte, dass in den darüberliegenden Wohnungen »bestimmte Hilfsmittel eingebaut [wurden], um dieses Büro unter Kontrolle zu bekommen«. Kontaktmann war dort der Genosse »Ingmar«, den Harnisch Ende 1969 kennenlernte.⁵⁴⁶

Auch im Binnenland gab es eine anhaltende Suche nach geeigneten Transferwegen für die Mittel zur Unterhaltung der KPD. Im Mai 1967 wurde ein Kurier über Kopenhagen nach Brüssel geschickt, um dort zu erkunden, ob über die Westfirma Socoli⁵⁴⁷ Geld auf eine Bank nach Brüssel gebracht werden könnte. Bei positivem Ergebnis sollte das gleiche auch in der Schweiz versucht werden.⁵⁴⁸

Bei einer Frankfurter Bank wurden versuchsweise 50 000 DM deponiert. »Frank« (Willi Gerlach, Finanzverantwortlicher der KPD) wollte dieses Depot »für mehrere Kanäle« nutzen. Die Abteilung Verkehr bestand auf nur einem Begünstigten und zog es vor, weitere Stützpunkte zu schaffen.⁵⁴⁹ Auch sonst befasste sich Steidl damit, das

⁵⁴⁵ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/41 v. 2.7.1965; v. 5.7.1965, Punkt 5; v. 17.7.1965, Punkt 4; v. 23.8.1965, Punkt 10; BStU, MfS, HA II/MF/42 v. 8.10.1965, Punkt 6; BStU, MfS, HA II/MF/43 v. 5.1.1966, Punkt 5; v. 6.1.1966, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 2.6.1966, Punkt 8 f.; v. 20.6.1966, Punkt 3 u. 11; v. 21.7.1966, Punkt 8; v. 15.8.1966, Punkt 6; v. 16.8.1966, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 16.3.1967, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 17.11.1970, Punkt 3.

⁵⁴⁶ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 14.4.1969, Punkt 13; BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 11.11.1969, Punkt 1. Über »Ingmar« ist außer seinem bürgerlichen Namen nichts weiter bekannt.

⁵⁴⁷ Maschinenexport-Unternehmen mit Sitz in Brüssel, wirtschaftlich vom Außenhandel (Schalck-Golodkowski) betreut, bei dem mehrere KPD-Funktionäre, u. a. Emil Bechtle, Scheinarbeitsverhältnisse hatten; BStU, MfS, HA II/MF/48, Aktennotiz v. 15.3.1968, Punkt 8 f.

⁵⁴⁸ BStU, MfS, HA II/MF/46, Aktennotiz v. 27.4.1967, Punkt 6.

⁵⁴⁹ Ebenda, Aktennotiz v. 27.6.1967, Punkt 4.

Geldtransportwesen zu verbessern. Er bemühte sich, neue Kuriere zu gewinnen.⁵⁵⁰ Zur Risikominderung beabsichtigte er, nur noch Sendungen bis zur Höhe von 50 000 DM auf den Weg zu geben und den Kurieren zur Abdeckung ein Konto einzurichten.⁵⁵¹

Dann kam der Gedanke auf, mit Hilfe der KPI Transfers auch über Italien möglich zu machen. Die Gespräche mit der KPI trug Matern Steidl und Kaphengst auf, weil »die KPD mit der KPI nicht richtig in Kontakt kommt«. Harnischs Wiedergabe des Berichts über diese durch weite Teile Europas führende Reise hat trotz des bürokratischen Tons den Reiz eines Politkrimis:

»Protokoll von Gerhard Harnisch vom 24. Juli 1967, Punkt 7:

Über die letzte große Reise wurde mir mitgeteilt, dass entsprechend vorheriger Ankündigung der Gen. Jupp *Steidl*, Paul *Kaphengst*, Walter *Neumann* und Arno *Melcher*⁵⁵² mit dem Pkw über Prag nach Budapest, von Budapest nach *Jugoslawien*, von dort nach *Triest* und dann nach Italien nach Rom gereist sind. Dort haben sie mit dem Genossen des Politbüros der italienischen Partei, *Kossuta*,⁵⁵³ eine eingehende Aussprache geführt, wo im Wesentlichen festgelegt wurde, dass die italienische KP bereit ist, Unterstützung zu geben. Es wurde im Prinzip vereinbart, dass einmal von uns eine Genossin nach Italien reist und einmal eine italienische Genossin ins sozialistische Lager kommt, die dann die bei uns stehenden Aufgaben des *Transports* von Geld erledigen.

Vorwiegend wird vorgeschlagen, in Norditalien in den Städten *Mailand* oder *Turin* eine Ausgangsbasis zu schaffen, da von dort günstigere Möglichkeiten nach Frankreich, Schweiz und nach Österreich bestehen. Es wurde festgelegt, von der italienischen KP einen Genossen zu bestimmen, der diese ganze Angelegenheit steuert. Die entsprechende *Bezahlung* wird durch die SED durchgeführt und die künftigen Absprachen oder Festlegungen werden in der ČSSR in *Prag* oder in einer anderen Stadt getroffen.

Zur Betreuung in Rom wurde vom Politbüro der persönliche Vertraute des Gen. *Longo*, der Gen. *Segre*⁵⁵⁴ abgeordnet.

Bei der Rückreise nach Frankreich, wo man einen Teil per Eisenbahn zurücklegen musste wegen Autopanne, wurden in Paris Festlegungen getroffen, dass die *Franzosen* zur nächs-

⁵⁵⁰ Erkennbar beteiligte sich Paul Kaphengst auch noch nach seiner Umsetzung nach Hamburg an diesem Bemühen: Er schickte dazu im Sommer 1969 z. B. eine Hamburger Genossin. 1970 sollte auch der Geschäftsführer der Firma Interschiff zum »Transport von Finanzen« eingesetzt werden; vgl. Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 18.8.1969, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/53 v. 14.5.1970, Punkt 10.

⁵⁵¹ BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 1.11.1967, Punkt 5.

⁵⁵² Manfred Melcher, *1929, seit 1959/60 im speziellen Kurierapparat der Abteilung Verkehr, nicht nur zwischen KPD/DKP und SED sondern auch in Einzelfällen zu anderen kommunistischen Parteien in Europa, später Geschäftsführer einer Firma für Schiffs- und Industrieausrüstungen, Elmshorn; BStU, MfS, HA II, Nr. 31254, Bl. 1.

⁵⁵³ Richtig: Cossuta. Armando Cossuta, der »Stalinist« in der damaligen Führung der KPI.

⁵⁵⁴ Gemeint ist Sergio Camillo Segre, Journalist und Funktionär der Kommunistischen Partei Italiens, für die er von 1979 bis 1989 als Abgeordneter im Europaparlament saß.

ten Leipziger Messe zur weiteren Festlegung erscheinen. Die Absprache wurde vom verantwortlichen Genossen der KPF, *Jeromé*⁵⁵⁵, geführt.

Die Weiterreise ging über *Brüssel* in Belgien und dort wurde festgelegt, dass mit diesen Genossen im Sept. eine Absprache in Berlin stattfindet.⁵⁵⁶

Der Rückflug wurde getrennt vorgenommen. Der Gen. Jupp *Steidl* und Paul *Kaphengst* flogen mit der Lot [polnische Fluglinie] über Schönefeld angeblich nach Westberlin. (Dabei zeigte sich, dass man über diese Möglichkeit, in Schönefeld zu landen und mit Transit nach Westberlin zu gehen, nicht informiert war.) Diese Möglichkeit wurde aber ein paar Tage später für Walter *Neumann* von den belgischen Kontrollkräften empfohlen.

Der Arno *Melcher* hat die ganze Zeit den Wagen gefahren und auch dann zurückgebracht.

Maßnahmen:

Auszug des Punktes zur Information an Gen. Minister«⁵⁵⁷

Über ein Jahr lang ist anschließend von der KPI als Unterstützer bei den Geldtransfers für die KPD in den Gesprächen zwischen Harnisch und Steidl nicht die Rede. Allerdings gab es zwei Monate nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« im August 1968 eine längere Aussprache mit den italienischen Kontaktleuten der Abteilung Verkehr. Steidl erkundete die Haltung der KPI »zu den Fragen der Vorgänge in der ČSSR« und erfuhr, dass die Arbeiter in Italien die Linie der Parteiführung »keinesfalls [...] unbedingt befürworten«.⁵⁵⁸

Anschließend erscheint erst im angehenden Frühjahr 1969, als es bereits um die Finanzierung der DKP ging, in den Gesprächen zwischen Steidl und Harnisch wieder das Thema Unterstützung durch die KPI: Steidl fragte ihn, welchen Weg für einen Geldtransport nach Italien er als den besten ansehe. Der Genosse Enrico Berlinguer – wenige Jahre später Nachfolger von Luigi Longo – habe sich bereit erklärt, einen Betrag von 500 000 DM »als Darlehen abzudecken« und der DKP zu übergeben. Der

⁵⁵⁵ Richtig: Jérôme. Der offenbar gemeinte Jean Jérôme, 1906–1990, polnisch-jüdischer Herkunft, führender Politiker der KPF, war Mitglied der Résistance gewesen, Intellektueller, soll als graue Eminenz des französischen Ost-West-Handels, vor allem in Polen und der ČSSR, zur Finanzierung der KPF beigetragen haben (vgl. die Artikel der englischen und französischen Wikipedia, Stand VIII 2008).

⁵⁵⁶ Wohl infolge der Gespräche sollte auch in Lüttich eine Anlaufstelle für Kuriere der Abteilung VK geschaffen werden, von der aus das Geld auf dem Weg über eine 2. Adresse an die Geldverteiler der KPD gehen sollte; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 27.7.1967, Punkt 11; im Übrigen auch v. 24.7.1967, Punkt 7.

⁵⁵⁷ BStU, MfS, HA II/MF/46. Die kursiv geschriebenen Wörter sind im Original von Hand eingesetzt.

⁵⁵⁸ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 23.10.1968, Punkt 5. Dies ist eines der ganz wenigen Beispiele für (berichtete) politische Gespräche der Abteilungsleitung, die nicht unmittelbar der Tagesarbeit dienen. Der namentlich erwähnte, im Ostberliner Stadtbezirk Karlshorst ansässige italienische Kontaktmann »Anchelo« (Angelo?) konnte nicht identifiziert werden.

Transportweg sei noch offen; Erich Machmüller⁵⁵⁹ und Paul Kaphengst sollten den Transport übernehmen.

Es kam nicht zu dieser Operation. Nach mehrmaliger Diskussion, »auch mit dem Gen. Hermann Matern, [ist] man zur Überzeugung gekommen, das gegenwärtig nicht zu machen, da die Italienische KP auch in Fragen des internationalen Kongresses bzw. der Konferenz in Moskau eigene Ansichten hat, die dann nicht zum Nutzen der SED herauskämen. Infolgedessen hat man gegenwärtig von diesem Weg abgesehen.«⁵⁶⁰ Allerdings war das nicht das Ende der italienischen Kontakte. Im Frühsommer ließ sich Steidl von »Arno« noch einmal nach Italien fahren; über seine Gespräche dort gibt es keinen Bericht.⁵⁶¹

Die Geldtransfers über das westliche Ausland können dem Verfassungsschutz der Bundesrepublik nicht lange verborgen geblieben sein. Schon im Januar 1968 wusste Harnisch, dass ein Beamter des Verfassungsschutzes in einem Prozess in München dieses Verfahren dargestellt habe.⁵⁶²

Nach Konstituierung der DKP wurde der Geldtransfer in die Bundesrepublik von Bargeldtransporten stärker auf Kontenbewegungen (Spendenüberweisungen und Inse-
rate für Parteipublikationen) mit Hilfe der Westfirmen, z. B. Ihle, Interschiff und Inwaco in Hamburg und die Nolte KG im Ruhrgebiet, umgestellt. Allerdings konnte zu keiner Zeit auf Kuriere verzichtet werden. Die Mitarbeiter der Westfirmen wurden im Allgemeinen vom stellvertretenden Abteilungsleiter Cebulla »abgefertigt«. Diese Tätigkeit Cebullas blieb vom Übergang der geschäftlichen Betreuung der Westfirmen auf

⁵⁵⁹ Erich Machmüller und seine Ehefrau aus (West-)Berlin waren Reisekuriere der Abteilung VK. Machmüller forderte dann allerdings für einen Transport bis Zürich 1 500 DM Spesen, »deshalb wird die Frage des unrentablen Transports auch für ihn nicht mehr zur Diskussion stehen«; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 30.3.1967, Punkt 7; BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 7.5.1969, Punkt 3; auch BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 11.7.1969, Punkt 11.

⁵⁶⁰ BStU, MfS, HA II/MF/50, 2. Aktennotiz v. 15.3.1969, Punkt 4 f.; BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 14.4.1969, Punkt 8. Die Begründung zielt offenbar auf die kritische Haltung der KPI zu der Moskauer Kommunistischen Weltkonferenz im Juni 1969, bei der die Breschnew-Doktrin abgesegnet werden sollte. Die ideologische Position der SED und ihre sichtbare Treue zur KPdSU waren noch wichtiger als eine Gelegenheit zur finanziellen Unterstützung der DKP.

⁵⁶¹ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 2.6.1970, Punkt 2.

⁵⁶² BStU, MfS, HA II/MF/48, Aktennotiz v. 4.1.1968, Punkt 6. Allerdings war die Bundesregierung sehr zurückhaltend mit der Bekanntgabe der Höhe der von der SED für die KPD aufgewandten Finanzmittel. Immerhin wurde in dem 1965 veröffentlichten Bericht »Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1964« bekanntgegeben, dass allein für die Tätigkeit der KPD in der Bundesrepublik Deutschland (also ohne ihre Personal- und Sachkosten in der DDR) 5–6 Mio DM verbraucht würden, die zu über 90 % vom ZK der SED finanziert würden; aus politik und zeitgeschichte – beilage zur wochezeitung das parlament B 33/65 v. 18.8.1965, S. 30.

Schalck-Golodkowski unberührt. Auch danach blieb die »Abzweigung« der Gelder für die Partei und ihre weitere Verwendung Sache der Abteilung Verkehr.⁵⁶³

Westfirmen

Die Geschichte der Tarnfirmen der SED in Westdeutschland begann schon bald nach dem 2. Weltkrieg. Dieser Beginn ist dokumentiert:

Im Kassenbericht für die Zeit vom 1. Juni 1945 bis zum 31. März 1946, den Alfred Oelßner⁵⁶⁴ dem 15. KPD-Parteitag am 19. April 1946 in Berlin gab, erschien unter »Ausgaben« ein Ansatz in Höhe von 1 442 237,50 RM für »Gesellschaften mit beschränkter Haftung«.

Zu diesem Ansatz erläuterte Oelßner:

»Gesellschaften mit beschränkter Haftung: Die Summe von 1 442 237,50 RM dient der Gründung von Gesellschaften mit besonderen Aufgaben im Rahmen unserer Gesamtorganisation und ist in Wirklichkeit werbendes Kapital, welches in seiner Auswirkung politische und wirtschaftliche Zinsen für die Zukunft tragen wird.«

In der anschließenden Debatte des Parteitages ging allein Oelßner selbst – sehr theoretisch und recht abstrakt – auf diese Ausgabenposition ein. Ihm lag daran, »klar und eindeutig [zu] sagen, dass, solange z. B. die kapitalistische Warenproduktion besteht, auch die von Marx entdeckten ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion gelten werden«. Man wird ihn so verstehen dürfen, dass unter kapitalistischen Bedingungen auch Kommunisten sich auf diese Bedingungen einzustellen haben; also – vereinfacht ausgedrückt – versuchen müssen, mit Geld Geld zu verdienen.

Oelßners Bericht wurde vom Parteitag einstimmig gebilligt. Damit war durch Parteitagsbeschluss ein Verfahren gebilligt, das die SED dann bis zum Ende ihres Regimes einsetzte.⁵⁶⁵

Spätestens seit Anfang 1947, so zeigt der Bericht eines offenkundig für die britische Besatzungsmacht tätigen Nachrichtendienstagenten aus Hamburg, war die

⁵⁶³ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14280, Bl. 110 f. Weitere Details zu den Geldtransporten finden sich im Abschnitt über »Die ›legale‹ Finanzierung der DKP«.

⁵⁶⁴ Alfred Oelßner, 1879–1962, gelernter Buchbinder, 1902 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD, 1925 Vorsitzender des Parteischiedsgerichts, Juni 1945 Kassierer des ZK der KPD, 1946–1950 Hauptkassierer der SED, 1950–1954 Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission.

⁵⁶⁵ Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands – 19. und 20. April 1946. Berlin 1946, S. 136 u. 139. Dies geschah also unmittelbar vor dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD.

Umsetzung dieser Beschlusslage erkennbar, war die KPD mit dem »Aufbau antifaschistischer Firmen in den drei Westzonen« beschäftigt.⁵⁶⁶

Verdeckt musste das Engagement der SED in den Westzonen, dann in der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an sein, weil ihre wirtschaftliche Betätigung in den westlichen Besatzungszonen durch das Gesetz Nr. 53 der Militärregierung vom 18. September 1944 (Neufassung vom 20. Juli 1945) mit dem Titel »Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs« untersagt war.⁵⁶⁷ Sanktionen durch die Besatzungsmächte wegen Verstoßes gegen dieses Gesetz sind allerdings nicht bekannt. Das Risiko für die Verantwortlichen eines der SED-Unternehmen, wegen eines Verstoßes durch die Bundesregierung oder Bundesbehörden belangt zu werden, war überaus gering, wie der Untersuchungsausschuss nach dem Ende der DDR feststellte, da offensichtlich im Interesse der politischen Beziehungen zur DDR und des reibungslosen Verlaufs des innerdeutschen Handels und der Außengeschäfte der DDR nichts unternommen wurde, diese Geschäfte zu unterbinden.

Das galt auch für die hier ausschließlich betroffenen Eigenunternehmen der SED, mit denen vor allem Gewinne erzielt und die in den Westzonen und dann in der Bundesrepublik Deutschland unterhaltene Parteioorganisation unterstützt werden sollte.

Den Nachrichtendiensten der Bundesrepublik Deutschland war nur daran gelegen, sich durch Quellen in diesen Unternehmen und unter den zu ihnen entsandten Kurieren ein Bild über die jeweilige Situation zu verschaffen.

Immerhin sammelte das MfS die einschlägigen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland und die hin und wieder im »Spiegel« oder in der Springer-Presse erscheinenden Artikel über die Westunternehmen. Aber kein Vermerk und keine Analyse deuten auf ernsthafte Besorgnis hin, die stillschweigende Duldung auf westlicher Seite könnte einer strengeren Haltung weichen.⁵⁶⁸

⁵⁶⁶ BArch DY 30 IV 2/4/432, Bl. 205–207 (ZK der SED – ZPKK). In dem Bericht wird anscheinend zwischen KPD und SED noch nicht unterschieden.

⁵⁶⁷ Das Gesetz wurde später auf die Bundesrepublik Deutschland erstreckt. In seiner am 19.9.1949 in Kraft getretenen Fassung (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland – Amerikanisches Kontrollgebiet – Nr. 39 v. 9.10.1949, Teil 5 B, S. 14) verbot es der SBZ/DDR u. a., in den westlichen Besatzungszonen/der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich tätig zu werden.

⁵⁶⁸ BStU, MfS, ASiVo 16364/91. Man wird kaum fehlgehen mit der Annahme, dass bundesdeutsche Behörden zu den Presseberichten mit Informationen beigetragen haben, um durch (teilweise) Offenlegung von Kenntnissen die SED vor allzu ungeniertem Arbeiten auf diesem Felde zu warnen. Im Übrigen griffen die Ermittlungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland durchaus zu, wenn zu den illegalen Finanzgeschäften der Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit hinzukam. Das belegt z. B. der Fall Günter Hofé, Leiter des »Verlags der Nation«, der 1963 in der Bundesrepublik wegen des Verdachts nachrichtendienstlicher Tätigkeit festgenommen, allerdings ein Jahr später ohne Verurteilung entlassen wurde. Hofé waren nach eigener Bekundung gegenüber MfS-Mitarbeitern »vom ZK der SED und dem ZK der SED Finanzierungsgeschäfte im Rahmen der gesamtdeutschen Ar-

Die Sowjetzone brauchte dringend Kohle und Stahl; da war das Ruhrgebiet der richtige, traditionelle Standort. Von professionellen Beobachtern der Frühzeit dieser Szene kann man erfahren, dass mit Hilfe dieser Unternehmen mit manipulierten Frachtpapieren ganze Zugladungen mit Steinkohle und Stahlprodukten, Halbfertigwaren, in die Sowjetzone geleitet wurden.⁵⁶⁹

Die Zwecke der Wirtschaftsbetriebe deuten sich in der frühesten Zeit in deren Gesellschaftszweck und Standort an, ganz charakteristisch bei Wittenbecher & Co., das im Sommer 1947 unter Beteiligung des späteren KPD-Bundestagsabgeordneten Heinrich Niebes in Düsseldorf als Eisen- und Stahl-Handelsunternehmen errichtet wurde, und die 1949 ebenfalls in Düsseldorf errichtete Deutsche Handelsgesellschaft West-Ost.⁵⁷⁰

Vieles von den Geschäften, die in den frühen Nachkriegsjahren zwischen der SBZ, dann der DDR, aber auch der ČSSR und den Westzonen, dann der Bundesrepublik Deutschland abgewickelt wurden, denen bei Tage und denen bei Nacht, war durchaus öffentlich bekannt. Zu Beginn des Jahres 1951 etwa brachte der »Spiegel« einen eingehenden Bericht über diese Geschäfte, über das Stahlembargo,⁵⁷¹ das die Hohen Kommissare vom Petersberg herab Anfang 1950 verhängt hatten, weil angeblich die DDR mit Gegenlieferungen im Verzug waren, auf dem die Hochkommissare aber auch beharrten, als sich die deutsch-deutschen Verhandler über die gegenseitigen Lieferungen verständigt hatten. Da gab es schon damals Leute, die fähig waren, gegen einen ordentlichen Provisionsaufschlag, Waren jeder Art binnen kürzester Zeit zwischen West und Ost zu befördern.

Im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte gingen diese Zwecke über die Beschaffung von Mitteln für die KPD- und später die DKP-Finanzierung weit hinaus, wie der KoKo-Untersuchungsausschuss feststellte. Diese weiterreichenden Zwecke, vor allem die Devisenbeschaffung für die DDR-Außenwirtschaft und die Beschaffung von Embargogütern, spielen bei der Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Verkehr und dem BdL (II) keine Rolle; sie haben ihre große Bedeutung wohl erst unter Schalck-Golodkowski gewonnen. Dafür wird die Bedeutung der »Stellenbeschaffung« für

beit übertragen« worden; vgl. BStU, MfS, SdM, Nr. 1117, Bl. 6 f., Vermerk v. 15.10.1963, von Mielke an Norden gegeben.

⁵⁶⁹ Leider hat sich für diesen glaubwürdig überlieferten Sachverhalt nur der Zeitzeuge Ahrend, aber kein Aktenbeleg gefunden.

⁵⁷⁰ Dieses später nach Berlin verlegte Unternehmen sollte nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes schließlich die Funktion eines Daches für das Handelsnetz der Abteilung Verkehr übernehmen; Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, Dokument 507 (BfV-Bericht Kommunistische Wirtschaftsunternehmen von 1982).

⁵⁷¹ Der Spiegel (1951)5 v. 31.1.1951. Schon das zu Beginn des 1. Fünfjahresplanes der DDR ab Februar 1950 verfügte Stahl-Embargo traf die DDR-Volkswirtschaft hart. Damit reduzierte sich der innerdeutsche Handel um etwa ein Viertel.

kommunistische Funktionäre, der Personal-Gewinnung und -Führung eher deutlicher und intensiver sichtbar, als bei den Untersuchungen des KoKo-Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Mit der Errichtung und Anleitung dieser Westfirmen hatte die Abteilung Stahlmann, dann die Abteilung Verkehr zunächst einmal lange Jahre hindurch, bis zum Dienstantritt Steidls, nichts zu tun. Während das klar erkennbar ist, lässt sich die Frage nach der Zuständigkeit für die Westfirmen bis zum Jahre 1966 bisher nur höchst unzulänglich, wenig präzise und eher hypothetisch beantworten. Entscheidungen von Führungsgremien der Partei dazu sind bis jetzt nicht bekannt geworden.

Ein großes Stück Mitverantwortung für die Westfirmen der SED lag wohl bei der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK, die seit Anfang der fünfziger Jahre Karl Raab unterstand. Zwar lassen dessen Aktenhinterlassenschaften das nicht erkennen. Aber er stellte zum Beispiel dem FDGB das Geld – die DM-West – für dessen Westarbeit zur Verfügung. Da Raab den Finanzapparat der Partei betreute, wird man annehmen können, dass in seiner Abteilung der »bürokratische« Teil der Betreuung der Westfirmen lag, wahrscheinlich konspirativ bearbeitet. Mit ziemlicher Sicherheit war die Westabteilung des ZK (bzw. dessen unter verschiedenen Bezeichnungen tätigen Folgeeinrichtungen) und das Arbeitsbüro der KPD an der Betreuung beteiligt; im Rahmen des Arbeitsbüros oder daneben auch der Finanzverantwortliche der KPD, Willi Mohn. Kontakte zu einzelnen Westfirmen unterhielt auch die Abteilung Verkehr. Mindestens in der Zeit, als Josef Steidl Leiter der Abteilung für nationale Gewerkschaftseinheit beim FDGB war, muss er die Möglichkeit des Zugriffs auf Westfirmen jedenfalls in der Form gehabt haben, dass er Geschäfte beeinflussen und Zahlungen veranlassen konnte. Wenn man die Beteiligung des DDR-Außenhandelsunternehmens Deutrans bei der Steuerung der Westfirmen unter Steidl in Betracht zieht, so liegt es nahe anzunehmen, dass dieses Unternehmen auch schon früher eine vergleichbare Rolle gespielt hat. Die politische Verantwortung mag man wegen der Bedeutung der Sache letztlich bei Walter Ulbricht suchen; zu belegen ist das nicht.

Was später unter der Leitung von Alexander Schalck-Golodkowski mit den Westfirmen geschah, in dessen Bereich Kommerzielle Koordinierung der Komplex der von der SED in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich (West-)Berlin und in einigen angrenzenden Ländern unterhaltenen Firmen zur Mitte der siebziger Jahre einging, ist so gründlich, wie nur wenige andere Tätigkeitsbereiche des SED-Regimes, vom Deutschen Bundestag im 1. Untersuchungsausschuss der 12. Wahlperiode untersucht worden. Dabei legte das Bundesamt für Verfassungsschutz auch seine Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einrichtung der Kommerziellen Koordinierung in erheblichem Umfang offen.⁵⁷²

⁵⁷² Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2 (BfV-Bericht Kommunistische Wirtschaftsunternehmen von 1983), S. 1939–2015.

Es kann hier nicht darum gehen, diese Arbeit zu rekapitulieren und vielleicht in der einen oder anderen Nuance zu ergänzen oder zu präzisieren. Vielmehr ist es das Ziel dieser Darstellung, für den Bereich der Parteifirmen im Westen das Material auszuwerten, das dem Untersuchungsausschuss damals noch nicht zur Verfügung stand oder – wegen der Konzentration auf die Arbeit Schalek-Golodkowskis – unberücksichtigt blieb. Das betrifft die Zeit von der Übergabe der Westfirmen an die Abteilung Verkehr bei Dienstantritt Steidls 1966 bis zu dem Beschluss des Politbüros der SED vom 2. November 1976, die von »seiner« SIMPEX GmbH, Unter den Linden, betreute Unternehmensgruppe dem Bereich Kommerzielle Koordinierung zuzuordnen, und der sich anschließenden Entscheidung, dass Schalek-Golodkowski »die Leitung und Koordinierung der ökonomischen Beziehungen der DDR zu den Parteibetrieben in der Bundesrepublik Deutschland und in Portugal« übernehmen solle.⁵⁷³

Dieses Material besteht in erster Linie aus den Aktennotizen des BdL (II) und anderer Organisationseinheiten des MfS, ergänzt allein durch einige Informationen, die sich hier und da von zeitgenössischen Akteuren gewinnen ließen. Nur, soweit das Verständnis des Zusammenhangs es erfordert, werden Ergebnisse des Untersuchungsausschusses referiert.

Zur Entwicklung einzelner Westfirmen

Aus der Zeit von Adolf Baier finden sich nur wenige, eher zufällige Hinweise auf Parteibetriebe. Wenn im Folgenden drei Firmen mit Sitz in Hamburg näher untersucht werden, so bedeutet das nicht, dass Hamburg der exklusive Standort für derartige Unternehmen gewesen wäre. Gleichwohl bildete die Hansestadt neben dem Ruhrgebiet einen Schwerpunkt entsprechender Aktivitäten.

a) Von Kaffee Haidorn bis Nolte Handel

Hinweise finden sich beispielsweise über das Hamburger Kaffeegeschäft Haidorn. Dort unterhielt Helmut H. in den frühen sechziger Jahren ein Tarnarbeitsverhältnis. Er wurde, 1959 aus der Hamburger KPD kommend, von der Abteilung VK zunächst für die Grenzgruppenarbeit, dann für den Geldtransport eingesetzt. Da er allzu viel unterwegs war, musste das Tarnarbeitsverhältnis sicherheitshalber nach einiger Zeit aufge-

⁵⁷³ Allerdings hielt das MfS 1982 fest, dass auch nach dieser Neuordnung der Einsatz der Mittel für die Neugründung von Firmen und Beratungsstellen im kapitalistischen Ausland bei der Abteilung Verkehr lag; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14280, Bl. 110. Das gleiche galt für Kaderanforderungen für Westfirmen, die auf Anforderung der Abteilung Verkehr auch weiterhin vom BdL (II) überprüft wurden; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 159 (29.5.1978). Im Übrigen blieben die Heska Druck GmbH samt ihrer portugiesischen Tochter und die Plambeck Druck und Verlag GmbH in Neuss in der Verantwortung der Abteilung Verkehr, nicht dagegen das Haus der DKP in Düsseldorf; vgl. BStU, MfS, AG BKK, Nr. 1296, Bl. 5.

löst werden. Zu dem Geschäftsinhaber Haidorn, seinem politischen Hintergrund und ob bei ihm noch andere Kommunisten unter ähnlichen Bedingungen beschäftigt waren, gibt es leider keine Hinweise.⁵⁷⁴

Auch bereits zu Baiers Zeit war der ehemalige Spanienkämpfer August Mahnke in Hamburg für die Abteilung VK tätig. Er hatte einst ein Fuhrunternehmen, später eine Fruchtverpackung. 1965 beschäftigte er im Hafen 17 Mitarbeiter mit Warenumschlag für die DDR. Auch hier finden sich keine weiteren Angaben über das Unternehmen und dessen Kapitalausstattung.⁵⁷⁵

Dann aber erhielt Steidl alsbald nach seiner Berufung im Gespräch mit seinem politischen Vorgesetzten, Hermann Matern, und dem Sicherheitsbeauftragten des Politbüros, Erich Honecker, als zusätzliches Aufgabengebiet die Betreuung der »Wirtschaftsverbindungen« der Partei, wenn auch nicht in Alleinzuständigkeit sondern so, dass er sich mit Alexander Schalck-Golodkowski in vielen Fragen abstimmen musste, ebenso wie dieser mit Steidl.⁵⁷⁶

An der Firma Nolte zeigten sich bald einige der typischen Probleme, mit denen sich künftig die Abteilung VK bei den Parteifirmen auseinanderzusetzen hatte. Fritz Nolte, ehemaliger KPD-Funktionär hatte seine DDR-Verbindungen wohl allzu offen gezeigt, hatte womöglich auch familiäre Schwierigkeiten.⁵⁷⁷ Es gab 1967 Ermittlungen gegen ihn, über die Steidl Matern unterrichtete. Dabei kam es zu einigen Erkenntnissen über Mitarbeiter von Nolte. Sein Stellvertreter in der Geschäftsführung war FDP-Mitglied. Angestellt waren, überwiegend in einer Niederlassung im Raum Hamburg, unter anderem Heinrich Bramkamp⁵⁷⁸ und – nach der Konstituierung der DKP, Jupp Angenfort.⁵⁷⁹ Während es mit ihnen keine Schwierigkeiten gab,⁵⁸⁰ waren der

⁵⁷⁴ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/39 v. 10.11.1964, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/47 v. 2.8.1967, Punkt 10 f.

⁵⁷⁵ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/40 v. 14.4.1965, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/42 v. 9.12.1965, Punkt 2. Auch <http://leninist.biz/en/1975/ISSR389/Germany> (Stand: Mai 2010).

⁵⁷⁶ Das Gespräch ist nur durch Steidls Erwähnung bei seinem ersten Treffen als Abteilungsleiter Verkehr am 3.2.1966 überliefert; BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 3.2.1966, 2. Teil, Punkt 1. Das Gespräch mit den beiden Mitgliedern des Politbüros muss also wohl im Januar 1966 stattgefunden haben.

⁵⁷⁷ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 15.4.1970, Punkt 14. Zur Fa. Nolte siehe auch die Literaturhinweise in Anm. 91.

⁵⁷⁸ Heinrich Bramkamp war dann 1973 Mitglied der Schiedskommission der DKP Ruhr-Westfalen, 1975 war er beim Nachrichten Verlag in Frankfurt/M. angestellt.

⁵⁷⁹ Jupp Angenfort, 9.1.1924–13.3.2010, war in den 50er Jahren KPD-Landtagsabgeordneter in NRW und Vorsitzender der FDJ in Westdeutschland. Wegen Verstoßes gegen das FDJ-Verbot von 1951 erhielt er eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren. Er flüchtete später für einige Zeit in die DDR und war dort für die (illegale) KPD tätig. (Deckname in den 60er Jahren »Wilhelm«).

⁵⁸⁰ Von Angenfort gab es im Herbst 1969 sogar die ausdrückliche Bestätigung, dass er sichtbar für das Unternehmen tätig sei; BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 9.10.1969, Punkt 7.

Prokurist Heinz Olek⁵⁸¹ und ein weiterer Angestellter nicht anwesend, als der stellvertretende Geschäftsführer die norddeutsche Niederlassung visitierte. Steidl reagierte auf die Nachricht heftig: Er ließ der KPD mitteilen, es sei unmöglich, Leute für 1 000 Mark im Monat zu beschäftigen, ohne dass sie eine Arbeitsleistung erbrächten.

Bei Nolte, der in früheren Jahren gute Geschäfte gemacht hatte und gut leben können, zeigten sich dann aber auch die wirtschaftlichen Probleme der DDR oder – wie das BfV vermutete – die Unzufriedenheit von KoKo mit ihm: 1970 hatte Nolte nicht nur beträchtliche Steuerschulden, sondern circa 600 000 DM Außenstände, überwiegend in der DDR.⁵⁸²

b) Speditionsunternehmen Ihle, Hamburg

Weit diffiziler waren die Beziehungen der Abteilung VK zur Richard Ihle GmbH in Hamburg, einem im 19. Jahrhundert gegründeten, mit Hilfe von Subunternehmen weltweit tätigen Speditionsunternehmen. Das schon 1950 von der Kommunistin Elisabeth Luer übernommene Unternehmen war einige Jahre später mit Hilfe von Geld aus der DDR an den in Hamburg offen als Kommunisten auftretenden Karl Heinsohn gegangen.⁵⁸³ Harnisch erfuhr schon Anfang 1966 von Kaphengst, es gebe auf polnischer und tschechischer Seite Interesse an einer Zusammenarbeit mit Ihle beim Seeverkehrsumschlag. Kaphengst bat deswegen um Auskunft über das Unternehmen. Er verwies darauf, bei der Deutrans müsse man über Ihle Bescheid wissen. Steidl, der alsbald zu Heinsohn Kontakt aufgenommen hatte und das Unternehmen – wie Harnisch vermerkte – »wahrscheinlich teilweise« auch nutzte, griff diese Bitte wenige Wochen nach seinem Dienstantritt auf.

Es stellte sich heraus, dank Kenntnissen in der Abteilung Seeverkehr im Ministerium für Verkehrswesen über die Firma Ihle, dass dort außer Heinsohn und seinem Sohn noch drei weitere Genossen tätig waren.⁵⁸⁴ Aber vor allem entstand nach einiger Zeit der deutliche Eindruck, dass Heinsohn das Haus immer mehr zu einem Familienbetrieb machte, mit dem Kauf eines Wohnhauses aus Betriebsmitteln, der unabhängigen Aufnahme eines Kredits, einer ungenehmigten Investition in Holland.

⁵⁸¹ Heinz Olek, *1923, war ehemaliger Funktionär der Hamburger KPD auf Kreis- und Landesebene; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 1, S. 237 f. Bei Olek gab es später offenbar weitere Schwierigkeiten; BStU, MfS, HA II/MF/51, Aktennotiz v. 11.7.1969, Punkt 8 f.

⁵⁸² BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 15.4.1970, Punkt 14.

⁵⁸³ Zur Fa. Ihle vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, S. 395 f. u.ö.

⁵⁸⁴ Das waren nach Auskunft von Harry Schaub die Prokuristen Otto Nehring, Rudolf Fach und Werner Kunze, alle nahe dem Rentenalter. (Fachs Prokura endete allerdings erst 1972.) Heinsohn jun. hatte angesichts seiner damaligen Jugendlichkeit keine Funktion im Unternehmen.

Steidl tritt 1969 mit den Heinsohns: Sie könnten mit dem Geld der Partei nicht nach Belieben wirtschaften, er verlangte die Anteilsmehrheit zugunsten der Deutrans, wollte Nehring und Kaphengst als Geschäftsführer bestellt haben.⁵⁸⁵

Heinsohn war nur bereit, einen Kooperationsvertrag mit der Deutrans zu schließen, nicht, Gesellschaftsanteile an sie zu übertragen. Er suchte Unterstützung beim zuständigen Senator der Hansestadt. Und dann zeigte sich, wie die DDR sich in den Fäden ihres illegalen Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland verfangen hatte: »Es ist bisher leider so, dass es noch keine Beispiele gibt, wo solche Gesellschaften gebildet wurden auf der juristischen Basis und dementsprechend rechtlich von der Bundesrepublik anerkannt werden können. Das ist jetzt gegenwärtig das größte Problem in dieser Frage«, vermerkte Harnisch nach einer Besprechung bei der Abteilung VK. Man hatte sich vergeblich den Kopf zerbrochen, wie die Deutrans »als Rechtsträger bzw. als Teilhaber nach den westlichen Gesetzen in Erscheinung treten« könne, hatte dabei gar an eine Privatisierung der Deutrans gedacht.

Nun sollte Harnisch die Rechtsabteilung des MfS mit der Problematik befassen, die so definiert wurde: Wie bleibt unser Kapital, was dort hineingepumpt wird, als solches erhalten, gleich, welche politische Situation in der Bundesrepublik herrscht?

Es war wohl die in den eigenen Kategorien verhaftete Denkweise, die das Problem und die Risiken für die illegalen Investitionen nur als politische, nicht, entsprechend den Regeln eines Rechtsstaates, als rechtliche sehen mochte. So mutet es denn auch fast naiv an, dass nun der Deutrans-Direktor – wie zuvor Heinsohn im privaten Interesse – zum Hamburger Wirtschaftssenator ging, um im Gespräch mit ihm eine Lösung zu finden. Die Antwort von Senator Kern brachte die Frage dorthin, wohin sie gehörte: Eine Deutrans-Beteiligung an Ihle sei nur möglich, wenn »bestimmte staatliche Fragen zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt« seien.⁵⁸⁶

So entschloss man sich, die Lösung aus der Bundesrepublik heraus zu verlegen. Da Ihle ohnehin schon eine Niederlassung in den Niederlanden hatte, sollte dort die Zentrale mit einer Mehrheitsbeteiligung der Deutrans eingerichtet und der Hamburger Betrieb zu einer Zweigniederlassung deklariert werden. Dort wollte man »gewisse Aktionäre schaffen« (gemeint waren wohl eher Gesellschafter). Dafür wurden »be-

⁵⁸⁵ BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 16.10.1969, Punkt 4.

⁵⁸⁶ Eine Suche im Staatsarchiv Hamburg in der dienstlichen Hinterlassenschaft von Senator Kern hat leider keinen Hinweis auf einen Gesprächsvermerk oder einen Briefwechsel mit Schlimme ergeben. Alt-Senator Kern, der freundlicherweise zu einer Auskunft bereit war, erinnert sich zwar nicht konkret an das zitierte Gespräch mit Generaldirektor Schlimme, bestätigt aber, dass er als für den Hamburger Hafen Verantwortlicher mit Schlimme als Chef des wichtigen Kunden Deutrans immer wieder gesprochen habe, der als (potenzieller) Hafen-Kunde für ihn interessant gewesen sei. Er bestätigt auch die ihm zugeschriebene Aussage über die Voraussetzungen für eine Deutrans-Beteiligung an Ihle als seine – selbstverständliche – damalige Position.

stimmte Genossen« ins Auge gefasst. Helmut Stein,⁵⁸⁷ inzwischen bei Ihle tätiger Jurist, und die Juristen der Deutrans sollten entsprechende Verträge ausarbeiten.⁵⁸⁸

Während an der geplanten neuen Struktur gearbeitet wurde, versuchte die Abteilung VK, bei Ihle Kaderpolitik zu betreiben. In Rotterdam arbeitete, neben dem politisch nicht organisierten Geschäftsführer Wilhelm de Jong auch George van Weel, der seine Sympathie zu den Kommunisten durch Beitritt zur holländischen KP besiegeln wollte. Steidl und Harnisch rieten ihm von diesem Schritt ab. Da die Kommunisten in den Niederlanden maoistische Tendenzen hätten, möge er doch zunächst einmal unorganisierter Kommunist bleiben.⁵⁸⁹ Da Heinsohn und der Prokurist Nehring sich der Grenze zur Altersrente näherten, sah man in Berlin die Perspektive, Harry Schaub, den Betriebsratsvorsitzenden und Vorsitzenden der DKP-Betriebsgruppe in die Unternehmensleitung nachrücken zu lassen. Als guten Nachrücker sah die Abteilung VK auch Schaub's Stellvertreter in der Betriebsgruppe, Gerhard Wend, aus der Außenstelle im Hafen, der für die DKP-Landesleitung vorgesehen sei. Und neben dem Justitiar Helmut Stein wurde Uwe Harms, späterer geschäftsführender Gesellschafter bei Ihle, in den Blick genommen.⁵⁹⁰

Dann kamen alle Umstrukturierungs- und Personalentwicklungspläne ins Stocken. Es stellte sich heraus, dass gemeinsam mit dem früheren stellvertretenden Abteilungsleiter Paul Kaphengst der Geschäftsführer der Hamburger Partiefirma Inwaco, Herbert Stender, und ein weiterer Genosse für den Umschlag des DDR-Staatsunternehmens »Deutsche Seereederei« in Hamburg die Firma P. & Co.⁵⁹¹ in Hamburg ins Geschäft

⁵⁸⁷ Helmut Stein, 1928–2004, seit 1947 bei der VVN, Mitglied von FDJ und KPD bis zum Verbot. Ihm war angeblich wegen seines kommunistischen Engagements die Anwaltszulassung verweigert worden. Seit 1969 war er bei der DKP.

⁵⁸⁸ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 21.11.1969, Punkt 6; v. 22.12.1969, Punkt 1.

⁵⁸⁹ Es fand sich kein Hinweis, ob und für wie lange van Weel den Rat angenommen hat. An sich war es die Abteilung Verkehr gewohnt, mit KP-Mitgliedern zu arbeiten; erst unter dem KoKo-Regime wurde insoweit viel größerer Wert auf Tarnung gelegt.

⁵⁹⁰ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/53 v. 21.5.1970; BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 27.5.1971, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/57 v. 6.8.1971, Punkt 7. Was Stein angeht, muss es unterschiedliche oder wechselnde Einschätzungen in der Abteilung VK gegeben haben: Im Vermerk über die Besprechung beim ZK im November 1971 ist Stein als »kein Freund der DDR« und Betreiber von Heinsohn's »Privatisierungswünschen« bezeichnet. Was den noch heute in Hamburg lebenden Schaub, *1933, FDJ seit 1951, KPD/DKP bis 1989, angeht, so bestätigt er, dass er tatsächlich 1971 Prokurist der Firma Richard Ihle geworden und das bis 1984 geblieben sei. Zeitweilig wurde er auch als Vertreter des erkrankten Uwe Harms bei der Berliner Westfirma Betrants eingesetzt, die zu den Spendern für die DKP gehörte; BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 36–38. Übrigens wurde die DKP-Betriebsgruppe Anfang der 70er Jahre aufgelöst, weil man fand, dass sie in einem parteigeführten Betrieb nicht notwendig sei.

⁵⁹¹ Da noch heute ein Unternehmen gleichen Namens im Schifffahrtsbereich in Hamburg tätig ist, wird auf die Nennung des vollen Namens verzichtet.

bringen wollten. Die Deutsche Seereederei entsandte zwei Prüfer nach Hamburg, die rasch zu dem Ergebnis kamen, dass eine solche Verbindung wirtschaftlich wesentlich ungünstiger sein würde als ihre derzeitige. Sie überzeugten mit ihrer Einschätzung die Abteilung VK und auch Harnisch und erboten sich, einen Bericht über Ihle zu verfassen, als Grundlage für das weitere Vorgehen.⁵⁹²

Noch war die Abteilung VK weiter mit ihren Vorstellungen beschäftigt, Heinsohn auf dem Umweg über Rotterdam unter Kontrolle zu bekommen.⁵⁹³ Da ließ der damalige Staatssekretär im Außenhandelsministerium, Gerhard Beil, mit seinem Widerspruch gegen diese Unternehmensgründung die ganze Sache platzen.⁵⁹⁴

Nun musste die Ihle-Sache auf eine höhere Ebene gebracht werden: Man traf sich zu einer Aussprache beim ZK der SED, Heinsohn und Nehring kamen von der Firma Ihle, Jan Wienecke und Hermann Mädler⁵⁹⁵ vertraten die Hamburger DKP, Noetzel den Parteivorstand der DKP, Steidl ließ sich von seinem Stellvertreter Knigge und dem Sektorenleiter Scharmacher begleiten. Heinsohn wurde nachdrücklich daran erinnert, dass DDR-Geld in seinem Betrieb stecke. Wenn er sich eine Büroeinrichtung für 24 000 DM leiste, vergesse er wohl, dass das DDR-Geld im Unternehmen arbeiten sollte. Es werde keine Zustimmung dazu geben, dass er seinen Sohn zum Nachfolger mache.

Hintergrund dieser Sache war auch eine Kraftprobe mit der DKP. Heinsohn hatte anscheinend versucht, sich dort Rückendeckung gegenüber der Abteilung Verkehr zu holen. In Berlin gab es eine klare parteiliche Position: Die Rolle der DKP-Betriebsgruppe in Betrieben, die mit DDR-Beteiligung errichtet werden, kann nicht gleich sein mit der in »einem anderen kapitalistischen Betrieb«.

Das Ergebnis war pragmatisch: eine Bilanzprüfung bei Ihle, begleitet von der Abteilung VK; Überprüfung der Gehälter, Einführung eines Controlling, Ablösung des

⁵⁹² Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 21.7.1971, Punkt 2 u. 6; BStU, MfS, HA II/MF/57 v. 6.8.1971, Punkt 4. Harnisch fand es besonders empörend, dass mit P. ein Unternehmen ins Geschäft gebracht werden sollte, das Geschäftsbeziehungen mit Israel unterhielt.

⁵⁹³ Den Ausbau des Unternehmens in Rotterdam sollte das in DDR-Besitz sich befindende Bankunternehmen Anglolux SA in Luxemburg finanzieren, bei dem die Deutrans »stark verankert« war; BStU, MfS, HA II/MF/57, Aktennotiz v. 6.8.1971, Punkt 5.

⁵⁹⁴ Ebenda, Aktennotiz v. 29.9.1971, Punkt 4.

⁵⁹⁵ Hermann Mädler, 1929–2004, Hamburg, seit 1969 DKP-Bezirksvorstand, zeitweise auch in einem (Schein-)Arbeitsverhältnis bei der Firma Ihle, Funktionen in der Freundschaftsgesellschaft BRD/Sowjetunion. Mädler war nach Auskunft von Harry Schaub einer der wichtigsten politischen Informanten der Abteilung Verkehr über die Situation in den Hamburger Westfirmen.

Personalleiters. Künftig sollte es zwei Geschäftsführer geben, »die politisch und fachlich die Sache in der Hand haben«.⁵⁹⁶

c) Hanseatische Schiffsagentur / Interschiff Schifffahrtsagenturen, Hamburg

Zu den Hamburger Parteibetrieben gehörte auch der 1965, also noch während Baiers Amtszeit, aber nach seinem Unfall und ohne erkennbaren Niederschlag in den Akten des BdL (II), errichtete Schiffsmakler »Hanseatische Schifffahrtsagentur GmbH«, bald umbenannt in »Interschiff Schifffahrtsagenturen GmbH«, deren Gründer und Gesellschafter-Geschäftsführer Bruno Richter war.⁵⁹⁷ Die weiteren Gesellschafter waren der bereits bekannte Stender, der zugleich Prokurist bei Interschiff war, und der Jurist Helmut Stein. Während der ersten fünf Jahre des Bestehens von »Interschiff« findet sich keine einzige Nachricht darüber, nicht über den Gang der Geschäfte, nicht über die dort tätigen Personen; danach befasst sich fast jede Notiz in den Akten des BdL (II) mit Missheiligkeiten der verschiedensten Art.

Bei der Leitung der Deutschen Seereederei in Rostock fand Richter die Türen verschlossen, obwohl dort bekannt war, dass der Partei am Gedeihen von »Interschiff« gelegen war; aber dort hatte man eine eigene Geschäftsverbindung in Hamburg und war nicht bereit zu akzeptieren, dass »Interschiff« mit der Firma Ihle statt mit der eigenen Verbindung arbeitete.⁵⁹⁸ Die Akten geben keine Auskunft, ob ein von der Abteilung VK geplantes Gespräch mit dem Rostocker Generaldirektor die hilfsweise in Aussicht genommene Erörterung im ZK ersparte.⁵⁹⁹

Der Hamburger Arno von Appen, ein gelernter Maurer und später Prokurist bei »Interschiff«, machte eine eindrucksvolle Karriere in den Diensten der Abteilung VK und später des Bereichs Kommerzielle Koordinierung. Spätestens seit den frühen sechziger Jahren war er mit seiner Ehefrau Mitglied einer Westgruppe – obwohl er als aktives Parteimitglied bekannt war – und blieb dabei bis 1968. Sie leistete »spezielle operative Grenzarbeit«. Beide nahmen an den Gruppenbesuchen in Berlin teil. Arno von Appen war ein besonders eifriger Berlin-Reisender. Das MfS hat für die Zeit zwischen Ende 1967 und Frühjahr 1974 nicht weniger als 28 Reisen festgehalten. Wegen

⁵⁹⁶ BStU, MfS, HA II/MF/57, Aktennotiz v. 9.11.1971, Punkt 9. Die Darstellung der Entwicklung bei Ihle, soweit sie für ihn aus seiner innerbetrieblichen Perspektive und mit Hilfe seiner Parteifunktion erkennbar war, wird von Harry Schaub bestätigt.

⁵⁹⁷ Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, Dokument 521, S. 2094 (BfV-Bericht Kommunistische Wirtschaftsunternehmen, 1976, S. 38 f). Von Bruno Richter ist darüber hinaus nur bekannt, dass er Parteimitglied war; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 226. Biographische Angaben und solche über seine Tätigkeiten in der Partei ließen sich bisher nicht finden.

⁵⁹⁸ Es gibt keinen Hinweis, dass das zwar mit Namen, aber ohne nähere Angaben bezeichnete Unternehmen eine Parteifirma war. Es dürfte also wohl um einen Konflikt der Außenhandelsinteressen der DDR mit politischen Interessen der Abteilung Verkehr gegangen sein.

⁵⁹⁹ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 21.5.1970, Punkt 4.

von Appens Bekanntheit im Westen gab es schließlich Bedenken, ihn weiterhin in der Grenzarbeit zu beschäftigen. Stattdessen wurde er im Sommer 1971 bei Interschiff übernommen und blieb dort bis gegen Ende 1973. Später war er Prokurist und Geschäftsführer bei anderen Parteibetrieben; zuletzt, bis zu deren Liquidierung im Herbst 1990, Geschäftsführer der Firma Ihle. Auch als Wirtschaftsfunktionär übernahm er noch Geldtransporte zugunsten der DKP. Angesichts seiner Aufgaben gehörte er zum Kreis derjenigen Wirtschaftsfunktionäre der DKP, die an regelmäßigen Beratungen in einem der Gästehäuser der Abteilung VK teilnahmen.⁶⁰⁰

Im Frühjahr 1971 tauchten neue Probleme bei Interschiff auf. Rudi Scharmacher, Sektorenleiter Reisekader bei der Abteilung VK und besonders für Interschiff verantwortlich,⁶⁰¹ kam mit einem besorgniserregenden Bericht von einer Inspektion in Hamburg zurück: Eine Sekretärin, zuletzt als Buchhalterin tätig, habe – vor einiger Zeit schon – um die 400 000 Mark unterschlagen, sich davon ein Haus gekauft und teuren Schmuck. Sie sei in Haft, gelte aber als nicht voll zurechnungsfähig, hatte Scharmacher vom Genossen Stender erfahren. Bruno Richter, fachlich ohnehin nicht der Stärkste, sei deprimiert; er müsse gestützt werden, fanden Steidl und Harnisch übereinstimmend.

Zwar rechnete Steidl im Ergebnis mit einem Schaden von nicht mehr als 30 000 bis 40 000 Mark, sah aber das Hauptproblem, »dass durch diese Vernehmung der Buchhalterin viele andere Dinge den Untersuchungsorganen bekannt werden, die eigentlich nicht bekannt werden dürfen«. Deshalb wollte er genau wissen, welche Kenntnisse denn diese Buchhalterin gehabt habe. Leider kann die Sache nicht mehr überprüft werden, da nach Auskunft des Staatsarchivs Hamburg die Verfahrensakten nicht überliefert sind.

Scharmacher blickte noch eine Stufe weiter: Das könne überall passieren. Es fehle allgemein an der Finanzkontrolle, Prüfungen fänden nicht statt. So könne es durchaus geschehen, dass mit dem Geld aus der DDR Löcher gestopft würden. Er machte den Vorschlag, Fachleute zwischen den Betrieben auszutauschen, damit sie die Kontrollen übernehmen. So könne von Appen zu Heska Druck⁶⁰² gehen, dafür ein Fachmann von

⁶⁰⁰ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 8601, Bl. 166–240; Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 3920, S. 48, 63, 66 u. 70; Drs. 7600, Anhangband, S. 306.

⁶⁰¹ Rudi Scharmacher, *1929 in Königsberg, seit 1948 in der SED, hatte die FDGB-Hochschule besucht und war FDGB-Instrukteur gewesen. Auch er war von Oberst Jamin als GI angeworben worden, da er aber im vorgesehenen Bereich SPD-Ostbüro und beim DGB keine interessanten Bekanntschaften machen konnte, nach 2 Jahren abgelegt und offizieller Informant geworden. Steidl hatte ihn kurz nach seinem Dienstantritt zur Abteilung VK geholt; BStU, MfS, AGI 985/56; BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 7.4.1966, Punkt 4; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 217 f. u. 221; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 194.

⁶⁰² Vgl. Abschnitt bei »Parteizeitung und Druckereien« im Abschnitt »Die Abteilung Verkehr und die Neukonstituierung der DKP«.

dort zu Interschiff. Auch da bestand sogleich Einigkeit: Finanzkontrolle müsse eine ganz normale Sache sein.

Fast gleichzeitig mit solcher Einigkeit, an der am bemerkenswertesten erscheint, wie spät eine sich aufdrängende Einsicht kam, zeigte sich aber auch immer wieder ein Sicherheitsdenken, hinter dem wirtschaftliche Vernunft zurückzutreten hatte.⁶⁰³

Doch nach weiteren personellen und geschäftlichen Problemen, und nachdem der Verfassungsschutz im Unternehmen auftauchte und gezielte Fragen nach Personen und Finanzen stellte, die auf gute Insiderkenntnisse schließen ließen, plädierte Scharmacher dafür, »Interschiff« aufzulösen oder in die von Kaphengst geleitete bisherige Binnenschiffahrtsabteilung einzugliedern. Bei der Gelegenheit ließe sich Richter »entfernen« und gleich eine Überprüfung der an »Interschiff« erheblich beteiligten Firma Ihle veranlassen. Damit wollte Scharmacher zugleich einen Einblick von außen verhindern, vor allem, dass zu diesem Zweck »der Gen. Schlümper [sic!] eine Kommission einsetzt von acht DDR-Experten«.⁶⁰⁴

Bruno Richter hielt sich nicht an die Absprachen, die am 14. Mai in Berlin-Mahlsdorf getroffen worden waren. Ohne irgendwelche Überprüfungen abzuwarten, meldete er für die »Interschiff« Konkurs an. In Hamburg veranstaltete er eine Betriebsversammlung, in der er die Situation des Unternehmens darstellte – »bewusst Stimmung verbreitet« nannte das Scharmacher. Einigen Mitarbeitern gab Richter die Kündigung. Paul Kaphengst und Arno von Appen gegenüber erklärte er die Berliner Absprachen für »null und nichtig« und teilte mit, er habe bereits einen Anwalt mit der Vertretung seiner Interessen beauftragt.

Kaphengst und von Appen berichteten sogleich nach Berlin. Anderntags wurden sie dorthin beordert. Steidl lud Schlimper und Generaldirektor Schlimme, Deutrans,⁶⁰⁵ zu einer Eilbesprechung ein. Nun kam es doch zu der ungewollten Überprüfungs-kommission. Hermann Schlimme und Günter Zierrath, Generaldirektor und Generalvertreter der Deutrans, mit zwei Genossen der Deutschen Seereederei erhielten den Auftrag, die »Interschiff« zu überprüfen, sie vor dem Konkurs zu bewahren und den Betrieb für die Partei zu erhalten. Nach drei Tagen sollten sie mit einem Ergebnis zurück sein.

⁶⁰³ Vgl. hierzu beispielsweise den in den folgenden Unterlagen dokumentierte Disput: BStU, MfS, AIM 1777/72, Bd. 1, Bl. 175, Bd. 2, Bl. 81 f.; BStU, MfS, GH 35/81, Bd. 6, Beurteilung, o. Pag.; BStU, MfS, AOPK 5975/88, Bd. 1, Bl. 224 v. 30.9.1983, Bd. 3, Bl. 192.

⁶⁰⁴ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 221, Absprache bei der Abt. Verkehr am 14.5.1973. Schlimper war zu der Zeit stellv. Verkehrsminister. Bei dem Auftauchen des Verfassungsschutzes dürfte es sich um die Ansprache von Mitarbeitern durch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz mit – erwünschter – verunsichernder Wirkung gehandelt haben. Zu Ermittlungshandlungen im Unternehmen wäre der Verfassungsschutz nicht berechtigt gewesen.

⁶⁰⁵ Die Deutrans zählte zu den Geschäftsverbindungen der Abteilung Verkehr, die auch zu Abdeckungszwecken verwendet wurden; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 174.

Bruno Richter wurde von einer Reise nach London zurückbeordert, um ihm die fristlose Kündigung zu übermitteln. Harnischs Mitarbeiter Schröter rechnete mit einem Skandal, »da Bruno Richter auf keinen Fall der Partner [sei], welcher in solch einem Fall ein wirklich parteiliches Verhalten an den Tag legt«.⁶⁰⁶

Der Kommissionsbericht und die daraus gezogenen Konsequenzen finden sich nicht in den Akten. In Teilen lassen sie sich aus späteren Vermerken erschließen.⁶⁰⁷

Richter fand sich zu einer Absprache mit Scharmacher im Juli 1973 ein. Die befasste sich aber ausschließlich mit den Fragen des Verfassungsschutz-Mitarbeiters, der bei Interschiff erschienen war.⁶⁰⁸ Die »Interschiff« wurde nicht liquidiert. Aber der Bereich Binnenschiffahrt wurde mit Kaphengst und von Appen als Geschäftsführer im Sommer 1973 aus der Interschiff herausgenommen. Dort hoffte man eine »starke DKP-Betriebsgruppe ins Leben zu rufen«. Es ist schwer nachvollziehbar, welche Grundlage es für die Erwartung wirtschaftlichen Gedeihens dieses Unternehmensbereichs gab. Denn noch im Dezember 1972 hatte Steidl den damals allein verantwortlichen Paul Kaphengst »völlig pleite« gefunden und mit »Alex« (Schalck-Golodkowski) einen Nachschuss von 100 000 DM für das Unternehmen organisiert.⁶⁰⁹

Aus dem Herbst 1975 gibt es den letzten Bericht über die Befassung der Abteilung Verkehr mit der »Interschiff«. Steidl erwartete den Genossen Jan Wienecke aus Hamburg,⁶¹⁰ um mit ihm das »Gesamtp Problem Interschiff« zu besprechen. Es bestand die Absicht, in erheblichem Umfang Personal bei Interschiff auszuwechseln, etwa 25 bis 30 Personen. Allerdings haperte es auch bei diesem Plan: Absprachewidrig hatte Paul Kaphengst die von ihm geforderte Beschäftigtenliste nicht geliefert.

Insgesamt erweckt der Umgang der Abteilung Verkehr mit den Parteibetrieben, der sich allerdings in den Akten des BdL (II) nur teilweise widerspiegelt – die Akten des KoKo-Untersuchungsausschusses zeigen, dass das System der Parteibetriebe auch schon vor der Mitte der siebziger Jahre wesentlich umfangreicher war, als es hier erscheint –, nicht den Eindruck einer Erfolgsgeschichte. Obwohl Steidl mit der Betreu-

⁶⁰⁶ BStU, MfS, HA II/19, Nr. 8601, Bl. 214 f., Bericht über die durchgeführte Absprache bei der Abteilung Verkehr am 24.5.1973 von Major Schröter.

⁶⁰⁷ Im Übrigen ist aus dem KoKo-Untersuchungsausschuss bekannt, dass über die Anglolux SA, Luxemburg, das (offenbar verbrauchte) Kapital von 100 000 DM um 400 000 DM aufgestockt wurde; dadurch sank die Beteiligung von Richter am Unternehmen von 40 auf 8 %. Er blieb aber Gesellschafter. Seine Ablösung als Geschäftsführer durch Arno von Appen, die nach den hier dargestellten Berichten im Sommer 1973 stattfand, ist nach den Angaben im Handelsregister bereits im April 1971 erfolgt. Plausibel erscheint das nicht, da Richter offenbar von der Abteilung VK als nach außen berechtigt Handelnder angesehen wurde.

⁶⁰⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 217 f.

⁶⁰⁹ Ebenda, Bl. 231, Absprache bei der Abteilung VK am 4.12.1972.

⁶¹⁰ Jan Wienecke war bis 1981 Hamburger Bezirksvorsitzender der DKP.

ung der Westfirmen einen Wunschauftrag erhielt, häuften sich Unregelmäßigkeiten in wichtigen Unternehmen, die nicht sehr professionell bewältigt wurden. Erst 1973 errichtete Steidl als Koordinierungsinstrument den VEB Simpex, über den die Verbindungen der »speziellen Firmen« zum ZK und zu allen Bereichen des Außenhandels der DDR laufen sollten. Dessen Leiter, dem Sektorenleiter der Abteilung VK, Hans Joachim Springmann, wurden zwar »umfassende Kenntnisse« in seinem Aufgabenbereich nachgesagt. Er genoss sichtbar auch hohes Vertrauen sowohl in der Partei, für die er ihr Konto in der Schweiz verwaltete, als auch beim MfS, wo er IM der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) und – seit 1980 – offizieller Kontaktmann zur HA II/19, der Nachfolgerin des BdL (II), war (Sicherung spezieller Bereiche der Zusammenarbeit der SED mit der DKP in der BRD und der SEW in [West-Berlin]).⁶¹¹ Aber mit seinem sehr kleinen Apparat⁶¹² und in der kurzen Zeit, in der er bis zur Übernahme der Verantwortung für die Parteibetriebe durch Schalck-Golodkowski arbeitete, konnte er die Effektivität der Steuerung der Westbetriebe durch die Abteilung VK kaum grundlegend verbessern, selbst wenn er persönlich die besten Voraussetzungen dafür besessen haben mag.⁶¹³

Auch zum »Schlussstand« der Westfirmen – am Tage des Rücktritts des ZK der SED und der Flucht Alexander Schalck-Golodkowskis in den Westen – hat sich ein so präzises wie knappes Dokument erhalten. Unter dem 3. Dezember 1989 ging dieser

⁶¹¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 30577, Bl. 27.

⁶¹² Hans Joachim Springmann hatte 1975 vier Mitarbeiter; eine Mitarbeiterin stand kurz vor dem Ausscheiden; BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 10 u. 239. Gegenüber dem Stand von 1971 (7 politische Mitarbeiter) muss der Bereich also in der Zwischenzeit erheblich verkleinert worden sein. Belege zu dieser Entwicklung, die zugunsten der zunehmenden Zuständigkeit des Außenhandels (Schalck-Golodkowski) stattgefunden haben muss, fanden sich (bisher) nicht.

⁶¹³ Der VEB SIMPEX wurde auch nach der Übernahme der Verantwortung für die Westbetriebe durch Schalck-Golodkowski weitergeführt. Hans Joachim Springmann mit drei Mitarbeitern betreute auch 1978 noch Geschäftsverbindungen der Abteilung VK, die auch zu Abdeckungszwecken verwendet wurden; BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 173. Allerdings wurden durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung in den 80er Jahren ein weiterer Geschäftsführer sowie ein weiterer leitender Mitarbeiter eingesetzt. Der Geschäftsführer arbeitete als IM mit der AG BKK zusammen. Schon zuvor hatte der Bereich Kommerzielle Koordinierung mit nur begrenztem Erfolg versucht, dem VEB SIMPEX und damit der Abteilung Verkehr die Entscheidung über die Besetzung von Geschäftsführerposten bei den Westfirmen zu entwenden, weil man durch die von der Abteilung Verkehr auch bei den Westfirmen auftragsgemäß betriebene enge Zusammenarbeit mit der vom Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland intensiv beobachteten DKP, ihren Funktionären und Mitgliedern, die gewünschte Tarnung der Westfirmen gefährdet sah. Vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, S. 237 f. mit Verweis auf einen Bericht der MfS-HA XVIII/7 vom Juli 1983.

Vermerk – wohl in der Verantwortung des Leiters der Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung – an den »Gen. GL Schwanitz«.⁶¹⁴

»Parteifirmen«

Bei den »Parteifirmen« handelt es sich um Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden.

»Die Geschäftstätigkeit dieser Firmen ist ausschließlich mit dem Ziele durchzuführen, Gewinne für den disponiblen Fonds der SED zu erwirtschaften. Die politische Leitung der »Parteifirmen« erfolgte durch die Abteilung 72 (Verkehr) des ZK der SED. Die ökonomische Leitung erfolgt durch den Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung.⁶¹⁵ In seinem Auftrag erfolgt die unmittelbare Führung und Kontrolle durch die Leiterin der AG Firmen, Genossin Lisowski – über die Fa. Simpex.

Entsprechend der Ordnung zur Leitung und Kontrolle dieser Firmen wurden den Bruderparteien (DKP, SEW u. a.) entsprechend ihren Anforderungen⁶¹⁶ Geschenke in Spendenform für Pressefeste, Parteitage usw. in Abstimmung mit der Abteilung Verkehr und dem Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung zur Verfügung gestellt.«⁶¹⁷

Mit diesen »Geschenken in Spendenform« war es dann mit dem Ende des Jahres 1989 vorbei, und wenig später setzte die Abwicklung der »Parteifirmen« ein.

Die Abteilung Verkehr und die Neukonstituierung der DKP

An den Vorüberlegungen zur Einrichtung der DKP, die das »Arbeitsbüro« federführend betrieb, war die Abteilung Verkehr, ihrem »unpolitischen« Auftrag entsprechend, nicht erkennbar beteiligt. Insoweit gibt es an Hans-Peter Müllers Darstellung der »Gründung und Frühgeschichte der DKP im Licht der SED-Akten«⁶¹⁸ nichts zu ergänzen oder gar zu korrigieren. Erst als es nach der Konstituierung der Partei darum ging, sie organisatorisch und apparativ zu installieren, setzte die Tätigkeit der Abtei-

⁶¹⁴ Wohl als Erstinformation an Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, der seit 1986 einer der Stellvertreter Mielkes gewesen war, und der am 18.11.1989 seinen Dienst als Leiter des neuen Amtes für nationale Sicherheit der DDR antrat und insofern Nachfolger Mielkes war.

⁶¹⁵ Das Imperfekt im ersten und das Präsens im zweiten Satz dieses Absatzes deuten darauf hin, dass die Verfasserin oder der Verfasser zwar bereits vom Rücktritt des ZK wusste, aber noch nicht vom plötzlichen Abgang Schalck-Golodkowskis.

⁶¹⁶ »Entsprechend ihren Anforderungen« erinnert zwar an die Erklärung von Harald Dötze, seine Forderungen seien stets erfüllt worden, wird aber doch vor dem Hintergrund der von der DKP einzureichenden Finanzpläne gesehen werden müssen.

⁶¹⁷ BStU, MfS, AG BKK, Nr. 1296, Bl. 9.

⁶¹⁸ Müller, Hans-Peter: Gründung und Frühgeschichte der KPD im Licht der SED-Akten. In: Schroeder, Klaus (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Berlin 1994, S. 251–285.

lung VK ein. Aus diesem Zusammenhang sind dem Müller'schen Mosaik einige Steinchen hinzuzufügen.

Steidl sprach im Oktober 1968 mit Willi Mohn⁶¹⁹ über die Konsequenzen aus der DKP-Gründung. Der versicherte erst einmal, der illegale Apparat der KPD werde bestehen bleiben. Doch wurde im Gespräch bei ihm auch erwogen, die »bisher nur auf dem Boden der DDR durchgeführt[e]« Tätigkeit nach Dänemark oder Österreich zu verlagern. Das schien ihm für eine legale kommunistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland wohl politisch besser vermittelbar, als die Unterstützung aus der DDR.⁶²⁰

Im ersten Gespräch Steidls und Kaphengsts mit Harnisch Anfang Oktober 1968⁶²¹ ergab sich gleich, dass man sich noch keine konkreten Gedanken gemacht hatte, wie denn »die Arbeit weiter zu gewährleisten« sei. So konzentrierte sich das Gespräch sogleich auf die Gegenstände, die den Beteiligten besonders am Herzen lagen und für deren Ordnung sie – ganz selbstverständlich – die Letztverantwortung bei der SED sahen: Die Orthodoxie der neuen Partei und deren Sicherheit, die traditionell bei deutschen Kommunisten (auch) durch M(ilitär)- und S(icherheits)-Apparate gewährleistet wurde.⁶²²

Harnisch fragte, ob denn mit dem Apparat der KPD »eine Einwirkung auf die DKP zu erzielen [sei], da logischerweise bei dem jetzigen Stand die DKP sich nicht dekonspirieren kann in ihrer Verbindung zur DDR bzw. zur SED oder KPdSU«.

Die Gesprächspartner fanden es selbstverständlich, dass die DKP nicht »zugelassen«⁶²³ werde, wenn sie mit dem gleichen Programm antrete wie die KPD. Also stehe die Frage eines Programms mit revisionistischem Charakter im Raum.⁶²⁴ Sie rechneten auch mit zahlreichen Eintritten von Leuten, die aus der KPD ausgeschlossen worden waren oder die »mehr sozialdemokratische Gesinnungen« haben.

⁶¹⁹ Mohn, Mitglied des Politbüros der KPD, Leiter des »Sekretariats KPD Albert« (Deckname), war schon zu Baiers Zeit der Ansprechpartner in Fragen des Verhältnisses der Abteilung Verkehr zur KPD; BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 20.10.1964, Punkt 1.

⁶²⁰ Das »Arbeitsbüro« drang »auf ein Höchstmaß an Legalität« im »Verhältnis zwischen unseren Parteien«, also zwischen SED und DKP; vgl. Müller: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 266 f.

⁶²¹ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 4.10.1968, Punkt 3.

⁶²² Vgl. »Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1964«. In: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament B 33/65 v. 18.8.1965, S. 28.

⁶²³ Die wiederkehrende Redeweise von der Zulassung der DKP, auf der Unvorstellbarkeit freier Parteiengründung für DDR-geschultes Denken beruhend, meint der Sache nach das Risiko eines administrativen (als Nachfolgeorganisation der KPD) oder verfassungsgerichtlichen (als Partei) Verbots der DKP.

⁶²⁴ In der Tat kam solche Sorge 1969 von sowjetischer Seite verbunden mit der Hoffnung, dass in der DKP »der alte Kern der erfahrenen Genossen schnell wirksam würde«; vgl. Müller: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 279.

Von der »vollen Selbstständigkeit der DKP« erwartete sich die Abteilung Verkehr durchaus einige Auseinandersetzungen, zum Beispiel hinsichtlich der Frage der Einstellung zur DDR, aber auch zu anderen kommunistischen Parteien, wie etwa denen in Frankreich und Italien und »letztenendes auch über die Frage der Stellung von dem Gen. Reimann«. ⁶²⁵

Zwar kam es nie zu der »vollen Selbstständigkeit« der DKP, aber die übrigen aufgeworfenen Fragen erwiesen sich früher oder später durchaus als richtig gesehen.

Parteizeitung und Druckereien

Wichtig ist (wenn ich nicht irre) Folgendes: »Eine tägliche Arbeiterzeitung für die Arbeiterklasse in diesem Teil des Landes zu gründen; sie nicht als Geschäftsunternehmen zu gründen (wie das gewöhnlich mit Zeitungen in den kapitalistischen Ländern der Fall ist), nicht mit einem großen Kapital, nicht auf die allgemein übliche Manier, sondern als wirtschaftliche und politische Waffe der Massen in ihrem Kampf.«

W. I. Lenin: An den Genossen Thomas Bell. Werke Bd. 2, S. 535.

Schon im Vorfeld der DKP-Konstituierung wurde im Konzept des Arbeitsbüros KPD im ZK der SED vom 25. Juni 1968 eine legale Parteizeitung als »Sprachrohr« und »kollektiver Organisator der Partei« vorgestellt. Gegen Ende des Jahres 1968 rügte ein Kritikpapier aus dem »Arbeitsbüro« eine Tendenz zur schleppenden Verwirklichung und Unterschätzung der entscheidenden Rolle eines sofort verfügbaren Zentralorgans der DKP. ⁶²⁶

Mitarbeiter des Arbeitsbüros entwickelten nun eine »Konzeption für das Zentralorgan der Partei« vom Layout über die Seitenaufteilung bis zur Besetzung der Redaktion. In einer Anlage zu ihrer Vorlage präsentierten sie einen Beschlussvorschlag »Zur Realisierung unseres Pressebeschlusses«. Darin sahen sie vor, dass Kurt Bachmann den Verlagsleiter der Dr. Wenzel Verlags GmbH, Duisburg-Beeck, ⁶²⁷ zu einer Bespre-

⁶²⁵ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 5.11.1968, Punkt 5.

⁶²⁶ Müller: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 251–285, hier 275, unter Hinweis auf BArch ZPA IV 2/10.03-233.

⁶²⁷ Der Namengeber dieses 1961 gegründeten Verlages, Walter Wenzel, war von Dezember 1947 bis zum April 1956 Kulturreferent (Hilfsdezernent) der Stadt Dortmund und hatte sich wohl schon damals mit der SPD überworfen. Als Verlagsinhaber war er dann auch Herausgeber der nach dem KPD-Verbot erscheinenden kommunistisch orientierten Zeitung »tatsachen«, die der kommunistische Journalist Peter Baumöller, *1928, im Auftrag des KPD-Funktionärs Hans Jennes seit 1961 anstelle der 1960 verbotenen Zeitung »Die freie Meinung« aufbaute. Als Abschirmung für die Zeitung baute er, unter Einbeziehung von Dr.

chung über die »Konzentration der fortschrittlichen Presse« einlud und dabei »konkrete Einzelheiten« festlegte. Diese »Einzelheiten«, allesamt in der Vorlage bereits niedergelegt, liefen darauf hinaus, die bis dahin erscheinenden Länderzeitungen, die ja wegen des Verbots der KPD nur nahestehen, nicht als ihre Parteiblätter erscheinen durften, sofort oder nach einer Übergangszeit in dem neuen Zentralorgan aufgehen zu lassen und deren Verlage unter Aufgabe ihrer Selbstständigkeit in Verlag und Vertrieb des Zentralorgans einzubeziehen.⁶²⁸

Den Genossen der DKP in der Bundesrepublik blieb eigentlich wenig zu tun, um rasch ein eigenes Zentralorgan herauszubringen. Die Vorlagen aus dem Arbeitsbüro ließen immerhin die Namen von Redakteuren und Verlagsleiter offen; wieweit dabei tatsächlich der DKP Spielräume blieben, ist hier nicht erkennbar.

Die Gespräche zwischen Josef Steidl und Gerhard Harnisch deuten darauf hin, dass die Klage über schleppendes Vorgehen bei der DKP jedenfalls insofern berechtigt war, als die Schaffung eigener Druckkapazitäten recht lange brauchte. Andererseits geht es beim Aufbau der Zeitung wie bei der Schaffung eigener Druckkapazitäten um Vorgänge, die sich zum erheblichen Teil in der Bundesrepublik abgespielt haben. Daran waren zahlreiche Personen beteiligt, die in den Akten des BdL (II), wenn überhaupt, dann aus dritter Hand zu Wort kommen. So kann, was aus den Besprechungen zwischen dem BdL (II) und der Abteilung VK durch die Aufzeichnungen des Leiters des BdL (II) überliefert ist, kein zuverlässiges, geschweige denn umfassendes Bild der Abläufe in Westdeutschland geben. In dieser Darstellung geht es vielmehr darum, wie sich bei den Akteuren in (Ost-)Berlin das spiegelte, was sich im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Parteizeitung der DKP und eines eigenen Druckereizentrums ereignet hat. Dass diese Spiegelung nicht ganz ungeprüft auf Verzerrungen und nicht ohne jede Ausfüllung von Blindstellen bleiben muss, ist der Tatsache zu danken, dass manche Sachverhalte sich aus anderen Quellen hier und da zurechtrücken oder ergänzen ließen.

Wenzel, eine »Demokratische Wählerunion« (DWU) auf, die – in Duisburg gegründet – dann bescheidene Wahlerfolge auf der kommunalen Ebene in der Region erzielte; Baumöller, Peter: ... es war nicht alles für die Katz ... Geschichten aus heißen und kalten Kriegstagen. Düsseldorf 1998, S. 137–139. Der in der Vorlage nicht mit Namen genannte Verlagsleiter Erhard Witulski, 1920–2009, in Ahlen zuhause, seit Ende der 40er Jahre KPD-Mitglied, war dort lange Kreisvorsitzender der DKP, gehörte mindestens bis 1986 auch dem Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen der Partei an. Für 1971 ermittelte das BfV als Gesellschafter dieses Verlages Kurt Bachmann, Harald Dötze, Wilhelm Schwettmann (Herne), DKP-PV, und Erhard Witulski; BfV, Übersicht zu linksradikalen Bestrebungen im Jahre 1971 (Verlage und Druckereien, S. 12 f.); BArch B 443/558. Das Ausscheiden Dötzes wird erst im Bericht 1973 vermerkt. Der Dr. Wenzel Verlag wurde dann mit der Plambeck & Co. GmbH Neuss (früher Neumünster) zur Plambeck & Co. Druck und Verlags GmbH, Neuss zusammengelegt.

⁶²⁸ BArch DY 30/IV 2/10.03/68, Bl. 58–60, 73–80 u. 269–271.

Am 5. November 1969 berichtet Josef Steidl dem Genossen Oberst Harnisch über ein Gespräch bei Hermann Matern: Man plane, in Frankfurt/M. und in Bochum, vielleicht auch noch anderswo, Druckereien aufzukaufen oder zu mieten. Die Planungen stehen im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Finanzierungsorganisation für die DKP, für die man durchaus noch einige Monate Zeit brauchen werde.

Bei allem schaut man auf die Bundestagswahlen im Herbst 1969, von denen eine Entscheidung erwartet wird, ob danach die DKP weiterbestehen wird oder nicht.⁶²⁹

Während die Abteilung Verkehr sich mit der Beschaffung von Büroraum für die Partei in Düsseldorf befasst, drängt Walter Ulbricht. Er gibt der Schaffung einer legalen Zeitung größte Priorität. Aber in (Ost-)Berlin scheint die Fuldaer Verlagsanstalt, zu der die Kommunisten in der Bundesrepublik die besten Beziehungen haben und die über die notwendigen Druckkapazitäten verfügt,⁶³⁰ zu weit weg vom Kern des Ruhrgebietes, wo die Zeitung angesiedelt sein soll. Zwar beginnt die DKP im April 1969, die Wochenzeitung »UZ« in Fulda drucken zu lassen. Aber zugleich denkt man in (Ost-)Berlin über die Gründung neuer Druckerei-Unternehmen oder andere geeignete Lösungen nach.⁶³¹

Unterdessen spricht Paul Kaphengst in Hamburg mit Erich Mayer,⁶³² von dem er berichtet, er besitze »einen Buchhandel, der für die gesamte Bundesrepublik Gültigkeit« besitze. Tatsächlich führt Mayers Frau Erna auf der Langenhorner Chaussee eine

⁶²⁹ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 5.11.1968, Punkt 1. Der Probelauf mit der Kandidatur der Aktion Demokratischer Fortschritt bei dieser Wahl sollte Aufschluss über die Chancen für eine offen als kommunistisch auftretende Partei geben.

⁶³⁰ Die Fuldaer Verlagsanstalt GmbH wurde 1945 vom Vater des späteren Inhabers, Heinrich Kierzek, gegründet. Heinrich Kierzek war vor dem Krieg Journalist. Während des Krieges im holländischen Exil schrieb er Artikel gegen die Nazis. 1940 geriet er in Gefangenschaft und wurde 1945 befreit. Von den Amerikanern erhielt er eine Zeitungslizenz. Fortan gab er im katholischen Fulda die linke Fuldaer Volkszeitung heraus. Die konnte sich gegen die später gegründete Fuldaer Zeitung nicht durchsetzen. 1974 wurde sie eingestellt. Bei Kierzek wurden später für einige Jahre die »Marxistischen Blätter«, die Theoriezeitschrift der DKP gedruckt. <http://images.zeit.de/text/1988/01/Ein-leises-Servus>, Stand VI 2009. Ob Kierzek Geld von der KPD oder SED im Unternehmen hatte, ergibt sich aus den Akten des BdL (II) nicht, auch wenn die Selbstverständlichkeit, mit der für die »UZ«-Produktion an ihn gedacht wird, auf mehr als nur Sympathiebeziehungen deutet.

⁶³¹ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 12.2.1969, Punkt 10.

⁶³² In ebenda, Aktennotiz v. 21.2.1969, Punkt 3, wird er als »Ernst Maier« bezeichnet, eine der zahllosen, meist allerdings dank des Textzusammenhangs leicht zu berichtigenden Verschreibungen, die darauf zurückzuführen sind, dass Harnisch Namen phonetisch notierte und sich offenbar häufig nicht der rechten Schreibweise vergewisserte. Erich Mayer, 1929–1988, gehörte der Partei seit 1947 an, 1953 wurde er Mitglied des Hamburger Landessekretariats, war von 1962–1968 illegaler Landesvorsitzender, später Mitglied des ZK und Kandidat des Politbüros. 1968 war er Mitglied des Bundesausschusses zur Neukonstituierung der DKP, gehörte dann deren Parteivorstand an, wurde 1981 Kassierer des PV.

Versandbuchhandlung, die übrigens dann bald den Gesamtvertrieb der Marxistischen Blätter für Norddeutschland übernahm. Kaphengsts Gespräch zielt darauf hin, dass Mayer den Verkauf der Bücher übernehmen soll, »die im Interesse von uns liegen«.⁶³³ Mit dem Gespräch wird der Anstoß zu der von Mayer im Herbst 1969 gegründeten »Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler« und dem Aufbau der Kette der Progress-Buchhandlungen gegeben.⁶³⁴ Schon vorher gab es einen Versuch, zu einer »Marktbereinigung« im Westen zu kommen. Da waren, gut planwirtschaftlich, am Bedarf vorbei über Jahre Bücher im Wert von mehreren 100 000 Mark produziert worden, die nun, zum Teil alt oder unaktuell, »bei den verschiedenen Organen« vergammelten.⁶³⁵ Im Frühjahr 1969 will die Abteilung VK einen Versuch unternehmen, sie zu versteigern, um mit dem erhofften Erlös aus den bisher fünf gesteuerten Verlagen einen zu machen.⁶³⁶

Spätestens seit Februar 1969 gibt es eine gewisse Klarheit über die Produktion der Parteizeitung »Unsere Zeit«: Gerd Deumlich, Parteifunktionär mit journalistischer Erfahrung aus seiner FDJ-Zeit,⁶³⁷ soll die Chefredaktion, Harald Dötze, bis dahin Geschäftsführer des zeitgleich eingestellten Blinkfuer Verlages, die Geschäftsführung des Zeitungsverlages übernehmen; ihm muss Erhard Witulski weichen. In Essen will man einen Verlag für die Herausgabe der Zeitung gründen, den Druck der Wochenzeitung dem angesehenen Druckhaus Droste übertragen.⁶³⁸ Dass dort auch der Industrie-

⁶³³ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 21.2.1969, Punkt 3.

⁶³⁴ Mensing, Wilhelm: Maulwürfe im Kulturbeet. DKP-Einfluß in Presse, Literatur und Kunst. Zürich 1983, S. 109.

⁶³⁵ Die Produktion von Büchern, für die es keine Abnehmer gab, war offenbar ein wiederkehrendes Problem bei der KPD. Unter dem Datum 5.5.1958 berichtete der mit der Auflösung von KPD-Vermögen in Essen beauftragte Dipl. Kaufmann Brischen an den Beauftragten des BMI für die Einziehung des KPD-Vermögens, er habe 44,2 t »linientreue Bücher« zur Papiermühle nach Essen-Werden abtransportieren lassen; BArch B 106/151346.

⁶³⁶ Welche fünf Verlage hier gemeint waren, ist kaum noch aufzuklären. Es gab zu jener Zeit mehr als fünf Verlage, in denen Parteigeld investiert war oder die von Mitgliedern geleitet wurden. Neben dem zum 1.4.1969 geschlossenen Blinkfuer Verlag, dem Nachrichten Verlag (Georg Herde) in Frankfurt/M., dem »elan«-Verlag (K.-H. Schröder) in Dortmund, dem Dr. Wenzel Verlag in Duisburg bestand auch seit 1950 der Brücken Verlag, und es gab den Monitor Verlag und den Progress Verlag, die beide Hans Fladung (1898–1982, komm. Publizist und Verleger) besorgte. Ob es im Übrigen je zu der geplanten Versteigerung gekommen ist, ließ sich nicht klären.

⁶³⁷ Gerd Deumlich, *26.6.1929, Mitbegründer der FDJ Niedersachsen, 1953 Chefredakteur »Junges Deutschland«, 1956 2¼ Jahre Gefängnis wegen Betätigung für die verbotene FDJ, 1969–1971 Chefredakteur der »UZ«, langjähriges Mitglied von Vorstand und Präsidium der DKP. In: UZ v. 25.6.1989. Deumlich selbst führte seinen Auftrag später auf einen – sonst nicht bekannten – »Arbeitsausschuss der KPD« zurück. In: UZ v. 1.5.2009.

⁶³⁸ Diese Vorstellung war schon soweit gediehen, dass, nach Auskunft von Dr. Manfred Droste, Düsseldorf, v. 13.8.2009, der Dr. Wenzel Verlag den Grossisten im Februar 1969 mitteilte,

kurier gedruckt wird, hebt Harnisch ausdrücklich hervor, anscheinend stolz, dass es zu gelingen scheint, den Druckauftrag in einem Unternehmen mit solcher Kundschaft unterzubringen.

Tatsächlich ist der Auftrag an Droste nicht zustande gekommen.⁶³⁹ Der Verlagsleiter Harald Dötze⁶⁴⁰ erinnert sich nicht, mit Droste zu tun gehabt zu haben. Von Anfang an habe die Fuldaer Verlagsanstalt den Druck gemacht; die Produktion sei so gut organisiert gewesen, dass die Entfernung keine wirklichen Probleme bereitet habe.⁶⁴¹

Das Wichtigste war natürlich die Finanzierung der Zeitung, deren erste Ausgabe rechtzeitig vor dem Parteitag der DKP in Essen am 12./13. April 1969 erschien.⁶⁴² Hermann Matern meinte, es müsse einen anderen als den gewohnten Weg geben: Man müsse bürgerliche, souveräne Leute suchen, die auch Gelder besitzen, und nicht nur

die »UZ – Die sozialistische Volkszeitung« werde mit einem Umfang von 16 Seiten rheinisches Format und 32 Seiten halbes rheinisches Format (Magazin) in der Droste Verlag und Druckerei GmbH in einer Auflage von 100 000 bis 120 000 Exemplaren gedruckt werden. Die Null-Nummer solle voraussichtlich am 12.3.1969 erscheinen. Wie begründet die Erwartung war, Droste werde den Auftrag übernehmen, lässt die Auskunft von Droste nicht hinreichend erkennen.

⁶³⁹ Reichel, UZ v. 31.3.1988, schrieb, »der große Verlag«, der den Druck habe besorgen sollen, sei kurz vor Erscheinen der Null-Nummer abgesprungen. Tatsächlich wurde in der Geschäftsleiterkonferenz des Droste-Verlages vom 11. März 1969 nach eingehenden Überlegungen und Gesprächen mit den Großkunden der Druckerei das Druckobjekt »UZ« abgelehnt. Bei diesen Gesprächen mit der Rheinischen Post und dem Handelsblatt ging es nach der Erinnerung von Dr. Manfred Droste jedenfalls in erster Linie um technische Fragen (Auswirkungen auf die Druckzeiten dieser Blätter). Droste kann sich an den Verhandlungspartner seitens der DKP nicht erinnern, auch nicht daran, ob es auch politische Bedenken gegeben hat. In den »Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz« v. 3.4.1969 heißt es, Droste habe den Auftrag trotz finanziell günstiger Bedingungen abgelehnt, S. 5; BArch B 443/569.

⁶⁴⁰ Harald Dötze, der in Norddeutschland lebt, fand sich im Februar 2008 auf der Grundlage eines ihm zugeleiteten Fragenkatalogs zu einem sehr eingehenden Telefongespräch über seine Tätigkeit als Verlagsleiter der »UZ« bereit und gewährte Zugang zu dem ihn betreffenden MfS-Vorgang AOPK 16421/89.

⁶⁴¹ Bis Anfang 1971 ist der Druckauftrag bei der Fuldaer Verlagsanstalt geblieben; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, S. 1963 (BfV-Bericht Kommunistische Wirtschaftsunternehmen von Dezember 1989).

⁶⁴² In einer Pressekonferenz in Bonn am 18.3.1969 präsentierte Bachmann die Null-Nummer. Die »UZ« sei nicht das »Zentralorgan« der DKP, sagte Bachmann. Allerdings sei er als Sprecher des Bundesausschusses der DKP der Herausgeber; BArch B 443/569, Bericht des BfV v. 3.4.1969, S. 5.

Aktiengesellschaften mit Kommunisten gründen.⁶⁴³ Zunächst scheinen solche Leute nicht in Sicht. Man greift also auf die bewährten Westbetriebe zurück, die zu diesem Zweck »dienstverpflichtet« werden. Die Formulierung in Harnischs Notiz macht deutlich, dass die Zahler nicht gefragt, schon gar nicht gebeten wurden. »Als Unterstützer werden genommen«, heißt es, und dann folgte die Aufzählung der Firmen.⁶⁴⁴ Immerhin: Die Einzelheiten wegen der aufzugebenden Anzeigen sollen bei der Leipziger Frühjahrsmesse mit den Betroffenen besprochen werden.⁶⁴⁵

Allerdings gehen dann die Beiträge von den Westbetrieben doch nicht im verabredeten Umfang in Duisburg ein. Der Genosse Erhard Witulski erscheint im Mai in Berlin bei der Abteilung Verkehr und klagt, »dass die Gelder nur zur Hälfte eintreffen«.⁶⁴⁶

Schon vor Erscheinen der ersten Ausgabe gibt es ein politisch überaus heikles Problem zu klären. Eine höchst attraktive Bestellung von 3 000 Exemplaren kommt dem Geschäftsführer Harald Dötze ins Haus, bevor überhaupt das erste Exemplar der »UZ« auf dem Markt ist. Ein Pressevertrieb in Berlin-Neukölln gibt die Bestellung auf, und der offenkundig politisch sensible Dötze ahnt wohl gleich Böses. Er reicht die Nachricht vom Großauftrag an die Abteilung Verkehr; das MfS klärt das Unternehmen ab.⁶⁴⁷ Abteilungsleiter Josef Steidl bemüht das Politbüro-Mitglied Hermann Marten. Der entscheidet: Das machen wir nicht; das sieht nach einem Test aus, der darauf zielt, die Drei-Staaten-Theorie zu durchlöchern.⁶⁴⁸

Der Verzicht wird bitter gewesen sein für den Geschäftsführer. Aber Politik ging immer noch vor Geschäft. Die »UZ« ist schließlich die Zeitung der DKP, für den Westteil Berlins gab es die SEW. Wer dort an einer kommunistischen Parteizeitung interessiert war, mochte deren Blatt »Die Wahrheit« kaufen. Und im Übrigen: Dötze hatte später nie Grund, sich über Knauserigkeit bei der Abteilung VK zu beklagen. Was er – natürlich mit Begründung – bei seinen Besuchen in der Abteilung Verkehr, gelegentlich in Begleitung seines Anzeigenleiters und einer Mitarbeiterin,⁶⁴⁹ an Zuschüssen für die »UZ« forderte, das bekam er, ohne Kürzungen, ohne Feilschen.⁶⁵⁰

⁶⁴³ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 13.8.1969, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 16.10.1969, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/53 v. 13.1.1970, Punkt 2 f.

⁶⁴⁴ Vgl. zu den Unternehmen den Abschnitt »Westfirmen«.

⁶⁴⁵ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 26.2.1969, Punkt 8.

⁶⁴⁶ Ebenda, Aktennotiz v. 6.6.1969, Punkt 3.

⁶⁴⁷ Dötze erinnert sich nicht an den Vorgang, hält ihn allerdings durchaus für möglich.

⁶⁴⁸ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 20.3.1969, Punkt 1. Drei-Staaten-Theorie: Auffassung der DDR, wonach die Bundesrepublik, die DDR und (West-)Berlin drei voneinander unabhängige Staaten bzw. politische Einheiten seien.

⁶⁴⁹ BStU, MfS, AOPK 16421/89, Bd. 1, Bl. 21.

⁶⁵⁰ So die nachdrücklich bekräftigte Auskunft Dötzes; die Mitarbeiterin erhielt gleich 150 000 DM mitgegeben und wurde noch mehrmals für Geldtransporte eingesetzt. Sie müssen nicht im Widerspruch zur Klage Witulskis stehen, die sich nur auf die Geldeingänge von den Westfirmen bezog.

interwerbung



G M B H
VERTEILUNGSGESAMT
FÜR WERBUNG UND
WISSENSCHAFTLICHE
FORSCHUNG
IN DEUTSCHER
DEMOKRATISCHER
REPUBLIC

Postanschrift: Interwerbung, DDR, 104 Berlin, Postfach 230

West-Ost-Kontakte
Werbe-gesellschaft
z.H.v. Herrn D ö t z e
2 H a m b u r g 50
Schmarjestraße 12

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

Mie/To

28. Juli 1969

Sehr geehrter Herr Dötze!

Beiliegend übersenden wir Ihnen folgende Aufträge:

1. Einen Globalauftrag über 1.600,- TDM-West, für den Sie bereits eine $\frac{1}{2}$ Konto-Zahlung in Höhe von 700,- TDM-West erhalten haben.
Die erforderlichen Anzeigenunterlagen hierfür wollen Sie bitte durch direkte Kontakte mit den Außenhandelsbetrieben der DDR selbst besorgen.
Diesem Schreiben fügen wir eine Aufstellung bei, aus welcher Sie ersehen können, welche prozentuale Beteiligung wir bei der Anzeigenaufgabe der einzelnen Außenhandelsbetriebe wünschen.

Die Abrechnung dieses Auftrages muß bis spätestens 30.11.1969 erfolgen, wobei wir akzeptieren, daß für die Dezember-Anzeigen Proforma-Rechnungen eingereicht werden.

2. Einen Globalauftrag über 500,- TDM-West, für den bereits eine $\frac{1}{2}$ Konto-Zahlung in Höhe von 100,- TDM-West erfolgte.
Für diese Summe wünschen wir die Veröffentlichung von Materialien aus der außenwirtschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit der DDR.

Für die Abrechnung gilt das gleiche, wie bereits unter Punkt 1 genannt.

Für die Abwicklung unserer Aufträge wünschen wir Ihnen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Voss
Generaldirektor

12. Bielefeldstr. 16

DDR 104 Berlin, Tucholskystraße 40
DB Auslandsmessen:
DDR 108 Berlin, Unter den Linden 40

TELEFON: 42 51 96
TELEFON: 22 54 41

TELEX: Berlin 112106 interw ad
über FAX Berlin 112108 interw ad

Privat-Archiv Harald Dötze

Auftrag Nr.

20 M 863/69

Büro
OST - WEST - KONTAKTE

02 Hamburg
Schmarjestr. 12

Berlin, den 30. Juli 1969
wa.

Werbemittel: Unsere Zeit

Werbungtreibender: Allgemeine Anzeigen über den Aussenhandel der DDR

Auftragsumfang:malSeite /Höhe,Spalten

Einzelpreis: abz.% Rabatt und5....% Vermittlerprovision

Zuschläge:

Gesamtpreis: Limit DM 500.000,--

Erscheinungsweise: 1 9 6 9

Placierung:

Druckunterlagen:KlischeesGalvanoSatzskizze

.....Zeichnung/FotoMaterText

anbei / erhalten Sie mit gesonderter Post

Die Anzeigen sind in der Sprache Ihres Blattes zu drucken. Falls Sie die Anzeigentexte in einer anderen Sprache erhalten, ersuchen wir Sie, eine einwandfreie Übersetzung vorzunehmen. (Firmenbezeichnung ist nicht zu übersetzen.)

Bemerkungen: Abrechnung und Einschaltung erbitten wir bis 30.11.69.
Für evtl. Einschaltungen im Dezember 69 werden Proforma-
Rechnungen entgegengenommen.
Druckunterlagen wollen Sie sich bitte selbst beschaffen
bzw. werden von Ihnen erarbeitet.

3fache Die Gültigkeit des Auftrages wird von der Einhaltung der vorstehenden Angaben abhängig gemacht. Änderungen (auch die des Preises) gelten nur, wenn sie von uns gegenbestätigt sind. - Bei Preisänderungen bitten wir um neue Preislisten.
Rechnung mit 2 kompletten Belegexemplaren ist uns unverzüglich nach Veröffentlichung jeder Anzeige einzusenden, da Rechnungsausgleich nur bis zu 90 Tagen nach Erscheinen der Anzeige erfolgen kann. - Auftrags-Nr. ist unbedingt auf den Belegen und der Rechnung anzugeben.

Wir behalten uns Rücktrittsrecht oder Auftragsweiterung bei rückwirkendem höherem Rabatt vor.

Wir bitten Sie, uns diesen Auftrag auf beiliegender Kopie zu bestätigen.

Aussenhandelswerbegesellschaft
der Deutschen Demokratischen Republik
104 Berlin, Tucholskystr. 40 - Ruf 428196 - Drahtwort/Interwerbung Berlin

Und es ging dabei um beträchtliche Beträge. Über seine »West-Ost-Kontakte«-Werbe-gesellschaft erhielt Dötze zum Beispiel im Juli 1969 – begleitet von Erfolgswünschen für die Auftragsabwicklung – einen Globalauftrag über 1,6 Mio DM und einen weiteren über 0,5 Mio DM (dafür hatte er bereits á conto-Zahlungen über 0,7 Mio DM bzw. 0,1 Mio DM erhalten), für die er sich die Anzeigenunterlagen im direkten Kontakt von den Außenhandelsbetrieben der DDR besorgen durfte bzw. für die er Materialien aus der außenwirtschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit der DDR drucken sollte.

Die SED will aus ökonomischen Gründen alle »progressiven Druckerarbeiten« an einem Ort erledigt haben, trotz einiger Bedenken, dass man damit einen etwaigen Zugriff der Behörden der Bundesrepublik Deutschland erleichterte. Aber im Frankfurter Raum gibt es Probleme bei der Raumbeschaffung: Vermieter ziehen sich zurück, als sie erfahren, dass es um die Einrichtung einer Druckerei für die DKP geht. Schließlich sieht man eine Chance, mit Hilfe einer US-amerikanischen Bank an ein Mietobjekt zu kommen.⁶⁵¹ Anscheinend wird auch daraus nichts.

Nachdem im Sommer 1969⁶⁵² auch der Westbesuch einer hochrangigen Delegation von DDR-Baufachleuten ergebnislos geblieben ist, entschließt man sich bei der Abteilung VK dann zur Übernahme der Druckerei Schließmann in Klein-Krotzenburg. Als Käufer wird ein alter Genosse vom Fach aus Norddeutschland genommen, Paul Evert, der bereits die Druckerei Plambeck in Neumünster betreibt, ein Freund Dötzes, der den »UZ«-Verlag führt.⁶⁵³ Es ist zunächst vorgesehen, die »Rhein-Main-Druck« als Aktiengesellschaft zu betreiben, deren Aktien von der Firma Ihle, Hamburg,⁶⁵⁴ von

⁶⁵¹ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 14.4.1969, Punkt 17.

⁶⁵² Die Gründung des Unternehmens Heska Druck bereits im Sommer 1969, wie sie der KoKo-Untersuchungsausschuss feststellte (vgl. z. B. Bundestags-Drs. 12/3920, S. 60) findet in den Akten des BdL (II) keinen Niederschlag. Es dürfte sich dabei um die Vorratsgründung einer Aktiengesellschaft gehandelt haben, bevor eine funktionsfähige Druckerei zur Verfügung stand. Die von Constantin Assimakis, dem in den Harnisch-Aktennotizen erscheinenden »Mitgründer« des Druckereibetriebes geführte Liechtensteinische Anstalt Infino wurde auch erst Anfang 1970 eingerichtet. Sie übernahm erst Anfang Juli 1971 die Anteile der 1970 durch Umwandlung der Aktiengesellschaft entstandenen Heska Druck GmbH; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/3920, S. 19 u. 60, Drs. 12/7600, S. 1962.

⁶⁵³ Paul Evert, *1907, 1925 KJVD, 1926 KPD, NS-Verfolgter, bestraft wegen Unterstützung der illegalen KPD. Ob er auch Eigentümer des in den 30er Jahren in Hamburg tätigen Paul-Evert-Verlages war, ließ sich bisher nicht ermitteln. Jedenfalls war er bereits 1947 in Norddeutschland wieder verlegerisch tätig. Vgl. das Impressum der von Gustav Gundelach und der Redaktion der »Hamburger Volkszeitung« herausgegebenen »Dokumente des Widerstandes«, die 1947 in Stade erschienen.

⁶⁵⁴ Siehe dazu im Kapitel »Westfirmen«.

»Kirzig«, womit Heinrich Kierzek,⁶⁵⁵ der Inhaber der Fuldaer Verlagsanstalt gemeint ist, und von Constantin Assimakis⁶⁵⁶, einem in Vevey in der Schweiz lebenden Griechen, sowie Vertretern finanzierender Banken übernommen werden sollen.

Für den Aufsichtsrat hat man einen später als Mitinitiator des »Krefelder Appells« noch zu einiger Bekanntheit gekommenen Mann ins Auge gefasst; den Obersten a. D. Josef Weber, damals Vorsitzender des Bundes der Deutschen.⁶⁵⁷

Von Anfang an gibt es Probleme mit der noch gar nicht offiziell gegründeten Aktiengesellschaft. Paul Evert hat Geld erhalten aus Berlin, um über die in Gründung begriffene Druckerei Vervielfältigungsgeräte für das künftige Parteihaus zu kaufen. Stattdessen kauft Karl-Heinz Noetzel mit dem Geld unmittelbar für die Partei ein und steckt den Rest von immerhin 30 000 Mark in den Parteiapparat.

In Berlin wird intensiv über die in Gründung befindliche Aktiengesellschaft diskutiert. Im MfS überprüft man die in Aussicht genommenen Aktionäre; die Mehrzahl sind alte Bekannte, man hat sie in den Karteien. Aber auch denen gegenüber gilt es, für Absicherung des von der DDR investierten Geldes zu sorgen. Man muss Absprachen mit ihnen treffen, bekräftigen Steidl und sein Mann für Westbetriebe, Rudi Scharmacher, einander: »Man muss erzielen, dass die Aktien nach hier kommen. Bzw. dass man Druckmittel in der Hand hat, die das Geld, was von der DDR gegeben wurde, sichern.«

⁶⁵⁵ Vgl. zu Heinrich Kierzek: http://www.fuldawiki.de/fd/index.php?title=Heinrich_Kierzek, Stand VI 2009; zu Kierzek auch sehr eingehend: Welsch, Eva-Juliane: Die hessischen Lizenzträger und ihre Zeitungen, Dissertation Kult. Dortmund 2002, http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=966526058&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=966526058.pdf, Stand VI 2009. Der Druckauftrag für die »UZ« wird bei Welsch nicht erwähnt, ebenso wenig, dass Kierzek 1953 die »Deutsche Volkszeitung«, hg. v. Joseph Wirth, für den Bund der Deutschen produziert hat; vgl. Herbstritt, Georg: Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955). Frankfurt/M. 1993, S. 137 f.

⁶⁵⁶ Constantin Assimakis scheint ein Mann im Sinne der Wünsche von Hermann Matern (»ein bürgerlicher souveräner Mann, der auch Gelder besitzt«) gewesen zu sein. Er arbeitete in Transportangelegenheiten mit der Abteilung VK zusammen, leitete die Anfang 1970 errichtete Liechtensteinische Anstalt Infino, die wachsende Anteile der späteren Heska Druck GmbH hielt. Constantin Assimakis starb 1982; Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/3920, S. 19; Westfälische Rundschau v. 7./8.8.1970.

⁶⁵⁷ Josef Weber, 1908–1985, trat seit 1953 nacheinander für die Gesamtdeutsche Volkspartei, den Bund der Deutschen, die Deutsche Friedensunion und die Aktion Demokratischer Fortschritt an, alles aus der DDR unterstützte Parteien. Er erhielt die Friedensmedaille des DDR-Friedensrates und kurz vor seinem Tode den Lenin-Friedenspreis. Der gegen die Raketen-Nachrüstung der USA gerichtete, breit unterstützte Krefelder Appell war wohl seine erfolgreichste Aktion im Sinne der DDR-Politik.

Unterdessen ist Josef Steidl unterwegs, um Unterstützung einzuwerben für die DKP im Allgemeinen und die »UZ« im Besonderen. Er reist nach Warschau und kann mit der Abteilung Internationale Verbindungen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vereinbaren, 200 000 bis 300 000 Mark via Polen an die DKP zu übermitteln. Die »UZ«, erfährt er bei seinem Gespräch, kennen die polnischen Genossen bis dahin noch gar nicht. Steidl zürnt mit der DKP, die habe noch nicht begriffen, »zumindest verschiedene Exemplare an alle Bruderparteien zu schicken und damit ihr Prestige zu erhöhen«. Mit Harnisch verabredet er anschließend, die Informationen zu überprüfen, dass es in London einen Buchhändler gebe, der für die KPD in England Zeitschriften drucke und vertreibe; vielleicht finde sich auch da eine Chance für die Zeitung der westdeutschen Kommunisten.⁶⁵⁸

Die Schwierigkeiten mit dem Druckhaus schleppen sich hin. Schließmann, der derzeitige Eigentümer, zögert. Unterdessen ist Mitte Januar 1970 erreicht; bis Mitte März sollte endlich alles in trockenen Tüchern sein, einschließlich der Übernahme der 4-Farben-Offsetmaschine. Nun gibt es noch nicht einmal eine Personalübersicht. Und Walter Ulbricht macht Druck: Bis Jahresende verlangt er eine Tageszeitung für die DKP. Damit das gelingen kann, werden zwei Rollenoffsetdrucker RO 72 von der DDR geliefert, die sollen in nächster Zeit bereits montiert werden.⁶⁵⁹

Unklarheiten gibt es bei den Geschäftsführern. Heinrich Kierzek hat eine Einlage von 120 000 Mark gebracht. Er erwartet eine »hohe Verzinsung« seines Kapitals.⁶⁶⁰ Das erschwert das Geschäft. Und in Berlin hat es bis dahin noch keinen persönlichen Kontakt zu ihm gegeben. Sie wissen, dass Kierzek kein Genosse ist, wohl eher SPD-Sympathisant. Harnisch soll ihn überprüfen. Und der andere in Aussicht genommene Geschäftsführer, macht auch, nicht weiter charakterisierte, Probleme.

Unterdessen hat man sich bei der Abteilung VK entschlossen, im Unternehmen einige Leute einzusetzen, die man besser zu kennen glaubt: Herbert Dettmann,⁶⁶¹ den

⁶⁵⁸ BStU, MfS, HA II/MF/51, Aktennotiz v. 13.8.1969, Punkt 8 f.

⁶⁵⁹ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 16.1.1970, Punkt 5. Die Typenbezeichnung deutet auf Maschinen von der MAN Roland Druckmaschinen AG, die in der Bundesrepublik produziert wurden. In der DDR gab es das Werk Planeta in Radebeul, das Offsetdrucker baute, allerdings nicht unter dieser Typenbezeichnung. Im BfV-Bericht »Linksradikale Bestrebungen im Jahre 1970« heißt es, die Druckerei werde intern als KP-eigener Betrieb bezeichnet und sei nach dem neuesten Stand der Technik ausgerüstet; BArch B 443/559, S. 21 f. des Berichts.

⁶⁶⁰ Wie Kierzek, der wenige Jahre später seine Zeitung einstellen musste, diese hohe Einlage in ein anderes Unternehmen verfügbar gemacht hat, ob sie etwa einen Ausgleich für den »UZ«-Druckauftrag darstellte, ist in den Besprechungen zwischen Steidl und Harnisch nicht einmal angedeutet.

⁶⁶¹ Vgl. zu Herbert Dettmann den Abschnitt »Aufgaben und Struktur der Abteilung Verkehr seit den sechziger Jahren«. Durch Beschluss des ZK-Sekretariats schied Dettmann zum 1.10.1969 als Sektorenleiter aus der Abteilung Verkehr aus; BArch DY 30/J IV 2/3/-1561, Protokoll Nr. 72/69.

ehemaligen Sektorenleiter aus der Abteilung, der sich bei Ihle in Hamburg nicht halten kann, weil der Verfassungsschutz ihn allzu genau im Blick hat. Ihn hatte man schon im Sommer 1969 für eine Umsetzung zur Druckerei in Aussicht genommen. Nun soll er dort offenbar »Kaderleiter« werden; als erstes mit dem Auftrag versehen, von allen Mitarbeitern Kaderunterlagen zu beschaffen und Einschätzungen zu liefern. Matern drängt darauf, dass das MfS alle Leute »einschätzt«.

Aus der Geschäftsführung von Ihle, Hamburg, wird ein weiterer Mann geholt, mit dem es dann bald zusätzliche Probleme geben wird: Dr. Wolfgang Plath, Jurist, früher Parteisekretär in Hamburg. Und schließlich finden die Berliner bei der DFU in Bayern eine geeignete Sekretärin für den Betrieb.

An allen Ecken tauchen Fragen wegen der Personalkosten auf. Ein unterdessen angeblich gebildeter Aufsichtsrat für die »UZ« soll das »Gehalt« für die Aufsichtsratsmitglieder der Druckerei-Gesellschaft beschließen.⁶⁶² Dettmann verlangt mehr, als die Parteiführung ihm zubilligen will. Um Klarheit zu bekommen, soll ein DKP-Wirtschaftsfunktionär⁶⁶³ ein »Protokoll« erarbeiten.

Im April 1970 tauchen neue Fragen auf: Da Evert ja noch seinen eigenen Betrieb in Norddeutschland hat – nutzt er wirklich die ihm zur Verfügung gestellten Mittel für den Parteibetrieb?

Gerd Deumlich, der Chefredakteur der »UZ«, kommt nach Berlin und liefert einen Situationsbericht. Ihm soll die Ehefrau von Günter Blum, Mitarbeiter des Senders 904, zur Hand gehen; sie habe Wirtschafts- und Vertragsrecht studiert.

Für die Geschäftsführung der Druckerei will man nun einen Mann aus der Abteilung VK einsetzen, der Steidls besonderes Vertrauen genießt, aber nicht nur Steidls – die Sache wird ausdrücklich mit Erich Honecker und mit Hermann Matern abgesprochen: den Parteileiter bei »Phönix« und altgedienten Mitarbeiter der Abteilung Verkehr, Werner Schikora. Er soll in die Bundesrepublik übersiedeln. Aber zuerst braucht er eine Lehrzeit in Sachen »kapitalistische Gesetze«. Die soll er nach einer Empfehlung von Harnisch und einer Absprache mit dem zuständigen Abteilungsleiter Finanzen beim ZK der SED, Karl Raab, als Volontär bei der »Wahrheit«, der Zeitung der SEW in (West-)Berlin absolvieren.

Schikora sollen zwei Mitarbeiter beigegeben werden: Eine in (Ost-)Berlin lebende Bundesbürgerin, wohl als Buchhalterin (da wurde Bedarf für eine genaue Kontrolle der Ausgaben für den – noch nicht berufenen – Aufsichtsrat des Druckhauses erwartet). Der andere Mitarbeiter sollte ein wohl nach dem KPD-Verbot nach (Ost-)Berlin übersiedelter Genosse sein. Zu seiner Einstellung bei der »UZ« kam es dann doch

⁶⁶² Nach Auskunft Dötzes hat es einen solchen Aufsichtsrat nie gegeben.

⁶⁶³ Der genannte Funktionär hatte, als Mitglied der VVN, zu dessen hessischem Präsidium er gehörte, im Arbeitskreis Festival für die IX. Weltjugendspiele in Sofia mitgewirkt. Später gehörte er zum Kreis der Wirtschaftsfunktionäre der DKP, die sich regelmäßig in (Ost-)Berlin trafen. Er war u. a. kaufmännischer Leiter bei Heska Druck und Prokurist beim Röderberg Verlag in Frankfurt/M.

nicht, nachdem schon im Zusammenhang mit seiner Übersiedlung heftige Auseinandersetzungen über seine Wünsche entstanden waren, sein DDR-Mark-Vermögen in DM-West umzutauschen.⁶⁶⁴

Dann mengt sich auch noch das Arbeitsbüro ein: Die haben in Halle einen Genossen, der soll die Zeitung verstärken und übersiedeln zum Standort der »UZ«-Redaktion. Die Abteilung VK widerspricht: Da werde doch deutlich, dass »die Kader aus der DDR für die »UZ« geschaffen werden«. Sie schlagen einen Kompromiss vor. Möge doch der Hallenser Genosse zunächst umziehen zu seinen Eltern ins Ruhrgebiet, dort Arbeit aufnehmen und sich dann auf eine Ausschreibung der »UZ« bewerben, die ihn »aufgrund seiner vorzüglichen Fachkenntnisse« einstellen könne. Ausgerechnet die DKP schlägt den guten Rat in den Wind: Kaum ist der Hallenser Genosse umgezogen, hat ihn zwei Wochen später die »UZ« schon eingestellt.⁶⁶⁵

Die Fragen der Personalkosten in der Druckerei beschäftigen die Abteilung VK anhaltend: Mit Paul Evert und Herbert Dettmann wird über die viel zu hoch erscheinenden Aufwendungen für den Aufsichtsrat gesprochen. Dettmann muss sich sagen lassen, die von ihm geforderten Kfz-Kosten seien maßlos. In Berlin will man sich einen Gesamtüberblick verschaffen und dann nach erneuter Aussprache Maßnahmen festsetzen.

Unterdessen sind die sonst eher pruden Sozialisten bereit, so ziemlich alles zu tun, um zu besserer Kostendeckung zu kommen. Der Genosse Heinz Olek, Prokurist bei der Partefirma Fritz Nolte, Bochum, wird mit pornographischem Material ausgestattet. In Berlin beabsichtigt man »solche Druckauflagen mit in die Zeitung in der Bundesrepublik zu geben, damit die Druckerei ausgelastet ist und andererseits Geld dabei verdient werden kann«.⁶⁶⁶

Anscheinend erfasst die von (Ost-)Berlin in die Druckerei Entsandten ein kapitalistischer Virus. Im August ist Steidl soweit, dass er den nächsten »Jockel« nach Klein-Krotzenburg schicken will. Auch Schikora entwickelt jetzt ökonomisch »vollkommen falsche Gedanken«. Schikora, Plath und Dettmann, so erfährt Harnisch von Steidl, entwickelten beim letzten Gespräch eine »Meinung, die von uns nicht vertreten werden kann«.

In einem Gehaltstableau für das Personal der Druckerei hatten Plath und Dettmann sich jeweils 1 600 DM Gehalt zuzüglich 600 DM Aufwandsentschädigung zugebilligt, für Schikora waren 2 500 DM plus 1 000 DM Aufwandsentschädigung vorgesehen.

⁶⁶⁴ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/53 v. 14.4.1970, Punkt 1; v. 15.4.1970, Punkt 2; v. 14.5.1970, Punkt 8; v. 29.5.1970, Punkt 4.

⁶⁶⁵ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 7.8.1970, Punkt 1; v. 9.11.1970, Punkt 7.

⁶⁶⁶ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/53 v. 29.5.1970, Punkt 5; v. 10.6.1970, Punkt 4; Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 1, S. 237 f. Den Druck pornographischer Schriften durch Heska bestätigt das BfV im Bericht v. 5.8.1971; BArch B 443/570, S. 13.

Dazu wollten alle ein 13. Monatsgehalt, das sei in der Bundesrepublik üblich. In Berlin hatte man dagegen die Vorstellung, die leitenden Mitarbeiter auf der Basis der beim ZK gezahlten Gehälter zu entlohnen.

Mit Plath gibt es gleich darauf zusätzlichen Ärger: In der »Westfälischen Rundschau« erscheint im August 1970 ein offenkundig gut informierter Beitrag »Die DKP zentralisiert ihren Zeitungsdruck«. ⁶⁶⁷ Da wird Plath als Geschäftsführer des Druckhauses vorgestellt. So ziemlich alle Details stimmen; nur der wirkliche Geschäftsführer Schikora taucht nicht auf. Plath wird sogleich verdächtigt, den Beitrag inspiriert zu haben. Er muss Stellung nehmen. In Berlin habe er dem Personalschema zugestimmt, im Westen dann erzählt, er lasse sich doch nicht einfach die Prokura wegnehmen; habe dazu wohl auf Juristen verwiesen, die seine Forderung unterstützen.

Nun wird ihm unterstellt, er wolle sich wohl als Unternehmer etablieren. Das Kollektiv wird gegen ihn in Stellung gebracht. In der Abteilung Verkehr sieht man Anlass durchzugreifen: Schikoras Gehalt wird sogleich gekürzt, dazu solle er »die üblichen Dinge, wie bei den anderen Genossen auch« bekommen.

Im Übrigen entschließt man sich, »diese ganze Frage [...] der Revisionskommission der DKP« zu übergeben. Da sollte die wohl entscheiden, wie sie denn mit dem Geld umgehen wollte, das man ihr zukommen ließ. Und dann wollte man, notiert Harnisch, »die Besetzung der Leitung neu regeln«. Ein paar Monate später erfuhr er auf Nachfrage: Alles ist geregelt, Dettmann wird demnächst noch weiter heruntergestuft. ⁶⁶⁸

Im Spätherbst 1970 entfernt sich die Abteilung VK vom Gedanken der Rechtsform einer Aktiengesellschaft für die Druckerei. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung soll es nun werden. Die Juristen des MfS werden noch eine rechtliche Bewertung für diese Gesellschaftsform abgeben, nach zwei Wochen kommt ihre Billigung. ⁶⁶⁹

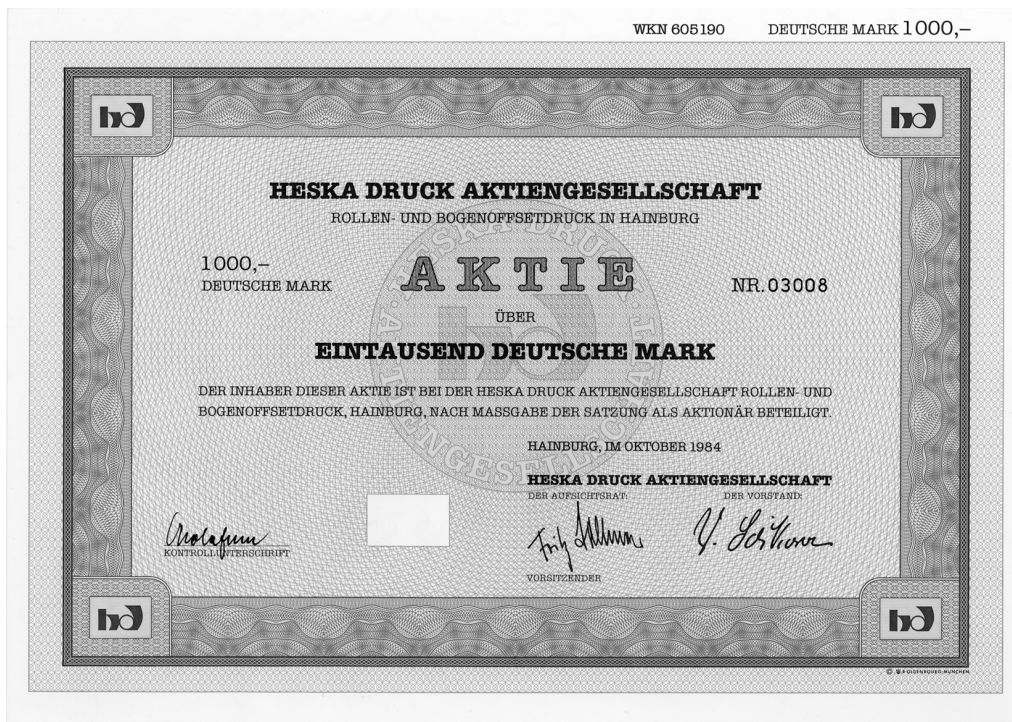
Zugleich steht die Druckerei noch immer nicht auf festen Füßen. Die »UZ« verschlingt zuviel Geld, sie muss rentabler werden, meinen die Herren von der Abteilung VK. Steidl und Cebulla reisen nach Prag, um mit den tschechischen Genossen einige Probleme wegen der Unterstützung der »UZ« zu klären. Paul Kaphengst, der ehemalige stellvertretende Abteilungsleiter, der mit seiner Arbeit in Hamburg nie recht zufrieden war, meint auch, bei der »UZ« werde er gebraucht; aber, wie er es sieht, natürlich nicht als schlichter Mitarbeiter, sondern als so etwas wie ein »Oberbeauftragter«. Von Plath stellt sich jetzt erst heraus, dass er früher in Hannover als Mitglied der illegalen Parteileitung identifiziert und festgenommen worden ist. Deswegen will die Abteilung Verkehr auf einen bewährten Genossen ⁶⁷⁰ zurückgreifen und noch einmal 100 000 DM

⁶⁶⁷ Die DKP zentralisiert ihren Zeitungsdruck. In: Westfälische Rundschau v. 7./8.8.1970.

⁶⁶⁸ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 5.8.1970, 24.8.1970 u. 22.12.1970.

⁶⁶⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 3.11.1970, Punkt 1; v. 17.11.1970, Punkt 1. 1984 wurde das Unternehmen dann doch in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

⁶⁷⁰ Genannt wurde ein Genosse, der – nach Auskunft von Kaphengst und Blume – DFU-Funktionär war und vor 1956 der KPD angehörte. Auf Vorschlag von Willi Mohn und



Aktie der Heska Druck Aktiengesellschaft

Eigentum des Autors

in die Hand nehmen. Jener Genosse hat sich seit Jahren als zuverlässiger Kurier in den Diensten der Abteilung erwiesen. Er ist Gewerkschaftsmitglied und technischer Leiter bei der Hosch Druck GmbH in Frankfurt,⁶⁷¹ einem Unternehmen mit 17 Mitarbeitern.

Karl-Heinz Noetzel transportierte er, im Kontakt mit dem zeitweiligen Mitglied des DFU-Bundesvorstandes, des geschäftsführenden Vorstandes der ADF und späteren Geschäftsführers der DKP-Druckerei Plambeck, Helmut Rödl (*1927 in Karlsbad), Geld für die DFU. Auch als späterer Mitarbeiter der DKP-eigenen Heska-Druckerei übernahm er weiterhin Geldtransporte für die Abteilung VK; vgl. Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/46 v. 2.7.1967, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/47 v. 2.8.1967, Punkt 7; v. 11.8.1967, Punkt 6; BStU, MfS, HA II/MF/57 v. 12.10.1971, Punkt 5. Vgl. zur DFU im Übrigen recht eingehend: Kommentare zur Politik der DFU. Hg. v. DGB-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen. Bonn o. J. (wohl 1963).

⁶⁷¹ Hosch hat als Druck- und Verlags GmbH mindestens von Mitte der 60er Jahre bis 1970 in Frankfurt/M. bestanden. Dort ist u. a. 1966 ein Prozessbericht von Lorenz Knorr erschienen. Lorenz Knorr, *1921 in Eger, war 1960/61 Mitbegründer der DFU und gehörte auch der DKP an. Zusammen mit seiner Frau war er auch Gast der Abteilung VK; vgl. BStU, MfS, HA II/MF/45, Aktennotiz v. 2.2.1967, Punkt 1.

Der Betrieb ist derzeit baupolizeilich gesperrt. Den will man »ausschlachten«, einige Maschinen für den »Parteietrieb« nehmen, um diesen damit besser auszurüsten. Das Büro von Hosch soll aufrechterhalten werden; darauf möchte man später gegebenenfalls zurückgreifen können.

Auch der Betrieb von Evert samt Evert selbst soll auf »die Hoeske-Druckerei«⁶⁷² übernommen werden. Das Büro muss dort ebenfalls zum Schein aufrechterhalten werden. Da laufen angeblich noch Verhandlungen über einen Landeskredit von Niedersachsen für das verschuldete Evert-Unternehmen. Allerdings ist man sich in (Ost-)Berlin klar: Die Mitarbeiter müssen zum größten Teil gehen. Von 30 sollen nur acht weiterbeschäftigt werden.⁶⁷³

Finanzielle Probleme begleiten das Unternehmen Druckerei und Zeitung weiter. Mit der Gründung einer GmbH kommt man ohne Aufsichtsrat und den Aufwand für ein solches Gremium aus, auch ohne Oberst a. D. Weber, wie Harnisch ausdrücklich festhält.

Aber da ist noch ein Wirtschaftsfunktionär der DKP, dessen Rolle im Druckereiuunternehmen in den MfS-Akten an keiner Stelle klar benannt wird. Er will bei seiner Beteiligung Geld sehen: 1 800 DM Gehalt und 500 DM Aufwandsentschädigung fordert er.⁶⁷⁴

Immerhin: Seit Februar 1971 hat Heska Druck den Auftrag, die »UZ« zu drucken.⁶⁷⁵ Nicht viel später muss Dötze die Leitung des Dr. Wenzel Verlages aufgeben; aufgrund von Intrigen, wie er sich auch noch Jahrzehnte später gewiss ist.⁶⁷⁶ Die von ihm eingeführte regelmäßige Kontrolle der Auflage der »UZ« durch die »Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.«⁶⁷⁷, wird

⁶⁷² Das ist offenbar der Betrieb der späteren Heska Druck GmbH, der von Schließmann erworben wurde.

⁶⁷³ BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 9.11.1970, Punkt 2 u. 5. Es ist unklar, welcher Betrieb hier gemeint ist: die von Evert geführte Plambeck Druckerei in Neumünster/Schleswig-Holstein kann es nicht sein. Einen weiteren Druckereibetrieb besaß Evert nach Auskunft von Dötze nicht.

⁶⁷⁴ BStU, MfS, HA II/MF/56, Aktennotiz v. 27.5.1971, Punkt 1. Ob seine Beteiligung eine Einlage oder eine persönliche Mitarbeit sein sollte, bleibt unklar. Zu seiner Person siehe auch Anm. 663.

⁶⁷⁵ Im Oktober 1973 muss Heska den »UZ«-Auftrag an die Plambeck GmbH in Neuss abgeben, hat aber bis dahin offenbar hinreichend andere Aufträge in den Büchern; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, S. 1963 (BfV-Bericht Kommunistische Wirtschaftsunternehmen).

⁶⁷⁶ Mitteilung von Dötze unter Hinweis auf AOPK 16421/89.

⁶⁷⁷ Die IVW ist eine seit 1949 bestehende, unabhängige, von den Medienunternehmen, den Werbungtreibenden sowie den Werbe- und Media-Agenturen getragene Einrichtung. Ihr Zweck ist die Bereitstellung valider Daten für die Leistungskontrolle von Werbeträgern.

gleich nach seinem Ausscheiden eingestellt; es soll wohl keine unabhängige Einrichtung Einblick in die Leistungszahlen der Parteizeitung gewinnen.⁶⁷⁸

Irgendwann steht die Heska Druck GmbH und wächst dann auch in andere Dimensionen hinein. 1976 trifft sich Steidl mit seinen Sektorenleitern bei der 1974 errichteten Heska-Tochter in Lissabon und träumt dort laut von einer Niederlassung in Kongo-Brazzaville. Das trägt ihm dann allerdings eine Rüge ein vom MfS wegen unverantwortlicher Dekonspiration.⁶⁷⁹

Legale Reisen

Zunächst hatte es die SED im Allgemeinen und die Abteilung Verkehr im Besonderen mit einem ebenso simplen wie neuartigen – neuartig mindestens im Verhältnis zu der Situation der letzten fast 15 Jahre – Sachverhalt zu tun: In der Bundesrepublik Deutschland gab es eine legale kommunistische Partei. Deren Mitglieder wollten und sollten ihre Genossen in der DDR besuchen. Sie konnten das, anders als die meisten Genossen der illegalen KPD über viele Jahre, aus westlicher Sicht problemlos und rechtmäßig tun.⁶⁸⁰

Die DDR brauchte mit ihren engen Einreiseregeln und ihren bürokratisch wuchernden Kontrollverfahren einige Monate, um sich auf diese Lage einzustellen. Und sie brauchte dafür Entscheidungen ihrer politischen Führung; nichts konnte unbürokratisch auf unterer Ebene geregelt werden. Die Führung der Abteilung war unbedingt angewiesen, anreisende Mitglieder der DKP unter jeder Form vollkommen legal, aber »hervorragend abzufertigen« und »vorzügliche Bedienung durch[zuführen«. Sogar das Risiko falscher Großzügigkeit – wenn sich im Nachhinein herausstellte, dass man unerwünschte Personen eingelassen hatte – sollte in Kauf genommen werden.⁶⁸¹

»Unter jeder Form vollkommen legal« – die legal organisierten Genossen sollten sich nicht verstecken müssen, nicht konspirativ einreisen. Das war eine erwünschte Demonstration vor der Öffentlichkeit, der bundesrepublikanischen, aber natürlich auch der internationalen.

⁶⁷⁸ Mitteilung von Dötze.

⁶⁷⁹ BStU, MfS, SdM, Nr. 306, Bl. 5.

⁶⁸⁰ In der Gründungsphase der DKP legte die SED Wert auf »ein Höchstmaß an Legalität« im »Verhältnis zwischen unseren Parteien«; vgl. Müller: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 266 f.

⁶⁸¹ Schon bei dieser Gelegenheit fiel auch die Entscheidung, ein eigenes Reisebüro der Abteilung VK vor allem für die DKP-Besucher einzurichten; vgl. den Exkurs »Reisebüro« im Abschnitt »Aufgaben und Strukturen der Abteilung Verkehr seit Beginn der sechziger Jahre«. Vgl. dort auch zu den 1971 eingeführten harschen Restriktionen für Urlaubs- und Privatreisen auch von Parteigenossen.

»Hervorragend abzufertigen« – das Motiv dafür – jenseits der zu demonstrierenden Parteibruderschaft – gaben die Mitglieder des Politbüros den Genossen von der Abteilung Verkehr mit: Diese Leute sollen auf keinen Fall veranlasst werden, »ihre Reisen nach Italien über Frankreich vorzunehmen, um somit die Frage der ideologischen Beeinflussung zu garantieren«. Das war einmal mehr Harnischs verquere Formulierungskunst. Es ging darum, die Genossen der DKP so wenig wie möglich eurokommunistischen oder sonst moskaukritischen Einflüssen in Italien und Frankreich auszusetzen.

Und selbstverständlich sollte trotz aller demonstrierten Generosität die Sicherheit der DDR nicht vernachlässigt werden. Darum erhielten Steidl und seine Mitarbeiter ausdrücklich den Auftrag, zu allem die notwendigen Absprachen mit dem MfS zu treffen.⁶⁸²

Ein reichliches halbes Jahr später wiederholte Matern noch einmal die Anordnung, »dass die DKP sich vollkommen auf legale Art einstellen muss und damit in den üblichen Reiseverkehr eingeschlossen wird«. Da gab es allerdings Probleme, an die man im Politbüro nicht dachte, mit denen aber die Abteilung Verkehr umgehen musste. Man konnte die Schleuse an der Friedrichstraße für DKP-Genossen nicht einfach schließen. Gleich gab es Schwierigkeiten mit bisherigen KPD-Genossen, die diesen Weg über Jahre genommen hatten und selbstverständlich dort Einlass forderten, wie »Jan« (Gustav Müller, nun Gesellschafter und Geschäftsführer des Verlages Marxistische Blätter)⁶⁸³ oder Paul Neuhöffer, DFU-Funktionär und Leiter des Pahl-Rugenstein Verlages. Eine politische Festlegung war erforderlich: DKP und KPD stellten Listen der Genossen auf, die unbedingt geschleust werden mussten.⁶⁸⁴ Der bloße Transport von »Material« sollte als Begründung nicht ausreichen; das holten dann Mitarbeiter der Abteilung Verkehr ab. Und nach Hinterlegung von »Material« konnte der normale Weg benutzt werden.⁶⁸⁵ Aber vor allem mochte man Geldkuriere nicht auf den Weg

⁶⁸² BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 12.2.1969.

⁶⁸³ Der weiter oben mehrfach erwähnte Genosse »Jan« ist nicht identisch mit dem hier genannten »Jan«/Gustav Müller.

⁶⁸⁴ Schon im Sommer 1970 hatte das MfS großen Wert darauf gelegt, »aus Gründen der Sicherheit für die Genossen der KPD und der DKP, eine genaue Übersicht zu erarbeiten, zu welcher Partei der jeweilige Besucher zählt«. Sie forderten eine konsequente Trennung innerhalb der Abteilung VK. Tatsächlich ging es dabei viel weniger um die Sicherheit der KPD/DKP-Genossen als um die der SED/DDR. Denn: »sonst ist keine richtige Sicherheit für uns gegeben«, die Überprüfung der Personen wird erschwert; BStU, MfS, HA II, Nr. 23553, Bl. 137 f. u. 158. Es hat sich nicht klären lassen, ob solche Listen tatsächlich aufgestellt wurden. Jedenfalls blieb die Zahl der Schleusungen erheblich: Allein zwischen Januar und Oktober 1972 gab es 253 Schleusungen »ausschließlich zur Unterstützung der Arbeit der DKP«; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14137, Bl. 5.

⁶⁸⁵ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 10.9.1969, Punkt 4; BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 30.10.1969, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/55 v. 27.1.1971, Punkt 4.

durch die DDR-Grenzkontrollen verweisen. So wurde angeordnet, dass bestimmte, namentlich genannte Kurierere berechtigt seien, die Schleuse zu benutzen.⁶⁸⁶

Die »legale« Finanzierung der DKP

Bald nach der DKP-Gründung besprach Matern mit Steidl eine erhebliche Verkleinerung der Abteilung Verkehr, bis auf die Hälfte ihres bisherigen Bestandes; auch eine Namensänderung wurde in Betracht gezogen.

Die SED-Führung, das brachte Steidl aus dem Gespräch mit Matern mit, war der Meinung, »dass man unter allen Umständen der DKP eine legale Finanzierung gewährleisten« müsse, die nach den gesetzlichen Bestimmungen in der Bundesrepublik Deutschland gerechtfertigt erscheine. In etwa einem halben Jahr denke man, das organisieren zu können. Daran gedacht sei, dass man verschiedene Firmen, »die bereits jetzt mit uns in guten [sic!] Kontakt stehen, dazu mit benutzen wird«; das solle mit dem Genossen Schalck-Golodkowski gemeinsam mit dem Genossen Mittig, Leiter der Abteilung XVIII (Volkswirtschaft) des MfS, besprochen werden. Diese Firmen könnten dann »in der Form von bestimmten Spenden in Erscheinung treten, sodass eine legale Nachweisführung möglich ist«.

Im Februar 1969 war »die Liste der Firmen in der Bundesrepublik Deutschland, die zur Spendenerteilung für die DKP vorgesehen sind« – schon die Formulierung lässt keinen Zweifel, dass die Firmen dabei selbst nichts zu entscheiden hatten –, zusammengestellt; Harnisch erhielt sie für die Gegenkontrolle zur Einsicht. Seine Notiz darüber ist noch deutlicher. Er vermerkt den Erhalt der Liste derjenigen Unternehmen, die »für die Unterstützung der neugegründeten DKP [...] beauftragt [wurden], Beträge zu stiften« und nennt unter anderen die Firmen Ihle mit 100 000 DM, Goldstein mit 95 000 DM und Eurounion Brüssel mit 25 000 DM.⁶⁸⁷

⁶⁸⁶ BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 12.4.1971, Punkt 4, sowie HA II, Nr. 31509, Bl. 184. Zu den Geldkurieren gehörte Hans Gorlas, Wirtschaftsfunktionär der DKP, Prokurist bei der Hamburger Partefirma Inwaco GmbH; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, Dokument 521 (BfV-Analyse Kommunistische Wirtschaftsunternehmen, 1976, S. 41 f.), S. 2095 f.

⁶⁸⁷ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 14.4.1969, Punkt 18. Ein Unternehmen »Goldstein« erscheint sonst nicht, auch nicht beim KoKo-Untersuchungsausschuss. An anderer Stelle wird die Firma Josef Goldenberg, Paris, erwähnt, von deren »Nutzung« das MfS abriet; BStU, MfS, HA II/MF/51, Aktennotiz v. 5.8.1969, Punkt 9, allerdings nachdem von dort einmal aus der Schweiz 90 000 DM für die Parteipresse überwiesen worden seien. Danach wird man davon ausgehen können, dass dieser Josef Goldenberg hier gemeint ist. Das erscheint plausibler, als Identität mit Kurt Julius Goldstein (1914–2007), der bis 1951 im Ruhrgebiet für die KPD tätig, dann in der Westabteilung bzw. im Arbeitsbüro des ZK der

Das Verfahren war das übliche: Das äußerliche Minimum für den Anschein legaler Parteienfinanzierung sollte eingehalten werden. Eine substantiell legale Finanzierung der DKP durch Mitgliedsbeiträge und frei gegebene Spenden war nie auch nur erwogen. Die spürbar gehegte Hoffnung, dass die Bundesrepublik Deutschland dieses Verfahren hinnehmen werde, erwies sich als berechtigt.⁶⁸⁸

Andererseits gab es in der SED-Führung, namentlich bei Ulbricht und Matern, erhebliche Zweifel, ob die Existenz der DKP von der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft hingenommen werde. Steidl jedenfalls hatte Matern so verstanden, dass Ulbricht ebenso wie er selbst den Bestand der Partei vom Ergebnis der Bundestagswahl 1969 abhängen sah, also den erhofften Wahlerfolg zugleich als eminentes Bestandsrisiko betrachtete.⁶⁸⁹

Wenn auch die Akten des BdL (II), insbesondere die Vermerke Harnischs das nicht erkennen lassen, wird man annehmen dürfen, dass diese Sorge mindestens erheblich dazu beigetragen hat, die DKP zur Bundestagswahl 1969 nicht selbst antreten zu lassen, sondern die Kandidatur der unmittelbar nach der DKP gegründeten »Aktion Demokratischer Fortschritt« (ADF) zu überlassen. Die wurde von der DKP – mittelbar also von der SED – personell, organisatorisch und finanziell umfassend unterstützt.

SED tätig war und 1956 vorübergehend für den Sender 904 gearbeitet hatte (vgl. seine Biographie in <http://geschichte.public-ip.org/texte.html> Stand VII 2009), allerdings mit Steidl bereits zu seiner Zeit beim FDGB Verbindung hatte; BStU, MfS, HA II, Nr. 33038, Bl. 143. Allerdings war in den 60er Jahren auch noch Jakob Goldberg, später (1972–1977) Privatsekretär von Max Reimann, im Ruhrgebiet tätig und hatte mit Parteifirmen zu tun. Vgl. Baumöller: ... es war nicht alles für die Katz ... (Anm. 627), S. 138. Nach 1968 schrieb er für die Parteizeitung »UZ«. Eine sichere Identifizierung des Gemeinten ist derzeit nicht möglich.

⁶⁸⁸ Das BfV vermerkte in seinem Bericht »Linksradikale Bestrebungen im Jahre 1969« die hohen finanziellen Belastungen der DKP in der Aufbauphase. Die DKP versuche den Eindruck zu erwecken, das Finanzgebaren entspreche dem Parteiengesetz. Tatsächlich würden die benötigten Geldmittel in Höhe von ca. 25 Mio DM von der SED-Führung zur Verfügung gestellt. Kuriere holten das Geld im Sowjetsektor Berlins ab. Den Zuschüssen der SED stellt das BfV Geldspenden von Firmen, die DKP- oder KPD-Mitgliedern gehörten, gegenüber, die von geringerer Bedeutung seien; BArch B 443/559, S. 18 f. Weder wird das System der Westfirmen in dem Bericht erwähnt noch die Steuerung der »Spenden« durch die Abteilung Verkehr. Es scheint auch nicht erkannt worden zu sein, dass das Kuriersystem eines der Abteilung Verkehr war; Quellenschutzgründe für diese Nicht-Erwähnung in einem vertraulichen Bericht sind schwer vorstellbar.

⁶⁸⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/49 v. 5.11.1968 (I), Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 26.2.1969, Punkt 5. Die Liste ist nach bisherigem Kenntnisstand nicht überliefert. Eine bei Müller: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 261, wiedergegebene Äußerung Ulbrichts bestätigt Steidl: »Wenn die als Kommunistische Partei der Bundesrepublik in die Legalität geht, dann wird sie zwar schikaniert, aber bis zu den Wahlen kann sie arbeiten.«

Das Wahlergebnis der ADF von unter 2 Prozent zeigte dann allerdings, wie unbegründet die »Sorge« der SED vor einem allzu großen Wahlerfolg war.

Die Unterbringung der DKP

Gleich nach der Einrichtung der DKP wandte sich die Abteilung Verkehr auch deren konkreten Bedürfnissen zu: Während Steidl davon ausging, einige bisher der KPD dienende Objekte dem FDGB zur Nutzung überlassen zu können, machte er sich Gedanken, Investitionsaufwand für die DKP zu sparen, indem in der Bundesrepublik für die DKP nicht eigene Häuser gekauft, sondern erst einmal geeignete Objekte gemietet werden könnten.⁶⁹⁰

Kurze Zeit darauf kam es zur Gründung der REXIM AG in Lugano/Tessin (Schweiz), die ihrerseits wenig später das Gebäude Prinz-Georg-Straße 77/79 in Düsseldorf für die Unterbringung der Büros des Parteivorstandes der DKP erwarb. Anscheinend geschah das unter Einsatz von Bankkrediten, denn Steidl sprach davon, »dass über die Schweiz Gebäude gekauft werden, die dann Eigentum der Bank sind«.

Der allein vertretungsberechtigte Verwaltungsrat der am 29.1.1969 errichteten Gesellschaft REXIM, der Schweizer Frédéric Bersot, erhielt nach der Kenntnis des Bundesamtes für Verfassungsschutz seine Weisungen von der Abteilung Verkehr, die, so nahm man im Amt an, das Firmenkapital in Händen hielt.⁶⁹¹ Allerdings wünschten »die Genossen« dann einen Monat später vom MfS »eine Einschätzung über REXIM aus der Schweiz« zu erhalten.⁶⁹² Das muss den Annahmen des BfV nicht widersprechen, deutet aber darauf hin, dass man sich bei der SED mit der Gründung, über die nichts berichtet wird, und der Einsetzung von Bersot auf Neuland bewegte, dessen jedenfalls nachträgliche Sondierung durch das MfS geboten schien.

Im Gebäude an der Prinz-Georg-Straße sollten Büroetagen von Firmen gemietet werden, deren Untermieter die DKP werden sollte. Um die Kosten für die DKP niedrig zu halten, war von vornherein geplant, die Gebäudeverwaltung durch den Eigentümer zu übernehmen.⁶⁹³

Gleich nach dem Erwerb des Düsseldorfer Gebäudes – da war der Einzug noch für Mitte April vorgesehen – tauchte die Frage seiner Absicherung auf. DKP-Vorsitzender Kurt Bachmann und sein Stellvertreter Herbert Mies zeigten sich auf Nachfrage sehr besorgt, zugleich beschäftigte das Problem die SED-Führung: Mielke, Honecker und

⁶⁹⁰ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 5.11.1968.

⁶⁹¹ Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, S. 2002 f. (BfV-Analyse Kommunistische Wirtschaftsunternehmen von Dezember 1989).

⁶⁹² BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 26.2.1969, Punkt 6.

⁶⁹³ Ebenda, Aktennotiz v. 12.2.1969. Diese Regelung fand das BfV später bestätigt.

Matern wurden damit befasst. Oberst Erich Jamin, früherer Abteilungsleiter im MfS, schon als Berater für Fragen eines Sicherheitsapparates der DKP ins Auge gefasst, könnte auch hier als Berater zugezogen werden, meinte man.

Kurt Bachmann kam mit Hermann Matern zu Steidl, um – wohl entsprechend präpariert – zu fragen, ob nicht »unsere Organe« – also das MfS – die Absicherung des DKP-Gebäudes, etwa die Überprüfung auf womöglich dort installierte Abhörtechnik, übernehmen können. Bachmann wollte gern im Beisein von Steidl – nur nicht allein, damit niemand ihm Beziehungen zum MfS nachsagen konnte, die in der Bundesrepublik Deutschland politisch nicht vermittelbar wären; außer natürlich mit dem Politiker Mielke – mit Vertretern des MfS über »bestimmte Sicherheitsfragen« sprechen. Harnisch bot an, ein oder zwei Mitarbeiter bereitzustellen, die »die nötige Verbindung« bekommen müssten.⁶⁹⁴

Steidl wollte diese Leute in seine Abteilung »einbauen« und auch bezahlen. Und Harnisch erbot sich, einen Kontakt zu seinem Kollegen Oberst Jamin zu organisieren. Der solle als Beauftragter der Partei in Erscheinung treten, der die notwendigen Verbindungen zu den Abteilungen hat, die die technischen Probleme lösen können.⁶⁹⁵

»Unter Berücksichtigung der festgelegten Version« arrangierte Steidl das Gespräch Bachmann/Jamin Ende Mai nicht im ZK, sondern in einem Objekt der DKP.⁶⁹⁶ Das DKP-Büro sollte schließlich im Mai 1969 bezugsfertig sein; bis dahin mussten die Sicherheitsangelegenheiten geklärt sein. Später verzögerte sich die Fertigstellung weiter bis Anfang, dann bis Mitte Juli, weil noch Fallgitter vor den Türen und schussfeste Scheiben eingebaut und die Balkone auf der Rückseite des Hauses gegen Einstieg gesichert werden sollten.

Selbst gegen Ende des folgenden Jahres war Bachmann noch immer nicht beruhigt. Nachdem er schon vor einiger Zeit Telefonüberprüfungen erbeten hatte, meldete er sich nun wieder wegen Sicherheitsüberprüfungen am Parteihaus. Steidl musste ihn darauf hinweisen, seine Abteilung sei ja bereit gewesen zu helfen; die DKP habe es aber nicht geschafft, ihrerseits zuständige Genossen zu benennen. Bachmann versprach,

⁶⁹⁴ Solche, wenngleich »verdeckte« Zusammenarbeit mit dem MfS war schon eine wesentliche Auflockerung der Haltung, die in der Vergangenheit die KPD eingenommen hatte: Im März 1961 beklagte das MfS in einer Vorlage für Mielke das immer wieder auftretende Misstrauen der KPD. Hilfe für die KPD scheitere meistens daran, »dass die KPD-Genossen es nicht für notwendig erachten, dem MfS in bestimmten Fragen Mitteilung zu machen. Sie vertreten die Meinung, dass sie mit der Klärung bestimmter Angelegenheiten selbst fertig werden.« BStU, MfS, ZAIG 385, Bl. 3. Auch Harnisch fand es unverständlich, dass die Genossen der KPD gegenüber den Organen der DDR »alle Geheimnisse wahren«, während sie in der Bundesrepublik oft wenig vorsichtig agierten; BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 26.2.1968, Punkt 11.

⁶⁹⁵ Der DKP-Vorsitzende Mies hatte später wenig Hemmungen im Umgang mit der Staatssicherheit: Anscheinend auf einem SED-Parteitag der 70er Jahre ließ er sich fast Arm in Arm mit Erich Mielke ablichten; BStU, MfS, HA PS, Fo, 49.

⁶⁹⁶ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/50 v. 15.3.1969; v. 22.5.1969.

das künftig durch den Apparat der Schiedskommission besorgen zu lassen. Harnisch erwartete konkrete Vorschläge, um sie seinem Kollegen Jamin weiterzugeben.⁶⁹⁷

Auch der wirtschaftliche Umgang mit dem Gebäude machte der DKP Probleme. Der dafür Verantwortliche, immerhin ein 1. Kressekretär, brauchte Beratung durch die Abteilung Verkehr, weil er, so fand man dort, sehr wenige Kenntnisse von wirtschaftlichen Dingen hatte. Das zeuge davon, notierte Harnisch gallig, dass er »noch viel weniger versteht, wie die Probleme behandelt werden müssen im kapitalistischen Staat, um die Fragen der Partei auch auf diesem Sektor siegreich voranzubringen.«⁶⁹⁸

Aber nicht nur mit dem Hausverwalter gab es Probleme. Auch »zentrale Genossen« brauchten Beratung durch die Abteilung Verkehr angesichts ihres mangelnden Verständnisses für ökonomische Fragen, etwa, wie die »Zahlung der Gelder über die Miete usw. zu regeln« ist. So löste Karl-Heinz Noetzel verärgerte Aufregung aus, weil er Verträge, die er in Vertretung von Kurt Bachmann hätte zeichnen sollen, tatsächlich im Namen der REXIM AG unterzeichnete.⁶⁹⁹ Schließlich war man soweit, Genossen der DKP, die für Verwaltungsangelegenheiten zuständig waren, wie Klippschüler zu behandeln: Einer von ihnen wurde nach (Ost-)Berlin bestellt, um bei der Abteilung Verkehr hergestellte Stempel abzuholen.⁷⁰⁰

Die Defizite der DKP auf vielen Gebieten waren irgendwann im Politbüro der SED so sehr aufgefallen, dass Walter Ulbricht schließlich bei einem Treffen einer Delegation des Parteivorstandes der DKP mit einer Delegation des ZK der SED in deren Haus gegen Ende des Jahres 1969 den Genossen aus der Bundesrepublik zurief: »Ihr seid eine kommunistische Partei, das müsst ihr begreifen.«⁷⁰¹

Ein Sicherheitsapparat für die DKP?

Sollte die DKP »einen Apparat aufbauen, dann [müsse] dieser Apparat äußerst klein und sicher sein«. Bisher schon bekannte Mitglieder der illegalen KPD werde der Gegner besonders beobachten, werde womöglich versuchen, Material zu sammeln, um anhand dieser »die Zulassung zu verweigern«. Harnisch drängte darauf, solche Si-

⁶⁹⁷ Ebenda, v. 14.4.1969; v. 7.5.1969, Punkt 9; v. 22.5.1969, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 11.7.1969; BStU, MfS, HA II/MF/53 v. 15.4.1970, Punkt 11; BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 29.12.1970, Punkt 2.

⁶⁹⁸ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 22.5.1969, Punkt 1.

⁶⁹⁹ Karl-Heinz Noetzel war Geschäftsführer der zeitgleich mit der REXIM AG in Essen von der Abteilung Verkehr mit einem Stammkapital von 3 Mio DM errichteten Firma INTEMA Gesellschaft für technischen Handel und Marktberatung mbH; vgl. BStU, MfS, HA II/MF/51, Aktennotiz v. 11.7.1969, Punkt 6.

⁷⁰⁰ Ebenda. Vielleicht spielte dabei allerdings auch Misstrauen gegenüber westlichen Stempelschneidern mit.

⁷⁰¹ BArch DY 30/IV 2/10.03 273, Bl. 73.

cherheitsfragen auch mit führenden Genossen der SED zu besprechen, da es dazu binnen Kurzem Entscheidungsbedarf geben werde, und merkte die Sache für eine Rücksprache mit seinem Minister vor.⁷⁰²

Wohl angestoßen durch die SED-Führung kam nach der Bundestagswahl 1969, als deutlich wurde, dass niemand (mehr) in der Bundesrepublik Deutschland ernsthaft an ein Verbot der DKP dachte, auch die Sicherheit der Partei insgesamt zur Sprache. Dabei entwickelten, wie Steidl Mitte Januar 1970 Harnisch berichtete, zunächst Honecker und Matern Vorstellungen, die auf den ersten Blick in ihrer Realitätsferne kaum nachzuvollziehen sind. Man müsse »die Grenze soweit aufbauen, dass man einem Eventualfall begegnen« könne. Denn es sei durchaus möglich, dass bei der weiteren Entwicklung die Brandt-Regierung gestürzt werde, wenn die FDP weiter zerfalle. »Offensichtlich [werde] dadurch dann eine Rechtsentwicklung eingeleitet. Das bedeute aber, dass man diesen Grenzapparat vollkommen neu aufbauen müsse. Zu diesem Zweck solle die Abteilung VK mit dem Genossen Mielke sprechen.⁷⁰³

Wenige Monate später erfuhr Harnisch dann »äußerst vertraulich« von Steidl, unter der Leitung von Kurt Bachmann, Herbert Mies und Hermann Gautier sei festgelegt worden, »für die Partei einen Sicherheitsapparat zu schaffen«. Dabei sollte in diesem Apparat keiner von den alten Genossen tätig sein außer Harry Schmitt.⁷⁰⁴ Den bisherigen Sicherheitsbeauftragten der KPD »Kilian« (Otto Niebergall), der gesundheitlich schwer angeschlagen war,⁷⁰⁵ wollten sie ausschalten. Und zum Aufgabenbereich dieses

⁷⁰² BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 4.10.1968, Punkt 3. Nach den wenigen Andeutungen hätte dieser erwogene Sicherheitsapparat eine ähnliche Funktion haben sollen, wie der frühere AM-Apparat der KPD. Die dann tatsächlich in der DDR eingerichtete Militärorganisation, die für Sabotage- und Terrorakte in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet wurde, war also eine ganz andere Einrichtung.

⁷⁰³ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 13.1.1970, Punkt 1. Müller weist in: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 261 f., auf Ulbrichts Denken in Analogien zu Weimar hin. Dieser Gedanke drängt sich auch hier für eine Erklärung der Überlegungen von Honecker und Matern auf.

⁷⁰⁴ Das BfV vermerkte in seinem Bericht »Linksradikale Bestrebungen im Jahre 1969« (S. 32) nur knapp: »Der geheime »Sicherheitsapparat« der KPD setzte seine Tätigkeit fort; er arbeitet jetzt überwiegend für die DKP.« BAArch B 443/559. Einen eigenen S-Apparat in der Bundesrepublik bekam die DKP – wohl aus der Sorge des MfS vor allzu vielen Spitzeln in dieser Partei – nicht; wohl richtete sie einen Veranstaltungsschutz und eine rudimentäre Spitzelabwehr ein. Einige weniger bedeutende Funktionen eines S-Apparates nahm anscheinend die Schiedskommission wahr. Ein Paket von Nachfragen zur Absicherung des Parteitages 1971 der DKP von Harnischs Seite und die Absicht, diese Fragen einen Monat vor dem Parteitag mit einem Abgesandten der DKP zu besprechen, zeigen, dass das MfS sich für diese Fragen (mit)verantwortlich fühlte; vgl. BStU, MfS, HA II/MF/57, Aktennotiz v. 27.10.1971, Punkt 3 f.

⁷⁰⁵ BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 9.10.1969, Punkt 9.

geplanten Sicherheitsapparates meinte die DKP-Spitze: »In diesen Bereich fallen dann auch die Abschnitte Grenze, Transport, Sender u. ä. Fragen.«⁷⁰⁶

Ein halbes Jahr später zeigte sich, dass die Vorstellungen der SED-Führung zu einem Sicherheitsapparat für die DKP erheblich von deren Vorstellungen abwichen, dass die SED einen eigenen S-Apparat der DKP durchaus nicht wünschte. Steidl informierte Harnisch Mitte Oktober 1970 über einen Auftrag Honeckers. Nun ging es darum, »einen neuen Apparat betr. Sicherheitsfragen aufzubauen«, der »bei evtl. auftretender Illegalität« verwendet werden sollte. Dazu sollten Leute herangezogen werden, die bisher nicht in Funktionen und nicht im Blickfeld waren.

Mindestens dies war bei Honeckers Auftrag deutlich: Die entscheidende Rolle beim Aufbau dieses »Sicherheitsapparates« spielte die SED. Es sollte um einen Apparat für den Eventualfall gehen, nicht um einen »stehenden Apparat«. Bei der Personalauswahl war die DKP allenfalls beteiligt, nicht federführend. Immerhin: »Für die Kader der Partei wird der Gen. Harald [Franz Blume] mit [sic!] verantwortlich.«

Die Konkretisierung des Auftrages ging nicht sehr weit, ist jedenfalls nicht sehr klar festgehalten. Die Abteilung VK sollte zwei Anlaufstellen schaffen. Im November würden zehn Leute legal einreisen. Für die Betreuung und Unterbringung dieser Leute habe die Abteilung VK zu sorgen.⁷⁰⁷

Für die Gesamtaufgabe hatte er noch keine Personalvorstellung; dafür empfahl Harnisch, der vorhersah: »die Sache wird größer«, dass der Sektorenleiter Kader der Abteilung mit der Kaderabteilung des ZK Kontakt aufnehmen solle.⁷⁰⁸

Rudi Scharmacher, wie Steidl vom FDGB kommend und an dessen Hochschule ausgebildet, schon früh von Erich Jamin benutzt und protegirt, erarbeitete eine Vorlage für Honecker. Darin schlug er vor, die Abteilung Verkehr in einen Bereich für legale und einen für illegale »Prozesse« umzustrukturieren. Die Vorlage scheint bei Matern hängen geblieben und bei der Auflösung seines Büros nach seinem Tode im Januar 1971 vernichtet worden zu sein; sie musste also jedenfalls Steidls Billigung gefunden haben.⁷⁰⁹

Kurierdienst, Finanzverantwortung und Geldtransporte

Unmittelbar nach der DKP-Konstituierung hatte Steidl Überlegungen angestellt über Grenzgruppen für Personenschleusungen. Da wollte er allerdings die notwendigerwei-

⁷⁰⁶ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 15.4.1970, Punkt 9.

⁷⁰⁷ Es liegt nahe, hier an »Auszubildende« der MO von »Ralf Forster« zu denken.

⁷⁰⁸ BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 13.10.1970, Punkt 3.

⁷⁰⁹ BStU, MfS, HA II/MF/56, Aktennotiz v. 23.6.1971. Ein weiteres, bei Steidl verbliebenes Exemplar dürfte spätestens der Aktenvernichtung durch den letzten Leiter der Abt. Verkehr, Rettner, 1989 zum Opfer gefallen sein. Zu Scharmacher: BStU, MfS, AGI 985/56; BStU, MfS, HA II/MF/43, Aktennotiz v. 7.4.1966, Punkt 4.

se illegale Arbeit weder mit KPD- noch mit DKP-Leuten, sondern nur mit bis dahin unbekanntem SED-Genossen machen. Tatsächlich blieb es aber bei der Einstellung der Grenzgruppen-Arbeit im Laufe des Jahres 1969.⁷¹⁰ Erst im Sommer 1970 ordnete Matern an, noch einmal über den Aufbau eines neuen Grenzapparates nachzudenken. Die DKP hatte als Leiter dafür »Alois« vorgeschlagen.⁷¹¹ Daraus ist wohl nichts geworden.

Im Herbst 1971 wollte Steidl das gleiche Thema mit Herbert Mies besprechen, »damit ein Genosse benannt wird, der diese Aufgabe in der Bundesrepublik übernehmen kann«.⁷¹² Auch dabei ist es wohl geblieben; es gibt keinen Hinweis, dass wieder ein Grenzapparat für Schleusungen eingerichtet worden ist.

Auch zu einem ständigen (Post-)Kurierdienst zwischen der Abteilung Verkehr und DKP ist es anscheinend nicht gekommen. Zwar war ein solcher Dienst mit dem »Arbeitsbüro« Ende 1969 mindestens im Aufbau. Aber als damals Mitglieder der DKP-Führung planten, ihren Weihnachtsurlaub in der DDR zu verbringen, überlegte man in der Abteilung Verkehr, einen eigenen Kurierweg für diese Genossen aufzubauen.

Tatsächlich wurde in der Abteilung VK 1970 an Plänen zum Aufbau eines Kurierapparates gearbeitet. Dabei dachte man an Genossen aus der Abteilung, vorweg an Rudi Scharmacher, dann aber auch an Genossen aus der SEW und daran, einigen Parteifirmen Genossen für den Postkurierdienst nach (West-)Berlin zur Anstellung anzudienen, die dann als ständige Kurier für die Abteilung Verkehr tätig werden sollten. Von den Personen, die die Abteilung zunächst ins Auge gefasst hatte, blieben nach strenger Überprüfung durch das MfS nur zwei übrig. Im Ergebnis scheint nichts zustande gekommen zu sein. Stattdessen gab Harnisch im Vorfeld des DKP-Parteitages im Herbst 1971 in Düsseldorf zu bedenken, ad hoc einen Dienst einzurichten, »damit unbedingt alle Dinge sofort hier ankommen«.⁷¹³

Bald schon nach der DKP-Gründung kam es zu »Widersprüchen« hinsichtlich der Finanzverantwortung zwischen DKP und KPD. Steidl hatte das sogar schon früher

⁷¹⁰ Ein Geldtransport durch die Gruppe »Elch« im September 1969 war wohl einer der letzten, wenn nicht der letzte; Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/51 v. 18.8.1969, Punkt 5; v. 10.9.1969, Punkt 5.

⁷¹¹ Alfons Dominikowski, zu Beginn der 60er Jahre bei der Gewerkschaftskommission der KPD. »Alois« hatte schon in den frühen 60er Jahren Kontakt zu dem damaligen stellv. Abteilungsleiter Nationale Gewerkschaftseinheit beim FDGB, Gotthard Feist; BStU, MfS, ASiVo 16422/91, Bl. 189. Er war in der frühen Nachkriegszeit in NRW aktiv; Baumöller: ... es war nicht alles für die Katz ... (Anm. 627), S. 79, erwähnt ihn als »Opfer« einer Räumungsaktion der Britischen Besatzungsbehörden im Düsseldorfer Parteihaus der KPD, für dessen Sicherheit er anscheinend (mit)verantwortlich war.

⁷¹² Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/49 v. 4.10.1968; BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 7.8.1970, Punkt 6; BStU, MfS, HA II/MF/57 v. 9.11.1971, Punkt 6.

⁷¹³ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/52 v. 3.12.1969, Punkt 5; BStU, MfS, HA II/MF/57 v. 19.10.1971, Punkt 1; v. 20.10.1971, Punkt 1; v. 27.10.1971, Punkt 3 f.; v. 12.11.1971, Punkt 1–3.

erwartet. Willi Mohn⁷¹⁴ hielt seine Betrauung mit den Finanzen der DKP für selbstverständlich und wünschte durchaus nicht, dem inzwischen in Hamburg arbeitenden Paul Kaphengst, den er wohl mehr als einen Mann der SED sah, in irgendeiner Weise Einblick in die Finanzen der DKP zu geben. Steidl meinte, Mohn glaube, »die DKP dirigieren zu können« und begreife nicht, »die ganzen Belange so einzuschätzen, dass die DKP jetzt eine selbstständige Funktion ausübt.«⁷¹⁵

Immerhin war Mohn zunächst der Verhandlungspartner der Abteilung für Finanzangelegenheiten der DKP, obwohl das Politbüro der KPD erst im Oktober 1969 über seinen Übergang in die DKP entschied.⁷¹⁶ Mit ihm wurden fünf Hauptstellen für Finanztransporte abgestimmt: Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/M., Stuttgart und Nürnberg. Da die Notenbank der DDR in den alle zwei Monate beabsichtigten Transfer eingeschaltet war, bedurfte es einer Absprache mit dem dortigen Parteisekretär. Bestimmte »Handelsleute« erhielten über die Notenbank eine Vollmacht, Westgeld im Auto mitzuführen.⁷¹⁷

Nachdem die Anfangsfinanzierung der DKP sehr aufwendig gewesen war, konnte der Bedarf ab Mai 1969 um monatlich 300 000 DM gesenkt werden.⁷¹⁸ Das war auch der Tatsache zu verdanken, dass die Abteilung VK schon viele Leute in Scheinarbeitsverhältnissen untergebracht hatte. Trotzdem gab es immer noch erhebliche Sorge, wie sich der DKP-Etat weiter entlasten ließe.⁷¹⁹ Andererseits wurden im Einzelfall für besonderen Bedarf erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. So gab es im Januar 1970 für die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg auf Weisung der SED-Führung circa 600 000 DM »als Wahlspitze [sic!]«.⁷²⁰

Im April 1970 wurde tatsächlich in einer Besprechung bei Hermann Matern entschieden, dass Willi Mohn Schatzmeister der DKP werden solle.⁷²¹ An einer späteren

⁷¹⁴ Willi Mohn war Mitglied des Politbüros der (illegalen) KPD. Er führte in Berlin das »Sekretariat KPD Albert«; BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 124 u. 126. Mohn war schon für Baier der Gesprächspartner, wenn es um Fragen der »Selbstständigkeit« der KPD ging; BStU, MfS, HA II/MF/39, Aktennotiz v. 20.10.1964, Punkt 1.

⁷¹⁵ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 14.4.1969, Punkt 11, 16 u. 20. Mohn hatte inzwischen ein Tarnarbeitsverhältnis bei der Partiefirma Socoli, Brüssel.

⁷¹⁶ BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 21.10.1969, Punkt 1.

⁷¹⁷ Die Abteilung Verkehr ging von einem Jahresbedarf von 40 bis 50 entsprechenden Bescheinigungen aus, die Harnisch beschaffte; BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 22.5.1969, Punkt 3.

⁷¹⁸ Ebenda, Aktennotiz v. 7.5.1969.

⁷¹⁹ Ebenda, Aktennotiz v. 14.4.1969, Punkt 19.

⁷²⁰ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 16.1.1970, Punkt 1.

⁷²¹ Die DKP hat sich dieser Entscheidung wohl nicht gefügt; bis 1974 war Fritz Sbosny Parteikassierer; BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 15.2.1971, Punkt 12. Aber noch im April 1971 notierte Harnisch, Mohn möge sich mit seiner gegenwärtigen Stellung absolut nicht abfinden, wolle haben, was ihm durch die neue Struktur der DKP nicht gewährt werden könne; BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 12.4.1971.

Besprechung über die weitere Finanzierung der DKP nahm dann auch Erich Honecker teil. Die Abteilung Verkehr erhielt die Verantwortung für die Finanzierung der DKP und der Massenorganisationen; das waren zu dem Zeitpunkt insgesamt 2,5 Mio DM monatlich. Die bisher bei der KPD Mitverantwortlichen für Finanzangelegenheiten »Frank« (Willi Gerlach) und »Benno« (Kurt Wondra) sollten aus diesem Bereich ausgeschaltet werden. Die Versorgung der KPD wurde Steidls Mitarbeiter Werner Lindemann, dem späteren Sektorenleiter Finanzen der Abteilung, übertragen.⁷²²

Wirklich erfolgreich waren diese ordnenden Entscheidungen nicht. Ein paar Wochen später verfügte Matern, dass nach seinem Urlaub Steidl und die Genossen von der KPD und der DKP erscheinen sollten, »um die Frage der Finanzen durchzudiskutieren und dort Klarheit zu schaffen, da auf diesem Sektor gegenwärtig die größte Unklarheit besteht«.⁷²³

Steidl tat unterdessen das Mögliche für die Geldbeschaffung. Er reiste nach Moskau, wo der Abschluss eines Lieferabkommens über 30 000 t Benzin an die Bundesrepublik Deutschland anstand. »Bei dieser Abmachung soll Geld gewonnen werden, welches der Partei dann auf diesem Weg zur Verfügung gestellt wird.«⁷²⁴

Sorgen machte der Abteilung Verkehr immer wieder der Geldtransport nach Westen, nachdem die guten Vorsätze über die »legale Finanzierung« der DKP sich ganz schnell erledigt hatten. Der Mangel an zuverlässigen Geldkurieren war derart, dass Fritz Hamm, in (Ost-)Berlin bei der ZPKK der KPD, dann Mitarbeiter des DKP-Parteivorstandes, samt seiner Frau als Kurier in Anspruch genommen werden mussten.⁷²⁵

⁷²² BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 15.4.1970. Gerlach, der schon vor dem KPD-Verbot als Gesellschafter der Hamburger Alster-Druck GmbH den Umgang mit Parteigeld geübt hatte, ging 1970 nach Hamburg, war dort später im Kuratoriumsvorstand der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte. Kurt Wondra, 1932–1988, war juristischer Berater des ZK der KPD. 1970–1972 Teilhaber der Omnia GmbH in Neuss, danach wieder in (Ost-)Berlin bei der Abteilung VK zuständig für Finanzen. Seit 1972 war er Mitglied der SED. Siehe auch BStU, MfS, AOPK 16419/89, Bl. 47, 49 u. 54.

⁷²³ BStU, MfS, HA II/MF/53, Aktennotiz v. 14.5.1970, Punkt 6.

⁷²⁴ Ebenda, Aktennotiz v. 30.4.1970, Punkt 4. Sicher verifizieren ließ sich dieses Geschäft nicht; der potenziell sicherste Gewährsmann Franz Rösch aus dem Bundeswirtschaftsministerium lebt nicht mehr. Andere entfernter Beteiligte hielten die Information für glaubhaft und mutmaßten ein Berliner Unternehmen als deutschen Beteiligten. Das wirtschaftspolitische Umfeld war einem solchen Geschäft jedenfalls günstig: Im Februar 1970 war das große Erdgas/Röhren-Geschäft abgeschlossen worden, bis Mai 1970 liefen die Bahr-Gespräche, Botschafter Emmel führte in Moskau Technologie-Verhandlungen.

⁷²⁵ BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 24.7.1970, Punkt 3. Fritz Hamm war bei Steidl im Übrigen nicht gern gesehen. In seinem Tarnarbeitsverhältnis bei der Firma Weichert (gemeint wohl die Firma Intema, die 1969 von Albert Weichert und seiner Frau gegründet worden war; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, S. 1965) hatte er keine Ansätze von Arbeitsleistung erbracht und

Und was die Zuverlässigkeit anging: Ein bisheriger Kurier wurde, da unter Beobachtung, ohnehin nicht mehr für Geldtransporte eingesetzt, auch auf Kaphengst sollte künftig verzichtet werden, schlug Harnisch vor. Für ihn empfahl er den Einsatz von »Benno« (Kurt Wondra), den die Abteilung erst ein halbes Jahr zuvor aus den Finanzangelegenheiten hatte herausnehmen wollen. Zugleich stimmte Steidl allerdings auch Harnischs Vorschlag zu, eine Buchführung anzulegen: wer wann wie viel Geld wohin bringe, und die Unterlagen nicht gleich wieder zu vernichten, sondern aufzubewahren – es galt damals wohl immer noch die durch Stahlmanns Gepflogenheiten geprägte Aktenfeindlichkeit.⁷²⁶

In einem umständlichen Verfahren wurden 1970/71 einige Geldkuriere ausgewählt. Im Herbst 1970 gab es zunächst eine Verständigung mit Willi Mohn, dass die Abteilung je einen Kurier für die Abschnitte Nord, Mitte und Süd benennen wollte. Bei dieser Benennung gab es Schwierigkeiten mit dem MfS, das gegen einzelne Kandidaten Bedenken hatte, dann mit Mohn, der eben diese Bedenken nicht akzeptieren mochte. Schließlich einigte man sich im Herbst 1971 »zur Erzielung größerer Sicherheit bei den Transporten« darauf, den bisher gesamtverantwortlichen Genossen Jordan⁷²⁷ nun für die Partei zuständig zu machen, einen bei der Heska Druck beschäftigten Genossen⁷²⁸ für den Geldtransport zu den »Massenorganisationen« und eine Genossin aus Hessen, deren Ehemann Wirtschaftsfunktionär der DKP war und lange der VVN-

bei einer Aussprache bei der Abteilung gemeint, die Genossen von der Abteilung könnten ohnehin nicht seine Entlassung veranlassen; BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 9.10.1969, Punkt 7. Andererseits war Hamm derjenige, der Ende 1970 Unterschlagungen von Parteigeld durch Paul Kaphengst reklamierte; BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 248.

⁷²⁶ BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 19.11.1970, Punkt 2 f.

⁷²⁷ Robert Jordan, 1921–1986, KPD seit 1950, war Fahrer von Willi Mohn (BStU, MfS, AIM 9399/91, Teil 2, S. 19), seit 1971 als Geschäftsführer bei dem Parteiunternehmen Chemo-plast; vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/7600, Anlagenband 2, Dokument 521 (BfV-Analyse Kommunistische Wirtschaftsunternehmen, 1976, S. 20 f.), S. 2085. Jordan erscheint nur ein Jahr nach der dargestellten Absprache als »Robert J. (51) aus Essen-Borbeck« an erster Stelle und als einziger nicht-Niedersachse unter den vom niedersächsischen Verfassungsschutzchef Jüllig in einem Pressegespräch (vgl. Hannoversche Freie Presse v. 28./29.10.1972; inhaltsgleich die »Quick« v. 8.11.1972) halb-namentlich benannten DKP-Funktionären, die bei der Geldversorgung der Partei eingesetzt waren. In einer Abschrift des Berichts der Neuen Hannoverschen Presse in einer Sammlung von Berichten der bundesrepublikanischen Presse über die DKP-Finanzierung durch die SED sind die von Jüllig nur mit dem Anfangsbuchstaben genannten Namen, darunter Rudolf Jordan, alle vollständig angeführt; BStU, MfS, ASiVo 16364/91, Bl. 94–96. Jordan erscheint später noch als Kurier der Abteilung Verkehr; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14280.

⁷²⁸ Hierbei handelte es sich um den in Anm. 670 bereits erwähnten DFU-Funktionär.

Führung angehörte, speziell für die VVN; das Ganze unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Partei.⁷²⁹

Die DKP und der KPD-Vorsitzende Max Reimann

»Mit voller Selbstständigkeit der DKP ist damit zu rechnen [...] dass bestimmte Auseinandersetzungen geführt werden müssen [...] letzten Endes auch über die Stellung von Gen. Reimann« – das gehörte zu den Gegenständen eines der ersten Gespräche, die Steidl nach der Gründung der DKP mit Harnisch führte.⁷³⁰ Die Herren hatten wohl mehr als nur eine Ahnung, mit wie viel Widerstreben Max Reimann auf die Überlegungen reagiert hatte, mindestens vorerst nicht auf der Re-Legalisierung der KPD zu bestehen, sondern eine neue kommunistische Parteiorganisation in der Bundesrepublik zu errichten.

Als es dann um den ersten Parteitag der DKP ging, wollte Reimann wenigstens deren sichtbare Anerkennung durch kommunistische Bruderparteien verhindern. Seine Forderung war: keine ausländischen Delegationen zum Parteitag in Essen im April 1969. Die Mehrheit stellte sich gegen ihn.⁷³¹

Über Pfingsten 1969 gab es regelrechte Delegations-Beratungen zwischen KPD und DKP, mit Reimann, Mohn, Ledwohn, Angenfort und dem von der SED zur KPD abgeordneten Glückauf auf der KPD-Seite und Bachmann, Mies, Noetzel, Ludwig Müller und Karl-Heinz Schröder auf der DKP-Seite; zwischendurch dann gesonderte Gespräche der DKP-Vertreter mit Matern, Gespräche der KPD-Delegation unter sich.⁷³²

Bis zur Bundestagswahl 1969 kam es zu keinen wirklichen Entscheidungen. Angesichts der Wahlergebnisse machte Reimann den DKP-Genossen Vorwürfe: Die Führung stehe nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben. Eine neue Politik müsse begonnen werden.

⁷²⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/54 v. 26.10.1970, Punkt 4; v. 9.11.1970, Punkt 10; BStU, MfS, HA II/MF/55 v. 24.2.1971, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 18.5.1971, Punkt 10.

⁷³⁰ BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 5.11.1968. Die Haltung der illegalen KPD einerseits und der SED andererseits zur Konstituierung der DKP hatte der Autor ohne die Kenntnis der SED/DDR-Akten 1989 in seiner Darstellung der DKP-Konstituierung noch anders und unrichtig gesehen. Vgl. Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben (Anm. 108), S. 29–38.

⁷³¹ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 14.4.1969.

⁷³² Ebenda, Aktennotiz v. 22.5.1969.

Die Führung sei kein wirkliches Kollektiv, habe zu wenig Kontakt zu den nachgeordneten Leitungen. Die Auseinandersetzung mit der SPD sei mangelhaft gewesen.⁷³³

Es kam zu einer Diskussion, ob überhaupt zwei Parteien nebeneinander bestehen sollten. Jedenfalls, so Reimann und sein Anhang, müsse unter der Regierung Brandt die Hauptlinie sein, »KPD-Verbot aufheben«.

Noetzel, der bei der Abteilung Verkehr von der Besprechung berichtete, empfand die Veranstaltung im Grunde als Diskussion um die Frage des Vorsitzenden. Bachmann habe nicht gekämpft, sei anscheinend bereit gewesen zu kapitulieren und wieder als Journalist zu arbeiten. Ein wirkliches Ergebnis sei nicht herausgekommen. Wohl eine spürbare Einschüchterung der DKP bis zur Kapitulationsstimmung. Spangenberg, der Leiter des Arbeitsbüros, als Teilnehmer von SED-Seite, sei nicht angekommen, als Zensor angegriffen worden.

Die im Anschluss an das Gespräch geplante Beratung der DKP-Führung mit dem Politbüro der SED kam wegen der Feiern zur Oktober-Revolution erst einmal nicht zustande; sie sollte im November stattfinden.⁷³⁴

Inzwischen traf das Politbüro der KPD einige Entscheidungen: Willi Mohn ging zur DKP und siedelte in die Bundesrepublik Deutschland um.

Max Reimann, Erich Jungmann und Erich Glückauf bildeten die KPD-Führung.⁷³⁵ Ihre Hauptaufgabe sollte die Agitation für die Aufhebung des KPD-Verbots sein. Dafür stand ihnen die Zeitung »Freies Volk« zur Verfügung. Die sollte nicht Mitgliedern der DKP zugehen – die hatten ihre Parteizeitung »UZ« – sondern vorzugsweise an Mitglieder des Bundestages, an Sozialdemokraten, also an das Zielpublikum der Agitation.⁷³⁶

Mohn meinte gegenüber der Abteilung VK, die KPD werde das große Objekt »Projekt« nicht mehr benötigen; ein kleineres Gebäude werde für ihre Bedürfnisse ausreichen. Die Organisationsabteilung, die ZPKK, die Kasse, der Sender 904 und das Archiv sollten vorerst erhalten bleiben. Allerdings meinte er, die dort tätigen Genossen

⁷³³ Ausdrücklich kritisierte Reimann die für die ADF als Kandidatin angetretene Ellen Weber, spätere stellv. DKP-Vorsitzende, die in einigen Versammlungen kein Wort gegen die SPD gesagt habe. Willi Mohn habe auftreten müssen, um das zu korrigieren.

⁷³⁴ BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 9.10.1969, Punkt 5 f. u. 9.

⁷³⁵ Erich Jungmann, 1907–1986, KPD 1928, Emigration Frankreich/Mexiko, zuletzt Kandidat des Politbüros der (illegalen) KPD, wurde 1972 Intendant von »Radio Berlin International« (vgl. Programmzeitschrift FF dabei Nr. 10/72); Glückauf wurde Mitarbeiter des ZK der SED (Neues Deutschland v. 22.10.1971) und Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitschrift »Probleme des Friedens und des Sozialismus« (Impressum).

⁷³⁶ Das Politbüro der KPD beschloss am 28.11.1968, »Freies Volk« ab Januar 1969 in einer Auflage von 1 000 Exemplaren zweimonatlich erscheinen zu lassen; BArch BY 1-2928, Bl. 22. Das BfV schloss aus dem Wiedererscheinen von »Freies Volk« und dem Nichterwähnen der DKP darin, dass damit die Unabhängigkeit von DKP und KPD habe demonstriert und einer Qualifizierung der DKP als »Ersatzorganisation« der KPD vorgebeugt werden sollen; BArch B 443/569, BfV-Bericht v. 8.5.1969, S. 12.

sollten zu gegebener Zeit der DKP »angeschlossen werden«. (Diese letzte Vorstellung erschien Harnisch geeignet, »großes Durcheinander« herbeizuführen.)

Harnisch bat er, das MfS möge sicherstellen, dass das Archiv auf keinen Fall an die DKP und gar in die Bundesrepublik gehe.⁷³⁷

Bis zum Frühjahr 1971 blieb die Frage nach dem weiteren Schicksal Reimanns eine Hängepartie. Im Zusammenhang mit einem für Anfang Juni angesetzten Treffen Reimanns mit der DKP-Spitze gab es Diskussionen. Steidl meinte, Reimann könnte auf dem für Ende November geplanten Parteitag als Vorsitzender der DKP kandidieren und dabei durchfallen. Er versuchte, über Harnisch Mielke zu bewegen, dass er sich politisch einschalte.⁷³⁸

Im Juli wartete das MfS noch immer darauf, dass das Objekt »Projekt« geräumt wurde. Jungmann teilte der Abteilung VK mit, Reimann wolle nicht heraus. Die Abteilung wusste wohl auch nicht recht, wo sie Reimann unterbringen sollte. Die Diskussionen um seine künftige Funktion gingen weiter. Nun wurde über den Ehrenvorsitz der DKP für ihn gesprochen; aber dazu schien Widerstand aus der DKP zu erwarten.

Gegen Ende des Monats gab es noch einmal eine Beratung des DKP-Präsidiums mit Reimann. Da beabsichtigte er angeblich, als Rentner in der DDR zu bleiben und wollte von der Abteilung Verkehr für sich das »Haus am See«.⁷³⁹

Reimanns endlicher DKP-Beitritt am 27. September 1971 findet sich nicht erwähnt. Der letzte Meinungs austausch zwischen Steidl und Harnisch zu Max Reimann betraf im Spätherbst dessen Besorgnisse über sein Leben in der Bundesrepublik, wo noch im Sommer 1971 seine und seiner Frau Bewegungen überwacht worden waren. Nun erinnerte Steidl seinen Gesprächspartner, Reimann erwarte vier Betreuer, die Mielke ihm zugesichert habe.⁷⁴⁰

⁷³⁷ BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 21.10.1969, Punkt 1. Das MfS hielt im Übrigen auf strikte Trennung zwischen Genossen der KPD und der DKP bei der Abteilung Verkehr, weil man sonst »keine richtige Sicherheit für uns« gegeben sah; BStU, MfS, HA II, Nr. 23553, Bl. 137 f. u. 158. Vgl. zum Zustand des Archivs und zu seiner weiteren Behandlung im Übrigen Müller, Hans-Peter: Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« zum Thema »Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP«. Hg. v. Deutschen Bundestag 1995, S. 1868 ff.

⁷³⁸ BStU, MfS, HA II/MF/55, Aktennotiz v. 12.4.1971. Dies ist eine der wenigen dokumentierten Bemühungen Steidls, sich unmittelbar in aktuelle politische Angelegenheiten der von ihm »betreuten« Parteien einzumischen.

⁷³⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 7.7.1971; v. 27.7.1971, Punkt 6. Das entspricht inhaltlich der Darstellung bei Müller: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 282.

⁷⁴⁰ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/56 v. 29.7.1971, Punkt 2; BStU, MfS, HA II/MF/57 v. 9.11.1971, Punkt 7; Ilse Reimann war in den 60er Jahren Mitglied der SED, arbeitete im Apparat des ZK der KPD; BArch DY 30/ IV 2/10.05/15, Bl. 120.

Ergebnisse

Schon zu Anfang des Jahres 1949 hat der amerikanische CIC die Aufgabe der Abteilung Verkehr so knapp wie präzise charakterisiert: Sie sei der technische Apparat der Partei, der SED, der die Verbindung zur KPD in Westdeutschland besorgt, sei technisch damals ein Teil der Organisationsabteilung der Partei, tatsächlich eine selbstständige Abteilung unter der direkten Aufsicht von Franz Dahlem.

Bei dieser Aufgabe blieb es über die gesamte Lebensdauer der DDR: Sie hatte die begrenzte, dienstleistende Funktion, der westlichen Außenagentur der SED, der KPD zuerst, der verbotenen KPD dann und schließlich der DKP diejenigen Subsidien zur Verfügung zu stellen, die sie brauchte, um ihren von der SED gestellten Auftrag zu erfüllen.

Das leuchtendste Beispiel für diese Art der Aufgabenwahrnehmung ereignete sich am Ende der hier darzustellenden Zeit: Zur Vorbereitung auf den Tag der Arbeit 1975 lieferte die Abteilung Verkehr der DKP nicht etwa Anregungen für zugkräftige Mailösungen. Vielmehr schickte sie ihr Ende März 1975 über die Deutrans in 30 Containern 150 000 Mainelken.⁷⁴¹

Ein von der SED gestellter Auftrag – das setzt voraus, dass die SED den Anspruch hatte, die führende Partei zu sein und diesen Anspruch realisierte. Hans-Peter Müller hat das im Verhältnis zur DKP von deren Anfang an belegt. Schon vor der Konstituierung der Partei, im Sommer 1968 machte das »Arbeitsbüro«, die zuständige Einrichtung des ZK der SED für die Etablierung der DKP, ganz klar, dass – bei aller äußerlichen Selbstständigkeit – die Schlüsselfunktionen der künftigen Partei unter uneingeschränktem SED-Einfluss zu stehen hätten. Der ZK-Apparat der SED habe zu gewährleisten, dass der neuen Partei keine Befugnis zukomme, selbstständig strategische oder auch nur taktische Überlegungen auszuarbeiten. »Wir müssen einen Modus finden«, war die Maxime des »Arbeitsbüros« gleich nach der Parteigründung, »wie und in welcher Form unsere Abteilung die konkrete Zusammenarbeit mit der Bruderpartei realisiert, wie die bei uns ausgearbeiteten Vorstellungen und Ideen Eingang in die Politik der Bruderpartei finden.«⁷⁴²

Mit diesem Anspruch wurde aber nur eine Politik fortgesetzt, die seit der frühen Nachkriegszeit schon der KPD gegenüber praktiziert worden war, so etwa, als im Frühjahr 1948 die KPD für die Schaffung einer Gesamtleitung der westlichen Besatzungszonen der Zustimmung der SED bedurfte.⁷⁴³ Herbert Mayer hat 1996 die politische Abhängigkeit der KPD von der SED in kaum zu überbietender Deutlichkeit in

⁷⁴¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 23568, Bl. 127.

⁷⁴² Müller: Gründung und Frühgeschichte (Anm. 618), S. 263 u. 269 (Arbeitsbüro v. 19.11.1968).

⁷⁴³ Protokoll Nr. 59 (II) der Sitzung des Zentralsekretariats am 20.3.1948, TOP 3 (Einführung Pieck); BArch DY 30/IV 2/2.1/184.

einer Auseinandersetzung mit einem eher verzerrenden als nur glättenden Interview Manfred Kaplucks, des langjährigen Funktionärs von KPD und DKP, belegt.⁷⁴⁴

Diese Abhängigkeit von KPD und DKP zeigt sich durchgehend an zahlreichen Stellen dieser Untersuchung. Immer wieder gibt es allerdings auch Versuche der westdeutschen Kommunisten, sich dieser Abhängigkeit an der einen oder anderen Stelle zu entziehen oder sich kleinere Ausflüge in selbstständiges Handeln zu leisten. Und es wird erkennbar, dass die SED bereit war, der KPD und dann der DKP in ihrer Tätigkeit in der Bundesrepublik einen selbstgeregelten Freiraum zu lassen.

Tatsächlich zeigt sich vor allen in zahllosen, für sich genommen kleinen Dingen, dass die SED die KPD und später die DKP dazu benutzte, ihren gesamtdeutschen Anspruch zu realisieren. Dieser Anspruch kommt unübersehbar in der Tatsache zum Ausdruck, dass die Staatspartei in ihrer Zentrale eine Abteilung mit dem Auftrag einrichtet, die »gesamten organisatorischen und technischen Aufgaben [durchzuführen], die sich aus der Arbeit der KPD sowie anderer auf gesamtdeutschem Gebiet tätigen Organisationen im Ost-West-Verkehr ergeben«. Die SED hält sich also für verantwortlich und kompetent, außerhalb ihres Herrschaftsgebietes, mindestens mit beabsichtigter Wirkung dort, die Aufgaben einer (dort verbotenen) Partei zu besorgen. Die Konsequenzen aus dieser Vorstellung zeigen sich zum Beispiel, wenn Harnisch und Steidl in ihrer Unzufriedenheit mit der wenig aktiven und personell ausgelaugten KPD überlegen, die Westgruppenarbeit oder Kurierdienste womöglich doch besser mit eigenen Kräften zu besorgen, nachdem sie schon längst deren Führung an sich gezogen, gar die »parteimäßige Betreuung« und die »Kassierung« dieser KPD-Mitglieder übernommen hatten, als gehörten sie der SED an. Die SED entschied, und sei es durch die Bereitstellung gefälschter Dokumente, wer von den Funktionären der illegalen KPD in die Bundesrepublik oder ins Ausland reisen konnte. Oder wie die Abteilung Verkehr mit aller Selbstverständlichkeit nach Einrichtung der DKP den Aufbau ihrer Druckerei und deren personelle Besetzung übernahm. Oder wie der DKP nicht die für eine kommunistische Kaderpartei eigentlich existentielle Einrichtung eines Sicherheitsapparates zugebilligt wurde, vielmehr die SED durch das MfS diese Aufgabe ihrerseits übernahm und dann auch – überdeutlich Kuratelfunktionen wahrnehmend – die Kaderakten dieser Organisation verwaltete und darüber verfügte. Wie sie, bis hin zu Großzügigkeiten bei der Einreise, dafür zu sorgen trachtete, dass DKP-Mitglieder

⁷⁴⁴ Mayer, Herbert: Nachdenken über die KPD. Anmerkungen zu einem Interview (mit Manfred Kapluck). In: UTOPIE kreativ (1996)11, S. 128–137. Vgl. auch schon Ders.: Nur eine Wahlniederlage? Zum Verhältnis SED und KPD in den Jahren 1948/49. In: Otto, Wilfriede (Hg.): »Die Waldheimer Prozesse« 1950. Berlin 1993, S. 29–46, und weitere Veröffentlichungen zum gleichen Gegenstand. Bekräftigend auch Foschepoth, Josef: Rolle und Bedeutung der KPD im innerdeutschen Systemkonflikt. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (2008), S. 889–909, der darin eine vergleichende Erforschung der Geschichte der KPD in beiden Teilen Deutschlands als Beitrag zu einer integrativen deutschen Zeitgeschichte anregt.

nicht unter den Einfluss eurokommunistischer oder sonst in Sachen Moskautreue unzuverlässiger Parteien gerieten. Die SED verfügte über den Einsatz von Kadern der KPD: Baier, Kaphengst, Dettmann nahm sie in ihren Dienst, schickte Kaphengst und Dettmann wieder – mit formalem Wechsel der Parteizugehörigkeit – in den Westen. Eigene Kader schickte sie in wichtige Funktionen der KPD: nicht nur Erich Glückauf in das Politbüro der KPD, sondern auch Ebenen tiefer, den Sektorenleiter der Abteilung Verkehr, Werner Schikora, in die Geschäftsführung der Parteidruckerei der DKP.

Gelegentlich gab es zwar Rücksicht auf Empfindlichkeiten der KPD, die auf den Anschein ihrer Selbstständigkeit bedacht war. Aber da ging es dann mehr darum, ihr die Verantwortung für Aktivitäten in Westdeutschland nicht abzunehmen, damit sie bei etwaigen Fehlschlägen keinen Ansatz hatte, Schwarzer Peter zu spielen. Oder es wurde Wert darauf gelegt, den Sender 904 als Unternehmen der KPD zu behandeln (ohne allerdings auf die Unterstellung der Einrichtung unter die Abteilung VK und die »Absicherung« durch das BdL [II] zu verzichten), damit sich die SED nicht allzu offensichtlich einer gerade aus der Sicht ihrer Zwei-Staaten-Politik nicht wegzudiskutierenden Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland schuldig machte; was Walter Ulbricht nicht daran hinderte, strategische Entscheidungen hinsichtlich des Senders selbst zu treffen.

An der inhaltlichen Festlegung der Tätigkeit der KPD und dann der DKP war die Abteilung Verkehr nicht beteiligt, auch nicht an deren Übermittlung und Durchsetzung. Die rein instrumentelle Funktion der Abteilung Verkehr wird auf vielfältige Weise deutlich. Kaphengst hielt in einer Besprechung mit Harnisch im Sommer 1964 fest, dass Max Spangenberg, der Leiter des Arbeitsbüros, die Aufgabe habe, die Verbindung zwischen SED und KPD besonders auf ideologischem Gebiet zu halten; er sei damit auch für die Schulen verantwortlich. Für Harnisch war danach klar, dass er sich wegen der Überprüfungen des Schulpersonals an Spangenberg zu wenden habe. Nur das Personal für die Objektbetreuung stellte die Abteilung Verkehr.⁷⁴⁵

Dem entspricht auch der Beschluss des Politbüros der SED vom 30. November 1965 über die Bildung eines Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen. Da wurde festgehalten, dass die Westabteilung des ZK die Westarbeit⁷⁴⁶ der Abteilungen des ZK koordiniere. Das Staatssekretariat erhielt einen »Rat für gesamtdeutsche Fragen« mit der Aufgabe, Probleme und Erfahrungen der gesamtdeutschen Arbeit und Vorschläge zur Durchsetzung der nationalen Politik der DDR zu beraten und so fort. Der Rat wurde zusammengestellt aus sachverständigen Persönlichkeiten, die durch ihre Tätigkeit eng mit der Arbeit nach Westdeutschland verbunden waren, die über Beziehungen zu Institutionen oder Persönlichkeiten der Bundesrepublik verfügten. Vordergründig

⁷⁴⁵ BStU, MfS, HA II/MF/37, Aktennotiz v. 17.6.1964, Punkt 12. Allerdings gab es 1969 Meinungsverschiedenheiten zwischen der Abteilung Verkehr und dem Arbeitsbüro, das nicht (mehr?) für die Betreuung von KPD-Delegationen zuständig sein noch irgendwie mit der KPD in Kontakt treten wollte; BStU, MfS, HA II/MF/52, Aktennotiz v. 9.10.1969, Punkt 3.

⁷⁴⁶ Im Original offenbar versehentlich »Westarbeit«.

dürfte kaum jemand diese Voraussetzungen besser erfüllt haben, als die Führung der Abteilung Verkehr. Tatsächlich wurde kein Vertreter der Abteilung in den Rat berufen. Selbstverständlich war dagegen Heinz Geggel, der Leiter der Westabteilung des ZK, Mitglied des Rates.

Die »unpolitische« Funktion der Abteilung spiegelt sich auch in den zahllosen Gesprächen Harnischs mit Baier, Steidl und den stellvertretenden Abteilungsleitern wider: Wesentliche politische Ereignisse, selbst solche, die für die Abteilung unmittelbar Auswirkungen haben, werden meist eher am Rande oder nur floskelhaft erwähnt. Der Mauerbau erscheint nur als beiläufiger Hintergrund in der Aufgabenbeschreibung des BdL (II).⁷⁴⁷ Die tschechoslowakischen Ereignisse vom Frühjahr und Sommer 1968 werden nur wie nebenher mit einem Hinweis auf Unsicherheiten bei Kaphengst und einer Nachricht aus der Parteischule in »Heide II« im Rahmen einer Quartalsanalyse erwähnt, wo der Schulleiter von KPD-Schülern berichtete, die angesichts der »konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR« nach Westdeutschland reisen wollten, »um dort die politische Arbeit in ihren Gruppen zu organisieren.«⁷⁴⁸ Ein Prager Sondierungsauftrag für Steidl wird ohne Hintergrund und Zusammenhang der tschechoslowakischen Ereignisse dargestellt, der sich anbahnende Eurokommunismus unter dem Gesichtspunkt geeigneter Finanzierungswege für die DKP erörtert. Der Tod des für die Abteilung zuständigen Politbüro-Mitglieds Hermann Matern erscheint ebenso beiläufig wie die Ablösung Ulbrichts durch Honecker.

Führte ein stellvertretender Abteilungsleiter wirklich einmal ein politisches Gespräch ohne unmittelbaren Zusammenhang mit der Tagesarbeit der Abteilung, empfand sein Kollege das als unzulässig, und der »Sicherheitsbeauftragte« Harnisch nahm es zum Anlass intensiver Nachforschungen.⁷⁴⁹

⁷⁴⁷ Umgekehrt wird in einem undatierten, offenkundig aus der Westkommission beim Politbüro kommenden Entwurf »Veränderung der Arbeitsmethoden nach Westdeutschland entsprechend der neuen Lage«, der kurz nach dem 13. August entstanden sein muss, gefordert, was deutlich Aufgabe der Abteilung Verkehr wäre, »dass an allen Grenzkontrollpunkten, Autobahnen und Straßen sofort Anlaufstellen geschaffen werden, die durch je einen Genossen besetzt sind. Ihre Aufgabe besteht darin, schnellstens die Verbindung zu allen entsprechenden Organen aufzunehmen und die Weiterfahrt zu gewährleisten.« BArch DY 30/IV 2/2.028-16, Bl. 1–9. Schon in der Vorlage für das Politbüro v. 25.8. ist dann sehr viel vorsichtiger formuliert: »Die gesamtdeutsche Kommission trifft mit der Abteilung Verkehr eine Festlegung über von Fall zu Fall notwendig werdende illegale Maßnahmen (Aufgabe von Briefen bzw. Benachrichtigungen in Westdeutschland, Inanspruchnahme eines Kuriers usw.)«; BArch DY 30/IV 2/2.028-9, Bl. 70–78.

⁷⁴⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 30288, Bl. 170 (Quartalsanalyse BdL(II) III. Quartal 1968).

⁷⁴⁹ Aktennotizen: BStU, MfS, HA II/MF/44 v. 1.8.1966, Punkt 3; BStU, MfS, HA II/MF/45 v. 10.11.1966, Punkt 6; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 262 f. Cebulla traf im Sommer 1966 Oberst a. D. Josef Weber zu einer »Aussprache über politische Fragen« und sorgte für seine Unterbringung. Kaphengst fand diese Verbindung »unbegreiflich«, da sie nicht im Auftrag der Partei gehalten werde. Harnisch erfuhr, dass Weber unter Anleitung von Gen.

Ein einziges Mal ist immerhin eine Beteiligung der Abteilung Verkehr an einer politischen Auseinandersetzung wahrzunehmen, die sich allerdings mit ihrem Schwerpunkt innerhalb der SED abspielte, aber inhaltlich die DKP betraf: Steidl und Harnisch erörterten im Januar 1971 eine Besprechung zwischen SED und DKP, bei der es darum gegangen war, die Politik der Brandt-Regierung nicht mit der der Großen Koalition unter Kiesinger gleichzusetzen. Albert Norden hatte Unklarheiten aufgebracht, die es klarzustellen galt.⁷⁵⁰

Der noch bis 1952 zur KPD gehörende Adolf Baier agierte als Abteilungsleiter deutlich als Mann der SED, zeigte aber gelegentlich immerhin ein gewisses Maß an Verständnis für die Empfindsamkeiten der KPD, aus der er kam, bei Fragen der Selbstbestimmung in organisatorischen Angelegenheiten.

Seit seinem Weggang 1952 hatte es in der Bundesrepublik keine zentrale Leitung der Post- und Kurierverbindungen nach (Ost-)Berlin mehr gegeben. Baier wollte sie auch nicht. Aber ihm war daran gelegen, das dezentralisierte System gemeinsam mit dem Sicherheitsbeauftragten der KPD, Otto Niebergall, zu pflegen. Baier stimmte zwar in einem Gespräch mit Harnisch im Herbst 1964 überein, dass die »technischen Apparate« besser von der SED zusammen mit dem MfS geführt würden. Aber ihm war klar, dass die KPD dies als eine Verletzung ihrer »Souveränität« sehen würde. Immerhin wollte er mit Willi Mohn über Verbesserungen sprechen.⁷⁵¹

Dann machte ihm aber Matern klar, dass die SED keine Aufgaben in »Westdeutschland« übernehmen wolle. Dafür sei die KPD selbst verantwortlich. Bezeichnend war, worauf Matern zur Erklärung seiner Haltung hinwies: Bei eventuell auftretenden Vorfällen werde es nie möglich sein, die Schuldfrage zu klären; von den Genossen der KPD werde allemal die Schuld der SED zugeschoben werden.

Ein tiefes Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien stand erkennbar nicht hinter solchen Überlegungen eines Politbüromitgliedes.

Dengler, Nationalrat, stand. Die KPD unterhalte bestimmte Kontakte mit ihm und werde eventuell dazu auch die Abteilung Verkehr benutzen; BStU, MfS, HA II/MF/47, Aktennotiz v. 28.9.1967, Punkt 1; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 262.

⁷⁵⁰ In Harnischs Protokoll ist die Norden'sche »Unklarheit« nicht konkretisiert. Norden hatte wohl noch einmal die »Sozialdemokratismus-Keule« eingesetzt. In der DDR war 1971 die Übersetzung einer sowjetischen Monographie unter dem Titel »Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart« erschienen. Dazu gab es einen Widerspruch vom damaligen Lehrstuhl (später Institut) Imperialismusforschung am damaligen Institut (später Akademie) für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Form einer Notiz an das für westdeutsche Fragen zuständige Politbüromitglied Albert Norden. Vgl. zu der Angelegenheit Plener, Ulla: »Sozialdemokratismus«. In: UTOPIE kreativ (2004)161, S. 248–256.

⁷⁵¹ Harnisch ließ auch sonst seine geringe Wertschätzung der Fähigkeiten der KPD-Apparate erkennen; von spezialisierten Gruppen aus der DDR für Grenzgruppenarbeit oder etwa für den Raketeneinsatz versprach er sich mehr. Der Sektorenleiter Schikora teilte für sich und andere Kollegen die Auffassung, war sich aber klar, dass das angesichts der Auffassung der KPD unrealisierbar sei; BStU, MfS, HA II/MF/38, Aktennotiz v. 3.9.1964, Punkt 5.

Auch beim Geld war das gegenseitige Vertrauen nicht besonders stark ausgebildet. Im Frühjahr 1967 fand die Abteilung Verkehr heraus, dass die KPD »aus verschiedenen Firmen in Westdeutschland unkontrollierte Gelder« bezog. KPD-Genossen in (Ost-)Berlin hielten sich nicht an Planvorgaben, gönnten sich Prämien, Gehaltserhöhungen und verbilligtes Essen nach eigenen Vorstellungen. Steidl hielt es für nötig, deswegen mit Max Reimann und Willi Mohn zu sprechen. Als Mohn andererseits im Frühjahr 1969 Paul Kaphengst nach dessen »Legalisierung« Einblick in die DKP-Finanzen geben sollte, mochte er das durchaus nicht akzeptieren. In der Abteilung Verkehr erklärte man sich das mit der Abneigung, sich finanziell von der SED kontrollieren zu lassen.⁷⁵²

Das Vertrauen in die Aktionsfähigkeit der illegalen KPD wiederum war auch auf der Arbeitsebene der Abteilung Verkehr nicht groß. Kaphengst äußerte 1965 gegenüber Harnisch ernste Bedenken »über die Frage der Möglichkeit der Mobilisierung der Massen« durch die KPD.⁷⁵³ Und wenn es bei der DKP wieder einmal organisatorisch nicht vorangehen wollte, erhielt die Führung der Partei in unverblümter Direktheit Aufträge erteilt, so 1970 für die Entwicklung einer Konzeption eines Reisebüros in der Bundesrepublik Deutschland.⁷⁵⁴

Jedenfalls bis 1968 waren die Westgruppen und ihre Betreuung eine der ursprünglichen und vorrangigen Aufgaben der Abteilung Verkehr. Der Aufwand rund um ihre Tätigkeit war beträchtlich, angefangen von der Einrichtung und Unterhaltung einer großen Zahl von Grenzscheunen, über den personellen und technischen Aufwand der Abteilung (zu dem noch der der Organisationsabteilung des ZK der KPD für die »Kaderentwicklung« und für die politische Unterweisung der Gruppenmitglieder hinzukam) und seit 1962 auch des BdL (II) des MfS, bis zu den aufgebrauchten Kosten.

Im Vergleich zu diesem umfangreichen vor allem materiellen Aufwand erscheint der analytische und sonstige geistige Aufwand für diesen Apparat, mindestens nach einer frühen Entwicklungsphase der Gruppen, eher gering. Die Quintessenz der Ausführungen des hauptverantwortlichen stellvertretenden Abteilungsleiters Paul Kaphengst bei einer einzigen grundlegenden Besprechung zum Thema »Westgruppen« im Jahre 1966 erscheint fast erschreckend unbedarft: Im Wesentlichen sei der Apparat gelaufen, »ohne dass ernsthafte Erscheinungen zu verzeichnen gewesen waren«. Sie kontrastiert auffällig mit dem ernsthaften analytischen Bemühen des Leiters des BdL (II) Harnisch bei gleicher Gelegenheit.⁷⁵⁵ Auch der Abteilungsleiter Steidl ließ

⁷⁵² BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 277; BStU, MfS, HA II/MF/46, Aktennotiz v. 27.4.1967, Punkt 7 f. Allerdings war Kaphengst zu dieser Zeit formal noch Angehöriger der Abteilung Verkehr. Seine Ablösung beschloss das ZK-Sekretariat erst im Oktober 1969; BArch DY 30/J IV 2/3/-1568, Protokoll Nr. 79/69.

⁷⁵³ BStU, MfS, HA II/MF/40, Aktennotiz v. 15.5.1965, Punkt 1.

⁷⁵⁴ BStU, MfS, HA II/MF/54, Aktennotiz v. 5.8.1970, Punkt 3.

⁷⁵⁵ Bei anderer Gelegenheit (Analyse über die politisch-operative Absicherung des Sektors Transport, Mai 1974) schrieb Harnisch seinem Mitarbeiter Hauptmann Ihmt die Randnotiz:

sich allenfalls verbal auf die grundlegenden Fragen des MfS-Mitarbeiters ein und blieb mit seinen Konsequenzen in eingefahrenen Schemata. Er war in dieser Grenzarbeit nicht aufgewachsen wie Baier. Ihn interessierten vielmehr die Westfirmen mit ihren Möglichkeiten, auch Möglichkeiten, führenden DDR-Politikern nützlich zu sein.

Augenscheinlich kamen aber auch weder aus der SED noch aus der besonders betroffenen KPD Anstöße, die Arbeit der Grenzgruppen weiterzuentwickeln oder sie wenigstens durch Heranbildung von Nachwuchskräften auf einem erreichten Stand zu halten. Die KPD überließ bereitwillig die Verantwortung für den doch zum erheblichen Teil in ihrem Interesse unterhaltenen Apparat der SED, unternahm nichts, um ihre Eigenverantwortung zu reklamieren. Zu einer Grundsatzausprache kam der eigentlich zuständige Willi Mohn erst gar nicht. Die zugestandene Uninformiertheit des statt seiner für die KPD teilnehmenden »Ronald«, der vor allem daran dachte, sich politisch bei den Führungsgremien seiner Partei rückzuversichern, macht das Desinteresse der KPD und die bereitwillige Überlassung der Verantwortung an die SED allzu deutlich.

Dass auch die Grenzarbeit im Laufe der Jahre mehr und mehr an die SED überging, während die Beteiligung der KPD immer geringer wurde, war wohl für die in der Illegalität auch an Kadermangel leidende KPD schwer zu vermeiden. Andererseits widerstand die SED, vor allem in Gestalt des MfS, nur schwer der Versuchung, in die Grenzarbeit einschließlich mancher illegalen Tätigkeit im Westen (Raketentruppe!) mit eigenen Kräften »Ordnung zu bringen«, also im Gefühl ihrer überlegenen Stärke sich selbst in der Bundesrepublik unmittelbar an die Stelle der (illegalen) KPD zu stellen.⁷⁵⁶

Hier kommt besonders deutlich zum Ausdruck, dass Einrichtung und Auftrag des Büros der Leitung (II) durch Mielke im Jahre 1962 mehr war, als die bloße Organisation der »Absicherung« der Abteilung Verkehr und dass Kaphengsts Empörung auslösender Vorwurf »Ihr stellt Euch über die Partei« einen zutreffenden Kern hatte. Das MfS nahm die als ganz unzulänglich empfundene Arbeit der illegalen KPD nur hin, weil sie von der Partei damals so gewünscht war. Nach ihrem Selbstbewusstsein hätte die Staatssicherheit diese Arbeit besser und wirkungsvoller gemacht und, daran ließen Harnisch und seine Mitarbeiter nie einen Zweifel, auch besser organisiert und unterstützt, als es die Abteilung Verkehr tat.

Aus der Sicht des MfS gehörte zu den Unzulänglichkeiten bei den Genossen der illegalen KPD, die die Grenzarbeit machten, auch ein gehöriges Maß an »materieller Inte-

»Pkt. 3 muss konkr[ete] oper[erative] Maßn[ahmen] enthalten, ohne dass wir die Arbeit von VK machen«; BStU, MfS, HA II, Nr. 23568, Bl. 146. Diese Randnotiz charakterisiert ein Dauerproblem von BdL (II) gegenüber der Abteilung VK.

⁷⁵⁶ Selbst Steidl vertrat kurz nach der DKP-Gründung die »Meinung, dass man stärker die Gruppen nicht von der KPD oder sogar von der DKP steuern lassen soll, sondern die muss man einwandfrei durch die SED führen«; BStU, MfS, HA II/MF/49, Aktennotiz v. 4.10.1968, Punkt 4.

ressiertheit«. Dass es das gab, kann kaum überraschen. Es ist ganz und gar menschlich und bei überwiegend in eher bescheidenen Verhältnissen lebenden Personen (die wegen ihrer materiellen Einstellung gerügten »Niels« und »Nero« waren Kraftfahrer bzw. städtischer Arbeiter) gewiss verständlich. Die Reaktion der ZPKK auf Wünsche dieser Leute erscheint insoweit als eine ausgemachte »Etappen-Haltung«.

Wenig verwunderlich ist das eifrige Engagement bei der Raketentruppe, da die ihr gestellte Aufgabe ein Stück Abenteuerlichkeit bot; das vom konspirationsbedachten Chef des BdL (II) gerügte Sich-Brüsten der aus dem Westen zur Ausbildung bestellten Genossen zeigt Stolz und Lust auf das kleine Abenteuer überdeutlich.

Dass bei Angehörigen der Abteilung VK, und nicht nur bei nachgeordneten, auch in diesem Bereich die Korruptionsanfälligkeit durchbrach, bestätigt das Unübersehbare: Der Umgang mit Westgeld und mit Westkontakten war geeignet, ziemlich rasch die sozialistische Erziehung zum »neuen Menschen« um des persönlichen Vorteils willen vergessen zu lassen.

Die SED und ihre Funktionäre haben – wohl dank ihrer intensiven ideologischen Prägung – immer auch praktische Schwierigkeiten im Umgang mit dem »feindlichen« kapitalistischen System gehabt. Zwar hatten sie sich mindestens bereits seit 1947, und dann erst recht seit Einführung der sozialen Marktwirtschaft ab 1948 selbst Gelegenheit verschafft, Erfahrungen mit dem Kapitalismus zu sammeln, da sie die Vorschriften der damals noch »regierenden« Besatzungsmächte über das Verbot wirtschaftlicher Betätigung in den Westzonen penetrant ignorierten. Die Führungskräfte der Abteilung VK des ZK der SED hatten seit Übernahme der Zuständigkeit für die »Westfirmen« 1966 reichlich Gelegenheit, dieses System auf Dienstreisen kennenzulernen. Aber ihre Augen waren offenbar »gehalten, dass sie [es] nicht erkennen«. Sonst hätten sie zum Beispiel kaum auf den Gedanken kommen können, den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft wie ein Volksfrontkomitee zu behandeln, in dem man einen Mann wie den »Nicht-Kommunisten« Oberst a. D. Weber als Galionsfigur präsentierte.

Ein Sektorenleiter sollte sich in einem Volontariat bei der SEW-Zeitung »Die Wahrheit« mit den kapitalistischen Gesetzen vertraut machen, bevor er Geschäftsführer eines in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Parteiunternehmens wurde. Da mochte er zwar mit dieser oder jener Vorschrift oder Gepflogenheit Bekanntschaft machen. Aber bei einem aus dem ZK der SED gesteuerten, nach Bedarf von dort »gefüttert«, also nicht wirklich kostenrechnenden und von seinen Erträgen lebenden Unternehmen konnte man schwerlich lernen, wie man in einem marktwirtschaftlichen System am Markt überlebt.

Dabei waren einige der harten kapitalistischen Gesetze jedenfalls dem MfS-Mann Harnisch so vertraut und verinnerlicht wie der Führung der Abteilung VK: Die Entlassung von mehr als zwei Dritteln der Belegschaft einer Druckerei im Zusammenhang mit der Errichtung eines Parteibetriebes notierte er kommentarlos.

Da wurden Mitarbeiter aus der Parteibürokratie geschickt, die Leitung eines nicht ganz kleinen Druckereibetriebes in der Bundesrepublik zu übernehmen, dessen Mitarbeiter Anspruch auf Zahlung der von der IG Druck ausgehandelten Tarifröhne hatten.

Aber die Leitungsfunktionäre sollten sich zufriedengeben mit den Einkommen, die sie bis dahin in der Parteibürokratie der DDR bekommen hatten und nicht etwa ein 13. Monatsgehalt erwarten, wie ihre Kollegen beim Konkurrenzbetrieb in der Nachbarschaft. Wenig überraschend stellte sich heraus, dass die abgestellten Kader wohl doch noch nicht zur Art des »neuen sozialistischen Menschen« gehören.

Die SED-Bürokratie, die die DKP unübersehbar nicht brauchte, um Standort, Ausstattung, rechtliche Gestaltung und Finanzierung des für ihre Zwecke bestimmten Druckereibetriebes zu bestimmen, überließ es dieser sonst rundum bevormundeten Partei (der man nicht einmal zutraute, einen geeigneten Standort und geeignete Betriebsräume für ihren Druckereibetrieb zu finden, sondern dazu die ortsunkundigen und mit den Behörden am Ort nicht vertrauten Baufachleute aus dem eigenen System losschickte), das Einkommen der leitenden Mitarbeiter dieses Betriebes festzulegen, die, von ihr ausgesucht, nun nicht mehr nach ihren Regeln spielen wollten.

Wo einer von diesen Mitarbeitern die Möglichkeiten der Pressefreiheit in der Bundesrepublik in seinem persönlichen Interesse einzusetzen versuchte, da wollten die Parteifunktionäre solchem Verfahren mit der Methode der aufgenötigten Selbstkritik vor dem Kollektiv beikommen.

Als ein leitender Mitarbeiter die marktwirtschaftlichen Verfahren der Erfolgskontrolle und der Markttransparenz einzusetzen begann, da schaffte sie solche Verfahren mitsamt diesem Mitarbeiter alsbald ab, weil den Vorstellungen der stets auf Konspiration fixierten Funktionäre nichts stärker entgegengesetzt war, als Transparenz und Durchschaubarkeit. Aber, wer im Westen Zuschüsse von der SED forderte, um ihn schließlich reif für den Sozialismus zu machen, dem gestand man zu, was er forderte, ohne ernstzunehmende Kosten- und Erfolgskontrolle.

Das alles sind gewiss keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse über die Denk- und Arbeitsweise der SED und über ihre Westarbeit im Besonderen. Es ist nichts weiter, als die Exemplifizierung immer wieder bestätigt gefundener Erkenntnisse über die ideologisch erzwungene Beschränktheit der DDR-Staatspartei am Objekt »Abteilung Verkehr des ZK der SED«.

Ebenso wenig neu, aber doch der Bestätigung wert ist die selbstverständliche Art und Weise, in der der Parteiapparat »Abteilung Verkehr« Dienste staatlicher Einrichtungen für sich in Anspruch genommen hat oder solche Dienste für ihn eingesetzt wurden. Die staatliche Notenbank der DDR, deren Parteisekretär Devisenbescheinigungen für die Abteilung Verkehr besorgte,⁷⁵⁷ wurde ebenso selbstverständlich in die illegale Finanzierung der DKP einbezogen, wie die DDR-Botschaft in Budapest als Geldumschlagplatz. Da forderte die Abteilung VK bei angespannter Personal-Situation über die Abteilung Sicherheit des ZK Armeeinghörige als Fahrer für KPD-Funktionäre an, und das einzige Bedenken bei dem BdL (II) war, dass diese Fahrer nicht hinreichend sicherheitsüberprüft seien.⁷⁵⁸ Und schließlich wurde dem toten Par-

⁷⁵⁷ BStU, MfS, HA II/MF/50, Aktennotiz v. 22.5.1969, Punkt 3.

⁷⁵⁸ BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 117.

teifunktionär Steidl, der nie eine staatliche Funktion innegehabt hatte und in der Partei nicht einmal ein Wahlamt, eine militärische Ehrenwache gestellt.

Zwar systematisch gleichgelagert, aber doch von anderer Art ist die Zusammenarbeit zwischen dem als staatlicher Apparat konstruierten »Schild und Schwert« der Partei und einer Organisationseinheit dieser Partei, wie sie sich zwischen der Abteilung Verkehr und dem BdL (II) abspielte. Da erscheint das BdL (II) fast wie ein implantierter Kontrollchip der Abteilung Verkehr. In den frühen sechziger bis zu den frühen siebziger Jahren, für die die dichteste Überlieferung vorhanden ist, zeigt sich eine äußerst intensive Kommunikation zwischen den Organisationen. Die Abteilungsleiter, auf der Seite der Abteilung Verkehr oft die Stellvertreter, trafen sich mindestens wöchentlich; auf der Arbeitsebene gab es noch häufigere Gespräche. Jede mit Grenzüberschreitungen verbundene Tätigkeit der Abteilung Verkehr war zwangsläufig mit einer Beteiligung des MfS verbunden, lag also für das Ministerium offen. Alle Objekte, die die Abteilung nutzte und praktisch so gut wie alles, was dort geschah, unterstanden der Sicherheitsüberprüfung des MfS. So war die Art und Weise der Arbeit der Abteilung Verkehr, soweit sie sich nicht außerhalb der DDR abspielte, für das MfS durchsichtig und unterlag seinem korrigierenden, zum Teil auch – dank den kontinuierlichen Analysen des MfS und dem Einbringen der Ergebnisse in die regelmäßige Kommunikation, bei gleichzeitiger in vieler Hinsicht eher schwacher Führungstätigkeit in der Abteilung – steuernden Einfluss. Andererseits verfügte das MfS zugunsten von Mitarbeitern der Abteilung Verkehr über vielfältige staatliche Funktionen, verschaffte ihnen Dienstgrade – und natürlich die zugehörige Ausrüstung – und ihrer jeweiligen Funktion entsprechende Beförderungssämter.

Zwar nahmen die Abteilungsleiter Baier und Steidl und ihre Stellvertreter Cebulla und Kaphengst die Tätigkeit des BdL (II) überwiegend eher widerwillig hin. Ein ernsthafter Versuch sie abzuschütteln, scheint aber nicht stattgefunden zu haben. Dazu war die politische Entscheidung für die »Absicherung« der Abteilung durch das MfS wohl auch zu eindeutig; vielleicht mit der Ausnahme von Kaphengst stand wohl auch die Einsicht in den Nutzen der Tätigkeit des MfS für die Abteilung dagegen.

Unübersehbar sind, neben den Schwächen des Führungspersonals, auch die strukturellen Schwächen der Abteilung, oft spürbar systembedingt, immer wieder verstärkt durch die typischen Probleme konspirativ tätiger Organisationen mit ihren inneren und äußeren Abkapselungen. Es gab keine strukturierte Innenrevision, keine Vorprüfungsstelle, keinen Rechnungshof, die die Arbeit der Abteilung systematisch und regelmäßig kontrolliert hätten; Anzeichen einer systematischen fachlichen Fortbildung der Mitarbeiter sind nicht zu erkennen. Selbst eine geordnete Einnahmen/Ausgaben-Buchführung hat es wohl allenfalls spät und nur für einzelne Tätigkeiten gegeben.

Was Gegenstand einer geordneten Verwaltungsführung hätte sein müssen, wurde in den ideologischen Überbau gehoben und Banales dann als Erfolg politisch-ideologischer Arbeit gefeiert: Die komplette Abteilungsleitung befasste sich im Gespräch mit Harnisch mit der Auswertung des XXIII. Parteitages der KPdSU 1966. Sie loben sich für die diskussionsfreudige letzte Parteiversammlung der Abteilung, bei der

bedeutende Schwächen der Leitungstätigkeit zur Sprache gekommen seien. Möbel seien über den Bedarf gekauft, gekaufte nicht vollständig abgenommen worden, gute Möbel seien in den Gebrauchtwarenhandel gewandert, insgesamt die Gesetze der sozialistischen Ökonomik nicht eingehalten worden.⁷⁵⁹ Mindestens Steidl war durch seine Reisen und seine Verbindungen in das nicht-sozialistische Ausland hinreichend mit den einfachsten Regeln ökonomischen Wirtschaftens vertraut. In seiner Abteilung machte er von solchen Erfahrungen und Kenntnissen keinen Gebrauch.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass eine Dienststelle im obersten Führungsbereich der Partei, mit geheimhaltungsbedürftigen Tätigkeiten betraut, deren Bedeutung immer wieder hervorgehoben wurde, weder vom Politbüro mit hinreichend qualifiziertem Führungspersonal ausgestattet wurde, noch selbst, trotz der »Betreuung« durch das BdL (II) des MfS, eine Personalpolitik betrieb, die für qualifizierte Aufgabenerfüllung Gewähr bieten konnte.

Auf der anderen Seite zeigt die Untersuchung der Arbeit der Abteilung Verkehr einmal mehr die Breite der »Westarbeit« des SED-Regimes. Das Bekanntwerden des Umfangs einerseits und vieler Einzelheiten der Spionagetätigkeit des MfS andererseits hat den Blick vielleicht allzu stark auf diese Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland fokussiert. Der intensive und anhaltende Versuch, mit Hilfe der KPD, später der DKP und einer Reihe weiterer Parteien und Organisationen, von denen hier fast nur die DFU in den Blick getreten ist, politischen Einfluss in der Bundesrepublik zu gewinnen, sollte demgegenüber nicht geringgeschätzt werden, gleichgültig, als wie erfolgreich man ihn einschätzt. An diesem Versuch war die Abteilung Verkehr materiell stark beteiligt. Sie hat dabei die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland bewusst – der vielfache Gebrauch des Attributs »illegal« bei ihren verschiedenen Aktivitäten bis hin zum Betrieb einer eigenen Dokumentenfälscherwerkstatt zeigt das deutlich – verletzt, wo immer sie ihrer Arbeit und ihren Zielen im Wege stand.

Übersehen werden darf auch nicht, dass an dieser Arbeit der Abteilung Verkehr wiederum das Ministerium für Staatssicherheit umfangreich beteiligt war, durch Rat und Tat, durch Bereitstellung von Ausrüstungen, durch Dienstleistungen an der innerdeutschen Grenze, durch die Unterstützung bei der Entwicklung der Propagandaraketen, durch die Absicherung ihrer Arbeit.

Bemerkenswert ist, dass zwar einerseits einige Mitarbeiter der Abteilung sich vorbehaltlos, auch gegen den erkennbaren Willen ihrer Vorgesetzten, dem MfS für die Beschaffung von Informationen auch aus der eigenen Dienststelle zur Verfügung stellten. Andererseits ist aber die über bloße innere Reserve zum Teil weit hinausgehende Haltung der Mehrzahl der führenden Mitarbeiter der Abteilung Verkehr gegenüber dem MfS unübersehbar, beim stellvertretenden Abteilungsleiter Kaphengst mit dem Vorwurf »Ihr stellt euch über die Partei«, beim Abteilungsleiter Steidl, wenn auch in seiner früheren Dienststelle beim FDGB, mit der Androhung von Waffengewalt gegenüber Mitarbeitern, die sich dem MfS zur Verfügung stellen.

⁷⁵⁹ BStU, MfS, HA II/MF/44, Aktennotiz v. 25.5.1966, Punkt 1.

Im MfS zeigen sich entsprechend heftige Reaktionen bis hin zur Bezeichnung von Mitarbeitern der Abteilung als »feindliche Kräfte« – eine Einordnung, von der unterdessen bekannt ist, zu welchen bösen Konsequenzen sie gegenüber den Betroffenen führen konnte. Westliche Reaktionen auf die Tätigkeit der Abteilung Verkehr und des sie unterstützenden MfS waren allezeit leise, wenn nicht unhörbar.

Schon 1949 fanden die Mitarbeiter des US-Nachrichtendienstes CIC: »Es ist nicht ohne Ironie, dass trotz der recht genauen Kenntnis über das Kuriersystem und obwohl dessen Potenziale gut abschätzbar sind, sich nur wenige Zugriffsmöglichkeiten dagegen bieten.« Schon da war die Scheu vor dem Vorwurf der »Kommunistenverfolgung« ein wesentliches Motiv für das Vermeiden solcher Zugriffe. Gleichzeitig gingen aber erkennbar schon die Amerikaner mit dem Gedanken an ein Parteiverbot gegen die KPD um, das ein paar Jahre später die erste Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Konrad Adenauer mit amerikanischem Wohlwollen beantragte.

Fast irritierend defensiv ging nach dem 1956 vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbot der KPD die Bundesregierung mit der kommunistischen Agitation gegen dieses Verbot und die anschließenden Strafverfahren gegen Kommunisten um, die diesem Verbot zuwiderhandelten. Ungeachtet der breiten, über das kommunistische Lager beträchtlich hinausreichenden Resonanz dieser Agitation wurde zwar die Strafverfolgung von Kommunisten mehr als zehn Jahre hindurch betrieben. Gleichzeitig blieb aber die öffentliche Aufklärung über die Westarbeit der SED mit Hilfe ihres Interventionsapparates so dürftig wie blass (dabei spielte anscheinend die jeweilige parteipolitische Konstellation in der Bundesrepublik und ihren Ländern keine Rolle).⁷⁶⁰ Auch ohne Preisgabe von Quellen wäre da sicher weit mehr möglich gewesen und hätte die Bundesrepublik womöglich aus ihrer anhaltenden propagandistischen Verteidigungsstellung ein Stück weit befreien können. Aber nicht einmal die internen vertraulichen Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die allerdings immer noch eine recht breite Streuung bei Dienststellen von Bund und Ländern hatten, liefern da spürbar mehr an Information. In den immerhin etwa acht Seiten über »DDR-Aktivität gegen die BRD« im »Bericht über linksradikale Bestrebungen im Jahre 1970« findet sich zwar die Westkommission des ZK der SED erwähnt, auch von der Westarbeit des FDGB ist die Rede. Die Abteilung Verkehr des ZK der SED kommt mit keinem Wort vor, auch nicht ihre Arbeit.⁷⁶¹ Das kann nicht in erster Linie an feh-

⁷⁶⁰ Ein langjähriger führender Mitarbeiter des Aufgabenbereichs »Innere Sicherheit« im Bundesinnenministerium teilte dem Verfasser mit, er könne sich nicht erinnern, dass die Frage einer breiteren Berichterstattung über die Abteilung Verkehr jemals erörtert worden wäre.

⁷⁶¹ BAarch B 443/559, S. 43–51, in dem genannten Bericht. Dass das Laufenlassen der Geldkuriere problematisch war, empfanden offenbar auch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Einer von ihnen nannte das »konzessionierten Hochverrat«. Andere fragten skeptisch, was man denn strafrechtlich jemandem habe vorwerfen wollen, der mit 150 000 DM in der Tasche aus der DDR kam. Vgl. dazu die Zeugenaussage Ahrend; Deutscher Bundestag, 12. WP, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG (KoKo-Untersuchungsausschuss), 2271-8, Protokoll Nr. 158, 28.10.1993, S. 189–294.

lenden Informationen gelegen haben. So waren etwa die Kenntnisse über den Kurierapparat sehr weitreichend, wie spätestens die an den KoKo-Untersuchungsausschuss gegebenen Auskünfte zeigten. Auch das Bemühen um Quellenschutz kann nicht entscheidend gewesen sein; einerseits besaß das Bundesamt für Verfassungsschutz alle die handwerklichen Fähigkeiten, Öffentlichkeitsarbeit mit Quellenschutz zu vereinbaren, andererseits hätte es dann auch nicht die gelegentlichen, relativ genauen Hintergrundinformationen, vor allem des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, für Journalisten zu den Geldtransporten geben dürfen.

Was aus der eigenen Betrachtung der DDR – die die Bundesrepublik Deutschland als Ausland betrachtete – massive Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Staates war, blieb aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland ein innerdeutsches Problem, das alle Bundesregierungen mit großer Zurückhaltung behandelten. Allerdings wird man gerade die Zurückhaltung bei der Veröffentlichung der Erkenntnisse über illegale Aktivitäten der SED auch unter dem Gesichtspunkt zu sehen haben, dass das Öffentlichmachen zwangsläufig ein Einschreiten der dem Legalitätsprinzip unterliegenden Staatsanwaltschaften hätte auslösen müssen. Das wollten allem Anschein nach alle Bundesregierungen spätestens seit der Großen Koalition vermeiden. Das mag auch damit zu tun haben, dass im Umfeld des Verbotsverfahrens gegen die KPD und der Folgeentscheidungen von Verwaltungen und Strafjustiz nach dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts die Unterstützung der KPD mit großer Härte verfolgt worden war. Diese Strafverfolgung hatte schon bald in der Öffentlichkeit so wenige Unterstützer – »Verfassungsschutz durch Aufklärung« wurde erst sehr viel später eine Option –, dass es nach den heftigen Diskussionen über das politische Strafrecht in den sechziger Jahren und den folgenden Strafrechtsreformen eine verbreitete Tendenz gab, sich nicht noch einmal in Maßnahmen zu verwickeln, die – mit wie viel Berechtigung auch immer – in weiten Kreisen der Bevölkerung als politische Verfolgung kritisiert worden waren.

Ähnliche Zurückhaltung wurde offenbar auch gegenüber den Finanzbehörden geübt. Der DKP-Funktionär Josef Mallmann, lange Geschäftsführer der für die Partei tätigen Druckerei Plambeck & Co. in Neuss, bestritt vor dem KoKo-Untersuchungsausschuss jede Kenntnis der SED-Finanzierung seines Hauses mit hohen Millionenbeträgen unter anderem mit der wohl zutreffenden Erklärung, das Finanzamt habe sein Unternehmen stets ohne Beanstandungen geprüft.⁷⁶² Wo es in einzelnen Fällen zu Beanstandungen der Finanzbehörden gegenüber Westfirmen kam, wie bei der Firma Nolte oder bei Hamburger Unternehmen, waren sie durch offenkundige Unregelmäßigkeiten im Geschäftsbetrieb, nicht erkennbar durch Weitergabe von Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden begründet.

⁷⁶² Vernehmung am 10.11.1993; vgl. Woche im Bundestag (wib) 21/93 – IX/347 v. 18.11.1993. Mallmann hatte während der Illegalität der Partei zeitweise beim Sender 904 gearbeitet; vgl. Anm. 227.

Anhang

Editorische Vorbemerkung

Aus Datenschutzgründen wurden in den Dokumenten einige Namen durch pseudonymische Buchstaben ersetzt. Die in den Originalen vorhandenen Rechtschreib- und Interpunktionsfehler wurden aus Gründen der besseren Lesbarkeit stillschweigend bereinigt. Gleiches gilt für kleinere Grammatikfehler.

In eckige Klammern gesetzte Dokumententitel wurden sinngemäß gebildet, Hervorhebungen im Original kursiv gesetzt.

Dokumentenverzeichnis und Dokumente

Nr.	Titel	Seite
1	Intelligence Report Nr. 27402 BArch Z45F/7/32-3/56 / CIC – Bericht März 1949	
1 a	[Dokument im englischen Original-Wortlaut]	214
1 b	[Übersetzung]	215
2	[Untersuchung gegen die Schleuser Endres/Leidenheimer aus dem Saargebiet durch das ZK und die ZPKK der SED, unterstützt durch das MfS, in der Zeit von April bis August 1952, wegen des Verlustes illegaler griechischer Genossen, ausgewählte Protokolle, Vermerke und Verfügungen] BStU, MfS, AU 201/52	
2 a	Abschrift [Darstellung des Sachverhalts durch »Louis« (G. Endres) und ergänzender Bericht Grete Keilsons über die Mitteilung des Leiters der Kaderabteilung der KPF wegen der in Haft geratenen griechischen Genossen], Bl. 20–35	270
2 b	Bericht [des Mitarbeiters der Zentralen Parteikontrollkommission, August Stötzel, über das Ereignis, seine Überprüfung und die Entscheidungsalternativen], Bl. 145–149	284
2 c	Vernehmungs-Protokoll des Häftlings Leidenheimer, Georg, Bl. 164–172	288
2 d	Entlassungsbeschluss Georg Leidenheimer, Bl. 237	299
2 e	Entlassungsbeschluss Gustav Endres, Bl. 238	300
2 f	Mitteilung, Bl. 236	301
2 g	Notizen von Gustav Endres über die von ihm eingerichteten Übergangsstellen »vom Saargebiet nach W.D.«	302–304

Dokument 1 a

11. März 1949

Intelligence Report Nr. 27402

[Grundlage der Wiedergabe ist ein Ausdruck des verficthen Originals aus dem Bundesarchiv Koblenz. Die originale englische Orthographie wurde beibehalten.

Erkennbar falsch geschriebene Namen identifizierter Orte und Personen werden berichtigt. In einer Fußnote wird die ursprüngliche Schreibweise festgehalten. Bei nicht identifizierten Personen wird in gleicher Weise berichtigt, wenn entgegen deutscher Übung Umlaute aufgelöst sind oder wenn sonst die korrigierte Schreibweise mit überwiegender Wahrscheinlichkeit angesichts der Gebräuchlichkeit oder Ungebräuchlichkeit von Namen naheliegt. Bei verbleibenden Zweifeln ist in [...] ein Fragezeichen gesetzt.

Die Angabe der »REPORT NO«, der Seite und des Geheimvermerks wird im Folgenden ausgelassen; ebenso der auf jedem Blatt wiederholte Hinweis auf die Bedeutung der Geheimhaltung sowie der Deklassifizierungsvermerk.]

DECLASSIFIED E.O. 11652 SEC. 3(E) AND 5(D) CR (E) NNDG # 775045

DID NO 3344.0101 [SECRET]

RZPO D R-F&A/54749 WDGS – INTELLIGENCE REPORT Nr. 27402

SUBJECT: Courier Activity of the KPD

FROM: HQ EUCOM REFERENCES: –

EVALUATION: B-2 DATE OF INFORMATION: 1948–1949

DATE OF REPORT: 11 March 1949

INCL.: – PREPARED BY: Margaret Scott

SOURCE: 7970 CIC Gp (GerInf)¹

SUMMARY OF THIS REPORT

The problem of effective and secure communication between installations of the KPD and the SED has been met by the evolution of a courier system which has become effective in securing transmission of »classified« material and propaganda. The courier system is used as an adjunct to the more limited postal and telephone services, and is supplemented by the use of Instruktors and travelling local functionaries.

Before the establishment of the Dreizonenvorstand in Frankfurt, the system of communication was organized on a local basis, but recently, there has been increasing evidence of centralisation, communication tending to concentrate between Laender within a Zone, between the West Zone and between Frankfurt and Berlin.

¹ WDGS – War Department General Staff; HQ EUCOM – Headquarters European Command; CIC Gp (GerInf) – Counter Intelligence Corps Group (German Information).

Dokument 1 b

11. März 1949

Nachrichtendienst-Bericht Nr. 27402

[In Ermangelung einer amtlichen Übersetzung wird eine vom Autor gefertigte, in Teilen schon für den oben angegebenen Beitrag in der Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat verwendete Übersetzung wiedergegeben. Formale Textteile, die nur die Klassifizierung des Textes erläutern, werden in der Übersetzung weggelassen. Im Original deutsche Wörter sind kursiv geschrieben. Umlaute in solchen Wörtern werden ä, ö, ü geschrieben soweit nicht bei Namen auch die originale deutsche Schreibung ae, oe, ue sein kann. Anführungszeichen im Original werden in die Übersetzung übernommen. Die wiederholten Variationen im Tempus werden beibehalten.]

Geheim [Einstufung aufgehoben, Aktenzeichen der Aufhebungsverfügung]

Land: Deutschland

Aktenzeichen 3344.0101

Bericht Nr. R-F&A/54/49

WDGS Nachrichtendienst-Bericht Nr. 27402

Betr.: Kurier-Aktivitäten der KPD

Von: HQ EUCOM

Bezug:

Bewertung: B-2 Zeitraum der Informationen: 1948–1949

Datum des Berichts: 11. März 1949

Anl.: Erarbeitet von: Margaret Scott

Quelle: 7970 CIC Gp (GerInft)¹

ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS

Dem Problem effektiver und sicherer Kommunikation zwischen Einrichtungen der KPD und der SED wurde mit dem Ausbau eines Kuriersystems begegnet, das mit Erfolg die Übermittlung »klassifizierten« Materials und von Propagandaschriften sichergestellt hat. Das Kuriersystem wird ergänzend zu den begrenzter nutzbaren Diensten von Post und Telefon benutzt. Es wird ergänzt durch den Einsatz von *Instrukteuren* und reisenden örtlichen Funktionären.

Vor der Einrichtung des *Dreizonenvorstandes* in Frankfurt war das Kommunikationssystem lokal organisiert. In jüngerer Zeit haben sich zunehmende Beweise für eine Zentralisierung ergeben, wobei sich eine zunehmende Konzentration auf die Kommunikation innerhalb der Länder einer Besatzungszone, zwischen den westlichen Besatzungszonen und zwischen Frankfurt und Berlin abzeichnet.

With the loosening of border controls, intra-zone communication and communication between the Western installations has become a relatively simple matter. Inter-zone communication between the Western Zones and the Soviet Zone relies largely on the use of couriers crossing the borders illegally. The recent centralisation has served to tighten and channel Western communication with the Soviet Zone into a more effective organization generally through Frankfurt.

Description of the more frequently used and better known illegal crossing points and the organisation existing at these points including names or important personalities connected with the system and the use of various Anlaufstellungen (or resting places) located at these points. Inter-zonal runs are simplified by division into broad categories, communication with the Russian Zone from Frankfurt, as the focal point, and communication between the Western Zones and Berlin.

Some description of embryonic international courier system and the connected personalities.

It is to be emphasized that the courier system is potentially dangerous in that it may eventually become an adjunct of the Russian Intelligence Service. Frequently, the couriers are used to transmit written material, primarily, but there is nothing to preclude an eventual transmission of arms and weapons and other related material.

Although the organization and the importance of this network is well-known, it remains a difficult problem to control. Outright arrests might easily give rise to complaints of »persecution«, and it is suggested that presently, the most effective means of control is through the subverting of agents and the more stringent use of border controls and supervision.

The division of Germany, into Eastern and Western Zones, and the geographical separation of various party headquarters, coupled with the defensive position occupied by the KPD in the Western Zones, early created a problem of provisions for secure communication. Use of the ordinary channels of communication such as mail and telephone services, was hazardous, in view of the close surveillance maintained on KPD activities. This problem of effective, secure communication has been met by the evolution of a »courier« system, which has become an important means of transmitting »classified« messages and correspondence and an aid in the dissemination of propaganda.

Mit der Lockerung der Grenzkontrollen ist die Kommunikation innerhalb einer Besatzungszone und die zwischen Einrichtungen im Westen recht problemlos geworden. Interzonen-Kommunikation zwischen den Westzonen und der Sowjetzone beruht weitgehend auf der Inanspruchnahme von Kurieren, die die Grenze illegal überqueren. Die kürzlich vorgenommene Zentralisierung hat dazu gedient, die Kommunikation vom Westen in die Sowjetzone so zu verdichten und zu kanalisieren, daß sie effektiver organisiert ist und im allgemeinen über Frankfurt läuft.

Beschreibung der häufiger benutzten und besser bekannten Orte für illegale Grenzpassagen und der dort bestehenden Organisation, einschließlich der Namen der in diesem Zusammenhang wichtigen Personen und der Nutzung verschiedener *Anlaufstellen*, die sich an diesen Orten befinden oder Wartepunkte im Bereich dieser Stellen. Interzonenwege werden vereinfacht dargestellt durch Einteilung in umfassende Kategorien, einmal Kommunikation mit der Russischen Zone von Frankfurt aus als Brennpunkt und zum anderen Kommunikation zwischen den Westzonen und Berlin.

Knappe Beschreibung des noch in den Anfängen steckenden internationalen Kuriersystems und der damit befaßten Personen.

Es ist darauf hinzuweisen, daß das Kurier-System insofern potentiell gefährlich ist, als es sich womöglich zu einem Bestandteil des Russischen Nachrichtendienstes entwickeln könnte. Gegenwärtig werden die Kurier eingesetzt, um in erster Linie Schriftmaterial zu transportieren; aber ein künftiger Transport von Waffen und verwandtem Material läßt sich keineswegs ausschließen.

Obwohl gute Kenntnisse über die Organisation und die Bedeutung des Netzwerks vorliegen, ist es doch schwer zu kontrollieren. Ständige Festnahmen könnten Anlaß zu Beschwerden über »Verfolgungsmaßnahmen« geben. Deshalb erscheinen gegenwärtig die Gewinnung von Agenten und eine konsequentere Grenzkontrolle und Überwachung als die effektivsten Kontrollmöglichkeiten.

Die Teilung Deutschlands in westliche und östliche Besatzungszonen und die räumliche Trennung verschiedener Parteizentralen zusammen mit der eher defensiv ausgerichteten Stellung der KPD in den Westzonen war bald Auslöser von Vorkehrungen für ein sicheres Kommunikations-System. Die Benutzung der normalen Kommunikationswege wie Post und Telefon war angesichts der intensiven Überwachung der Tätigkeiten der KPD bald gefährlich. Diesem Problem effektiver und sicherer Kommunikation begegnete man mit dem Aufbau eines »Kurier«-Systems, das sich inzwischen zu einem wichtigen Mittel der Beförderung »geheimer« Nachrichten und Schriftwechsel entwickelt hat und zu einer Hilfe bei der Verteilung von Propagandamaterial.

Certainly, the KPD maintains other means of »keeping in touch«. The courier service does not wholly supplant usage of the postal or telephone services, but insofar as possible, the use of these channels is restricted. There is some evidence of a telephone relay point in Munich where information between points in the United States and French Zones is relayed, but even this is essentially a supplement to the courier system which effects the initial transmission of material between these zones.

As a general rule, Communist functionaries when using a telephone are very guarded in their remarks and resort to considerable »double talk« to camouflage their conversation. On many occasions functionaries have been overheard interjecting a word of warning with respect to discussing a particular subject. Likewise, the postal service is used to send communications which are not classified in the eyes of the party. Another consideration in both of these cases is the cost involved.

There is, too, some evidence that points to a very embryonic development of radio communication. One informant points to the possible training of radio technicians by one August Ströheim² of Esslingen. It is possible that this group, consisting of 30 KPD members, may operate a radio transmitter. There is, however, no further information available with respect to radio activity and it would seem that at this time, use of radio short wave is negligible at best. In sum, routine communication is presently effected primarily by means of couriers, although travelling functionaries supplement the system by carrying more important material.

The current trend towards increased centralization of the Party organization has had its effect on the courier service, and is particularly important in view of the potential use to which a highly centralized service of this type could be put. Although as yet in its initial stage, its importance in the event of outlawing of the KPD in the Western Zones, cannot be overlooked. Presently, couriers are primarily used as messengers and as media for spreading propaganda, but there is no end to the possibilities of material which a well-organized courier-service might eventually transmit. Although thus far, the chief items seem to be routine communications, instructions and propaganda material, there is nothing to bar the possibility of the concurrent transportation of arms, weapons and intelligence data, by well-trained couriers.

² Im Original: Stroheim.

Selbstverständlich verfügt die KPD auch über andere Mittel, um »Verbindung zu halten«. Die Kurierdienste ersetzen die Benutzung von Post und Telefon nicht vollständig. Aber diese Benutzung wird in möglichst engen Grenzen gehalten. Es gibt einige Hinweise auf eine Telefon-Schaltstelle in München. Dorthin werden Informationen aus der amerikanischen und aus der französischen Zone gesteuert. Aber auch dieses Verfahren ergänzt hauptsächlich das Kurier-System, über das in erster Linie die Beförderung von Material zwischen diesen beiden Zonen läuft.

Ganz allgemein verhalten sich kommunistische Funktionäre sehr vorsichtig beim Telefonieren und greifen vielfach zu einer zweideutigen Sprache, um den Gegenstand ihres Gesprächs zu verdecken. Häufig wird festgestellt, daß Funktionäre im Hinblick auf die Erörterung bestimmter Gegenstände im Gespräch ein warnendes Stichwort einwerfen. Entsprechend wird die Post für den Versand solcher Sendungen in Anspruch genommen, die in den Augen der Partei nicht geheim sind. Im übrigen spielen in diesen beiden Fällen offenbar auch die Kosten eine Rolle.

Es gibt im übrigen auch einige Hinweise auf noch in den Anfängen steckende Funkverbindungen. Ein Informant liefert Hinweise auf ein mögliches Training für Funktechniker durch August Ströheim², Esslingen. Es ist möglich, daß diese Gruppe aus etwa 30 KPD-Mitgliedern eine Funkstation betreibt. Es gibt allerdings keine weitere Information über Funkverkehr, und die Nutzung von Kurzwellenverkehr scheint bisher vernachlässigbar zu sein. Zusammengefaßt also: Routinekommunikation läuft gegenwärtig hauptsächlich über Kuriere, obwohl reisende Funktionäre dieses System vor allem bei Beförderung wichtigeren Materials unterstützen.

Der gegenwärtige Trend zu stärkerer Zentralisierung der Parteiorganisation hat Auswirkungen auf die Kurierdienste gezeigt. Er scheint besonders wichtig im Hinblick auf eventuelle künftige Nutzungen, für die eine solche stark zentralisierte Einrichtung eingesetzt werden könnte. Allerdings läßt sich im gegenwärtigen Frühzustand des Systems noch nicht überblicken, welche Bedeutung es im Falle eines KPD-Verbots gewinnen könnte. Derzeit werden die Kuriere in erster Linie als Boten und für die Verbreitung von Propagandamaterial eingesetzt, aber die Art der Materialien, die ein gut organisierter Kurierdienst transportieren könnte, ist praktisch unbegrenzt. Zwar scheinen bisher die Besorgung der Routine-Kommunikation, von Instruktionen und Propagandamaterial die Haupttätigkeit zu sein. Aber die Möglichkeit des gleichzeitigen Transports von Waffen und Waffenmaterial sowie von nachrichtendienstlichen Informationen durch gut ausgebildete Kuriere ist keinesfalls auszuschließen.

Inasmuch as the prime function of this system is to effect communication between party installations, it must, by necessity, be constructed along those lines best reflecting the organization of the KPD itself. Per se, the problem is allied to one of organization, and this was always recognized by the KPD.³ Until the reorganization of the party in April⁴, the security of the courier net was generally the function of the various Organisationsleiter of the Laender. Latterly, however, with indirected centralization of party control, and the resulting tighter channeling of communication, there has been evidence of increased control over the courier system, centering in the Organizations Department of the Central Secretariat of the SED. Within the Secretariat are various functioning departments or units, one being the »Organization Department«.

Technically a part of this office, but actually an independent department, is a division known as »Stahlmann's Office« which is under the direct supervision of Franz Dahlem.

This unit is the technical party machine maintaining contact with the KPD in Western Germany, and is apparently in charge of all illegal border crossing activity, including the courier service. Stahlmann is responsible for integrating and coordinating communication between the zones. It is believed that prior to the April reorganization, each KPD Landesleitung was in communication with Stahlmann's office, but with the creation of the new Westzonenvorstand, headquartered in Frankfurt, it is suspected that individual Land communications will be supplanted by the central West Zone contact point, Frankfurt. Furthermore, there is evidence of increasing organization in Stahlmann's department itself, pointing perhaps, to a more tightly controlled and more ambitious courier service. Latterly, the Department has procured a fleet of automobiles and trucks and a staff of chauffeurs which are directly under Stahlmann's control. Further, a message center (Poststelle) has been established, and Stahlmann is known to have made many recent trips to provincial SED headquarters and illegal border crossing points. Finally, it is reported that a new system of identifying important couriers by some control description or number has been initiated, and that those are now registered centrally with Stahlmann's department.

³ Es erscheint charakteristisch, dass die Bedeutung der Organisationsfrage, die bürgerliche Politik traditionell in ihrer Einschätzung von Kaderparteien unterbewertet, vom Nachrichtendienst aus dessen militärischer Sichtweise klar gesehen wird.

⁴ Zu ergänzen: 1948.

Insofern die Hauptfunktion des Systems ist, Kommunikation zwischen Einrichtungen der Partei zu gewährleisten, muß es notwendigerweise so eingerichtet sein, wie es der Parteiorganisation der KPD am besten entspricht. Das Problem hängt seiner Natur nach mit der Frage der Organisation zusammen, und das hat die KPD auch stets so gesehen.³ Bis zur Reorganisation der Partei im April⁴ war die Sicherstellung des Kuriernetzes im allgemeinen Aufgabe der verschiedenen Organisationsleiter der *Länder*. Neuerdings jedoch, mit Zentralisierung der Parteikontrolle und der daraus resultierenden stärkeren Kanalisierung der Kommunikation, haben sich auch Hinweise auf eine stärkere Kontrolle des Kurier-Systems ergeben, die in der Organisationsabteilung des Zentralsekretariats der SED gebündelt wurde. Innerhalb des Sekretariats werden verschiedene Abteilungen oder Organisationseinheiten unterhalten, darunter die »OrgAbteilung«.

Technisch ein Teil dieser Einheit, tatsächlich eine selbständige Abteilung ist eine Einrichtung, die als »Büro Stahlmann« bekannt ist und der direkten Aufsicht von Franz Dahlem untersteht.

Diese Einrichtung ist der technische Apparat der Partei, der die Verbindung zur KPD in Westdeutschland besorgt. Ihm obliegt offenkundig der gesamte illegale Grenzverkehr, einschließlich der Kurier-Dienste. Stahlmann ist zuständig für die Zusammenfassung und Koordination der Kommunikation zwischen den Besatzungszonen. Es ist anzunehmen, daß vor der Reorganisation im April jede KPD-*Landesleitung* die Verbindung zum Büro Stahlmann hielt. Dagegen scheint es so zu sein, daß mit der Schaffung des neuen *Westzonen-Vorstands* mit Sitz in Frankfurt die individuellen Landweg-Verbindungen durch die zentrale Kontaktstelle Frankfurt für die Westzonen ersetzt werden. Weiterhin gibt es Hinweise auf einen Ausbau des Büros Stahlmann, der möglicherweise auf eine intensivere Kontrolle und einen noch stärkeren Ausbau des Kurier-Systems hindeutet. Das Büro hat kürzlich eine Flotte von Pkw und Lkw samt Chauffeuren aufgebaut, die unmittelbar unter Stahlmanns Aufsicht eingesetzt werden. Weiterhin wurde eine *Poststelle* eingerichtet, und es ist bekannt, daß Stahlmann kürzlich eine Reihe von Reisen zu den lokalen Vorständen der SED und zu den illegalen Grenzpunkten unternommen hat. Schließlich wird berichtet, daß ein neues Identifizierungssystem für wichtige Kurierere mittels einer Art Kontrollbeschreibung oder -nummer eingeführt worden sei, die zentral im Büro Stahlmann registriert ist.

Prior to the April reorganization, selection of couriers and methods of travel varied with the nature of the problem or type of communication. On Bezirk and Kreis levels, there was little specific designation of couriers and generally, key officials or trusted party members performed the necessary courier duties in the course of their travels between installations. Since April, however, the tendency towards centralization has probably eliminated most of the lower levels of communication, designating the respective Laender as focal points. On the intra-zone sphere, Instruktors from a Land to the Kreise probably serve to transmit material. As far as inter-zone travel is concerned, there will doubtless be no level of communication below the Land.

At the Land level, it was always true that although some of the courier activity was carried out by casual travellers, the bulk of such activity was performed by certain individuals designated as full time couriers, either on the intra or inter-zone basis. »Professional« couriers are those having definite routine assignments and generally receiving small salaries and expenses. Generally, the Laender varied the missions of their couriers and these rotated from intra to inter-zone »runs« in order to minimize penetration.

In the selection of these so-called »couriers« there has been no evidence of any special training. It was reported at one time that the SED had in formulation plans for an orientation school where trusted KPD members would be trained as professional couriers.⁵ No confirmation has been received respecting any such organization, and it is to be assumed that the selection of couriers continues to be based on local practice. Despite this fact, however, some over-all pattern is found in the selection of »professional« couriers or rather, in the type of individual performing courier missions. Generally, the courier is picked from the ranks of the KPD. Old members (preferably pre-1933) are preferred. These members are generally well known within the party and their family history is carefully checked, preference being given to those from older KPD families. In addition, the party makes a careful loyalty check before actual assignments are given a courier. There is also some indication that members from the Eastern Zones or those bearing identity cards from Balkan countries are preferred, but there is little concrete data to support this.

⁵ Nach Auskunft von Dr. Ing. H. Gundlach, Bad Sachsa, an den Verfasser hat es tatsächlich 1950 in Nordhausen eine Gruppe von Angehörigen der Volkspolizei (Grenzpolizei) unter dem inoffiziellen Namen »Jonny-Trupp« oder »Rat der Götter« gegeben, die im Hotel »Schweizer Haus« in Nordhausen-Krimderode in Schulungen durch Stasi-Mitarbeiter für die Tätigkeit als Schleuser ausgebildet wurde.

Vor der Reorganisierung im April waren die Auswahl der Kuriere und die Reise-prozedur abhängig von der jeweiligen Aufgabenstellung und Kommunikationsart. Auf *Bezirks-* und *Kreisebene* gab es kaum spezifische Zuordnungen von Kurieren. Im allgemeinen übernahmen wichtige Funktionäre und vertrauenswürdige Parteimitglieder die jeweiligen Kurieraufgaben im Rahmen von Fahrten zwischen Einrichtungen der Partei. Seit April nun sind der Zentralisierungstendenz die meisten Verbindungen auf unterer Ebene zugunsten der entsprechenden Landessammelstellen zum Opfer gefallen. Innerhalb einer Besatzungszone übernehmen wohl *Instrukteure* den Materialtransport von einem *Land* in die *Kreise*. Im Interzonenverkehr gibt es zweifellos keine Kommunikation unterhalb der Landesebene.

Auf der Landesebene gab es zwar schon immer Kurierverkehr mittels Gelegenheitsreisender. Aber die Masse der Transporte, seien sie inner-zonal oder zwischen-zonal, wurde durch bestimmte als Vollzeit-Kuriere arbeitende Personen abgewickelt. »Professionelle« Kuriere sind solche, die bestimmte Routen bedienen und eine kleine Entlohnung und Auslagenersatz erhalten. Grundsätzlich veränderten die *Länder* immer wieder die Aufträge ihrer Kuriere und ließen diese zwischen inner-zonalen und zwischen-zonalen »Läufen« rotieren, um das Risiko gegnerischen Eindringens in das System zu minimieren.

Bei der Auswahl dieser sogenannten »Kuriere« gab es keine Hinweise auf eine besondere Ausbildung. Einmal wurde berichtet, die SED arbeite an Plänen für eine Schule, wo vertrauenswürdige KPD-Mitglieder zu professionellen Kurieren ausgebildet werden sollten.⁵ Es hat aber bisher keine Bestätigung für die Existenz einer solchen Einrichtung gegeben, und es ist anzunehmen, daß die Kuriere weiterhin örtlich ausgewählt werden. Dennoch findet sich insgesamt ein Muster für die Auswahl »professioneller« Kuriere oder, besser, in der Art der individuellen Erledigung von Kurieraufträgen. Grundsätzlich werden als Kuriere Mitglieder der KPD eingesetzt. Altmitglieder (vorzugsweise vor 1933) werden bevorzugt. Solche Mitglieder sind grundsätzlich innerhalb der Partei gut bekannt; ihre Familiengeschichte ist sorgfältig überprüft. Dabei werden Mitglieder alter KPD-Familien bevorzugt. Zusätzlich wird vor Aufnahme in den Kurierdienst durch die Partei die Loyalität noch einmal sorgfältig geprüft. Ohne, daß sich das zuverlässig belegen ließe, gibt es Hinweise, daß Parteimitglieder aus der Ostzone oder solche mit Ausweisen von Balkan-Staaten bevorzugt eingesetzt werden.

»Professional« couriers, as such, fall into two general categories: those travelling within a Zone, and those crossing the borders between Zones. Patently, the problem affecting the different types of »runs«, whether intra or inter-zonal, vary markedly and it is for this reason that different procedures und practices have evolved, depending on the nature of the assignment.

INTRA ZONE ASSIGNMENT

Communications on the intra-zone basis have always presented a relatively simple problem concerned chiefly with effective organization, whereas inter-zone communication must deal with the added burden of evolving methods for crossing various borders. Formerly, intra-zone communication existed between the various Kreise, Bezirksleitungen and Laender within a zone. Most of this activity was carried on by functionaries from the respective Kreise, although there were several »professional« couriers from Kreise to Land headquarters where courier termini existed. The form of communication was occasionally oral but more generally in the form of circular letter (or Rundschreiben) and communications were propelled through the use of various Poststellen, generally located at a Land headquarters. For example, the Poststelle in Munich employs four persons, and messengers are sent to the Poststelle on Galeriestrasse 31, twice a day to deliver and fetch mail. Couriers from other Laender pick up mail here, whereas mail destined for Munich is delivered to Ernst Gall at the Landesleitung and he in turn makes further distribution. In Stuttgart, the Poststelle is in charge of one Julius Schätzle⁶, Orgleiter of the KPD Landesleitung. A courier enters the message center by presenting his Kennkarte, if his arrival is expected. Otherwise the courier must also present his KPD membership card. Certain mail boxes are designated for each Kreis under the Landesleitung for correspondance of a »general« nature, such as pamphlets, posters and mimeographed material. Another series of mail boxes serves to house all inter-office correspondance between installations. The mail is written on paper without letter head and, generally, correspondance from Laender to Kreise bears no signature, to protect the writers and the party from legal liability rather than as camouflage.

⁶ Im Original: Schaetzle. Julius Schätzle, 1905–1988, gelernter Schreiner, als KPD-Funktionär während der gesamten NS-Zeit in Gefängnissen und Lagern, Überlebender der »Cap Arcona«, nach 1945 Parteisekretär, Abgeordneter des 1. Badischen Landtages, KPD-Kandidat zum 1. Deutschen Bundestag.

Von den »professionellen« Kurieren gibt es zwei Kategorien: die innerhalb einer Besatzungszone Tätigen und die zonengrenzüberschreitend Tätigen. Offenkundig sind die Probleme bei den verschiedenen »Läufen« – innerhalb einer Besatzungszone oder interzonal – sehr verschieden. Deshalb haben sich, je nach Auftrag verschiedene Verfahren und Praktiken entwickelt.

INNERZONALER EINSATZ

Kommunikation innerhalb einer Zone war stets ein eher geringfügiges Problem, das sich vor allem um effektive Organisation drehte. Dagegen hat sich die interzonale Kommunikation mit dem zusätzlichen Problem der Entwicklung von Methoden für die Überquerung verschiedener Grenzen zu befassen. In der Vergangenheit gab es innerzonale Kommunikation zwischen den *Kreisen*, *Bezirksleitungen* und *Ländern* innerhalb einer Zone. Diese Tätigkeit wurde meistens von Funktionären der entsprechenden *Kreise* besorgt, obwohl es mehrere »professionelle« Kuriere zwischen *Kreisen* und *Landesgeschäftsstellen* mit Kurierstellen gab. Die Kommunikation fand bisweilen mündlich statt, aber im allgemeinen in der Form von *Rundschreiben*. Sie wurde durch den Einsatz mehrerer *Poststellen* unterstützt, die in der Regel bei einer *Landesleitung* eingerichtet sind. Die Poststelle in München zum Beispiel beschäftigt vier Personen und zweimal täglich werden Boten zur *Poststelle* in der *Galeriestraße 31* geschickt, um Post zu bringen oder zu holen. Kuriere aus anderen *Ländern* nehmen die Post dort auf. Dagegen wird für München bestimmte Post bei Ernst Gall in der *Landesleitung* abgeliefert, der die weitere Verteilung besorgt. In Stuttgart leitet Julius Schätzle⁶, *OrgLeiter* der *KPD-Landesleitung* die *Poststelle*. Wenn ein Kurier erwartet wird, betritt er die *Meldezentrale*, indem er seine *Kennkarte* vorzeigt. Sonst muß der Kurier auch seine *KPD-Mitgliedskarte* vorzeigen. Es gibt Postkästen für jeden *Kreis* im Bereich der *Landesleitung* für allgemeine Korrespondenz wie Drucksachen, Plakate oder vervielfältigtes Material. Andere Postkästen dienen der Unterbringung der gesamten zwischen den Einrichtungen geführten Korrespondenz. Die Post ist auf Briefbogen ohne Kopf geschrieben und die Korrespondenz der *Länder* mit den *Kreisen* trägt in der Regel keine Unterschrift. Dies dient wohl mehr dem vorsorglichen rechtlichen Schutz der Verfasser und der Partei als der Geheimhaltung.

Reportedly, each Landesleitung maintains such service. Formerly, a Poststelle was maintained as well on the Bezirk level, but with the elimination of this organizational group, all communications will now go directly to the Kreise. Communication of this type will now be effected largely through the Instruktors from a Landesleitung to Kreise although some Kreis level couriers will be maintained. Routine reports will probably be sent to the Landesleitung by mail, probably to the Poststelle, and a copy of such correspondence will be directed to the respective Instrukteur or courier for further transmission. All »classified« reports, however, will now be submitted, most probably, directly to the Instrukteur who will transmit them personally. Couriers will be retained to effect communication between Laender within a zone, and some on the Kreis level. Most likely communications on lower levels will be largely hit-or-miss and not too tightly organized.

INTER ZONE ASSIGNMENT

It is on the interzonal basis, where the most extensive form of organization is found. To some degree the method of selecting couriers and of briefing them is similar to that of the intrazonal run, but because of the greater danger of penetration or exposure, small groups of individuals are used so that exposure of one group will not compromise another. Interzone couriers have two broad types of assignment: travelling between the various installations between the zones (i.e. communication between Laender) and maintaining direct contact with Berlin. Although it is most probable that interzonal couriers communicate with intermediary or subordinate collecting points, their assignments have been divided into the two broadest and most representative categories for purposes of simplification.

Prior to the reorganization of the KPD and the establishment of a Westzonenvorstand in Frankfurt, the individual Laender of the various Zones not only maintained individual contact with one another but with Berlin as well. This necessitated communication between Laender of the Western zones, between the Western Zones and the Soviet Zone, and between the West and Berlin. Obviously an extremely complicated network of border crossing points was indicated, resulting in a system which was extremely hard to control, in view of its marked decentralization.

Nach vorliegenden Berichten unterhält jede *Landesleitung* einen solchen Dienst. Früher gab es auch auf der *Bezirksebene Poststellen*. Aber seit der Aufgabe dieser Organisationen geht nun alle Korrespondenz unmittelbar an die *Kreise*. Solche Kommunikation der *Landesleitung* mit den *Kreisen* wird jetzt weitgehend durch die *Instrukteure* besorgt, obwohl noch einige Kuriere auf der *Kreisebene* tätig sind. Routineberichte werden wahrscheinlich auf dem Postweg zur *Landesleitung* befördert, möglicherweise an die *Poststelle*. Eine Kopie solcher Korrespondenz geht zur Weiterbeförderung an den zuständigen *Instrukteur* oder Kurier. Alle geheimen Berichte werden allerdings sehr wahrscheinlich unmittelbar dem *Instrukteur* zugeleitet, der sie dann selbst überbringt. Kuriere werden beibehalten für die Besorgung der Kommunikation zwischen den *Ländern* innerhalb einer Zone, einige auch auf der *Kreisebene*. Sehr wahrscheinlich funktioniert die Kommunikation auf den niedrigeren Ebenen weitgehend auf Geratewohl, nicht strikt organisiert.

INTERZONEN-EINSATZ

Am ausgeprägtesten zeigt sich die Organisation auf der interzonalen Ebene. In gewissem Maße ähnelt das Verfahren zur Auswahl der Kuriere und ihrer Einweisung dem im innerzonalen Verkehr, aber wegen der größeren Gefahr gegnerischen Eindringens oder Aufdeckens werden jeweils nur kleine Gruppen eingesetzt, deren etwaige Aufdeckung andere Gruppen nicht gefährdet. Interzonen-Kuriere werden auf zwei typische Weisen eingesetzt: für Reisen von und zu den verschiedenen Einrichtungen zwischen den Besatzungszonen (d. h. *Länder*-übergreifende Kommunikation) und für direkte Kontakte zu Berlin. Obwohl Interzonen-Kuriere wahrscheinlich Kommunikation über Zwischenstationen oder nachgeordnete Sammelstellen abwickeln, wurden ihre Einsätze doch aus Gründen der Vereinfachung nach zwei großen und besonders typischen Kategorien unterteilt.

Vor der Reorganisation der KPD und der Einrichtung des *Westzonenvorstands* in Frankfurt unterhielten die *Länder* der verschiedenen Besatzungszonen nicht nur Kontakte untereinander sondern auch mit Berlin. So wurden also interzonale Kommunikationswege zwischen *Ländern*, zwischen *Ländern* der westlichen Besatzungszonen, zwischen westlichen Besatzungszonen und der Sowjetzone und zwischen dem Westen und Berlin benötigt. Es ergab sich also notwendigerweise ein höchst kompliziertes Netz von Grenzstellen, das sich angesichts seiner Dezentralisierung nur äußerst schwer kontrollieren ließ.

The establishment of the Westzonenvorstand has probably narrowed the problem considerably. It is to be expected that within the Western Zones, communication between the Laender within the respective zones will be kept to a minimum⁷, and that communication will be channeled from the individual Land to Frankfurt. With respect to communications between the West and Berlin, this too, will probably be channeled through Frankfurt. Recent indications seem to point out that there will be no communication between Eastern and Western Laender but that the West will communicate directly with Berlin as the one main terminus. There is little doubt that those couriers will also stop at intermediary points, but again for simplification, this »run« is discussed in its broadest aspect.

It would seem that presently the main problem with respect to interzonal communication in its simplest aspect, centers about contact between the three zones in the West and communication between the Westzonenvorstand in Frankfurt and Berlin (with intermediary »stopping points« in the Soviet Zone). The problem is simplified tremendously from the point of view of control but, although simplifying the matter of illegal »border crossings« for interzone communication, it does not eliminate the problem entirely. Now, as formerly, communication between zones will be most frequently effected by means of illegal border crossings. Certainly, there are many instances of couriers travelling on interzonal passes, but the more common method of travelling involves the use of illegal border points which are traversed surreptitiously, generally with the aid of a well organized and functioning local group. The necessity for »illegal« crossings is bound to be increased as more stringent controls are put on inter-zone travel. Frequently, attached to the actual crossing points, an organization known as the Anlaufstelle is maintained. This generally consists of the maintenance of facilities for »stop-overs«, resting and waiting, coupled occasionally with facilities for the storage of material.

Couriers crossing borders illegally rarely carry any party identification and receive no party support in the event of apprehension. They do, however, carry some form of KPD pass, particularly for recognition by the Russian Authorities, and may also have some form of key control or description in order to enable them to obtain the necessary contacts at the crossing points. Such evidence as we have would seem to disprove [disparage?] the possibility of couriers being armed. Methods of travel vary with the circumstances, and may involve the use of trains, private automobiles, bus, motorcycle or foot, depending on the particular organization and facilities at a given point.

⁷ An dieser Stelle ist handschriftlich eingefügt: »(aber: »Patenschaften«?)«.

Die Einrichtung des *Westzonenvorstands* hat das Problem wahrscheinlich stark eingegrenzt. Es steht zu erwarten, daß in den westlichen Besatzungszonen die Kommunikation zwischen den *Ländern* in den jeweiligen Zonen minimiert wird⁷, und daß die Kommunikation kanalisiert wird vom jeweiligen Land nach Frankfurt. Was die Kommunikation zwischen dem Westen und Berlin angeht, so wird diese wohl auch gebündelt über Frankfurt laufen. Hinweise aus jüngerer Zeit scheinen darauf hinzudeuten, daß es keine Kommunikation zwischen östlichen und westlichen *Ländern* geben wird, sondern daß der Westen unmittelbar mit Berlin als einzigem »Meldekopf« kommunizieren wird. Es gibt kaum Zweifel, daß die entsprechenden Kuriere auch feste Zwischenstops einlegen werden, aber aus Gründen der Vereinfachung wird (nur) dieser »Lauf« ganz eingehend dargestellt.

Man kann davon ausgehen, daß gegenwärtig das Hauptproblem bei der Interzonen-Kommunikation sich in seiner einfachsten Hinsicht mit der Verbindung der drei Westzonen und der Verbindung zwischen dem *Westzonenvorstand* und Berlin (mit festen Zwischenstops in der Sowjetzone) befasst. Vereinfacht betrachtet stellt sich das Problem stärker unter dem Gesichtspunkt der Kontrolle. Jedoch, obwohl es das Problem des interzonalen illegalen Grenzverkehrs einfach erscheinen läßt, schafft er das Problem selbst nicht aus der Welt. Wie in der Vergangenheit läuft die interzonale Kommunikation meistens über illegalen Grenzverkehr. Sicherlich reisen vielfach Kuriere mit Interzonenpässen, aber üblicherweise überqueren sie die Grenze heimlich unter Nutzung der illegalen Grenzpunkte, meist mit Unterstützung gut organisierter und arbeitender örtlicher Gruppen. Mit zunehmenden Kontrollen des Interzonenverkehrs erhöht sich zwangsläufig der Bedarf an »illegalem« Grenzverkehr. Häufig werden im Verbund mit den jeweiligen Grenzstellen sogenannte *Anlaufstellen* unterhalten. Diese bestehen in der Regel aus Einrichtungen zum Verbringen von Wartezeiten und zum Ausruhen an »Zwischenstops«, häufig in Verbindung mit Lagerräumen für Material.

Kuriere tragen beim illegalen Grenzübergang selten irgendwelche Parteiausweise bei sich. Sie erhalten keine Unterstützung der Partei im Falle ihrer Festnahme. Sie führen jedoch eine Art von KPD-Paß mit, vor allem, um sich gegenüber russischen Dienststellen auszuweisen. Sie verfügen wohl auch über eine Art verschlüsselte Beschreibung, die sie in die Lage versetzt, an den Grenzstellen die notwendigen Kontakte herzustellen. Was uns an Hinweisen vorliegt, deutet eher darauf hin, daß die Kuriere nicht bewaffnet sind. Die benutzten Transportmittel wechseln mit der Organisation und den Möglichkeiten der jeweiligen Grenzstelle zwischen Eisenbahn, Privat-Pkw, Bus und Motorrad oder es wird zu Fuß gegangen.

It is extremely difficult to point with any degree of certainty to the existence and manner of functioning of defined border crossing points. Certain ones are more firmly established than others by virtue of specific geographical and internal factors but, on the whole, the maintenance of these points is extremely flexible. It is not yet known what changes, if any, have been occasioned by the recent reorganization and tighter channeling of communication.

Essentially, the major difficulties facing couriers lies in traffic between Western Zones and the Soviet Zone, both for communication with the Eastern Laender or with Berlin. Little difficulty is encountered in communicating with the various Western Zones because there is no control at these points. Thus, it is passage between the East and West which presents the primary problem.

Crossings between the Soviet Zone and the Western Zones must be effected through either the British or American borders, since these are the only ones contiguous to the Soviet Zone, and couriers from the French Zone must, of necessity, pass first through one of these zones. This had led to the establishment of certain known border crossing points located on both the British and American borders of the French Zone.

CROSSINGS BETWEEN THE FRENCH AND SOVIET ZONES

Since the French Zone has no direct access to the Soviet Zone and is dependent on either the British or American borders, this zone has developed an organized procedure for crossing into the British or American Zones, depending on the ultimate border to be used in crossing into the Russian Zone. Generally, it was preferred to cross through the British Zone, largely because of the loose controls there. Not only was there no difficulty in crossing from the French Zone into the British Zone, but border controls along the British-Russian frontier were relatively more lax than those along the American-Soviet frontier. It is likely that the designated system is largely obsolete since border control points between Western Zones have been abolished.

Es ist äußerst schwierig, Vorhandensein und Funktionsweise einzelner Grenzstellen mit einem Mindestmaß an Gewißheit auszumachen. Einzelne sind je nach ihrer besonderen geographischen Lage und anderen internen Gesichtspunkten dauerhafter etabliert als andere; die Verwendung der Stellen wird höchst flexibel gehandhabt. Es ist bisher nicht bekannt, welche Änderungen sich aus der kürzlichen Umorganisation und der verstärkten Kanalisierung der Kommunikation ergeben haben, wenn es solche gab.

Grundsätzlich liegen die größeren Schwierigkeiten, denen Kuriere im Verkehr zwischen den Westzonen und der Sowjetzone, sowohl, was die Kommunikation mit den östlichen *Ländern* angeht als auch die mit Berlin. Kaum Schwierigkeiten bereitet die Kommunikation mit den westlichen Besatzungszonen, weil es an deren Grenzen keine Kontrollen gibt. Mithin liegt beim Verkehr zwischen Ost und West das Hauptproblem.

Grenzverkehr zwischen der Sowjetzone und den Westzonen muß über die Grenze zur britischen oder zur amerikanischen Zone bewerkstelligt werden, weil nur diese unmittelbar an die Sowjetzone angrenzen. Kuriere aus der französischen Zone müssen zwangsläufig erst eine dieser Besatzungszonen passieren. Dies hat zur Einrichtung einiger bekannter Grenzstellen an den Grenzen der französischen Zone zur britischen und zur amerikanischen Zone geführt.

GRENZVERKEHR ZWISCHEN DER FRANZÖSISCHEN UND DER SOWJETISCHEN ZONE

Da die französische Zone keinen unmittelbaren Zugang zur Sowjetzone hat, sondern auf die Übergänge aus der Britischen oder der Amerikanischen Zone angewiesen ist, hat diese Zone ein organisiertes Verfahren für den Übergang in die Britische oder Amerikanische Zone entwickelt, das jeweils abhängig ist vom Ort, der am Ende für den Übergang in die Sowjetzone genutzt wurde. Im allgemeinen wurde der Weg durch die Britische Zone genommen mit Rücksicht auf die eher lockeren Kontrollen dort. Nicht nur, daß der Übergang von der Französischen in die Britische Zone problemlos war, auch die Kontrollen an der Grenze der Britischen zur Sowjetischen Zone waren großzügiger als die an der Amerikanisch-Sowjetischen Zonengrenze. Nachdem Grenzkontrollen zwischen den Westzonen abgeschafft sind, hat sich dieses System wahrscheinlich erledigt.

a) The French courier⁸ entered the British Zone, then proceeded to Hannover where he contacted the KPD office and received identity papers marked for special recognition by the Russian border police. From Hannover he proceeded by any of the border crossing points outlined below. The French couriers also made frequent use of the American border crossing points but since entry into the American Zone was subject to more stringent control, a system of border crossing points from the French to the American Zones had been more carefully developed.

b) Couriers proceeded from Mainz to Kassel. Although there was no definitely known entry from Kassel to the Soviet Zone, it is possible that one may have existed. Furthermore, from Kassel it is not difficult to proceed to one of the nearby known British or American points. No details were ever reported with respect to the specific procedure of crossing at Mainz.

c) French couriers were brought into the American Zone over the River Rhine at a point south of Worms, between Worms and Roxheim, where the Roxheim canal joins the Rhine River. On the French side were three small houses, one being a restaurant owned by Alex Schmitt, KPD functionary. Schmitt gave shelter and aid to the courier. Frequently the Hotel Gambrinus in Worms was used as an alternate »resting place«. Schmitt also transported the courier over the Rhine to Lampertheim Island⁹ where the work was continued in the same manner by one Michael Kern, of Lampertheim, in the American Zone. Some evidence pointed to the existence of another Anlaufstelle maintained by Kern on the United States side. It is not known whether these terminals have been retained with the recent abolishment of West border controls.

⁸ Gemeint wohl: der aus der französischen Besatzungszone kommende Kurier.

⁹ Hotel Gambrinus: nur wenige 100 m vom Rhein. Die heutige Fitness-Insel Lampertheim gehörte bereits zu Hessen, also zur Amerikanischen Zone.

- a) Der französische Kurier⁸ ging in die Britische Zone und wandte sich an das KPD-Büro in Hannover und erhielt dort Identitätspapiere, um sich gegenüber der russischen Grenzpolizei ausweisen zu können. Von Hannover aus wandte er sich an eine der unten skizzierten Grenzstellen. Die französischen Kuriere benutzten auch häufig Grenzstellen in der Amerikanischen Zone, aber seit die Einreise in die Amerikanische Zone sorgfältiger kontrolliert wurde, wurden Übergänge von der Französischen in die Amerikanische Zone systematisch und mit Sorgfalt entwickelt.
- b) Der Kurierweg führte von Mainz nach Kassel. Ein bestimmter Übergang in die Sowjetzone von Kassel aus ist zwar nicht bekannt, könnte aber existiert haben. Im übrigen ist es nicht aufwendig, von Kassel aus zu den bekannten nahegelegenen Übergängen in der Britischen oder Amerikanischen Zone zu gelangen. Über das Grenzübertrittsverfahren in Mainz wurden niemals Einzelheiten berichtet.
- c) Französische Kuriere wurden südlich von Worms, zwischen Worms und Roxheim, am Eintritt des Roxheim-Kanals in den Rhein, über den Rhein in die US-Zone gebracht. Auf der französischen Seite gab es drei Häuser, eines davon ein Restaurant, das dem KPD-Funktionär Alex Schmitt gehörte. Schmitt brachte die Kuriere unter und versorgte sie. Alternativ wurde häufig das *Hotel Gambrinus* in Worms als Rastplatz benutzt. Schmitt schaffte die Kuriere über den Rhein zur Insel Lampertheim⁹, wo die Arbeit auf gleiche Weise in der Amerikanischen Zone vom dort ansässigen Michael Kern fortgesetzt wurde. Es gibt einige Hinweise, daß Michael Kern eine weitere *Anlaufstelle* auf der Amerikanischen Seite unterhielt. Es ist nicht bekannt, ob diese Treffpunkte nach Aufgabe der Grenzkontrollen im Westen beibehalten wurden.

CROSSING BETWEEN THE BRITISH AND SOVIET ZONE

Crossings between the British and Soviet Zone are generally made at the following defined points:

- a) Via Völpke¹⁰ – The courier proceeds via Hannover where he picks up identity papers marked for special recognition by the Russian border police. He then proceeds by rail through Braunschweig (British Zone), to the small border town of Völpke (between Braunschweig and Magdeburg, Russian Zone). He detrains at Völpke and proceeds on foot on the left side of the railroad dam until he reaches a small »brook« where a Russian guard examines his papers and takes him to a flour mill, serving as an Anlaufstelle, where he is able to rest until picked up by a car and taken to the nearest railroad station.
- b) Via Oebisfelde – This route is allied to the one via Völpke, although it is better suited to the Berlin route, being a more northerly direction. Generally they are used as one route, although the separation is sometimes made. The courier proceeds as outlined above, via Hannover and Braunschweig, but instead of going in the direction of Völpke, he goes to Oebisfelde. He detrains at Oebisfelde and walks through the town to a farmhouse on the Soviet side where he is cared for by special SED liaison teams. The main »passeur«¹¹ at this route is one »Rudi« Klein, alias »Rudi« Mueller, who owns a farmhouse or villa which can apparently accommodate many people.

¹⁰ Im Original: Voelpke.

¹¹ Im amerikanischen Original das französische Wort passeur. Die Übersetzung »Schleuser« ist zwar erst ca. 40 Jahre später gebräuchlich geworden, aber wohl dennoch klar. In der SBZ/DDR wurde für die entsprechende Tätigkeit in der Alltags- und auch in der Behördensprache der Begriff »Grenzfürer« verwendet; vgl. z. B. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesbehörde der VP Erfurt Sign. 127 Film 54, Bericht über die »Festnahme eines Spions« v. 10.1.1950 und Thüringische Allgemeine Zeitung, »Malern in Todesangst«, 20.7.2005 und Fortsetzungen.

GRENZVERKEHR ZWISCHEN DER BRITISCHEN UND DER SOWJETISCHEN ZONE

Grenzverkehr zwischen der britischen und der sowjetischen Besatzungszone findet im allgemeinen an folgenden Grenzstellen statt:

a) Über Völpke¹⁰ – Der Kurier kommt von Hannover, wo er Identitätspapiere erhalten hat, um sich gegenüber der russischen Grenzpolizei auszuweisen. Er fährt mit der Bahn über Braunschweig (Britische Zone) bis zu der kleinen Grenzstadt Völpke (zwischen Braunschweig und Magdeburg, russische Zone). Er verläßt den Zug in Völpke, geht zu Fuß entlang der linken Seite des Schienenstrangs bis zu einem kleinen »Bach«, wo ein russischer Posten seine Papiere prüft und ihn zu einer Mehlmühle begleitet, die als *Anlaufstelle* dient. Dort kann er ausruhen, bis er per Auto abgeholt und zur nächsten Bahnstation gebracht wird.

b) Über Oebisfelde – Diese Route ist mit der über Völpke gekoppelt, obwohl sie wegen ihrer nördlicheren Lage günstiger für die Berlin-Route liegt. Grundsätzlich werden beide Wege als eine Route behandelt; aber die getrennte Behandlung kommt vor. Der Kurier reist, wie oben beschrieben, über Hannover/Braunschweig, aber dann, statt nach Völpke, weiter in Richtung Oebisfelde. Er verläßt den Zug in Oebisfelde und geht durch die Stadt zu einem Bauernhaus auf der sowjetischen Seite. Dort wird er von einem eigenen SED-Verbindungsteam betreut. Der Haupt-»Schleuser«¹¹ an dieser Grenzstelle ist ein »Rudi« Klein, alias »Rudi« Müller, dem ein »Bauernhaus« oder eine Villa gehört, die offenkundig etliche Leute beherbergen kann.

»Rudi« Klein is actually Anton Merkenich¹² and was sent by Stahlmann to Oebisfelde in 1947 to run the crossing point. The usual identity document is a slip of paper on which a six figure number is printed and checked against a list held by Klein. It is reported that either the house of Klein or an adjoining structure, also serves as a storehouse for propaganda material, and that one Karl Heckrath¹³ is responsible for the custody and transmission of this matter. It is to be noted that the British control is particularly weak at this point. It is reported that the Oebisfelde crossing is the only SED (i.e. Stahlmann) authorized crossing point and that all couriers, without exception, who communicate between Berlin and the Parteivorstand in Frankfurt, cross at this point. Landesleitungen are authorized to use other crossing points at their own responsibility and risk. There is ample evidence pointing to the use of other routes on the Berlin run (see pertinent section), but apparently these are not KPD authorized.

c) Via Walkenried – An automobile carries the courier from Nordhausen, Russian Zone, to Obersachswerfen¹⁴, also in the Russian Zone. In Obersachswerfen the courier contacts the Buergemeister Theuerkauf who takes him via Branderoode¹⁵ (Russian Zone) to the edge of a wooded area west of Walkenried, the border town. There, the courier crosses the border. On the reverse journey, when Western Zone couriers arrive in Obersachswerfen, the Buergemeister [Bürgermeister] phones the Landratsamt and obtains the necessary papers for travel in the Russian Zone.

Although there is no direct evidence to this effect, it is possible that Obersachswerfen may also be used in order to proceed to Dortmund (which is apparently now being used as a receiving center for communications from Berlin). Dortmund is on a direct line west of Obersachswerfen. It is not known, however, whether crossing is effected through Walkenried, or whether there is another crossing point more easily accessible to Dortmund.

This point is also in the vicinity of the American border, which adds to the importance (see Map; Annex I).

d) Via Helmstedt – There is apparently a border crossing point in the vicinity of Helmstedt, where is no check on the British side. No further information is presently available.

¹² Anton Merkenich, 1900–1981, Spanienkämpfer, wurde nach seiner Grenzarbeit in die Volkspolizei übernommen. 1951 war er VP-Oberrat in der Hauptverwaltung Strafvollzug, Bereich Arbeitsverwaltung.

¹³ Im Original: Heckratt.

¹⁴ Im Original: Obersachsenwerfen.

¹⁵ Im Original: Brandenrode.

»Rudi« Klein ist tatsächlich Anton Merkenich¹². Er wurde von Stahlmann 1947 nach Oebisfelde entsandt, um die Grenzstelle zu betreiben. Das übliche Identifikationsdokument ist ein Papierstreifen, auf dem eine sechsstellige Zahl steht. Es wird anhand einer Liste überprüft, die in Kleins Händen ist. Es gibt Berichte, daß entweder Kleins Haus oder ein Nachbargebäude als Lager für Propagandamaterial dient und daß ein Karl Heckrath¹³ dafür verantwortlich ist, das Material zu hüten und weiterzuschaffen. Es muß festgehalten werden, daß die britische Kontrolle an dieser Stelle besonders schwach ist. Es wird berichtet, daß die Grenzstelle Oebisfelde die einzige von der SED (d. h. von Stahlmann) autorisierte ist, und daß alle Kuriere, die die Kommunikation zwischen Berlin und dem *Parteivorstand* in Frankfurt besorgen, ohne Ausnahme diese Stelle passieren. *Landesleitungen* sind ermächtigt, auf eigene Verantwortung und eigenes Risiko andere Grenzstellen zu benutzen. Es gibt hinreichend Beweise, daß auch andere Routen auf dem Weg nach Berlin genutzt werden (siehe entspr. Abschnitt); die sind aber offenbar von der KPD nicht autorisiert.

c) Über Walkenried – Ein Pkw bringt den Kurier von Nordhausen, russische Zone, nach Obersachswerfen¹⁴, ebenfalls russische Zone. In Obersachswerfen nimmt der Kurier Kontakt zu *Bürgermeister* Theuerkauf auf, der ihn über Branderode¹⁵ (russische Zone) bis zur Ecke eines Waldstücks westlich Walkenried, der Grenzstadt, bringt. Dort überquert der Kurier die Grenze. Wenn, auf dem umgekehrten Weg, Kuriere aus den Westzonen in Obersachswerfen ankommen, telefoniert der *Bürgermeister* mit dem *Landratsamt* und erhält die nötigen Papiere für die Reise durch die russische Zone.

Obwohl es insoweit keinen eindeutigen Beweis gibt, ist es möglich, daß Obersachswerfen auch angelaufen wird, um nach Dortmund zu gelangen (das derzeit offenkundig als zentrale Einlaufstelle für Meldungen aus Berlin dient, wie in dem Abschnitt betreffend Kontakte mit Berlin dargestellt). Dortmund liegt genau westlich von Obersachswerfen. Es ist nicht bekannt, ob die Grenzstelle bei Walkenried benutzt wird oder ob es eine andere, für Dortmund günstiger gelegene Grenzstelle gibt. Diese Grenzstelle ist auch in der Nachbarschaft der Grenze zur amerikanischen Zone; das erhöht ihre Bedeutung (vgl. Karte, Anhang 1)

d) Über Helmstedt – Es gibt offenbar eine Grenzstelle in der Umgebung von Helmstedt; dort gibt es keine Prüfung auf der britischen Seite. Weitere Informationen stehen nicht zur Verfügung.

e) Via Duderstadt to Leinefelde¹⁶ – Possibly an illegal border crossing point exists here, but no further information is currently on hand.

f) Herrnburg¹⁷ – There is evidence of a transshipment station for Communist propaganda material at this point along the railroad line Schönberg¹⁸ – Lübeck¹⁹. Every morning between 0630 and 0700 a telegraph truck of the German Postal Service allegedly goes to the outpost to pick up material. It is not considerably likely, in view of the extreme northerly position of this point, that it is used by couriers to cross the border.

CROSSINGS BETWEEN THE AMERICAN AND SOVIET ZONES

It would seem that the entire network of the courier service crossing via the American border, is controlled by a competent organization in Eisenach, on the Soviet side, under Georg Schnauber²⁰. Most of the known points are accessible to Eisenach (see maps in Annex 1) and this town seems in all likelihood, the assembly point for all couriers and travellers, particularly in the vicinities of Kaltenwestheim and Tann, the points most frequently used. Furthermore, a well functioning Anlaufstelle (Rings Gastatte) [Gaststätte] exists at this point, indicating an extremely high degree of organization here, supervising the system of border crossings to and from the Soviet Zone. In addition to crossings at Tann, a number of other points are known to be used, and these too, are easily accessible to the center at Eisenach.

a) Via Honebach or Heringen²¹ – The courier generally proceeds into the Soviet Zone via Honebach or Heringen, from where he proceeds by KPD automobile. At Kleinsee he is met by one Johann Brill who escorts him to the edge of a wooded area which marks the entrance to the Russian Zone, and when the courier proceeds to Dankmarshausen, Soviet Zone, where one Albrecht arranges further travel, possibly by telephoning to Eisenach. (See map, Annex 1). This route is now being used more frequently since the KPD presently receives an extra ratio of gasoline from the Landesleitung, in order to facilitate the transportation of couriers.

¹⁶ Im Original: Leinfelde.

¹⁷ Im Original: Herrenberg.

¹⁸ Im Original: Schoenberg.

¹⁹ Im Original: Luebeck.

²⁰ Georg Schnauber entstammte einer Darmstädter Kommunisten-Familie. Er gehörte der Darmstädter Widerstandsgruppe des 1944 hingerichteten Georg Fröba an. 1942 lief er als Wehrmachtssoldat in der Sowjetunion über. Er wurde später Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland. Vgl. www.dkp-darmstadt.de/geschichte/georg-froeba-20041105.htm und www.dkp-darmstadt.de/dkp-online/d200105_01.htm, beides Stand VI 2009.

²¹ Im Original: Herringen.

e) Über Duderstadt nach Leinefelde¹⁶ – Möglicherweise gibt es hier eine illegale Grenzstelle. Weitere Informationen dazu gibt es gegenwärtig nicht.

f) Herrnburg¹⁷– Es gibt Beweise für eine Umschlagstelle für kommunistisches Propagandamaterial in diesem Bereich, entlang der Eisenbahnstrecke Schönberg¹⁸ – Lübeck¹⁹. Es wird behauptet, daß jeden Montag früh zwischen 6.30 und 7.00 Uhr ein Telegrafenzug der Deutschen Post zu der Außenstelle fährt und Material aufnimmt. Angesichts der weit nördlichen Lage dieser Stelle ist nicht anzunehmen, daß sie auch dem Kurierverkehr dient.

GRENZQUERUNGEN ZWISCHEN DER AMERIKANISCHEN UND DER SOWJETISCHEN ZONE

Es scheint so zu sein, als ob das gesamte Netzwerk des Grenz-Kurierdienstes über die Grenze der amerikanischen Zone durch eine zuständige Organisation unter Georg Schnauber²⁰ in Eisenach auf der sowjetischen Seite kontrolliert wird. Die meisten bekannten Grenzquerungen weisen nach Eisenach (vgl. Karte, Anhang 1). Diese Stadt ist höchstwahrscheinlich der Sammelpunkt für die meisten Kurier und Reisenden, die illegal die Grenze überschreiten, vor allem in der Umgebung von Kaltenwestheim und Tann, den am stärksten genutzten Grenzstellen. Darüberhinaus existiert hier eine gut funktionierende *Anlaufstelle (Rings Gaststätte)*. Sie deutet auf einen extrem hohen Grad der Organisation hin, die das System der Grenzscheulen aus der sowjetischen Zone in diese überwacht. Zusätzlich zu den Übergangsstellen bei Tann gibt es noch eine Reihe weiterer Stellen, die ebenfalls auf einfache Weise zur Innenstadt von Eisenach führen.

a) Über Honebach oder Heringen²¹ – Der Kurier fährt in der Regel über Honebach oder Heringen Richtung Sowjetzone, von dort weiter mit einem Pkw der KPD. In Kleinsee trifft er einen Johann Brill, der ihn bis zum Rand eines Waldes begleitet, an dem die russische Zone beginnt. Der Kurier geht nach Dankmarshausen, Sowjetzone, wo ein Albrecht die Weiterfahrt organisiert, möglicherweise mittels eines Telefonats nach Eisenach. (Vgl. Karte, Anhang 1) Diese Route wird derzeit häufiger benutzt, da die KPD von der *Landesleitung* derzeit eine Sonderzuteilung Treibstoff erhält, um die Kurierfahrten zu erleichtern.

b) Via Hof – It is not known whether or not the Hof crossings are controlled by the Eisenach organization. Until the summer of 1948, one Georg Zeitler was in charge of these crossings, furnishing written passes for the couriers for the German border police, facilitating contact with Fnu²² Kolb on the Russian side who arranged contact with Plauen. Recently, these crossings are in the charge of Eduard Werner, alias Edgar Wegner. It is possible, however, that Werner may soon be replaced or »dropped«, in a token sense, from the Communist Party, as a consequence of his arrest in January 1949 when he illegally brought Communist propaganda into the American Zone. Apparently, Hof serves as the assembly point for courier traffic between Bavaria and the Soviet Zone. From Hof the couriers proceed to Kirchgattendorf near the border. It has been established that the Buergemeister of this village, one Christian Bräutigam²³, aids the crossers. From Kirchgattendorf, the couriers go to Gassenreuth, which is the actual border crossing point, where Soviet border police telephone Walter Goetz, SED in Oelsnitz²⁴, and the latter brings couriers into Oelsnitz by automobile. The couriers then proceed to Plauen. As indicated earlier, it is not known whether couriers go on to Eisenach or not.

It is also reported that Hof serves as the springboard for currency smuggling activities of Werner, transferring currency from the American Zone to an exchange in Plauen.

c) Via Eschwege – Couriers coming from the Russian Zone proceed from Creuzburg²⁵ to Ifta by bus or car. At Ifta, at the Rotes Haus (used as an Anlaufstelle), they obtain a Tagesausweis (permit for one day) through one Vogel, an employee in the Landratsamt in Ifta. Russian posts along the way are notified by phone to allow couriers to pass, and these travel on foot to Wolfmannsgehau from which point one Radau conducts them through a wooded area to Netra²⁶. Couriers travel by bus from this point to Eschwege (see Maps, Annex 1)

²² Fnu: Firstname unknow /Vnu: Vorname unbekannt.

²³ Im Original: Braeutigam. Christian Bräutigam war nach 2008 gegebener Auskunft des Bürgermeisters der Gemeinde Gattendorf tatsächlich in der Nachkriegszeit bis gegen Ende der 50er Jahre Bürgermeister von Gattendorf (von dem Kirchgattendorf ein Ortsteil war); Bräutigam selbst wohnte in Neugattendorf. Er war NS-Opfer, im KZ gewesen; seine Parteizugehörigkeit ließ sich nicht ermitteln.

²⁴ Im Original: Oelmitz.

²⁵ Im Original: Creuzberg.

²⁶ Im Original: Nietra.

b) Über Hof – Es ist nicht bekannt, ob auch die Übertritte bei Hof von der Eisenacher Organisation kontrolliert werden. Bis Sommer 1948 war ein Georg Zeitler für diese Übertritte verantwortlich. Er stellte den Kurieren handschriftliche Pässe für die deutsche Grenzpolizei aus, die dazu dienten, den Kontakt mit (Vnu)²² Kolb auf der russischen Seite herzustellen, der seinerseits einen Kontakt nach Plauen organisierte. Derzeit ist mit der Betreuung dieser Grenzstellen Eduard Werner, alias Edgar Wegner, beauftragt. Es ist allerdings denkbar, daß Werner bald ersetzt oder in gewissem Sinne von der Kommunistischen Partei »fallengelassen« wird als Folge seiner Festnahme beim Transport illegaler kommunistischer Propaganda in die amerikanische Zone im Januar 1949. Gegenwärtig dient Hof als Sammelpunkt für den Kurierverkehr zwischen Bayern und der Sowjetzone. Von Hof aus gehen die Kuriere nach Kirchgattendorf in Grenznähe. Es wurde festgestellt, daß der *Bürgermeister* dieses Dorfs, ein Christian Bräutigam²³, die Grenzgänger unterstützt. Von Kirchgattendorf gehen die Kuriere nach Gassenreuth, wo sie die Grenze überqueren. Von dort unterrichtet die sowjetische Grenzpolizei Walter Goetz, SED in Oelsnitz²⁴. Dieser bringt die Kuriere per Pkw nach Oelsnitz. Die Kuriere reisen dann nach Plauen weiter. Wie zuvor dargestellt, ist nicht geklärt, ob die Kuriere weiter nach Eisenach reisen oder nicht. Es wird auch berichtet, daß Hof als Basis dient für einen Valutaschmuggel von Werner, wobei die Valuta aus der amerikanischen Zone zu einer Wechselstelle nach Plauen geschafft wird.

c) Über Eschwege – Auf dem Weg aus der russischen Zone reisen Kuriere per Bus oder Pkw von Creuzburg²⁵ nach Ifta. In Ifta, im *Roten Haus* (als *Anlaufstelle* benutzt) erhalten sie einen *Tagesausweis* (Genehmigung für einen Tag) durch einen Vogel, Mitarbeiter des *Landratsamts* in Ifta. Russische Posten entlang des Wegs werden per Telefon unterrichtet, die Kuriere passieren zu lassen. Diese gehen zu Fuß von Wolfmannsgehau. Von dort werden sie von einem Radau durch ein Waldstück nach Netra²⁶ begleitet. Von dort fahren die Kuriere per Bus nach Eschwege (vgl. Karte, Anhang 1).

d) Via Tann – This route is one of the most important, since it is in direct contact with the center at Eisenach. In Kaltenwestheim, Soviet Zone, the Buergemeister, one Strauss, arranges for couriers to be taken to Unterweid. Where his agents take the couriers, generally on foot, to Tann via Dippach and Lahrbach. (See map)

e) Werra Locks – Reports cite a crossing point via the Werra locks, on the route to Berlin, without adding any further details. In all likelihood, the route meant is the route through Tann to Hersfeld, in view of the proximity of the locks to that point, in addition to their accessibility to Eisenach. (See map)

f) Probstzella – There is some evidence of a crossing point leading from the road from Probstzella to Sonneberg²⁷. On this road, on a point below the top of the mountain, immediately preceding a restaurant known as the »Kalte Kueche«, there is a left turn on the road between Lichte, Soviet Zone, and Ludwigstadt, US Zone. The border lies on this road, about 2 km²⁸ from Lichte. Apparently, one Walter Schwabe directs these crossings, and his friend [in] Unterwellenborn²⁹ maintains a camp for illegal border crossers near Saalfeld³⁰.

CROSSINGS BETWEEN THE WEST ZONES AND BERLIN

Couriers who are responsible for maintaining contact with Berlin, may use any of the routes outlined above, depending on whether they cross the British or the American border. Formerly, couriers on this run were in possession of interzonal passes and proceeded by automobile via Hersfeld, Obersuhl and Eisenach (see maps), but this has become increasingly difficult since interzonal passes en route to Berlin are now being issued only to Berlin residents. As a result, there has been increasing reliance on illegal crossings for the Berlin run.

Formerly, when the respective Laender maintained individual contact with Berlin, crossings were made at diverse points. Several reports, however, indicate that the two routes most frequently used were Oebisfelde in the British Zone, and through the Werra locks into the United States Zone.

This latter information probably indicates that the crossing was made via Hersfeld, (see maps), although no more specific data is available as to the exact point meant.

²⁷ Im Original: Sonnenberg.

²⁸ Tatsächlich beträgt die Entfernung mindestens 5 km.

²⁹ Im Original: Unterwellenbaum.

³⁰ Im Original: Saalfeld.

d) Über Tann – Diese Route ist eine der wichtigsten, weil sie direkt mit der Zentrale in Eisenach in Verbindung steht. In Kaltenwestheim, russische Zone, sorgt der *Bürgermeister* namens Strauss für die Beförderung der Kuriere nach Unterweid. Von dort begleiten seine Beauftragten die Kuriere, in der Regel zu Fuß, nach Tann über Dippach und Lahrbach. (vgl. Karte)

e) Werra-Wehr – In Berichten ist, ohne alle Einzelheiten die Rede von einem Übergang über das Werra-Wehr, auf der Route nach Berlin. Sehr wahrscheinlich ist – angesichts der Nähe des Wehrs – die damit gemeinte Route die über Tann nach Hersfeld, auch im Hinblick auf deren guten Zugang nach Eisenach.

f) Probstzella – Es gibt einige Hinweise auf einen Übergang, der von der Straße von Probstzella nach Sonneberg²⁷ führt. Auf dieser Straße gibt es unterhalb der Berghöhe unmittelbar vor einem Restaurant »Kalte Küche« eine Linksabbiegung auf die Straße, die von Lichtenhain, Sowjetzone, nach Ludwigstadt, US Zone, führt. Die Grenze liegt an dieser Straße, etwa 2 km²⁸ von Lichte. Offenbar leitet ein Walter Schwabe diese Grenzstelle, und sein Freund in Unterwellenborn²⁹ betreibt ein Lager für illegale Grenzgänger bei Saalfeld³⁰.

GRENZSTELLEN ZWISCHEN DEN WESTZONEN UND BERLIN

Kuriere, die für den Kontakt mit Berlin zuständig sind, können, je nachdem, ob sie über die britische oder amerikanische Zonengrenze kommen, jede beliebige zuvor beschriebene Route benutzen. Früher waren Kuriere auf diesen Wegen mit Interzonenpässen ausgestattet und fuhren mit einem Pkw über Hersfeld, Obersuhl, Eisenach (vgl. Karte). Dieses Verfahren ist inzwischen zunehmend schwieriger geworden, da Interzonenpässe für die Fahrt nach Berlin nurmehr an Personen ausgegeben werden, die in Berlin gemeldet sind. Deswegen verlegt man sich für die Fahrt nach Berlin mehr und mehr auf illegale Übertritte.

Als in der Vergangenheit die einzelnen *Länder* jeweils eigene Kontakte nach Berlin unterhielten, wurden verschiedene Übergänge genutzt. Aus mehreren Berichten geht jedoch hervor, daß die beiden meist genutzten Routen von der britischen Zone aus über das Werra-Wehr in die US Zone. Diese letztere Information deutet darauf hin, daß die Fahrten meist über Hersfeld gingen (vgl. Karte); allerdings fehlen genaue Angaben zum Ort des Grenzübertritts.

Recent reports, not materially substantiated, point to the installation of a new courier system by the Frankfurt Westzonenvorstand, subsequent to the April reorganization. It is suggested that the SED courier, rather than proceeding from Berlin to Hannover, or from Berlin to Frankfurt, now goes only as far as Dortmund³¹, where he delivers all his mail for the West Zones, either for distribution to the Zonenvorstand in Frankfurt, or to the individual Laender. Members of the KPD Personal Abteilung in Dortmund are responsible for the further transmission of these papers. No definite information is given with respect to the actual border crossing point used, but if this information is accurate, the route most likely used is the one via Walkenried (See map).

This information should be read together with that material which indicates that Oebisfelde is the only SED authorized point for the Berlin route. This confuses the picture somewhat, although it is believed that couriers do use these other roads as a supplement to Oebisfelde, at their own risk.

INTERNATIONAL RUNS

There is some evidence that to supplement the two main types of courier assignment, intra and inter zonal, there exists as well a skeleton courier service between the KPD in Germany and other countries. This is at best scent and not too well substantiated, and points vaguely to the use of certain international »front« organizations, such as the Centrale Sanitaire Suisse³², as a means of effecting communication, coupled with the use of »international« couriers.

³¹ Dieses »nur noch bis Dortmund« deutet auf eine gewisse geographische Unkenntnis, da die Route ja an Hannover vorbei und von dort noch einmal reichlich 200 km westwärts führt. Für die Zentralisierung in Dortmund muss es andere als Entfernungsgründe gegeben haben.

³² In der Zeit des spanischen Bürgerkrieges von der deutschen, später schweizerischen Kommunistin Anna Leibbrand (1902–1972) gegründete Organisation zur Unterstützung antifaschistischer Kräfte und von Befreiungsbewegungen, die enge Beziehungen zur Kommunistischen Partei der Schweiz, jetzt Partei der Arbeit, unterhält. Die CSS ist inzwischen eine der zahlreichen, bei den Vereinten Nationen registrierten NGO's. Die für die Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit bei der KPD in Frankfurt (mit)verantwortliche Lore Wolf spricht allerdings in einem Erinnerungsbericht aus der Nachkriegszeit von einer Kooperation mit der »Assistance Medicale Suisse« (Gemeinsame Anfänge – von der Aktionseinheit von SPD und KPD in Hessen nach 1945 in www.dkp-hessen.de/galerie/personen/lore-wolf-anfaenge.htm, Stand VI 2009); doch ist eine Organisation dieses Namens nicht ausfindig zu machen.

Kürzliche, nicht näher substantiierte Meldungen besagen, daß der Frankfurter *Westzonenvorstand* im Gefolge der Reorganisation im April ein neues Kurier-System installiert hat. Es gibt Gründe für die Annahme, daß die SED-Kuriere statt von Berlin nach Hannover oder von Berlin nach Frankfurt nunmehr nur noch bis Dortmund³¹ fahren und dort alle Post für die westlichen Besatzungszonen abliefern, sei es zur weiteren Verteilung beim *Zonenvorstand* in Frankfurt, sei es für die einzelnen *Länder*. Mitarbeiter der KPD *Personal-Abteilung* in Dortmund sind für die weitere Verteilung dieser Sendungen zuständig. Es gibt keine zuverlässige Information über die gegenwärtig genutzte Grenzstelle. Aber, wenn die Information zutrifft, dürfte der wahrscheinlichste Weg der über Walkenried sein (vgl. Karte).

Diese Information sollte zusammengesesehen werden mit den Hinweisen, daß Oebisfelde der einzige von der SED autorisierte Übergang auf der Berlin-Route ist. Das mag etwas irritieren. Aber es ist wohl anzunehmen, daß Kuriere nebenher auf eigenes Risiko auch andere Wege als Oebisfelde benutzen.

INTERNATIONALE STRECKEN

Es liegen Hinweise vor, daß es ergänzend zu den zwei Haupttypen von Kuriereinsätzen, den inner- und den zwischenzonalen, noch den Ansatz eines Kurierdienstes zwischen der KPD in Deutschland und anderen Ländern gibt. Diese wenig substantiierten Hinweise geben nur eine ungefähre Vorstellung, daß bestimmte internationale Frontorganisationen, wie etwa die Centrale Sanitaire Suisse³², in Verbindung mit dem Einsatz »internationaler« Kuriere für Kommunikationszwecke genutzt werden.

- a) Switzerland – There exists some indication that Switzerland is a point used to effect entry into the US Zone, and that entrance is also gained into the French Zone through Konstanz.³³
- b) Czechoslovakia – Some reports indicate that there was some form of communication with Czechoslovakia through the aid of the Czech representative formerly in Stuttgart, Captain Denny.
- c) Saar – Evidence of a fairly concrete nature points to an organized courier service into the Saar. One Fnu Gobel visits the Frankfurt Landesleitung each week for courier mail and KPD literature originating in the Soviet Zone. He subsequently forwards this material to a private person, one Burghardt, in Saarbrücken.
- d) Austria – Well substantiated reports establish the existence of a courier service between Germany and Austria primarily at Lindau, French Zone and at Oberau, near Berchtesgaden in the American Zone. No details are known about the crossings at Lindau but there is considerable information concerning the activities at Oberau. This terrain is particularly favourable in that the border guards are generally unreliable being of the old Nazi trend or communist sympathizers. Furthermore, many of the border residences are owned by active KPD members and functionaries. The house of Josef Linder [Lindner], for example, is situated 200 yards from the border, and nearby stand the homes of Andreas Pfnür and Elizabeth Ritschke. Communication is undertaken chiefly by Alfons Lindner, brother of Josef, who lives on the Austrian side of the border in Dürrenberg³⁴. The mail is forwarded from Hallein³⁵, Austria (location of the KPO), to Dürrenberg. Lindner himself, or a reliable mine worker from Germany in possession of a legitimate pass, delivers the material to either Lindner, Pfnür or Ritschke in Oberau. These in turn forward the data to Stefan Schaumann of the Berchtesgaden Ortsgruppe who takes care of its further transmission.

³³ Die Schweiz grenzte damals nur an die Französische Zone.

³⁴ Im Original: Duernberg.

³⁵ Im Original: Hallheim.

- a) Schweiz – Es gibt einige Anhaltspunkte, daß die Schweiz als Ausgangspunkt für Einsätze Richtung US Zone genutzt wird und daß es außerdem über Konstanz einen Zugang zur Französischen Zone gibt.³³
- b) Tschechoslowakei – Einzelne Berichte deuten darauf hin, daß mit Hilfe des früheren tschechischen Repräsentanten in Stuttgart, Hauptmann Denny, eine gewisse Verbindung in die Tschechoslowakei gehalten wird.
- c) Saar – Einigermaßen sichere Hinweise deuten auf einen Kurierdienst zum Saarland hin. Ein (Vnu) Gobel kommt wöchentlich zum Abholen von Kurierpost und KPD-Schriften aus der Sowjetzone zur *Frankfurter Landesleitung*. Er befördert das Material zu einer Privatperson namens Burghardt in Saarbrücken.
- d) Österreich – Recht konkrete Berichte bestätigen das Bestehen eines Kurierdienstes zwischen Deutschland und Österreich vor allen in Lindau, Französische Zone, und in Oberau bei Berchtesgaden in der Amerikanischen Zone. Während über die Grenzübertritte in Lindau Details fehlen, gibt es umfangreiche Information über die Aktivitäten in Oberau. Die Situation dort eignet sich besonders gut, weil die Grenzwachposten, entweder alte Nazis oder kommunistische Sympathisanten, allgemein unzuverlässig sind. Außerdem sind etliche Wohnhäuser in Grenznähe im Besitz von KPD-Mitgliedern und -Funktionären. So liegt das Haus von Josef Linder [Lindner] nur 200 Yards von der Grenze. In der Nachbarschaft stehen die Häuser von Andreas Pfnür und von Elizabeth Ritschke. Die Verbindung wird vor allem von Alfons Lindner, Josefs Bruder, gehalten. Er lebt auf der österreichischen Seite der Grenze in Dürrenberg³⁴. Die Post wird von Hallein³⁵, Österreich (Standort der KPÖ), nach Dürrenberg geschafft. Lindner selbst oder ein zuverlässiger Bergarbeiter, der einen gültigen Paß besitzt, liefert das Material bei Lindner, Pfnür oder Ritschke ab. Diese bringen es ihrerseits weiter zu Stefan Schaumann von der Berchtesgadener Ortsgruppe, der den Weitertransport besorgt.

A somewhat different method is used for the transportation of heavy packages such as propaganda material. The salt mine in Dürrenberg have a shaft which opens on German soil (Weiselgraben) [Wiesengraben?] well hidden behind shrubs and trees. This opening is in the community of Oberau and the local Buergemeister, one Breinlinger, a KPD functionary, has the key. On the Austrian side the shaft opening is located near the house of a party member, one Weisel [Wiesel?], in Hallein. This route is used for effecting the transmission of all heavy material.

CONCLUSION

Presently, the courier system of the KPD serves only as a means of communication between various installations of the party, but there is sufficient material to indicate that it is being considered as a more important factor in the security precautions for the future, particularly, if the KPD is outlawed in the Western sectors.

Of late this network has become more highly organized in line with recent overall strengthening of party organization and can easily be expanded in line with a more ambitious program.

Although the transmission of material is as yet confined to printed matter – instructions, propaganda and briefing, there is nothing to prevent the conversion of a well organized courier system into a mechanism effecting the movement of arms, weapons and espionage material. This would be particularly true if the use of radio transmitters were to be expanded as an adjunct to the messenger service.

Furthermore, a centrally controlled organization in line with the present trend of development can easily be expanded to extend outside of Germany with the help of international, Communist dominated organizations such as the Centrale Sanitaire Suisse. Even now, the outlines of such a network are discernible.

A highly developed courier system, as the party seems to be forming at present, has the potential danger of serving as an adjunct to the Russian Intelligence Service, in addition to constituting an effective link between the Communist Party within and without Germany.

Für schwere Pakete, etwa mit Propagandamaterial, gibt es ein etwas anderes Transportverfahren. Das Salzbergwerk in Dürrenberg hatte einen Luftschacht auf deutschem Boden (Weiselgraben), der gut versteckt hinter Sträuchern und Bäumen liegt. Dieser Zugang liegt in der Gemeinde Oberau. Der örtliche *Bürgermeister*, Breinlinger, besitzt den Schlüssel. Auf der österreichischen Seite liegt die Schachttöffnung nahe dem Haus eines Parteimitglieds, Weisel in Hallein. Diese Route wird für alle schweren Materialsendungen genutzt.

SCHLUSSFOLGERUNG

Gegenwärtig wird das Kurier-System der KPD allein als Kommunikationsinstrument zwischen verschiedenen Einrichtungen der Partei genutzt. Aber es gibt hinreichend Anzeichen dafür, daß es auch für die Erfüllung wichtigerer Sicherungsaufgaben in Betracht gezogen wird, insbesondere für den Fall eines Verbots der KPD in den westlichen Besatzungszonen.

Entsprechend der generellen Stärkung der Parteiorganisation ist auch dieses System jüngst organisatorisch aufgerüstet worden. Es könnte leicht auch höheren Ansprüchen gemäß ausgebaut werden.

Obwohl die Materialtransporte sich bisher auf Druckschriften beschränken – Instruktionen, Propaganda und Kurzinformationen – steht nichts der Umnutzung eines gut funktionierenden Kuriersystems zu einer Einrichtung für den Transport von Waffen, Ausrüstung und Spionagematerial entgegen. Das würde erst recht gelten, wenn ergänzend zum Botendienst der Einsatz von Funkverkehr käme.

Ferner kann eine, entsprechend der derzeitigen Entwicklung, zentral kontrollierte Organisation leicht mit Hilfe internationaler, kommunistisch beherrschter Einrichtungen, wie der Centrale Suisse Sanitaire, auf eine Tätigkeit über Deutschland hinaus eingestellt werden. Erste Anzeichen für eine solche Entwicklung zeigen sich gerade.

Ein hochorganisiertes Kurier-System, wie es die Partei gerade aufbaut, birgt – abgesehen von der Funktion als effektives Verbindungsglied der Kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb Deutschlands – auch die potentielle Gefahr, als Hilfsinstrument des russischen Nachrichtendienstes zu dienen.

It is somewhat ironic that, although there is fairly detailed information with respect to the organization of the courier system, and although the potentialities inherent in the system are well-known, there are relatively few measures which can be taken against the functioning. Random arrests of Communist couriers for violating the Reichspost's monopoly, would give rise to an outcry of »persecution«³⁶ unless similar steps would be taken against other organizations, for a courier service is quite commonplace in the German political system. And there seems no evidence that such steps against groups other than the KPD-SED are contemplated or even desirable, at present. The most effective means of control would, certainly, be the subverting of couriers, but since that is essentially a tenuous form of control, it is only through the tightening of border security that the courier danger can be best minimized. Stringent and well-organized border controls, frequent checks, a thorough supervision of the areas concerned, and constant watchfulness are perhaps the only means for effectively lessening the importance, present and potential, of the courier system.

DISTRIBUTION

Dir of Intel, CINCEUR³⁷
ODI OMGUS³⁸
Political Adviser, Hq EUCOM (6 cys)
Dpt of Army Detachment (5 cys)
Intel Div, CCC (BE) HERFORD

WM. M. SLAYDEN
Lt Col GSC
Chief, R&A Branch³⁹

Approved:

David G. Erskine
Colonel FA
Deputy Director

³⁶ Zu lesen wohl »Kommunistenverfolgung«.

³⁷ Commander in Chief, Europe.

³⁸ Office of the Director of Intelligence Office of Military Government United States.

³⁹ Reports & Analysis Branch.

Es ist nicht ohne Ironie, daß trotz der recht genauen Kenntnis über das Kurier-System und obwohl dessen Potentiale gut abschätzbar sind, sich nur wenige Zugriffsmöglichkeiten dagegen bieten. Gelegentliche Festnahmen kommunistischer Kuriere wegen Verletzung des Monopols der *Reichspost* würden einen Aufschrei auslösen wegen angeblicher »Verfolgung«³⁶, wenn nicht zugleich ähnliche Schritte auch gegen andere Organisationen stattfänden. Denn Kurierdienste sind im deutschen politischen System an der Tagesordnung. Und es gibt keinen Hinweis, daß ein solcher Schritt gegen eine andere Organisation als die KPD-SED gegenwärtig erwogen würde oder auch nur wünschenswert wäre. Die wirkungsvollste Kontrolle ließe sich über eine Unterwanderung der Kuriere bewerkstelligen. Aber da so stets nur eine sehr weitmaschige Kontrolle möglich ist, bleibt nur die Verstärkung der Grenzkontrollen als Mittel, die Gefahr durch das Kurier-System zu mindern. Konsequente, gut organisierte Grenzkontrollen, häufige Überprüfungen, eine gründliche Überwachung der betroffenen Regionen und anhaltende Wachsamkeit werden wohl die einzigen Mittel sein, die gegenwärtige und die potentielle Bedeutung des Kurier-Systems wirksam einzudämmen.

Verteiler
gez. ...
Genehmigt:

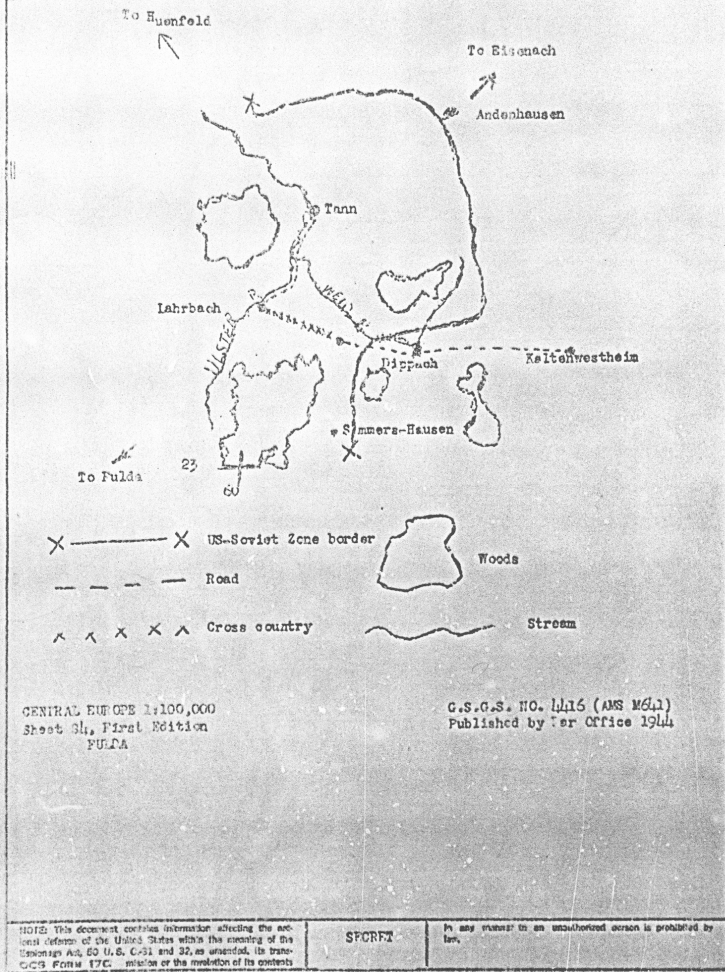
Anhang Nr. 1

[4 gezeichnete Kartenskizzen von im Text beschriebenen Routen im Dokument 1a]

SECRET

PORT NO. P. 24A/2-10
PAGE NO. ANNEX B.O. 1

TANN ROUTE



CENTRAL EUROPE 1:100,000
Sheet 54, First Edition
FULDA

G.S.G.S. NO. 4416 (AMS No. 1)
Published by War Office 1944

NOTE: This document contains information affecting the national defense of the United States within the meaning of the Espionage Act, 50 U.S.C. 31 and 32, as amended, its transmission or the revelation of its contents in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

SECRET

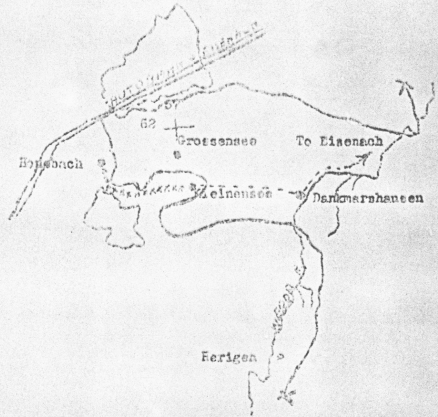
In any manner to an unauthorized person is prohibited by law.



Karte Bl. 1

0

SECRET

FORM NO. 288A/56-19
PAGE NUMBER NO. 1 Page 2



- - - - - US-Soviet Zone Border
 - - - - - Road
 X X X X X Cross country
 Woods
 Stream

CENTRAL EUROPE 1:100,000
Sheet S4, First Edition
FULDA

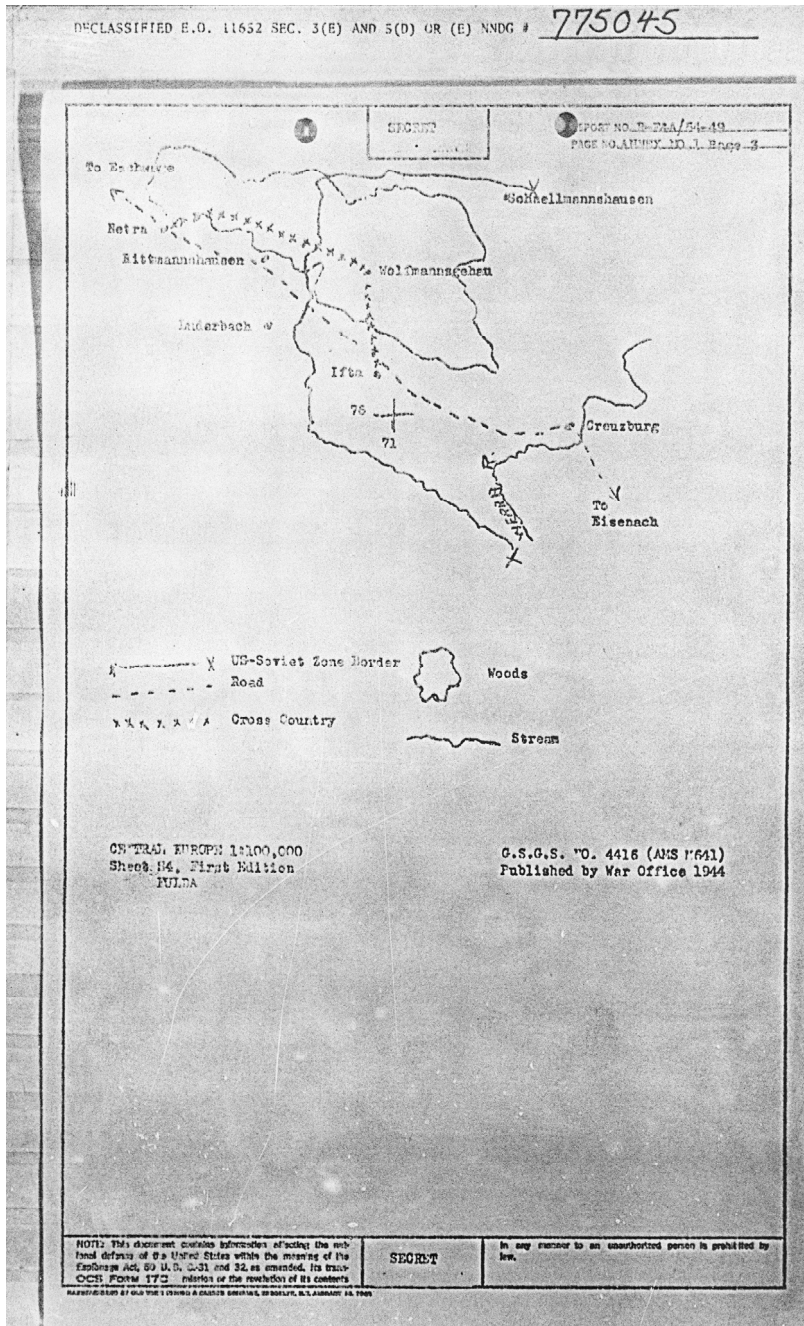
G.S.G.S. No. 4416 (A/S 18641)
Published by War Office 1944

NOTE: This document contains information affecting the national defense of the United States within the meaning of the Espionage Act, 50 U.S.C. 32(a) and 32(a)(2), and the transmission or the revelation of its contents in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

SECRET

In any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

Karte Bl. 2

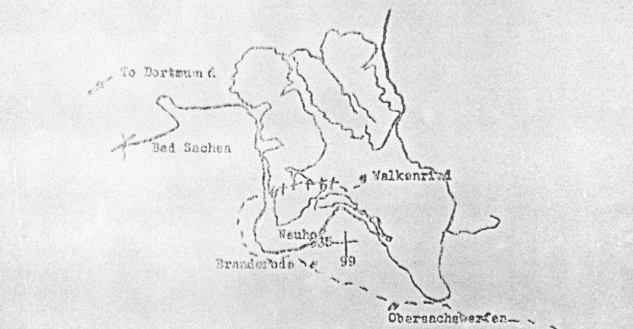


Karte Bl. 3

SECRET

RIGHT NO. T-22A/PA-40
PAGE NO. ANNEX TO 1 Page 4

Wolkentind Bezirk



X ——— X US-Soviet Zone Border
 - - - - - Roads
 X X X X X Cross country

CENTRAL MERIDIAN 11:00,000
 Sheet 54, first Edition
 MUGRA

G.S.G.S. NO. 4416 (A/S 1941)
 Published by War Office 1944

<p>NOTE: The depicted double lines represent the actual limits of the United States within the meaning of the Executive Order, 9836, 11-23-47, and 9837, 11-23-47, in accordance with the provisions of the Executive Order, 9836, 11-23-47, and 9837, 11-23-47.</p>	<p>SECRET</p>	<p>In any manner to an unauthorized person is prohibited by law.</p>
--	---------------	--

Karte Bl. 4

BETTER KNOWN PERSONALITIES CONNECTED WITH COURIER SERVICES⁴⁰

Name	Location or Route	Function
Arthur Abt	US Zone – Berlin	Courier – recently working for Yvette Bloch ⁴¹ in Pers.Abt. and may not longer serve as courier
Fnu Albrecht	Honebach – Heringen	Passeur
Fnu Bauer	Frankfurt – Berlin	One Fnu Bauer works directly out of Stahlmann's office as a courier. One Hildegard Bauer (not known if same person) works out of KPD in Nuernberg
Heinrich Bischof	Kassel	Probably passeur at Kassel if crossing exists in vicinity. No known point. Now Kreisleiter Hanau
George Blank	Passau – Austria	Courier
Walter Bloch	Stuttgart – Frankfurt	Courier
Christian Bräutigam	Hof	Buergemeister – passeur
Fnu Breinlinger	Oberau	Buergemeister – passeur
Fritz Brüwer ⁴²	Parteivorstand to Hannover and other Laender	Works with Ludwig Wolf; now Secretary to Reimann, P/V

⁴⁰ Zu Personen, die in der Darstellung des Verfassers in ZdF (2005)18 wegen der Kürzungen des Originaltextes ausgelassen waren, werden, soweit greifbar, hier erläuternde Angaben eingefügt.

⁴¹ 1909–1992. Kurzbiogr.: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_53.pdf, S. 33, VI 2009. Pers.Abt. und Kontrollkommission KPD Hessen.

⁴² KPD schon vor 1933, wohl AM-Apparat, Zuchthaus und KZ während der NS-Zeit. Nach dem Krieg wohl zuerst in NRW, dann beim Dreizonenvorstand bzw. PV in Frankfurt/M. Von dort viele Reisen in die SBZ.

Anhang Nr. 2

Zum Kurier-Dienst gehörende Personen, über die etwas eingehendere Angaben vorliegen⁴⁰

[Die aufgelisteten Namen sind zum Teil schon in der Verfilmung schwer lesbar; Lesefehler sind nicht auszuschließen. Bereits in der Übersetzung des Dokuments korrigierte Personen- oder Ortsnamen und Funktionsbezeichnungen wurden hier ohne weiteren Hinweis korrigiert.]

Name	Ort oder Route	Funktion
Arthur Abt	US Zone – Berlin	Kurier, kürzlich für Yvette Bloch ⁴¹ in der Personalabteilung tätig; möglicherweise nicht mehr im Kurierdienst
(Vnu) Albrecht	Honebach – Heringen	Schleuser
(Vnu) Bauer	Frankfurt – Berlin	Ein (Vnu) Bauer arbeitet direkt vom Büro Stahlmann aus als Kurier. Eine Hildegard Bauer (nicht bekannt, ob identisch) arbeitet von der KPD Nürnberg aus.
Heinrich Bischof	Kassel	möglicherweise Schleuser bei Kassel, wenn in der Gegend eine Grenzstelle ist; kein bekannter Punkt; jetzt Kreisleiter Hanau
George Blank	Passau – Österreich	Kurier
Walter Bloch	Stuttgart – Frankfurt	Kurier
Christian Bräutigam	Hof	Bürgermeister, Schleuser
(Vnu) Breinlinger	Oberau	Bürgermeister, Schleuser
Fritz Brüwer ⁴²	Parteivorstand nach Hannover und anderen Ländern	arbeitet mit Ludwig Wolf; jetzt Sekretär bei Reimann, PV

Johann Brill	Honebach or Heringen	Passeur
Fnu Burghardt	Saarbrücken	Receiver of mail
Eugene Burkhardt	Stuttgart – Karlsruhe	Courier – recent report lists him as making trip from Karlsruhe to Leipzig
Otto Dambacher	Fulda – Frankfurt	Courier – suspected of smuggling activities
»David«	Eisenach	Courier
Willy Drostatis	British Zone, Hamburg	Truck driver with fish transport enterprises licensed to operate between British and Soviet Zones. Probably courier
Joseph Eich	French Zone – Koblenz	Courier
Walter Engemann	Berlin – Frankfurt	Courier
Herta Fischer	Hannover Secretariat	Administrative control of the British Zone and of Völpke-Oebisfelde crossing
Ernst Gall	Munich	Poststelle
Herbert Geschwill	Tann route (Eisenach)	Probably identical with »Hermann«
Hermann Gebhardt	Sontra	Courier – works with Kurt Weissmantel. Both said to be negotiating for the purchase of a tourist home which might serve as a haven.
Alfred Gerlach	Tann route	Courier
Peter Gingold ⁴³	US Zone – Berlin	Courier – Schulungsleiter KPD Hessen
Fnu Gobel	Saar	Courier and passeur
Walter Goetz	Hof	Passeur at Oelsnitz in Werner's ring. May also serve as courier
Willi Grimm ⁴⁴	Berlin route	Courier

⁴³ Peter Gingold, 1916–2006, 1931 KJVD, Emigration und Résistance in Frankreich, nach Kriegsende beim Parteaufbau in Berlin, dann Funktionen in der KPD Hessen, auch während der Illegalität, später DKP, lange als »Zeitzeuge« aktiv.

⁴⁴ Eventuell identisch mit dem Chefredakteur der früheren hessischen KP-Zeitung »Neue Volkszeitung«.

Johann Brill	Honebach oder Heringen	Schleuser
(Vnu) Burghardt	Saarbrücken	Postempfänger
Eugene Burkhardt	Stuttgart – Karlsruhe	Kurier – macht nach jüngeren Bericht Touren von Karlsruhe nach Leipzig
Otto Dambacher	Fulda – Frankfurt	Kurier – Verdacht auf Schmuggel
»David«	Eisenach	Kurier
Willy Drostat	Britische Zone, Hamburg	Lkw-Fahrer, fährt Fisch-Transporte; Unternehmen hat Genehmigung für Fahrten zwischen britischer und sowjetischer Zone; möglicherweise Kurier
Joseph Eich	Französische Zone – Koblenz	Kurier
Walter Engemann	Berlin – Frankfurt	Kurier
Herta Fischer	Sekretariat Hannover	administrative Kontrolle für die britische Zone und für die Grenzstelle Völpke/Oebisfelde
Ernst Gall	München	Poststelle
Herbert Geschwill	Tann-Route (Eisenach)	eventuell identisch mit »Hermann«
Hermann Gebhardt	Sontra	Kurier – arbeitet zusammen mit Kurt Weissmantel. Beide sind angeblich Verhandler beim Ankauf eines Touristenhauses, das als Unterkunft für Kuriere dienen soll.
Alfred Gerlach	Tann-Route	Kurier
Peter Gingold ⁴³	US-Zone – Berlin	Kuriere; Schulungsleiter KPD Hessen
(Vnu) Gobel	Saarland	Kurier und Schleuser
Walter Goetz	Hof	Schleuser in Oelsnitz in Werners Ring; möglicherweise auch als Kurier tätig
Willi Grimm ⁴⁴	Berlin-Route	Kurier

Fnu Groefe	Koblenz	Receives couriers coming into French Zone
Willy de Haas	French Zone – Holland	Courier
Kurt Habe	French Zone – Austria	Courier
Karl Heckrath	Oebisfelde	Maintenance of warehouse and administrative control over smuggling of propaganda shipments
Richard Hausknecht	Kassel	Travel business at r.r. [railroad] station. Contact of Patz
»Hermann«	Tann route (Eisenach)	Conducts couriers
Bruno Hermann	Berlin – West Zones via Oebisfelde	Courier
Arthur Hindenburger	French Zone	Courier
Emil Hohmann	Fulda	Courier – suspected of smuggling activities; often crossing at Obersuhl; works with Dambacher and Schnauber
Michael Kern	Worms – Roxheim	Passeur
»Rudi Klein« (Anton Merkenich)	Oebisfelde	Passeur – appointed by Stahlmann in charge of Oebisfelde activity
Willi Klug ⁴⁵	Hof	Courier in Werner's group
Fnu Kolb	Hof	Passeur in Zeitler's ring. Not known if still active under Werner
Ernst Korkula	Probstzella	Courier
Hans Kukowitsch ⁴⁶	Konstanz – Switzerland	Courier – no evidence that is still functioning as courier; Kreisleiter Lindau

⁴⁵ Wahrscheinlich handelt es sich um den 1913 in Trogen/Oberfranken (heute Verbandsgemeinde Feilitzsch, Landkreis Hof) geborenen Maurer Willi Klug. Er geriet bei Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung wurde Klug bei der Polizei eingestellt. Wegen verschiedener ihm vorgeworfener Verfehlungen wurde er nach einiger Zeit wieder aus dem Polizeidienst entlassen. Klug hatte einen Schwager in Zwickau, der »Opfer des Faschismus« war. (Auskunft von Herrn Joachim Vollert aus Trogen).

⁴⁶ Im Original: Kukowitzsch. – *1911 in der Schweiz, Fliesenleger, seit den 20er Jahren in Lindau, 1933 verhaftet, 2 Jahre KZ Dachau, Flucht nach Frankreich, Spanienkämpfer, verwundet, nach eigener Darstellung anschließend in Frankreich im Maquis. 1945 wieder in Lindau. (vgl. Die Zeit Nr. 17 v. 29.4.1954).

(Vnu) Groefe	Koblenz	empfängt Kuriere in der französischen Zone
Willy de Haas	Französische Zone – Holland	Kurier
Kurt Habe	Französische Zone – Österreich	Kurier
Karl Heckrath	Oebisfelde	Betreuung eines Lagerhauses und administrative Zuständigkeit für den Umschlag von Propaganda-Schmuggelgut
Richard Hausknecht	Kassel	Reiseangelegenheiten an der Eisenbahnstation; Kontakt zu Patz
»Hermann«	Tann-Route (Eisenach)	führt Kuriere
Bruno Hermann	Berlin – Westzonen über Oebisfelde	Kurier
Arthur Hindenburger	Französische Zone	Kurier
Emil Hohmann	Fulda	Kurier – steht unter Schmuggelverdacht; überquert oft die Grenze bei Obersuhl; arbeitet mit Dambacher und Schnauber [unklar, ob Georg oder Johannes Schnauber] zusammen.
Michael Kern	Worms – Roxheim	Schleuser
»Rudi Klein« (Anton Merkenich)	Oebisfelde	Schleuser – von Stahlmann mit Aktivitäten in Oebisfelde betraut
Willi Klug ⁴⁵	Hof	Kurier in der Gruppe Werner
(Vnu) Kolb	Hof	Schleuser im Ring von Zeitler; unklar, ob unter Werner noch aktiv
Ernst Korkula	Probstzella	Kurier
Hans Kukowitsch ⁴⁶	Konstanz – Schweiz	Kurier – ohne Nachweis weiterer Tätigkeit; Kreisleiter Lindau

Annette Lengendorf	Mannheim	Courier
Alfons Lindner	Dürrnberg (Austria)	Passeur
Josef Lindner	Oberau (US Zone)	Courier and passeur
Wolfgang Lippl	Wuerzburg [...]	Courier
»Ludwig«	Berlin – US Zone	Courier – may be identical with Ludwig Wolf
Fnu Meisel ⁴⁷	Hallein (Austria)	Passeur of material
Georg Merle	Kassel	Probable assistant to Bischof. Owns fleet of cars and probably acts as interzonal courier, now Instrukteur in Northern Hessen
Otto Moeller	US – Soviet Zone	Courier
Franz Nowicki	British Zone	Courier and organizer
Martin Oeder	Hof – Plauen	Courier
August Patz	Eisenach	Director of licensed interzonal transport enterprise
Albert Pecks	Tann	Courier and Passeur. Reported agent of SED Central Secretariat
Walter Pfister	Wuerzburg	In charge of group organized to send groups into SZ to SED schools. Probably acts as courier and passeur
Andreas Pfnür	Oberau	Passeur
Richard Quast	Berlin	Courier and Stahlmann's chauffeur
Fnu Radau	Eschwege	Passeur
Heinrich Rheim	French – Soviet Zones	Chief courier
Elizabeth Ritschke	Oberau	Passeur and possibly courier
Katherina Roensch (nee Datz)	French – US Zone	Courier

⁴⁷ Im Text des Berichts als »Weisel« bezeichnet.

Annette Lengendorf	Mannheim	Kurier
Alfons Lindner	Dürnberg (Österreich)	Schleuser
Josef Lindner	Oberau (US-Zone)	Kurier und Schleuser
Wolfgang Lippl	Würzburg [...]	Kurier
»Ludwig«	Berlin – US-Zone	Kurier – eventuell identisch mit Ludwig Wolf
(Vnu) Meisel ⁴⁷	Hallein – Österreich	Materialschleuser
Georg Merle	Kassel	eventuell Assistent von Bischof; Eigentümer einer Flotte von Autos und möglicherweise als Interzonen-Kurier tätig, jetzt Instrukteur in Nordhessen
Otto Moeller	US – Sowjetische Zone	Kurier
Franz Nowicki	Britische Zone	Kurier und Organisator
Martin Oeder	Hof – Plauen	Kurier
August Patz	Eisenach	Direktor eines lizenzierten Interzonen-transport-Unternehmens
Albert Pecks	Tann	Kurier und Schleuser; angeblich Agent des SED-Zentralsekretariats
Walter Pfister	Würzburg	Verantwortlicher einer Gruppe, die Gruppen in die Sowjetzone zu SED-Schulungen bringt; möglicherweise als Kurier und Schleuser tätig
Andreas Pfnür	Oberau	Schleuser
Richard Quast	Berlin	Kurier und Chauffeur für Stahlmann
(Vnu) Radau	Eschwege	Schleuser
Heinrich Rhein	Französische – Sowjetische Zone	Chef-Kurier
Elizabeth Ritschke	Oberau	Schleuser und möglicherweise auch Kurier
Katherina Roensch, geb. Datz	Französische – US Zone	Kurier

Helmut Rose	British Zone	Courier
Fritz Runkle	Soviet Zone	Works for section of Soviet MG that supervises all German police organizations and probably acts as courier
Julius Schätzle	Stuttgart	Chief of Poststelle; OrgLeiter, Wuerttemberg-Baden
Stefan Schaumann	Berchtesgaden	Passeur
Hans Schiller	Hof	Courier – Werner’s ring
Friedrich Schlotterbeck ⁴⁸	US Zone – Switzerland	Courier – Head of Rotes Kreuz in Wurttemberg-Baden and connections with CSS. Also acts as passeur.
Alex Schmitt	Worms-Roxheim	Passeur
Arthur Schmidtscheckl	Hof	Lives in Leipzig – crosses regularly at Hof and goes to Stuttgart
Georg Schnauber	Eisenach	Director of activities in Thuringia
Johannes Schnauber	Eisenach and Darmstadt	Courier
Fred Schofs	US – Berlin	Former courier – now working for Yvette Bloch in Frankfurt; administrative responsibility for Eisenach routes
Walter Schwabe	Probstzella	Passeur
Richard Stahlmann (Arthur Illner)	Berlin	Chief of courier organization
Fnu Strauss	Tann (Kaltenheim)	Buergemeister – passeur

⁴⁸ 1909–1979, Erzähler, Dramatiker, Hörspielautor, 1929/30 Studium in Moskau, 1934 Verhaftung in Deutschland, Internierung in verschiedenen Konzentrationslagern, 1944 Flucht in die Schweiz, nach 1945 Vorsitzender der VVN und des DRK in Württemberg-Baden, 1948 Übersiedlung nach Dresden, im gleichen Jahr in Berlin (Ost) Neuveröffentlichung seiner 1945 in der Schweiz erstmals erschienenen Erinnerungen an die NS-Zeit, 1951 Ausschluss aus der SED wegen angeblicher Beziehungen zu Noel Field, 1953–1956 erneut Zuchthaus. Vgl. [http://www.literaturport.de/index.php?id=26&no_cache=1&user_autorenlexikonfrontend_pi1\[al_opt\]=1&user_](http://www.literaturport.de/index.php?id=26&no_cache=1&user_autorenlexikonfrontend_pi1[al_opt]=1&user_) (Stand VI 2009).

Helmut Rose	Britische Zone	Kurier
Fritz Runkle	Sowjetische Zone	arbeitet für eine Abteilung der sowjetischen Militärregierung, die alle deutschen Polizeien überwacht; möglicherweise als Kurier tätig
Julius Schätzle	Stuttgart	Leiter der Poststelle, Orgleiter Württemberg-Baden
Stefan Schaumann	Berchtesgaden	Schleuser
Hans Schiller	Hof	Kurier – zu Werners Ring
Friedrich Schlotterbeck ⁴⁸	US Zone – Schweiz	Kurier – Vorsitzender des Roten Kreuzes in Württemberg-Baden, Verbindungen mit der ČSSR; auch als Schleuser tätig
Alex Schmitt	Worms – Roxheim	Schleuser
Arthur Schmidtscheckl	Hof	lebt in Leipzig – geht regelmäßig bei Hof über die Grenze und reist nach Stuttgart
Georg Schnauber	Eisenach	Direktor der Grenzstellen in Thüringen
Johannes Schnauber	Eisenach und Darmstadt	Kurier
Fred Schofs	US Zone – Berlin	früher Kurier – arbeitet jetzt für Yvette Bloch in Frankfurt, zuständig für den Betrieb der Eisenach-Route
Walter Schwabe	Probstzella	Schleuser
Richard Stahlmann (Arthur Illner)	Berlin	Leiter der Kurier-Organisation
(Vnu) Strauss	Tann (Kaltenheim)	Bürgermeister – Schleuser

August Ströheim	Esslingen	Suspected operator of radio transmitter
Fnu Theuerkauf	Walkenried	Buergemeister – passeur
Waldemar Ullrich	Eisenach	Reported director of cooperative for Eisenach; acts as passeur
Fnu Traeger	Plauen	In charge of Plauen terminal and head of SED Pers.Abt.; extremely careful and has exposed numerous agents
Unterwellenborn ⁴⁹	Probstzella	Maintains camp or Anlaufstelle
Fnu Vogel	Eschwege	Passeur
Karl Weidner	British Zone	Courier
Heinrich Weissmann [?]	Heidelberg – Mannheim	Courier
Kurt Weissmantel	Sontra	Courier – works with Gebhardt and Ullrich. Probably uses crossing at Herleshausen.
Fnu Wenzel	British Zone	Courier
Eduard Werner (alias Edgar Wegner)	Hof	In charge of crossings and couriers. Also reputed to smuggle currency from US Zone Plauen.
Max Wessel	US Zone – Holland	Suspected courier
Hans Witte	British Zone	Courier
Josef Wittkind	US Zone	Escort
Hans Wolf	Frankfurt to Hannover, Munich an French Zone	Courier

⁴⁹ Im Original: Unterwellenbaum; offenbar Ortsname anstatt eines Familiennamens.

August Ströheim	Esslingen	vermutlich Betreiber eines Funkgeräts
(Vnu) Theuerkauf	Walkenried	Bürgermeister – Schleuser
Waldemar Ullrich	Eisenach	angeblich Direktor der Kooperative Eisenach; ist als Schleuser tätig
(Vnu) Träger	Plauen	verantwortlich für die Station Plauen und Leiter der SED-Personalabteilung; extrem vorsichtig; hat zahlreiche Agenten aufgedeckt
Unterwellenborn ⁴⁹	Probstzella	Lager oder Anlaufstelle
(Vnu) Vogel	Eschwege	Schleuser
Karl Weidner	Britische Zone	Kurier
Heinrich Weismann	Heidelberg – Mannheim	Kurier
Kurt Weissmantel	Sontra	Kurier arbeitet mit Gebhardt und Ullrich zusammen; benutzt möglicherweise den Übergang bei Herleshausen
(Vnu) Wenzel	Britische Zone	Kurier
Eduard Werner (alias Edgar Wegner)	Hof	verantwortlich für Grenzstelle und Kuriere; im Verdacht des Valutaschmuggels zwischen US-Zone und Plauen
Max Wessel	US Zone – Holland	vermutlich Kurier
Hans Witte	Brit. Zone	Kurier
Josef Wittkind	US-Zone	Begleiter
Hans Wolf	Frankfurt – Hannover, München und Französische Zone	Kurier

Lore Wolf ⁵⁰	Frankfurt	Wife of Hans – runs courier material receiving and shipping point in Frankfurt Betreuungsstelle ⁵¹ (message center)
Ludwig Wolf	Parteivorstand to Hannover and other Landesleitungen	Courier – works with Fritz Brüwer
Georg Zeitler	Hof	Formerly in charge of activities; replaced by Werner. May now be acting as courier in Werner's ring.

⁵⁰ 1900–1996; KPD vor 1933. Sie war vor 1940 Kurier der KPD in Paris. 12 Jahre Zuchthaus durch den Volksgerichtshof; 1947 Mitglied des Bezirksvorstandes der KPD Hessen. Vgl. www.dkp-frankfurt.de/rote_frankfurter/lore_wolf.html, Stand VI 2010.

⁵¹ Betreuungsstelle: städtische B. für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte des Naziregimes in Frankfurt/M. Lore Wolf war dort stellvertretende Leiterin (www.dkp-hessen.de/galerie/personen/hessen-personen.htm Stand 11.9.2005).

Lore Wolf ⁵⁰	Frankfurt	Ehefrau des Westzonen-Kuriers Hans – betreibt die Annahme von Kurier-Sendungen und die Verteilerstelle in der Frankfurter Betreuungsstelle ⁵¹
Ludwig Wolf	Parteivorstand nach Hannover und anderen Landesleitungen	Kurier; arbeitet mit Fritz Brüwer
Georg Zeitler	Hof	früher Beauftragter [für?]; ersetzt durch Werner; jetzt möglicherweise als Kurier in Werners Ring

[Untersuchung gegen die Schleuser Endres/Leidenheimer aus dem Saargebiet durch das ZK und die ZPKK der SED, unterstützt durch das MfS, in der Zeit von April bis August 1952, wegen des Verlustes illegaler griechischer Genossen, ausgewählte Protokolle, Vermerke und Verfügungen]

Dokument 2 a

25. April 1952

Abschrift [Darstellung des Sachverhalts durch »Louis« (G. Endres) und ergänzender Bericht Grete Keilsons über die Mitteilung des Leiters der Kaderabteilung der KPF wegen der in Haft geratenen griechischen Genossen]

Als ich am 15. März bei den französischen Genossen in Stieringen [in Lothringen/Département Moselle, französ. Stiring-Wendel] eintraf, um die Frau mit dem Baby entsprechend des Auftrages von Berlin – Paris, abzuholen, erhielt ich von dem Kurier aus Paris die Mitteilung, daß ich anstelle des Auftrages nunmehr 3 Personen übernehmen sollte, das kleine Kind wäre nicht mitgekommen.

Da ich zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage war, 3 Personen zu übernehmen, zumal meine Vorarbeiten mit meinen Mitarbeitern bereits abgeschlossen waren, hielt ich es aus Sicherheitsgründen für richtig, zuerst die im Auftrag festgelegte Frau zu übernehmen und machte dem Kurier den Vorschlag, die beiden Personen in der Nähe der saarländisch-französischen Grenze zu plazieren. Gleichzeitig legte ich mit ihm einen neuen Termin und zwar 8 Tage später, am 23.3. fest, um dann, nachdem ich die Bestätigung von Berlin hatte, die beiden Personen zu übernehmen. Der Kurier war mit meinem Vorschlag einverstanden.

Wir vereinbarten dann, den besten und bequemsten Weg über die franz.-saarl. Grenze. Der Übergang führt über das Grubengelände des Simon-Schachtes und ist höchstens 2 Kilometer. Der franz. *Genosse Hilt* übergab mir dann ordnungsgemäß die Frau und erklärte, daß alles gut geklappt hätte.

Die nächste Etappe mit der Frau war das Quartier bei Gn., wo sie sich sauber machen konnte und für die nächste Etappe gepflegt wurde. Nach etwa 3 Stunden später wurde sie dann von mir unterrichtet, wie sie sich während der Fahrt und beim Übergang über die Grenze zu verhalten hätte. Sie sollte mit niemandem sprechen, sie sollte Wert darauf legen, daß niemand in Erfahrung bringen könne, woher sie kommt oder wohin sie will. Wenn sie Dokumente etc. pp. mit sich führen würde, sollte sie mir dieselben abgeben. Am Ziel ihrer Reise bekäme sie dieselben wieder ausgehändigt. Nachdem wir einige Monogramme aus ihren Sachen entfernt hatten, begaben wir uns auf die Reise. Gen. *Georg* der inzwischen eingetroffen war, begab sich dann mit der Freundin zum Auto, das auf einem speziellen Platz abgestellt war. Bevor sie die Wohnung und das Haus

verlassen haben, wurde von mir und Gn. die Zeit festgestellt, ob niemand die beiden beobachtet, wenn sie an das Auto herangehen.

Während Gen. *Georg* mit der Freundin wegfährt, fahre ich gleichzeitig nach St. Wendel – Eitzweiler und kontrolliere den Weg ab, um, wenn es notwendig ist, den Gen. *Georg* zu warnen. Zwischen uns beiden ist abgemacht, daß bei evtl. Straßenkontrollen nicht stehen geblieben wird. In diesem Falle werden die Freunde sofort in Sicherheit gebracht bezw. versteckt. Wenn die Zeit und der Platz es erlaubt, sofort umzukehren. (In solchen Fällen ist es schwierig, zumal die Verkehrspolizei Motorräder mit sich führt.)

Jedenfalls haben wir uns auf solche Vorkommnisse eingestellt. – Die Fahrt ging reibungslos vonstatten. Gen. *Georg* übergab die Freundin dem Gen. *Hn.* (Eitzweiler). Eitzweiler liegt ca. 2 km an der saarl.-deutschen Grenze. Der Weg, den die Genossen gehen müssen, ist teils Wald-Feld-Gebüsch und teils Pfad, der von Grenzgängern, die im Saargebiet arbeiten, begangen wird und *bei vielen Probegängen als zuverlässig von uns festgelegt wurde.*

Genosse *Georg* vereinbart mit Gen. *Hn.* die *genaue Zeit*, wann er im Bundesgebiet die Freundin abholen muß. Gen. *Hn.*, der mit 2 Jugendgenossen, die gleichzeitig seine Schwager sind, die Freundin über die Grenze brachte, hat die Taktik, daß Gen. *Hn.* etwa 100 m vorgeht, um ganz sicher zu gehen. Die beiden Jungens haben dann die Freundin in kurzen Abständen in der Mitte, um wenn Gefahr im Anzug ist, die Freundin wieder in Sicherheit zu bringen. Bevor Gen. *Hn.* abmarschiert, haben wir uns mit den Autos fertig gemacht. Gen. *Georg* passiert auf dem kürzeren Weg die franz. Grenze b. *Nohfelden* legal mit dem Auto, währenddessen ich einen Umweg über die Zollstation Waldmohr nehme, um zu vermeiden, daß beide Autos über ein und dieselbe Stelle aus dem Saargebiet fahren. Jedenfalls fährt Gen. *Georg* an den abgemachten Platz, um die Freundin zu übernehmen. Es ist aber nicht zu vermeiden, daß Gen. *Georg* in die Sperrzone fährt, denn eine andere Möglichkeit würde zu viele Anforderungen an die Genossen stellen. Von dieser Stelle sind es ca. 8 km bis zur Provinzialstraße. Mit 2 Autos dorthin zu fahren, wäre ebenfalls falsch, weil es die Grenzpolizei aufmerksam machen könnte. Es funktionierte also so gut, wie wir es im Plan festgelegt hatten. Genau um die Zeit, als *Georg* in die Provinzialstraße einmündete, war ich mit meinem Wagen zur Stelle und fuhr zur nächsten Etappe nach Birkenfeld.

In Birkenfeld ist der Gen. *Sn.*, der Hausmeister in der Schule von Birkenfeld ist und unser Vertrauensmann ist. Zu jeder Zeit in der Nacht ist er und seine Frau bereit, uns zu helfen. Der Zugang zur Schule und ebenso der Eingang ist ideal. Die Freundin hatte dort wiederum die Möglichkeit, ihre Schuhe zu wechseln und sich vorzubereiten für die nächste Reise nach Mainz. Von Birkenfeld über Kreuznach nach Mainz fahre ich

dann selbst und versichere, daß ich mich von niemand an einer freien Fahrt hindern lasse.

In Mainz angekommen, stellte ich das Auto so ab, daß es niemandem auffiel und machte die Quartierleute mobil. Auch hier kam die Freundin, ohne daß uns jemand beobachtet hätte, ins Quartier. Sofort nach unserer Ankunft konnte sich die Freundin ins Bett legen. Kurz vor Mainz wurde es der Freundin schlecht, aller Wahrscheinlichkeit nach konnte sie das schnelle und kurvenreiche Fahren nicht vertragen. Die Genossin in Mainz verständigte sofort den Gen. *Jack*¹, welcher dann auch kurze Zeit danach eintraf.

Mit Gen. *Jack* habe ich dann die Frage mit den 2 zurückgebliebenen Freunden in Frankreich besprochen. Er teilte meine Ansicht, daß es so richtig sei, er habe sich ebenfalls nur für *die Freundin mit dem Kinde* eingestellt. Wir vereinbarten dann, daß er in Berlin die Bestätigung für die zwei Freunde einholen solle und dann bis spätestens den 22.3.52 mich davon benachrichtigt.

So wie wir abgemacht hatten, traf Gen. *Jack* bei mir in Saarbrücken ein und bestätigte mir, daß ich so richtig gehandelt hätte, die beiden Freunde müßten schon am 23.3. in Mainz sein, er hätte bereits die Vorkehrungen für die Reise nach Berlin getroffen. Aus diesem Grunde traf ich ebenfalls sofort meine Vorbereitungen und fuhr am 22.3. abends gegen 8 Uhr mit dem Gen. Georg zu dem franz. Gen. *Hilt*. Der Umstand, daß der Kurier aus Paris mit mir am 23.3. sich treffen sollte, wurde dann mit Gen. *Hilt*, der verantwortlicher Genosse für diese Arbeit ist, besprochen. Er erklärte sich dazu bereit, die 2 Genossen mir zu übergeben. Wir waren uns darüber einig, daß der Kurier ja keinen anderen Wunsch hatte, als daß die beiden Freunde von mir abgeholt werden. Um auch andererseits dem Gen. *Jack* bis spätestens den 23.3. die Freunde zu übergeben, einigten wir uns, die Freunde sofort über die Grenze zu bringen.

Zu diesem Zweck fuhren wir nach *Saaralben* (etwa 30 km von Stieringen entfernt) und holten die beiden Freunde aus ihren Quartieren. Der Umstand, daß es schon so spät wurde, veranlaßte uns zu dem Entschluß, zuerst in Saarbrücken Etappe zu machen, und erst am nächsten Tag die Reise fortzusetzen. Gen. Georg übernahm den Freund und ich die Freundin. Zwischen Gen. Georg einerseits und andererseits mit der Frau des Gen. G. ist festgelegt, daß falls in ihrer Wohnung ein Freund verpflegt wird, mit keinem Menschen darüber gesprochen wird. Auch darf niemand den betreffenden Freund in der Wohnung antreffen. Aus diesem Grunde muß der Freund sich in einem speziellen Zimmer aufhalten.

¹ Möglicherweise ist hier Jacques Denis gemeint, Mitglied des Politbüros der KPF und Verbindungsmann der Abteilung Verkehr.

Etwa 500 m von dem Wohnhaus von Georg entfernt stiegen sie aus und ich konnte beobachten, daß sie ungesehen ins Haus gingen. Die Freundin nahm ich dann mit und brachte sie ungesehen in die Wohnung. Gn. welche meine Mitarbeiterin ist, was ich auch bereits der Genossin Grete bei meinem ersten Zusammentreffen in Berlin mitteilte (in der Gegenwart von Gen. *Hans*) hat dann die Freundin liebevoll betreut. Niemand hat die Freundin in der Wohnung gesehen. Gn. ist eine Geschäftsfrau und es wären auch keine Bedenken, wenn sie jemanden bei sich hätte; sie hat viele Angestellte. Das Hausmädchen brauchte an diesem Tag nicht zu arbeiten, damit die Freundin nicht von ihr gesehen wurde. Gn. ist die Frau eines 1936/37 verstorbenen italienischen Genossen. Sie ist nicht nur ein guter Kamerad zu mir, sondern hilft mir schon Jahre, meine Parteiarbeiten durchzuführen. Z. B. der Transport des *illegalen Materials vom 3. Parteitag der SED* und die Aufteilung sowie die Verteilung im Landesmaßstab, die mühevollen Arbeit mit Koffern über die franz. Grenze nach dem Saargebiet, die Lagerung des Materials in ihrem Geschäft sind nur einige Beispiele von der Hingabe und ihrer Sympathie sowie Treue zur Partei, trotzdem sie keine Genossin ist. Selbst Gen. Hl. hat bei einer Aussprache bezüglich von Gn. sich geäußert, daß es besser sei, daß sie nicht Mitglied der Partei ist. *Nach meiner Auffassung* ist jedes Bedenken, so wie Genossin Gn. sich äußerte, bei Gn. nicht am Platze. Wir besorgten der Freundin einen ordentlichen Mantel. Vielmehr Gn. gab ihr ihren eigenen neuen Mantel, weil der Mantel der Freundin zu hell war für den Übergang. Außerdem bekam sie noch Überschuhe. So wie ich die vorherigen Freunde auf die Gefahren aufmerksam machte, daß sie alle Dokumente mir übergeben solle und sämtliche Merkmale entfernen müsse, um ihre Herkunft nicht zu verraten, belehrte ich die Freundin, die mir dann versicherte, daß sie nichts bei sich hätte, daß sie oder uns kompromittieren könne. Die Freundin sprach sehr gut französisch und wir konnten uns einwandfrei verständigen, zumal Gn. besser als ich die franz. Sprache beherrscht. Trotzdem die Freundin eine Griechin ist, fällt ihre Person keineswegs in unserem Milieu auf als Ausländerin. Was wir jedoch nicht besprachen, war die Festlegung ihres Verhaltens im Falle eines Unglückes, daß sie in die Hände der Polizei fallen könne. Ich selbst war und bin heute noch der Meinung, daß die Freunde von ihren Partei-Instanzen diesbezügliche Verhaltensmaßregeln erhalten haben.

Gegen 14 Uhr fuhr ich zu Georg, um mit ihm die letzten Vereinbarungen zu treffen bezügl. unserer Abfahrt. Dem Freunde machte ich dann ebenfalls meine Erklärung bezügl. seines Verhaltens, genau so wie bereits vorher von mir geschildert.

Genosse *Georg* und ich diskutierten nun die Taktik, um an den Ausgangspunkt Eitzweiler heranzukommen. Da in den letzten Wochen so viel im Radio und durch die Presse die Saarfrage behandelt wurde, vom verstärkten Grenzschutz auf beiden Seiten die Bildung eines Saarbundes und die Herausgabe einer speziellen Saarzeitung, das Verbot dieser und anderer illustrierten deutschen Zeitungen, das neue Einfuhrverbot von deutschen Waren, das erst in den letzten Wochen des Monat März von der franz. Regierung erlassen wurde, waren mit die Motive zu unserem Entschluß, mit dem Cab-

riole-Wagen nur bis St. Wendel zu fahren. Ich muß zur besseren Verständlichmachung die Genossen darauf hinweisen, daß wir – Georg und ich – seit Februar 1951 in kürzeren Abständen, jedoch mindestens alle 3–4 Wochen unsere Genossen regelmäßig aufgesucht haben, uns informierten über den Grenzverkehr und die Kontrolle. Wir instruierten die Genossen. Dieselben machten zu verschiedenen *Tages- oder Nachtzeiten Geländegänge*, um sich genau über den jeweiligen Grenzbetrieb zu informieren. Es war also nicht zu umgehen, daß wir des öfteren mit ein- und demselben Wagen nach den Richtungen der Grenze fahren mußten. Auch aus dem Grunde, daß wir in den letzten 14 Tagen drei mal und zwar bei den Vorbereitungen der schon 2 durchgeführten Übergänge und bei der Durchführung mit den 2 Wagen in dieser Gegend vielleicht beobachtet werden konnten. Der dritte Wagen war zufällig an diesem Abend nicht diskutabel, weil das Triptick (Grenzpapiere) abgelaufen war. Wir einigten uns deshalb mit Rücksicht auf die o. a. Motive, mit dem Cabriolet nach St. Wendel zu fahren und dort eine Taxe zu benutzen, um in die Nähe von Eitzweiler und zwar nach Asweiler zu fahren. Asweiler ist Bahnstation und liegt auf der Strecke St. Wendel – Türkismühle. Von Asweiler bis nach Eitzweiler an das Haus von Gen. Hn. sind es knapp 1 km zu gehen. Von Gen. Hn. bin ich informiert, daß in Asweiler oder Eitzweiler weder franz. Zollbeamte noch saarl. Polizei stationiert sind. Am Tage würden lediglich unregelmäßig 2 Franzosen in Zivil mit dem Fahrrad die Straße von Eitzweiler – Asweiler abfahren. Auch würden Beamte des Zolles mit dem Zuge von St. Wendel Richtung Türkismühle fahren. Saarländer Polizeibeamte wären nur tagsüber ab und zu, jedoch dann nur einzelne in Eitzweiler gesehen worden.

Gen. *Georg* fuhr also nach St. Wendel und parkte das Auto am Dom, was ich sofort nach meiner Ankunft feststellte. Inzwischen nahm *Georg* mit den Freunden eine Taxe, um an den festgelegten Platz in Asweiler zu fahren. Ich muß nun bemerken, daß ich von St. Wendel bis As- und Eitzweiler, einer Strecke von 8 km, noch niemals einer Kontrolle begegnet bin, so auch an diesem Tage nicht. Bei meiner Ankunft in Eitzweiler mußte ich feststellen, daß *Georg* mit den Genossen noch nicht eingetroffen war. Zur Kontrolle fuhr ich sofort zurück nach Asweiler und suchte nach der Taxe, jedoch vergebens. Ich fuhr dann zurück nach St. Wendel, zuerst zu unserem abgestellten Wagen und dann zur Taxi-Haltestelle. Keine Taxe war anzutreffen. Nochmals nach Eitzweiler, nach Gödern²; vielleicht war *Georg* einer hinter mir entstandenen Situation ausgewichen und fuhr anstelle nach Eitzweiler nach Gödern, so wie er es beim ersten Male gemacht hätte, als er Hn. nicht antraf. In Södern ebenfalls nicht festgestellt, wieder zurück nach St. Wendel. So suchte ich stundenlang und war dreimal die Strecke von St. Wendel nach Eitzweiler und nach Södern gefahren. Die Genossen waren also

² Die häufiger erwähnte Ortschaft wird wechselnd »Gödern« und »Södern« geschrieben. »Gödern« scheint ein Schreibfehler zu sein. Mit »Södern« ist offenbar »Sötern«, heute ein Ortsteil der Gemeinde Nohfelden im Kreis St. Wendel, gemeint. Das bestätigen die Notizen von Endres auf S. 302–**Fehler! Textmarke nicht definiert.**

hochgegangen? Wie war dies möglich. Ich machte mir Vorwürfe, daß Georg vielleicht in St. Wendel nicht vorsichtig war?

Am nächsten Tag gegen 12 Uhr erhielt ich dann die Nachricht von Georgs Frau, die ebenfalls Genossin ist, von dem, was vorgefallen war.

Die Genossin Nn. erklärte mir in kurzer Weise, daß sie sehr vorsichtig ihre Wohnung verlassen hätte, sie hätte nichts bemerkt, daß sie beobachtet würde, ebenso als sie das Haus betrat, in dem ich wohne. Ich vereinbarte nun einen Treff an einem speziellen Platz und ermahnte, daß Gen. Georg sich vorsichtig bewegen solle, damit ihm niemand auf die Spur käme.

Bei der Zusammenkunft schilderte mir dann Gen. Georg das Unglück, das er gehabt hatte:

Er sei so, wie vereinbart, in die Taxe eingestiegen und habe dem Chauffeur kein Ziel angegeben, sondern lediglich gesagt, er solle nach Richtung Nohfelden fahren. Als der Wagen aus St. Wendel herauskam, ungefähr 1 km in der ersten Schleife, hätten 4 oder 5 Zollbeamte die mit Gewehren bewaffnet waren, das Auto gestoppt. Mit dem Wort Zollkontrolle fragten sie, ob die Insassen zollpflichtige Waren bei sich hätten, was von dem Chauffeur und Georg verneint wurde. Sie fragten die Freundin nach dem Inhalt ihrer Handtasche, die dick gefüllt war. Der Freund sowie die Freundin hatten nichts auf die Frage geantwortet, was die Beamten dann dazu veranlaßte, die Freunde aussteigen zu lassen und nach den Pässen zu fragen. Nachdem dieses Fragen ebenso unbeantwortet blieb, forderten die Beamten den Chauffeur auf, mit auf die Zollstation in St. Wendel zu fahren. In St. Wendel wurden dann die Freunde und Georg einer Körpervisitation unterworfen. Das Resultat der Untersuchung ergab, daß der Freund in einem Strumpf seinen Paß versteckt hatte und die Freundin in einem Büstenhalter Papiere. Die Schrift wäre für die Zollbeamten fremd gewesen, aus diesem Grunde hätten die Zollbeamten einem Professor telefoniert, der dann nach einer Weile erschienen sei. Er hätte dann festgestellt, daß die Schrift neugriechisch sei und das Papier wäre teils mit einer chemischen Tinte beschrieben.

Die Beamten hätten dann den Freunden erklärt, sie selbst hätten keinerlei Interesse an ihnen, weil sie keinerlei zollpflichtige Waren mit sich führen würden. Weil sie jedoch keinerlei Versuche machen würden, sich zu erkennen zu geben, könnten sie auch annehmen, daß sie kriminelle Elemente sein könnten. Er müsse deshalb die internationale Polizei in Saarbrücken verständigen.

Gen. *Georg* wurde dann mit dem Freunde zusammen gefesselt und nach einer langen Pause wurden sie dann nach Saarbrücken auf die Zolldirektion in der Schillerstr. gebracht. Im Keller hätte man sie dann eingesperrt bis die 3 Beamten von der intern. Polizei sie einzeln verhörte.

Gen. Georg erklärte mir, daß die einzelnen Beamten der Reihe nach ihn die ganze Nacht verhörten. Sie wollten wissen, wo er die beiden Freunde kennengelernt habe. Sie glaubten ihm nicht, daß er an der Reichsstraße am Bahnhof sie getroffen und kennengelernt hätte, daß er aus philanthropischen Gründen sein Geld dazu benützt, fremde Personen an die Grenze zu bringen. Er solle die Person nennen, die ihm die Leute in die Hände gespielt habe. G. sei ihnen bekannt als Kommunist. Er wäre ein Glied in der Kette, die von Griechenland bis Moskau reicht, sie würden ihn einsperren, dann könnte seine Familie hungern.

Gen. *Georg* beteuerte nur, daß er keine Aussage gemacht habe, auch habe er keinen Namen genannt, er habe immer wiederholt, daß er nichts Gesetzwidriges getan habe, er könne sich ausweisen, er könne auch seine Arbeitsstelle nachweisen, er verdiene mehr als 40 000 frs. pro Monat und könne mit seinem Gelde machen was er wolle. Da die Beamten scheinbar müde wurden, ihn zu verhören, weil er immer wieder dasselbe erzählte, hätten sie ihn freigelassen mit der Bemerkung: – »Sie werden noch von uns hören.«

Außer diesem Bericht berichtete Gen. Georg, daß die Beamten besonders die Genossin mit ihren Fragen traktiert hätten, sie wollten unbedingt einen Namen fürs Protokoll von ihr haben. Schließlich hätte sie den Namen »Karoline« angegeben und hätte den Wunsch geäußert, nach Paris geschickt zu werden. Der Freund hätte überhaupt keine Aussagen gemacht. Die Beamten hätten ihnen ans Herz gelegt, zu erklären, daß sie politische Flüchtlinge aus Griechenland seien, dann könnte ihnen ja nicht viel passieren, in Frankreich würden tausende Flüchtlinge leben. Nur daß sie nicht sprechen würden, wäre für sie so verdächtig. Das einzigste was man ihnen nun als strafbare Handlung anhängig machen könnte. sei, daß sie ohne Erlaubnis ins Saarland eingereist wären.

Nachdem Gen. *Georg* seinen Bericht gemacht hatte, war für mich die Situation klar, daß ich sofort etwas unternehmen mußte, um den inhaftierten Freunden zu helfen. Wir legten fest, daß wir sofort nach Paris fahren, um die französischen Genossen zu informieren. Unser Bedenken, daß wir beide nun nach Paris fahren, wo er der intern. Polizei bekannt war, haben wir damit begründet, daß er, so wie ich legale Pässe besitzen und höchstens unterwegs die Verkehrspolizei kontrollieren wird. Daß dabei sein Name in so kurzer Frist nicht der Verkehrspolizei bekannt ist, mußte anzunehmen sein. Außerdem war ich selbst sehr abgespannt und hielt es für ratsam, Georg als Fahrer die 440 km bei mir zu haben. Nachdem ich dann eine fingierte Nachricht an Gen. *Jack* nach Mainz durchgab, fuhren wir nach Stieringen und trafen den Kurier aus Paris.

Nachdem er von mir unterrichtet war über das Vorgefallene, hielt er es ebenso für richtig, nach Paris zu fahren. Wir fuhren also nach Paris um mit dem verantwortlichen

Genossen des ZK in Verbindung zu kommen. Leider gelang es uns erst am 24.3. nachmittags, den Genossen zu sprechen.

Nachdem sich der Genosse einen ausführlichen Bericht von Georg und mir, hatte geben lassen, ging er auf meinen Vorschlag ein, sofort einen Advokaten mit der Vertretung der beiden Inhaftierten zu beauftragen. Ich konnte ihm nur den Rechtsanwalt nennen aus dem Saargebiet, der die 10 Patrioten [vgl. Anm. 2, S. 293] mit Rechtsanwalt Kr. verteidigte. Er war auch der Meinung, daß ich selbst nichts unternehmen sollte. Das Quartier in Saaralben muß man liquidieren, ebenso sollte vorläufig der Gen. *Georg* sich an nichts beteiligen. Zukünftig sollte man nicht *nur* über das Saargebiet arbeiten, sondern sollte direkt die französisch-deutsche Grenze in der Richtung Bitsch – Pirmasens in Betracht ziehen. Er wolle eigens in dieser Frage einen Instrukteur festlegen und mit mir bekannt machen. Der Genosse bedauerte, daß die inhaftierten Genossen, trotzdem dieselben auch von ihnen auf das Verbot des Mitführens von Dokumenten aufmerksam gemacht wurden, nicht Folge geleistet haben.

Nachdem ich meine Mission beendet hatte, fuhren wir ohne daß wir unterwegs in eine Kontrolle gerieten, nach Saarbrücken zurück. Am gleichen Tage erschien der Gen. *Jack* bei mir, um sich näher über den Verbleib der beiden Freunde zu erkundigen. Wir legten fest, daß *Jack* sofort nach Berlin fährt, um ebenfalls dort die Genossen zu verständigen. Ich selbst sollte abwarten, bis ich von ihm eine Nachricht erhalte über unsere weitere Tätigkeit. Am letzten Montag bekam ich dann durch die Frau des Gen. *Jack* den Bescheid sofort nach Berlin zu kommen.

Bei der gestrigen Aussprache wurde von der Genossin *Grete* [Keilson] die Bemerkung gemacht, daß wir 1 Jahr Zeit gehabt hätten, um unsere Arbeiten gut vorzubereiten. Gleichzeitig vertrat der Genosse Richard [Stahlmann] die Meinung, daß die Sache »verpiffen« worden sei. Diese Einwände der beiden Genossen veranlassen mich als Verantwortlichen für die Arbeit im Saargebiet kritisch etwas dazu zu äußern. Weiter möchte ich den Genossen mein Verhalten während dieser Periode zu meiner Tätigkeit erklären, um die Schwächen oder die begangenen Fehler meinerseits zu erkennen.

Seit einem Jahr bin ich bemüht, die Anweisungen bezw. die Vorbereitungen zu treffen, die mir von Gen. Richard übergeben wurden. In einer mühevollen Kleinarbeit ist es mir dann schließlich gelungen, an 4 Stellen der Saargrenze Genossen und Freunde zu ermitteln, die durch langwierige Diskussion sich bereit erklärten, mitzuarbeiten. Ohne jegliche Hilfe gelang es mir dann, einen Apparat aufzubauen. In dem guten Glauben, alles immer nach den Regeln der konspirativen Arbeit durchzuführen, habe ich dann bei meinen Besuchen (ca. 8 x) in Berlin mit Genossen Richard, Grete [Keilson] und Hans [Rosenberg] über das Resultat meiner Tätigkeit berichtet. Ich wäre den Genossen dankbar gewesen, wenn man meine Tätigkeitsberichte auch kontrolliert hätte. In der festen Zuversicht, daß man in Berlin mir das Vertrauen gab, für diese

wichtige Arbeit selbständig zu arbeiten, ging ich dann auch am 15.3. zur Aktion über, indem ich die beiden ersten Genossen von Frankreich nach Mainz unbeschadet dem Gen. *Jack* in die Hände brachte.

Trotzdem wir bei dem ersten Übergang etwas überorganisiert hatten, entstanden während des Anfanges des Überganges einige Lücken durch das Fernbleiben eines Genossen. Wir verstanden jedoch, in kürzester Frist die entstandene Lücke auszufüllen und der erste Übergang mit den 2 Freunden ging in bester Ordnung vorstatten.

Der erste Übergang ging über die Grenze bei Stieringen. Beide Genossen kamen in die Quartiere genau so wie die beiden letzten. Alles klappte! Der zweite Übergang führte über eine sehr kritische Grenzstelle bei Södern – Richtung Birkenfeld. Trotz des schwierigen Geländemarsches gelangten die beiden Freunde mit sichtlicher Zufriedenheit wieder in meine Obhut. Ebenso die Fahrt nach Mainz ging schnell und reibungslos vorstatten.

Durch die zwei erfolgreichen Aktionen wurde ich selbstsicher und hatte die Auffassung, daß unser Vorgehen richtig sei. Leider habe ich bis dahin immer nur mit Gen. Georg über die Schwächen und Mängel im allgemeinen gesprochen und diskutiert, aber Gen. Georg konnte eben auf Grund seiner wenigen Erfahrungen eine entsprechende Kritik mir gegenüber nicht anführen. Zu diesen Ausführungen möchte ich noch bemerken, daß ich seit 1924 im Saargebiet teils mit Auto oder Motorrad gefahren bin. Besonders in den Jahren nach meiner Rückkehr habe ich fast ununterbrochen die Strecken, die heute in meinem Arbeitsbereich liegen, befahren. Das letzte Jahr habe ich systemartig nicht nur mit den 3 mir zur Verfügung stehenden Autos diese Unglücksstraße befahren, sondern bin auch mit Taxametern, die ich gemietet hatte, direkt ins Sperrgebiet³ hineingefahren, um auf diese Weise den Rhythmus der Straßen die zur Grenze führen, kennen zu lernen. Bevor ich diese Arbeit übernahm, habe ich selbst und mit anderen Taxametern Übergänge mit bis zu 15 Mann durchgeführt. Bei einer Gelegenheit, wo wir uns im Sperrgebiet verfahren hatten mit 2 Autos, wurden wir mit 11 Mann ebenfalls auf die Zollstation gebracht und nachdem man keine zollpflichtigen Waren bei uns vorfand, wieder entlassen.

Auf allen Straßen im Saargebiet fanden bisher Verkehrskontrollen statt. Nur einmal kam ich im Saargebiet in die mißliche Lage, einen Genossen von der [gemeint wohl »vom«] PV ohne Paß bei mir zu haben. Auf dem Weg zur Grenze nach Zweibrücken wurde ich gestoppt von einem Polizeibeamten und nach dem Paß gefragt. Der Beamte hatte keinerlei Einwendungen gemacht und ließ den Genossen des PV unbehelligt. Also nur einmal ist es mir passiert, daß man bei der Straßenkontrolle den Paß verlang-

³ Solche Sperrgebiete mit Zugangsbeschränkungen für nicht Ortsansässige gab es damals sowohl auf französischer wie auf bundesrepublikanischer Seite.

te. Bei der Rückfahrt von Mainz am 15.2. wurde ich ebenfalls mit dem Gen. Georg in Türkismühle von 4 Zollbeamten gestoppt. Nachdem sie mit der Taschenlampe das Innere des Wagens abgeleuchtet hatten und nichts Verdächtiges vorfanden, konnten wir wieder fahren.

Ich habe also hier eine schwache Seite festzustellen. In dem guten [gemeint wohl: Der gute] Glaube[n], daß unsere Transporte schematisch mit den bisher festgestellten Tatsachen in Einklang zu bringen sind, ist falsch. Der Transport mit unseren Freunden muß noch sorgfältiger vorbereitet und durchgeführt werden. Bei dem letzten Transport hätten wir die Genossen über ihr Verhalten bei einem Unglück bezw. bei einer Kontrolle besprechen müssen. Auch hätten wir die Benutzung einer Droschke reiflicher überlegen müssen.

Die Frage der Unterbringung im Quartier hängt natürlich mit der Beschaffung von geeigneten Quartieren ab. Ich habe bisher 3 Quartiere gehabt. Ein Quartier ging mir kaputt durch unüberlegtes Ausplaudern des Quartiergebers an ein Mitglied des PV.

Warum wir die Freunde in unsere Quartiere genommen haben, ist reiflich von mir und Georg überlegt worden. Einerseits vertraten wir die Auffassung, daß der Kreis innerhalb der Stadt Saarbrücken der in unsere Arbeit einbezogen wird, auf das mindeste herabgedrückt werden muß. Aus dem *Unsicherheitsgefühl* über die Quartiergeber, die meistens nur wegen der Miete sich einverstanden erklären, führten wir andererseits den Gedanken, daß durch die Unterbringung in außerhalb von Saarbrücken gelegene Quartiere das schnelle Abfertigen der Genossen ebenfalls zur Aufdeckung unserer Tätigkeit führen könnte. Weiterhin wäre die Einquartierung bei bisher noch nicht benutzten Quartieren hinderlich gewesen für das Programmäßige unseres Planes.

Man kann nun die Einwendung machen, daß es immer gefährlich ist, unsere Freunde in Quartiere von uns selbst unterzubringen, was nach meiner Ansicht richtig ist. Man muß aber dann letzten Endes über genügend Quartiere verfügen können und dazu noch bei sicheren Freunden. Speziell hier auf diesem Gebiet haben wir einen Mangel. Demgegenüber kann man auch die Ansicht vertreten, daß es im *besonderen gefährlich ist, Freunde von bekannten Kommunisten im Auto zu fahren.*

Jedenfalls haben wir grobe Fehler gemacht, sonst hätte dieser Zufall nicht eintreten dürfen, daß uns die beiden Freunde verhaftet wurden. Wir müssen bei unseren Arbeiten eben auch an die *unvorhergesehenen Zufälle* denken und bei der Durchführung unserer Arbeit eventuell auftretende Schwierigkeiten so zu überwinden, daß keinerlei Schaden für die Partei entsteht.

Ist die Sache verpiffen worden, so wie sich der Genosse Richard geäußert hat?

In Saarbrücken sind folgende Personen über die Tätigkeit informiert: Die Genossin und Gen. Eo., Gn. und meine Person, außerdem der Kadermann Hl., mein Chauffeur, der 23-jährige Br. Ich kenne diesen Jungen schon seit seiner Geburt. Sein Vater sowie seine Mutter sind mir von Kindheit bekannt als ehrliche Arbeitsleute. Ich kenne die ganze Familie des Jungen und habe bei jeder Gelegenheit ihnen geholfen, durch systematisches Schulen sein junges Klassenbewußtsein zu wecken. Er liest eifrig unsere Schriften und Werke, so daß er von sich aus sich bereit erklärte, Mitglied unserer Partei zu werden. Br. hat die zweite Fahrt mit der Freundin mitgemacht. Er wußte nichts von der dritten Fahrt. Ich bin der festen Auffassung, daß von seiner Seite aus nichts »verpiffen« werden konnte. Über die Einstellung von Gn. habe ich mich bereits geäußert. Gen. Georg und seine Frau, die ebenfalls Genossin ist, deren Eltern in der DDR wohnen, sind ebenfalls als zuverlässig zu betrachten. Soweit ich bis heute beurteilen kann, ist von unseren Leuten nichts »verpiffen« worden. Es kann natürlich so sein, daß unbewußt von einem oder dem anderen Fehler gemacht werden, was man dann eben kontrollieren bzw. beweisen muß.

Hat uns jemand beobachtet beim Ein- oder Ausgehen aus dem Haus? Diese Frage habe ich bereits vorher behandelt und bin bis zu dieser Stunde der Meinung, daß wir alle unbeobachtet waren. Ich vertrete die Auffassung, daß nur das Unerwartete an einer für uns sonst so harmlosen Stelle die Zollkontrolle stattfand und wir diese unvorhergesehenen, besser ausgedrückt, nicht alle noch während der Fahrt zufällig eintretenden Schwierigkeiten vor unserer Abreise mit in Betracht zogen und somit ein Teil Schuld dazu beigetragen haben, daß uns unsere so teuren Freunde in die Hände der Polizei fielen.

Ich bitte Euch, liebe Genossen, beim Durchlesen dieses Berichtes zu berücksichtigen, daß ich in der kurzen Zeit nicht in der Lage war, so konzentriert mich auszudrücken, so daß Ihr beim Durchlesen vielleicht meine Darlegungen nicht versteht. Jedenfalls stehe ich Euch ja dann zur Verfügung.

Abschließend möchte ich noch in Erwägung bringen, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß dieser Bericht nicht vollkommen sein kann, auf Grund der langen Zeit, wo ich mich mit meiner jetzigen Arbeit beschäftige, vergißt man leicht Kleinigkeiten, die jedoch im ganzen gesehen, zur Sache gehören. Ich habe mich bemüht, meinen Bericht nach bestem Vermögen zu schreiben.

Mit Genossengruß
gez. Louis

PS.: Die Frage, daß der Gen. Georg immer noch Funktionär unserer Partei ist, habe ich genügend mit Gen. Hl. – Gen. Jack besprochen. Trotzdem ich mit Gen. Hl. vor einem Jahr festgelegt hatte, Gen. Georg abzustellen für die spezielle Arbeit, hat er unsere

Vereinbarung nicht durchgeführt. Bei mehreren Gelegenheiten habe ich Gen. Richard und Hans auf diesen Zustand aufmerksam gemacht und durch Gen. *Jack* wiederholt interpellieren lassen. Gen. Hl. erklärte jedesmal, er könne Gen. Georg aus Funktioniärmangel nur dann freigeben, wenn das Zentralsekretariat ihn dazu auffordern würde. Gen. Georg war so ziemlich in alle Dinge von mir eingeweiht und ich konnte ihn schon aus diesem Grunde sehr schlecht vermissen. Aus diesem unhaltbaren Zustand heraus habe ich den Plan gehabt, den Jungen Br. mir für unsere Arbeit systematisch an die Arbeit heran zu führen.

Ich selbst bin seit 1950 im Herbst von allem Kontakt mit der Partei befreit, so daß ich von allen Genossen als »Kapitulant« bezeichnet werde. Auf Grund dessen, daß ich das Droschkengewerbe besitze und mit Gn. liiert bin, sind fast alle zu der Ahnschauung gelangt, daß ich mich verbürgerlicht hätte. Jedenfalls habe ich bis heute keinerlei Bedenken gehabt, daß ich von irgendjemand verdächtigt würde, daß ich einen speziellen Auftrag durchführe.

Ein weiteres Moment, welches ich für notwendig erachte, noch in Erwägung zu bringen, ist die Sache mit dem *Heranfahren mit saarländischer Autonummer ins Sperrgebiet der Bundesrepublik*. Jedem deutschen Grenzbeamten wird ein Auto von dem Saargebiet im *Grenzsperrgebiet* besonders auffallen. Wäre es nicht richtiger, wenn es Gen. *Jack* mit einem Wagen aus dem Bundesgebiet an der Grenze operieren würde? Der jetzige Zustand ist so, daß die Hauptverantwortung bis Mainz bei uns liegt, während Gen. *Jack* lediglich nach der Grenze der DDR fährt und dort bestimmt eine entsprechende Hilfe hat. Gen. *Jack* hat also mit der schwierigsten Arbeit keinerlei Kontakt und wird noch gefahren. Wenn man betrachtet, daß die saarländische Grenze von Franzosen und saarländischer Grenzpolizei überwacht wird, so ist auf der anderen Seite nicht nur der deutsche Zoll sondern auch der übel berüchtigte Grenzschutz tätig. Ich habe diese Momente noch in Erwägung gebracht um Euch Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß unsere Hauptaufgabe darin liegt, die beiden Grenzüberwachungen im *Sperrgebiet* zu passieren, ohne daß ein Schaden entsteht. Außerdem müssen wir auch die Freunde von Frankreich nach dem Saargebiet holen. Wir konzentrieren uns also mehr auf den Übergang und das Abholen im *Sperrgebiet*.

Abschließend bitte ich Euch, lb. Genossen, alle diese von mir angezogenen Argumente bei Eurer Beurteilung mit in Erwägung zu bringen. Gleichzeitig versichere ich Euch, sowie unseren tapferen griechischen Genossen, daß ich in Zukunft meine Arbeit gründlicher vorbereite, damit durch Unachtsamkeit meinerseits kein Schaden der Partei mehr zugefügt wird.

gez. Louis

Vertraulich!

Betr.: Verhaftung der beiden griechischen Genossen in Saarbrücken

Der Genosse Marcel *Servin*, Leiter der Kaderabteilung der KPF, der am Donnerstag, den 17.4.1952, hier durchreiste, machte mir darüber die folgende Mitteilung:

Die beiden griechischen Genossen wurden am 1. April von der internationalen Polizei freigelassen und, nachdem sie sich 3 Stunden im Hotel aufgehalten haben, von der französischen Polizei verhaftet und nach Metz überführt. Sie werden beschuldigt, »Angriffe auf die äußere Sicherheit des französischen Staates« unternommen zu haben. Die französische Partei hat eine Kampagne für ihre Freilassung begonnen (L'Humanité vom 4., 11. und 14. April; siehe Anlage [hier nicht wiedergegeben]).

Die französische Partei hatte einen Anwalt für die Genossen bestellt, der sich auch mit ihnen direkt in Verbindung gesetzt und getrennt mit ihnen gesprochen hat. Bei diesen Unterhaltungen haben beide Genossen die Auffassung geäußert – der Genosse sogar sehr bestimmt – daß sie im Saargebiet von der Polizei erwartet wurden. Einer der Zöllner hatte bei der Verhaftung gesagt: »Ha, wir haben Sie erwartet.«

Durch Material, das die griechische Genossin bei sich hatte, ist ein griechischer Genosse, der sich noch in Athen befindet, sehr gefährdet. Die Genossin selbst wird in Griechenland gesucht. Ihr Bild war in den griechischen Zeitungen veröffentlicht.

Die französischen Genossen, die die griechischen Freunde auf französischem Gebiet beherbergt haben, wurden ebenfalls verhaftet, da die Polizei mittels eines Firmenzeichens, das sich im Hut des griechischen Genossen befand, die Käufer dieses Hutes, d. h. diese französischen Genossen, festgestellt hat.

Der französische Anwalt hat aus den Akten einige Notizen über die Verhaftung des Chauffeurs Leidenheimer gemacht. Es existieren 2 Vernehmungsprotokolle: vom 23. und 28. März 1952. Daraus geht hervor, daß Leidenheimer nicht nur einmal, sondern zweimal verhaftet war und im Dienste der französischen Polizei steht. (Die Notizen aus den Vernehmungsprotokollen von Leidenheimer liegen im französischen Text und Übersetzung bei. [hier nicht wiedergegeben])

Lt. Vereinbarung des Genossen Endres mit dem Kurier der französischen Partei sollten die griechischen Genossen am Sonntag, den 23.3. aus dem französischen Quartier abgeholt werden. Endres hat hier mündlich berichtet, daß ihm Jacques aus Mainz am 22. mitgeteilt habe, daß er die Genossen am 23. in Mainz erwarte und er, Endres, habe daraufhin sofort alle Vorbereitungen getroffen, um sie abzuholen. Aus dem schriftlichen Bericht von Jacques geht hervor, daß er bereits am 20. mit Endres vereinbart hatte, daß er die Genossen am 23. übernehmen will. Der Genosse Servin teilte aber mit, daß die griechischen Freunde schon am Freitag, den 21.3. abgeholt wurden. Auf

meine ausdrückliche Frage, ob er sich nicht vielleicht in dem Datum irre, sagte er, daß das ausgeschlossen sei, sie wurden am 21. abgeholt.

Nach der Verhaftung sei Endres sofort nach Paris gekommen und habe Leidenheimer mitgebracht, trotzdem das unzulässig war. Die französischen Genossen wollten aus diesem Grunde gar nicht erst die Verbindung mit Endres aufnehmen, haben aber in Anbetracht dessen, daß sie ja sofort Schritte für die griechischen Freunde einleiten mußten, sich doch mit Endres getroffen. Sie sind überzeugt davon, daß Leidenheimer entweder ein Agent der Polizei gewesen ist, oder nach seiner ersten Verhaftung wurde.

Berlin, den 25. April 1952

gez. G. Keilson

Angefertigt:

3 Exemplare

Dokument 2 b

17. Juli 1952

Bericht

[des Mitarbeiters der Zentralen Parteikontrollkommission, August Stötzel, über das Ereignis, seine Überprüfung und die Entscheidungsalternativen]

1. Sachverhalt

In der Zeit vom 15. bis 23.3.1952 sollten 3 illegal lebende griechische Genossen von Paris in die DDR geleitet werden.

Während der Transport einer Genossin am 15.3. ohne Zwischenfall vor sich ging, wurde der Transport der nächsten 2 griechischen Genossen nicht zu Ende geführt. Die Betroffenen wurden ca. 14 km vor der Grenze des Bundesgebietes durch eine französische Zollstreife von 4–5 Personen festgenommen.

2. Der Auftrag zur Überleitung

Den Auftrag übernahm der G-Apparat [Grenzapparat] der Partei.

Mit dem verantwortlichen Genossen Endres des Saargebietes vom G-Apparat wurden die Einzelheiten vorher in Berlin und Paris besprochen und der Genosse darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um wichtige Genossen handele.

3. Die einleitenden Maßnahmen des G-Apparates

Der Vertreter des G-Apparates im Bundesgebiet (Verbindungsmann zu Endres) überbrachte im wesentlichen die Mitteilungen an Endres mündlich; jedoch wurde auch von Mainz aus zu Endres in Saarbrücken telefonisch mit Hilfe eines Codes in dieser Angelegenheit verkehrt, trotzdem es gerade dem Apparat bekannt sein mußte, daß alle verdächtigen Telefongespräche über eine eigens dafür eingerichtete Überwachung laufen.

4. Kurze Beurteilung von Endres und seines Mitarbeiters Leidenheimer

Endres ist ein altes Mitglied der Partei, der u. a. 1935 in Forbach (Elsaß) [richtig: Lothringen, Département Moselle] mit dem bekannten Herbert Wehner (Funk) zusammengearbeitet hat. Endres war auch später in schwedischer Emigration und war mitbeteiligt an der Befreiung Wehners aus dem Gefängnis – lt. vorliegender Personalakte könnten darüber die Genossen Plenikowski¹, Mewis u. a. Auskunft geben.

Nach 1945 war Endres mit dem Neuaufbau der Partei im Saargebiet beschäftigt, um dann später mit seiner Lebenskameradin Gn. gemeinsam ein Fuhrgeschäft und Restau-

¹ Anton Plenikowski, Leiter der Abt. staatl. Verwaltung im ZK der SED. Zu Endres vgl. auch Scholz, Michael F.: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR. Stuttgart 2000, S. 353 (Kurzbiographie), und Ders.: Herbert Wehner in Schweden 1941–1946. Stuttgart 1995, S. 152.

rantbetrieb zu betreiben. Auf Grund seiner langjährigen Mitgliedschaft zur Partei wurde er zu den Arbeiten des G-Apparates herangezogen.

Leidenheimer wurde 1930 Mitglied des KJVD. Er stammt aus einer alten kommunistischen Familie und ist von Beruf Chauffeur, 1938 zur Wehrmacht eingezogen war er vom 1.4.1945 bis Februar 1947 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. 1948 trat er in Saarbrücken wieder der KPD bei. Seit 1950 ist er Mitglied der KL und z. Zt. 1. Kreissekretär.

5. Die Festnahme der beiden griechischen Genossen

Am 21. März, nach Darstellung beider, kam Endres mit seinem Wagen gegen Abend zu Leidenheimer und sie fuhren nach Stieringen (französisches Gebiet) um die beiden Genossen abzuholen. Die Übernahme erfolgte in Saar-Alben [Saaralben] am 22.3.1952 gegen 1.00 Uhr. Man fuhr mit den Genossen sofort über die Grenze nach Saarbrücken, wo man gegen 3.00 Uhr eintraf. Der griechische Genosse wurde bei Leidenheimer und die Genossin bei Endres untergebracht. Es wurde beschlossen, die Fahrt nach dem Bundesgebiet zwischen 14. und 14.30 Uhr anzutreten. Von Saarbrücken aus fuhr man in getrennten Wagen nach St. Wendel, wo Leidenheimer im Auftrag von Endres ein beliebiges Taxi mietete, um mit den griechischen Genossen in der Richtung der Grenze zu fahren. Etwa 1 km hinter St. Wendel wurde das Auto von einer 4–5köpfigen Zollstreife gestellt. Da die griechischen Genossen sich nicht legitimieren konnten, erfolgte die Festnahme des Taxi-Chauffeurs, Leidenheimers und der beiden griechischen Genossen. Alle wurden zur Zollstation St. Wendel gebracht, um dann gegen 20.00 Uhr der internationalen Polizei in Saarbrücken zugeführt zu werden. Leidenheimer selbst wurde am Morgen des 23.3.1952 gegen 9.00 Uhr nach Abgabe eines Protokolls entlassen.

Wie jetzt festgestellt wurde, sind die beiden griechischen Genossen auf Grund der Bemühungen französischer Rechtsanwälte mit einigen Freiheitsbeschränkungen ungefähr 2 Tage wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Sie wurden erneut verhaftet und sollen dem Militärgericht in Metz zugeführt werden. Sie sollen unter der Anklage stehen, gegen die Sicherheit des französischen Staates verstoßen zu haben. Bei dem griechischen Genossen wurde ein Paß und bei der griechischen Genossin ein Bericht in neugriechischer Sprache gefunden, durch den ein in Athen tätiger Genosse belastet wird.

6. Die Untersuchung der Angelegenheit

Nachdem die Abteilung Verkehr in Verbindung mit der Abteilung Internationale Verbindung die ersten Untersuchungen und Feststellungen durchgeführt hatten, wurde die Angelegenheit der ZPKK übergeben, die dann von dem Mitarbeiter der ZPKK, Genossen Stötzel durchgeführt wurde.

Die ersten Schwierigkeiten der Untersuchung bestanden darin, daß Endres nicht, wie es notwendig war, wieder hier erschien (er hat inzwischen mit seiner Lebensgefährtin eine Urlaubsreise nach Italien angetreten). Auch Leidenheimer erschien nicht gemäß

unserer Aufforderung sofort (es können Mißverständnisse vorliegen), sodaß sich die Untersuchung etwas verzögerte.

Als Ergebnis wird festgestellt:

1. Es war ein Fehler für den Transport dieser Genossen den sicherlich der Polizei bekannten G-Apparat zu benutzen. Das hätte ein Sonderauftrag für äußerst zuverlässige Genossen sein müssen.
2. Abgesehen von der Wahrscheinlichkeit des Verrats durch Leidenheimer bzw. Endres oder beiden, ist die Sache schon gefährdet worden durch die telefonischen Absprachen zwischen Mainz und Saarbrücken.
3. Durch die starke Zurückhaltung und immer wieder auftauchenden Widersprüche in den Aussagen der beiden Genossen Endres und Leidenheimer, wurde die Untersuchung sehr erschwert, sodaß noch nicht vollständige Klarheit hergestellt werden konnte.

Folgende Punkte stehen zur Untersuchung:

- a) Durch den französischen Genossen Marcel Servin, Leiter der Kader-Abteilung der KPF, wird mitgeteilt, daß der griechische Genosse sich gegenüber dem Rechtsanwalt geäußert habe, einer der Zöllner habe bei der Verhaftung gesagt: »Ha, wir haben sie schon erwartet.« Leidenheimer gibt dagegen an, daß bei dem Anhalten zunächst gar nicht die Absicht der Verhaftung bestanden habe.
- b) Der französische Rechtsanwalt hat sich einiges aus dem Aktenmaterial notiert und zwar aus den Vernehmungsprotokollen von Leidenheimer vom 23.3.1952 und 28.3.1952. Daraus geht hervor, daß die Polizei im Besitz von 7 Fragebögen von Mitarbeitern des G-Apparates ist.

Durch die Untersuchung ist erwiesen, daß diese 7 Fragebögen sich ca. 3 Wochen im Besitz von Leidenheimer befanden, der sie 1–2 Tage vor der Festnahme an Endres weitergegeben haben will. Endres behauptet, diese vernichtet zu haben. Leidenheimer verweigert vor der ZPKK die Auskünfte, wie die Fragebögen zur Polizei kamen.

Aus dem Protokoll vom 28.3.1952 geht nach den Notizen des Rechtsanwaltes hervor, daß er gegenüber der Polizei sein Wort gehalten hat, niemand von seiner Festnahme am 22.3.1952 etwas zu sagen. Um festzustellen, ob über seine Verhaftung gesprochen wurde, hat er sich am 26. oder 27.3. in das Parteibüro begeben. Durch die Vernehmung des Vorsitzenden der KPD Saar, Oswald Wehrich,² bei der saarländischen Polizei wurde klar, daß Leidenheimer der Polizei auch über diese Aussprache mit Wehrich berichtet hat. Bei der Polizei hat Leidenheimer über seinen Parteauftrag und sein evtl. Verhalten bei Verhaftungen berichtet und betont, daß er seine Arbeit im Interesse der Partei nicht fortsetzen will um sich und seine Familie

² Richtig: Oswald Weyrich, 24.3.1910–1.8.1970, seit 1950 1. Vorsitzender der KPSaar, 1952–1955 MdL, wurde 1969 Mitglied der Schiedskommission der DKP.

nicht zu gefährden. Er beschuldigte dann den Genossen Wehrich, daß dieser über ihre Arbeit auf dem Laufenden sei.

Zum Schluß betonte er noch, daß es sich bei den Transporten um für die Partei wichtige Leute handele.

- c) Vom ZK der KPF wird, auf Grund der Aussprache mit dem französischen Rechtsanwalt, die Überzeugung geäußert, daß Leidenheimer ein Agent der französischen Polizei sei oder nach seiner Verhaftung wurde.
- d) Endres sowohl [wie] Leidenheimer benehmen sich in ihrem Berliner Quartier äußerst schlecht. Sie hörten den ganzen Tag Rias, warfen Spitzen gegen die Partei und Parteifunktionäre, erzählen antidemokratische Witze unter dem Vorbehalt, sie woanders gehört zu haben und sprechen angeblich häufig französisch.

Aus Berichten über ihre Gespräche in ihrem Berliner Quartier geht hervor, daß sie ihre Aussagen vor der ZPKK untereinander abstimmen und versuchen, den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern.

Im Bericht des Leidenheimer vom 17.7.1952 erklärt er,

- 1. nicht mehr als 20 Worte französisch sprechen zu können,
- 2. daß seine Protokolle bei der französischen oder internationalen Polizei in französischer Sprache niedergeschrieben seien. Er habe dieselben unterschrieben, ohne sich zu vergewissern, was sie beinhalten.

Leidenheimer hält es für möglich, daß die Polizei durch Beobachtung mit Datum und Uhrzeit genau über sein Tun und Lassen unterrichtet zu sein.

7. Zur Entscheidung

Anhand vorliegenden Berichtes ist zu entscheiden:

- a) Die Beiden zur sofortigen Verhaftung den Sicherheitsorganen zu übergeben mit dem Ziel der Prozeßführung. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß eine lückenlose Beweisführung noch nicht erbracht werden konnte und Zeugen nicht beizubringen sind.
- b) Endres und Leidenheimer zurückzuschicken und sie dort aus der KPD auszuschließen wegen verbrecherischer Leichtfertigkeit bei der Erledigung von internen Parteaufträgen und direkter und indirekter Hilfeleistung für die internationale Polizei.

, den 17. Juli 1952

ZPKK

gez. August Stötzel

Dokument 2 c

23. Juli 1952

Vernehmungs-Protokoll

des Häftlings *Leidenheimer*, Georg, geb. 20.5.14, wohnhaft: Saarbrücken 5, Fennerstraße 40¹

B[eginn] 21.00 Uhr

E[nde] 17.00 Uhr, 24.7.1952

Frage: Erzählen Sie ausführlich, wann Sie mit den 2 Griechen verhaftet wurden und wie die Untersuchung dieser Angelegenheit weiter geführt wurde.

Antwort: Am 22.3.1952 gegen 16.30 Uhr erfolgte meine Verhaftung mit den 2 griechischen Genossen 1 km außerhalb St. Wendel auf der Straße nach Nohfelden. Von da aus wurden wir alle drei zur Zollstation nach St. Wendel gebracht, wo eine gründliche Durchsuchung erfolgte.

Frage: Was wurde bei der Durchsuchung festgestellt?

Antwort: Bei den griechischen Genossen wurde ein griechischer Ausweis im Strumpf gefunden und bei der Genossin wurden 6 oder 7 Blätter beschrieben gefunden. Auf Grund dieser Durchsuchung konnte der Zoll aber noch nicht feststellen, welcher Nationalität diese Personen waren. Daraufhin wurde ein Lehrer vom Gymnasium geholt, welcher die Auskunft gab, daß die Schriftstücke in neugriechischer Schrift geschrieben sind.

Frage: Und was wurde bei Ihnen gefunden?

Antwort: Bei mir wurden ca. 9 000 Fr., die Rechnungen über die Gummistiefel und Hut, sowie die neuen Gummistiefel in der Aktentasche und die Fragebögen von den Genossen, welche dem A.Apparat [Abwehr-Apparat?] angehören, gefunden.

Frage: Was geschah nun weiter?

Antwort: Nachdem die Nationalität der 2 Personen festgestellt war, setzte sich die Zollstation St. Wendel mit der Internationalen Polizei in Saarbrücken telefonisch in Verbindung, welche uns gegen 20 Uhr von St. Wendel abholte und zur Haupt-Zolldirektion nach Saarbrücken brachte, und voneinander trennte.

¹ Jede einzelne Seite des Vernehmungsprotokolls wurde von Leidenheimer handschriftlich unterzeichnet.

Seit diesem Tage habe ich die griechischen Genossen nicht mehr gesehen.

Frage: Wo wurden Sie dann hingebracht?

Antwort: Ich verblieb ebenfalls bei der Haupt-Zoll-Direktion in Saarbrücken und wurde von 2 Angestellten der Internationalen Polizei am 23.3.1952 von 5.00 – 1.00 Uhr vernommen.

Das Hauptziel der Vernehmung war, festzustellen, von wem ich diese Personen übernommen habe, wo ich sie abgeben sollte und wer mein Auftraggeber war.

Da ich den Angestellten keine wahrheitsgemäßen Angaben machte, wurde mir erklärt, daß die Internationale Polizei davon unterrichtet ist, daß eine Kette von Marseille bis Moskau besteht und Personen über die Grenze befördert werden und ich ein Glied in dieser Kette wäre. Sie sagten weiter, daß es ihnen bekannt ist, daß ich Funktionär der Partei (KPD) bin, aber dieser Apparat nichts damit zu tun hat und vollkommen gesondert läuft.

Daraufhin wurde ich nochmals aufgefordert, die volle Wahrheit zu sagen.

Ich konnte auf Grund der vorliegenden Beweise nicht mehr abstreiten, daß ich diese Personen übernommen hatte und übergeben sollte.

Wer aber mein Auftraggeber war, wo ich diese Personen übernommen hatte, an wen ich sie übergeben sollte und wie die Grenzübergänge richtig laufen, habe ich nicht wahrheitsgemäß ausgesagt, sondern eine Aussage über den Sachverhalt konstruiert.

Weiterhin wurden mir Fragebögen von den Genossen vorgelegt, die in unserem A. Apparat mitarbeiten, denn diese Fragebögen hatte ich bei der Verhaftung in meiner Aktentasche.

Nach diesen Personen befragt, gab ich an, daß dies Mitglieder der KPD sind und zu einem 14-tägigen Kursus nach Neuwiel [wahrscheinlich falsch für »Neuwied«] geschickt werden sollen. Daraufhin wurde mir erklärt, daß ich für längere Zeit inhaftiert werde, weil dies ein Fall von internationaler Bedeutung sei, es bestünde aber noch eine Aussicht für die Entlassung, wenn ich gewillt bin, für die Internationale Polizei zu arbeiten, damit der A.-Apparat restlos aufgedeckt werden kann.

Frage: Haben Sie sich von der Internationalen Polizei anwerben lassen und eine Agententätigkeit für sie ausgeführt?

Antwort: Ja. Um meine Person vor einer längeren Haftzeit zu retten, ließ ich mich am 23.3.1952 in Saarbrücken von einem Angestellten der Internationalen Polizei, der sich »Michel« nannte, anwerben und erklärte mich bereit, für die Internationale Polizei eine Agententätigkeit durchzuführen, welche sich gegen unsere Partei und den A.-Apparat richten sollte.

Frage: Sie waren also mit dieser Anwerbung einverstanden?

Antwort: Ja, ich schrieb zur Durchführung dieser Tätigkeit noch eigenhändig eine Verpflichtung, wodurch ich eine aktive Tätigkeit bekundete.

Frage: Was für eine Verpflichtung schrieben Sie?

Antwort: Die Verpflichtung hatte folgenden Wortlaut (sinngemäß):
»Ich verpflichte mich, an der Aufdeckung unseres Apparates mitzuarbeiten«.
Unterschrift
Leidenheimer, Georg

Nachdem ich diese Verpflichtung geschrieben hatte, wurde ich von »Michel«, der sich richtig Tu. nennt, wie ich bei der Vernehmung erfuhr, weil auf dem Kopf der Vernehmung sein Name mit Maschine geschrieben stand, noch mündlich verpflichtet.

Frage: Wie lautete diese Verpflichtung?

Antwort: Er erklärte mir, daß ich über die Mitarbeit bei der Internationalen Polizei über jedermann schweigen muß; auch mit der Partei darf ich nicht darüber sprechen. Als ich ihm erklärte, daß ich immer schweigen werde, übergab er mir seine Telefon-Nr. 4328 App. 13, Saarbrücken, und sagte, daß ich ihn bei dringenden Sachen anrufen soll.

Nach dieser Verpflichtung erhielt ich dann von Tu. den 1. Auftrag.

Frage: Wie lautete dieser Auftrag?

Antwort: Ich sollte die Verbindung zur Partei aufnehmen und feststellen, ob von meiner Festnahme etwas bekannt geworden ist.
Weiterhin sollte ich alle Personen, die zu mir in die Wohnung kommen und mir Aufträge im Bezug der Grenzarbeit überbringen, namentlich melden.
Wenn mir diese Personen nicht bekannt waren, sollte ich sie in meiner Wohnung aufhalten und versuchen, an die Papiere heranzukommen und die Namen festzustellen. Sollte mir das nicht gelingen, hatte ich den Auftrag, eine genaue Personenbeschreibung abzugeben.
Mit diesem Auftrag wurde ich am 23.3.1952 gegen 9.00 Uhr entlassen. Ein neuer Treff mit Tu. wurde nicht vereinbart.

Frage: Was machten Sie nach Ihrer Entlassung?

Antwort: Ich bin sofort nach Hause gefahren, habe meiner Frau den Autoschlüssel von Endres seinem Wagen gegeben mit dem ich am 22.3.1952 nach St. Wendel gefahren war.

Durch meine Frau ließ ich Endres ausrichten, daß er seinen Wagen in St. Wendel abholen soll, ich wäre mit den griechischen Genossen festgenommen worden und beide wären noch in Saarbrücken inhaftiert.

Diese Mitteilung hat meine Frau Endres überbracht und ihm auch die 7 Fragebögen übergeben, die aber schon bei der Internationalen Polizei abgeschrieben wurden, weil ich sie bei der Festnahme bei mir hatte, und kehrte gegen 12 Uhr wieder in meine Wohnung zurück und sagte mir, daß mich Endres am 23.3.1952 gegen 15.00 Uhr an der Straße Gersweiler – Geughütte erwartet.

Diesen Treff habe ich mit Endres eingehalten und wir sind dann zusammen nach Stieringen gefahren.

Frage: Zu welchem Zweck?

Antwort: Wir wollten uns in Stieringen mit dem Kurier aus Paris treffen und ihm über das Vorgefallene berichten.

Frage: Was haben Sie Endres auf der Fahrt von Saarbrücken nach Stieringen über Ihre Festnahme erzählt?

Antwort: Ich habe ihm ausführlich berichtet, wo ich festgenommen wurde und wie die Untersuchungen geführt worden sind.

Ich sagte ihm, daß ich aber keinerlei Aussagen gemacht habe und deshalb freigelassen wurde.

Frage: Haben Sie ihm auch erzählt, daß Sie sich als Agent anwerben ließen?

Antwort: Davon habe ich ihm nichts erzählt.

Frage: Warum nicht?

Antwort: Weil ich mich verpflichtet hatte, gegenüber jedermann zu schweigen und an der Aufdeckung unseres Apparates mitzuarbeiten.

Frage: Da fuhren Sie also nun als Agent aufs neue mit Endres den Verbindungsmann in Stieringen an?

Antwort: Ja, das stimmt. Ich habe mit Endres den Verbindungsmann in Stieringen aufgesucht. Endres ist dann mit dem Genossen weggegangen und ich blieb beim Wagen zurück.

Endres kam dann nach ¼ Stunde wieder zurück und sagte, also es bleibt dabei, heute Abend 8.00 Uhr hier bei der Kirche.

Dann fuhren wir nach Saarbrücken zurück. Auf der Rückfahrt sagte mir Endres, daß ich auf ihn 19.30 Uhr an der Gersweiler Brücke warten soll und mich darauf einrichten soll, daß ich mit nach Paris fahre.

Frage: Hat die Fahrt dann stattgefunden?

Antwort: Ja, am 23.3.1952 hat mich dann Endres gegen 19.30 Uhr an der Gersweiler Brücke in seinem Wagen mitgenommen, die Fahrt ging dann bis Stieringen und wir waren um 20.00 Uhr an dem vereinbarten Treffpunkt. Dort trafen wir den Verbindungsmann aus Stieringen und den Kurier aus Paris.

Frage: Was wurde bei diesem Treff besprochen?

Antwort: Das weiß ich nicht, denn Endres hat sich mit dem Kurier aus Paris einige Zeit außerhalb des Wagens unterhalten, so daß ich von dem Gespräch nichts hören konnte. Endres und der Kurier bestiegen dann den Wagen und mir wurde von Endres erklärt, daß wir weiterfahren nach Paris.

Frage: Was geschah in Paris?

Antwort: Am 24.3.1952 gegen 3.00 Uhr kamen wir in Paris an und der Kurier wollte uns ein Quartier besorgen, wo wir aber nicht hereingelassen wurden, weil niemand anwesend war.

Wo sich das Quartier befand, kann ich nicht sagen, weil ich mich in der Gegend nicht auskannte. Weil wir nun nicht übernachten konnten, fuhr Endres mit mir in die Wohnung zu Be..

Frage: Wissen Sie die vollständige Adresse?

Antwort: Die Adresse lautet: Paris, Rue Lafayette b. Be.

Frage: Wann kamen Sie in dieser konspirativen Wohnung an?

Antwort: Am 24.3.1952 gegen 4.00 Uhr kamen wir bei Be. an und haben dann bis mittags geschlafen.

Nach dem Mittagessen hat dann Endres die Frau Be. zu einem französischen Genossen geschickt, damit uns dieser in der Wohnung aufsuchen sollte. Die Frau Be. ist aber dann wiedergekommen und Endres erklärte mir, daß der Genosse erst am Abend kommen kann, weil er dienstlich verhindert sei.

Am Abend erschien dann auch der Genosse der KPF in dieser Wohnung.

Endres und der Genosse von der KPF hatten dann eine Besprechung im Nebenzimmer, wo ich nicht zugegen war.

Nach ca. ½ Stunde wurde ich dann auch in das Zimmer gerufen und ich mußte dem französischen Genossen genau erzählen, wie die Verhaftung der griechischen Genossen zustande gekommen ist.

Der französische Genosse stellte uns dann die Frage, welche Rechtsanwälte wir hätten, damit den 2 griechischen Genossen geholfen werden kann.

Endres benannte den Rechtsanwalt Dr. De. und Dr. Ma. und betonte, daß beide den 1. Mai-Prozeß² verteidigt haben.

Endres erklärte aber noch, daß wegen diesen Rechtsanwälten erst mit dem Landessekretariat gesprochen werden muß.

Der französische Genosse sagte, daß er alles in die Hand nimmt.

Frage: Haben Sie dem französischen Genossen erklärt, daß Sie ein Agent der Internationalen Polizei sind?

Antwort: Nein. Diesem verschwieg ich es genau so wie Endres.

Frage: Wie lange dauerte die gesamte Besprechung?

Antwort: Die gesamte Besprechung dauerte ca. 1 Stunde.

Frage: Wann haben Sie mit Endres wieder Paris verlassen?

Antwort: Am 24.3.1952 gegen 21.00 Uhr sind wir dann von Paris wieder nach Saarbrücken gefahren. Weil wir unterwegs noch eine Panne hatten, kamen wir erst am 25.3.1952 gegen 6.00 Uhr in Saarbrücken an.

Auf der Rückfahrt gab mir Endres den Auftrag, daß wir uns nicht mehr treffen können.

Und wenn ein Treff benötigt wird, die Bestellung nur durch die Post oder Telefon erfolgt, wie wir uns ausmachten.

Frage: Wann kamen Sie wieder mit der Internationalen Polizei zusammen?

Antwort: Am 28.3.1952 gegen 16.00 Uhr wurde ich von dem Tu. von der Arbeitsstelle abgeholt und mit in seine Dienststelle genommen.

² Bei der Demonstration zum 1. Mai 1950 hatten Mitglieder der KP an der Saar Hemden der verbotenen FDJ getragen und, gleichfalls verbotene, schwarz-rot-goldene Fahnen mitgeführt. Aufgrund der Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden 10 Kommunisten wegen Aufruhr und z. T. auch wegen schwerer Körperverletzung angeklagt. Vgl. im Einzelnen bei Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd 3, Opladen 1983, S. 1863 f.

Frage: Was haben Sie Tu. bei diesem Treff berichtet?

Antwort: Ich habe ihm berichtet, daß ich bei der Partei war und ausspioniert habe, ob von meiner Partei etwas über meine Verhaftung bekannt war.

Ich erklärte, daß die Partei nichts bemerkt hat und eine Zusammenarbeit gut möglich ist.

Weiterhin berichtete ich, daß bis zu diesem Tage noch keine Personen in meiner Wohnung waren und mir neue Aufträge im Bezug der Grenzarbeit gebracht haben. Ich erklärte aber, daß ich noch mit neuen Aufträgen rechne.

Im Anschluß daran wurde ich nochmals vernommen über die Fragebögen, die ich bei mir hatte bei der Festnahme.

Ich gab an, daß das nicht Kurssteilnehmer sind wie ich im Protokoll vom 23.3.1952 ausgesagt hatte, sondern Personen sind, die alle im Grenzapparat mitarbeiten.

Frage: Und welche Personen nannten Sie?

Antwort: Ich nannte die Personen:

Er.	Södern
El.	Eitzweiler
Mu.	Romburg
Hi.	Romburg
Si.	Södern
Sn.	Birkenfeld

Frage: Und wann nannten Sie den Verbindungsmann von Stieringen?

Antwort: Den habe ich nie genannt, denn der Name dieser Person ist mir auch nicht bekannt.

Ich habe lediglich eine Personenbeschreibung bei meinem ersten Verhör am 23.3.1952 abgegeben, von wem ich die 2 griechischen Genossen empfangen habe.

Frage: Was haben Sie ausgesagt, wo Ihnen die 2 Genossen übergeben wurden?

Antwort: Ich sagte, daß ich diese Personen am Bahnhof in Saarbrücken übernommen habe.

Frage: Welche Personenbeschreibung gaben Sie ab?

Antwort: Ich sagte, daß die Person ca. 35–40 Jahre alt sei, Gestalt kräftig, Gesicht frisch aussehend, Haar blond, Größe ca. 1,75, bekleidet mit Hut und Mantel und spricht elsässischen oder lothringischen Dialekt.

Frage: Welchen neuen Auftrag erhielten Sie bei diesem Treff?

Antwort: Ich hatte noch den Auftrag, sofort Mitteilung zu machen, wenn sich bei mir jemand meldet und mir Aufträge erteilt für die Grenzarbeit.

Bei diesem Treff wurde der nächste Treff für den 31.3.1952 vereinbart.

Frage: Erzählen Sie über den Treff am 31.3.1952.

Antwort: Bei diesem Treff habe ich Tu. berichtet, daß die 2 griechischen Genossen aus der Haft einen Brief an die Parteileitung in Saarbrücken geschickt haben mit der Bitte, Rechtsanwälte zur Verteidigung zu stellen.

Ich erklärte ihm, daß ich vom Landesvorsitzenden Weydrich [Weyrich] erfahren habe, daß von der Partei beschlossen wurde, daß die Verteidigung der 2 griechischen Genossen Rechtsanwalt Dr. De. und Dr. Ma. von Saarbrücken übernommen hat.

Ich sagte ihm auch, daß ich in Paris am 21.3.1952 diese 2 Rechtsanwälte einem Funktionär der KPF vorgeschlagen habe. Daraufhin habe ich ihm die Parisfahrt erzählt.

Frage: Was haben Sie darüber erzählt?

Antwort: Ich sagte, daß ich mich am 23.4.1952 mit dem Kurier der KPF in Stieringen bei einem Verbindungsmann des G.-Apparates getroffen habe.

Über den Verbindungsmann in Stieringen gab ich eine Personenbeschreibung, die Wohnung nannte ich nicht. Ich erklärte dann weiter, daß ich mit dem Kurier der KPF nach Paris gefahren bin und mich mit einem Funktionär der KPF in Paris Rue – Lafayette b. Be. getroffen habe und ihm über die Verhaftung der 2 griechischen Genossen berichtet habe. In diesem Zusammenhang habe ich Endres nie erwähnt.

Weil ich an diesem Tage zu wenig Zeit hatte, machten wir einen neuen Treff am 4.4.1952 aus. Ich habe diesen Treff wohl eingehalten aber Tu. erschien nicht.

Am 8.4.1952 hat mich Tu. in meiner Wohnung aufgesucht, weil ich aber nicht zu Hause war, suchte er mich bei meiner Mutter auf und stellte mir die Frage, ob ich in dem alten Auftrag etwas in Erfahrung gebracht habe.

Als ich dies verneinte, sagte er, ich solle weiter warten, ob ich neue Aufträge erhalte und wird sich wieder bei mir melden.

Frage: Was geschah nun weiter?

Antwort: Am 15.4.1952 wurden dann bei unseren Genossen in Saarbrücken Hausdurchsuchungen durchgeführt. Wie mir von den Beamten der Internationalen Polizei erklärt wurde, wurde nach dem Brief von den griechischen Genossen gesucht.

Die Hausdurchsuchung bei mir war nur zum Schein, damit die anderen Genossen nicht denken sollten, daß ich ein Agent der Polizei bin. An diesem Tage wurde ich zum Schein wieder mitgenommen und von Tu. schon erwartet.

Frage: Zu welchem Zweck?

Antwort: Bei diesem Treff erklärte mir Tu., daß ich die Verbindung mit Endres aufnehmen soll, weil dieser der Leiter des G-Apparates ist. Ich bekam den Auftrag festzustellen, wo Endres verkehrt und mit wem, wo er hinfährt und wen er aufsucht und welche Aufträge er für die Partei durchführt. Bei diesem Treff wurde der nächste Treff für den 21.4.1952 festgelegt, wo ich über die Ergebnisse berichten sollte.

Frage: Haben Sie den Treff am 21.4.1952 eingehalten?

Antwort: Ja. Ich habe mich mit Tu. getroffen und habe ihm berichtet, daß mein Vater gestorben ist und keine Zeit hatte, mit Endres in Verbindung zu treten. Weil ich keine Ergebnisse hatte, blieb mein alter Auftrag bestehen und wir verabredeten uns für den 25.4.1952 auf neue.

Frage: Was haben Sie bei dem Treff am 25.4.1952 berichtet?

Antwort: Ich habe berichtet, daß Endres zu Hause ist und ich ihn auf der Straße getroffen habe, aber nicht mit ihm sprechen konnte, weil noch andere Personen dabei waren. Tu. sagte mir, daß ich weiterhin die Verbindung zu Endres suchen soll und es wurde der Treff für den 28.4.1952 festgelegt.

Am 28.4.1952 traf ich mich mit Tu. wieder und erklärte ihm, daß ich Endres in der Zeit nicht gesehen habe und auch nicht persönlich sprechen konnte.

Frage: Welchen neuen Auftrag erhielten Sie?

Antwort: Ich bekam den Auftrag festzustellen wann und wo Endres mit seinem Wagen verunglückt ist und wo sein Wagen repariert wird. Ich habe sofort Tu. erklärt, daß seine Wagen immer in der Zentral-Garage zur Reparatur stehen. Weiterhin sagte ich ihm, daß ich versuchen werde mit Endres in Verbindung zu kommen. Wir legten den neuen Treff für den 12.5.1952 fest.

Frage: Haben Sie die Verbindung zu Endres aufgenommen?

Antwort: Ja. Am 1.5.1952 gegen 12.30 Uhr habe ich Endres in seiner Wohnung aufgesucht, dort hat mich aber Endres sofort rausgeschmissen und gesagt, daß wir uns am 2.5.1952 gegen 1.00 Uhr an der Brücke in Burbach treffen können. Wie verabredet, habe ich mich dann mit ihm getroffen.

Er erklärte mir, daß ich jede Verbindung mit ihm abbrechen soll.

Weil ich aber meinen Auftrag erledigen wollte, stellte ich ihm die Frage wie und wo er verunglückt sei.

Endres sagte, daß er einen Zusammenstoß hatte; wie und wo hat er mir nicht gesagt.

Auf Grund dieser Zusammenkunft habe ich dann am 12.5.1952 mit Tu. den Treff eingehalten und ihm berichtet, daß ich mit Endres eine Zusammenkunft hatte und mir untersagt hat, mit ihm noch jemals in Verbindung zu treten.

Weiterhin teilte ich ihm mit, daß mir Endres keine Auskunft gegeben hat, wo und wie er verunglückt sei.

Daraufhin sagte Tu., wenn eine direkte Verbindung nicht mehr möglich ist, soll ich ihn konspirativ beobachten und alles mitteilen, wo er hinfährt, mit wem er sich trifft und ob er noch im G.-Apparat arbeitet, und machten den nächsten Treff für den 9.6.1952 aus.

Frage: Haben Sie diesen Auftrag durchgeführt?

Antwort: Ich hatte den Willen dazu, habe aber Endres nicht mehr gesehen. Beim Treff am 9.6.1952 habe ich Tu. mitgeteilt, daß ich annehme, daß er verreist ist.

Frage: Wann hatten Sie den nächsten Treff?

Antwort: Am 6.7.1952 erhielt ich von Tu. eine Karte, daß ich mich am 7.7.1952 bei ihm melden soll. Diesen Treff konnte ich aber nicht mehr einhalten, weil ich am 6.7.1952 schon nach Berlin abgefahren bin.

Frage: Unter welchem Decknamen haben Sie diese Spionagetätigkeit innerhalb der Partei und G.-Apparat im Auftrage der Internationalen Polizei durchgeführt und welche Entschädigung haben Sie dafür bekommen?

Antwort: Einen Decknamen habe ich nicht und habe auch keine Bezahlung erhalten. Ich habe lediglich bei meiner Verpflichtung erklärt, daß ich meinen Apparat (G.-Apparat) im Interesse der Partei nicht mehr fortsetze, um meine Familie nicht zu gefährden und das habe ich auch durchgeführt.

Frage: War das richtig von Ihnen als Parteigenosse?

Antwort: Ich erkläre heute, daß ich mich als Agent anwerben ließ und mich von der Partei entfremdet habe, indem ich die Genossen, welche im Auftrag der Partei wichtige Parteaufträge durchführten, belogen und bespitzelt habe und dadurch die Partei verraten habe, was ich nicht mehr gutmachen kann.

gez. G. Leidenheimer
gez. [nicht lesbar]

175

Deutsche Demokratische Republik
Ministerium für Staatssicherheit

Verwaltung Land
Abtlg. (Kreisdst.)

GVS

BStU
000237

Entlassungsbeschuß

Berlin, den 5. 8. 1952

Aus den unten angeführten Gründen ist zu empfehlen den/die

Name: Leidenheimer
Vorname: Georg
Geburtstag und Ort: 20. 5. 1914 in Leverkusen Reg. Bez. Düsseldorf
Beruf: Kraftfahrer
Familienstand: verheiratet
Wohnungsanschrift: Saarbrücken V, Fenner-Str. 40

aus der Haft zu entlassen.

Gründe der Haftentlassung: nur Vorgang (entl. am 8.8.52)

Der Mitarbeiter der Abteilung (Kreisdienststelle) VI b
.....
(Unterschrift)

Einverstanden: Der Leiter der Abteilung (Kreisdienststelle) J. D.
W. M. ...
.....
(Unterschrift)

Bestätigt: M. ...
.....
(Unterschrift)

5. 8. 1952
(Datum)

Heftband

Form C 10

126

Deutsche Demokratische Republik
Ministerium für Staatssicherheit

Verwaltung Land
Abdg. (Kreisdst.) VI b

GVS

BStU
000238

Entlassungsbeschluss

Berlin, den 5. 8. 1952

Aus den unten angeführten Gründen ist zu empfehlen den/die

Name: E n d r e s
Vorname: Gustav
Geburtstag und Ort: 22. 6. 1903 in Saarbrücken
Beruf: Maschinenschlosser, jetzt Inhab. eines Taxiunternehmens
Familienstand: verheiratet, getrennt lebend
Wohnungsanschrift: Saarbrücken, M.-Braun-Str. 56

aus der Haft zu entlassen.

Gründe der Haftentlassung: am 8.8. 52 (siehe Vorgang)

Der Mitarbeiter der Abteilung (Kreisdienststelle) VI b
.....
(Unterschrift)

Einverstanden: Der Leiter der Abteilung (Kreisdienststelle) VI b
o. v. Mehlhorn
(Unterschrift)

Bestätigt:
(Unterschrift)

5. 8. 1952
(Datum)

Hafttrand

Form C 10

BSU
000236

Juli 31. 7. 52.

Am 31. 7. 52 wurde von Genossen Jamin mitgeteilt, dass beide Häftlinge entlassen wurden, er betonte, dass dies in Absprache mit dem Genossen Staatssekretär und den verantwortlichen Genossen beim ZK erfolgt sei und eine Weiterbearbeitung nicht erfolgt.

Temple

Am 31.7.52 wurde von Genossen Jamin mitgeteilt, dass beide Häftlinge entlassen wurden, er betonte, dass dies in Absprache mit [dem] Genossen Staatssekretär und den verantwortlichen Genossen beim ZK erfolgt sei und eine Weiterbearbeitung nicht erfolgt.

gez. [nicht lesbar]

Notizen von Gustav Endres über die von ihm eingerichteten Übergangsstellen
»vom Saargebiet nach W.D.«

Übergänge vom Saargebiet nach W.D.:

A) Sötern (Kr. St. Wendel)

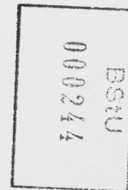
B) Eitzweiler (Kr. St. Wendel)

C) Fürth (Kr. Ottweiler)

D) Homburg

F) Bong-ler (Kr. Merzig)

Birkenfeld = Stützpunkt



Vorgesehene Übergangsstellen:

- 1) Weißkirchen (Kr. St. Wendel)
- 2) Blieskastel - Blickweiler
(Kr. Homburg)
- 3) Frankenholz (Kr. Homburg)

Für die oben angeführten Stellen
habe ich ^{noch} keine geeignete Grenzen
ermitteln können.

BSIU
000245

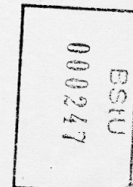
Von Frankreich direkt nach W. D.

Ausgangspunkte:

Bitsch nach Zweibrücken und
Pirmasens u. a. m.

Hagenau nach Bergzabern u.
Landau, u. a. m.

Die Genossen von Paris sind dazu
gewillt, geeignete Instrukteure in
diesem Abschnitt einzusetzen, in
Hagenau ~~war~~ bereits ein Genosse
beauftragt mit mir zusammen zu
arbeiten.



Quellenverzeichnis

(einschließlich rekonstruiertem Verzeichnis der fehlenden Aktennotizen des Leiters des BdL (II))

BStU, Berlin

Aus den Archivbeständen der BStU wurde eine Vielzahl an Akten eingesehen. Auf deren Auflistung im Einzelnen wird hier verzichtet; sie sind in den jeweiligen Fußnoten nachgewiesen.

Die Aktennotizen von Harnisch o.V.i.A. sind nur unvollständig überliefert. In diversen MfS-Vorgängen finden sich jedoch Auszüge aus heute nicht mehr vorhandenen Aktennotizen. Auf dieser Grundlage lässt sich die nachfolgende Liste fehlender Aktennotizen rekonstruieren:

- 21.11.1963 (Liste der Kapitäne); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 364
- 11.02.1964 Kaphengst (Westgruppen); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 363 u. 365
- 02.07.1964 Kaphengst (unzuverl. KPD-Mitgl.); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 359
- 11.07.1964 (Verrat von Schleusen); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 357
- 17.08.1964 Kaphengst (Schiffsoffiziere); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 353
- 10.09.1964 Kaphengst (Betreuerkarten); BStU, MfS, HA II Nr. 30066, Bl. 362; Punkt 2 f. (Postadressen); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 46, 47
- 15.09.1964 Punkt 2 (15. Jahrestag der DDR); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 351
- 07.12.1964 (Einreise Bachmann); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 107
- 05.01.1965 Punkt 2 (Cebulla Polen); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 288
- 08.02.1965 Punkt 2 (KPD-Treffen Brandenburg); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 73
- 27.03.1965 Cebulla Punkt 2 (Arbeitsobjekt Kommission »Jan«); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 102
- 06.04.1965 Cebulla Punkt 3 (Bundestagssitzung in Berlin); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 93
- 12.04.1965 Punkt 7 (Cebulla); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 287
- 22.04.1965 Cebulla Punkt 2 (Tagung in Üdersee); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 91
- 03.05.1965 Kaphengst Punkt 2 (Verbindungsoffiziere); BStU, MfS, HA II, Nr. 3571, Bl. 89
- 26.05.1965 (Materialtransporte); BStU, MfS, HA II, Nr. 33030, Bl. 21
- 10.06.1965 (Cebulla Urlaub); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 286
- 17.08.1965 (Cebulla/Baier); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 285
- 22.10.1965 Punkt 2 (Hansen); BStU, MfS, HAII/19, Nr. 3837, Bl. 18

23.11.1965 Baier (Dworzник); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 131
16.12.1965 Punkt 3 (Dettmann); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 67
05.01.1966 Punkt 3 (Valentin); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 65, sowie HA II/19, Nr. 14192, Bl. 278
12.01.1966 Cebulla Punkt 4, 5 (Gen. »Robert«, Valentin, Gen. Vieth); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 63, 64
13.01.1966 Punkt 2 (Kaphengst der Lump); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 62, sowie Nr. 30066, Bl. 344
21.01.1966 Punkt 5 (Dokumente); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl.61
31.01.1966 Punkt 6 (Zollorgane); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 269
05.02.1966 Punkt 1 (Projekt); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 60
14.03.1966 Punkt 2 (Cebulla); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 267
21.03.1966 Punkt 4 (Westfahrzeuge); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 265
01.04.1966 Punkt 3 Kaphengst (Westgruppen); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 34, sowie Nr. 30066, Bl. 341
05.04.1966 (Cebulla); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 264
24.06.1966 Punkt 4 (Kaderentscheidung); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 31
28.07.1966 Cebulla Punkt 3 (Nutzung der Objekte); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 30
02.08.1966 (Oberst Weber); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 262
05.10.1966 (Kaphengst Orden); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 336
15.10.1966 (Westgeld); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 335
24.11.1966 Cebulla (Entschuldigung); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 259
03.01.1967 2. Protokoll fehlt, vgl.; BStU, MfS, HA II/19, Nr. 5533, Bl. 134 f.
18.01.1967 Cebulla (Mängel in der Zusammenarbeit – Projekt); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Bl. 28, sowie HA II/19, Nr. 14192, Bl. 257
12.06.1967 (Zusammenarbeit mit BdL (II)); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 308, sowie HA II/19, Nr. 14192, Bl. 253
22.08.1967 (Cebulla); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 252
06.11.1967 (Gruppe Lange); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 10820, Bl. 27
20.02.1968 Kaphengst (Mängel in der Zusammenarbeit – Handwerker in Objekten); BStU, MfS, HA II, Nr. 23571, Teil 1, Bl. 22
29.05.1968 Cebulla (Kurierschleusung); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 251
28.08.1968 Kaphengst Punkt 2 (Sicherheit DKV Grünau); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 295; Punkt 4 (Fernschreibverbindung); BStU, MfS, HA II, Nr. 23569, Bl. 50
30.08.1968 (DKV Grünau); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 250

23.09.1968 (Personalausweis); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 248
16.10.1968 Punkt 1 (Glückwunsch für Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 290; Punkt 3 f. (DKV Grünau Fehlbetrag); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 244–246
10.02.1969 Punkt 6 (Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 284. Weiterer Punkt (Kaphengst), Bl. 285 [kann zu 10.2. oder 19.2. gehören]
19.02.1969 Punkt 2 (Hölzel, Kaphengst, Dettmann); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 282; (Hölzel); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 54
02.10.1969 Punkt 1 (K.-H. Müller); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 60
25.07.1969 Punkt 3 (Reisebüro Berlin); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 55
19.11.1969 Cebulla (PKW Hölzel); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 59
17.02.1970 Cebulla (Instruktore); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 42 f.
18.09.1970 Cebulla (Waldert); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 46
15.10.1970 (Betrans); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 39
23.10.1970 Cebulla Punkt 1 (Bearbeitung der Postadressen); BStU, MfS, HA II, Nr. 23568, Bl. 62
10.05.1971 (Mahnke, Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 246
20.05.1971 Punkt 6 (Ihle); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 245; Punkt 8 (Ihle); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 4
02.08.1971 Punkt 33 (Benno) OPK Passiv MfS XV 1213/89, Bl. 47
06.08.1971 Punkt 4 (Gorlas, Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 244
12.10.1971 (Scharmacher, Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 243
30.11.1971 Punkt 9 (Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 240
14.12.1971 Punkt 4 (Interschiff); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 236, sowie Nr. 30083, Bl. 25
05.01.1972 Punkt 7 (Westdokumente); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 160
29.02.1972 (Umwandlung Ihle); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 27
21.03.1972 (Ihle); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 28
05.04.1972 Punkt 3 (Ihle KG); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 29
13.04.1972 Cebulla Punkt 4 (K.-H. Müller Sektorenleiter); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 102
10.05.1972 Punkt 3 (Olympia München); BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 40
27.06.1972 Punkt 3 (Knigge); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 201
28.06.1972 Punkt 1 (Cebulla FDGB); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 200
03.08.1972 Punkt 3 Cebulla (Pkw); BStU, MfS, HA II, Nr. 23553, Bl. 10
03.10.1972 Cebulla (Betreuer); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 73

06.11.1972 Punkt 8 (Kaphengst); BStU, MfS HA II, Nr. 30066, Bl. 232
20.11.1972 Punkt 2 (Wondra); BStU, MfS, OPK Passiv MfS XV 1213/89, Bl. 51
28.11.1972 Punkt 3 (Besuchsreisen); BStU, MfS, HA II, Nr. 23550, Bl. 46
04.12.1972 Punkt 2 (Geburtstag Norden); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 231
11.01.1973 Punkt 6 (Waldert); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 79
16.01.1973 Punkt 3, 4 (Betrans, Umzug nach Westberlin); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 32, 31
18.01.1973 Punkt 3 (Wondra); BStU, MfS, OPK Passiv MfS XV 1213/89, Bl. 52; Punkt 6 (Übersiedlungen); BStU, MfS, HA II, Nr. 23550, Bl. 47
20.02.1973 (Betrans); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 33 f.
14.05.1973 Punkt 4 (Benno); BStU, MfS, OPK Passiv MfS XV 1213/89, Bl. 54; Punkt 11 (Kaphengst, v. Appen, Scharmacher); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 222
19.06.1973 Cebulla (komplett); BStU, MfS, HA II, Nr. 23548, Bl. 94–100
28.06.1973 Punkt 4 (Jan Wienecke); BStU, MfS, HA II, Nr. 30083, Bl. 35
14.10.1974 Punkt 2 (DKP Betreuung); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 127
22.10.1974 Punkt 1 (Auszeichnungen); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 101
14.12.1974 Punkt 4 (Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 211
20.01.1975 Punkt 2 (Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 210
24.04.1975 (Hölzel); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 18
06.05.1975 Punkt 8 (Phönix-Material); BStU, MfS, HA II, Nr. 23569, Bl. 42
01.07.1975 Punkt 8 (Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 209
16.07.1975 Cebulla (Kinderferienaktion); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 21
08.07.1975 Punkt 4 (Avisierung Mies); BStU, MfS, HA II, Nr. 23567, Bl. 71, sowie Nr. 31509, Bl. 22
29.08.1975 (Sekt.ltr Betreuung); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 26
15.09.1975 Steidl Punkt 5 (Interschiff); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 208
10.11.1975 Punkt 1 (Kaphengst); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 207
29.12.1975 Punkt 3 (Zindler/Waldert nach Polen); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 132
16.01.1976 Punkt 2 (Hölzel wg Bachmann); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 138
22.06.1976 Punkt 2 (Wondra) OPK Passiv MfS XV 1213/89, Bl. 57
27.07.1976 Punkt 3 (Feist Kur); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 149
16.09.1976 Punkt 6 (Hölzel/Nitribit); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 157
26.10.1976 Cebulla (Hölzel Kaderleiter); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 158
03.11.1976 Punkt 5 (Hölzel/Nolte); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 159

12.11.1976 Punkt 3 (Hölzel Kaderleiter); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 161
 23.12.1976 Punkt 3 (Hölzel/SIMPEX); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 164
 09.02.1977 Punkt 5 (Cebulla); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 58
 06.04.1977 Punkt 11 (Cebulla – Parteisekretär); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 74
 21.04.1977 Punkt 4 (Hölzel); BStU, MfS, HA II, Nr. 31509, Bl. 167
 26.04.1977 Punkt 4 (Auszeichnung Cebulla); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14192, Bl. 73
 04.05.1977 Punkt 3 (Cebulla – Konspiration); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 146
 04.05.1978 Steidl, Punkt 1 (Zuständigkeit Stellv. AL); BStU, MfS, HA II, Nr. 23548, Bl. 15
 20.09.1978 Punkt 3 Cebulla (jug. Staatsbürger); BStU, MfS, HA II, Nr. 235467, Bl. 171
 22.11.1978 Punkt 2 Cebulla (Nutzung Quartier) Punkt 4 (Verlegung Reisebüro); BStU, MfS, HA II, Nr. 23548, Bl. 5 f.
 06.12.1978 Punkt 2 (Kuriere); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 187
 04.04.1979 Punkt 10 Steidl (Kaphengst Geldtransport); BStU, MfS, HA II, Nr. 30066, Bl. 173
 02.07.1979 Punkt 5 (Waldert); BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14254, Bl. 208

Bundesarchiv – Berlin (BArch)

DY 30/ J IV 2/3A/ 1070, 1170 und 1171
 DY 30/J IV 2/3/390, 436, 507, 635, 1115, 1188, 1339, 1561, 1568, 1793, 3443
 DY 30/J IV 2/2/1014 (SED PolBüro Sitzung v. 30.11.1965, Gründung des StS für gesamtdeutsche Fragen)
 DY 30/J IV 2/2/1042 (SED Politbüro Sitzung v. 25.1.1966, Berufung von Steidl)
 DY 30/J IV 2/2/1324 (SED Politbüro Sitzung v. 9.2.1971, Arbeitsbereiche im Politbüro)
 DY 30/ J IV 2/2/1619 (SED Politbüro Sitzung v. 25.5.1976, Arbeitsverteilung im Politbüro)
 DY 30/J IV 2/2118 (SED ZK-Sekretariat Dezember 1971)
 DY 30/IV 2/4/147 (hier, Bl. 128, Liste der Mitarbeiter der Abt. VK 1949)
 DY 30/IV 2/10.03/15, Bl. 100(?) v. 30.3.1965 (Mitarb. des ZK der KPD, die noch SED-Mitglied sind)
 DY 30/IV 2/10.02/8, Bl. 19, 103 (Westkommission)
 DY 30/IV 2/10.03/68 (Arbeitsbüro, Konzeption für das Zentralorgan der Partei [DKP])
 DY 30/IV 2/10.05/15, Bl. 120 v. 23.4.1963)
 DY 30/ IV 2/ 2.028 – 9
 DY 30/IV 2/2.1/184, 226, 242

DY 30/IV 2/2.028 – 11

DY 30/IV 2/2.028 – 16

DY 30/IV 2/2.028 – 17

DY 30/IV 2/11 v. 2707, 4341, 4665 (Kaderakten Paul Kaphengst, Josef Steidl, Adolf Baier)

DY 30/IV 2/22/69

DY 63 – 21 (Phönix Druckerei)

BY 1 – 2410 (Beschluss Politbüro KPD)

BY 1 – 2928 (Beschluss Politbüro KPD)

Bundesarchiv – Koblenz

B 362/4724

B 443/558, 559, 569. 570

B 106/151346

Z 45F/7/32-3/56

Landesarchiv Berlin

C Rep 110-01 Nr. 1839 8 Blätter unpaginiert (Neubau einer Druckerei, Antrag auf Standortbestätigung/Standortgenehmigung)

C Rep 110-01 Nr. 2536 – Magistrat von Berlin – Chefarchitekt 4 Blätter unpaginiert (Durchführung von Neubaumaßnahmen zur Aufnahme der Phönix-Druckerei)

C Rep 131-09 Nr. 654 Zg 421, Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtplanungsamt (3 Registrierkarten)

Berliner Adressbuch 1931, Bl. 715

Berliner Adressbuch 1943 ohne Blattzahl, Niederwallstraße

Amtliches Fernsprechbuch Berlin 1950 S. 350

Stadtarchiv Essen

Sign. 1000/18 u. 22

Ruhrlandmuseum (Essen)

Archiv Ernst Schmidt Bestand 1947-3

Gespräche mit Zeitzeugen/sachverständigen Zeitzeugen

Claus Ahrend, ehem. Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz/Abteilung Linksextremismus, Köln

Heinrich Degenhardt, ehem. Leiter der Abt. Linksextremismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Köln

Harald Dötze, ehem. Geschäftsführer der Dr. Wenzel GmbH, Duisburg

Helmuth Kern, ehem. Senator für Wirtschaft und Verkehr, Hamburg

Harry Schaub, ehem. Betriebsratsvors. u. Prokurist bei Fa. Heinsohn, Hamburg

Erwin Zinaleske, ehem. Offizier der DDR-Handelsmarine und Mitarb. der Abt. Verkehr, Rostock

Literaturverzeichnis

Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Münster 2003.

Aus dem Leben eines Berufsrevolutionärs. Erinnerungen an Richard Stahlmann. Leipzig 1986 [*Offizin Andersen Nexö, ursprünglich MfS-interne Schrift*].

Argelès, Jean-Marie: Le KPD dans l'Allemagne de l'Ouest de 1945 à 1956. L'effondrement et les débats internes. Lille 1995.

Baumöller, Peter: ... es war nicht alles für die Katz ... Geschichten aus heißen und kalten Kriegstagen. Düsseldorf 1998.

Bischof, Ulf: Die Kunst- und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordination. Berlin 2003.

Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952. Faksimilierter Nachdruck des Weißbuchs von 1953. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1987.

Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, 1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes (KoKo-Untersuchungsausschuss), Drs. 12/3920 und 7600 mit Anlagenbänden.

Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. 12. Wahlperiode. Hg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt/M. 1995.

Kommentare zur Politik der DFU. Hg. v. DGB-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen. Bonn o. J. (wohl 1963).

Unsere führenden SED Genossen. Die Mitglieder des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin o. J. (wohl 1948/49)

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) (1945–1949). Berlin 1997.

Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945. Ein biographisches Lexikon. Hg. v. d. Geschichtswerkstatt der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener. Berlin 2003.

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1995.

Herbstritt, Georg: Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955). Frankfurt/M. 1993.

Hoorn, Heike van: Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudestdeutscher »Antifa«-Umsiedler in der SBZ/DDR. Essen 2004.

- Krüger, Dieter; Wagner, Armin (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003.
- Lenin, Wladimir I., Werke. 40 Bände, 2 Ergänzungs- und 2 Registerbände. Berlin 1974.
- Mensing, Wilhelm: Maulwürfe im Kulturbeet. DKP-Einfluß in Presse, Literatur und Kunst. Zürich 1983.
- Ders.: Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben ... Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP. Zürich 1989.
- Mies, Herbert: Mit einem Ziel vor Augen Erinnerungen. Berlin 2009.
- Müller-Enbergs, Helmut; Wielgoß, Jan; Hoffmann, Dieter (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2001.
- Priess, Heinz: Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Berlin 1996.
- Scherstjanoi, Elke (Hg.): »Provisorium für längstens ein Jahr«. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«. Berlin 1993.
- Schroeder, Klaus (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Berlin 1994.
- Senne, Christian: Der Deutsche Freiheitssender 904. Die Stimme der KPD von 1956 bis 1971. MA-Arbeit im Fach Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaften der Philosophischen Fakultät I der Humboldt Universität zu Berlin. Mai 2003.
- Staat, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Berlin 1993.
- Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Sonderausgabe, 4 Bände, Opladen 1986.
- Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatsicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1995.
- Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands – 19. und 20. April 1946. Berlin 1946.
- Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004.
- Weber, Hermann: Wer war »Ralf Forster«? Der Leiter der DKP-Militärorganisation im Spiegel der Erinnerung und der MfS-Akten. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2006, S. 297–310.
- Wilke, Manfred (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998.

Abkürzungen

ADF	Aktion Demokratischer Fortschritt
AG BKK	Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung
AG	Aktiengesellschaft
AM-Apparat	Antimilitaristischer Apparat (der KPD)
AP	Allgemeine Personenablage
BArch	Bundesarchiv
BdD	Bund der Deutschen
BdL	Büro der Leitung
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGS	Bundesgrenzschutz
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CIC	Counter Intelligence Corps / Nachrichtendienst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika während des 2. Weltkrieges
CSS	Centrale Sanitaire Suisse
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Deutrans	Volkseigener Betrieb VEB Deutrans Internationale Spedition, Berlin
DFU	Deutsche Friedensunion
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DKV	Deutscher Kraftverkehr
DM	Deutsche Mark
Drs	Drucksache
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Fnu	Firstname unknown
GHI	Geheimer Hauptinformator
GI	Geheimer Informator
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GÜST	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
Hptm.	Hauptmann
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IG	Industriegewerkschaft
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz
KG	Kommanditgesellschaft
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KL	Kreisleitung
KoKo	Kommerzielle Koordinierung

KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KW	Konspirative Wohnung
KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung
KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Maschinengewehr
MO	Militärorganisation
MS	Motorschiff
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NVA	Nationale Volksarmee
OdF	Opfer des Faschismus
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
o. Pag.	ohne Paginierung
PB	Politbüro
PV	Parteivorstand
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RM	Reichsmark
ROH	Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPD-PV	Sozialdemokratische Partei-Parteivorstand
US	United States
USA	United States of America
UZ	Zeitung »Unsere Zeit«
VEB	Volkseigener Betrieb
VK	Verkehr
Vnu	Vorname unbekannt
VOB	Vereinigung organisationseigener Betriebe
VP	Volkspolizei

VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WD	Westdeutschland
WP	Wahlperiode
ZdF	Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZS	Zentralsekretariat

Personenregister

- Abt, Arthur 256 f.
Ackermann, Anton 23
Ahrend, Claus 12, 40, 78, 84, 86 f., 104, 153, 211
Albrecht 256 f.
Angenfort, Josef (Jupp) 156, 197
Anspach, Gerhard 36, 46
Appen, Arno von 161–164
Arzt, Robert 78
Arzt, Wilhelmina 78–80
Assimakis, Constantin 176 f.
Aust, Ernst 12
Bachmann, Kurt 168 f., 172, 188–191, 197 f.
Baier, Adolf 8 f., 12, 16 f., 23–26, 30–32, 34, 37–39, 41 f., 44, 53 f., 69–81, 88, 90 f., 93, 96 f., 100, 104 f., 107, 110–113, 116, 119, 127, 139–141, 144, 155 f., 161, 167, 194, 202–204, 206, 209
Baier, Elise 72, 77
Bäsche, Horst 48
Bassistow, Jurij W. 52
Bauer 256 f.
Bauer, Hildegard 256 f.
Baumöller, Peter 168, 193
Beater, Bruno 98
Bechtle, Emil 113, 147
Beil, Gerhard 160
Beimler, Hans 78
Benneck, Georg 67
Berger, Ferdinand 75
Berlinguer, Enrico 149
Bersot, Frédéric 188
Bischof, Heinrich 256 f., 263
Bischoff, Charlotte 16
Blank, George 256 f.
Bloch, Walter 256 f.
Bloch, Yvette 256 f., 264 f.
Blum, Günter 67, 179
Blume, Franz 114, 138, 192
Bramkamp, Heinrich 38, 156
Bräutigam, Christian 241, 256 f.
Breinlinger 249, 256 f.
Breuer, Stefan 76, 78, 140
Brill, Johann 238 f., 258 f.
Brischen 171
Brüwer, Fritz 256 f., 269
Buber-Neumann, Margarete 66
Burghardt 258 f.
Burkhardt, Eugene 258 f.
Carlebach, Emil 66
Carlebach, Ursula 67
Cebulla, Julius (Jonny) 25, 30–32, 35, 38, 42, 44 f., 48, 51, 56, 66, 69 f., 75, 91, 93 f., 96–104, 119, 150, 181, 203, 209
Cossuta, Armando 148
Dahlem, Franz 16, 19, 200, 220 f.
Dambacher, Otto 258–261
Degenhardt, Heinrich 12, 72, 74, 78, 111, 140
Dengler, Gerhard 204
Denis, Jacques (Dennis, Jack) 141, 272, 276–278, 280 f.
Dettmann, Herbert 35, 41, 108, 146, 178–181, 202
Deumlich, Gerd 171, 179
Dominikowski, Alfons 193
Dötze, Harald 12, 166, 169, 171–173, 176, 179, 183 f.
Dresbach, August 87
Drostatis, Willy 258 f.
Droste, Manfred 171 f.
Dutschke, Werner 68
Dworznic, Hugo 128–130, 133
Eich, Joseph 258 f.
Emmel, Egon 195
Endres, Gustav 23 f., 213, 270, 280, 282–287, 290–293, 295–297, 302

- Engemann, Walter 258 f.
 Erler, Helmut 124
 Evert, Paul 176 f., 179 f., 183
 Fach, Rudolf 157
 Fahrenbach, Friedrich (Fritz) 114,
 119 f., 125
 Feist, Gotthard 83–85, 89, 107, 193
 Field, Noel 264
 Fischer, Herta 258 f.
 Fladung, Hans 171
 Fomferra, Heinrich Karl 25
 Fraundorf, Horst 36
 Friedrich, Karl 31, 111, 118, 123 f.,
 129, 144
 Fröba, Georg 238
 Fuentes, Manuel 77
 Gall, Ernst 224 f., 258 f.
 Gautier, Herrmann 191
 Gebhardt, Hermann 258 f., 266 f.
 Geggel, Heinz 40, 50, 203
 Gerlach, Alfred 258 f.
 Gerlach, Willi 147, 195
 Geschwill, Herbert 258 f.
 Giersiepen, Hans 67
 Gingold, Peter 258 f.
 Glückauf, Erich 26, 47, 68, 197 f., 202
 Gneuß, Herbert 36
 Gobel 246 f., 258 f.
 Goetz, Walter 240 f., 258 f.
 Gold, Franz 136
 Goldenberg, Josef 186
 Goldstein, Kurt Julius 186
 Gorlas, Heinz 186
 Grimm, Willi 258 f.
 Groefe 260 f.
 Gronau, Heinz 136
 Grotewohl, Otto 21
 Grünert, Werner 32
 Gundlach 222
 Haas, Willy de 260 f.
 Habe, Kurt 260 f.
 Häber, Herbert 100
 Hähnel, Walter 72
 Haidorn 155 f.
 Hallay, Willi 67
 Hamm, Fritz 144, 195 f.
 Hanisch, Eugen *Siehe* Ackermann,
 Anton
 Harms, Uwe 159
 Harnisch, Gerhard 7, 10 f., 30–34, 37 f.,
 40, 42–45, 48–51, 54–56, 58 f., 66,
 68, 74–81, 8–96, 98–103, 105, 112,
 115–118, 120 f., 127, 131, 135–137,
 141–143, 146–150, 157–160, 162,
 164, 167, 169 f., 172 f., 176, 178–
 181, 183, 185–187, 189–194, 196 f.,
 199, 201–207, 209
 Hartmann, Heinrich 25, 107
 Hausknecht, Richard 260 f.
 Heckrath, Karl 237, 260 f.
 Heilemann, Werner 86
 Heinsohn, Karl 95, 157–160
 Herbstritt, Georg 11
 Herde, Georg 171
 Hermann, Bruno 260 f.
 Herzog, Erika 67
 Hilt 270, 272
 Hindenburger, Arthur 260 f.
 Hofé, Günter 152
 Hohmann, Emil 260 f.
 Hölzel, Rolf 35, 43, 45 f., 58, 99 f., 107
 Honecker, Erich 32, 37, 41, 43, 46 f.,
 51, 58, 74, 86, 101, 104, 107, 144,
 156, 179, 188, 191 f., 195, 203
 Hönicke, Erich 25
 Horchem, Hans-Josef 78
 Horn, Andreas 9
 Hüllen, Rudolf van 11, 60
 Huzarski, Margot 90
 Ihmt, Josef 205
 Illner, Arthur *Siehe* Stahlmann, Richard
 Jamin, Erich 8, 11, 24, 31 f., 43, 46, 91,
 97, 99, 162, 189 f., 192
 Jérôme, Jean 149

Jong, Wilhelm de 159
 Jordan, Robert 196
 Judick, Günther 38
 Jüllig, Hellmut 196
 Jungmann, Erich 198 f.
 Kampe, Heinz 67
 Kaphengst, Margot 90
 Kaphengst, Paul 9, 25, 30 f., 35, 37,
 41 f., 44–46, 53, 55, 69, 75, 77–79,
 88–96, 98 f., 104, 107, 110 f., 115–
 121, 123, 125, 130 f., 136 f., 141–
 146, 148–150, 157–159, 163 f., 167,
 170 f., 181, 194, 196, 202 f., 205 f.,
 209 f.
 Kapluck, Manfred 201
 Keilson, Grete 24, 277, 283
 Keller, Karl 140
 Kern, Helmuth 11, 158
 Kern, Michael 232 f., 260 f.
 Kierzek, Heinrich 170, 177 f.
 Klein, Rudi 236 f., 260 f.
 Klösters, Käthe 143
 Klug, Willi 260 f.
 Knigge, Wilhelm 46, 57, 70, 100 f., 160
 Knorr, Lorenz 182
 Knothe, Willi 28
 Koch, Kurt 35 f., 42
 Kolb 240 f., 260 f.
 Koninck, Albert de 142
 Korkula, Ernst 260 f.
 Kroh, Fritz 53
 Kubina, Michael 7, 15, 109
 Kukowitsch, Hans 260 f.
 Kunze, Werner 157
 Labudda, Günter 67
 Laufer, Paul 23
 Ledwohn, Jupp 197
 Leibbrand, Anna 244
 Leidenheimer, Georg 270–281, 284–
 288, 290, 298
 Lemke, Vera 11
 Lengendorf, Annette 262 f.
 Lietzau, Wilhelm 116, 134
 Lindemann, Werner 195
 Lindner, Alfons 262 f.
 Lindner, Josef 247, 262 f.
 Lippl, Wolfgang 262 f.
 Lisowski, Waltraud 166
 Löffler, Franz 132
 Longo, Luigi 148 f.
 Luckner, Ursula 67
 Lüdtke, Heinrich 113 f., 118, 139
 Luer, Elisabeth 157
 Lutz, Günter 67
 Machmüller, Erich 150
 Mädler, Hermann 160
 Magdeburg, Kurt 32, 91, 97
 Mahnke, August 156
 Mallmann, Josef 67, 212
 Marx, Karl 151
 Matern, Hermann 9, 37–39, 41, 43, 46,
 67, 70, 72, 75 f., 79f., 85, 88 f., 97 f.,
 100 f., 120, 142, 144, 148, 150, 156,
 170, 172 f., 177, 179, 185–187, 189,
 191–195, 197, 203 f.
 May, Gottfried 36, 67, 116, 138
 Mayer, Erich 170 f.
 Mayer, Erna 170
 Mayer, Herbert 200
 Meier, Richard 79
 Meisel 262 f.
 Melcher, Manfred 148 f.
 Merkenich, Anton 236 f., 260 f.
 Merle, Georg 262 f.
 Mewis, Karl 71–73, 284
 Mickley, Paul 35
 Mielke, Erich 6, 9, 25, 32 f., 39, 44, 74,
 79 f., 88, 91, 98, 116, 123, 141, 153,
 166, 188 f., 191, 199, 206
 Mies, Herbert 47, 104, 188 f., 191, 193,
 197
 Mittag, Rudi 186
 Moeller, Otto 262 f.

- Mohn, Willi 39, 95, 154, 167, 181, 194, 196–198, 204–206
- Motteler, Julius 15
- Mulin, Vladimir G. 16 f.
- Müller, Gustav 185
- Müller, Hans-Peter 9, 166, 191, 199 f.
- Müller, Horst 36, 67
- Müller, Kurt 22
- Müller, Ludwig 197
- Müller, Werner 75
- Nehring, Otto 157–160
- Neuhöffer, Paul 185
- Neumann, Oskar 67
- Neumann, Walter 77, 148 f.
- Niebergall, Otto 42, 55, 76, 100, 191, 204
- Niebes, Heinrich 153
- Nimmich, Horst 135
- Nitribitt, Rosemarie 108
- Noetzel, Karl-Heinz 118 f., 121, 160, 177, 182, 190, 197 f.
- Nolte, Fritz 38, 156 f.
- Nolze, Oskar 67
- Norden, Albert 33, 85, 103, 153, 204
- Nowicki, Franz 262 f.
- Obermanns, Franz 55, 73, 131
- Oeder, Martin 262 f.
- Oelßner, Alfred 151
- Olek, Heinz 38, 157, 180
- Patz, August 260–263
- Pecks, Albert 262 f.
- Pfister, Walter 262 f.
- Pfnür, Andreas 247, 262 f.
- Pieck, Wilhelm 18, 21
- Plath, Wolfgang 179–181
- Plenikowski, Anton 284
- Pospiech, Fritz 67
- Priess, Heinz 67
- Quast, Richard 16, 262 f.
- Raab, Karl 39, 52, 87, 154, 179
- Radau 262 f.
- Reimann, Ilse 199
- Reimann, Max 6, 66, 72, 168, 187, 197–199, 205, 257
- Rettmann, Fritz 86
- Retzlaw, Karl 15
- Rheim, Heinrich 262 f.
- Richter, Bruno 161–164
- Riedmüller, Nikolaus 67
- Rische, Fritz 73
- Ritschke, Elizabeth 247, 262 f.
- Rodehau, Roland 67
- Rödl, Helmut 143, 182
- Roensch, Katherina 262 f.
- Rösch, Franz 195
- Rose, Helmut 264 f.
- Rosenberg, Hans 24, 72 f., 273, 277, 281
- Roth, Harry 84–88
- Runkle, Fritz 264 f.
- Sbosny, Fritz 194
- Scariot, Camillo 20 f.
- Schafranek, Hans 74
- Schalck-Golodkowski, Alexander 6, 38 f., 52, 106, 147, 151, 153–156, 164–166, 186
- Scharmacher, Rudi 46, 160, 162–164, 177, 192 f.
- Schätzle, Julius 224 f., 264 f.
- Schaub, Harry 12, 103, 157, 159–161
- Schaumann, Stefan 247, 264 f.
- Schikora, Werner 36, 54 f., 136, 179–181, 202, 204
- Schiller, Hans 264 f.
- Schirdewan, Karl 72 f.
- Schirmer, Hermann 63
- Schließmann 178, 183
- Schlimme, Hermann jun. 11, 158, 163
- Schlimper, Horst 163
- Schlotterbeck, Friedrich 264 f.
- Schmidtscheckl, Arthur 264 f.
- Schmitt, Alex 232 f., 264 f.
- Schmitt, Harry 26, 47, 54, 73, 191
- Schnauber, Georg 238 f., 264 f.

Schnauber, Johannes 264 f.
 Schofs, Fred 264 f.
 Schröder, Karl-Heinz 49, 51, 171, 197
 Schröter, Horst 45, 81, 94, 107, 164
 Schultz, Elsa 114
 Schultz, Paul 114
 Schulz, Manfred 53
 Schulze, Ursula 46
 Schumann, Rudolf 25
 Schwabe, Walter 264 f.
 Schwanz, Wolfgang 166
 Schwettmann, Wilhelm 169
 Segre, Sergio Camillo 148
 Servin, Marcel 282, 286
 Spangenberg, Max 67, 88, 106, 198,
 202
 Springmann, Hans Joachim 40, 46, 165
 Stahlmann, Richard 5, 8, 14–24, 28,
 31 f., 35, 70, 72 f., 81, 104, 107, 109,
 139, 154, 196, 220 f., 236 f., 260–
 265, 277, 279, 281
 Steidl, Josef 5–7, 9, 30, 34–37, 39 f.,
 42–51, 53 f., 68–70, 75, 77, 81–89,
 92–96, 98–108, 118, 120, 141–150,
 154–160, 162–167, 169 f., 173, 177–
 181, 184–189, 191–197, 199, 201,
 203–206, 209 f.
 Stein, Helmut 159, 161
 Steinbach, Renate 46
 Stender, Herbert 159, 161 f.
 Stoph, Willi 36
 Stötzel, August 24, 284 f., 287
 Strauss 243, 264 f.
 Ströheim, August 219, 267
 Szinda, Gustav 23
 Theuerkauf 236 f., 266 f.
 Thiel, Hans 67
 Tjul'panov, Sergej I. 16
 Träger 267
 Tygör, Walter 16, 36, 54
 Ulbricht, Walter 19, 28, 51, 68, 81, 86,
 109, 154, 170, 178, 187, 190 f., 202 f.
 Ullrich, Waldemar 266 f.
 Verner, Paul 72, 97
 Vinke, Irene 114
 Vogel 241, 266 f.
 Vollert, Joachim 260
 Waldert, Fritz 36, 45, 107, 115, 124,
 129
 Warnke, Herbert 85 f.
 Weber, Ellen 198
 Weber, Gudrun 11, 25
 Weber, Hermann 47
 Weber, Josef 177, 183, 203, 207
 Weel, George van 159
 Wehner, Herbert 16, 23 f., 72, 284
 Weichert, Albert 195
 Weidner, Karl 266 f.
 Weismann, Heinrich 267
 Weiß, Günter 118, 132
 Weissmantel, Kurt 258 f., 267
 Wend, Gerhard 159
 Wenzel 266 f.
 Wenzel, Walter 168, 171
 Werner, Eduard 241, 259–261 264–267,
 269
 Wessel, Max 266 f.
 Weyrich, Oswald 286 f., 295
 Wieland, Heinz 72
 Wienecke, Jan 160, 164
 Wildberger, Karl 50
 Wilke, Manfred 8
 Willruth, Hermann 113 f., 118, 132,
 139
 Wipper, Hein 131
 Wissendaner, Adolf 67
 Witte, Hans 266 f.
 Wittkind, Josef 266 f.
 Witulski, Erhard 169, 171, 173
 Wolf, Hanna 100
 Wolf, Hans 266–269
 Wolf, Lore 244, 268 f.
 Wolf, Ludwig 256 f., 262 f., 268 f.
 Wondra, Kurt 195 f.

Zaisser, Wilhelm 23, 32
Zeitler, Georg 241, 260 f., 268 f.
Zierrath, Günter 163

Zinaleske, Erwin 146 f.
Žukov, Georgij K. 81
Zukunft, Karl 68

Angaben zum Autor

WILHELM MENSING

Geboren 1935 in Werl/Westfalen, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Münster und München; 1. und 2. jur. Staatsprüfung, Jur. Promotion bei Hans Julius Wolff in Münster.

Von 1964 bis 1997 im öffentlichen Dienst: Bundesministerium für Gesundheitswesen, Bundesministerium des Innern, wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stadtrat in Gelsenkirchen.

Seit 1976 Publikationen zum politischen Extremismus, insbesondere kommunistischer Parteien. Langjähriger freier Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin.

**Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung**

BF informiert

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr € 2,50

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr € 5,00

Andreas Niemann und Walter Süß: »Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden«. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr € 2,50

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl., Schutzgebühr € 2,50

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer »Sektion DDR« durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Holger Horsch: »Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?« MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Volker Höffer: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr € 2,50

Eberhard Stein: »Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen«. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr € 2,50

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr € 2,50

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 2,50

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr € 2,50

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr € 2,50

Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), Berlin 2007, Schutzgebühr € 5,00

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976), (29/2010), 323 S., Berlin 2010, Schutzgebühr € 5,00

Diese und weitere Publikationen aus unseren Reihen sind zu bestellen bei:

**BStU
Abt. BF
Frau Kluge
10106 Berlin**

E-Mail: publikation@bstu.bund.de

**Tel.: 030 2324-8803
01888 665-8803
Fax: 030 2324-8809
01888 665-8809**